


Martin Bujard

# Geburtenrückgang und Familienpolitik

Ein interdisziplinärer Erklärungsansatz und  
seine empirische Überprüfung im  
OECD-Länder-Vergleich 1970-2006



Nomos

<https://doi.org/10.5771/9783845231211>, am 04.05.2023, 20:35:44  
Open Access –  – <http://www.nomos-elibrary.de/agb>



Die Reihe Wirtschafts- und Sozialpolitik  
wird herausgegeben von

Prof. Dr. Rolf G. Heinze, Ruhr-Universität Bochum  
Prof. Dr. Werner Sesselmeier, Universität Koblenz-Landau  
Prof. Dr. Josef Schmid, Universität Tübingen

Band 5

Martin Bujard

# Geburtenrückgang und Familienpolitik

Ein interdisziplinärer Erklärungsansatz und  
seine empirische Überprüfung im  
OECD-Länder-Vergleich 1970-2006



**Nomos**



Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Heidelberg, Univ., Diss., 2011

ISBN 978-3-8329-6406-1

1. Auflage 2011

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2011. Printed in Germany. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

## Vorwort

Das Phänomen des Zweiten Geburtenrückgangs im Kontext von gesellschaftlichen Veränderungen und Familienpolitik sowie individuellen Entscheidungen und Lebensentwürfen hat nachhaltig mein Forschungsinteresse geprägt. Die initierende Idee für das Thema dieser Dissertation entstand in einer Zeit, in der mein wissenschaftliches Interesse im Themenfeld von Sozialpolitik und Demografie lag, beim Lesen der Publikation zur Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern im Industrieländervergleich von Prof. Dr. Manfred G. Schmidt. Daneben war die Herangehensweise seines Ansatzes der Staatstätigkeitsforschung prägend, verschiedene Theoriestränge in einem integrierenden Erklärungsmodell zu betrachten und empirisch zu testen. Aus der Idee, die in meinem politikwissenschaftlichen Studium erworbenen Kenntnisse und Methoden in einem interdisziplinären Ansatz zur Analyse der Fertilitätsentwicklung anzuwenden, wurde eine Konzeption und innerhalb von knapp drei Jahren – unzählige Literatur und Datensätze später – ist diese Untersuchung entstanden.

Dabei bin ich allen dankbar, die mich bei diesem Vorhaben unterstützt haben. Besonders großer Dank gilt Prof. Dr. Manfred G. Schmidt, der mir organisatorische Unterstützung, Bestärkung und wertvolle Ratschläge insbesondere bei entscheidenden Weichenstellungen gab, mir aber gleichzeitig erhebliche Freiräume ermöglichte. Eine optimale Mischung. Großer Dank gilt auch Prof. Dr. Uwe Wagschal für die Bereitschaft, als Zweitgutachter zu fungieren. Gedankt sei auch Prof. Dr. Klaus von Beyme für wertvolle Hinweise. Ferner gebührt jenen Dank, die in Kolloquien zu unterschiedlichen Stadien der Arbeit hilfreiche Anregungen gaben. Besonderer Dank gilt Dr. Frieder Wolf für inhaltliche und methodische Ratschläge sowie aufmunternde Worte zur rechten Zeit. Profitiert habe ich daneben von der hervorragenden Infrastruktur der Universität Heidelberg, neben Bibliotheken sei hier besonders die statistische Infrastruktur meiner Fakultät hinsichtlich Schulung, Soft- und Hardware erwähnt. Allen, die dazu beigetragen haben, sei gedankt.

Großer Dank gilt Prof. Dr. Hans Bertram, zum einen für Anregungen, die mein Verständnis vom zukünftigen Forschungsbedarf erweiterten und zum anderen für das zeitliche Entgegenkommen in der Endphase meiner Dissertation, da ich in dieser Phase bereits in der interdisziplinären Akademiengruppe von BBAW und Leopoldina „Zukunft mit Kindern – Fertilität und gesellschaftliche Entwicklung“ mitgearbeitet habe.

Dank geht auch an Mitarbeiter der OECD, des Statistischen Bundesamts, des BIB und des Hudson Institute jeweils für datentechnische Hilfe. Ein weiteres

Dankeschön für unterschiedliche Formen der Unterstützung geht an Dr. Alexander Bürgin, Jan Oliver Diebold, Moritz Gentsch, Christian Ledig, Christian Lipponer, Sebastian Mahner, Steffi Marchal, Peter Meisel, Tobias Ostheim, Wiebke Rösler, Dr. Stefan Wurster und Ingeborg Zimmermann. Den Herausgebern der Schriftenreihe „Wirtschafts- und Sozialpolitik“, Prof. Dr. Rolf G. Heinze, Prof. Dr. Werner Sesselmeier und Prof. Dr. Josef Schmid, danke ich für die Aufnahme meiner Monographie in ihre interdisziplinäre Reihe und für einige hilfreiche inhaltliche Anregungen.

Ganz besonderer Dank gebührt meiner Familie: meinen Eltern für enorme moralische Unterstützung, meinem Vater zudem für Korrekturlesen, meinem Sohn Simon für ein Verständnis von Familie, das nicht über Bücher zugänglich ist, sowie herzerfrischende Ablenkung und meiner Frau Martina dreifach: für Korrekturlesen, für einen entscheidenden konzeptionellen Hinweis und für unendliche Geduld, wenn meine Gedanken auch abends noch um die Dissertation kreisten.

Heidelberg, im Frühjahr 2011

Martin Bujard

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Inhaltsverzeichnis	7
Abbildungs- und Tabellenverzeichnis	11
Abkürzungen	17
<b>1 Einleitung – Der Zweite Geburtenrückgang</b>	<b>19</b>
1.1 Der Zweite Geburtenrückgang	21
1.1.1 Geburtenentwicklung in den Industrieländern	21
1.1.2 Folgen des Geburtenrückgangs	32
1.2 Forschungsstand	41
1.2.1 Der Zweite Geburtenrückgang als eigenständiges Phänomen	41
1.2.2 Interdisziplinarität und Betrachtungsebene — das Problem der Anschlussfähigkeit unterschiedlicher Ansätze und Theorien	43
1.2.3 Empirische Befunde zum Zweiten Geburtenrückgang	47
1.2.4 Familienpolitische Ansätze und die Kontroverse über die politische Beeinflussbarkeit	55
1.3 Forschungsfragen	62
1.4 Aufbau der Untersuchung	63
<b>2 Generatives Mehrebenenmodell als heuristischer Rahmen</b>	<b>66</b>
2.1 Entwurf eines generativen Mehrebenenmodells	66
2.2 Postmoderner Geburtenrückgang? Gemeinsamkeiten und Unterschiede zweier Geburtenrückgänge und zweier Epochen	83
<b>3 Integrierte Darstellung der Theorien des generativen Verhaltens im Mehrebenenmodell</b>	<b>94</b>
3.1 Einführung in den Theorieteil	94
3.2 Die klassische Transitionstheorie	98
3.3 Weiterentwicklungen der Transitionstheorie	104
3.4 Soziologische Multikomponentenansätze	110
3.5 Frauenemanzipationstheorien	114
3.6 Theorien des kulturellen Wandels und der SDT	123

3.7	Individualisierungs- und Individualismustheorien	130
3.8	Biografische Theorien und die Aufschubsthese	135
3.9	Technologische Theorien	139
3.10	Mikroökonomische Theorien	143
3.11	Ökonomische Erklärungsversuche zyklischer Fertilitätsmuster	154
3.12	Psychologische Individualansätze	160
3.13	Paarinteraktionsmodelle	169
3.14	Familienpolitische Ansätze	174
3.15	Zusammenfassung der Theorien im Lichte des Mehrebenenmodells	186
<b>4</b>	<b>Zweistufiger Erklärungsansatz, Hypothesen, Forschungsdesign</b>	<b>192</b>
4.1	Zweistufiger Erklärungsansatz und Hypothesen	192
4.1.1	Entwurf eines zweistufigen Erklärungsansatzes	192
4.1.2	Hypothesengenerierung	198
4.2	Untersuchungsplan für den empirischen Teil	214
<b>5</b>	<b>Bivariate Querschnittsanalysen der einzelnen Determinanten der Geburtenrate im Zeitverlauf</b>	<b>220</b>
5.1	Emanzipation von Frauen	221
5.2	Religion und Religiosität	229
5.3	Kultureller Wandel	234
5.4	Sozioökonomische Modernisierung	237
5.5	Ökonomische Performanz	242
5.6	Ökonomische Homogenität	246
5.7	Verhütungstechnologien und Abtreibung	247
5.8	Demografische Faktoren	251
5.9	Politisch-institutionelle Faktoren	255
5.10	Parteiendifferenz	259
5.11	Alterssicherung	260
5.12	Finanzielle Transfers	263
5.13	Bildung und Betreuung	267
5.14	Arbeitsmarktregelungen	273
5.15	Familiennormierendes Recht	277
5.16	Kommunikation pronatalistischer Ziele	279
5.17	Zusammenfassung und Bewertung der bivariaten Befunde	281
<b>6</b>	<b>Diffusionsphase: Veränderungsratenanalyse und multivariate Erklärungsmodelle</b>	<b>289</b>
6.1	Methodische Vorbemerkungen	289

6.2	Bivariate Analyse der Veränderungsraten	300
6.3	Multivariate Erklärungsmodelle der Initiierung des Zweiten Geburtenrückgangs	304
6.4	Multivariate Erklärungsmodelle der Diffusionsphase	309
6.4.1	Multivariate Querschnittsregressionsanalysen mit Niveaudaten	309
6.4.2	Multivariate Regressionsanalysen der Veränderungsraten	317
6.5	Erklärung der Diffusionsphase: Zusammenfassung der empirischen Befunde und analytische Rückkopplung zur Mikroebene	320
<b>7</b>	<b>Akkomodationsphase: Veränderungsratenanalyse und multi- variante Erklärungsmodelle</b>	<b>326</b>
7.1	Bivariate Analyse der Veränderungsraten	326
7.2	1986 - Phasenwechsel von Diffusion zu Akkomodation	333
7.3	Multivariate Erklärungsmodelle der Akkomodationsphase	336
7.3.1	Multivariate Querschnittsregressionsanalysen mit Niveaudaten	336
7.3.2	Multivariate Regressionsanalysen der Veränderungsraten	350
7.4	Erklärung der Akkomodationsphase: Zusammenfassung der empirischen Befunde und analytische Rückkopplung zur Mikroebene	356
<b>8</b>	<b>Die Rolle der Familienpolitik</b>	<b>366</b>
8.1	Familienpolitik, Bevölkerungspolitik und nachhaltige Familienpolitik	366
8.2	Die komplementäre Zielstruktur der Familienpolitik	371
8.3	Die Einflussstärke der Familienpolitik auf die Geburtenrate im internationalen Vergleich	377
8.4	Politikberatende Konklusionen	387
<b>9</b>	<b>Zusammenfassung und Ausblick</b>	<b>394</b>
9.1	Generatives Mehrebenenmodell und zweistufiger Erklärungsansatz	395
9.2	Empirische Hauptbefunde	397
9.3	Theoretische Weiterentwicklung und Forschungsbedarf	406
9.4	Politikberatung und Ausblick	408
	Literatur	413



# Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

## Abbildungen

Abbildung 1-1:	TFR der angelsächsischen Länderfamilie 1970 bis 2006	26
Abbildung 1-2:	TFR der nordeuropäischen Länderfamilie 1970 bis 2006	27
Abbildung 1-3:	TFR der kontinental-westeuropäischen Länderfamilie 1970 bis 2006	27
Abbildung 1-4:	TFR der osteuropäischen Länderfamilie 1970 bis 2006	28
Abbildung 1-5:	TFR der südeuropäischen und ostasiatischen OECD-Länder 1970-2006	28
Abbildung 2-1:	Schema von einfachen Makrodesigns	66
Abbildung 2-2:	Schema eines Makrodesigns mit Mikrofundierung	72
Abbildung 2-3:	Generatives Mehrebenenmodell als heuristischer Rahmen	73
Abbildung 2-4:	Systemische Sichtweise auf die Makrokomponenten des MEM	82
Abbildung 3-1:	Kernfaktoren der Transitionstheorie anhand des MEM	101
Abbildung 3-2:	Kernfaktoren von Mackenroths Theorie anhand des MEM	104
Abbildung 3-3:	Transitionstheorie mit Erweiterungen von Knodel und van de Walle anhand des MEM	106
Abbildung 3-4:	Andorkas Fertilitätsdeterminanten anhand des MEM	112
Abbildung 3-5:	Multikomponentenansatz von Bolte et al. anhand des MEM	113
Abbildung 3-6:	Scanzonis Rollentheorie dargestellt anhand des MEM	115
Abbildung 3-7:	Darstellung der Gender-Equity-Theorie anhand des MEM	119
Abbildung 3-8:	Kernfaktoren von van de Kaas SDT-Theorie anhand des MEM	127
Abbildung 3-9:	Kernfaktoren von Lesthaeghes SDT-Theorie anhand des MEM	127
Abbildung 3-10:	Individualisierungs-Theorie nach Beck anhand des MEM	132
Abbildung 3-11:	Biografische Theorie anhand des Mehrebenenmodells	137
Abbildung 3-12:	Beckers ökonomische Theorie anhand des Mehrebenenmodells	151
Abbildung 3-13:	Kaufmanns familienpolitischer Ansatz anhand des MEM	181
Abbildung 5-1:	Zusammenhang tertiäre Bildungsbeteiligung Frauen/TFR 1976	222
Abbildung 5-2:	Zusammenhang tertiäre Bildungsbeteiligung Frauen/TFR 2006	222
Abbildung 5-3:	Zusammenhang Frauenerwerbsquote 1970 und TFR 1971	225
Abbildung 5-4:	Zusammenhang Frauenerwerbsquote 2005 und TFR 2006	225
Abbildung 5-5:	Korrelationsentwicklung Frauenerwerbsquote/TFR 1971-2006	226
Abbildung 5-6:	Muster von Frauenerwerbsquote und TFR ausgewählter Länder im Zeitverlauf 1971-2006	227
Abbildung 5-7:	Zusammenhang zwischen Katholikenquote und TFR 1971	230
Abbildung 5-8:	Zusammenhang zwischen Katholikenquote und TFR 2006	231
Abbildung 5-9:	Korrelationsentwicklung Katholikenquote/TFR von 1971-2006	232
Abbildung 5-10:	Zusammenhang Postmaterialistenquote 2000 und TFR 2001	235
Abbildung 5-11:	Zusammenhang Zustimmung Need-Kid-These und TFR 2001	236



Abbildung 5-12:	Zusammenhang zwischen BIPPC 1970 und TFR 1971	238
Abbildung 5-13:	Zusammenhang zwischen BIPPC 2005 und TFR 2006	239
Abbildung 5-14:	Korrelationsentwicklung Modernisierungsindikatoren/TFR 1971-2006	241
Abbildung 5-15:	Korrelationsentwicklung Arbeitslosigkeit/TFR 1979-2006	243
Abbildung 5-16:	Zusammenhang Jugendarbeitslosenquote 2005 und TFR 2006	244
Abbildung 5-17:	Boxplots Veränderungsraten TFR 1970-2006 nach Wachstumshöhe	245
Abbildung 5-18:	Zusammenhang Lohnabstand Frauen 2003 und TFR 2004	247
Abbildung 5-19:	Zusammenhang Mütteralter bei Erstgeburt 2005 und TFR 2006	252
Abbildung 5-20:	Zusammenhang zwischen TFR 1970 und TFR 2006	254
Abbildung 5-21:	Zusammenhang Alter Frauenwahlrecht und TFR 2006	256
Abbildung 5-22:	Zusammenhang politische Rechte und TFR 1971 und 1976	258
Abbildung 5-23:	Zusammenhang parteipolitische Tradition und TFR 2006	260
Abbildung 5-24:	Zusammenhang Generationenkoeffizient 2005 und TFR 2006	261
Abbildung 5-25:	Korrelationsentwicklung Generationenkoeffizient/TFR 1971-2006	262
Abbildung 5-26:	Zusammenhang Familientransferausgaben 1980 und TFR 1981	264
Abbildung 5-27:	Zusammenhang Familientransferausgaben 2005 und TFR 2006	264
Abbildung 5-28:	Zusammenhang relative Kindergeldhöhe 2005 und TFR 2006	266
Abbildung 5-29:	Zusammenhang Familiendienstleistungsausgaben 1980 und TFR 1981	268
Abbildung 5-30:	Zusammenhang Familiendienstleistungsausgaben 2005 und TFR 2006	269
Abbildung 5-31:	Korrelationsentwicklung Ausgabenarten/TFR 1981-2006	270
Abbildung 5-32:	Zusammenhang Kita-Partizipation 2005 und TFR 2006	271
Abbildung 5-33:	Zusammenhang Arbeitnehmerschutz 2003 und TFR 2004	274
Abbildung 5-34:	Zusammenhang Teilzeitarbeitsquote 2005 und TFR 2006	275
Abbildung 5-35:	Zusammenhang Väterzeit 2005 und TFR 2006	278
Abbildung 5-36:	Zusammenhang steuerlicher Anreiz für Zweitverdiener und TFR 2006	279
Abbildung 5-37:	Wirkung von Diffusions- und Akkomodationseffekten im Zeitverlauf	282
Abbildung 6-1:	Zusammenhang TFR-Niveau 1970 und TFR-Veränderung 1971-1986	301
Abbildung 6-2:	Zusammenhang Veränderung von Kinderbetreuungsausgaben und TFR 1981-1986	302
Abbildung 6-3:	Zusammenhang Veränderung Dienstleistungsquote und TFR 1981-86	303
Abbildung 6-4:	Residuen des Basismodells 1971	308
Abbildung 6-5:	Residuen des Basismodells 1976	314
Abbildung 6-6:	Erklärung der Diffusionsphase des Zweiten Geburtenrückgangs anhand des generativen Mehrebenenmodells	322
Abbildung 6-7:	Wechselwirkungen zwischen Makrofaktoren in der Diffusionsphase	323
Abbildung 7-1:	Zusammenhang Veränderung von Kinderbetreuungsausgaben und TFR 1986-2006	327
Abbildung 7-2:	Zusammenhang Veränderung Elterngeldausgaben und TFR 1986-2006	328
Abbildung 7-3:	Zusammenhang Veränderung politische Rechte/TFR 1986-2006	330
Abbildung 7-4:	Zusammenhang Veränderung Agrarquote und TFR 1986-2006	330
Abbildung 7-5:	Zusammenhang Veränderung Arbeitslosigkeit/TFR 1996-2006	331

Abbildung 7-6:	Zusammenhang TFR 1986 und TFR-Veränderung 1986-2006	333
Abbildung 7-7:	Pfadmodell politisch-kulturelle und -institutionelle Determinanten	339
Abbildung 7-8:	Residuen des Basismodells 2006	350
Abbildung 7-9:	Residuen des Basismodells B der Veränderungsdaten 1986-2006	355
Abbildung 7-10:	Schema zur Hidden Hand des Vorzeichenwechsels von Frauen erwerbsquote und TFR	357
Abbildung 7-11:	Erklärung der Akkomodationsphase des Zweiten Geburtenrückgangs anhand des generativen Mehrebenenmodells	363
Abbildung 8-1:	Residuen des Basismodells familienpolitischer Variablen 2006	382
Abbildung 9-1:	Erklärung der Diffusionsphase anhand des MEM	402
Abbildung 9-2:	Erklärung der Akkomodationsphase anhand des MEM	405

#### Abbildungen des digitalen Anhangs (siehe: <http://www.nomos-extra.de/>)

Abbildung A-1:	Altenquotienten der OECD-Staaten 1980-2050	9
Abbildung A-2:	Zusammenhang zwischen Gender Empowerment Measure und TFR 2006	15
Abbildung A-3:	Zusammenhang Protestantenquote 1970 und TFR 1971	15
Abbildung A-4:	Zusammenhang Protestantenquote 2000 und TFR 2006	16
Abbildung A-5:	Zusammenhang zwischen Religiosität 1981 und TFR 1982	16
Abbildung A-6:	Zusammenhang zwischen Religiosität 2000 und TFR 2001	17
Abbildung A-7:	Zusammenhang zwischen Dienstleistungsquote 1970 und TFR 1971	17
Abbildung A-8:	Zusammenhang zwischen Dienstleistungsquote 2005 und TFR 2006	18
Abbildung A-9:	Zusammenhang Agrarwertschöpfungsquote 1970 und TFR 1971	18
Abbildung A-10:	Zusammenhang Agrarwertschöpfungsquote 2005 und TFR 2006	19
Abbildung A-11:	Zusammenhang zwischen Arbeitslosenquote 1970 und TFR 1971	19
Abbildung A-12:	Zusammenhang zwischen Arbeitslosenquote 2005 und TFR 2006	20
Abbildung A-13:	Einfluss des Nachzüglereffekts eines Ausreißers auf den Zusammenhang zwischen Wachstum und Veränderungsrate TFR 1984	21
Abbildung A-14:	Zusammenhang Gini-Koeffizient 2000 und TFR 2001	22
Abbildung A-15:	Zusammenhang moderne Verhütung und TFR 2006	23
Abbildung A-16:	Zusammenhang Abtreibungsrate 2005 und TFR 2006	23
Abbildung A-17:	Zusammenhang Mütteralter bei Erstgeburt 1970 und TFR 1971	24
Abbildung A-18:	Zusammenhang Kinderlosigkeit 1940er Kohorte und TFR 1970	24
Abbildung A-19:	Zusammenhang Alter Frauenwahlrecht und TFR 1970	25
Abbildung A-20:	Zusammenhang Frauenanteil im Parlament 2005 und TFR 2006	25
Abbildung A-21:	Korrelationsentwicklung TFR / politische Rechte nach FH 1971-1991	26
Abbildung A-22:	Zusammenhang Parteizugehörigkeit der Regierung und TFR 1970	26
Abbildung A-23:	Zusammenhang Parteizugehörigkeit der Regierung und TFR 2006	27
Abbildung A-24:	Zusammenhang Generationenkoeffizient 1980 und TFR 1981	27
Abbildung A-25:	Zusammenhang Elterngeld pro Kopf 2005 und TFR 2006	28

Abbildung A-26: Zusammenhang öffentliche Transfers inklusive Steuern 2005 und TFR 2006	28
Abbildung A-27: Zusammenhang Kinderbetreuungsgebühr 2004 und TFR 2005	29
Abbildung A-28: Zusammenhang außerschulische Betreuungsrate 2005 und TFR 2006	29
Abbildung A-29: Zusammenhang öffentliche Beschäftigungsquote 1974 und TFR 1975	30
Abbildung A-30: Zusammenhang öffentliche Beschäftigungsquote 2005 und TFR 2006	30
Abbildung A-31: Zusammenhang akademische Ausbildungsdauer 2005 und TFR 2006	31
Abbildung A-32: Residuen des Basismodells 1981	37
Abbildung A-33: Residuen des Ausgangswert-Modells der Veränderungsraten 1971-1986	39
Abbildung A-34: Residuen des Basismodells der Veränderungsraten 1971-1986	41
Abbildung A-35: Zusammenhang Protestantenquote und TFR-Veränderung 1986-2006	44
Abbildung A-36: Zusammenhang Veränderung von Erstmütteralter und TFR 1996-2006	44
Abbildung A-37: Residuen des Basismodells 1986	47
Abbildung A-38: Residuen des Basismodells 1996	51
Abbildung A-39: Residuen des Basismodells A der Veränderungsraten 1986-2006	59

## Tabellen

Tabelle 1-1: Begriffe beider Geburtenrückgänge im Überblick	21
Tabelle 1-2: TFR und ihre Veränderungsraten von 28 OECD-Ländern 1970- 2006	24
Tabelle 1-3: Sechs Länderfamilien im Überblick	29
Tabelle 1-4: Folgen des Geburtenrückgangs im Überblick	40
Tabelle 2-1: Ausführliches Mikromodell des generativen Verhaltens	67
Tabelle 2-2: Einfluss von Makrofaktoren auf Komponenten des generativen Mikromodells	81
Tabelle 2-3: Zwei Geburtenrückgänge und zwei Epochen: Dichotomien im Bezug zu den Makrofaktoren des Mehrebenenmodells	87
Tabelle 2-4: Makrofaktoren im Kontext beider Geburtenrückgänge	91
Tabelle 2-5: Charakteristische Entwicklungen einer sozialwissenschaftlichen Konzeption der Postmoderne	92
Tabelle 3-1: Theorien des Geburtenrückgangs nach Fachschwerpunkt und Epoche	97
Tabelle 3-2: Psychologische Theorien anhand der Mikrokomponente des MEM	168
Tabelle 3-3: Zuordnung Kernfaktoren der Theorien zu Komponenten des MEM	188
Tabelle 5-1: Umfragedaten zur Salienz einer Überbevölkerungsangst	237
Tabelle 5-2: Überblick bivariate Korrelationen der TFR mit 51 Determinanten	285
Tabelle 6-1: Korrelationen der Veränderungsraten innerhalb der Diffusionsphase	300
Tabelle 6-2: Querschnittsregressionen zur TFR 1971 – alternative Basismodelle	305
Tabelle 6-3: Zusammenfassung der Jackknife-Analysen des Basismodells 1971	307
Tabelle 6-4: Robustheit des Basismodells 1971 gegenüber Einfluss von Ländergruppen	307
Tabelle 6-5: Querschnittsregressionen zur TFR 1976 – alternative Basismodelle	310

Tabelle 6-6:	Interaktionsterm und partielle Korrelation zum Interaktionseffekt von Katholikenquote und Verhütungsmittelzugang 1976	311
Tabelle 6-7:	Zusammenfassung der Jackknife-Analysen des Basismodells 1976	313
Tabelle 6-8:	Robustheit des Basismodells 1976 gegenüber Einfluss von Ländergruppen	313
Tabelle 6-9:	Querschnittsregressionen zur TFR 1981 – alternative Basismodelle	316
Tabelle 6-10:	Regressionen TFR-Veränderungsraten 1971-86 – alternative Basismodelle	318
Tabelle 7-1:	Korrelationen der Veränderungsraten in der Akkomodationsphase	326
Tabelle 7-2:	Querschnittsregressionen zur TFR 1986 – alternative Basismodelle	335
Tabelle 7-3:	Querschnittsregressionen zur TFR 1996 – alternative Basismodelle	337
Tabelle 7-4:	Querschnittsregressionen zur TFR 2006 – alternative Basismodelle	343
Tabelle 7-5:	Zusammenfassung Jackknife-Analysen für das Basismodell 2006	349
Tabelle 7-6:	Robustheit des Basismodells 2006 gegenüber dem Einfluss einzelner Ländergruppen	349
Tabelle 7-7:	Regressionen zu TFR-Veränderungsraten 1986-2006 – alternative Basismodelle	351
Tabelle 7-8:	Zusammenfassung Jackknife-Analysen des Modells 1986-2006 B	354
Tabelle 7-9:	Robustheit des Basismodells B der Veränderungsraten 1986-2006 gegenüber dem Einfluss einzelner Ländergruppen	355
Tabelle 8-1:	Nexus zwischen Instrumenten und Zielen der Familienpolitik	372
Tabelle 8-2:	Regressionen zur TFR 1996 – nur familienpolitische Determinanten	379
Tabelle 8-3:	Regressionen zur TFR 2006 – nur familienpolitische Determinanten	380
Tabelle 8-4:	Zusammenfassung Jackknife-Analysen zum Basismodell Fam-2006	380
Tabelle 8-5:	Robustheit des Modells Fam-2006 gegenüber Einfluss von Ländergruppen	381
Tabelle 8-6:	Regressionen zur TFR-Veränderung 1986-2006 – nur familienpolitische Determinanten	383
Tabelle 8-7:	Regressionen TFR 1996-2006 – kulturelle und institutionelle Determi- nanten	385
Tabelle 9-1:	Überblick Wirkungszusammenhang einzelner Determinanten mit der TFR	399
Tabelle 9-2:	Best-fit-Modelle multivariate Regressionen Diffusionsphase	400
Tabelle 9-3:	Best-fit-Modelle multivariate Regressionen Akkomodationsphase	403

Tabellen des digitalen Anhangs (siehe: <http://www.nomos-extra.de/>)

Tabelle A-1:	Zusammengefasste Geburtenrate (TFR) von 28 OECD-Ländern 1970-2006	4
Tabelle A-2:	Veränderung der TFR innerhalb Subperioden in 28 OECD-Ländern	7
Tabelle A-3:	Bevölkerungsprognosen für die Jahre 2050 und 2100 (in Mio.)	8
Tabelle A-4:	Interkorrelationen unabhängige Variablen erste Phase (1970, 1975, 1980)	9
Tabelle A-5:	Interkorrelationen unabhängige Variablen zweite Phase (2005, 2000)	10
Tabelle A-6:	Interkorrelationen unabhängige Variablen bei Veränderungsraten 1970-1985	32
Tabelle A-7:	Korrelation der Veränderungsraten Diffusionsphase mit/ohne Südkorea	32
Tabelle A-8:	Korrelation der Veränderungsraten Diffusionsphase mit/ohne Spanien	32
Tabelle A-9:	Korrelation der Veränderungsraten Diffusionsphase mit/ohne Schweden	32

Tabelle A-10: Regressionen zur TFR 1971 – Basismodell mit sukzessiver UV-Inklusion	33
Tabelle A-11: Regressionen zur TFR 1976 – Basismodell mit sukzessiver UV-Inklusion	34
Tabelle A-12: Regressionen zur TFR 1981 – Basismodell mit sukzessiver UV-Inklusion	36
Tabelle A-13: Zusammenfassung Jackknife-Analysen für das Basismodell 1981	37
Tabelle A-14: Robustheit des Basismodells 1981 gegenüber Einfluss von Ländergruppen	37
Tabelle A-15: Regressionen TFR-Veränderungsraten 1971-86 mit TFR 1970 als UV	38
Tabelle A-16: Regressionen Veränderungsrate der TFR 1971-1986 – Basismodell mit sukzessiver UV-Inklusion	40
Tabelle A-17: Zusammenfassung Jackknife-Analysen für das Modell 1971-86	40
Tabelle A-18: Robustheit des Basismodells V-Dif gegenüber Einfluss von Ländergruppen	41
Tabelle A-19: Vergleich der Kodierung von Dummy und mehrstufigem Indikator	42
Tabelle A-20: Interkorrelationen der UV der Veränderungsrate 1985-2005	43
Tabelle A-21: Regressionen zur TFR 1986 – Basismodell mit sukzessiver UV-Inklusion	45
Tabelle A-22: Zusammenfassung Jackknife-Analysen für das Basismodell 1986	47
Tabelle A-23: Robustheit des Basismodells 1986 gegenüber Einfluss von Ländergruppen	47
Tabelle A-24: Regressionen zur TFR 1996 – Basismodell mit sukzessiver UV-Inklusion	48
Tabelle A-25: Zusammenfassung Jackknife-Analysen für das Basismodell 1996	50
Tabelle A-26: Robustheit des Basismodells 1996 gegenüber Einfluss von Ländergruppen	50
Tabelle A-27: Regressionen zur TFR 2006 – Basismodell mit sukzessiver UV-Inklusion	52
Tabelle A-28: Regressionen zur TFR-Veränderung 1986-2006 – alternative Basismodelle	55
Tabelle A-29: Regressionen zur TFR-Veränderung 1986-2006 – Basismodell A mit sukzessiver UV-Inklusion	57
Tabelle A-30: Zusammenfassung Jackknife-Analysen des Modells 1986-06 A	58
Tabelle A-31: Robustheit des Basismodells A 1986-2006 gegenüber Ländergruppen	59
Tabelle A-32: Regressionen zu Veränderungsrate der TFR 1986-2006 – Basismodell B mit sukzessiver UV-Inklusion	60
Tabelle A-33: Regressionen zur TFR 2006 – nur familienpolitische Determinanten	62

# Abkürzungen

AV	Abhängige Variable
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie
BIB	Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung
BIP	Bruttoinlandprodukt
BIPPC	Bruttoinlandprodukt per Capita
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
CFR	Cohort Fertility Rate (Kohortenspezifische Geburtenrate)
c. p.	ceteris paribus
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
e. A.	erste Auflage
EPL	Employment Protection Legislation (gesetzlicher Arbeitnehmerschutz)
ESA	Economic and Social Affairs (UN Department of)
FFS	Family and Fertility Survey
FH	Freedom House
FLA	Familienlastenausgleich
GGs	Generations and Gender Survey
IBS	Institut für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik
ICSI	Intracytoplasmatische Spermieninjektion (Mikroinsemination)
IGO	International Governmental Organizations
IMU	Increasing Marginal Utility (wachsender Grenznutzen)
IUD	Intra-uterine Device (Intrauterinpessar, Spirale)
IVF	In-vitro-Fertilisation (künstliche Befruchtung)
i. w. S.	im weiteren Sinne
LFC	Low Fertility Country
LIS	Luxembourg Income Study
LLFC	Lowest Low Fertility Country
MAC	Mean Age of Childbearing (Durchschnittliches Alter der Mutter bei der Geburt)
MEM	Mehrebenenmodell
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NRZ	Nettoreproduktionsziffer
OECD	Organization for Economic Co-operation and Development
OHV	Ovulationshemmende Verhütungsmittel
OLS	Ordinary Least Squares (Methode der kleinsten Quadrate)
PPAS	Population Policy Acceptance Study
PTFR	Period Total Fertility Rate, ein Synonym der TFR
PTS	Pooled Time Series (gepoolte Zeitreihenanalysen)

PUK	Potenzieller Unterstützungskoeffizient
SDT	Second Demographic Transition
SBA	Statistisches Bundesamt
TFR	Total Fertility Rate (zusammengefasste Geburtenrate)
UN	United Nations
UV	Unabhängige Variable
VOC	Value of Children
WVS	World Values Surveys

# 1 Einleitung – Der Zweite Geburtenrückgang

Der Mitte der 1960er Jahre einsetzende Zweite Geburtenrückgang<sup>1</sup> hat alle in der OECD organisierten Industrieländer erfasst, jedoch in unterschiedlichem Ausmaß. Viele dieser Länder haben heute Geburtenraten, die ein Drittel oder mehr unter der Ausgleichsrate<sup>2</sup> liegen. Dieses Phänomen kennzeichnet einen tief greifenden gesellschaftlichen Wandel bei einer zentralen individuellen Lebensentscheidung: der hinsichtlich von Familie und Kindern. Darüber hinaus hat die Entwicklung der Geburtenrate mit ihrer maßgeblichen Wirkung auf die Altersstruktur und die Bevölkerungszahl einer Gesellschaft langfristig einen immensen Einfluss auf zentrale Politikfelder. Dieser Einfluss wirkt besonders vehement auf die zentralen wohlfahrtsstaatlichen Institutionen wie die Rentenpolitik und die Gesundheitspolitik. Aber auch in der Arbeitsmarkt-, Wirtschafts-, Bildungs-, Regional- und Finanzpolitik, für den parteipolitischen Wettbewerb sowie bei außen- und sicherheitspolitischen Entwicklungen spielen demografische Prozesse eine bedeutende Rolle.

In Anbetracht der Intensität dieses Geburtenrückgangs und seiner weitreichenden Folgen ist es nicht verwunderlich, dass der Themenkomplex Demografie/Familienpolitik seit einigen Jahren sowohl in den Medien als auch in der Wissenschaft eine wachsende Rolle spielt. Die Analyse des Geburtenrückgangs ist Gegenstand unterschiedlicher wissenschaftlicher Disziplinen. Soziologen, Wirtschaftswissenschaftler und Demografen spielen hierbei traditionell eine wichtige Rolle, Forschungsbeiträge gibt es ebenso von Sozialpsychologen, Biologen, Historikern und in den letzten Jahren zunehmend von Politikwissenschaftlern. Für Politikwissenschaftler ist das Thema doppelt interessant: Zum einen wirkt sich die Höhe der Geburtenrate auf diverse Politikfelder aus und zum anderen wird sie, so die These des Verfassers, von politischen Rahmenbedingungen erheblich beeinflusst. Hier wird ein breiter interdisziplinärer Ansatz verfolgt.

Wodurch ist dieser Geburtenrückgang verursacht und wie ist die Variation innerhalb der OECD-Länder zu erklären? Kann er durch familienpolitische Maßnahmen beeinflusst werden? Das sind die Leitfragen dieser Untersuchung.

In dieser Untersuchung wird ein Mehrebenenmodell des generativen Verhaltens als heuristischer Rahmen entworfen. Dabei wird ein komplexes Mikromodell der Fertilitätsentscheidung generiert und mit ökonomischen, gesellschaftli-

1 Zum Begriff „Zweiter Geburtenrückgang“ siehe die Abschnitte: 1.2.1 und 2.2.

2 Die Ausgleichsrate bedeutet, dass die Größe der Kindergeneration der der Elterngeneration entspricht, dies ist bei einer Geburtenzahl von etwa 2,1 Kindern pro Frau der Fall.



chen, technischen sowie politischen Makrofaktoren systematisch in Bezug gesetzt. Anschließend werden Theorien des Geburtenrückgangs aus verschiedenen Fachrichtungen dargestellt und anhand des Mehrebenenmodells vergleichbar gemacht sowie diskutiert. Unter dem Dach des Mehrebenenmodells wird dann ein Erklärungsansatz entworfen, wobei bestehende Theorieelemente neuartig in einem Zwei-Phasen-Ansatz kombiniert werden. Kern ist dabei die These, dass die Geburtenraten durch Diffusions- und Akkomodationseffekte beeinflusst werden, die das makrofaktorielle Muster prägen. Beide Effekte existieren parallel, jedoch im Zeitverlauf in sehr unterschiedlicher Gewichtung, so dass die Relation dieser Effekte den Zweiten Geburtenrückgang in zwei Phasen aufteilt. Dieser Erklärungsansatz versucht Beginn, Durchdringung, gegenwärtige Entwicklung und den Verlauf des Zweiten Geburtenrückgangs kombiniert zu erklären und ist Grundlage für die Hypothesengenerierung.

Im empirischen Teil werden die Hypothesen mit bivariaten und multivariaten Regressionsanalysen von Niveaudaten und Veränderungsdaten überprüft. Das Forschungsdesign trägt dem Zwei-Phasen-Ansatz Rechnung, indem systematisch mehrere Querschnitte sowie Zeitabschnitte untersucht werden, um Veränderungsdynamik und Wechselwirkungen im Zeitverlauf zu erfassen. Dabei fungieren eine große Anzahl von Makrofaktoren als unabhängige Variablen und die zusammengefasste Geburtenrate und ihre Veränderung als abhängige Variable. Untersucht werden die OECD-Länder<sup>3</sup> im Zeitraum von 1970 bis 2006. Den empirischen Befunden der makrofaktoriellen Analyse folgt ihre analytische Rückkopplung zur Mikroebene. Bei der Analyse der familienpolitischen Faktoren mündet die Studie in einen politikberatenden Ansatz.

In diesem ersten Kapitel wird die als Zweiter Geburtenrückgang bezeichnete Geburtenentwicklung der OECD-Länder in den letzten vier Jahrzehnten dargestellt. Hierbei werden die Unterschiede zwischen den Ländern sowie im Zeitverlauf herausgearbeitet. Anschließend werden der Forschungsstand beleuchtet und die Forschungsfragen formuliert. Im vierten und letzten Teil des ersten Kapitels wird der Aufbau dieser Untersuchung vorgestellt.

- 3 Als Untersuchungsfälle sind 28 Staaten ausgewählt, die zu den wirtschaftlich am weitesten entwickelten zählen, demokratisch verfasst und in der OECD organisiert sind. Schwellenländer wie Türkei und Mexiko, die ebenfalls Mitglied in der OECD sind, werden hier nicht berücksichtigt, da dort im Untersuchungszeitraum nicht der Zweite Geburtenrückgang, sondern der Demografische Übergang stattfand. Mit OECD-Staaten sind im weiteren Verlauf der Arbeit die hier untersuchten Staaten gemeint.

1.1 Der Zweite Geburtenrückgang

1.1.1 Geburtenentwicklung in den Industrieländern

Die Mehrheit von Demografen und sich mit der Thematik beschäftigenden Sozialwissenschaftlern spricht von zwei Geburtenrückgängen. Der Erste Geburtenrückgang steht in Zusammenhang mit einem Sterblichkeitsrückgang und ist Teil einer Transition (Notestein et al. 1944, Davis 1945, 1949) bzw. eines „Demographischen Übergangs“ (Mackenroth 1953). Bei dieser Transition wird ein Gleichgewicht mit hohen Geburten- und Sterbehäufigkeiten in ein Gleichgewicht mit niedriger Geburtenrate und geringer Sterblichkeit überführt. Aufgrund des Timelags zwischen Sterblichkeits- und Geburtenrückgang wächst die Bevölkerung dabei sprunghaft. Diese Transition fand in den meisten OECD-Staaten zwischen 1850 und 1940 statt, hat inzwischen viele Schwellen- und Entwicklungsländer erreicht, und es wird angenommen, dass sie alle Bevölkerungen der Welt erreichen wird (u. a. Davis 1945, Notestein 1944, aber auch BIB 2004, Chesnais 1992, UN 2007c). Der Zweite Geburtenrückgang begann Mitte der 1960er Jahre in Nord- und Westeuropa und hat inzwischen sämtliche Staaten Europas, Nordamerika, Australien und einige ostasiatische Staaten erreicht. Dieser Geburtenrückgang wurde im Unterschied zum Ersten Geburtenrückgang von keinem entsprechenden Sterblichkeitsrückgang begleitet (die Kindersterblichkeit war bereits sehr niedrig), so dass die Geburtenrate heute in allen Industrieländern unter der Ausgleichsrate liegt, teilweise deutlich darunter. Der Zweite Geburtenrückgang wird von Änderungen des Heirats- und Scheidungsverhaltens begleitet, und für beides zusammen hat sich der Begriff „Second Demographic Transition“ (van de Kaa 1987, siehe auch 3.6) etabliert (vgl. Tab. 1-1).

**Tabelle 1-1:** Begriffe beider Geburtenrückgänge im Überblick

Chronologisches Begriffspaar	Erster Geburtenrückgang	Zweiter Geburtenrückgang
In dieser Studie vorgestellte begriffliche Alternativen	Transitioneller Geburtenrückgang	Postmoderner Geburtenrückgang
Zeitliches Auftreten in den meisten OECD-Ländern	1850-1940	Seit 1965
Total Fertility Rate (TFR)	von $\approx 5\text{-}6$ auf $\approx 2\text{-}3$	von $\approx 2\text{-}3$ auf $1,1\text{-}2,1$
Nettoreproduktionsziffer (NRZ)	von $\geq 1$ auf $\geq 1$ (dazwischen deutlich höher)	von $\geq 1$ auf $0,5\text{-}1$
Mit dem Geburtenrückgang korrespondierende Transition	Demografischer Übergang, Transition	Second Demographic Transition (SDT)

Anmerkungen: Erläuterungen siehe Text, Begründung für die begrifflichen Alternativen siehe Abschnitt 2.2. Die Werte für TFR und NRZ dienen dem Überblick, auf gelegentliche leichte Abweichungen sei verwiesen.

Nachdem sich die Geburtenrate gegen Ende des Demografischen Übergangs in der Nähe der Ausgleichsrate, meist leicht darüber eingependelt hatte, hatte sie sich nach übereinstimmender Einschätzung zeitgenössischer Demografen und Sozialwissenschaftler an die sozioökonomische Modernisierung und den Sterblichkeitsrückgang angepasst. Die Erwartung war, dass die Geburtenrate auf diesem Niveau lange verbleiben wird. So bezeichnete Mackenroth (1953) das neue Gleichgewicht als „neue Bevölkerungsweise“ im Unterschied zur alten „agrarischen Bevölkerungsweise“. Dieses Gleichgewicht hielt auch einige Jahrzehnte lang. In den 1950er und Anfang der 1960er Jahre stieg die Geburtenrate in vielen Industrieländern sogar wieder an, der Babyboom bescherte diesen Ländern, besonders stark den angelsächsischen, ein Bevölkerungswachstum. Dieses demografische Gleichgewicht mit leichten Wachstumstendenzen und dem entsprechend günstigen Altersaufbau der Gesellschaft hat viele ökonomische Vorteile (vgl. Kap. 2), nicht zuletzt für umlagefinanzierte Sozialsysteme ist es ideal – wenn es dauerhaft ist. Im Unterschied zur normativ meist positiven Bewertung der Transition<sup>4</sup> wird der Zweite Geburtenrückgang häufig sehr kritisch<sup>5</sup> gesehen. Seitdem Mitte der 1970er Jahre die Geburtenrate in einigen Ländern dramatische Werte erreichte, verstärkte sich die kritische Bewertung durch den weiteren Rückgang und die wachsende Zahl der betroffenen Länder in den folgenden Jahrzehnten.

Die zusammengefasste Geburtenrate (TFR)<sup>6</sup> hat sich zwischen dem Ende des Demografischen Übergangs und dem Jahr 1970 in den untersuchten Ländern meistens zwischen 1,8 und 3 bewegt. In den angelsächsischen Ländern lag sie in der Phase des Babybooms teilweise darüber, während der Weltwirtschaftskrise oder dem Zweiten Weltkrieg lag sie in einigen Ländern leicht darunter. Ein demografisches Gleichgewicht mit einer Wachstumstendenz hielt sich einige Jahrzehnte lang. Die TFR begann Mitte der 1960er Jahre in einigen Ländern zu fallen – allerdings von einem hohen Ausgangsniveau aus. 1970 lag sie im Durchschnitt der OECD-Länder bei 2,49, noch deutlich über der für die Bestandserhal-

- 4 Der Erste Geburtenrückgang wird anfangs von vielen Autoren kritisch gesehen (u. a. Grotjahn 1914, Mombert 1929, Wolf 1928, Burgdörfer 1932, vgl. Mackensen 2002). Seit sich jedoch abgezeichnet hat, dass der Erste Geburtenrückgang sich nicht dauerhaft fortsetzt und in einem Gleichgewicht mündet, wird er normativ positiv bewertet (u. a. Davis 1949, Mackenroth 1953, Notestein 1944; später BIB 2004, Birg 2003a, Esser 1993, Van de Kaa 1999).
- 5 Vergleiche u. a. Birg 2003a, Castles 2004, Chesnais 2001, Coleman 2004, Davis 1984, Grant et al. 2004, Höhn 1998, Kaufmann 2005, Kohler et al. 2002, Leipert 2003, Lesthaeghe & Willems 1999, Lutz 2006, Rürup 1980, Schmid et al. 2000, Schubnell 1973, Sinn 2003, van de Kaa 1999, Wingen 1988.
- 6 Die TFR setzt sich aus der Addition von 35 (BIB 2004) bzw. 31 (Birg 2003a) altersspezifischen Geburtenziffern der Frauenjahrgänge 15–49 bzw. 15–45 eines Jahres zusammen.

tung notwendigen Höhe von etwa 2,1<sup>7</sup>. Die Nettofortpflanzungsziffer<sup>8</sup> (NRZ) lag bei 1,18. Der Durchschnittswert jeder einzelnen Ländergruppe lag oberhalb der Ausgleichsrate, wobei die Unterschiede zwischen den Ländern erheblich waren.

Im Folgenden wird die Entwicklung der TFR seit 1970 in den OECD-Ländern skizziert (vgl. Tab. 1-2, ausführlich siehe Tab. A-1 und A-2<sup>9</sup>). Im Verlauf der 1970er Jahre sank die TFR in allen Ländern mit Ausnahme Osteuropas – dort stieg sie minimal – deutlich. Im Jahr 1980 lag die durchschnittliche TFR bei 1,95. In Luxemburg (1,50) und der BRD<sup>10</sup> (1,44) war sie bereits unter der 1,5-Schwelle, unterhalb welcher in der Literatur der Begriff „Low Fertility Country“ (LFC)<sup>11</sup> verwendet wird. Bereits 17 Länder hatten 1980 Geburtenraten zwischen 1,5 und 2,1. Nur neun Länder hatten TFR oberhalb der Ausgleichsrate, Spitzenreiter war Irland (3,25).

Während der 1980er Jahre setzte sich der Geburtenrückgang fort, im Tempo zwar etwas gebremst im Vergleich zu dem rasanten Rückgang der 1970er Jahre, jedoch wurden neue Tiefstwerte erreicht und bei einigen Nachzüglerländern sank die TFR erheblich. In Nordeuropa dagegen erholten sich die Geburtenraten um durchschnittlich 0,15 zwischen 1980 und 1990. Im Jahr 1990 lag der Durchschnittswert aller 28 OECD-Staaten bei 1,76 mit erheblichen Unterschieden in den Ländergruppen: in den angelsächsischen Ländern, Nordeuropa und Osteuropa lag er im Durchschnitt bei knapp zwei, in den anderen drei Ländergruppen um 1,5. Es gab 1990 fünf LF-Länder, den niedrigsten Wert hatte Italien (1,33), 19 Länder mit TFR zwischen 1,5 und 2,1 und nur vier Länder hatten eine TFR oberhalb der Ausgleichsrate.

- 7 Welche Höhe der TFR für die Bestandhaltung nötig ist, hängt von den altersspezifischen Sterbewahrscheinlichkeiten ab. Da etwas mehr Jungen als Mädchen geboren werden und nicht alle das gebärfähige Alter erreichen, ist eine TFR leicht oberhalb des Wertes 2 erforderlich. Aufgrund der unterschiedlichen Sterbewahrscheinlichkeiten variiert dieser Wert, die Variation zwischen den einzelnen OECD-Ländern und innerhalb des Untersuchungszeitraums ist jedoch nur minimal. Bei sehr niedriger Sterblichkeit liegt er bei 2,08. Zur Vereinfachung wird in dieser Arbeit der Wert 2,1 verwendet.
- 8 Die auf die Arbeiten von Kuczynski in den 1920er Jahren zurückgehende NRZ gibt an, inwieweit sich eine Elterngeneration durch die Geburt von Kindern ersetzt. Bei einer NRR von 1 wird eine Generation von der nächsten exakt ersetzt. Bei einem Wert unter 1 ist die nachfolgende Generation kleiner als ihre Elterngeneration, bei einem Wert über 1 ist die Kindergeneration größer. Je deutlicher die NRZ über 1 ist, desto stärker wächst eine Bevölkerung (c. p.) und je deutlicher sie unter 1 ist, desto stärker schrumpft sie.
- 9 Die Tabellen A-1 bis A-33, ebenso die Abbildungen A-1 bis A-39, befinden sich im digitalen Anhang: <http://www.nomos-extra.de/>.
- 10 Daten für Deutschland beziehen sich vor 1990 auf die BRD, danach auf Gesamtdeutschland (vgl. 4.2).
- 11 U. a. Fernández Córdón 2006, Grant et al. 2004, Lesthaeghe & Willems 1999, Kohler et al. 2003, Sleeboos 2003.

**Tabelle 1-2: TFR und ihre Veränderungsraten von 28 OECD-Ländern 1970-2006**

	TFR	TFR	TFR	TFR	TFR	V 70er	V 80er	V 90er	V 00er	V Ges.	NRZ
	1970	1980	1990	2000	2006	1970-1980	1980-1990	1990-2000	2000-2006	1970-2006	2006
Australien	2,87	1,94	1,91	1,76	1,81	-0,93	-0,03	-0,15	0,05	-1,06	0,862
Großbritannien	2,43	1,90	1,83	1,65	1,84	-0,53	-0,07	-0,18	0,19	-0,59	0,876
Irland	3,93	3,25	2,11	1,89	1,90	-0,68	-1,14	-0,22	0,01	-2,03	0,905
Kanada	2,33	1,68	1,71	1,49	1,54	-0,65	0,03	-0,22	0,05	-0,79	<b>0,733</b>
Neuseeland	3,28	2,12	2,12	1,98	2,01	-1,16	0	-0,14	0,03	-1,27	0,957
USA	2,48	1,84	2,08	2,06	2,10	-0,64	0,24	-0,02	0,04	-0,38	1,000
Dänemark	1,95	1,55	1,67	1,77	1,85	-0,40	0,12	0,10	0,08	-0,10	0,881
Finnland	1,83	1,63	1,78	1,73	1,84	-0,20	0,15	-0,05	0,11	0,01	0,876
Island	2,81	2,48	2,30	2,08	2,07	-0,33	-0,18	-0,22	-0,01	-0,74	0,986
Norwegen	2,50	1,72	1,93	1,85	1,90	-0,78	0,21	-0,08	0,05	-0,60	0,905
Schweden	1,92	1,68	2,13	1,54	1,85	-0,24	0,45	-0,59	0,31	-0,07	0,881
Belgien	2,25	1,68	1,62	1,66	1,80	-0,57	-0,06	0,04	0,14	-0,45	0,857
Deutschland	2,02	1,44	1,45	1,38	1,33	-0,58	0,01	-0,07	-0,05	-0,69	<b>0,633</b>
Frankreich	2,47	1,95	1,78	1,88	1,98	-0,52	-0,17	0,10	0,10	-0,49	0,943
Luxemburg	1,98	1,50	1,61	1,76	1,64	-0,49	0,12	0,15	-0,12	-0,34	<b>0,781</b>
Niederlande	2,57	1,60	1,62	1,72	1,72	-0,97	0,02	0,10	0	-0,85	0,819
Österreich	2,29	1,62	1,45	1,34	1,41	-0,67	-0,17	-0,11	0,07	-0,88	<b>0,671</b>
Schweiz	2,10	1,55	1,59	1,50	1,44	-0,55	0,04	-0,09	-0,06	-0,66	<b>0,686</b>
Polen	2,20	2,28	2,04	1,34	1,27	0,08	-0,24	-0,70	-0,07	-0,93	<b>0,605</b>
Slowakei	2,41	2,31	2,09	1,29	1,24	-0,10	-0,22	-0,80	-0,05	-1,17	<b>0,590</b>
Tschechien	1,91	2,10	1,89	1,14	1,33	0,19	-0,21	-0,75	0,19	-0,58	<b>0,633</b>
Ungarn	1,97	1,92	1,84	1,33	1,35	-0,05	-0,08	-0,52	0,03	-0,62	<b>0,643</b>
Griechenland	2,39	2,21	1,39	1,27	1,41	-0,18	-0,82	-0,12	0,14	-0,98	<b>0,671</b>
Italien	2,42	1,64	1,33	1,23	1,35	-0,78	-0,31	-0,10	0,12	-1,07	<b>0,643</b>
Portugal	2,83	2,18	1,57	1,55	1,36	-0,65	-0,61	-0,02	-0,19	-1,47	<b>0,648</b>
Spanien	2,90	2,20	1,36	1,24	1,38	-0,70	-0,84	-0,12	0,14	-1,52	<b>0,657</b>
Japan	2,10	1,80	1,54	1,36	1,32	-0,30	-0,26	-0,18	-0,04	-0,78	<b>0,629</b>
Südkorea	4,53	2,83	1,59	1,47	1,13	-1,70	-1,24	-0,12	-0,34	-3,40	<b>0,538</b>
Durchschnitt	2,49	1,95	1,76	1,58	1,61	-0,54	-0,19	-0,18	0,03	-0,88	<b>0,767</b>
D. ang. Länder	2,89	2,12	1,96	1,81	1,87	-0,77	-0,16	-0,15	0,06	-1,02	0,890
D. Nordeuropa	2,20	1,81	1,96	1,79	1,90	-0,39	0,15	-0,17	0,11	-0,30	0,905
D. K.-Westeuropa	2,24	1,62	1,59	1,61	1,62	-0,62	-0,03	0,02	0,01	-0,62	<b>0,771</b>
D. Osteuropa	2,12	2,15	1,97	1,27	1,30	0,03	-0,18	-0,70	0,03	-0,82	<b>0,619</b>
D. Südeuropa	2,64	2,06	1,41	1,32	1,38	-0,58	-0,65	-0,09	0,06	-1,26	<b>0,657</b>
D. Ostasien	3,32	2,32	1,57	1,42	1,23	-1,00	-0,75	-0,15	-0,19	-2,09	<b>0,586</b>
Lg. 1-2 + B/N/L/F	2,51	1,90	1,88	1,79	1,86	-0,61	-0,02	-0,09	0,07	-0,65	0,886
Lg. 4-6 + D/Ö/S	2,47	2,01	1,63	1,34	1,33	-0,46	-0,38	-0,29	-0,01	-1,14	<b>0,633</b>

Quelle: Eigene Darstellung auf Basis von: OECD 2008a, 2009a, SBA 2008c, eigene Berechnungen. Anmerkung: NRZ unter 0,799 sind fett hervorgehoben. (Siehe auch Tab. A-1.)

In den 1990er Jahren setzte sich der Geburtenrückgang fort, der Durchschnittswert sank auf 1,58 im Jahr 2000. In den osteuropäischen Staaten fielen die TFR rasant um durchschnittlich 0,70, während sie in vielen anderen Ländern relativ konstant blieben, teilweise leicht weiter sanken (Südeuropa, Ostasien), teilweise sich jedoch auch etwas erholten (Benelux-Länder, Frankreich). Seit 1996 (Island mit 2,12) hat zehn Jahre lang kein einziges der 28 OECD-Staaten mehr eine Geburtenrate oberhalb der 2,1-Schwelle vorweisen können, bis in den USA 2006 die Schwelle erreicht wurde. Alle diese Länder haben seit vielen Jahren negative NRZ. 1993 gab es mit Italien (1,25), Spanien (1,27) und Deutschland (1,28) Länder mit einer TFR von unter 1,3, wofür der Begriff „Lowest-Low Fertility Country“<sup>12</sup> (LLFC) verwendet wird.<sup>13</sup> Im Jahr 2000 gab es 7 LFC und 5 LLFC, das Schlusslicht war Tschechien mit einer TFR von 1,14 und einer NRZ von 0,54.

In den ersten Jahren des 21. Jahrhunderts, zwischen 2000 und 2006, ist die Geburtenrate im Durchschnitt der 28 OECD-Länder minimal auf 1,61 gestiegen. Im gegenwartsnächsten für diese Studie verfügbaren Jahr, 2006, haben die USA die höchste TFR (2,1) und Südkorea die niedrigste (1,13). Es gibt 10 LF-Länder und 3 LLF-Länder. Die NRZ liegt zwischen 0,538 und 1. Betrachtet man die Entwicklung der Geburtenraten und das gegenwärtige Niveau fällt eine Zweiteilung auf (vgl. Tab. 1-2): Geburtenraten nur leicht unterhalb der Ausgleichsrate haben die angelsächsischen, nordeuropäischen und Benelux-Länder sowie Frankreich, im Durchschnitt 1,86. In der Gruppe mit extrem niedrigen Fertilitätsraten finden sich derzeit die Länder Osteuropas, Südeuropas und Ostasiens aber auch die deutschsprachigen Länder, im Durchschnitt 1,33. Die TFR-Werte der 28 OECD-Staaten für 2006 häufen sich um die beiden Durchschnittswerte beider Gruppen, in den Bereich des Gesamtdurchschnitts (zwischen 1,45 und 1,79) fallen nur drei Länder.

Betrachtet man die durchschnittlichen Geburtenraten über die Zeitspanne von 1970 bis 2006 ist festzustellen, dass der Rückgang in den 1970er Jahren besonders stark war, er sich bis zum durchschnittlichen Tiefpunkt im Jahr 2002 von 1,54 noch fortsetzte und die Geburtenraten sich seitdem minimal erholen – auf extrem niedrigem Niveau. Einige Ländergruppen hatten ihren Tiefpunkt 1985, andere erst vor kurzem (vgl. Tab. A-1). Ersteres spricht für einen zumindest par-

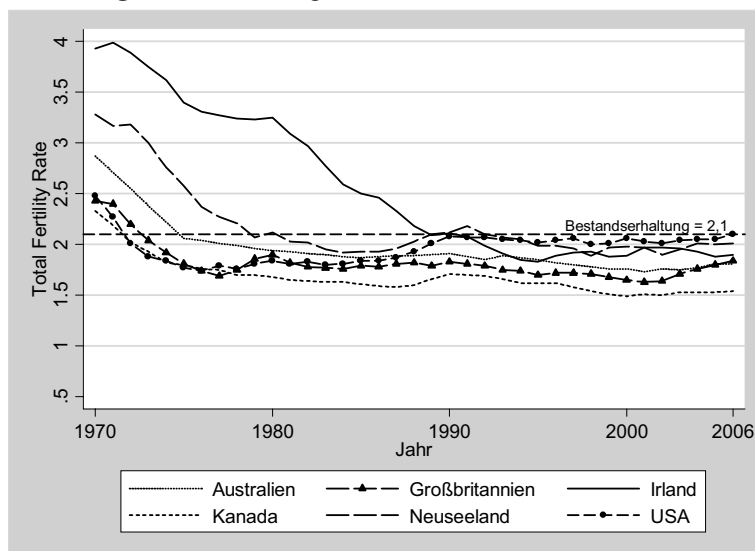
12 U. a. Kohler, Billari & Ortega 2002, Coleman 2005.

13 Die Kategorien LFC und LLFC sind relativ willkürlich gesetzte Schwellenwerte, die einen heuristischen Wert haben, wenn sie einheitlich verwendet werden. Inhaltlich sinnvoller wäre es, die Schwelle bei NRZ von 0,8 (LFC) und 0,6 (LLFC) zu setzen, denn dann wäre die Information enthalten, dass bei LFC die Elterngeneration zu weniger als vier Fünfteln und bei LLFC zu weniger als drei Fünfteln ersetzt wird. Das entspräche TFR von 1,68 und 1,26. Der Abstand der LF-Schwelle zur Ausgleichsrate wäre dann genauso hoch wie der zur LLF-Schwelle. In diese Arbeit wird der bisherigen Konvention gefolgt.

tiellen Wendepunkt, letzteres für einen weiteren Rückgang. Einen Konvergenzprozess der TFR gab es in den 1970er und 1980er Jahren, in dieser Zeit sank die Standardabweichung<sup>14</sup>, was sich durch die Diffusion des Geburtenrückgangs auf die Nachzüglerstaaten erklären lässt. Seit Mitte der 1980er Jahre liegt die Standardabweichung auf dem heutigen Niveau, es gibt durchaus beachtliche Veränderungen der TFR in diesen Jahren, jedoch weder Divergenz noch Konvergenz.

Im Ausmaß des Zweiten Geburtenrückgangs gibt es große Unterschiede zwischen den Ländern, aber auch Ähnlichkeiten innerhalb bestimmter Ländergruppen. Bei einem Blick auf Europa wird ein Nord-Süd-Gefälle mit höheren Geburtenraten im Norden und niedrigeren im Süden deutlich, wobei Frankreich mit relativ hohen Geburtenraten etwas aus diesem heuristischen Rahmen fällt. Die in der Staatstätigkeitsforschung verwendete Einteilung in Länderfamilien<sup>15</sup> (Castles 1993, Schmidt 1993b) ist auch bei der Analyse der Geburtenraten hilfreich, denn ihr Verlauf und Niveau waren innerhalb der Länderfamilien mit einigen Ausnahmen sehr ähnlich. Die hier untersuchten 28 Länder teilen sich in sechs Länderfamilien auf (siehe Abb. 1-1 bis 1-5 und Tab. 1-3).

**Abbildung 1-1:** TFR der angelsächsischen Länderfamilie 1970 bis 2006

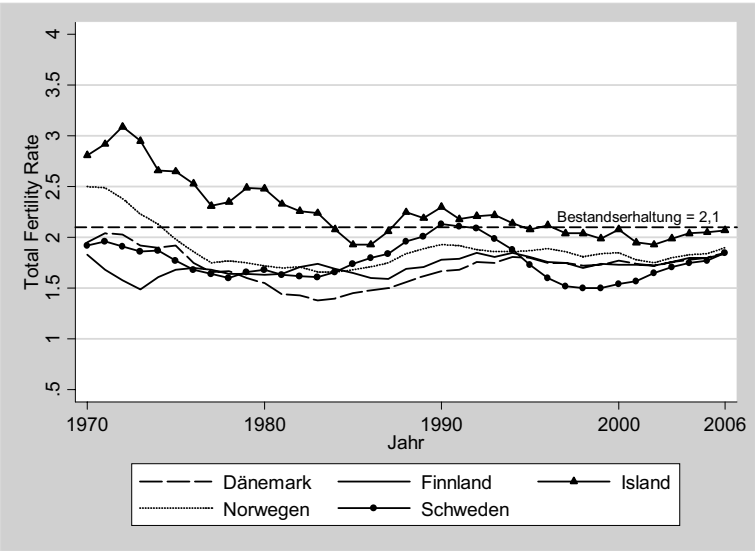


Quelle: Eigene Darstellung auf Basis von: OECD 2008a, 2009a.

14 Die Standardabweichung der TFR der 28 OECD-Länder lag 1970 bei 0,61, sank bis 1984 auf 0,29 und bewegt sich seitdem in der engen Spanne zwischen 0,25 und 0,29.

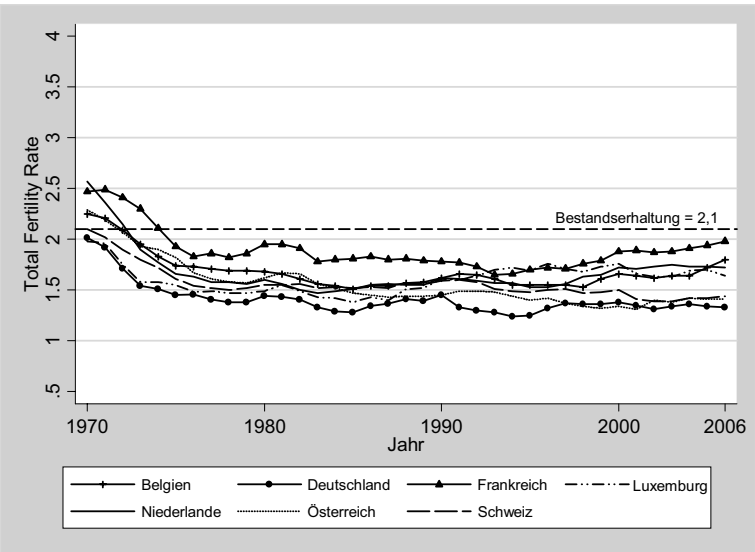
15 Ursprünglich wurde dieser Begriff („Family of Nations“) von John S. Mill geprägt (vgl. Schmidt 2004:401).

Abbildung 1-2: TFR der nordeuropäischen Länderfamilie 1970 bis 2006



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis von: OECD 2008a, 2009a.

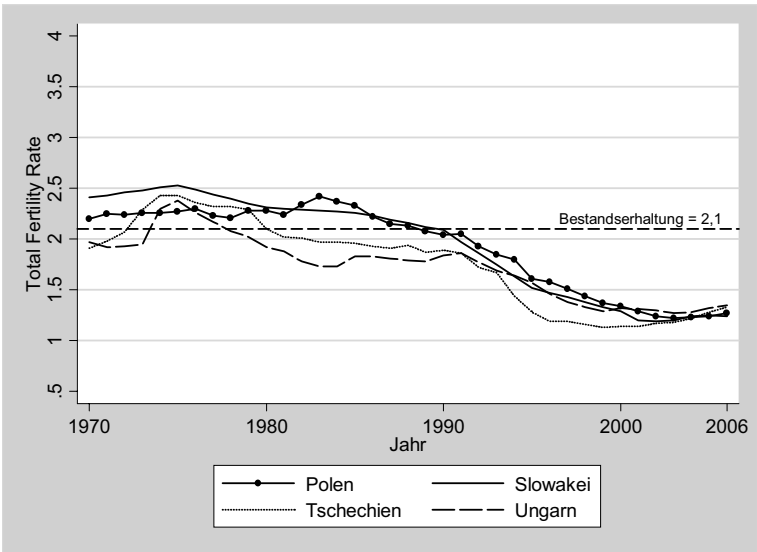
Abbildung 1-3: TFR der kontinental-westeuropäischen Länderfamilie 1970 bis 2006



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis von: OECD 2008a, 2009a.

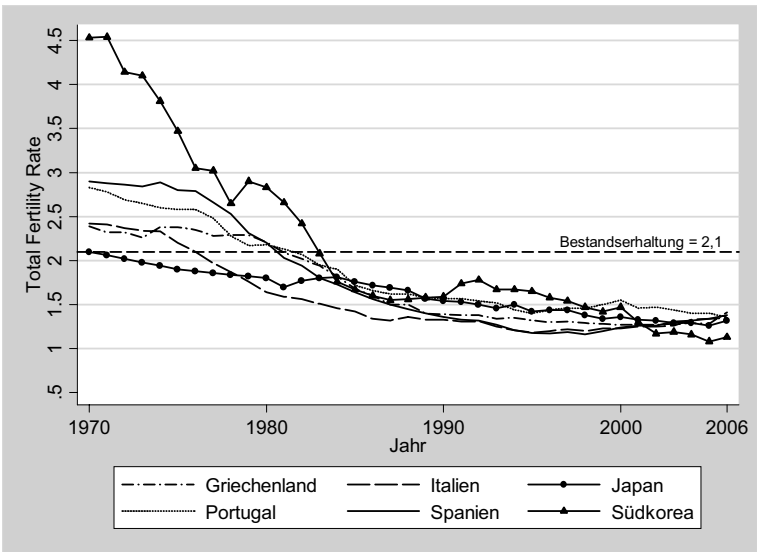


**Abbildung 1-4:** TFR der osteuropäischen Länderfamilie 1970 bis 2006



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis von: OECD 2008a, 2009a.

**Abbildung 1-5:** TFR der südeuropäischen und ostasiatischen OECD-Länder 1970-2006



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis von: OECD 2008a, 2009a.

**Tabelle 1-3:** Sechs Länderfamilien im Überblick

Länderfamilie	Länder	Hauptphase des GR2	Minimum	aktuelle TFR
Angelsächsische Staaten	Australien, Kanada, Irland, Neuseeland, Großbritannien, USA	1970er	2002	1,5 - 2,1
Nordeuropa	Dänemark, Finnland, Island, Norwegen, Schweden	1970er	1985	1,8 - 2,0
Kontinental-/ Westeuropa	Belgien, Deutschland, Frankreich, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Schweiz	1970er	1985	1,3 - 1,9
Osteuropa	Tschechien, Ungarn, Polen, Slowakei	1990er	2003	1,2 - 1,3
Südeuropa	Griechenland, Italien, Portugal, Spanien	1970er, '80er	1995	1,3 - 1,4
Ostasiatische IL	Japan, Südkorea	1970er, '80er	2005	1,1 - 1,3

Anmerkungen: Die Aufteilung dient der deskriptiven Darstellung und im empirischen Teil der Durchführung von Jackknife-Analysen einzelner Ländergruppen. Eine Aufteilung der kontinental-westeuropäischen Gruppe zwischen den deutschsprachigen Ländern und den anderen vier ist erwägenswert, da diese Gruppe am heterogensten ist. Das Jahr des Minimumwertes bezieht sich auf den Gruppendurchschnitt (vgl. Tab. 1-2).

Die TFR ist eine hoch aggregierte und hilfreiche Maßzahl, die die Variation der Geburtenzahlen innerhalb der Länder jedoch nicht beschreibt. So kann der Anteil von Frauen, die ihr Leben lang kinderlos bleiben, auch bei Ländern mit einer gleichen TFR unterschiedlich sein (Dorbritz 2005). Während beispielsweise in Japan die Ein-Kind-Familie sehr verbreitet und die Kinderlosigkeit niedrig ist (Coleman 2005, vgl. OECD 2009a), ist in (West-)Deutschland und Österreich die Kinderlosigkeit vergleichsweise hoch. Allerdings gibt es hinsichtlich der Größenordnung der definitiven Kinderlosigkeit in Deutschland höchst widersprüchliche Befunde, die auf die problematische Datenlage der Quellen amtliche Geburtenstatistik, Mikrozensus und sozialwissenschaftliche Erhebungen<sup>16</sup>, teilweise auch Interpretationsdefizite, zurückzuführen sind. Eine Sondererhebung des Statistischen Bundesamts (2008a) schätzt die dauerhaft kinderlosen Frauen der Kohorte 1957-66 auf 20%, während die aufgrund von Novellierungen des Mikrozensusgesetzes (Deutscher Bundestag 2007) verbesserten Daten des Mikrozensus 2008 die Kinderlosigkeit der 40-44-jährigen Frauen (Kohorte 1964-68) mit 21% und die der Kohorte 1959-63 auf 17% quantifizieren (Statistisches Bundesamt 2009). Diese neuen Befunde weichen erheblich von früheren Schät-

16 Die Schätzung von Kinderlosigkeit anhand der amtlichen Geburtenstatistik hat den Nachteil, dass bei außerhalb einer Ehe Geborenen die Geburtenfolge nicht, d. h. die Daten von Un- oder Wiederverheirateten nicht erfasst werden. Der Mikrozensus erfragt nur die im Haushalt lebenden Kinder (Koresidenzprinzip), so dass nicht zwischen Stief- und Pflege-sowie leiblichen Kindern unterschieden wird und auch bereits ausgezogene Kinder nicht mehr mitgezählt werden. Sozialwissenschaftliche Erhebungen wie das SOEP haben den Nachteil geringer Fallzahlen und aufgrund der Freiwilligkeit der Erhebungsteilnahme relativ hoher (Unit-) Nonresponse-Raten (vgl. u. a. Cornelius 2007, Duschek & Wirth 2005, Hug-von Lieven 2007, Kreyenfeld et al. 2009, Statistisches Bundesamt 2006a, 2008a, 2009).

zungen ab, die die lebenslange Kinderlosigkeit erheblich höher, nicht selten sogar auf über 30 Prozent eines Jahrgangs beziffern (z. B. für Jahrgang 1965: 32,1% in: Birg 2003a:77 und 26,5% in: BIB 2004:25, vgl. Duschek & Wirth 2005:805). Die häufigste Kinderzahl von Frauen ist in Deutschland zwei, bei der Kohorte 1962-66 etwa 38,4% (Statistisches Bundesamt 2008a:13). Bei Migrantinnen und in Ostdeutschland ist die Kinderlosigkeit nur etwa halb so groß wie im Durchschnitt, in urbanen Gemeinden (25%) sowie bei Akademikerinnen (28%) ist sie dagegen erheblich höher (Statistisches Bundesamt 2009, zu letzterem vgl. 5.1). Auch kann die Geburtenrate zwischen den ethnischen Gruppen eines Landes unterschiedlich sein wie beispielsweise in Frankreich oder USA. Solche Unterschiede spielen bei der Einschätzung familienpolitischer Maßnahmen eine wichtige Rolle.

Ein zweiter Nachteil der TFR ist, dass sie im Unterschied zur kohortenspezifischen Geburtenrate (CFR) nicht nur den Quantumeffekt, sondern auch einen Timingeffekt beinhaltet (Ryder 1964, Bongaarts & Feeney 1998). In Phasen, in denen sich das durchschnittliche Alter von Müttern bei der Geburt (MAC) erhöht, wie während des Zweiten Geburtenrückgangs, ist die TFR niedriger als die entsprechende CFR. Und umgekehrt ist bei einem sinkenden MAC wie zu Beginn des Babybooms die TFR höher als die entsprechende CFR. Versuche, diesen Timingeffekt herauszurechnen, gibt es von Bongaarts & Feeney (1998) und Kohler et al. (2001, 2002). Demnach ist die um diesen Timingeffekt angepasste TFR in den letzten zwei Jahrzehnten 0,1 bis 0,4 Prozentpunkte höher als die normale TFR. Retrospektiv lassen sich die Timingeffekte zwar gut berechnen, die zeitnahe Berechnung einer angepassten TFR ist jedoch ungenau, da hierbei Annahmen über die Anzahl der aufgeschobenen Geburten bzw. deren Geburtenfolge gemacht werden müssen. Das Bongaarts-Feeney-Modell ist umstritten, da es die Geburtenraten überschätzt (vgl. Lesthaeghe & Willems 1999)<sup>17</sup>, aber auch andere Modelle benötigen zusätzliche Daten und Annahmen (Coleman 2005), wobei diese Annahmen ein Stück weit spekulativ sind. Diese starke Einschränkung der angepassten TFR spricht für eine Verwendung der normalen TFR, wobei man bei der Interpretation beachten sollte, dass sie während des Zweiten Geburtenrückgangs aufgrund des steigenden MAC die Geburtenzahl pro Frau ein Stück weit unterschätzt.

- 17 Lesthaeghe & Willems (1999) berechnen für den Fall Belgien 1995 (TFR 1,55) verschiedene Aufschub-Szenarien und erhalten so angepasste TFR von 1,65, 1,74 und maximal 1,85. Nach dem Bongaarts-Feeney-Modell liegt die angepasste TFR noch höher: bei 1,88. Entsprechend das Fazit der Autoren (ibid.:219): „The Bongaarts-Feeney method works very well retrospectively in diagnosing the effects of changes in quantum (PTFR Values) and tempo (MAC values), but one should hesitate to present the adjusted PTFR as the prospective level to which the PTFR will return in the absence of further postponement.“

Eine etwas einfachere Annäherung, der Vergleich der CFR der 1960er Kohorte mit der für diese Kohorte relevanten durchschnittlichen TFR von 1980 bis 1994, veranschaulicht dies: Die CFR ist in allen 28 OECD-Ländern höher, zwischen 0,03 (Polen) und 0,32 (Dänemark), im Durchschnitt etwa 0,2 Prozentpunkte (Bongaarts 2002:422). Auch Hochrechnungen für Kohorten, die sich noch im reproduktiven Zyklus befinden, ergeben, dass die CFR der Frauenjahrgänge 1966-1980 im OECD-Durchschnitt<sup>18</sup> zwischen 1,77 und 1,81 liegen wird (d'Addio & d'Ercole 2005:23). Die CFR ist besser interpretierbar als die TFR, jedoch ist die CFR nicht wie die TFR zeitnah erhältlich, da die Geburtenrate der Kohorten erst nach 45 Jahren exakt berechenbar ist und frühzeitige Hochrechnungen ein ähnliches Problem mit den Annahmen haben wie die angepasste TFR. Als genaues Maß im Unterschied zur angepassten TFR und als aktuelle Entwicklungen abbildendes, zeitnahes Maß im Unterschied zur CFR ist die TFR deswegen für die Beschreibung und Analyse des Zweiten Geburtenrückgangs die zentrale Maßzahl dieser Untersuchung.

Die Analyse der Ursachen des Zweiten Geburtenrückgangs ist aus zwei Gründen von immensem Forschungsinteresse: Erstens kennzeichnet er ein gesellschaftliches Phänomen, das international verbreitet und durch Transformationen bei einem zentralen Element individueller Lebensläufe, der Familienbiografie, charakterisiert ist. Hierbei ist der Veränderungsprozess der komplexen individuellen generativen Entscheidungskonstellation im Kontext sich ändernder gesellschaftlicher, technischer, ökonomischer und politischer Rahmenbedingungen ein spannendes Forschungsfeld mit soziologischen, politikwissenschaftlichen, ökonomischen und psychologischen Anknüpfungspunkten. Zweitens bewirkt der Geburtenrückgang demografische Alterungs- und Bevölkerungsrückgangsprozesse, was beides weitreichende Folgen hat (siehe 1.1.2). Die Intensität der Folgen korrespondiert mit der des Geburtenrückgangs, und der Befund einer familienpolitischen Beeinflussbarkeit der Fertilitätsentwicklung und ihrer Wirkmechanismen hätte aufgrund der Folgendimension eine erhebliche Relevanz für die Politikberatung.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Zweite Geburtenrückgang sämtliche 28 in dieser Studie betrachteten OECD-Länder erfasst hat, wobei sich beträchtliche Unterschiede zwischen den Ländern zeigen. Die Hälfte der Länder hat dramatisch niedrige TFR von unter 1,5, hier ersetzt derzeit die Kindergeneration die Elterngeneration nur zu etwa einem Drittel. Diese Entwicklung ist mit sehr weitgehenden und teilweise gravierenden Folgen für Sozialsysteme, Wirtschaft, Gesellschaft und internationale Beziehungen verbunden.

18 Diese Berechnung bezieht sich auf 15 OECD-Länder, die alle auch in dieser Arbeit ausgewählt sind. Den niedrigsten CFR-Prognosewert der Kohorte 1971-1980 hat hierbei Polen (1,24) und den höchsten Frankreich (2,43).

### 1.1.2 Folgen des Geburtenrückgangs

„Die Generation der um 1970 bis 2000 Geborenen wächst in eine Situation hinein, die nur noch mit dem Aufräumen nach dem Dreißigjährigen Krieg oder dem Umbruch von der Agrar- zur Industriegesellschaft vergleichbar ist.“ (Schmid et al. 2000:184)

„(...) der Geburtenrückgang [ist] ein Glücksfall für unsere Gesellschaft. (...) Es zeigt sich in der erweiterten gesellschaftlichen Perspektive, dass kein Grund zur Panik besteht, im Gegenteil: Weniger sind mehr.“ (Hondrich 2007:1 und 265)

Da das Thema Geburtenrückgang aufgrund der Intensität seiner Folgen eine große mediale und wissenschaftliche Perzeption (vgl. Barlösius 2007) erfahren hat, ist eine differenzierte Erörterung dieser Folgen sinnvoll. Hinzu kommt, dass die Bewertungen der unterschiedlichen Folgen des Zweiten Geburtenrückgangs teilweise enorm kontrovers sind und ein sehr breites Spektrum aufweisen, wobei die obigen Zitate von Schmid und Hondrich die jeweiligen Endpunkte markieren. Die Polarisierung zwischen „Schwarzmalerei“ und „Verharmlosung“ kennzeichnet die intensive Debatte über den Geburtenrückgang in deutschen Feuilletons ebenso wie in Teilen des wissenschaftlichen Diskurses. Für eine substantielle Einschätzung der Folgen ist ein differenzierter Blick anhand konkreter demografischer Daten unabdingbar. Der Rückgang der Geburten hat zwei unterschiedliche demografische Folgen: Zum einen verändert sich die Altersstruktur derart, dass der Anteil der alten im Verhältnis zur jungen Bevölkerung zunimmt, und zum anderen geht die Bevölkerungszahl zurück. Beide demografischen Phänomene haben vehemente, aber auch unterschiedliche Auswirkungen auf wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Entwicklungen eines Landes. In diesem Abschnitt werden zu Alterung und Bevölkerungsrückgang jeweils Prognosen skizziert und deren mögliche Folgen analysiert.

**Daten zur Alterung:** Der alle OECD-Länder betreffende Alterungsprozess beruht auf dem Zusammenwirken von steigender Lebenserwartung und dem Zweiten Geburtenrückgang. Da der letztgenannte Faktor eine weitaus größere Variation innerhalb der OECD-Länder aufweist, sind die Länderunterschiede der Alterungsprognosen weitestgehend auf den Geburtenrückgang zurückzuführen. Das Durchschnittsalter wird in Deutschland von 41,1 im Jahr 2000 bis 2050 auf 48,2 steigen (Deutscher Bundestag 2002). Das Medianalter der Wahlberechtigten wird von heute 47 auf knapp unter 60 Jahre steigen (Birg 2003a). Der Anteil der über 80-jährigen, der so genannte Hochbetagtenanteil, wird sich in Deutschland von etwa 4% (3,7 Mio.) im Jahr 2005 auf 12% (über 10 Mio.) im Jahr 2050 verdreifachen (Statistisches Bundesamt 2003, 2006).

Für die umlagefinanzierten Sozialsysteme ist die Entwicklung des Altenquotienten 15/65<sup>19</sup> von zentralem Interesse, da dieser anzeigt, wie viele potenzielle Rentenbezieher wie vielen potenziellen Arbeitskräften gegenüber stehen<sup>20</sup>. Anhand der Abbildung A-1 im Anhang lassen sich Gemeinsamkeiten und Unterschiede des Alterungsprozesses der OECD-Länder für den langen Zeitraum von 1980 bis 2050 darstellen. Während er im Jahr 2008 Werte zwischen 13,4 und 32,9 annimmt, werden für 2050 Werte zwischen 32,2 (USA) und 72,4 (Japan) prognostiziert.<sup>21</sup> Im Durchschnitt verdoppelt sich der Altenquotient zwischen 2010 und 2050. Ceteris paribus müssten die arbeitsfähigen Jahrgänge demnach im Jahr 2050 etwa doppelt so viele Rentner finanziell versorgen als heute. Zwischen den OECD-Ländern gibt es, wie bei der Entwicklung der TFR, deutliche Unterschiede bei der Entwicklung des Altenquotienten. Im Jahr 2050 werden demnach die USA (32,2) den mit Abstand niedrigsten Wert aufweisen, dort ist die TFR stationär und der Anstieg des Altersquotienten nur auf den Babyboom basierend. Im gleichen Jahr wird der Altenquotient in den weiteren angelsächsischen Staaten mit Werten zwischen 37,7 (Neuseeland) und 43,7 (Kanada), in Nordeuropa mit Werten zwischen 40,4 (Island) und 46,8 (Schweden) sowie in Frankreich und den Beneluxländern mit Werten zwischen 35,4 (Luxemburg) und 47,2 (Belgien) bereits sehr hoch sein. Die Altenquotienten der deutschsprachigen Länder, Osteuropas und Ostasiens werden 2050 nahe 50 oder deutlich darüber liegen. Dramatische Werte über 60 werden die südeuropäischen Länder und Japan aufweisen. Der größte Anteil des gigantischen Anstiegs des Altenquotienten findet zwischen den Jahren 2010 und 2050 statt, denn in dieser Zeit wachsen die vom Zweiten Geburtenrückgang betroffenen geburtenschwachen Jahrgänge in die für den Arbeitsmarkt relevanten Altersstufen hinein. Bei konstanten Geburtenraten wird sich diese dramatische Verschiebung der Altersstruktur in der zweiten Hälfte des 21. Jahrhunderts nicht mehr derartig fortsetzen. Umgekehrt könnte ein Anstieg der Geburtenraten – um mehrere Jahrzehnte zeitverzögert – zu einem Absinken der Altersquotienten führen, so dass es einen Scheitelpunkt

- 19 Der Altenquotient 65/15 bezeichnet die Anzahl von über 65jährigen Personen im Verhältnis zu Personen im Alter zwischen 15 und 64 Jahren mal hundert multipliziert. Es gibt auch Varianten des Altenquotienten 65/20, 67/20, 60/15 oder 60/20, wobei viele weitere Varianten denkbar sind – je nachdem, ob man das gegenwärtige formelle, das gegenwärtige tatsächliche oder das zukünftige formelle Renteneintrittsalter berücksichtigen möchte. Der hier verwendete Indikator 65/15 wird in der internationalen Literatur häufig verwendet, und entsprechend sind für ihn ausreichend Daten und Prognosen vorhanden.
- 20 Die differenzierende Ausdrucksweise ist gewählt, da es auch Rentenbezieher im Alter von unter 65 Jahren und ebenso arbeitende Personen im Alter von über 65 Jahren gibt und durch die Anhebung des Renteneintrittsalters geben wird.
- 21 Die Genauigkeit der hier skizzierten demografischen Prognosen ist aufgrund der demografischen Trägheit relativ hoch, das Schätzrisiko liegt bei einem Prognosehorizont von 40 Jahren im seriösen Rahmen (vgl. Schmid et al. 2000).

gibt, bei dem neue rentenpolitische Optionen entstehen. Die Migrationsrate hat nur einen geringen Effekt auf die Altersstruktur (vgl. UN 2000b:25ff), nur eine Erholung der Geburtenrate könnte die Alterung und die damit verbundenen Folgen langfristig abbremsen.

**Folgen der Alterung:** Die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Sozialsysteme ist in den letzten Jahrzehnten zunehmend Gegenstand wissenschaftlicher Literatur geworden.<sup>22</sup> Um den Zusammenhang zwischen dem Altenquotienten und den Alterssicherungssystemen besser zu veranschaulichen, kann man den potenziellen Unterstützungskoeffizienten (PUK) verwenden, der sich aus 100 geteilt durch den Altenquotient errechnet. Er gibt das Größenverhältnis zwischen der Rentnergeneration<sup>23</sup> und der Bevölkerung im Erwerbstätigenalter an. Dieser PUK lag 1980 im OECD-Schnitt bei 5,2, 2000 bei 4,8 und 2008 bei 4,4. Im Jahr 2030 wird er im Durchschnitt bereits bei 2,7 liegen und 2050 bei 2,0. Während also heute noch vier bis fünf Menschen im arbeitsfähigen Alter auf einen Rentner kommen, werden es in 40 Jahren nur noch rund zwei sein. Zukünftiges Produktivitätswachstum erhöht zwar das BIP und federt die Probleme ein wenig ab, das gelegentlich vorgebrachte Argument (u. a. Müller 2004, Hondrich 2007), wonach das Produktivitätswachstum sämtliche Alterungsprobleme löst, ist jedoch nicht haltbar. Es wird empirisch nicht ausgeführt, es verkennet die Größenordnungen, und es geht implizit von der fragwürdigen Annahme aus, dass die zukünftigen Erwerbstätigen sämtliche Produktivitätsgewinne den Rentnern überlassen.

Die Rentenformel Deutschlands – ähnlich andere umlagefinanzierte Rentensysteme – weist auf vier Stellschrauben hin, um auf die Verdoppelung des Altenquotienten zwischen den Jahren 2000 und 2035 zu reagieren: Beitragssatz, Rentenhöhe, Renteneintrittsalter und Steuerzuschuss. Folgende vier Gedanken-spiele können die Dramatik der demografischen Alterung verdeutlichen: Wäre die Anpassung ausschließlich über den Beitragssatz erfolgt, hätte er sich verdoppeln müssen, von damals 19,1% auf 38%. Eine derartige Erhöhung der Lohnnebenkosten hätte dramatische Folgen für den Arbeitsmarkt. Wäre die Anpassung ausschließlich über eine Reduzierung des Rentenniveaus erfolgt, hätte es sich von knapp 70% für den so genannten Eckrentner auf 35% halbiert, Altersarmut für viele wäre die logische Folge. Wäre die Anpassung ausschließlich über den Rentner-Koeffizienten erfolgt, wäre eine Anhebung des realen Ruhestandsalters auf über 71 Jahre (vgl. Rürup et al. 2003) notwendig, was einer noch höheren

22 Vgl. u. a. BIB 2004, Birg 2003a, 2003b, 2005, Bongaarts 2004, Castles 1998, 2004, OECD 1998, 2001b, Rürup 1980, Schmid et al. 2000, 2003, Schmidt 1998, 2001, Schmähl et al. 2001, Schwarz 2006, Sinn 2003, Wöhlke et al. 2004.

23 Unter der Annahme eines konstanten Renteneintrittsalters. Über die Auswirkung einer Änderung des Renteneintrittsalters siehe unten.

Anhebung des formalen Ruhestandsalters entspricht. Eine Anpassung an die Alterung ausschließlich durch die vierte Stellschraube, den Steueranteil, würde die Steuersätze in astronomische Höhen katapultieren. Jede dieser vier einzelnen Möglichkeiten ist eine sozialpolitische Horrorvorstellung. In der Realität wurde bisher an allen vier Stellschrauben gleichzeitig gedreht, Beispiele sind die Erhöhung des Rentenzugangsalters auf 67 Jahre, Rentenbeitrags erhöhungen, der Nachhaltigkeitsfaktor und die Ökosteuer. Die Folgen der Alterung für die Gesundheits- und Pflegesysteme der OECD-Staaten ähneln in ihrer Größenordnung den hier skizzierten Folgen für die Rentensysteme, jedoch gibt es zentrale Unterschiede.<sup>24</sup> Zweifellos sind die Folgen der Alterung für die Sozialsysteme negativ und von immenser Tragweite. In den nächsten vier bis fünf Jahrzehnten werden die OECD-Länder einen beträchtlich wachsenden Anteil ihrer Wertschöpfung und ihres Wohlstandes in ihre Renten- und Gesundheitssysteme stecken müssen, und trotzdem werden Alterseinkünfte und Gesundheitsschutz relativ abnehmen.

Die Auswirkungen der Alterung auf das Wirtschaftswachstum sind in mehreren Modellrechnungen geschätzt worden. Der demografiebedingte Rückgang des jährlichen Wachstums wird für die EU von 2,1% auf 1,25% bis 2040 beziffert (Europäische Kommission 2005, vgl. OECD 1998) und für Deutschland vom DIW von 1,55% auf 0,7% bis 2035 (BMFSFJ 2007b, vgl. Schaible et al. 2006). Prognosen für das BIPPC zeigen jedoch einen geringeren Rückgang und sind für den zukünftigen Wohlstand aussagefähiger als das absolute, denn bei einem Bevölkerungsrückgang ist es vorstellbar, dass das BIP fällt, während das BIPPC ansteigt. Der durch die Alterung zurückgehende Arbeitskräfteanteil hat nicht per se bessere oder schlechtere Beschäftigungschancen. Entscheidend ist, inwieweit die alterungsbedingte Nachfrage nach Sozialleistungen auf die Lohnnebenkosten durchschlägt und inwieweit die Produktivität von im Durchschnitt älteren Arbeitskräften durch systematische Weiterbildung gesteigert werden kann. Wenig überzeugend ist die in der Literatur gelegentlich vertretene These, wonach die Alterung mit einer geringeren Innovationsfreude einhergehe (u. a. Dumont 2003, Sinn 2004), denn während die Verarbeitungsgeschwindigkeit neuer Informationen nachlässt, nehmen Wissens- und Erfahrungskomponenten zu (Akademiengruppe Altern 2009:41).

Die Folgen der demografischen Alterung für die Gesellschaft sind ambivalent und spekulativ: Eine höhere Risikoaversion (vgl. Kaufmann 2005:105) könnte auch als stabilitätssichernde Wirkung interpretiert werden (Huntington 1996). Einer quantitativen Abnahme der Verwandtschaftsbeziehungen (Wingen et al.

24 Erstens sind in Deutschland auch die Rentner selbst an der Finanzierung der GKV beteiligt, zweitens ist die zunehmende fernere Lebenserwartung keinesfalls mit einer wachsenden Anzahl an Krankheitsjahren gleichzusetzen und drittens bewirkt der medizinische Fortschritt einen Anstieg der Gesundheitskosten.



1988, Schirmmacher 2006) steht die zunehmende Unterstützung der Kernfamilie durch die Großelterngeneration aufgrund der längeren gemeinsamen Lebenszeit gegenüber. Während Schirmmacher (2004) Zukunftsszenarien einen „Krieg der Generationen“ und „rassistische Altersstereotypen“ umfassen, verweist Heye (2008:1) auf „die revolutionäre Kraft der alternden Gesellschaft“. Internationale Umfragen wie die PPAS (Höhn et al. 2008b) weisen auf positive Einstellungen gegenüber Älteren hin, zudem sind 70-jährige zunehmend gesünder, selbstständiger und mobiler als früher. Insofern bieten die gewonnenen Jahre (Imhof 1981) enorme Chancen, sowohl für deren individuelle Biografie als auch für die Zivilgesellschaft. Die gesellschaftlichen Folgen beinhalten Chancen, zu deren Realisierung die Akademiengruppe Altern (2009) vielfältige Reformperspektiven vorgeschlagen hat.

„Der Gewinn an Lebenszeit stellt ein noch unausgeschöpftes Fortschrittpotential dar. Er bietet sowohl für die Gestaltungsmöglichkeiten einzelner Lebensläufe als auch für das Zusammenleben der Generationen und für die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft große Chancen.“ (Akademiengruppe Altern 2009:16)

Zu analysieren ist die Alterung auch hinsichtlich des politischen Wettbewerbs und damit zusammenhängend mit der politischen Steuerungsfähigkeit (u. a. Kaufmann et al. 1992, Deutscher Bundestag 2002, Sinn 2004). Aufgrund des steigenden Medianalters der Wahlberechtigten werden Wahlen in Zukunft in zunehmendem Maße von Rentnern entschieden. Bisher haben die Rentner in den OECD-Ländern jedoch weitestgehend nach den traditionellen Konfliktlinien (Lipset & Rokkan 1967, Inglehart 1989) gewählt. Konfliktlinien alt versus jung, wie es der Kampf der Generationen (Schirmmacher 2004) prognostiziert, spielen derzeit nur eine geringe wahlpolitische Rolle, Rentnerinteressen werden (noch) innerhalb des Parteiengefüges vertreten (vgl. Kohli 2003:540). Gegen Verteilungskonflikte zwischen Generationen spricht, dass auf der individuellen Ebene in Familien meistens ein enges Band zwischen Kindern, Eltern und Großeltern geknüpft ist. Als problematisch könnte sich eher eine Polarisierung zwischen Kinderlosen und Familien (Iwersen 2002, Schulze & Tyrell 2002) erweisen. Zweifellos kommt zukünftigen Rentnergenerationen ein enormes Machtpotenzial zu, jedoch hängt es von vielen Faktoren<sup>25</sup> ab, ob dies zu neuen Parteien oder gar zu einer modernen Variante der Gerontokratie (vgl. Weber 1922) führt.

**Daten zum Bevölkerungsrückgang:** Mit der zweiten demografischen Konsequenz des Geburtenrückgangs, dem Bevölkerungsrückgang, sind völlig andere Folgen und eine völlig andere Dynamik im Zeitverlauf als mit der Alterung verbunden. Außer Frage steht, dass die Folgen der Alterung in den nächsten vier

25 Solche Faktoren sind u. a. Institutionen des Parteien-, Verbände-, Wahlsystems, die Art des Sozialsystems, familien- und sozialpolitischen Maßnahmen sowie zukünftige Akteurs- und Machtkonstellationen.

Jahrzehnten akut werden und ihren Höhepunkt erreichen, während die Folgen des Geburtenrückgangs erst später ihren Höhepunkt erreichen. Bei anhaltend niedrigen Geburtenraten wird der Bevölkerungsrückgang aufgrund seiner exponentiellen Struktur eine sich beschleunigende Schrumpfung bewirken. Andererseits kann ein positiver Migrationssaldo dem Bevölkerungsrückgang entgegen wirken. Die Prognosen bis 2050 oder 2100 sind sehr unterschiedlich, da verschiedene Annahmen zu Migration und zur Entwicklung der Geburtenrate zu unterschiedlichen Ergebnissen führen, jedoch lassen sich zentrale Trends ableiten (siehe Tab. A-3).

Bis zum Jahr 2050 wird die Bevölkerungszahl in Nordamerika und Australien zunehmen und in Europa sowie den beiden ostasiatischen Ländern zurückgehen (UN 2007b, 2007c). Die Verschiebungen zwischen USA und EU sind drastisch: Während die EU-15 derzeit eine um 29% und die EU-27 eine um 64% größere Bevölkerungszahl als die USA hat, werden bei konstanten Geburtenraten 2050 die USA mit 418,6 Mio. Einwohnern über 10% größer sein als die EU-15 (377,9) und nur leicht kleiner als die gesamte EU-27 (454,7). Japan wird demnach von derzeit 127,9 auf 99,3 Mio. Einwohner 2050 schrumpfen. Deutschland wird nach dieser UN-Projektion bis 2050 von 82,7 auf 69,7 Mio. Einwohner schrumpfen und dann ähnlich groß sein wie Frankreich (68,7) oder Großbritannien (64,8) und deutlich kleiner als die Türkei (110,1). Frankreich wird Deutschland Mitte des 21. Jahrhunderts überholen, die Türkei bereits etwa 2014. Interessant ist auch der Blick auf ein einzelnes Jahr: 2050 wird in Deutschland das Geburtendefizit, das 2005 noch bei 144000 lag, bei 600000 liegen. Jedes einzelne Jahr wird die deutsche Bevölkerung in der Mitte dieses Jahrhunderts folglich um die Größenordnung der Bevölkerung ganz Stuttgarts schrumpfen. Ein weitaus dramatischeres Ausmaß wird der Bevölkerungsrückgang jedoch nicht 2050, sondern erst einige Jahrzehnte später haben. Hier gehen die Prognosen aufgrund unterschiedlicher Annahmen weit auseinander (vgl. Tab. A-3). Gemäß der Vorausschätzung vom IBS (Birg 2003a) für 2100, die für die Annahmen einer konstante TFR und keiner Zuwanderung errechnet ist, wird die EU-15 eine Bevölkerung von 183,8 Millionen haben, dabei haben Frankreich 43,6, Großbritannien 40,2, Deutschland mit 32,0, Italien 15,7 und Spanien 11,9 Mio. Einwohner. Allerdings muss man davon ausgehen, dass Europa im 21. Jahrhundert ein Einwanderungskontinent sein wird, und bei einem Zuwanderungsüberschuss von jährlich 170000 hätte Deutschland eine Bevölkerungszahl von 46,1 Mio.

Der Bevölkerungsrückgang in Europa und Ostasien wird kontrastiert durch ein Bevölkerungswachstum in vielen Ländern Afrikas, Südasiens und dem Nahen Osten (vgl. Leisinger 1999, UN 2007b, 2007c, Wöhlke et al. 2004). Den meisten Prognosen nach wird das globale Bevölkerungswachstum Mitte des 21.

Jahrhunderts enden, die Weltbevölkerung wird von 6,671 Mrd. 2007 auf rund 9 Mrd. (UN 2007b: 9,191; UN 2004: 8,919)<sup>26</sup> im Jahr 2050 ansteigen und der mittleren UN-Schätzung nach (UN 2004) etwa auf diesem Niveau bleiben (2100: 9,064, 2200: 8,499). Die meisten Demografen prognostizieren, dass 2050 fast alle Länder der Erde den Demografischen Übergang abgeschlossen haben und die drastischen Verschiebungen der Bevölkerungsgrößen zwischen 1900 und 2050 von einer kontinuierlicheren Phase abgelöst werden.

**Folgen des Bevölkerungsrückgangs:** Die Analyse der Auswirkungen demografischer Verschiebungen auf außen- und verteidigungspolitische Stärke hat eine lange Tradition, sie betrifft den Ausbruch des Ersten Weltkrieges (Morgenthau 1944:123) ebenso wie den Untergang Roms.<sup>27</sup> Der Bevölkerungsrückgang kann aus (neo)realistischer Sicht (Morgenthau 1944, Waltz 1979) zu einer Schwächung von wirtschaftlicher und militärischer Stärke führen, während aus interdependenztheoretischer Sicht (Keohane & Nye 1977) das schrumpfende Gewicht in den internationalen Organisationen von Interesse ist. Einen quasi institutionell bescheinigten Großmachtstatus haben die fünf Länder mit ständigem Sitz im UN-Sicherheitsrat. Deutschland und Japan, die einen Platz dort anstreben, werden zwar erheblich vom Bevölkerungsrückgang betroffen sein, bis 2050 jedoch noch leicht größere Bevölkerungen als die ständigen Mitglieder Frankreich und Großbritannien haben. Allerdings wäre bei einem Eintritt der negativen Prognosen für 2100 eine Mitgliedschaft im Sicherheitsrat von Frankreich, Großbritannien und Deutschland mit Bevölkerungen um die 40 Mio. problematisch, denn die Bevölkerungen in USA, Pakistan, Indonesien, Nigeria und Bangladesch sind dann jeweils etwa zehnmal und die Indiens und Chinas 40-mal so groß (UN 2004, 2007c). Diese Aussage ist jedoch aus mehreren Gründen spekulativ: Erstens sind demografische Prognosen über einen Zeitraum von mehr als 50 Jahren per se spekulativ, zweitens spielen auch ökonomische, militärische und politische Entwicklungen eine wichtige Rolle, drittens ist der institutionelle Aufbau der UN bis dahin nicht abzusehen und viertens könnte die EU bis dahin einen gemeinsamen Sitz haben. Der Blick auf 2100 hilft allerdings zu zeigen, welchen Bedeutungsverlust einige europäische Staaten bei einem dauerhaften

26 Auch hier jeweils die mittlere Variante. Die für die OECD-Staaten wichtige konstante Variante (11,858 Mrd. Menschen 2050) ist nicht von Bedeutung, da die hohen Geburtenraten in den Entwicklungsländer nicht konstant auf ihrem derzeitigen Niveau bleiben werden. Zur Genauigkeit von UN-Prognosen siehe auch Höhn (1998).

27 Süßmilch (1741) bezeichnet das demografisch bedingte Verschwinden des freien Bauernstandes als entscheidende Ursache für den Untergang Roms. Montesquieu betont auch die Bedeutung der Bevölkerungsstruktur neben der römischen Eroberungspolitik (Montesquieu 1734). Auf demografische Ursachen des Untergangs Roms verweisen auch Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler zu Beginn des 20. Jahrhunderts wie Brentano (1909:623ff), Grotjahn (1914:189ff), Weber (1956) und Wolf (1912:185) sowie zeitgenössische Demografen (Birg 1986:93, Schmid et al. 2000:173).

Verbleiben der Geburtenraten auf derzeitigem Niveau erleiden würden. In Folge der unterschiedlichen Bevölkerungsentwicklung einiger EU-Staaten wird sich die Machtbalance im EU-Ministerrat in den nächsten Jahrzehnten verschieben (vgl. Wilkoszewski & Münch 2007). Durch das demokratische Prinzip einer Repräsentation von 65% der EU-Bevölkerung bei Mehrheitsentscheidungen ab 2014 (bzw. 2017) werden sich Gestaltungsmehrheiten und Sperrminoritäten verschieben. In besonderem Maße würde eine Erweiterung der EU mit der Türkei die Machtbalance verändern.

Der Zusammenhang von Bevölkerungswachstum und Wirtschaftsentwicklung ist ein klassisches ökonomisches Thema. Bereits Adam Smith (1776) sieht Bevölkerungswachstum positiv im Kontext von Skaleneffekten, und John Maynard Keynes weist im Kontext der Weltwirtschaftskrise in den 1930er Jahren auf demografisch bedingte Nachfrageschwäche hin. In vielen neoklassischen Ansätzen ist der demografische Faktor externalisiert (u. a. Friedman 1968), nicht jedoch in der Wachstumstheorie von Solow (1956:90ff) und insbesondere in der Humankapitaltheorie (Schultz 1960, 1971). Schätzungen zufolge beträgt das Humankapitalvermögen einer modernen Volkswirtschaft das 1,7-fache des gesamten Bruttoanlagevermögens (Kaufmann 2005:81). Da sich die Größe des Humankapitals aus dem Produkt der Erwerbstätigen mit deren durchschnittlicher Qualifikation ergibt, nimmt es bei einem Bevölkerungsrückgang c. p. ab. Durch vermehrte Bildungsinvestitionen ist jedoch vorstellbar, dass der Rückgang kompensiert werden kann. Während sich der Bevölkerungsrückgang negativ auf das BIP auswirkt, können die Effekte für das BIPPC, die bei der Alterung negativ sind, hier unterschiedliche Wirkungsrichtungen haben. Investitionen in Humankapital werden in den betroffenen Ländern von wachsender Bedeutung sein. Weitere ökonomische Effekte sind steigende öffentliche Schulden pro Kopf, steigendes Pro-Kopf-Vermögen, steigende Erbschaftsvolumen pro Kopf, sinkende Energie- und Umweltprobleme sowie Strukturwandel im Immobiliensektor und eine Ausdünnung von ländlichen Regionen.

Die Auswirkungen des Bevölkerungsrückgangs für die Gesellschaft sind schwer abzuschätzen. Ein Rückgang an Mitgliedern wird fast alle gesellschaftlichen Institutionen und Gruppierungen betreffen: Kirchen, Gewerkschaften, Parteien, Verbände und Vereine. In manchen Regionen, in denen Abwanderungen den Bevölkerungsrückgang verstärken, wird eine Entvölkerung stattfinden, eine Differenzierung in „Wohlstandsinseln und Verliererregionen“ (Tutt 2007) ist nicht unrealistisch. Anpassungsprozesse, Rückbau von Infrastruktur und kompensierende Regionalpolitik stehen vor großen Herausforderungen (vgl. Hassemer 2009), aber auch Chancen (Niejahr 2004).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Folgen des Zweiten Geburtenrückgangs in den OECD-Ländern enorm vielschichtig und weitreichend sind (siehe Tab. 1-4). Besonders negativ sind die Konsequenzen für die sozialen Si-

cherungssysteme. Die Analyse der Folgen zeigt, wie wichtig es ist, die Ursachen der niedrigen Geburtenraten und die Möglichkeiten einer nachhaltigen Familienpolitik zu erforschen. Ein Anstieg der Geburtenraten ist von elementar wichtigem Interesse für die OECD-Staaten. Sollte also ein solcher durch familienpolitische Maßnahmen beeinflusst werden können, ist dessen Umsetzung eines der dringendsten politischen Anliegen für diese Länder. Damit erhielte die Familienpolitik den Status eines Schlüsselpolitikfelds für die Zukunftsfähigkeit der hochentwickelten Demokratien in den nächsten Jahrzehnten.

**Tabelle 1-4:** Folgen des Geburtenrückgangs im Überblick

	Alterung	Bevölkerungsrückgang
<b>Geburtenrückgang bewirkt:</b>		
<b>Demografisches Problem</b>	Altenquotient verdoppelt sich etwa in allen OECD-Ländern	Bevölkerung schrumpft in weiten Teilen Europas und Ostasiens
<b>Einfluss Einwanderung</b>	gering	hohe Einwanderung kann Rückgang abbremsen
<b>Einfluss steigende Lebenserwartung</b>	verstärkt Alterung	reduziert Bevölkerungsrückgang
<b>Höhepunkt der Probleme</b>	2035-2060	ab 2050, zunehmend
<b>Dynamik bei anhaltenden TFR</b>	nach Höhepunkt relativ konstanter Altenquotient	exponentiell, sich beschleunigende Schrumpfung
<b>Dies hat Folgen für:</b>		
<b>Soziale Sicherung</b>	➔ Starker Rückgang von Renten-niveau und Gesundheitsleistungen ➔ Höhere Kosten für jüngere Generationen (Steuern, Abgaben)	-
<b>Wirtschaft</b>	➔ Negativer Effekt auf BIPPC ➔ Unterschiedliche Effekte für Arbeitsmarkt, Innovationsfreude, versch. Sektoren und Finanzmärkte	➔ Negativer Effekt auf BIP (nicht BIPPC), Schuldenstand und internationale ökonomische Bedeutung ➔ Probleme Immobilienmarkt ➔ Positiv für Umwelt und Energie
<b>Gesellschaft</b>	➔ Konservative Grundhaltung ➔ Abnahme Verwandtschaftsnetz ➔ Chancen für (Weiter-)Bildung	➔ Kleinere Gruppe der Träger von Kultur und Sprache ➔ evtl. migrationsbedingte Folgen ➔ Strukturwandel ländl. Regionen
<b>Politischer Wettbewerb</b>	➔ „Gerontokratie“, in unterschiedlichen Konfliktabstufungen möglich	-
<b>Internationale Beziehungen</b>	-	➔ Sinkendes Gewicht der EU vor allem im Vergleich zu den USA ➔ Verschiebung Stimmrechte in EU zu Gunsten von F, GB (ev. Türkei) ➔ Geringeres Gewicht eur. und ostas. Länder in Organisationen wie Sicherheitsrat, NATO, G-8

## 1.2 Forschungsstand

„Die Geschichte der Fertilitätstheorie ist keine wissenschaftliche Erfolgsstory.“ (Birg et al. 1991:345)

“We still do not understand fully why birth rates in OECD countries have declines so precipitously over the past three decades, and knowledge about the effects of policies and their complementarities is still too limited to guide the design of cost-effective interventions.” (Sleeboos 2003:48)

„Erklärungsversuche (...) haben sowohl die hohe Parallelität der Trends als auch deren unterschiedliche Niveaus zu berücksichtigen, doch zeigt der vielfältige Befund auch, daß nur komplexe, multikausale Erklärungen Plausibilität beanspruchen können. (...) Es geht also um eine Analyse auf mehreren Ebenen der sozialen Wirklichkeit. Allerdings handelt es sich hierbei bisher um theoretisch weitgehend getrennte Diskurse, und die empirische Evidenz vieler Annahmen ist wenig gesichert.“ (Kaufmann 2005:129-30)

Ein Hauptgrund für den häufig noch als unreif eingeschätzten Forschungsstand (vgl. Castles 2003:211, Kaufmann 2005:130, Sleeboos 2003:48; vgl. früher Birg et al. 1991:345, Höhn & Schubnell 1986:210, Kaufmann et al. 1992:5) ist, dass es sich beim generativen Verhalten um ein Phänomen von enormer Komplexität handelt. Dabei spielen ökonomische, gesellschaftliche, politische, religiöse, biografische, psychologische, biologische, medizinische und technologische Faktoren eine Rolle. Dazu kommt, dass die von diversen Makrofaktoren beeinflusste individuelle Entscheidung für ein (oder mehrere) Kind(er) im Lebensverlauf sukzessive stattfindet und dass es sich meistens um eine gemeinsame Entscheidung zweier Personen handelt.

In diesem Abschnitt wird zuerst der Diskurs über die historische Dimension des Geburtenrückgangs skizziert, anschließend werden der Grad der Interdisziplinarität und die damit verbundenen Probleme veranschaulicht, dann die wichtigsten empirischen Erkenntnisse der bisherigen Forschung dargestellt und viertens der Forschungsstand zur grundsätzlichen Frage nach der Möglichkeit einer politischen Beeinflussbarkeit der Geburtenrate diskutiert.

### 1.2.1 Der Zweite Geburtenrückgang als eigenständiges Phänomen

Ob der Geburtenrückgang der letzten vier Jahrzehnte eine ähnliche Dimension, jedoch unterschiedliche Ursachen wie der Erste hat und entsprechend als Zweiter Geburtenrückgang bzw. Zweite Demografische Transition zu bezeichnen ist, oder ob er nur als stärkeres posttransitionelles Oszillieren um das stationäre Gleichgewicht einzustufen ist, war v. a. zu Beginn umstritten. Im Laufe der Zeit wurde die Verstärkung und Verbreiterung des Geburtenrückgangs sichtbar, und seit van de Kaa's bahnbrechendem Aufsatz von 1987 mit dem Titel „Europe's Second Demographic Transition“ hat sich der Begriff in der internationalen Lite-

ratur zunehmend durchgesetzt. Im deutschsprachigen Diskurs wird der erstmals von Bolte (Bolte et al. 1980:65) verwendete Terminus „Zweiter Geburtenrückgang“ gelegentlich verwendet (vgl. Beck-Gernsheim 2006, BIB 2004, Birg et al. 1991, Gerlach 2004, Höhn 1998, Kaufmann 2005, Strohmeier 1988). An dieser Terminologie ist sichtbar, dass die überwiegende Mehrheit im wissenschaftlichen Diskurs den Zweiten Geburtenrückgang als ein eigenständiges Phänomen mit ähnlicher Dimension wie den Ersten sieht. Eine Mehrheit teilt inzwischen auch die Auffassung, dass die beiden Geburtenrückgänge respektive Transitionen auf unterschiedliche Ursachenbündel zurückzuführen sind.

Es gibt jedoch auch Theoretiker, die die Gültigkeit der Transitionstheorie für den posttransitionellen Geburtenrückgang in den Industrieländern aufrechterhalten, die Theorie ergänzen und ihn als stärkeres Oszillieren um ein Gleichgewicht interpretieren (vgl. u. a. Caldwell 2004). Auf diese Weise wird der von vielen Autoren als SDT bezeichneten Entwicklung eine deutlich geringere Dimension als der ersten Transition zugestanden. Auch gibt es Vertreter der These, dass beide Geburtenrückgänge einem gemeinsamen Trend mit gemeinsamen Ursachen folgen (u. a. Linde 1984<sup>28</sup>, Miegel & Wahl 1993). Demnach stehen beide Geburtenrückgänge im Zusammenhang mit Industrialisierung, Individualisierung oder Säkularisierung.

Den Zweiten Geburtenrückgang im Rahmen der Transitionstheorie zu interpretieren halten beispielsweise Kiefl und Schmid (1985:21) für „unfruchtbar“, da dies zur „Rückschau auf die europäische Industrialisierungsgeschichte zwingt und eine Gegenwarts- und Zukunftsbezogenheit der Forschung“ beeinträchtigt. Dazu kommt der empirische Befund, wonach viele Determinanten des Ersten Geburtenrückgangs nur mit dem Beginn des Zweiten Geburtenrückgangs in positivem Zusammenhang stehen und sich die Korrelationsrichtung im Verlauf der 1980er Jahre gedreht hat (vgl. Castles 1998, 2003, siehe Kap. 5). Außerdem wird der These des gemeinsamen Trends überzeugend entgegengehalten, dass der Erste Geburtenrückgang von einem Sterblichkeitsrückgang begleitet wird, der Zweite mit einer Pluralisierung der Familienformen einhergeht und dass ein gemeinsamer Trend das drei bis vier Jahrzehnte andauernde Gleichgewicht mit Babyboom zwischen den Geburtenrückgängen nicht erklären kann (ausführliche Diskussion von Gemeinsamkeiten und Unterschieden siehe 2.2).

In dieser Untersuchung wird der Zweite Geburtenrückgang als eigenständiges Phänomen analysiert. Es werden aber nicht nur die Theorien berücksichtigt, die

28 Linde beschreibt einen übergeordneten langfristigen Trend, der maßgeblich von den Auswirkungen der Industrialisierung geprägt ist, dessen Auslöser er jedoch mit dem Verweis auf Luthers Ehebild bereits ins 16. Jahrhundert datiert (Linde 1984:176). Allerdings benennt er neben diesen übergeordneten auch unterschiedliche weitere Ursachen zwischen den beiden Geburtenrückgängen (ibid.:105).



sich ausdrücklich auf die Erklärung des Zweiten Geburtenrückgangs beziehen, sondern auch diejenigen anderen Theorien, die für die Erforschung des Geburtenrückgangs potenziell hilfreich sind. Dies betrifft v. a. Ansätze, die zwischen Mitte der 1960er (Beginn des Zweiten Geburtenrückgangs) und Ende der 1980er Jahre (Terminologisierung als SDT) entstanden sind.

### 1.2.2 Interdisziplinarität und Betrachtungsebene — das Problem der Anschlussfähigkeit unterschiedlicher Ansätze und Theorien

Entsprechend der enormen Komplexität des generativen Verhaltens gibt es höchst heterogene Erklärungsversuche unterschiedlicher wissenschaftlicher Disziplinen. Zu einem erheblichen Teil sind das Forschungen von Ökonomen und Soziologen<sup>29</sup>, aber auch Politologen und Psychologen haben wichtige Beiträge geliefert, dazu kommen die etwas selteneren Ansätze mit biologischem oder medizinisch/technischem Hintergrund.

„The quest for the determinants of fertility behaviour and change during the last half-century can best be interpreted as the development of a series of sub-narratives from different disciplinary perspectives and orientations. (...) It will also prove tempting to combine elements of different sub-narratives into an integrated narrative for a specific, large region or continent.” (van de Kaa 1996:389,431)

Die Beiträge der unterschiedlichen Fachdisziplinen zum Verständnis des generativen Verhaltens sind immens und haben viele Facetten des Explanandums beleuchtet. Soziologische Ansätze haben in einer großen und heterogenen Bandbreite Erklärungen für den Geburtenrückgang geliefert. Einige dieser Konzeptionen verstehen sich als Weiterentwicklung der Transitionstheorie (u. a. Caldwell 1976, 1982, Chesnais 1992, Coale 1973, Knodel & van de Walle 1979, Linde 1984; siehe 3.3). Andere sind Vielkomponentenansätze in der Tradition Wolfs (1912), die den Einfluss einer Vielzahl unterschiedlicher Determinanten, aber auch Differenzen in der sozialen Schichtung hinsichtlich der Geburtenrate analysieren (u. a. Andorka 1978, Bolte et al. 1980, Schubnell 1973, Strohmeier 1988, Wingen 1977; siehe 3.4). Die meisten soziologischen Ansätze betonen als Ursache des Zweiten Geburtenrückgangs in unterschiedlicher Gewichtung die sozio-ökonomische Modernisierung, die Frauenemanzipation, den kulturellen Wandel und Veränderungen in den Familienstrukturen, wobei auch technologische und familienpolitische Mitursachen genannt werden (ausführlicher siehe 3.5 bis 3.8).

29 Auch die Transitionstheorien sind genuin soziologische Theorien. Es gibt allerdings auch Versuche, die Transition anhand ökonomischer Ansätze (Leibenstein 1957, 1975, Becker 1960, 1965, 1981, 1991, 1996, Easterlin 1966, 1975, Easterlin & Crimmins 1982, vgl. auch Esser 1993) zu erklären.



Dabei werden im Kontext von Frauenemanzipation sich wandelnde Geschlechterrollen (Scanzoni 1975, 1976, 1978), Inkohärenz der Gendersysteme (Mason & Jensen 1995, Mason 2001, McDonald 2000a, 2000b, 2002), heterogene Lebensstilpräferenzen (Hakim 2000, 2003, 2004) und Bildungsexpansion sowie Frauen-erwerbstätigkeit (Beck-Gernsheim 2006) in den Mittelpunkt gestellt. Theorien des kulturellen Wandels (u. a. Lesthaeghe 1983, 1995, van de Kaa 1987, 2001) sehen u. a. in der zunehmenden Selbstverwirklichung (vgl. Ariès 1980, Inglehart 1977, 1989) und in toleranteren Familiennormen zentrale Ursachen. Andere Ansätze betonen Individualisierungsprozesse (Beck 1986, 1994, Hoffmann-Nowotny 1978, 1988, 1991, Miegel & Wahl 1993), weitere den Anstieg biografischer Optionen (Birg et al. 1991) und den Aufschub der Geburten (Kohler et al. 2002). Auch gibt es Ansätze, die moderne Verhütungstechnologien als Kausalfaktoren benennen (u. a. Murphy 1993, Westhoff & Ryder 1977, vgl. Bongaarts 1978).

Ökonomen in der Tradition der Neuen Haushaltsökonomik (u. a. Becker 1960, 1965, 1981, 1991, 1996, Mincer 1963, Willis 1973, aber auch Leibenstein 1975) haben in preistheoretischen Fertilitätsmodellen den Einfluss von Kosten, Opportunitätskosten, Nutzen und Einkommen auf die Nachfrage nach Kindern analysiert. Dieser Ansatz wurde vielfach um Aspekte wie Interaktion von Qualität und Quantität (Becker & Lewis 1973), dynastischer Nutzen (Becker & Barro 1986), Lohnrelation zwischen Mann und Frau (u. a. Butz & Ward 1979), Timing von Geburten und Skaleneffekte (Cigno 1991) sowie familienpolitische Maßnahmen (Althammer 2000, Zimmermann 1984b) weiterentwickelt. Auch gibt es ökonomische Theorien, die der mit der Kohortengröße verbundenen Arbeitsmarktkonkurrenz (Easterlin 1961, 1978, 1980), Kapitalintensität (Gabor & Weil 1996) und Realzinsen (Becker & Barro 1988) Erklärungskraft zuschreiben (siehe 3.10, 3.11).

Ganz andere Gegenstandsbereiche weisen die psychologischen Theorien (siehe 3.12, 3.13) auf, bei denen hinsichtlich des generativen Entscheidungsprozesses die Nutzendimension im Sinne der „Value-of-Children“-Ansätze (Hoffman & Hoffman 1973), Einstellungen und Normen (Fishbein 1972, Loken & Fishbein 1980), subjektive Verhaltenskontrolle (Ajzen 1991), erwartete Belohnungen und Kosten (Beckman 1979), Motivation (Rosenstiel et al. 1986) und der Prozess von Motivation zu Verhalten (Miller 1992, 1994) beleuchtet werden. Auch gibt es Konzeptionen, die die Paarinteraktion analysieren (u. a. Hass 1974, Miller et al. 2004, Rosenstiel et al. 1986).

Mehrere familienpolitische Ansätze betrachten Betreuungsinfrastruktur, Arbeitsmarkt, Zeitpolitik und finanzielle Transfers in unterschiedlicher Gewichtung im Kontext einer Ursachenanalyse des Geburtenrückgangs (u. a. Bertram 2008a, Bonoli 2008, Castles 1998, 2003, Chesnais 1996, Gauthier 1996a, 1996b, Höhn 1986, 1992, Höhn et al. 1996, 2006, Kaufmann 1996, 2002, Wingen 1988, 1997,

2001), wobei Kaufmann (1990, 1995) eine „strukturelle Rücksichtslosigkeit gegenüber Familien“ und Esping-Andersen (1999) unterschiedliche Grade der „Defamilialization“ betonen (siehe 3.14, zur Wirkungsanalyse siehe 1.2.4).

Die Blickwinkel dieser komprimiert skizzierten theoretischen Diversität sind sehr heterogen. Das Problem dieses interdisziplinären Forschungsgegenstands ist, dass die Anschlussfähigkeit und die interdisziplinäre Perzeption zwischen den unterschiedlichen Ansätzen häufig nicht gegeben sind. Dies gilt insbesondere für ökonomische Konzeptionen auf der einen und soziologische auf der anderen Seite. Diese Ansätze unterscheiden sich oft hinsichtlich der Methodik, der Betrachtungsebene, der Fachtermini und des Gültigkeitsanspruchs. Ökonomische Ansätze sind häufig axiomatische Theorien, die die Mikroebene betrachten, in teilweise langen Formelketten dargestellt werden und einen universellen Gültigkeitsanspruch haben. Soziologische Ansätze dagegen beinhalten häufig Länder- oder Gruppenvergleiche, wobei der Schwerpunkt überwiegend auf der Makroebene liegt, mit soziologischen Fachtermini und einem nicht selten zeitlich bzw. räumlich enger begrenztem Gültigkeitsanspruch.

Die häufig festzustellende Fragmentierung der Lager beruht nach Ansicht mancher Autoren sogar teilweise auf fachlicher Konkurrenz (Lesthaeghe & Surkyn 1988:1) oder „gereizter Gegnerschaft“ (Dinkel 1984:183, vgl. Becker 1996:235). Interessanter sind die inhaltlichen Differenzen: Ökonomen betrachten Präferenzen häufig als endogen und die Realisierung von Kinderwünschen hängt demnach von Einkommen, Preisen und Opportunitätskosten ab. Für Soziologen dagegen steht oft die Veränderung der Präferenzen, der Normen, Werte und Einstellungen, im Mittelpunkt. So bewerten Ökonomen die soziologischen Erkenntnisse oft – zumindest implizit – als nicht anschlussfähig für ihre Modelle:

„Economists (...) delegate the discussion of tastes to sociologists (...). Unfortunately, these disciplines have not developed much in the way of systematic usable knowledge about tastes.” (Becker 1976:817)

Auf der anderen Seite kritisiert beispielsweise Andorka die ökonomischen Ansätze der Chicago-Schule um Becker, da eine Substitution zwischen Kindern und Gütern fraglich sei und bei einer normierten Kinderzahl die Indifferenzkurve L-förmig sein könne. Vor diesem Hintergrund betont Andorka die Notwendigkeit einer soziologischen Theorie:

„Thus the main conclusion developed by the author during the work on this book seems to be that a sociological theory of fertility would be necessary, which (...) would explain the influence of social conditions on fertility through the development of norms, values and attitudes concerning fertility.” (Andorka 1978:383)

Mackenroth interpretiert das generative Verhalten per se als soziologisches Phänomen:

„Das letzte Wort hat in der Bevölkerungslehre immer die Soziologie.“ (Mackenroth 1953:4)

Ökonomische und soziologische Gegenstandsbereiche haben jeweils zweifellos Erklärungspotenziale, jedoch wurden diese relativ selten kombiniert (lobenswerte Ausnahmen sind u. a. Bagozzi & van Loo 1978, Bolte et al. 1980, Caldwell 1976, 1982, Coale 1973, Easterlin 1975, Esser 1993, Hakim 2003, Herter-Eschweiler 1998, Lesthaeghe 1995, Lesthaeghe & Surkyn 1988, Preston 1986).

Eine weitere Ursache für die Fragmentierung der Forschung über den Geburtenrückgang hängt damit zusammen, dass die Verknüpfung von Mikro- und Makroebene eine hochkomplexe Angelegenheit ist und meistens nur eine Ebene analysiert wird, deren Ergebnisse nur selten auf die andere Ebene zurückgeführt und damit anschlussfähig zu diesen Ansätzen gemacht werden.<sup>30</sup> Die Individual-ebene steht nicht nur häufig bei Ökonomen, sondern auch bei den meisten psychologischen Konzeptionen, aber auch bei einigen Soziologen (u. a. Scanzoni 1976, Wingen 1977, Caldwell 1982, Birg et al. 1991, Kaufmann et al. 1992, Esser 1993, Herter-Eschweiler 1998, Hakim 2003) im Mittelpunkt. Die Makroebene wird in den meisten familienpolitischen Ansätzen, häufig in soziologischen und seltener bei ökonomischen Ansätzen (u. a. Ahn & Mira 2002, Adsèra 2004, d'Addio & d'Ercole 2005) betrachtet. Die Anschlussfähigkeit zur anderen Ebene ist mal mehr und mal weniger gegeben, die unterschiedliche Betrachtungsebene wirkt sich auch auf die interdisziplinäre Perzeption aus.

Sowohl Makro- als auch Mikroansätze gibt es in statischen und dynamischen Varianten. Statische Theorien betrachten die soziale Schichtung (Makro) und die Lebensverhältnisse (Mikro), dynamische dagegen betonen Veränderungen wie den kulturellen, sozioökonomische und emanzipatorischen Wandel (Makro) oder Einstellungsänderungen und Lebensläufe (Mikro).

Um die Anschlussfähigkeit der Theorien mit ihren unterschiedlichen Schwerpunkten und Betrachtungsebenen zu ermöglichen, wäre ein integrierendes Mehrebenenmodell hilfreich. Dieses müsste die unterschiedlichen fachwissenschaftlichen Schwerpunkte ebenso in Bezug zueinander setzen wie die Mikro- und Makroebene, so dass man das Erklärungsspektrum sämtlicher Theorien anhand dieses Modells abbilden und vergleichbar machen könnte. Ein solches integrierendes Mehrebenenmodell hat sich bisher nicht etabliert. Ein verschiedene Ansätze integrierendes Fertilitätsmodell, allerdings nur auf der Mikroebene, gibt es von Herter-Eschweiler (1998:254). Ein umfangreiches Schema von Mikro- und Makrofaktoren stellt Schubnell (1973:49) dar, wobei er diese nicht systematisch in Bezug zueinander und zum damaligen Theoriebestand setzt. Ein relativ schlankes Mehrebenenmodell mit einigen zentralen Erklärungsfaktoren findet man bei Kaufmann (2005:132), einen Überblick über ältere schlanke integrie-

30 Eine analytische Trennung zwischen Mikro- und Makroebene ist jedoch durchaus sinnvoll (vgl. Kiefl & Schmid 1984:20, 24), dabei ist allerdings die Anschlussfähigkeit zur anderen Ebene zu gewährleisten.

rende Ansätze bei Kiefl und Schmid (1985:41ff). Mehrebenenmodelle, die den Einfluss bestimmter Makrofaktoren, die familienpolitischen Maßnahmen, in Bezug zum individuellen generativen Verhalten bringen, gibt es von Sleebos (2003:34) und Grant et al. (2004:3). Der Versuch, ein weitergehendes integrierendes Mehrebenenmodell zu entwerfen, das eine Vergleichbarkeit der hinsichtlich des fachlichen Schwerpunkts sowie der Betrachtungsebene sehr unterschiedlichen Ansätze ermöglicht und als integrierendes Bindeglied dieser unterschiedlichen Ansätze fungiert, wird in dieser Untersuchung unternommen (siehe 2.1).

### 1.2.3 Empirische Befunde zum Zweiten Geburtenrückgang

Neben dem großen theoretischen Spektrum der Ursachenforschung des Zweiten Geburtenrückgangs ist auch die Menge empirischer Studien immens. Dabei unterscheidet sich das Forschungsdesign in vielen Dimensionen<sup>31</sup>:

- individuelle oder hochaggregierte Datenbasis (Mikro- und Makroanalysen)
- bi- oder multivariates Forschungsdesign
- objektive Faktoren oder Einstellungen (un- oder standardisiert erhoben) als UV
- tatsächliche, gewünschte oder als ideal eingeschätzte Kinderzahl als AV
- Analyse von Niveaudaten oder von Veränderungsraten
- qualitative oder quantitative Orientierung
- Faktoren-, Pfad-, Survival-, Korrelations- oder Regressionsanalyse
- Querschnitt, Längsschnitt oder gepooltes Forschungsdesign.

Im Folgenden werden einige zentrale empirische Befunde von mikroanalytischer und anschließend von makroanalytischer Forschung in komprimierter Form dargestellt.

Mikrostudien basieren häufig auf Sekundäranalysen (in Deutschland werden hierfür oft Daten des Mikrozensus vom Statistischen Bundesamt oder des Sozio-ökonomischen Panels vom DIW verwendet) oder auf Primärerhebungen in Form von standardisierten oder unstandardisierten Interviews oder psychologischen Tests. Ihre Stärken sind, dass sie das Zusammenspiel von Lebenslagen sowie Motiven für das individuelle generative Verhalten, die Paarinteraktion und wichtige Aspekte des Lebenslaufs analysieren können und dadurch auch zu einem Verständnis des Wirkungszusammenhangs einzelner Makrovariablen auf die TFR beitragen.

31 Ein hervorragendes Klassifikationsschema zur Einordnung empirischer Untersuchungen zum generativen Verhalten bieten Kiefl und Schmid (1985:49).

Viele Mikrostudien beschäftigen sich mit dem Nutzen von Kindern, Psychologen sprechen von den motivationalen Aspekten des generativen Verhaltens oder dem Wert von Kindern (VOC). Häufig zeigt sich, dass in modernen Gesellschaften zunehmend die psychische Nutzendimension, vor allem der emotional-affektiven Motive, entscheidend für Kinderwünsche sind (u. a. Borchardt & Ströbel-Richter 2004, Hoffman & Manis 1979). Die „Population Policy Acceptance Study“ (PPAS) zeigt bei breiter Zustimmung zu Komponenten dieser VOC im europäischen Ländervergleich jedoch einen negativen Zusammenhang zwischen VOC-Zuschreibungs-Quote und TFR (Fokkema & Esveldt 2006). Bei türkischen Migrantinnen in Deutschland zeigt Nauck (1992), dass die Betonung ökonomischer VOC mit niedrigerem Bildungsstand und höherer Fertilität einhergeht, während die Betonung psychologischer VOC mit höherem Bildungsstand und niedriger TFR zusammenhängt. Diese Studien bestätigen auch die von vielen Ökonomen aufgestellte These des sinkenden ökonomischen Nutzens von Kindern als Mitursache des Geburtenrückgangs.

Auch die unterschiedlichen Kosten und Opportunitätskosten, ob monetäre oder Zielkonflikte zu Beruf und Freizeit, sind Gegenstand von Mikrostudien. Butz und Ward (1979) und Cigno (1991) weisen mit Regressionsanalysen einen positiven Einfluss der Lohnhöhe von Männern und einen negativen bei der von Frauen auf die TFR für die USA nach, Wright (1989) bestätigt die Ergebnisse für Europa. Althammer (2000) differenziert die abhängige Variable und zeigt basierend auf Ereignisanalysen für Deutschland, dass der Anstieg des Humankapitals der Frau zu dem Aufschub der Geburten, die oft nicht entsprechend nachgeholt werden, beiträgt, jedoch wenig zum Rückgang der kinderreichen Familien beitragen kann. Der „Family and Fertility Survey“ (FFS) zeigt anhand von Befragungen, dass als Gründe für keine weiteren Kinder nach Satisfizierung und Zukunftsangst Lebensstandarterhaltung und hohe Kinderkosten am häufigsten genannt werden (Höhn 1998:108).

Die Gruppe um Rosenstiel (u. a. Oppitz 1982, Rosenstiel et al. 1986) deuten den Zweiten Geburtenrückgang als Folge eines Wandels der Motivation für Kinder und untersuchen den Kinderwunsch im Konflikt zu anderen Lebenszielen und Bedürfnissen. Oppitz (1982) belegt, dass es einen Zielkonflikt zwischen „Kind und Konsum“ (ibid.:1) gibt, der bei Männern stärker ist. Als weiteren Geschlechtsunterschied zeigt er, dass Frauen die Geburt eines Kindes „hinderlicher für Freizeit, die Männer für Wohlstand erachten“ (ibid.:319). Er typologisiert die Paare in fünf Gruppen, wobei die drei stärker am Konsum orientierten Gruppen einen deutlich geringeren Kinderwunsch aufzeigen (60% der untersuchten Personen) als die Gruppen, die die Priorität beim Kind (10%) oder bei beiden gleich (30%) sehen. Oppitz versucht, diese Typologie mit dem Dualismus Post- und Materialismus (Inglehart 1977, 1989, 1997) zu verknüpfen, jedoch lässt sich seine Hypothese, wonach mit zunehmender Orientierung an postmateriellen Werten

die TFR wieder ansteigt, nicht (Lesthaeghe & Surkyn 1988:25) oder nur für über 30-jährige Frauen (Lesthaeghe 1995:50) bestätigen. Gleichwohl ist Oppitz' Differenzierung des generativen Verhaltens in Gruppen mit unterschiedlichen Motivationsmustern sehr fruchtbar. Eine etwas andere Differenzierung macht Hakim (2003), die die Frauen hinsichtlich von Berufs- und Kinderpräferenzen typologisiert und bei diesen unterschiedliche Fertilitätsraten aufzeigt. Kangas und Rostgaard (2007) weisen den Einfluss von Institutionen wie Kinderbetreuungseinrichtungen auf die Präferenzen nach.

Hinsichtlich des Einflusses von Normen legt der „Generations and Gender Survey“ (GGS) nahe, dass Normen im Sinne einer gesellschaftlichen Anerkennung bzw. Sanktionierung einer bestimmten Kinderzahl nur gering wirken, da Kinderlose und Eltern mit unterschiedlichen Kinderzahlen zu je mindestens 80% keine veränderte „Meinung der Leute“ über sie erwarten. Diese schwachen Normen scheinen andererseits Kinderzahlen von eins oder zwei zu präferieren, so erwarten Kinderlose zu 15% eine bessere (5% schlechtere) Meinung, während bei Eltern mit drei oder mehr Kindern 18% eine schlechtere (2% bessere) Meinung erwarten (Höhn et al. 2006:26). Negative Bewertungen gegenüber gewollt Kinderlosen und unfruchtbaren Paaren belegen Kopper und Smith (2001) in einer psychologischen Studie. Dies spricht für Sanktionierungsnormen in den USA, die jedoch von den Ursachenkenntnissen über die Kinderlosigkeit abhängen.

Fruchtbar sind auch Studien, die das generative Verhalten aus der Lebensverlaufs-perspektive untersuchen (u. a. Klein 1989, vgl. Mayer 1989:265ff). Miller (1992) weist den Zusammenhang von Kindheits- und Jugenderfahrungen in Familie, Schule sowie Beruf und dem Kinderwunsch nach. Das von Birg, Flöthmann und Reiter (1991, vgl. 3.8) vorgelegte biografische Survey basiert auf Interviews über die Ausbildungs-, Berufs-, Migrations- und Familienbiografien von 1576 Personen, die nach zwei verschiedenen Kohorten und nach urbanen oder ländlichen Wohnorten differenziert werden. Dabei werden die Zusammenhänge zwischen diesen Biografien und den Lebensumständen mit multivariater Regressionsanalyse und das Zusammenspiel der biografischen Sequenzen durch Dendogramm-Analysen berechnet. Die Autoren zeigen, dass die Zunahme der biografischen Optionen – hinsichtlich von Beruf, Bildung, Familie oder Kultur – negativ mit der Geburtenzahl zusammenhängt. Dies gilt besonders für die Lebensumstände in urbanen Regionen, die sich in dort deutlich niedrigeren Fertilitätsraten manifestieren.<sup>32</sup> Dabei kann die Wirkungsweise des Einflusses vieler

32 Birg et al. (1991:150) zeigen, dass in modernen Großstädten die NRZ zwischen 0,48 und 0,5 liegt, während sie in ländlichen Regionen mit 0,81 bis 0,87 nahe der Ausgleichsrate ist. Die von Birg et al. nachgewiesenen regionalen Differenzen sind eines der Hauptergebnisse der Studie und theoretisch anhand der biografischen Theorie plausibel unter-

Makrodeterminanten auf individueller Ebene nachgewiesen werden, u. a. der negative Zusammenhang zwischen der Kinderzahl und den Faktoren Urbanisierung, Bildungsabschluss, Wohnortswechsel und Frauenerwerbstätigkeit. Die Dendrogramm-Analysen ermöglichen eine Differenzierung und ein tieferes Verständnis bekannter Zusammenhänge, wie des u-förmigen zwischen Ausbildungsniveau und Kinderzahl, der je nach biografischer Sequenzkombination aus Ausbildung, Berufstätigkeit und Familienphase unterschiedlich ausfällt.

Einige mikroskopische Studien analysieren die Paarinteraktion. Miller et al. (2004) finden empirische Bestätigung für ihre Theorie (vgl. 3.13), wonach die Perzeption des Kinderwunsches des Partners zu zwei Dritteln von dessen tatsächlichem Wunsch und zu einem Drittel auf die Verzerrung des Einflusses des eigenen Wunsches zurückzuführen ist. Kangas und Rostgaard (2007) weisen mit multivariaten Regressionsanalysen den Einfluss der Präferenzen der Ehemänner auf die Arbeitsmarktbeteiligung ihrer Frauen nach. Die Befunde von Oppitz (1982) verdeutlichen, dass Frauen über die Kinderwünsche der Partner besser informiert sind als umgekehrt und dass sich die Werte des Mannes leicht an die der Frau im Zeitverlauf annähern. Auch zeigt sich, dass Kinderwunsch und Kommunikation positiv korrelieren, bei Nichtübereinstimmung die Kinderzahl sich eher nach dem Partner mit dem geringeren Wunsch orientiert, bei ähnlichen Wertorientierungen die Varianz des Kinderwunsches von Paaren größer ist und der Interaktionsstil geschlechtsspezifische Unterschiede aufweist (Rosenstiel et al. 1986:147ff). Borchardt und Ströbel-Richter (2004) zeigen in einer qualitativen Studie, dass bei Paaren mit unterschiedlichen generativen Absichten eher „Frauen mit ihrem kontrazeptiven Verhalten den Zeitpunkt der Verwirklichung des Kinderwunsches bestimmen“ (ibid.:109).

Einige Mikrostudien sind geeignet, einen auch auf Makroebene sichtbaren Zusammenhang wie beispielsweise zwischen Bildungsexpansion und der Geburtenrate genauer zu beleuchten. So zeigen Blossfeld und Huinink (1989) anhand von Schätzungen eines Hazardratenmodells, dass vor allem die Dauer des Aufenthalts im Bildungssystem Heirat und Erstgeburt verzögern. Klein (1989) belegt den starken Einfluss des Bildungsstands auf den Anstieg des Median-Alters bei der Erstgeburt sowie des Kinderlosenanteils und kommt zu dem Schluss, dass die Mitursache der Bildungsexpansion für den Geburtenrückgang v. a. durch ihren Einfluss auf die zunehmende prinzipielle Entscheidung gegen Kinder begründet ist. Neuere Studien zu Effekten von Bildung bestätigen den Zusammenhang. Kreyenfeld (2007) weist für die Kohorten 1962-77 anhand von Survivalfunktionen nach, dass das Medianalter bei der Geburt des ersten Kindes bei

mauert. Allerdings sind Kausalitätszuschreibungen schwierig, da Menschen mit höherem Kinderwunsch auch bewusst in ländlichere Ortschaften umziehen und Menschen ohne Kinderwunsch verstärkt in Städte ziehen.



westdeutschen Abiturientinnen mit 33,3 Jahren (Kohorte 1970-73) sieben Jahre höher ist als bei Frauen ohne bzw. mit Hauptschulabschluss und dass die ost-deutschen Kohorten nach der Wende in Richtung eines ähnlichen Musters tendieren. Auch zeigt sich eine Polarisierung im Familienverhalten innerhalb höherer Bildungsgruppen, wobei der Zusammenhang auch mit Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Beruf und Familie zusammenhängt (vgl. Huinink 2000b). Scanzoni (1975, 1976, 1978) zeigt, dass der Zusammenhang zwischen Katholikenquote und Frauenerwerbstätigkeit mit der TFR über die intervenierende Variable Geschlechtsrollen wirkt. Die Vielzahl der Ergebnisse mikroanalytischer Studien zu einzelnen Determinanten der Geburtenrate würde dieses Kapitel überfrachten, einzelne Befunde werden im Kapitel 6 ergänzend zur bivariaten Analyse diskutiert.

Seit langem sehr verbreitet sind Studien, die soziodemografische und sozio-ökonomische Determinanten der Geburtenrate innerhalb eines Landes vergleichen. Die Tradition derartiger Vergleiche reicht bis zur Epoche des Ersten Geburtenrückgangs zurück (u. a. Mombert 1907, 1929, Wolf 1912). Ein prominentes und umfangreiches Kompendium bietet Andorka (1978), der den Zusammenhang zwischen der Kinderzahl und den Determinanten Heirat, Einkommen, Bildungsstand, Urbanisierung, Frauenerwerbstätigkeit und -emanzipation, Konfession und Politikmaßnahmen innerhalb verschiedener Industrieländer und Epochen vergleicht. Solche Studien weisen bis in die 1980er Jahre hinein oft einen positiven Zusammenhang der Geburtenrate mit der Heiratsquote, dem Einkommen (c. p. im Querschnitt), bei Katholiken und Religiosität, einen negativen bei der Frauenerwerbstätigkeit und der Urbanisierung sowie einen u-förmigen bei Bildungsstand und sozioökonomischen Status nach.<sup>33</sup> In einer neueren Studie belegt Brose (2006) anhand multivariater Regressionsanalysen, dass in Deutschland die Kinderzahl bei Zugehörigkeit zu einer der beiden Konfessionen größer ist und sich der Effekt bei Religiosität verstärkt. In Bezug auf Ingleharts Wertewandel-Dichotomie weist van de Kaa (2001:305ff) nach, dass die Kinderzahl bei Materialisten innerhalb der meisten OECD-Länder erheblich höher ist<sup>34</sup>.

In mit hochaggregierten Makrodaten vorgenommenen Vergleichen zwischen den Industrieländern zeigen viele Studien, dass mit der Modernisierung in Zusammenhang stehende Variablen in den ersten Jahrzehnten des Zweiten Gebur-

33 Andorka bewertet die gefundenen Korrelationen nach direkten und indirekten Faktoren, wobei nur die drei Determinanten Einkommen (positiv), Urbanisierung und Frauenerwerbstätigkeit (je negativ) einen direkten Effekt auf die Geburtenrate haben (Andorka 1978:377ff).

34 Die Kinderzahl der 35-44-jährigen Kohorte von Materialisten im Vergleich zu Postmaterialisten liegt in Westdeutschland bei 1,91 zu 1,35, in USA bei 2,13 zu 1,24, in Frankreich bei 2,76 zu 1,78. Nur in zwei von 26 Ländern ist die Kinderzahl der Postmaterialisten höher.



tenrückgangs negativ mit der TFR korrelieren. Die Geburtenrate ist in dieser Phase in den OECD-Ländern umso kleiner, je größer das BIP und die Produktivität, je kleiner der landwirtschaftliche und je größer der Industrie- sowie Dienstleistungssektor, je größer die Urbanitätsquote und je größer die Frauenerwerbsbeteiligung ist (vgl. u. a. Castles 1998). Ebenfalls signifikant ist der positive Zusammenhang der TFR mit der Katholiken- und Kirchenbesuchsquote (Lesthaeghe & Surkyn 1988). Zwischen dem Anteil von Postmaterialisten und der TFR findet van de Kaa (2001) keinen signifikanten Zusammenhang. Castles (1998) weist eine hohe negative Korrelation (-0,77) zwischen der Verbreitung moderner Kontrazeptiva und der TFR für das Jahr 1974 nach. Die Interpretation des letztgenannten Zusammenhangs ist Gegenstand vieler Kontroversen; einige sehen Einführung und Verbreitung ovulationshemmender Verhütungsmittel (OHV) als Mitursache, andere nur als Mittel des Geburtenrückgangs (ausführlicher siehe 3.9). Murphy (1993) zeigt anhand multivariater Regressionen in einer Zeitreihenanalyse für Großbritannien, dass die OHV eine entscheidende Determinante sowohl für die TFR als auch für die Veränderungsrate der TFR ist. Lesthaeghe (1995) weist mit einem LISREL-Modell die Wirkungsstärke und das Zusammenspiel der Faktoren BIPPC, Protestantismus, Bildungsbeteiligung von Frauen und Frauenerwerbsquote für den Beginn des Zweiten Geburtenrückgangs<sup>35</sup> nach. Der negative Zusammenhang zwischen der TFR und der ökonomischen sowie gesellschaftlichen Modernisierung wurde von vielen Autoren in den 1980er und den frühen 1990er Jahren als dauerhafter Trend interpretiert.

“The World turned upside down.“ (Castles 2003:209, Titel eines Aufsatzes im JESP)

Auf eine Transformation dieses Trends machen einige Untersuchungen seit den späten 1990er Jahren aufmerksam (Lesthaeghe 1995, Castles 1998, 2003, Ahn & Mira 1999, Esping-Andersen 1999). Auf demografische Veränderungen in den 1980er Jahren in den westlichen Ländern weist Lesthaeghe (1995) hin, u. a. auf den Anstieg der TFR der über 30-jährigen Frauen, der im OECD-Vergleich mit Modernisierungsindikatoren und dem Postmaterialismusindex zusammenhängt. Castles (1998) zeigt anhand von Korrelationsanalysen für drei Zeitpunkte und 21 OECD-Länder, dass sich der Zusammenhang zwischen Modernisierungsvariablen (und Katholikenquote) und der TFR zwischen 1974 und 1993 gedreht hat. Als zentrales Ergebnis betont Castles den Vorzeichenwechsel zwischen Frauenerwerbsquote und TFR (ibid.:277ff).

Diesen wechselnden Zusammenhang findet auch Esping-Andersen (1999:68), der als Ursache dafür den Ausbau öffentlicher Dienstleistungen und die Jugend-

35 Abhängige Variable ist jedoch nicht die TFR, sondern ein SDT-Index bestehend aus den Variablen Scheidungsraten, Heiratsalter, Anteil der außerehelichen Geburten und Jahr des TFR-Rückgangs von 10% zum Basisjahr 1966.

arbeitslosigkeit anführt. Den Einfluss beider Faktoren auf die Veränderung der TFR weist er im OECD-Vergleich für 1970-1992 nach (ibid.:70). Ahn und Mira (1999<sup>36</sup>) weisen den wechselnden Zusammenhang zwischen TFR und Frauenerwerbsquote (ohne Bezugnahme auf Castles) ausführlicher nach, indem sie für die OECD-Länder die Korrelation zwischen der Frauenerwerbsbeteiligung<sup>37</sup> und der TFR für alle Jahre zwischen 1970 und 1995 berechnen (ibid.:670). Die Autoren zeigen, dass die Korrelation bis 1981 mit Werten um -0,5 signifikant negativ, das Vorzeichen erstmals 1986 positiv und seit 1989 signifikant positiv ist. Dieses Ergebnis bestätigen die Autoren auch für die Frauenerwerbsquote für ganztägige Beschäftigung, um die Faktoren Arbeitslosigkeit und Teilzeitarbeit als Ursache für die gefundenen Ergebnisse auszuschließen. Ahn und Mira (1999:672) differenzieren die Ergebnisse nach drei Subgruppen, die der Länderfamilientypologie jedoch nicht entsprechen, und zeigen, dass sich die TFR in Ländern mit hoher Frauenerwerbstätigkeit wie den skandinavischen und den USA in den 1980er Jahren erholt hat, während sie in den südeuropäischen Ländern mit niedriger Frauenerwerbstätigkeit (und hoher Arbeitslosigkeit) Mitte der 1980er unter das Niveau der anderen Länder gefallen ist. Die von mehreren Autoren innerhalb von zwei Jahren (Ahn & Mira 1999, Castles 1998, Esping-Andersen 1999) beschriebene Erkenntnis über die Transformation des Zusammenhangs von Frauenerwerbsquote und TFR hat die Aufmerksamkeit noch stärker auf die in vielen Ländern unterschiedliche Vereinbarkeit von Beruf und Familie und damit auch auf familienpolitische Determinanten der Geburtenrate gelenkt (siehe 1.2.4).

Castles (2003) untermauert seine Ergebnisse von 1998 mit Querschnittsvergleichen von 21 OECD-Ländern für 1980 und 1998. Zwischen diesen beiden Zeitpunkten haben sich die Zusammenhänge mehrerer Variablen mit der TFR ins Gegenteil verkehrt, das Vorzeichen der Korrelationen wechselt von signifikant positiv 1980 in signifikant negativ 1998 (oder umgekehrt).<sup>38</sup> Im Jahr 1998 korrelieren kulturelle Variablen wie Katholikenquote negativ und Scheidungsquote positiv mit der Geburtenrate, die Modernität des Arbeitsmarkts kennzeichnende Variablen wie Dienstleistungsquote und Frauenerwerbsquote korrelieren ebenso positiv mit der TFR wie die tertiäre Bildungsbeteiligung der Frauen, während die Frauenarbeitslosigkeit negativ mit der TFR zusammenhängt. Castles interpretiert

36 Meistens wird in der Literatur der Aufsatz im „Journal of Population Economics“ aus dem Jahr 2002 zitiert, er erschien jedoch bereits 1999 unter dem gleichen Titel als „Working Paper No. 9903“ beim CEMFI in Madrid.

37 Ahn und Mira verwenden den Indikator Frauenerwerbsbeteiligung und überprüfen die Ergebnisse auch für die von Castles und Esping-Andersen verwendete Frauenerwerbsquote. Bei beiden Indikatoren ist das Ergebnis ähnlich, sie korrelieren zu 0,98 oder 0,99 (vgl. Castles 2003:214).

38 Bonoli (2008) weist für die 26 Schweizer Kantone die anhaltende Wirkung der alten Determinanten nach.

die Befunde als Beleg für eine bessere Vereinbarkeit zwischen Arbeit und Mutterschaft. Demnach haben die steigenden Präferenzen der Frauen zu arbeiten nicht nur zum Beginn des Zweiten Geburtenrückgangs beigetragen, sondern auch in Ländern mit modernen Arbeitsmarktstrukturen und modernen kulturellen Werten zu einer höheren Fertilität seit den 1990ern, da dort die Vereinbarkeit von Beruf und Familie hinsichtlich von Normen und Institutionen eher gegeben ist (ibid.:219). Für die 1998er Variation der TFR erhält Castles in einem Regressionsmodell mit den Variablen tertiäre Frauenbildung, Frauenarbeitslosigkeit und formelle Kinderbetreuung einen angepassten Regressionskoeffizienten von 0,72, der ohne die vier südeuropäischen Staaten nur 0,51 beträgt.<sup>39</sup>

Teilweise unterschiedliche Ergebnisse weisen Studien hinsichtlich der Effekte von ökonomischen Variablen und Arbeitslosigkeit auf. Für Spanien untersuchen Ahn und Mira (1997) den Zusammenhang zwischen Fertilitäts- und Arbeitsmarktkrise mit dem Ergebnis, dass die Arbeitslosigkeit nicht der Hauptfaktor für den Geburtenrückgang ist.<sup>40</sup> Esping-Andersen (1999) belegt den negativen Einfluss von Jugendarbeitslosigkeit, Castles (2003) den der Arbeitslosigkeit von Frauen auf die TFR. Gauthier und Hatzius (1997) zeigen für 22 Industrieländer für 1970-1990 im gepoolten Forschungsdesign, dass der Zusammenhang der Arbeitslosenquote mit der Veränderungsrate der TFR zwar nicht signifikant ist, jedoch sich die Veränderungsrate der Arbeitslosigkeit als hochsignifikant erweist. In dieser Studie kann der Einfluss der Lohnhöhe auf die TFR entgegen den Hypothesen der ökonomischen Theorien nicht bestätigt werden, für Männer ist er gar nicht und für Frauen nur leicht signifikant (10% Niveau). Adserà (2004) weist anhand gepoolter Regressionsanalysen für die OECD-Länder im Zeitraum 1960-1997 einen starken negativen Effekt der Arbeitslosigkeit, der bei jungen Frauen noch stärker ist, auf die TFR nach. Die Autorin findet auch einen negativen Zusammenhang der Selbstständigenquote mit der TFR und erklärt dies mit dem häufig niedrigen Einkommen in dieser Arbeitsmarktgruppe (ibid.:27).

Dieser kurze Überblick über empirische Studien zum Zweiten Geburtenrückgang erhebt keineswegs den Anspruch auf Vollständigkeit, vielmehr soll gezeigt werden, welche Erkenntnisse und Stärken sie haben. Mikroanalysen ermöglichen ein besseres Verständnis der individuellen Motive – der Kosten und Nutzen im weiteren Sinne – des generativen Verhaltens, und sie zeigen Unterschiede inner-

39 Spanien, Italien, Griechenland und Portugal haben einen starken Geburtenrückgang in den 1980ern und 1990ern sowie traditionelle Arbeitsmarktstrukturen und Familienpolitik gemeinsam. Insofern ist bei jedem internationalen Vergleich zu überprüfen, ob die Ergebnisse auf einem Effekt dieser Länder beruhen (vgl. Kap. 7 und 8). In diesem Fall verliert der Einfluss der Frauenarbeitslosigkeit seine Signifikanz bei einzelnen Jackknife-Analysen.

40 Die Autoren können einen indirekten Effekt auf die TFR bestätigen, da Arbeitslosigkeit zu einem Aufschub der Eheschließungen führt (Ahn & Mira 1997:519).

halb von Populationen, die bei hohen Aggregationen verloren gehen. Die Lebenslaufansätze erlauben die Modellierung von Wechselwirkungen beruflicher und privater Lebensbereiche in ihrer zeitlichen Dynamik und tragen maßgeblich zu einem Verständnis des Aufschubs der Familienplanung bei, welcher wiederum den Geburtenrückgang mitbewirkt. Hilfreich sind ebenso Erkenntnisse über die Paarinteraktion. Auch können manche Mikrostudien die Wirkungsweise einzelner Makrovariablen fundiert rekonstruieren. Jedoch sind vergleichbare Mikrodaten für den Ländervergleich nicht in ausreichendem Maß vorhanden, daher ist für die systematische Analyse von gesellschaftlichen, ökonomischen, institutionellen und politischen Faktoren auf die Fertilität die Makroebene vorteilhaft (vgl. 4.2 und 7.4). Übereinstimmend kommen viele Makroanalysen zu dem Ergebnis, dass der Beginn und die ersten Jahrzehnte des Zweiten Geburtenrückgangs mit diversen Modernisierungsindikatoren zusammenhängen, besonders wird die zunehmende Beteiligung von Frauen in tertiärer Bildung und auf dem Arbeitsmarkt betont. In dieser Phase korreliert die TFR im internationalen Vergleich positiv mit der Katholikenquote und negativ mit dem Gebrauch von modernen Kontrazeptiva, letzteres ist in der Interpretation umstritten. In den 1980er Jahren haben sich viele Zusammenhänge gedreht, seitdem ist die Geburtenrate bei hoher Frauenerwerbstätigkeit, familienfreundlicher Infrastruktur, niedriger Arbeitslosigkeit, modernem Arbeitsmarkt und in protestantischen Ländern am höchsten. Die Befunde über die zunehmend analysierte Wirkung von Familienpolitik werden im nächsten Abschnitt dargestellt.

#### 1.2.4 Familienpolitische Ansätze und die Kontroverse über die politische Beeinflussbarkeit

„Es hat den Anschein, als könnten die Geburtenzahlen nicht dauerhaft durch staatliche Maßnahmen erhöht werden. (...) Familien- oder Bevölkerungspolitik kann nicht den Zeitgeist, die kollektive Vorstellung über die gewünschte Familiengröße oder eben den Verzicht auf Familie, wandeln.“ (Höhn 1998:75)

„Die Wirksamkeit familienpolitischer Maßnahmen in Hinblick auf eine Erhöhung der Geburtenrate ist umstritten.“ (Kaufmann 2005:184)

Seit Jahrzehnten wird die Frage, ob politische Maßnahmen einen Einfluss auf die Geburtenrate haben, in der Fachliteratur kontrovers diskutiert. Im öffentlichen und politischen Diskurs wird diese wissenschaftliche Fragestellung nicht selten mit der normativen Frage vermischt, ob eine solche Einflussnahme ethisch vertretbar sei (vgl. 8.1). Bei der Analyse des politischen Einflusses auf das generative Verhalten ist zu beachten, dass es eine Wirkung unabhängig davon geben kann, ob die Maßnahme bevölkerungspolitische Motive hat oder nicht (vgl. Höhn 1989).

Aufgrund der im internationalen Vergleich besonders niedrigen Geburtenrate in der BRD in den 1970er Jahren gibt es in dieser Zeit viele deutschsprachige Forschungen zum Einfluss der Politik auf die TFR. Schubnell (1975) analysiert staatliche Regelungen hinsichtlich von Eherecht, Verhütung und Abtreibung, wirtschaftliche Hilfen sowie Zugang von Frauen zu Bildung und Arbeitsmarkt mit dem Ergebnis, dass der Einfluss gering, ambivalent und schwer nachzuweisen ist. Wingen (1977) betont die politisch beeinflussbaren Lebensumstände als wichtigen Handlungsrahmen für das individuelle generative Verhalten. Besonders Interesse liegt in den 1980er Jahren am BRD-DDR-Vergleich aufgrund des Geburtenanstiegs Ende der 1970er Jahre in der DDR. Dinkel (1984) belegt anhand von Kohortenanalysen den Erfolg der pronatalistischen DDR-Maßnahmen von 1976, insbesondere der Wohnungs- und Arbeitsmarktbegünstigungen, während Höhn (1984:218) überwiegend Mitnahme- und Vorzieheffekte konstatiert und den langfristigen Effekt auf eine Erhöhung der CFR von nur 0,1 schätzt.

Eine weitgehende Analyse von bevölkerungs- und familienpolitischen Maßnahmen unternehmen Höhn und Schubnell (1986) anhand von Fallstudien sieben west- und osteuropäischer Länder, wobei die Wirkung einzelner Maßnahmen im komplexen Geflecht rechtlicher, materieller und institutioneller Rahmenbedingungen für die Autoren nicht bestimmbar ist. Im Ergebnis bewerten sie die etablierte und umfangreiche pronatalistische Bevölkerungspolitik Frankreichs als leicht erfolgreich<sup>41</sup>, während sie für die Familienförderungen Österreichs mit finanziellem sowie Schwedens mit infrastrukturellem Schwerpunkt keinen geburtensteigernden, jedoch möglicherweise einen den Rückgang bremsenden Effekt sehen. Der geburtenerhöhende Effekt der bevölkerungspolitischen Maßnahmen der DDR der Jahre 1972, 1976, 1979 und 1984 ist dieser Studie nach gering, da „der spektakuläre Geburtenanstieg“ zum Teil auf „Vorzieheffekten“ (ibid.:192) beruht. Den exorbitanten Anstieg der TFR von 1,9 auf 3,7 innerhalb eines Jahres in Rumänien führt die Studie auf drakonische Zwangsmaßnahmen wie das Abtreibungs- und Scheidungsverbot 1966 zurück, wobei der Effekt sich in den Folgejahren reduzierte. Die Wirkung der vielen unterschiedlichen und reaktiven Maßnahmen Ungarns und der Tschechoslowakei sind den Autoren nach schwer nachweisbar (vgl. Demeny 1986:350). Coleman (2004:27) betont, dass die pronatalistischen Erfolge in Osteuropa in einer unfreien Umgebung entstanden und nicht übertragbar sind. Insgesamt bewerten Höhn und Schubnell die Ergebnisse hinsichtlich der Geburtenrate als „ernüchternd“ (Höhn 1998:75), da selbst die Erfolge einiger Länder langfristig im Verhältnis zu dem teilweise hohen finanziellen Aufwand gering sind, betonen aber auch die positive sozialpolitische Wirkung. Auch Rosenstiel et al. (1986:160) schließen aus ihren psychologischen

41 Die Autoren zitieren die Schätzung des französischen Demografen Calot, der die Wirkung auf 0,2 bis 0,3 Kinder pro Frau schätzt (Höhn & Schubnell 1986:33).

Forschungen zum generativen Verhalten, dass pronatalistische Anreize „kaum Chancen“ haben.

Kaufmann charakterisiert Familien zwar als grundsätzlich politikresistente Sozialgebilde, weist aber auch auf die Einbettung familiärer Entscheidungen in staatliche (und wirtschaftliche) Rahmenbedingungen hin, die in ihrer Gesamtheit eine „strukturelle Rücksichtslosigkeit gegenüber der Familie“ (Kaufmann 1990:132ff) darstellen. In einem methodenkritischen Überblick über „Wirkungen politischen Handelns auf den Bevölkerungsprozess“ weisen Kaufmann et al. (1992) darauf hin, dass die häufig gefundenen Nullbefunde teilweise auf der nicht ausreichenden Komplexität der Wirkungsmodelle beruhen (ibid.:43) und dass an Entwicklungen wie der „Pluralisierung familialer Lebensformen“ und dem Geburtenrückgang auch Politiken in Bereichen wie Bildung, Mutterschutz, Kindergärten sowie Arbeits-, Steuer- und Eherecht Anteil haben (ibid.:84, für das Arbeitsrecht weist dies Murphy 1993<sup>42</sup> nach). Kaufmanns Fokus liegt im Unterschied zu vielen anderen Studien weniger auf der Analyse pronatalistischer Maßnahmen, als auf den Wirkungen der Gesamtheit der familienpolitischen (i. w. S.) Rahmenbedingungen. Ein Jahrzehnt später bezeichnet er das Forschungsfeld der europäischen Familienpolitik als schwach strukturiert (Kaufmann 2002:421ff). Anhand von Rangreihen der EU-15-Staaten zeigt er, dass der Ausgabenanteil für Familien an den gesamten Sozialausgaben positiv und der Anteil für Alterssicherung negativ mit der TFR korreliert (Kaufmann 1990:154, 1995:193, 2002:445f), was er zwar nicht als Kausalität, jedoch als Hinweis auf eine Wirkung der Familienpolitik interpretiert. Als weiteren Hinweis führt er den Fall Frankreich an (Kaufmann 1988:42). Auch Jahre später konstatiert er eine Umstrittenheit der familienpolitischen Beeinflussbarkeit der Geburtenrate im wissenschaftlichen Diskurs (Kaufmann 2005:184).

Der dramatische Geburtenrückgang in Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung<sup>43</sup> wird von vielen Autoren durch Verunsicherung infolge des Transformationsprozesses, ökonomische Gründe und den Anstieg des MAC auf das westdeutsche Niveau erklärt, wobei Umfragen im Ost/West-Vergleich den negativen Effekt von ökonomischen Bedingungen und Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland belegen (Höhn 1998:99ff)<sup>44</sup>. Niephaus (2001) versucht den Institutionentransfer

42 Murphy zeigt, dass der Equal Pay Act Großbritanniens von 1971 zu einer Angleichung der Lohnrelation zwischen Frauen und Männern beigetragen hat, was sich auf einen Rückgang der Geburten auswirkte.

43 Die TFR fiel von 1,52 im Jahr 1990 auf den Tiefstand 0,77 im Jahr 1994. Dieser Wert ist die niedrigste jemals weltweit gemessene TFR.

44 Als Gründe für den Geburtenrückgang nannten 78% der Ostdeutschen (44% der Westdeutschen) Arbeitslosigkeit und 61% (48%) Kosten, während in Westdeutschland der Wunsch bequemer zu Leben am häufigsten genannt wird. Siehe Family and Fertility Survey (Höhn 1998:106).

als Ursache nachzuweisen, wonach die bundesdeutschen Institutionen und ihre Leitidee der männlichen Ernährerehe mit dem Anspruch der ostdeutschen Frauen auf Erwerbstätigkeit unvereinbar sind.

Aufgrund der Erkenntnis des positiv gewordenen Zusammenhangs zwischen Frauenerwerbsquote und TFR (vgl. 1.2.3) und da auch für den internationalen Vergleich notwendige Daten in zunehmendem Maße durch Organisationen wie die OECD vorliegen, gibt es seit der Jahrhundertwende mehrere Studien über den Einfluss von Familienpolitik und Arbeitsmarkt auf die TFR im internationalen Vergleich (u. a. Adserà 2004, Blanchet & Ekert-Jaffé 1994, Bonoli 2008, Büchner et al. 2006, Castles 2003, d'Addio & d'Ercole 2005, Gauthier & Hatzius 1997, Gustafsson et al. 1996, Jaumotte 2003, Kaufmann 2002, Sleebos 2003). Auch gibt es viele Länderstudien, insbesondere von Deutschland, USA und skandinavischen Staaten (Grant et al. 2004, Ostner & Schmitt 2008, zum Überblick siehe: Gauthier 2007, Meier 2005, Neyer 2003, Sleebos 2003:49ff). Im Folgenden werden Befunde des internationalen Vergleichs hinsichtlich verschiedener Policybereiche dargestellt:

Der Effekt von Transferleistungen für Familien auf die TFR zeigt sich als sehr gering, dazu erschwert die Heterogenität dieser Transfers die vergleichende Analyse (vgl. Gauthier 1996a). Einen signifikanten, jedoch geringen Effekt weisen Gauthier und Hatzius (1997) nach, demnach erhöht eine Kindergelderhöhung um 25% die TFR kurzfristig um 0,01 und langfristig um 0,07. Einen leicht positiven Zusammenhang finden auch andere Autoren (Adserà 2004, Blanchet & Ekert-Jaffé 1994, Bonoli 2008, Sleebos 2003), ambivalent sind die Ergebnisse von d'Addio und d'Ercole (2005). Einen starken Zusammenhang zwischen der Familienausgabenquote<sup>45</sup> und der TFR belegen mehrere Untersuchungen (Adserà 2004, Kaufmann 1990, 1995, 2002). Esping-Andersen (1999:70) identifiziert einen starken Effekt der Relation von Dienstleistungs- zu Transferausgaben auf die TFR. Anhand von Event-History-Analysen ist der Einfluss der schwedischen „Beschleunigungsprämie“ des Elterngelds auf das schnellere Timing von Zweitgeburten im Kohortenvergleich nachweisbar (Neyer & Andersson 2008).

Einen positiven Effekt von Kinderbetreuungseinrichtungen belegen mehrere Studien im internationalen Vergleich (Castles 2003, d'Addio & d'Ercole 2005, Sleebos 2003), partiell auch Länderanalysen Deutschlands (Hank, Kreyenfeld & Spieß 2003) und der Schweiz (Bonoli 2008). Die Effekte sind widersprüchlich, bei Castles ist der Effekt nur für die Kinderbetreuung unter 3-jähriger und unter Einbeziehung der privaten Einrichtungen signifikant, bei Hank et al. nur die Versorgungsquote von Kindergärten in Ostdeutschland. Die Kinderbetreuung ist in den OECD-Ländern sehr heterogen hinsichtlich von Trägern, Deckungsquote,

45 Kaufmann berechnet die Familienausgaben in Relation zu den Sozial- bzw. Rentenausgaben, während Adserà als Nenner das Sozialprodukt wählt.



Öffnungszeiten, Qualität und Kosten, wobei die Datenprobleme sich inzwischen etwas verringert haben (Immervoll & Barber 2005), Längsschnittdaten jedoch weiterhin fehlen (d'Addio & d'Ercole 2005:66).

Hinsichtlich der Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen zeigen OECD-Studien, dass es große Unterschiede zwischen aktuellen und den präferierten Arbeitsmustern bei Eltern mit unter 6-jährigen Kindern gibt mit dem Ergebnis, dass Frauen zu 38% nicht arbeiten, obwohl dies nur 10% präferieren (OECD 2001c). Gustafsson et al. (1996) zeigen anhand monatlicher Paneldaten, dass die Arbeitsmarktpartizipation von Frauen, die vor der Geburt von Kindern in Deutschland sogar leicht höher als in Schweden ist, zwei Jahre nach der Geburt in Schweden etwa doppelt so hoch wie in Deutschland ist, was die Autoren auf Unterschiede in der Familienpolitik zurückführen.<sup>46</sup>

Der mehrere Arbeitsmarktindikatoren beinhaltende Vereinbarkeitsindex der OECD (2001a) korreliert im Ländervergleich nur leicht positiv mit der TFR (Sleebos 2003). Rigide Arbeitsmarktregelungen (gemessen durch den EPL-Indikator, vgl. OECD 2008a) haben gemäß Adserà (2004) einen negativen Einfluss, der jedoch stark mit der Arbeitslosenquote korreliert. Zu der Wirkung von Mutterschutz<sup>47</sup> gibt es unterschiedliche Ergebnisse, nach Castles (2003) sowie Gauthier und Hatzius (1997) haben weder Länge noch Höhe einen signifikanten Einfluss auf die TFR, während Adserà (2004) einen signifikanten positiven Effekt nachweist. D'Addio und d'Ercole (2005) belegen einen negativen Effekt der Dauer der Elternzeit auf die TFR. Nach Jaumotte (2003) wirkt der Effekt von Elterngeld ab einer Länge von 20 Wochen negativ auf die Frauenerwerbsquote. Aufgrund von Wirkungsanalysen mit einem Mikrosimulationsmodell, Literaturanalysen und Expertenbefragungen kommt eine DIW-Studie (Büchner et al. 2006) zum Befund, dass das Elterngeld zwar kurzfristig die TFR eher dämpft, sie langfristig aber einen geburtenfördernden Effekt hat. Adserà (2004) findet ab Mitte der 1970er Jahre einen positiven Zusammenhang der öffentlichen Beschäftigungsquote mit der TFR, wobei eine U-Kurve den Zusammenhang noch besser beschreibt.<sup>48</sup> Für Teilzeitarbeit finden Castles (2003) sowie Esping-Andersen

46 Die Daten beziehen sich auf die Jahre 1980-1992. 24 Monate nach der Geburt des ersten Kindes sind 52% der deutschen, 60% der britischen und 22% der schwedischen Mütter nicht erwerbstätig, beim zweiten und dritten Kind vergrößern sich die Unterschiede sogar (73%, 55% und 29%).

47 Die Abgrenzung von Mutterschutz und Elterngeld ist nicht immer einfach (vgl. Sleebos 2003:40). Es werden viele unterschiedliche Begriffe verwendet, im Englischen Maternity Leave, Childcare Leave oder Parental Leave, im Deutschen Mutterschutz, Erziehungsurlaub, Elternzeit oder Elterngeld. Auch variieren die Definitionen hinsichtlich der Inklusion des Mannes und ob die Beurlaubung bezahlt ist.

48 Einige Staaten mit geringerem öffentlichem Sektor wie die angelsächsischen Staaten haben eine relativ hohe TFR. Scheinbar kompensieren sie die Arbeitsmarktvorteile, die die



(1999) einen minimal positiven und d'Addio & d'Ercole (2005) einen signifikant positiven, während Adserà (2004) einen negativen Effekt auf die TFR findet, wobei bei der Interpretation zwischen freiwilliger und unfreiwilliger Teilzeitarbeit unterschieden werden muss. Der Effekt flexibler Arbeitszeiten ist nach Castles (2003) signifikant positiv.

International vergleichende Studien gibt es kaum hinsichtlich des Einflusses des familiennormierenden Rechts auf die TFR. Für die Arbeitsmarktbeteiligung der Frauen zeigt Jaumotte (2003), dass eine neutrale Besteuerung der Zweitverdiener diese um durchschnittlich 3,9 Prozent erhöht. Nach Umfragen der PPAS geben in den EU-Ländern im Durchschnitt fast 20% der Menschen an, bei erwünschten familienpolitischen Verbesserungen sich für ein zusätzliches Kind zu entscheiden (Fokkema & Esveldt 2006:77ff).<sup>49</sup>

Die Ergebnisse der internationalen Vergleichsstudien verweisen überwiegend auf positive Effekte von Kinderbetreuungseinrichtungen und Familienausgabenquoten auf die Geburtenrate, wobei für Kindergeld und Teilzeitarbeit sowohl positive als auch Null-Befunde vorliegen. Einen Kausalschluss lassen die Ergebnisse jedoch nicht zu, das Wissen über Policyeffekte ist noch gering, zum Teil widersprüchlich, und der Effekt potenziell intervenierender Variablen sowie die theoretische Mikrofundierung sind meist nur unzureichend berücksichtigt. Auch wenn es gelegentlich kurzfristige Effekte gibt, entstehen generative Verhaltensänderungen meist erst nach vielen Jahren und im Zusammenspiel mit vielen anderen Faktoren.<sup>50</sup> Dazu kommt, dass politische Maßnahmen vielfach Timingeffekte bewirken, die sich kurzfristig in der TFR, jedoch nicht in der CFR manifestieren (vgl. Gauthier 2008, Höhn & Schubnell 1986, Neyer & Andersson 2008). Auch korrelieren viele Determinanten untereinander sehr hoch, beispielsweise Kinderbetreuung und öffentliche Beschäftigungsquote.

International vergleichende Studien anhand von Aggregatdaten werden von einigen Autoren aus methodologischen Gründen kritisiert (Hoem 2008:253; Neyer & Andersson 2008:707, dagegen: Castles 1998:264, Lesthaeghe 1995:34). Hoem verweist auf die Problematik von Kausalitätszuschreibungen. Neyer und Andersson begründen ihre Kritik an Makroanalysen mit dem Verweis auf intervenierende Faktoren, dem fehlenden Blick auf Wirkungsmechanismen, der fehlenden Differenzierung der Wirkung seitens der abhängigen Variablen, da die in

Staaten mit einem hohen öffentlichen Sektor haben, durch die Flexibilität ihrer Arbeitsmärkte.

49 Der potenzielle Effekt auf die TFR wäre durchschnittlich +0,145 (ibid.:94), die Ländervariation ist enorm. Das Bedeutsame an diesen Befunden ist die identifizierte Bereitschaft, das generative Verhalten infolge von Familienpolitik zu verändern. Allerdings ist die externe Validität dieser Intentionen v. a. hinsichtlich von Prognosen nicht gegeben.

50 Ein Wirkungsmodell der Familienpolitik auf die TFR mit kulturellen und Mikro-Faktoren siehe Strohmeier 2002:351.

Makrodesigns überwiegend betrachtete TFR keinen Einblick auf paritäts- und gruppenspezifische Wirkungen ermöglicht, und die fehlende Verbindung zu gesellschaftlichen Variablen. Diese Kritikpunkte verweisen einerseits auf Grenzen von Makrostudien, insbesondere das Argument bezüglich der abhängigen Variablen, andererseits jedoch wie bei den intervenierenden Faktoren auf methodisch potenziell lösbare Herausforderungen. Die Unterscheidung von Gauthier (2007:331) zwischen bivariaten und multivariaten Untersuchungsdesigns ist von grundlegender Bedeutung gegenüber einigen dieser Kritikpunkte.

„The history of demographic policy impact research is no history of success yet. Does family policy matter? There is no simple answer to this question although there are correlations between national family policy profiles (...) and demographic indicators.“ (Strohmeier 2002:321)

„Es darf als sicher gelten, dass politische Maßnahmen das Reproduktionsverhalten von Menschen (positiv oder negativ) beeinflussen können.“ (Rürup & Schmidt 2003:41)

„(...) the impact of family policies on fertility (...) tends to be small and also to vary highly depending on the type of data used and on the type of policies.“ (Gauthier 2007:342)

Im Vergleich zur überwiegend skeptischen Sicht in den 1980er Jahren hinsichtlich einer politischen Beeinflussbarkeit der Geburtenrate sind inzwischen einige Autoren optimistischer. Eine familienpolitische Beeinflussbarkeit der Geburtenrate, insbesondere durch Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie, attestieren mehrere Autoren (u. a. Beck-Gernsheim 2006:146ff, Bonoli 2008:74, Castles 2004:141, Fenge & Ochel 2001:17, Gerlach 2004:336, Letablier 2004:245, Neyer 2003:32), aber auch die beiden Familienministerinnen Schmidt (Rürup & Schmidt 2003:41) und von der Leyen (BMFSFJ 2007b<sup>51</sup>). Andererseits weisen auch viele Autoren auf die Umstrittenheit und Grenzen der bisherigen Forschungsergebnisse hin (u. a. Gauthier 2007, Höhn et al. 2006:61, Kaufmann 2005:184), u. a. auf methodologische Probleme (u. a. Hoem 2008, Neyer & Andersson 2008), auf die Grenzen des familienpolitischen Einflusses (u. a. Birg 2003b:64ff) oder auf die Bedeutung des länderspezifischen Kontexts (u. a. Grant et al. 2004:136).

Den aktuellen Forschungsstand kann man dahingehend zusammenfassen, dass es einige Hinweise für einen Einfluss der Familienpolitik auf die Geburtenrate gibt und dass der Vereinbarkeit von Beruf und Familie eine Schlüsselrolle zukommt. Der Einfluss beruht jedoch auf sehr komplexen Wechselwirkungen und ist teilweise ambivalent. Betreuungsinfrastruktur, flexible Arbeitsmärkte und fi-

- 51 In dieser vom BMFSFJ zusammen mit dem Institut der deutschen Wirtschaft (IW) und dem BDI herausgegebenen Studie werden Wachstumseffekte der gegenwärtigen „bevölkerungsorientierten Familienpolitik“ (BMFSFJ 2007b:1) berechnet, wofür eine Anhebung der TFR auf dauerhaft 1,7 bis 2014 angenommen wird (ibid:17). Diese Annahme wird mit Politikmaßnahmen wie u. a. Kinderbetreuung und Elterngeld verbunden mit dem die gegenwärtige TFR übertreffenden Kinderwunsch begründet.

nanzielle Unterstützungen wirken erstens im Zusammenspiel mit anderen Maßnahmen und Kontextfaktoren unterschiedlich, zweitens nur im jeweiligen zeitlichen und räumlichen Kontext, drittens auch innerhalb von Ländern differenziert je nach Beruf, Bildungsstand und Präferenzstruktur, viertens auf Fertilitätsmaße wie TFR, CFR, MAC und Paritäten unterschiedlich und fünftens sind Verhaltensänderungen langfristiger Natur.

### *1.3 Forschungsfragen*

Wissenschaftliche Erklärungsversuche für den Zweiten Geburtenrückgang sind vielfach unternommen worden, wobei mehrere wichtige Zusammenhänge – theoretisch wie empirisch – bereits aufgezeigt wurden. Dabei spielen Faktoren wie gesellschaftliche Modernisierung, ökonomische Entwicklung, Frauenemanzipation, Präventivtechnik und Wertewandel, aber auch der Einfluss der Politik eine unterschiedlich starke Rolle. Jedoch haben sich bisher nur für Teilbereiche empirisch bewährte Erklärungsmuster herauskristallisiert, eine umfassende (in Hinblick auf die Zeitdimension, die betroffenen Länder und die Determinantenvielfalt) und empirisch überprüfte Erklärung des Gesamtphänomens Zweiter Geburtenrückgang steht noch aus. Eine solche versucht diese Untersuchung zu leisten, wobei die folgenden fünf Fragen forschungsleitend sind:

1. Welche gesellschaftlichen, ökonomischen, technologischen, demografischen und politischen Rahmenbedingungen können die Entwicklung der Geburtenrate in den OECD-Ländern in den letzten vier Jahrzehnten erklären?
2. Haben sich die relative Bedeutung, das Zusammenspiel und die Wirkungsweise der Determinanten über die Zeit verändert und wenn ja, warum?
3. Welche Entwicklungen oder Veränderungen haben den Beginn des Zweiten Geburtenrückgangs ausgelöst?
4. Wodurch lässt sich der gegenwärtige Unterschied der TFR in den OECD-Ländern erklären?
5. Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede gibt es zwischen den Staaten? Lassen sich generative Länderfamilien identifizieren?

Für Politikwissenschaftler und Politikberater ist der Effekt derjenigen Determinanten von besonderem Interesse, die politisch beeinflussbar sind. Dabei ist die Vorhersage des Effekts möglicher zukünftiger familienpolitischer Entscheidungen von zentraler Bedeutung. Hinsichtlich des politischen Einflusses sind die folgenden drei Fragen forschungsleitend:

6. Welchen Einfluss haben familienpolitische Determinanten auf den Zweiten Geburtenrückgang, insbesondere auf die gegenwärtige Variation der Geburtenraten?
7. Mit welchen familienpolitischen Maßnahmen<sup>52</sup> (möglicherweise gibt es verschiedene Wege) sind Voraussetzungen für langfristig hohe TFR nahe der Ausgleichsrate erreichbar?
8. Welche Effekte haben familienpolitische Reformen auf andere Zieldimensionen wie Armutsbekämpfung, Kindeswohl, Bildung, Gleichstellung und Arbeitsmarktpartizipation?

Mit diesen Fragen versucht diese Untersuchung bisherige Erkenntnisse systematisch weiterzuentwickeln, dabei betritt sie ein Stück weit wissenschaftliches Neuland.

#### *1.4 Aufbau der Untersuchung*

Der Übergang von Theorie zu Empirie erfolgt über den Fünfklang

- Entwurf eines Mehrebenenmodells mit einem allgemeinen Mikromodell der generativen Entscheidung und darauf potenziell einwirkenden Makrofaktoren (Kap. 2),
- integrierende Darstellung bestehender Theorien in diesem Mehrebenenmodell (Kap. 3),
- Neukomposition bestehender Theorieelemente in einem zweistufigen Erklärungsansatz (Kap. 4.1.1),
- Hypothesen (Kap. 4.1.2) und
- Empirie (Kap. 5-7).

Im zweiten Kapitel wird ein umfassendes Mehrebenenmodell entworfen, das die Systematisierung und Integration verschiedener wissenschaftliche Ansätze des generativen Verhaltens ermöglichen soll. Bei diesem Mehrebenenmodell wird ein ausführliches Mikromodell der Fertilitätsentscheidung mit ökonomischen, gesellschaftlichen, technologischen und politischen Makrofaktoren systematisch in Bezug gesetzt. Das Mikromodell beinhaltet die ökonomische und psychologische Kosten- und Nutzendimension ähnlich den Rational-Choice-Ansätzen ebenso wie Normen und Rollen für den Kinderwunsch. Zusätzlich bildet es den Zusammenhang zwischen Sexualität und Fortpflanzung, die Lebenslaufperspektive

52 Dabei kommen nur Maßnahmen in Frage, die der freiheitlichen demokratischen Grundordnung entsprechen und soziale und emanzipatorische Errungenschaften nicht beseitigen. Konkret heißt das, dass Abtreibungsrestriktionen oder ein erschwerter Bildungszugang von Frauen unter dieser Prämisse inadäquate Mittel sind.

und die Paarinteraktion ab. Die Makrofaktoren beinhalten Frauenemanzipation, Religion, Wertewandel, Modernisierung, aber auch ökonomische, technologische, demografische und politisch-institutionelle Faktoren, sowie familienpolitische Maßnahmen, die sich jeweils anhand mehrerer Indikatoren messen lassen.

Im dritten Kapitel werden Theorien des generativen Verhaltens im allgemeinen sowie des Zweiten Geburtenrückgangs im speziellen aus verschiedenen Fachrichtungen dargestellt und anhand des Mehrebenenmodells vergleichbar gemacht und diskutiert. Dieses Mehrebenenmodell dient als Bindeglied zwischen den bisherigen unterschiedlichen Betrachtungsebenen behandelnden Theorien untereinander und gleichzeitig zu dem hier verfolgten Ansatz. Die Tragfähigkeit des Mehrebenenmodells zeigt sich in diesem Abschnitt daran, inwieweit eine adäquate Balance zwischen heuristischer Funktion und Komplexität des Gegenstandes gelingt und inwieweit die interdisziplinären und heterogenen Theorien der Literatur vergleichbar gemacht werden, so dass Anschlussfähigkeit für eine Kombination verschiedener theoretischer Erkenntnisse gegeben ist.

Im vierten Kapitel wird ein eigener zweistufiger Erklärungsansatz entworfen, der Versatzstücke bestehender Theorien aufgreift und zahlreiche Erklärungsfaktoren in einem Zwei-Phasen-Modell neu kombiniert. Die erste Stufe des Ansatzes bietet eine Erklärung für den Beginn des Geburtenrückgangs, die zweite für die gegenwärtige Variation, wobei beide Stufen inhaltlich eng miteinander verknüpft sind und kombiniert den bisherigen Verlauf des Zweiten Geburtenrückgangs erklären. Für die beiden Phasen werden die Begriffe Diffusion und Akkomodation vorgeschlagen. Aus diesen theoretischen Erwägungen werden dann Hypothesen hinsichtlich der Wirkung der einzelnen Determinanten auf die Geburtenrate im Zeitverlauf und hinsichtlich ihres Zusammenspiels zu verschiedenen Zeitpunkten abgeleitet.

In den nächsten drei Kapiteln werden die Hypothesen empirisch überprüft. Grundlage sind dabei aus systematischen sowie aus pragmatischen Gründen hochaggregierte Makrodaten. Im sechsten Kapitel wird der Zusammenhang der einzelnen Makrofaktoren des Mehrebenenmodells als UV mit der TFR und ihrer Veränderungsrate als AV im OECD-Länder-Vergleich und über den Zeitraum von 1970 bis 2006 mit bivariaten Korrelationsanalysen überprüft. Zentral ist dabei die Betrachtung von Veränderungen des Zusammenhangs im Zeitverlauf bei einzelnen Variablen.

Im den Kapiteln 6 und 7 wird der zweistufige Erklärungsansatz anhand multivariater Regressionen von Niveaudaten und Veränderungsdaten überprüft. Diese Regressionsanalysen werden für beide Phasen getrennt vorgenommen. Dabei werden systematisch jeweils mehrere Querschnitte und Zeitabschnitte analysiert, um mögliche Veränderungen an relativer Bedeutung, Wirkweise und Interaktion der Determinanten im Zeitverlauf zu erfassen. Die Analyse berücksichtigt ein breites Spektrum unabhängiger Variablen und betrachtet neben den Best-fit-

Modellen auch weitere Modellvarianten der einzelnen Zeitpunkte, um Determinanten des Erklärungsansatzes ebenso wie weitere potenzielle Faktoren und ihr Zusammenspiel zu untersuchen. Neben Jackknife-Analysen einzelner Länder wird auch der Effekt einzelner Ländergruppen auf die jeweiligen Ergebnisse systematisch geprüft. Die Residuen werden neben der Heteroskedastizitätsprüfung auch hinsichtlich über das Modell hinausgehender länderspezifischer Erklärungsmuster untersucht. Für diese makrofaktoriellen Ergebnisse erfolgt eine Rückkopplung zur Mikroebene unter dem analytischen Dach des Mehrebenenmodells.

Gegenstand des achten Kapitels ist dann die Rolle der Familienpolitik. Dabei wird das Konzept der nachhaltigen Familienpolitik vor dem Hintergrund historischer Debatten über Bevölkerungs- und Familienpolitik diskutiert. Im Anschluss werden unterschiedliche Ziele und Instrumente der Familienpolitik systematisch analysiert. Danach wird der spezifische Einfluss familienpolitischer Variablen auf die Geburtenrate im internationalen Vergleich anhand von multivariaten Regressionsanalysen überprüft. Anschließend werden in einem politikberatenden Ansatz Schlussfolgerungen für zukünftige familienpolitische Optionen aufgezeigt. Im Schlusskapitel neun werden die Hauptbefunde dieser Untersuchung ebenso wie die theoretischen Erträge zusammengefasst und ein Ausblick gewagt.

## 2 Generatives Mehrebenenmodell als heuristischer Rahmen

In diesem Kapitel wird ein umfangreiches Mehrebenenmodell des generativen Verhaltens entworfen. Dieses dient erstens als heuristische Grundlage für die integrierende Darstellung bisheriger Fertilitätstheorien (Kapitel 3), zweitens für den Erklärungsansatz (Kapitel 4) und drittens für die Rückkopplung der empirischen Makroanalyse der Kapitel 5 bis 7 zur Mikroebene. Im Abschnitt 2.2 werden die beiden Geburtenrückgänge verglichen.

### 2.1 Entwurf eines generativen Mehrebenenmodells

Das generative Verhalten ist ein höchst komplexes Phänomen, bei dem gesellschaftliche Normen (bezüglich Kinderwunsch, Verhütung, Erziehung, Geschlechtsrollen, etc.), ökonomische Faktoren (Einkommen, Preise, etc.), politische Rahmenbedingungen (Bildungsinfrastruktur, Familien- und Sozialpolitik, etc.), rechtliche Normen (Familienrecht, Arbeitsrecht, etc.) und medizinisch-technologische Möglichkeiten (Verhütungsmittel, künstliche Befruchtung, etc.) und individuelle Dispositionen sich wechselseitig beeinflussen. Hinzu kommt, dass dabei die Interessen von zwei Personen in Einklang gebracht werden müssen und dass der Timingeffekt der generativen Entscheidung(en) innerhalb einer Biografie dieses Phänomen dynamisiert. Entsprechend dieser Vielschichtigkeit handelt es sich um ein Geflecht komplexer Wirkungsketten, die sich zeitlich und regional unterscheiden können (vgl. Birg 1992:346, Schubnell 1973:47). Ein generatives Mehrebenenmodell muss auf der einen Seite dieser Komplexität Rechnung tragen, auf der anderen Seite muss es Übersichtlichkeit und eine interdisziplinäre Anschlussfähigkeit gewährleisten.

Eine weitere Anforderung ist forschungspragmatischer Natur: Das Mehrebenenmodell sollte den unterschiedlichen Operationalisierungsstrategien Rechnung tragen. Viele Forschungsdesigns bewegen sich auf der Makroebene, wobei die Wirkungsweise auf der Mikroebene oft nur rudimentär erläutert wird, wodurch diese wie eine Black Box erscheint (siehe Abb. 2-1).

**Abbildung 2-1:** Schema von einfachen Makrodesigns



**Tabelle 2-1: Ausführliches Mikromodell des generativen Verhaltens**

I Langfristiger Kinderwunsch	II Zusammenhang Sexualität und Fortpflanzung	III Konkrete Situation und Partnerschaftsentscheidung
<p><b>a) Ökonomische Kosten</b></p> <p>→ Wie viel kosten Nahrung, Wohnung, Bildung etc. für Kinder im Verhältnis zu individuellen Ressourcen und ihrer langfristigen Prognose?</p> <p>→ Wie hoch sind Ansprüche an andere Konsumgüter, wie hoch ihre Preise?</p> <p>→ Wie hoch sind die Opportunitätskosten für die Frau für das erste Jahr nach der Geburt?</p> <p>→ Wie hoch sind die Opportunitätskosten für weitere Jahre i. V. zu Kinderbetreuungskosten?</p> <p><b>b) Ökonomischer Nutzen</b></p> <p>→ Wie sehr kann die Arbeitsleistung der Kinder zum Haushaltseinkommen beitragen?</p> <p>→ Sind Kinder für Alterssicherung notwendig?</p> <p>→ Gibt es staatliche Förderung wie Kindergeld, Elterngeld oder Steuerermäßigungen?</p> <p><b>c) Psychologische Kosten und Zeitkosten</b></p> <p>→ Für die Frau: Gibt es Alternativen zur Mutterschaft aufgrund der gesellschaftlichen Frauenrolle, den Bildungs- und Arbeitsmarkchancen?</p> <p>→ Verzicht auf Status oder Selbständigkeit?</p> <p>→ Welche Möglichkeiten der Kinderbetreuung gibt es? (Großeltern, Kitas, Ganztagschulen)</p> <p>→ Welche beruflichen Nachteile entstehen?</p> <p>→ Inwieweit muss aufgrund fehlender Zeit und Flexibilität auf Hobbys verzichtet werden?</p> <p><b>d) Psychologischer Nutzen</b></p> <p>→ Als Freude am Zeitverbringen mit dem Kind</p> <p>→ An positiver Entwick. des Kindes („Qualität“)</p> <p>→ Als Selbstverwirklichung, neue Erfahrung</p> <p>→ Als langfristige Sinnegebung für das Leben</p> <p><b>e) Generativer Nutzen</b></p> <p>→ Welcher Anteil der Geborenen erreicht das Erwachsenenalter (Kindersterblichkeit)?</p> <p>→ Wie wichtig ist es, Nachfahren zu haben?</p> <p>→ Wie wichtig ist Weitergabe des Nachnamens?</p> <p><b>f) Fähigkeitswahrnehmung</b></p> <p>→ Wie schätzt man die emotionalen, körperlichen, finanziellen und zeitlichen Ressourcen für eine Elternschaft ein?</p> <p>→ Wie schätzt man die Anforderungen ein?</p> <p>→ Welche Erwartungen hat die Gesellschaft an „gute“ Eltern?</p>	<p><b>a) Möglichkeit von Geschlechtsverkehr mit Fortpflanzungsfolgen</b></p> <p>→ Ist eine Eheschließung dafür erforderlich?</p> <p>→ Wenn ja, ist diese dem Individuum gesellschaftlich „erlaubt“ (Heiratsverbot)?</p> <p>→ Hat man Chancen, einen Partner zu finden?</p> <p>→ Ist Mann/Frau zeugungsfähig?</p> <p>→ Gibt es ein Bedürfnis nach Beziehung(en) mit heterosexuellem Geschlechtsverkehr?</p> <p><b>b) Verfügbarkeit und Wissen von Verhütungstechniken</b></p> <p>→ Welche Verhütungsmittel (inklusive freiwilliger Sterilisation) sind verfügbar und wie sicher (z. B. Pearl-Index) sind sie?</p> <p>→ Was kosten die Verhütungsmethoden?</p> <p>→ Wie lustmindernd sind sie?</p> <p>→ Ist das Wissen über ihre Anwendung ausreichend vorhanden?</p> <p><b>c) Einfluss gesellschaftlicher Normen über den Gebrauch von Verhütungstechniken</b></p> <p>→ Sind Produktion und Vertrieb einzelner Verhütungsmittel staatlich erlaubt?</p> <p>→ Wie sehr kämpft die jeweilige Kirche gegen (bestimmte) Verhütungsmittel und inwieweit ist ihre Meinung entscheidungsrelevant?</p> <p>→ Wie sehr ist der Gebrauch durch nicht-kirchliche Institutionen oder Personen (möglicherweise kirchlich beeinflusst) negativ besetzt oder tabuisiert?</p> <p><b>d) Möglichkeiten von Abtreibung</b></p> <p>→ Ist Abtreibung legal und wenn nicht, wie wird ein Vergehen sanktioniert?</p> <p>→ Wie teuer ist Abtreibung?</p> <p>→ Als wie schmerzhaft und risikoreich wird Abtreibung eingeschätzt?</p> <p>→ Wie hoch wird eine (spätere) psychologische Belastung eingeschätzt?</p>	<p><b>a) Einschätzung der aktuellen Situation</b></p> <p>→ Wie alt ist man?</p> <p>→ Passt die Geburt eines (weiteren) Kindes in die aktuelle Phase von Ausbildung bzw. Beruf?</p> <p>→ Passt die Geburt eines (weiteren) Kindes in die aktuelle Wohn- und Einkommenssituation?</p> <p>→ Sind konkrete Betreuungsmöglichkeiten (Krippen, Kindergarten und Schule ganztags, Großeltern) vor Ort gegeben?</p> <p>→ Reichen einem die bisherigen partnerschaftlichen und sexuellen Erfahrungen?</p> <p>→ Ist man (schon) bereit, sich durch die Geburt eines Kindes jahrzehntelang zu binden?</p> <p>→ Ist ein Aufschub der Elternschaft möglich, so dass der langfristige Kinderwunsch mit den gegenwärtigen Optionen vereinbar ist?</p> <p><b>b) Einschätzung der Partnerbeziehung</b></p> <p>→ Ist es eine ernste Partnerschaft?</p> <p>→ Ist der Partner geeignet für die Elternschaft?</p> <p><i>Von der individuellen Mikroebene zur Paar-Interaktion:</i></p> <p><b>c) Gemeinsame Partnerentscheidung</b></p> <p>→ Inwieweit stimmen die unterschiedlichen Einschätzungen zu Kinderwunsch, Verhütung, Übernahme häuslicher Arbeit und der konkreten Situation beider Partner überein?</p> <p>→ Welche Mechanismen der Kommunikation und Konfliktlösung bestimmen die Paarinteraktion?</p> <p>→ Ist die Entscheidung partnerschaftlich oder unsymmetrisch (z. B. patriarchalisch), so dass ein Partner stärker Einfluss ausübt?</p> <p>→ Wer kontrolliert die Verhütung?</p>
<p><i>Ig kann als soziales Rahmen interpretiert werden, der eine Kosten-Nutzen-Analyse erheblich machen kann, aber auch als Anerkennung im Sinne einer Nutzendimension</i></p> <p><b>g) Normen und Rollen / gesellschaftl. Anerkennung als Elternteil von x Kindern</b></p> <p>→ Inwiefern und von welchen gesellschaftlichen Institutionen ist jmd. die Anerkennung wichtig?</p> <p>→ Wird ein normatives Leitbild einer optimalen Kinderzahl durch Institutionen (Kirche, Staat, Medien, etc.) vermittelt und in welcher Höhe?</p> <p>→ Welche Geschlechtsrollennormen gibt es?</p> <p>→ Wie verhalten sich (inter)nationale Vorbilder?</p> <p>→ Inwiefern wird Kinderlosigkeit sanktioniert?</p> <p>→ Inwiefern wird hohe Kinderzahl sanktioniert?</p>		

Da der Entscheidungsprozess für oder gegen Kinder auf der Mikroebene stattfindet, ist eine Analyse dieser Black Box in Form eines Mikromodells des generati-



ven Verhaltens unentbehrlich. In Tabelle 2-1 ist ein ausführliches Mikromodell dargestellt, anhand dessen der hochgradig komplexe generative Entscheidungsprozesses analysiert werden kann. Im Folgenden wird das Mikromodell der generativen Entscheidung genauer erläutert, wobei die Tabelle zu einem gewissen Teil selbsterklärend ist.<sup>53</sup> Die 53 (!) dort formulierten Kernfragen spielen bei generativen Entscheidungen, je nach Konstellation in unterschiedlicher Gewichtung, eine bedeutende Rolle. Sie sind auf der ersten Abstraktionsebene in 14 Unterpunkte und auf der höheren zweiten Abstraktionsebene in drei Dimensionen unterteilt. Die erste Dimension analysiert den langfristigen (und abstrakten) Kinderwunsch, bei dem eine über ökonomische Faktoren hinausgehende rationale Kosten-Nutzen-Abwägung ebenso wie verinnerlichte Normen und Rollen entscheidend sind. Die zweite Dimension widmet sich dem Zusammenhang zwischen Sexualität und Fortpflanzung, wobei Verfügbarkeit, Kenntnisse und Normen für Verhütungsmittel eine zentrale Rolle spielen. Die dritte Dimension erweitert das Modell um den zeitlich-biografischen Aspekt, der beim Aufschub von Geburten wichtig ist, und um die Paarinteraktion. Durch diese Aufteilung in drei Dimensionen soll eine klare analytische Trennung zwischen langfristigem Kinderwunsch, Verhütungsfragen und den dynamischen Komponenten Lebenslauf sowie Paarinteraktion gewährleistet werden.

Die erste Dimension, die den langfristigen Kinderwunsch analysiert, kann als rationale Entscheidung interpretiert werden. Dabei spielen mehrere Faktoren eine wichtige Rolle: Ökonomische Kosten (Ia) können beispielsweise Ausgaben für Nahrung und Wohnung für die Kinder ebenso wie Opportunitätskosten sein. Ökonomischer Nutzen (Ib) kann durch Arbeitsleistung und Alterssicherung, aber auch durch staatliche Leistungen entstehen. Psychologische Kosten (Ic) umfassen u. a. berufliche Nachteile und weniger Zeit für andere Interessen. Psychologischer Nutzen (Id) entsteht durch die Freude des Zeitverbringens mit dem Kind, die geringere Wahrscheinlichkeit der Einsamkeit im Alter und den Sinngehalt. Generativer Nutzen (Ie) hängt von der Bedeutung für den Einzelnen ab, Nachfahren zu haben. Die Fähigkeitswahrnehmung der Elternschaft (If) beschreibt die körperlichen, psychischen und materiellen Ressourcen, die im Bezug zu gesellschaftlichen Erziehungserwartungen interpretiert werden müssen. Gesellschaftliche Normen (Ig) können durch verschiedene Makrofaktoren determiniert werden, durch religiöse und kulturelle Faktoren, das Verhalten von Vorbildern wie Eliten oder Referenzgruppen, durch „normales“ demografisches Verhalten der Bevölkerung und dadurch, welches Verhalten der Gesellschaft nützlich erscheint. Letzteres kann je nach der Betonung von Überbevölkerungsangst und Rentensorgen sehr unterschiedlich sein und Rückkopplungen mit familienpoliti-

53 Aus Platzgründen aber auch um Redundanzen für den Leser zu vermeiden, werden die in der Tabelle gestellten Fragen im Text nicht noch mal wiederholt.

schen Maßnahmen implizieren. In dem Modell können Normen als gesellschaftliche Anerkennung (oder Sanktionierung) als Elternteil von einer bestimmten Anzahl von Kindern<sup>54</sup> interpretiert und damit als Kosten/Nutzen-Variable in den rationalen Entscheidungsprozess einbezogen werden. In der Abwägung dieser Kosten und Nutzen von Kindern, die je nach gesellschaftlichen, ökonomischen und familienpolitischen Rahmenbedingungen sowie nach subjektiven Präferenzen und Ressourcen unterschiedlich sind, manifestiert sich der individuelle Kinderwunsch. Diese Abwägung vollzieht sich sowohl hinsichtlich der grundsätzlichen Entscheidung für oder gegen Elternschaft, wobei Vor- und Nachteile der Alternative Kinderlosigkeit auch berücksichtigt werden, als auch hinsichtlich der Frage nach der Anzahl der gewünschten Kinder.

Diese erweiterte Rational-Choice-Herangehensweise hat den Vorteil, dass der Einfluss von Veränderungen der Rahmenbedingungen, beispielsweise durch familienpolitische Maßnahmen, anhand des Modells nachvollzogen werden kann. In der Realität wird eine solche Kosten-Nutzen-Abwägung weniger bewusst und systematisch vollzogen, in vielen Fällen wird der Kinderwunsch sogar so überwiegend durch Normen geprägt, dass die Faktoren Ia bis If nur eine indirekte Rolle spielen.<sup>55</sup> Diese Lücke des Rational-Choice-Ansatzes ist von großer Bedeutung, um den schwachen Einfluss mancher familienpolitischer Maßnahmen zu verstehen. An den Punkt Ig und die gesamte erste Dimension kann, ähnlich dem Frame-Selection-Ansatz (Esser 2001, 2004), mit zwei Informationsverarbeitungsmodi herangegangen werden. Die beschriebene Kosten-Nutzen-Abwägung ist aufwendig und entspricht dem rationalen, kalkulierenden Modus, während der zweite Modus reflexhaft auf Normen und Skripte zurückgreift und die Elaborierungskosten spart. Denkbar ist auch, dass bei vielen Individuen beide Modi stattfinden, beispielsweise dass im jungen Alter der Normenmodus überwiegt, während mit zunehmender Nähe zur generativen Entscheidung die konkreten Kosten und Nutzen stärker beachtet werden. Die Normen werden indirekt auch von den in Ia bis If genannten Punkten beeinflusst. Eine Rational-Choice-Herangehensweise kann hier also nützlich sein, wenn zudem die Berücksichtigung von psychologischen Faktoren, gesellschaftlichen Normen und verschiedenen Verarbeitungsmodi gewährleistet ist.

54 Die gesellschaftliche Anerkennung kann durchaus gegenläufig sein. Wenn beispielsweise die Norm eine Zwei-Kind-Familie ist, dann ist die gesellschaftliche Anerkennung für das erste und zweite Kind positiv, jedoch kann sie mit jedem weiteren Kind negativer werden.

55 Sowohl eine rationale Abwägung als auch die Verinnerlichung von Normen kann in unterschiedlichen Bewusstseisstadien geschehen (vgl. Borchardt et al. 2004:112). Auch gibt es Unterschiede, ob die Entscheidung das erste oder ein weiteres Kind betrifft. Testa (2009) zeigt für Bulgarien, dass im ersten Fall Normen und im zweiten Kosten-Nutzen-Abwägungen dominierend sind.

Der in dem Modell verwendete Begriff Kinderwunsch ist als individuelle generative Leitvorstellung vor dem Hintergrund der realen Bedingungen definiert und unterscheidet sich von demoskopischen Verwendungen<sup>56</sup> und solchen, bei denen der Abschnitt „Wunsch“ wörtlich genommen wird. Zu beachten ist, dass der Kinderwunsch eines Individuums nicht immer konstant bleibt, sondern sich im Zeitverlauf ändern kann.<sup>57</sup> Rahmenbedingungen und Bewertungen in der ersten Dimension des Mikromodells können sich ändern, aber auch die Einschätzung der aktuellen Situation (IIIa) oder ein langjähriger Aufschub können zu einer Anpassung des Kinderwunsches führen.

Die zweite Dimension behandelt den Zusammenhang zwischen Sexualität und Fortpflanzung. Die generativen Möglichkeiten können durch sehr unterschiedliche Faktoren wie Heiratsrestriktionen, freiwilliger und unfreiwilliger Unfruchtbarkeit oder Homosexualität<sup>58</sup> beschränkt sein (IIa). Zentraler Punkt in diesem Abschnitt sind die Verhütungstechniken, wobei zwischen technischen Möglichkeiten, Verfügbarkeit sowie Wissen (IIb) und dem Einfluss gesellschaftlicher Normen über ihre Anwendung (IIc) unterschieden wird. Ein weiterer Punkt sind die rechtlichen und medizinischen Möglichkeiten der Abtreibung (IId). Diese zweite Dimension hat Parallelen mit den elf intermediären Variablen aus dem

- 56 Empirische Befragungen zum Kinderwunsch sind vorsichtig zu interpretieren (vgl. Kiefl & Schmid 1985:245ff, Schütze 1992, Strohmeier 1988:64, Westoff & Ryder 1977:349). Neben der Veränderbarkeit im Zeitverlauf gibt es eine Verzerrung durch sozial erwünschte Antworten, und der Durchdachtheitsgrad der Antworten ist sehr heterogen. Vor allem wenn über den eigenen Kinderwunsch wenig nachgedacht wurde, wird als Antwort häufig die gesellschaftliche Norm oder die „ideale“ Kinderzahl genannt. Die Abgrenzung zwischen Norm (ideale Familiengröße) und gewünschter Kinderzahl ist schwierig (vgl. Rosenstiel et al. 1986:80). Millers Differenzierungen nach Wünschen und Intentionen (Miller 1994, siehe 3.12) verdeutlicht, dass Befragte den Kinderwunsch mal als Wunsch und mal als Intention interpretieren können. Die tatsächliche Kinderzahl liegt im OECD-Vergleich meist erheblich unter dem geäußerten Kinderwunsch (vgl. BIB & Robert Bosch Stiftung 2005:10, d'Addio & d'Ercole 2005:42, Fokkema & Esveldt 2006:25ff, Hagewen & Morgan 2005, Höhn et al. 2006, Kiefl & Schmid 1985:250, Preston 1986a:38, Retherford & Ogawa 1996, Spéder 2006, Testa 2007), wobei diese Lücke gelegentlich als wohlfahrtsstaatliches Defizit (Esping-Andersen 2002:63-64) interpretiert wird, die durch familienpolitische Verbesserungen geschlossen werden kann (BMFSFJ 2007b:17, kritisch: Höhn 1986:319). Die Lücke kann man auch mit dem Frame-Selection-Modell erklären. Demnach folgt die Antwort in einer Befragung stärker den Normen (und einer geringen kognitiven Analyse), während das tatsächliche generative Verhalten stärker rational von Anreizen und Restriktionen geprägt ist.
- 57 Kaufmann zeigt, dass nur 59% der kinderlosen Frauen nach zwei Jahren dieselbe Kinderwunschzahl nennen (Strohmeier 1988:64). Bei Frauen mit Kindern ist die Konstanz der Antwort deutlich höher. Helfferich und Fichtner (2001:9) zeigen, dass der Kinderwunsch bei unter 25-jährigen Männern deutlich geringer als bei älteren Männern ist.
- 58 Der Anteil homosexueller Männer wird auf 2,7% bis 4,1% und der lesbischer Frauen auf 1,7% bis 3,0% in OECD-Ländern geschätzt, die zu geringem Teil auch Kinder aus frühen Beziehungen, Adoptionen oder Inseminationen haben (Gerlach 2004:92).

bedeutenden Aufsatz von Davis und Blake (1956)<sup>59</sup> ebenso wie mit den acht proximativen Determinanten von Bongaarts (1978), hier stehen jedoch die Verhütungstechniken und ihre Normen deutlicher im Mittelpunkt.

Die dritte Dimension beschreibt Timing- und Kommunikationsaspekte. Die Einschätzung der aktuellen Situation (IIIa) ist nach Alter und individuellem Kontext verschieden. Sie wird allgemein durch die Institutionalisierung des Lebenslaufs (Kohli 1985, 2003, zu Frauen-Männer-Differenzen siehe Hildebrandt 2005:87)<sup>60</sup> gerahmt – beispielsweise stellt sich die Kinderfrage heute meist erst nach Ausbildungsabschluss – und beschreibt auf der konkreten Ebene, inwieweit der langfristige Kinderwunsch unter den aktuellen individuellen Umständen umgesetzt wird. Dabei kann eine Kosten-Nutzen-Analyse mit den für die erste Dimension genannten Faktoren für die konkrete berufliche, materielle und emotionale Konstellation durchgeführt werden – mit dem Unterschied, dass bei der Einschätzung hoher Kosten diese durch einen Aufschub ohne einen endgültigen Verzicht auf Kinder vermieden werden können. Nicht diese einzelne Entscheidung, jedoch eine häufige Wiederholung dieser Entscheidung kann zu ungewollter Kinderlosigkeit führen. Wenn man unterstellt, dass sich diese konkrete Entscheidungssituation mehrfach mehr oder weniger bewusst in unterschiedlichen Altersstufen und beruflichen sowie anderen Konstellationen wiederholt, erhält man die Lebenslaufperspektive, mit der sich das Aufschubphänomen<sup>61</sup> gut erklären lässt. Ein weiterer Punkt ist, ob man eine(n) Partner(in) hat und ob man mit dieser Person den langfristigen Kinderwunsch erfüllen möchte (IIa). Dazu kommt die Paarinteraktion (IIa). Da die generative Entscheidung meistens in Absprache zweier Personen getroffen wird, muss der bisher beschriebene Entscheidungsprozess zweifach durchlaufen und abgestimmt werden.<sup>62</sup> Keine Einigung läuft häufig auf eine Entscheidung gegen Kinder hinaus, je nach Symmetrie der Kommunikationsstruktur<sup>63</sup> und nach Verhütungstechnik<sup>64</sup> kann jedoch der Mann

59 Abschnitt 2a ähnelt den ersten sechs „Intercourse Variables“ und der siebten Variablen von Davis und Blake, die Abschnitte 2b und 2c entsprechen den Variablen acht sowie neun und 2d entspricht der Variablen elf.

60 Zum veränderten Einfluss der Sozialstruktur auf Lebensläufe in Deutschland seit 1960 siehe: Mayer & Hillmert 2004.

61 Das Aufschubphänomen kann auch zu einer Erklärung der Differenz zwischen demoskopisch erfasstem Kinderwunsch und TFR beitragen. Vergleiche auch Birg et al. 1991, d’Addio & d’Ercole 2005, Kohler et al. 2002.

62 Paarmodelle der generativen Entscheidung gibt es in einigen psychologischen Ansätzen (siehe 3.13; u. a. Bagozzi & van Loo 1978, Beckman 1978, Hass 1974, Miller et al. 2004, Rosenstiel et al. 1986). Siehe auch: Birg 1992:347, Borchardt et al. 2004:109, Chesnais 1996:731, Herter-Eschweiler 1998, Hill & Kopp 2000:736, Kangas & Rostgaard 2007:252 und Oppitz 1984:318.

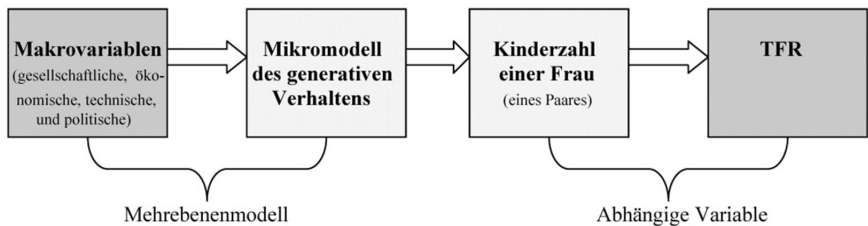
63 In patriarchalisch geprägten Gesellschaften ist die Paarinteraktion häufig unsymmetrisch zu Gunsten des Mannes, so dass dieser seine generativen Präferenzen gegen die der Frau durchsetzen kann.

oder die Frau eine Entscheidung für Kinder auch gegen die Meinung des Partners durchsetzen.

Durch dieses Mikromodell kann nicht nur, wie in mikroanalytischen Studien, das individuelle generative Verhalten systematisch untersucht werden, es ermöglicht auch eine Erklärung der Wirkungsweise von Makrofaktoren. Die Makrofaktoren wirken jeweils auf einen oder mehrere Punkte des Mikromodells. Wenn sie an mehreren Punkten wirken, kann sich bei gleicher Wirkungsrichtung der Wirkungsgrad erhöhen, bei gegenläufigen Effekten können sich sogar starke Effekte neutralisieren. Auch kann sich durch die Veränderung anderer Makrofaktoren der Zusammenhang eines Makrofaktors mit der TFR verändern. Dazu kommt, dass viele Makrovariablen untereinander korrelieren. Deshalb ist die theoretische Fundierung des generativen Verhaltens auf der Mikroebene, also die Beleuchtung der Black Box aus Abbildung 3-1, für die Analyse des Einflusses von Makrofaktoren auf die TFR von immenser Bedeutung (siehe Abb. 2-2).

Die Schnittstelle zwischen Makro- und Mikrophänomenen ist das Herz des Mehrebenenmodells. Die analytische Trennung zwischen Mikro- und Makroebene ist methodisch zweckmäßig und systematisch sinnvoll. Die Integration der gelegentlich in der Literatur erwähnten Mesoebene als dritte Ebene im Mehrebenenmodell ist in der Summe weniger hilfreich, da es das Modell verkompliziert und dafür kaum analytische Vorteile generiert. Die für die Mesoebene genannten Faktoren sind in dem Mikro- und Makroebene betrachtenden Mehrebenenmodell auch integriert, wie beispielsweise die Paarinteraktion auf der Mikroebene und das soziale Umfeld als Träger von kulturellen Normen bei den kulturellen Makrovariablen.

**Abbildung 2-2:** Schema eines Makrodesigns mit Mikrofundierung



Bei dem Mehrebenenmodell werden gesellschaftliche, ökonomische, technische und politische Makrofaktoren systematisch in Bezug zu den Komponenten des Mikromodells des generativen Verhaltens gesetzt (siehe Abb. 2-3).

64 Während bei Kondomen der Mann eine stärkere Kontrolle über Verhütung oder Schwangerschaft innehat, liegt sie bei ovulationshemmenden Verhütungsmitteln ausschließlich bei der Frau.

Abbildung 2-3: Generatives Mehrebenenmodell als heuristischer Rahmen

Makrokomponenten		➔	Mikrokomponenten	
Gesellschaft	1) Emanzipation von Frauen 2) Religiöser Einfluss 3) Kultureller Wandel		Ia) Ökonomische Kosten Ib) Ökonomischer Nutzen Ic) Psychologische und Zeitkosten Id) Psychologischer Nutzen Ie) Generativer Nutzen If) Fähigkeitswahrnehmung ----- Ig) Normen und Rollen / Gesellschaftliche Anerkennung	Langfristiger Kinderwunsch
	4) Sozioökon. Modernisierung 5) Ökonomische Performanz 6) Ökonomische Homogenität			
	7) Technische Faktoren 8) Demografische Faktoren			
Institut.	9) Politisch-institutionelle Faktoren 10) Parteiendifferenz		IIa) Möglichkeit IIb) Verfügbarkeit Verhütungs- technik IIc) Normen Verhütungstechnik IId) Möglichkeiten von Abtreibung	Verhütung
Familienpolitik	11) Alterssicherung 12) Finanzielle Transfers 13) Bildung und Betreuung 14) Arbeitsmarktregelungen 15) Familiennormierendes Recht 16) Pronatalist. Kommunikation		IIIa) Einschätzung der Situation / Lebensverlaufsperspektive IIIb) Einschätzung der Beziehung ----- IIIc) Partnerentscheidung	Situation

Diese Gegenüberstellung von Makro- und Mikrofaktoren hat große heuristische Vorteile, denn sie gewährleistet eine Integration von Erklärungsansätzen mit Unterschieden hinsichtlich des inhaltlichen Analyseschwerpunkts, der wissenschaftlichen Disziplin, der Betrachtungsfälle und des -zeitraums (vgl. 1.2.2). Anhand dieses Modells können unterschiedliche Phänomene wie der Erste Geburtenrückgang, der Babyboom, der Zweite Geburtenrückgang sowie Unterschiede zwischen (und innerhalb von) einzelnen Länderfamilien und Epochen erklärt werden. Für diese Erklärungen lassen sich Erklärungsansätze generieren, die nur einen Teil der Faktoren des Mehrebenenmodells benötigen. Durch den Bezug zu diesem Modell wird jedoch transparent, welche Faktoren berücksichtigt werden und welche nicht, sowie die Kompatibilität und Vergleichbarkeit zwischen den Theorien hergestellt.

Die Makrofaktoren sind in 16 Determinanten unterteilt, die sich in gesellschaftliche, ökonomische, technische/demografische und politische Faktoren einordnen lassen. Jede dieser 16 Makrokomponenten lässt sich durch mehrere Variablen operationalisieren (vgl. 4.1.2). Die ersten drei Makrofaktoren beschreiben gesellschaftliche Phänomene wie Emanzipation und Kultur, die nächsten drei sind ökonomische Faktoren, als siebter und achter Punkt werden technische sowie demografische Faktoren berücksichtigt. Ein großer Teil der Faktoren ist politisch, wobei zwei davon indirekten Einfluss haben und sechs politische

Faktoren direkt auf die generative Entscheidung wirken. Im Folgenden wird der mögliche Einfluss der einzelnen 16 Makrofaktoren auf das Mikromodell an einigen Beispielen aufgezeigt.

**Makrofaktor 1:** Die Emanzipation von Frauen hängt mit der zunehmenden Beteiligung der Frauen im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt zusammen, wobei auch der qualitative Aspekt, messbar durch die Zunahme tertiärer Bildungsabschlüsse und hoch qualifizierter Berufsfelder der Frauen, bedeutend ist. Die Emanzipation manifestiert sich auch in kulturellen Repräsentationen hinsichtlich von Geschlechtsrollen und Gleichberechtigung. Besonders erklärungskräftig ist dieser Faktor bei der Analyse des Zweiten Geburtenrückgangs. Die Faktoren wirken im Mikromodell besonders stark auf die ökonomischen und psychologischen Kosten (Ia und Ic), da durch die zunehmenden beruflichen Möglichkeiten der Frauen das Kinderbekommen und -aufziehen mit wachsenden Opportunitätskosten in Hinblick auf Einkommen, Prestige und Selbstverwirklichung verbunden ist. Die Bedeutung von Kindern als sinnstiftendes Monopol der weiblichen Biografie (Id) nimmt ab. Die Zunahme der beruflichen Perspektiven erfordert oft ein genaueres Timing der generativen Entscheidung (IIIa), aber auch die Bewertung der Paarbeziehung (IIIb) und die Paarinteraktion (IIIc) verändern sich grundlegend infolge der emanzipatorischen Modernisierung.

**Makrofaktor 2:** Auf der kulturellen Ebene wird zwischen dem religiösen Einfluss und anderen kulturellen Faktoren wie Rationalisierung oder Wertewandel differenziert. Der religiöse Einfluss hängt nicht nur von der Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft oder Konfession ab, sondern auch von der Religiosität, die sich durch die Häufigkeit der Kirchenbesuche operationalisieren lässt. Religiöse Faktoren haben Stärken, wenn es um die Erklärung von Unterschieden zwischen sowie innerhalb von Staaten und von unterschiedlicher Geschwindigkeit von Diffusionsprozessen geht. Religiöse Traditionen können Beharrungskräfte in Hinblick auf Einstellungen und Normen (Ie und Ig) darstellen, die sowohl den Wert von Kindern (Werterwartungshypothese) als auch traditionelle geschlechtliche Arbeitsteilung betonen. Dazu haben sie einen erheblichen Einfluss auf die Institution Ehe (Eheaffinitätshypothese, IIa), Verfügbarkeit und Normen von Verhütungstechniken (IIb und IIc), Normen und Regelungen von Abtreibung (IId) sowie die Paarinteraktion (IIIc).

**Makrofaktor 3:** Eine während des Ersten Geburtenrückgangs bedeutsame kulturelle Veränderung ist die mit Industrialisierung und Modernisierung zusammenhängende Rationalisierung (Weber 1922), die u. a. mit einer ethisch-methodischen Lebensführung in Zusammenhang steht, die sich auch auf das „Sexualleben“ (Wolf 1912, 1928) bzw. das generative Verhalten auswirkte. Für den Zweiten Geburtenrückgang bedeutsame kulturelle Veränderungen sind von Inglehart systematisch beschrieben und lassen sich unter dem Stichwort „Wertewandel“ (Inglehart 1977, 1989) sowie dem breiteren Konzept des „kulturellen



Wandels“ (Inglehart 1998, Inglehart & Norris 2003, Inglehart & Welzel 2005, Norris & Inglehart 2004) zusammenfassen und durch die dort verwendeten Indizes Postmaterialismus und „Self-Expression“-Werte operationalisieren. Postmaterialistische Werte sind mit Selbstverwirklichung verbunden, die als Alternative zur Familie interpretiert die psychologischen Kosten von Kindern (Ic) erhöht, andererseits in der Familie verwirklicht den psychologischen und generativen Nutzen (Id und Ie) erhöht. Zudem wirken auf die generative Entscheidung des Mikromodells die rückläufige Bindung an traditionellen Normen (Ig und IIc) und die Veränderungen in den Paarbeziehungen (IIIb und IIIc). Die Wahrnehmung der weltweiten Bevölkerungsexplosion kann ebenfalls die kulturelle Einstellung zu Kindern in Form einer geringeren Anerkennung für mehr als zwei Kinder (Ig) ändern. Beim kulturellen Wandel können internationale Diffusionsprozesse auslösend, bremsend oder beschleunigend wirken.

**Makrofaktor 4:** Die sozioökonomische Modernisierung umfasst eine Vielzahl ökonomischer und gesellschaftlicher Prozesse, die klassischen Modernisierungsindikatoren sind der Anstieg des Sozialprodukts pro Kopf, Urbanisierung, Arbeitnehmerquote sowie Beschäftigungsanteil des Industrie- und Dienstleistungssektors.<sup>65</sup> Sie steht in starkem Zusammenhang mit dem Ersten Geburtenrückgang, ein gewisses Niveau an sozioökonomischer Modernisierung ist aber auch für den Beginn des Zweiten Geburtenrückgangs notwendig<sup>66</sup>. Dieser Faktor wirkt u. a. auf die Kosten- und Nutzendimension des Mikromodells (Ia und Ib): Durch die zunehmende Produktion außerhalb des Hauses in einer hochgradig arbeitsteiligen, funktionell differenzierten Gesellschaft, die die Entwicklung von agrarischen zu modernen Industriegesellschaften kennzeichnet, geht der Nutzen der Arbeitsleistung der Kinder zurück, bei gleichzeitig wachsenden Kosten für Nahrung (die weniger selbst produziert wird) und Wohnraum (der in Städten teurer ist). Die sozioökonomische Modernisierung wirkt sich auch auf andere Punkte des Mikromodells aus: Durch zunehmende Konsummöglichkeiten, insbesondere in urbanen Regionen, wachsen die Zeitkosten von Kindern (Ic, vgl. Brentano 1909, Mombert 1907, 1929)<sup>67</sup> sowie die biografischen Optionen (IIIa, vgl.

65 Noch mehrere weitere Modernisierungsvariablen sind denkbar, die stark untereinander korrelieren. Da die ökonomischen Indikatoren wie BIPPC und Größe von Sekundär- sowie Tertiärsektor aus theoretischen und praktischen Erwägungen hier im Zentrum stehen, wird der Punkt sozioökonomische Faktoren unter den ökonomischen Faktoren im Modell eingeordnet.

66 Der Zweite Geburtenrückgang tritt nur in Ländern mit hohem sozioökonomischen Entwicklungsstand ein. Der wachsende Dienstleistungssektor, der Arbeitsplätze für Frauen besonders ermöglicht, kann als Teilerklärung dienen, jedoch scheint die mit der sozioökonomischen Modernisierung korrelierende emanzipatorische Modernisierung erklärungskräftiger zu sein.

67 Dieses Argument wurde ähnlich bereits vor einem Jahrhundert in der Wohlstandstheorie von Brentano (1909) und Mombert (1907, 1929) formuliert, wonach bei zunehmendem



Birg et al. 1992). Durch die Auflösung von Agrar- und Ständeprägung der Gesellschaft sinkt der generative Nutzen (Ie).

**Makrofaktor 5:** Während sich sozioökonomische Modernisierungsindikatoren oft über viele Jahrzehnte in die gleiche Richtung bewegen<sup>68</sup>, unterliegt die ökonomische Performanz stärkeren Schwankungen. Deswegen haben diese Faktoren große Stärken, wenn es um die Erklärung von Unterschieden innerhalb kleinerer Zeiträumen und zwischen Ländern geht. Mögliche Indikatoren sind Arbeitslosenquote, Inflationsquote und Rezessionen. Auch das Wohnungsangebot spielt hier eine Rolle. Die Variable BIPPC wird als klassische Modernisierungsvariable in Komponente 4 verwendet, da sie mehr über das Modernisierungsniveau eines Landes aussagt als über die kurzfristige ökonomische Performanz. Diese Aufteilung der ökonomischen Faktoren in die langfristige Komponente 4 und die kurz- bis mittelfristige Komponente 5 bedeutet, dass der häufig formulierte analytische Widerspruch zwischen den älteren Wohlstands- und den Notstandstheorien aufgelöst wird und beide sogar kombinierbar gemacht werden.<sup>69</sup> Der Wirkungszusammenhang der ökonomischen Performanz auf das Mikromodell ist derart, dass bei Arbeitslosigkeit und in Rezessionen die Ressourcen für direkte Kosten (Ia) geringer sind, während bei arbeitslosen Frauen die Gefahr besteht, durch eine Entscheidung für Kinder langfristig den Zugang zum Arbeitsmarkt zu verlieren (Ic). Auch ein vom Einkommen abhängiges Elterngeld ist bei Arbeitslosigkeit geringer (Ib). Diese Faktoren wirken besonders in der kurz- und mittelfristigen Perspektive (IIIa) und können dadurch einen Aufschub der Geburten bewirken.

**Makrofaktor 6:** Die mit ökonomischer Homogenität bezeichneten Faktoren beziehen sich auf die gesamtgesellschaftliche Verteilung und auf die Einkommensunterschiede zwischen Mann und Frau. Indikator für den ersten Punkt ist der Gini-Index, für den zweiten der Quotient der Lohnsätze von Mann und Frau. Letztgenannter wirkt sich auf die Opportunitätskosten der Frau (Ia und Ic), auf

Wohlstand die „Konkurrenz der Genüsse“ (Brentano 1909:602) zunimmt und einen Rückgang der Geburten bewirkt.

68 Dieses geschieht natürlich von unterschiedlichen Ausgangsniveaus aus und in unterschiedlichem Tempo.

69 Die Wohlstandstheorien (Brentano 1909, Mombert 1907) basieren auf der Erkenntnis, dass die Geburtenrate bei Menschen mit höherem Wohlstand geringer ist, wobei viele dort genannte Erklärungsfaktoren mit der sozioökonomischen Modernisierung zusammenhängen. Diese werden als gesellschaftliche Komponente (1) in dieser Arbeit klassifiziert. (Als weiterer Faktor nennt Mombert das Aufstiegsstreben.) Mehrere Notstandstheorien führen die niedrigen Geburtenraten während der 1930er Jahre auf die Weltwirtschaftskrise zurück. Diese Argumentation entspricht der Komponente 5 in dieser Arbeit. Langfristige Wohlstandszunahme steht im Zusammenhang mit Modernisierung und wirkt sich also negativ auf die Geburtenrate aus, während das konjunkturelle Wohlstandswachstum positiv mit der TFR zusammenhängt.

Normen (Ig) und auf die Paarinteraktion (IIIc) hinsichtlich der Entscheidung zwischen Berufstätigkeit und Familie aus.

**Makrofaktor 7:** Bei den technischen Faktoren sind v. a. Verhütungstechnologien von Bedeutung, aber auch Abtreibungstechnologien und Möglichkeiten der künstlichen Befruchtung, die sich auf die Frage nach einem Aufschub der generativen Pläne (IIIa) und die Zeugungsfähigkeit (IIa) auswirken, spielen hier eine Rolle. Operationalisierbar sind Verhütungsmittel durch den Pearl-Index, die Verbreitung und die Zulassung für bestimmte Verhütungsmittel<sup>70</sup>. Bei der Erklärung der zeitlichen Nähe des Beginns des Zweiten Geburtenrückgangs in vielen Ländern sind technische Faktoren besonders hilfreich. Im Mikromodell wirken Verhütungsmittel auf die zweite Dimension, die den Zusammenhang von Sexualität und Fortpflanzung analysiert (IIb, IIc und IId). Moderne Verhütungsmittel wie Ovulationshemmer ermöglichen eine klare Trennung dieses Zusammenhangs, was bedeutet, dass beim Vergleich von Ländern, in denen diese für alle Frauen verfügbar sind, diese Dimension nur noch eine vernachlässigbare Rolle spielt. Ovulationshemmer verändern auch die Paarinteraktion der generativen Entscheidung (IIIc) zu Gunsten der Frauen.

**Makrofaktor 8:** Mehrere sehr unterschiedliche demografische Faktoren wirken auf das generative Verhalten. Der Rückgang der Kindersterblichkeit, der auf medizinischen Entwicklungen beruht und mit der sozioökonomischen Modernisierung korreliert, spielt eine erhebliche Rolle bei der Erklärung des Demografischen Übergangs. Durch die Erwartung, dass die gezeugten Kinder mit einer großen Wahrscheinlichkeit Säuglings- und Kindheitsalter überleben<sup>71</sup>, steigt der generative Nutzen einer Geburt und wird der einer dritten und vierten Geburt geringer (Ie, auch in Verbindung mit Ib). Dies ist auch entscheidend für die Herausbildung einer Zwei-Kinder-Norm (Ig). Andere demografische Faktoren wie Heiratsziffern, die Anzahl unehelicher Geburten (IIa), das MAC (IIIa) sowie die TFR des Vorjahres sind ihrerseits stark von den Makrodeterminanten beeinflusst und nicht nur mögliche unabhängige, sondern auch mögliche abhängige Variablen.

**Makrofaktor 9:** Politisch-institutionelle Faktoren wie Demokratiealter, Föderalismus und Gewerkschaftseinfluss wirken vor allem indirekt über die Art der Ausgestaltung der Familienpolitik. Das Alter des Frauenwahlrechts gibt darüber hinaus Aufschlüsse über die staatliche Offenheit für emanzipatorische Moderni-

70 Während des Ersten Geburtenrückgangs sind dies chemische (Suppositorien und Scheidenspülungen) und mechanische (Zoekalkondome, Gummikondome, Pessare, Gebärmutterverschlussstücke), während beim Zweiten Geburtenrückgang neben IUD vor allem hormonelle Verhütungsmittel (Ovulationshemmer) eine wichtige Rolle spielen.

71 Das kann man mit Säuglingssterblichkeitsraten von 5% oder 10% definieren. In den europäischen und nordamerikanischen OECD-Ländern war dieser Punkt Anfang bzw. Mitte des 20. Jahrhunderts (für Deutschland siehe Marschalck 1984:168).

sierungstendenzen. Eine direkte Wirkung auf das generative Verhalten hat der in den osteuropäischen Staaten auftretende Systembruch und Transformationsprozess. Beides ist mit ökonomischen Problemen (5) und dem Wegbrechen vertrauter Institutionen (11) verbunden und erzeugt Unsicherheit, die die potenziellen Kosten einer Entscheidung für Kinder erhöht (Ic), die Einschätzung der mittelfristigen Ressourcen erschwert (If) und die Situationseinschätzung (IIIa) häufig einen Aufschub der generativen Ziele bewirkt.

**Makrofaktor 10:** Auch die politikwissenschaftlich beliebte Frage „Do parties matter?“ wirkt – wenn überhaupt – nur indirekt die Familienpolitik auf das generative Verhalten. Operationalisierbar ist die Variable Parteiendifferenz durch Kabinettsitzanteil von liberalen, christdemokratischen, konservativen und Linksparteien, oder durch die parteipolitische Zugehörigkeit des Regierungschefs. Für die TFR wichtige politische Rahmenbedingungen (11 bis 16) werden hier als „familienpolitisch im weiteren Sinne“ bezeichnet, da sie auch steuerrechtlichen (12), bildungs- (13) und arbeitsmarktpolitischen (14) oder gar strafrechtlichen (15) Hintergrund haben.

**Makrofaktor 11:** Einflussreich ist auch eine mit der Modernisierung einhergehende sozialpolitische Errungenschaft<sup>72</sup>: Die Einführung sowie die Ausdehnung von Empfängerkreis und Leistungsniveau der Rentenversicherung (vgl. Alber 1982, Schmidt 1998) machten die alterssichernde Funktion von eigenem Nachwuchs überflüssig und entfernten damit einen entscheidenden ökonomischen Nutzen (Ib) von Kindern, der in Ländern mit sehr hohen Geburtenraten noch heute eine bedeutende Rolle spielt. Ähnlich, jedoch weitaus weniger bedeutend, wirken Kranken- und Pflegeversicherungen, die funktionale Äquivalente für ökonomischen und psychologischen Nutzen (Ib und Id) von Kindern sind. Während die Einführung und Verbreiterung der Rentenversicherung für den Ersten Geburtenrückgang eine wichtigere Rolle als für den Zweiten spielt, wirkt sich in letzterem die bisher in den OECD-Ländern allenfalls geringe Anrechnung von Erziehungszeiten als Rentenanwartschaft potenziell Geburten erhöhend aus (Ib und Ig).

**Makrofaktor 12:** Finanzielle Unterstützungen für Familien können aus monetären Transferzahlungen wie Kindergeld, Elterngeld, Erziehungsgeld oder aus steuerlichen Vergünstigungen und Rentenanwartschaften bestehen. Sie wirken bei der generativen Entscheidung im Mikromodell als ökonomischer Nutzen (Ib) und etwas schwächer auch durch die Norm der gesellschaftlichen Anerkennung (Ig). Solche Leistungen gibt es seit den 1930er Jahren (Deutschland, Schweden)

72 Die Formulierung soll nicht eine einfache Kausalität von Modernisierung und Sozialversicherung andeuten. Wie Alber (1982) zeigt, lässt sich die Einführung der Sozialversicherungen durch eine herrschaftstheoretische Variante der pluralistischen Konflikttheorien erklären, wobei ein gewisser Grad an Modernisierung notwendige Voraussetzung ist.

und in zunehmendem Maße seit dem Zweiten Geburtenrückgang, so dass dieser Faktor potenzielle Erklärungskraft hinsichtlich von Unterschieden im internationalen Vergleich hat.

**Makrofaktor 13:** Im Bereich Bildung und Betreuung gibt es mehrere höchst unterschiedlich auf das generative Verhalten wirkende Indikatoren. Die Einführung der Schulpflicht steht mit der Modernisierung im engen Zusammenhang und reduziert den ökonomischen Nutzen, der durch die Arbeit von Kindern in traditionellen Gesellschaften entsteht (Ib). Die v. a. in den 1960er Jahren eingeleitete Bildungsexpansion hat mehrere Wirkungen. Zentral ist die Angleichung der Bildungschancen der Mädchen, dieser Punkt ist dem ersten Makrofaktor des Mehrebenenmodells zugeordnet. Des Weiteren wurden die Bildungschancen für sozial schwächere Gruppen erweitert und die Ausbildungsdauer insgesamt erhöht, dies steht mit einer Reduzierung des Zeitfensters für die Familiengründung im Zusammenhang (IIIa). Eine zentrale Bedeutung für die Länderdifferenzen der TFR während des Zweiten Geburtenrückgangs hat die Betreuungsinfrastruktur. Sie unterscheidet sich nach Kleinkindbetreuung (unter 3 Jahre), Kindergarten<sup>73</sup> (3-6 Jahre) und Schule (ab 6 Jahren), nach der Dauer der Betreuungsangebote (halbtags oder ganztags), dem Deckungsgrad, der Qualität und den Kosten. Die Wirkung der Betreuungsinfrastruktur auf das Mikromodell ist vielfältig: Da sie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen hilft, reduziert sie die monetären und psychologischen Opportunitätskosten (Ia und Ic). Bei der Einschätzung der aktuellen Situation (IIIa) ermöglicht sie eine Entscheidung für Kinder bei geringerem Abwägen der beruflichen Perspektiven, da eine baldige Rückkehr in den Beruf wahrscheinlicher ist. Weitere Wirkungen sind, dass die in Betreuungs- und Bildungseinrichtungen gewährleistete Erziehungshilfe die Fähigkeitkeitswahrnehmung (If) erleichtert und dass sie gesellschaftliche Normen (Ig) beeinflussen.

**Makrofaktor 14:** Eine weitere wichtige politisch beeinflussbare Determinante des generativen Verhaltens sind Arbeitsmarktregelungen. Eine Arbeitsplatzgarantie bei Mutterschutz- oder Erziehungsgeldregelungen sowie eine hohe öffentliche Beschäftigungsquote einerseits und flexible Arbeitsmärkte mit Möglichkeiten eines Wiedereinstiegs, von Teilzeit- sowie Gleitzeitarbeit andererseits helfen einer Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Dadurch reduzieren sie die monetären und psychologischen Opportunitätskosten (Ia und Ic) sowie die Tendenz ei-

73 Im Folgenden wird der Begriff „Kindergarten“, der vom Pädagogen Friedrich Fröbel (erstmalig 1840) geprägt wurde, verwendet, damit klargestellt ist, dass es sich um Betreuungseinrichtungen für 3-6-jährige handelt. Der Begriff „Kita“ (Kindertagesstätte) wird international, aber auch innerhalb Deutschlands unterschiedlich definiert. Gemeinsam ist meist die ganztägige Betreuung, oft umfasst er neben Kindergärten aber auch Kinderkrippen (für 0-2-jährige) und Horte.

nes immer weiteren Aufschubs des Kinderwunsches (IIIa). Die Berücksichtigung familiärer Interessen bei den Arbeitsmarktregelungen wirkt sich auch auf die gesellschaftlichen Normen über Elternschaft (Ig) aus. Auch die Länge von Schul- und Hochschulausbildung wirkt sich negativ aus, da es für die meisten Menschen das Zeitfenster für die Erfüllung des generativen Wunsches (IIIa) verkleinert. Die Auswirkungen von Betreuungsinfrastruktur und Arbeitsmarktpolitik auf die generative Entscheidung sind ähnlich und ergänzen sich. Beide Determinanten können zur Erklärung von unterschiedlichen Geburtenraten im internationalen Vergleich beitragen.

**Makrofaktor 15:** Ein in vielen Policy-Analysen mit ökonomischem Hintergrund vernachlässigter Aspekt ist das familiennormierende Recht. Die OECD-Staaten unterscheiden sich deutlich hinsichtlich ihres Scheidungsrechts. Die rechtliche Normierung der Ehe als Monopolinstitution für das Aufziehen von Kindern sowie der traditionellen geschlechtlichen Arbeitsteilung kann potenziell positive und negative Auswirkungen auf die Geburtenrate haben. Sie kann je nach Kontext eine Entscheidung der Frau gegen ihre eigene berufliche Verwirklichung begünstigen<sup>74</sup>, sie kann aber auch vor Heirat und Kinderbekommen abschrecken. Aber auch bestimmte finanzpolitische Regelungen sind hier relevant, denn Individualbesteuerung generiert im Unterschied zur Ehebesteuerung Anreize zur Erwerbstätigkeit der Frau (Ic und Ig). Die Auswirkungen dieser Faktoren im Mikromodell umfassen die Normen der Familiengröße (Ig), die Bedeutung der Heirat für die Erfüllung generativer Wünsche (IIa), die Möglichkeit vorehelicher Erfahrungen (IIIb) und die Symmetrie der Paarinteraktion (IIIc).

**Makrofaktor 16:** Ein selten berücksichtigter Faktor ist die Kommunikation pronatalistischer Ziele.<sup>75</sup> Sie findet nur in wenigen Ländern wie Frankreich statt, und ihre Operationalisierung ist nicht einfach. Hier sind Indikatoren denkbar, die messen, ob ein Staat pronatalistische Ziele hat, ob das Ideal einer Drei-Kind-Familie kommuniziert wird und ob pronatalistische Missbrauchserfahrungen vorliegen. Diese letzte Makrokomponente des Mehrebenenmodells wirkt sich direkt auf die gesellschaftliche Anerkennung und Normen für Kinder im Allgemeinen und Familiengrößen im Speziellen aus (Ig).

Anhand von Veränderungen einzelner Makrofaktoren dieses Mehrebenenmodells und der Analyse ihrer Wirkung auf das individuelle generative Verhalten lassen sich die historischen Geburtenrückgangs- und Geburtenanstiegsphasen

- 74 Dies kann sogar gegen ihren artikulierten oder nicht artikulierten Willen geschehen, wenn die Paarkommunikation autoritär-patriarchalisch geprägt und dadurch unsymmetrisch zuungunsten der Frau ist.
- 75 Auch kann der Effekt einer solchen Kommunikation höchst unterschiedlich sein. Eine pronatalistisch gefärbte Kommunikation kann leicht Reaktanz erzeugen und das Gegenteil des erwünschten Effektes bewirken.

ebenso erklären wie Unterschiede zwischen den Ländern. Je nach Erklärungsgegenstand sind bestimmte Makrofaktoren besonders wichtig und andere vernachlässigbar (siehe Tab. 2-2). Was eine empirische Analyse erschwert, ist die Tatsache, dass die 16 Makrofaktoren – insbesondere die mit dem Modernisierungsprozess in Zusammenhang stehenden – zum Teil stark untereinander korrelieren, da der Zusammenhang zwischen Gesellschaft, Wirtschaft, Technik und Politik von hoher Interdependenz gekennzeichnet ist.

**Tabelle 2-2:** Einfluss von Makrofaktoren auf Komponenten des generativen Mikromodells

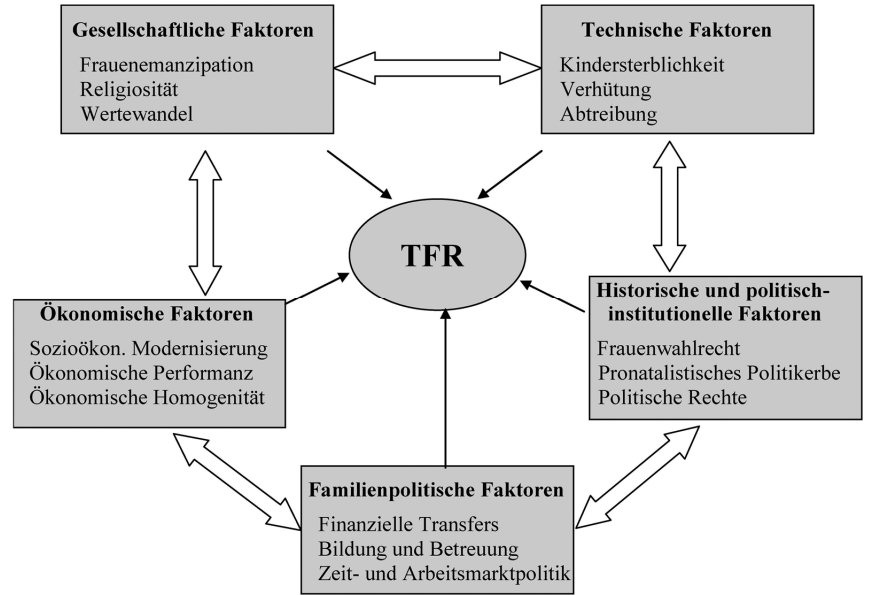
Makrokomponenten	Analyse- stärken	Mikrokomponenten des generativen Verhaltens													
		I							II				III		
		a	b	c	d	e	f	g	a	b	c	d	a	b	c
1) Emanzipation von Frauen	GR2	+		+	+		+	+					+	+	+
2) Religiöser Einfluss	Diff. Länder					+		+	+	+	+	+			+
3) Kultureller Wandel	GR2			+	+	+		+			+		+	+	+
4) Sozioök. Modernisierung	GR1	+	+	+		+							+		
5) Ökonomische Performanz	Diff. Jahre	+	+	+									+		
6) Ökonom. Homogenität	Diff. Länder	+		+				+							
7) Technische Faktoren	Zeitgleichheit								+	+	+	+	+		+
8) Demografische Faktoren	GR1		+			+		+							
9) Politisch-institut. Faktoren	GR-Osteuropa			+			+	+					+		
10) Parteiendifferenz	indirekt														
11) Alterssicherung	GR1		+		+			+							
12) Finanzielle Transfers	Diff.Län.GR2		+												
13) Bildung und Betreuung	Diff.Län.GR2	+	+	+			+	+					+		
14) Arbeitsmarktregelungen	Diff.Län.GR2	+		+				+					+		
15) Familiennormier. Recht	Diff.Län.GR2			+				+	+		+	+		+	+
16) Kommunikation p. Ziele	Diff.Län.GR2							+							

Deswegen ist es eine anspruchsvolle Aufgabe sowohl für die Hypothesengenerierung als auch für die Empirie, die entscheidenden Wirkungszusammenhänge und Kausalfaktoren aufzuzeigen. Hilfreich sind der Blick auf statische sowie dynamische Kontinuitäten und Diskontinuitäten sowie ein systemisches Verständnis des Zusammenhangs der Makrofaktoren, die reziprok miteinander verknüpft sind (vgl. Abb. 2-4).

Das in diesem Abschnitt entworfene Mehrebenenmodell basiert auf einem Mikromodell des generativen Verhaltens, das in der ersten Dimension den langfristigen Kinderwunsch aus rationaler und aus normengeprägter Perspektive beleuchtet, in der zweiten den Zusammenhang zwischen Sexualität und Fortpflan-

zung analysiert und das in der dritten Dimension Aspekte der konkreten biographischen Situation sowie der Paarkommunikation berücksichtigt. Auf die einzelnen Aspekte der generativen Entscheidung wirken gesellschaftliche, ökonomische, technisch-demografische und politische Makrokomponenten. Das Mehrebenenmodell differenziert nach 14 Mikro- sowie 16 Makrokomponenten, die Wirkung der Makrofaktoren auf die individuelle Entscheidung wird trotz der notwendigen Vereinfachung und Abstraktion des Modells an immerhin 70 Punkten gezeigt. Durch das Verständnis der generativen Entscheidung im Mikromodell kann der hoch aggregierte Zusammenhang zwischen Makrofaktoren und der TFR theoretisch untermauert werden. Verschiedene Makrofaktoren wirken unterschiedlich stark je nach Forschungsgegenstand; so lassen sich die beiden Geburtenrückgänge und andere demografische Entwicklungen mit auf die jeweils wesentlichen Faktoren reduzierten Modellen erklären. Dieses wurde in diesem Abschnitt nur kurz skizziert, denn das Mehrebenenmodell dient als heuristischer Rahmen (vgl. Modelle: Grant et al. 2004:3, Kaufmann 2005:132, Schubnell 1973:49, Sleetbos 2003:34, Strohmeier 2002:351) und keineswegs als Mehrebenentheorie (vgl. Bronfenbrenner 1979). Die Systematisierung von Makro- und Mikrofaktoren in diesem Mehrebenenmodell dient der Mikrofundierung des Erklärungsansatzes dieser Untersuchung (siehe 4.1.1) und ist gleichzeitig die Basis für einen integrativen Vergleich der unterschiedlichen Theorien der Geburtenrückgänge, der in Kapitel 3 vorgenommen wird.

**Abbildung 2-4:** Systemische Sichtweise auf die Makrokomponenten des MEM



## *2.2 Postmoderner Geburtenrückgang? Gemeinsamkeiten und Unterschiede zweier Geburtenrückgänge und zweier Epochen*

Der in diesem Abschnitt vorgenommene Vergleich zwischen den beiden Geburtenrückgängen soll der Herausarbeitung der systematischen Unterschiede ihres gesellschaftlichen, ökonomischen, technischen und politischen Kontextes dienen und einen möglichen Zusammenhang mit epochalen Trends, von Diskontinuitäten, aber auch von Gemeinsamkeiten, aufzeigen. Dieser Vergleich ist aus mehreren Gründen wichtig: Erstens dient er dazu, die dieser Studie zu Grunde liegende analytische Abgrenzung zwischen den Geburtenrückgängen zu untermauern. Zweitens soll der Zusammenhang von demografischen und anderen epochalen Entwicklungen systematisch aufgezeigt werden. Und drittens lässt sich auf diesem Wege möglicherweise eine zielgenauere Terminologie für beide demografischen Phänomene entwickeln.

Der Geburtenrückgang lässt sich als ein einziges, langfristiges Phänomen oder getrennt nach Erstem und Zweitem Geburtenrückgang betrachten. Wie in Abschnitt 1.2.1 bereits erläutert wurde, wird hier – ebenso wie bei der Mehrheit des wissenschaftlichen Diskurses – von einer Betrachtung des Zweiten Geburtenrückgangs als ein vom Ersten getrenntes Phänomen mit eigenen Wirkungsursachen ausgegangen. Die dafür entscheidenden Gründe seien hier nochmals kurz genannt: Die Betrachtung der Geburtenentwicklung der letzten beiden Jahrhunderte in den OECD-Ländern als einen Trend kann den Babyboom und Differenzen zwischen den OECD-Ländern nicht erklären. Auch übersieht die langfristige negative Korrelation der TFR mit den mit der Modernisierung zusammenhängenden Variablen die Tatsache, dass sich dieser Zusammenhang in den letzten beiden Jahrzehnten neutralisiert hat oder sogar ins Gegenteil gedreht ist. Eine Großtheorie für beide Geburtenrückgänge wäre zu grob und müsste unweigerlich scheitern. Dazu kommt, dass sich der Kontext beider Geburtenrückgänge auf mehreren Ebenen unterscheidet. Allerdings gibt es neben den Diskontinuitäten auch Kontinuitäten.

„The new stage in Europe’s demographic history might be called its „second demographic transition“. (...) The principal demographic feature of the second transition is the decline in fertility from somewhat above the “replacement” level of 2.1 birth per woman (...) to a level well below replacement.” (van de Kaa 1987:4-5)

Hinsichtlich des Begriffes gibt es zwar keinen allgemeinen Konsens, jedoch hat sich in der internationalen Literatur der von van de Kaa und Lesthaeghe im Jahr 1986<sup>76</sup> erstmals auf Holländisch veröffentlichte und von van de Kaa (1987) erstmals in einer englischsprachigen Veröffentlichung verwendete Begriff „Se-

76 Der in einem Sammelband erschienene Aufsatz trägt den Titel „Twee Demografische Transities?“ [Zwei Demografische Transitionen?]. Zitiert nach: van de Kaa 1987:54.



cond Demographic Transition“ (SDT) etabliert, während in der deutschen Literatur der auch in dieser Untersuchung verwendete Begriff „Zweiter Geburtenrückgang“ (erstmalig Bolte et al. 1980:65) häufig benutzt wird. Gelegentlich werden auch andere Begriffe wie „Low-fertility Syndrom“ (Höhn 1986:313) oder „Baby Bust“<sup>77</sup> (Bourgeois-Pichat 1986:12) verwendet. Nicht selten werden zeitlich beschreibende Formulierungen wie „der 1965 beginnende Geburtenrückgang“ oder „recent fertility decline“ verwendet. Die etablierteren Begriffe SDT und Zweiter Geburtenrückgang haben den Vorteil, dass sie beide auf eine grundsätzliche Unterscheidung vom Ersten Geburtenrückgang und auf eine ähnliche Dimension des Phänomens verweisen. Sie sind jedoch nicht ganz glücklich.

Der Begriff SDT bezog sich ursprünglich nur auf Europa, ist jedoch ausgeweitet worden (Lesthaeghe 1995:17, 2010, bezüglich Asiens vgl.: Atoh et al. 2004). Die Gleichzeitigkeit und Intensität der demografischen Veränderungen seit Mitte der 1960er Jahre v. a. in Nord- und Westeuropa führte zu dem Schluss, dass eine neue demografische Phase angebrochen war. Während die erste Transition einen Geburten- und Sterblichkeitsrückgang beinhaltet, definiert van de Kaa (1987, vgl. auch 1996, 1999, 2001) die zweite Transition nicht nur mit dem Geburtenrückgang, sondern auch mit demografischen Merkmalen wie dem Anstieg von Scheidungen, nichtehelichen Lebensgemeinschaften und unehelichen Kindern. Die Operationalisierung des Konzepts SDT beinhaltet jeweils mehrere Variablen zur ehelichen Transition und zur Fertilitätstransition (van de Kaa 2001:303). Eng verbunden ist der Begriff SDT mit dem Haupterklärungsfaktor kultureller Wandel und Ingleharts Wertewandeltheorie (siehe 3.6).

„Reflecting the shift to progressiveness and individualism, the sequence involves shifts from marriage toward cohabitation, from children to the adult couple as the focus of a family, from contraception to prevent unwanted births to deliberate, self-fulfilling choices whether and when to conceive a child, and from uniform to widely diversified families and households.“ (van de Kaa 1987:9)

Beide Autoren unterscheiden die demografischen Veränderungen des STD in verschiedene Phasen (van de Kaa 1987:8ff, Lesthaeghe 1995:17ff). Lesthaeghe argumentiert, dass die Dimension der demografischen Veränderungen der 1960er Jahre substantiell und formal einen solchen Begriff rechtfertigen (ibid.:58) und stellt die demografischen mit zeitgleichen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Veränderungen in einen Zusammenhang.

„(...) the changes since roughly 1960 have been substantial enough to warrant the label of a ‘second demographic transition’. But this is still a contested matter among demographers.“ (Lesthaeghe 1995:18)

77 Der Begriff „Babybust“ ist an den Begriff „Babyboom“ angelehnt. Siehe auch: Murphy 1993:221.

Bei allen großen Verdiensten von van de Kaa und Lesthaeghe bei der Terminologisierung und Erklärung des Phänomens, hat der Begriff SDT für die Fragestellung dieser Untersuchung einige Nachteile: Die Terminologie SDT umfasst weitaus mehr als den Zweiten Geburtenrückgang. Da hier aber nur der Geburtenrückgang, nicht jedoch die anderen SDT-Komponenten analysiert werden, würde der Begriff SDT ein viel breiteres Forschungsfeld suggerieren. Dies wird dadurch verstärkt, dass der Zweite Geburtenrückgang alle modernen OECD-Staaten erfasst hat, jedoch die weiteren mit der SDT verbundenen Phänomene in diesen Ländern höchst unterschiedlich ausgeprägt sind. Die Geburtenrate und die mit der Ehe assoziierten Variablen haben sich in den letzten Jahren teilweise gegenläufig entwickelt (vgl. u. a. Pinnelli 1995). So ist die Geburtenrate in skandinavischen Ländern, in denen das Ausmaß der Pluralität der Lebensformen hoch ist, relativ hoch, während in Südeuropa das Gegenteil der Fall ist. Die als Erklärung dienenden kulturellen Veränderungen stehen stärker mit den Variablen der ehelichen Transition in Zusammenhang als mit der TFR (vgl. van de Kaa 2001:305). Die Frage, wo der Geburtenrückgang besonders ausgeprägt ist, ist eine andere als die, wo die SDT besonders ausgeprägt ist. Daneben gibt es noch allgemeine Kritikpunkte am Begriff SDT, z. B. da der Begriff SDT eng mit dem Erklärungskonzept des kulturellen Wandels verbunden ist und das Wort „Transition“ Gleichgewichtsvorstellungen impliziert, die durch den SDT verletzt werden (vgl. Kaufmann 2003:119).

Der in der deutschsprachigen Literatur dominierende Begriff Zweiter Geburtenrückgang ist weitaus schlanker definiert und entspricht der hier untersuchten Fragestellung. Seine zunehmende Verwendung basiert auf der pragmatischen Notwendigkeit eines Begriffs für das Phänomen, und selten werden die ihn zuerst verwendenden Autoren (Bolte et al. 1980) als Referenz genannt. Der große Vorteil dieses Begriffs ist, dass sich die Ordnungszahl zwei im Unterschied zum Begriff SDT nur auf den Geburtenrückgang selbst bezieht und dass er nicht mit theoretischen Erklärungen verbunden ist. Der Nachteil ist, dass der Begriff nicht selbsterklärend genug ist, denn erstens ist der Erste Geburtenrückgang als Bezugspunkt der Ordnungszahl zwei kein etablierter Begriff<sup>78</sup> und zweitens gibt er keinen Hinweis auf das zeitliche oder räumliche Auftreten des Phänomens.

Die weiteren Überlegungen dieses Abschnittes sollen zur Rekrutierung begrifflicher Alternativen beitragen. Das Anforderungsprofil umfasst folgende Punkte: Ein solcher Begriff sollte nur den Geburtenrückgang beschreiben, nicht jedoch damit mehr oder weniger korrelierende Veränderungen der Familienstrukturen (wie beim SDT). Des Weiteren sollte er selbsterklärend in Hinblick

78 Vor 1960 wurde der Begriff „Geburtenrückgang“ (d. h. ohne Ordnungsnummer) benutzt. Begrifflich hat sich das übergeordnete Konzept der Transition bzw. des Demografischen Übergangs (siehe 1.1) durchgesetzt.

auf den Gegenstand und auf zeitliche sowie räumliche Auftretensmuster sein. Die Vergleichsreferenz für das in dieser Untersuchung analysierte Phänomen ist nicht der gesamte Demografische Übergang, sondern nur der dabei stattfindende Erste Geburtenrückgang. Beide Geburtenrückgänge sind als Begriffspaar gegenüberzustellen. Deswegen sollte die Begriffsfindung durch einen Begriff für den Ersten Geburtenrückgang ergänzt werden, als solcher wird hier „Transitioneller Geburtenrückgang“ vorgeschlagen. Als Begriff für den die Geburtenhöhe betreffenden Aspekt des SDT, also für den Zweiten Geburtenrückgang, ist „Postmoderner Geburtenrückgang“ eine bedenkenswerte Alternative. Dieser Begriff erfüllt die genannten Anforderungen besser, birgt möglicherweise aber auch kritische Punkte.

Einen Überblick über Dichotomien, die mit beiden Geburtenrückgängen zeitlich in Verbindung stehen<sup>79</sup>, bietet Tabelle 2-3, welche diese analog den Makrofaktoren des Mehrebenenmodells ordnet<sup>80</sup>. Hier soll gezeigt werden, dass ein epochaler Wandel auf gesellschaftlicher, ökonomischer, technischer und politischer Ebene mit beiden Geburtenrückgängen zeitlich und inhaltlich eng verknüpft ist.

Epochale Gegensätze werden hinsichtlich der emanzipatorischen Modernisierung genannt (Beck 1986, Davis 1984, Hakim 2000, 2003, Inglehart & Norris 2003, McDonald 2000a, 2000b, 2002). Eindrucksvoll zeigt Hernandez (1993:103) empirisch anhand der familiären Lebensformen aus Kinderperspektive in den USA, dass die meisten Kinder bis 1890 in landwirtschaftlichen (Zweiverdiener-) Elternhäusern, zwischen 1890-1970 in Alleinverdiener- und seitdem in Zweiverdiener-Haushalten aufwachsen. Diese sowohl Frauenemanzipation als auch sozioökonomische Modernisierung abbildenden Daten zeigen, wie der Beginn beider Geburtenrückgänge mit dem Wandel der familiären Lebensformen zeitlich zusammenfällt. Unterschiedliche Dichotomien bietet die Literatur bei den kulturellen Faktoren: Materialismus und Postmaterialismus (Inglehart 1977, 1989), altruistisch und individualistisch (Beck 1986, van de Kaa 1987, 1999), „Child-king“ und „Couple-king“ (Ariès 1980) sowie zwei unterschiedliche sexuelle Revolutionen (Shorter 1975).

- 79 Die Dichotomien lassen sich teilweise nur schwer exakt datieren. Der jeweils erste Begriff ist nicht völlig zeitgleich mit dem Transitionellen Geburtenrückgang (in den meisten OECD-Ländern zwischen 1850 und 1940); einige Prozesse begannen davor, andere gingen bis zum Babyboom der 1950er und 1960er Jahre. Auch hat die Auswahl keinen Anspruch auf Vollständigkeit.
- 80 Die Nummern 1-14 der linken Spalte entsprechen der Nummerierung der Makrofaktoren des Mehrebenenmodells.

**Tabelle 2-3:** Zwei Geburtenrückgänge und zwei Epochen: Dichotomien im Bezug zu den Makrofaktoren des Mehrebenenmodells

<b>Ebene - Makrokomponente</b>	<b>Erster Geburtenrückgang</b>	<b>Zweiter Geburtenrückgang</b>	<b>Autoren</b>
<b>Gesellschaft - 1</b>	Gender equity in family-oriented institutions	Gender equity in individual-oriented institutions Equal opportunities revolut.	Hakim 2000, 2003 Inglehart & Norris 2003 McDonald 2000a, 2002
<b>1</b>	Rollenstereotype der traditionellen Kleinfamilie	Freisetzung aus ständischen Geschlechtsvorgaben	Beck 1986:161-204
<b>1</b>	Breadwinner system	Egalitarian system	Davis 1984, McDonald Hernandez 1993:98-142
<b>3</b>	Materialismus Survival values	Postmaterialismus Self-expression values	Inglehart 1977, 1989 Inglehart et al. 2003, 2005
<b>3</b>	Altruistisch (kollektiv) Child-king	Individualistisch Couple-king	Ariès 1980; v.Kaa 1987,'99 Beck 1986:205-219
<b>3</b>	Sexual revolution - personal partner choice	Sexual revolution - importance of sexual gratification	Shorter 1975
<b>Ökonomie - 4</b>	Industriegesellschaft Blue-collar occupations De-ruralization	Dienstleistungsgesellschaft White-collar occupations De-industrialization	u. a. Bell 1973 Esping-Andersen 1999 Inglehart & Welzel 2005
<b>4</b>	Quality of children	Opportunity costs for woman	Becker 1965, 1981, 1991
<b>5</b>	Arbeit: System standardisierter Vollbeschäftigung	Arbeit: System flexibler pluraler Unterbeschäftigung	Beck 1986:220-248
<b>Techn.-Demografie -7</b>	Contraceptive revolution with inefficient methods	Contraceptive revolution - human control over fertility	Ryder & Westhoff 1977
<b>7</b>	Kontrolle Verhütung:Mann	Kontrolle Verhütung:Frau	Hakim 2000, 2003
<b>8</b>	Heiratsalter niedrig Traditionelle Kleinfamilie	Heiratsalter hoch, Pluralisierung der Lebensformen	van de Kaa 1987 Lesthaeghe 1995
<b>8</b>	Bevölkerungswachstum Emigration	Bevölkerungsrückgang Immigration	van de Kaa 1987, 1999:30
<b>8</b>	Entscheidung wieviel Kinder (Reduzierung)	Entscheidung ob Kinder (Alternative)	Beck-Gernsheim 2006
<b>Politik - 9</b>	Increasing institutional control	Public manifestation of individual autonomy	Lesthaeghe 1995:20-21
<b>9</b>	Demokratie möglich	Massennachfrage nach D.	Inglehart & Welzel 2005
<b>10</b>	Entstehung der Konkurrenz von Großparteien	Pluralisierung des Parteienspektrums	Beck 1986:300-374
<b>11-14</b>	(Old) welfare state (Old) gender contract	New welfare state New gender contract	Esping-Andersen 1999, 2001
<b>Übergeordnet</b>	Moderne	Reflexive Moderne	Beck 1986, Beck et al. 2007
	Moderne/Modernisierung	Postmoderne/-nisierung	Inglehart 1997, v.Kaa 2001
	Industriegesellschaft First phase of modernization (HDI 0,74-0,89)	Postindustr. Gesellschaft Postindustrial phase of modernization (HDI > 0,9)	Bell 1973 Inglehart & Welzel 2005

Eine zentrale Dichotomie der sozioökonomischen Modernisierung ist die zwischen der Industriegesellschaft einerseits und der Dienstleistungs-, Wissens- oder postindustriellen Gesellschaft andererseits (u. a. Bell 1973, Esping-Andersen

1999, Inglehart & Welzel 2005). Auf der ökonomischen Ebene unterscheidet sich die Zeit des Zweiten Geburtenrückgangs von der vorigen durch die zunehmende „flexibel-plurale Unterbeschäftigung“ (Beck 1986) und die steigenden Opportunitätskosten für Frauen (Becker 1965, 1981, 1991). Zwei unterschiedliche kontrazeptive Revolutionen benennen Ryder und Westhoff (1977) mit zwei Qualitätssprüngen bei der Verhütungstechnik, während Hakim (2000, 2003) den epochalen Wechsel von Mann zu Frau hinsichtlich der Kontrolle der Verhütung betont. Mehrere demografische Dichotomien systematisieren van de Kaa und Lesthaeghe (siehe oben). Auf der politisch-institutionellen Ebene unterscheidet sich die mit dem Zweiten Geburtenrückgang zusammenfallende Epoche von der vorigen durch nachlassende institutionelle Kontrolle (Lesthaeghe 1995), eine Massennachfrage nach Demokratie (Inglehart & Welzel 2005) und eine Pluralisierung des Parteienspektrums (Beck 1986). Wohlfahrtsstaatliche Unterschiede attestiert Esping-Andersen (1999, 2001), wobei der „neue Wohlfahrtsstaat“ nicht nur eine Beschreibung, sondern eine Forderung ist, die dem neuen Bedarf entspricht.

Übergreifende Konzepte stellen die Moderne in den Gegensatz zur „reflexiven Moderne“<sup>81</sup> (Beck 1986, Beck et al. 2007), zur „postindustriellen Gesellschaft“ (Bell 1973), zur „postindustriellen Phase der Modernisierung“ (Inglehart & Welzel 2005) oder zur „Postmoderne“ (van de Kaa 2001, Morel 2008) bzw. „Postmodernisierung“ (Inglehart 1997). Der Begriff Postmoderne hat viele höchst unterschiedliche Anwendungen in Literatur, Kunst, Architektur, Musik oder den Sozialwissenschaften, dazu unterschiedliche Jahrzehnte betreffend. In jeder Anwendung steht Postmoderne als Kontrast zur Moderne, als zeitliches Nach und sachliches Jenseits der Moderne. Dabei beschreiben die beiden sprachtheoretischen Ansätze – der philosophische Ansatz von Lyotard und der soziologische von Brown –, familienbezogene Überlegungen (Lüscher 1995, Lüscher & Lange 1996, Shorter 1989) und mit kulturellen sowie sozioökonomischen Variablen operationalisierbare Ansätze (Beck 1986, Inglehart 1989, 1997) mit dem Zweiten Geburtenrückgang zeitlich zusammenfallende Entwicklungen.<sup>82</sup> Minimalkonsens des Begriffs ist eine gesellschaftliche oder geistige radikale Pluralität (vgl. Morel 2008, Schmidt 2004a), jedoch wird er selbst innerhalb der Sozialwissenschaften unterschiedlich verwendet, dabei teilweise mit Bedeutungen wie kulturellem Relativismus, Zukunftspessimismus und Komponenten einer fragwürdigen Wissen-

81 Beck verwendet häufig den Begriff seines Titels von 1986 „Risikogesellschaft“, der hier nicht aufgegriffen werden soll. Auch ohne die Verwendung des Terminus Postmoderne ähneln Becks Argumente und Kriterien sehr den postmodernen Ansätzen (vgl. auch Morel 2008:301).

82 Lüscher und Lange (1996:31) verwenden Postmoderne nicht als Epochenbezeichnung. Becks Interpretation der postmodernen Veränderungen ist skeptisch-pessimistisch, Ingleharts dagegen deterministisch-optimistisch.

schaftskritik verstehen. Ein nützlicher Kern der Kontrastierung von Moderne und Postmoderne ist, dass Modernisierungsentwicklungen auf gesellschaftlicher, ökonomischer und politischer Ebene in den OECD-Ländern in den letzten Jahrzehnten einen grundlegenden Richtungswechsel vollzogen haben, der eine solche Terminologie rechtfertigt.

„In der Postmodernisierung ersetzt eine neue Weltanschauung langsam die Einstellungen, die die Industriegesellschaften seit der industriellen Revolution beherrscht haben. Sie reflektiert eine Verschiebung der Erwartungshaltungen, die Menschen an ihr Leben stellen. Sie verändert die grundlegenden Normen, die im Bereich der Politik, Arbeit, Religion, Familie und des Sexualverhaltens Gültigkeit haben. Solchermaßen führt der ökonomische Entwicklungsprozeß zu zwei aufeinanderfolgenden Trajekten, dem der Modernisierung und dem der Postmodernisierung.“ (Inglehart 1997:18)

Ingleharts sozialwissenschaftliche Konzeption von Postmoderne unterliegt einer starken Fokussierung auf kulturelle Werte. Inglehart (1997) bettet die von ihm geprägte einflussreiche Dichotomie von Materialismus und Postmaterialismus (Inglehart 1977, 1989) in eine breitere Konzeptualisierung von Modernisierung und Postmodernisierung ein. Ausgangspunkt dieser Konzeption ist, dass die Modernisierung ab einem bestimmten Punkt eine sichere Existenz ermöglicht und ökonomisches Wachstum auf sinkenden Grenznutzen stößt. Dabei wird die zuvor dominierende instrumentelle Rationalität und das Streben nach ökonomischer Sicherheit von Wertrationalität und der Betonung von Lebensqualität abgelöst, wobei der Wandel nicht nur Wertsysteme, sondern auch die institutionelle Struktur<sup>83</sup> (Inglehart 1997:46) erfasst.

„In several of the social sciences, and certainly in demography, the term postmodernism has not become part of the scientific discourse. People shy away from it, understandably find it difficult to deal with, or have the vague intuitive notion that it is better to steer clear of such an ill-defined concept. (...) I accept the use of postmodern in [demography] as long as it is not a vague, unspecified umbrella term.“ (van de Kaa 2001:291, 325)

Der von Ingleharts Arbeiten beeinflusste niederländische Demograf van de Kaa hält die Verwendung des Begriffs Postmoderne im Kontext des SDT unter der Bedingung einer fundierten Konzeptualisierung als neue historische Ära für hilfreich, da es eine Verbindung zwischen demografischen Phänomenen und kulturellem sowie ökonomischen Wandel ermöglicht (van de Kaa 2001, siehe auch Coleman 2004:4).

Für eine Verwendung des Begriffs „Postmoderner Geburtenrückgang“ spricht, dass er selbsterklärend in Hinblick auf das zeitliche sowie räumliche Auftretensmuster ist und dass die Einbettung des Geburtenrückgangs in das Konzept von Postmodernisierung für beide Seiten fruchtbar sein kann. Dagegen sprechen die heterogene Verwendung des Begriffs, die zu Missverständnissen führen kann

83 Auch wenn Inglehart das Zusammenspiel von Kultur, Wirtschaft und Politik betont, ist seine Konzeption besonders auf den kulturellen Wandel fokussiert.

und die Gefahr einer Interpretation von Postmoderne nicht als Epoche, sondern als ursächliche Erklärung<sup>84</sup>. Diesem Nachteil kann durch eine solide sozialwissenschaftliche Definition von Postmoderne begegnet werden. Eine solche bietet Ingleharts kulturelles Konzept der Postmodernisierung, das die Orientierung an postmateriellen Werten, die Abwendung von religiösen wie bürokratischen Autoritäten und die Akzeptanz von Pluralität auch in Hinblick auf Lebensformen, Geschlechtsrollen sowie sexuelle Normen<sup>85</sup> betont. Tragfähiger erscheint allerdings eine Konzeptualisierung, wenn sie empirisch messbare sozioökonomischen Verschiebungen wie die zwischen den Wirtschaftssektoren, die Transformation der Frauenerwerbstätigkeit und die beiden demografischen Transitionen als Kernelemente in den Mittelpunkt stellt und die in Tabelle 2-3 skizzierten Dichotomien ergänzend berücksichtigt.

Neben der Kontrastierung der systematischen Unterschiede zwischen beiden Geburtenrückgängen und weiteren Makrovariablen bis hin zu zwei divergierenden Epochen soll nicht unerwähnt bleiben, dass beide Geburtenrückgänge auch viele Gemeinsamkeiten aufweisen (vgl. Herter-Eschweiler 1998:248, Marschalck 1984:103). Dazu gehören wachsende Freizeitmöglichkeiten, Verbesserungen in der Verhütungstechnik und die über beide Geburtenrückgänge reichenden Trends von BIP-Wachstum, Spezialisierung und Säkularisierung.

Die Betrachtung beider Geburtenrückgänge im Lichte anderer historischer Kontinuitäten und Diskontinuitäten ist gewinnbringend. Da das mit dem Geburtenverhalten korrespondierende Bevölkerungssystem mit den Gesellschafts-, Wirtschafts- und politischen Systemen zusammenhängt, wirft dies die Frage auf, inwiefern beide Geburtenrückgänge jeweils mit epochalen Veränderungen der anderen Systeme in Verbindung stehen.<sup>86</sup> Hier wird davon ausgegangen, dass Bevölkerung, Kultur, Wirtschaft, Technologie und Politik sich wechselseitig beeinflussen und dass kein System die anderen determiniert. Deswegen ist eine Systematisierung der beiden Geburtenrückgänge mit den anderen Systemen auf Basis des Mehrebenenmodells hilfreich, wobei die beiden Geburtenrückgänge in den OECD-Staaten zeitlich exakter fixierbar sind als andere Entwicklungen des Modernisierungskontexts.

Diese Gegenüberstellung in Tabelle 2-4 gibt einen kurzen Überblick, welche Makrofaktoren des Mehrebenenmodells auf beide Geburtenrückgänge mehr oder weniger kontinuierlich wirken und welche jeweils für den transitionellen ersten

84 Die kulturelle Variable Postmaterialismus wird in Abschnitt 5.3 als UV zur TFR untersucht. Die Epoche Postmoderne lässt sich jedoch mit vielen weiteren Variablen in Verbindung bringen.

85 Zu Ingleharts Erklärungsbeitrag der sinkenden Geburtenraten siehe Abschnitt 3.6.

86 Für den Ersten Geburtenrückgang ist dies nach Auffassung vieler Autoren der Fall: Er steht in Zusammenhang mit der industriellen Revolution, der Entstehung von Wohlfahrtsstaaten und der gesellschaftlichen Rationalisierung.



und den postmodernen zweiten Geburtenrückgang bedeutungsvoll sind. Sie zeigt, dass beide Geburtenrückgänge neben Kontinuitäten von deutlich unterschiedlichen gesellschaftlichen, ökonomischen, technologischen und politischen Rahmenbedingungen umgeben sind. Dies unterstreicht nicht nur den Sinn einer getrennten Analyse des Zweiten Geburtenrückgangs, sondern auch die Nützlichkeit einer analytischen Trennung zwischen zwei Epochen wie Moderne und Postmoderne.<sup>87</sup> Die Dichotomien Industrie-/Wissengesellschaft, Moderne/Postmoderne oder ähnliche gewinnen in ihrer analytischen Ausarbeitung enorm durch die Einbeziehung der beiden Geburtenrückgänge.

**Tabelle 2-4:** Makrofaktoren im Kontext beider Geburtenrückgänge

	Gesellschaft	Wirtschaft	Technik/Demog.	Politik
<b>Transitioneller Geburtenrückgang</b>	Rationalisierung (3)	Wachstum des Sekundärsektors (4)  Starkes BIP-Wachstum (4)	Rückgang Kindersterblichkeit (8)	Einführung und Verbreitung von Alterssicherungssystemen (11)
<b>Kontinuitäten beider Geburtenrückgänge</b>	Anstieg Frauenerwerbsquote (1)  Sakularisierung (2)	Rückgang Beschäftigung Sektor I, Anstieg Konsummög., Spezialisierung (4)  BIP-Wachstum (4)	Innovationen Verhütungstechnik (7)	Unterschiedliche finanzielle Hilfen für Familien (12)  Teils Kommunikat. pronat. Ziele (16)
<b>Postmoderner Geburtenrückgang</b>	Quantensprung der Bildungsbeteiligung und Erwerbstätigkeit von Frauen (1)  Wertewandel (3)	Wachstum des Tertiärsektors (4)  Anstieg struktureller Arbeitslosigkeit (5)	Quantensprung in der Verhütungstechnik(7)  Pluralisierung der Lebensformen (8)	Ausbau Betreuungsinfrastruktur (13)  Untersch. Arbeitsmarktflexibilität(14)  Liberalisierung des Familienrechts (15)

Anmerkung: Die Ziffern in Klammern beziehen sich auf die Nummerierung der Makrofaktoren im Mehrebenenmodell.

Der Zweite Geburtenrückgang ist also ein zentrales Kennzeichen der sozialwissenschaftlichen Postmoderne und neben der Höhe des HDI-Wertes ein wertvoller Indikator für diese Epoche. Der Begriff Postmoderne muss konzeptualisiert werden, dabei operationalisierbar sein und systematisch für Gesellschaft, Ökonomie und Politik in Kontrastierung zur industriellen Moderne entwickelt werden. Eine solche Konzeptualisierung betrifft die Systeme Bevölkerung, Gesellschaft, Wirtschaft, Technologie und Politik und deren Interaktionen (siehe Tab. 2-5). Aus diesen Faktoren lässt sich eine Konzeption generieren, die frei von Grundsatz-

87    Verwunderlich ist, dass Anhänger einer solchen Trennung die Geburtenrückgänge wenig oder gar nicht als Begründung für eine solche herangezogen haben, denn beide Geburtenrückgänge sind zeitlich klar definierbare, lang anhaltende, alle OECD-Länder erreichende Trends und deutlich ausgeprägte Phänomene – eines der plausibelsten Argumente für eine systematische Trennung in zwei große Epochen.



bewertungen – seien sie pessimistischer oder optimistischer Natur – ist, sondern sich an der Darstellung verschiedener empirisch messbarer Kernphänomene eines neuen Zeitalters orientiert, das die OECD-Länder in den letzten vier Jahrzehnten erreicht hat und sich in der Zukunft als globales Phänomen erweisen könnte.

**Tabelle 2-5:** Charakteristische Entwicklungen einer sozialwissenschaftlichen Konzeption der Postmoderne

Bevölkerung	Gesellschaft	Wirtschaft	Technologie	Politik
Zweiter Geburtenrückgang	Dominanz postmaterialistischer Werte	Geringere Wachstumsraten	Ovulationshemmende Verhütungsmittel	Ökologische Nachhaltigkeit
Pluralität der Lebensformen	Sexuelle Revolution	Dominanz des Dienstleistungssektors	Life Science	Grenze d. Expansion der Sozialpolitik
Wachsende Bedeutung des dritten Lebensabschnitts	Pluralität der Denkweisen, liberale Normen	Pluralität der Arbeitsformen	Digitale Revolution	Familienpolitik im Sinne demografischer Nachhaltigkeit
	Gleichberechtigung und egalitäre Geschlechtsrollen			Erweiterung des Parteienspektrums
	Wachsender Einfluss von Massenmedien			Neue Konfliktlinien
				Neue Beteiligungsformen

„(...) doch besteht Einigkeit, daß die postmoderne Gesellschaft sehr wahrscheinlich durch ein generatives Verhalten geprägt ist, das keine Bestandserhaltung der Generationen gewährleistet und somit langfristig zu Schrumpfung und demographischer Alterung führt.“ (Höhn 1986:313)

Diese Aussage zum Forschungsstand der 1980er Jahre weist auf die Verbindung zwischen Zweitem Geburtenrückgang und Postmoderne hin, jedoch sieht der Verfasser dieser Untersuchung durchaus die Möglichkeit eines Erholungsprozesses der Geburtenraten infolge einer familienpolitischen Reaktion. Diese Interpretation der Postmoderne, die auf dem Verständnis eines reziproken Einflusses der Systeme basiert, wird thesenartig anhand folgender Kausalketten formuliert:

1. Ökonomische und gesellschaftliche Veränderungen, die in den OECD-Ländern ab den 1960er Jahren einsetzen, kennzeichnen den graduellen Übergang von der Moderne zur Postmoderne.
2. Diese Änderungen bewirken bei vielen Menschen eine Inkompatibilität von beruflichen sowie privaten Lebenszielen und der Elternschaft, die sich im Zweiten Geburtenrückgang manifestiert, der wiederum durch die neuen Verhütungstechniken beschleunigt wird.
3. Die politischen und ökonomischen Systeme der betroffenen Länder haben unterschiedliche Rahmenbedingungen und Anpassungspolitiken für die neuen Bedürfnisse der postmodernen Gesellschaften. Mit wachsender Intensität des Geburtenrückgangs werden familienpoliti-

sche Politikmaßnahmen erwogen, beschlossen und implementiert, deren Wirkung durch den kulturellen und ökonomischen Kontext geprägt wird. Mit erheblicher Zeitverzögerung könnte eine Erholung bzw. eine Konvergenz der Geburtenraten stattfinden.

Diese Thesen sind im dritten Punkt natürlich spekulativ und werden im weiteren Verlauf der Arbeit konkreter formuliert und analysiert. Sie sollen zeigen, dass die Geschichte postmoderner Gesellschaften nicht die eines sich automatisch beschleunigenden Geburtenrückgangs ist, sondern möglicherweise einer lang andauernden, jedoch vorübergehenden Geburtenbeschränkung<sup>88</sup>, die eine Reaktion auf Inkompatibilitäten und eine stark verzögerten Anpassung der politischen Rahmenbedingungen an die sich erheblich geänderten gesellschaftlichen Bedürfnisse ist.

Zusammenfassend ermöglicht die Gegenüberstellung beider Geburtenrückgänge und Epochen einige interessante Erkenntnisse: Erstens untermauert sie die analytische Trennung beider Geburtenrückgänge. Zweitens ist der Bezug der Geburtenentwicklung zu den globalen gesellschaftlichen, ökonomischen, technologischen und politischen Trends hilfreich für die Einordnung der demografischen Phänomene im breiteren Kontext. Umgekehrt lässt sich die Trennung in Moderne und Postmoderne mit demografischen Entwicklungen sehr gut untermauern. Drittens lassen sich auch vor diesem Hintergrund die Terminologie der Begriffe SDT und Zweiter Geburtenrückgang diskutieren. Dabei wird für den Ersten Geburtenrückgang der Begriff „Transitioneller Geburtenrückgang“ und für den zweiten „Postmoderner Geburtenrückgang“ vorgeschlagen.

88 Das Adjektiv „vorübergehend“ entspringt der langfristigen Betrachtungsperspektive. Je nach Land, Rahmenbedingungen und der politischen Anpassungsverzögerung kann der Geburtenrückgang eine, zwei, drei oder sogar noch mehrere Generationen andauern.

### 3 Integrierte Darstellung der Theorien des generativen Verhaltens im Mehrebenenmodell

#### 3.1 Einführung in den Theorieteil

In diesem Abschnitt werden die für einflussreich sowie als analytisch gewinnbringend erachteten Theorien über generatives Verhalten und Geburtenrückgänge – von den Transitionstheorien über soziologische, ökonomische, psychologische und technologische Theorien bis hin zu familienpolitischen Ansätzen – dargestellt und anhand des im vorigen Kapitel skizzierten heuristischen Mehrebenenmodells systematisch verglichen.

Die Auswahl der betrachteten Theorien ist am Kriterium der größtmöglichen Offenheit ausgerichtet, um das komplexe Phänomen des Zweiten Geburtenrückgangs aus möglichst vielen unterschiedlichen Perspektiven zu beleuchten. Die Theorien unterscheiden sich hinsichtlich ihrer zeitlichen oder räumlichen Reichweite, Betrachtungsebene, Erkenntniszugang, Dynamik, Detaillausarbeitung, Operationalisierbarkeit, Anschlussfähigkeit, Informationsgehalt und Erklärungskraft. Zunächst werden die Transitionstheorie (3.2) und ihre Weiterentwicklungen (3.3) skizziert, um die Alternativhypothese, wonach beide Geburtenrückgänge überwiegend die gleichen Gründe haben, nicht aus den Augen zu verlieren. Die in den weiteren elf Abschnitten dargestellten Theorien (3.4 bis 3.14) sind direkt für den Zweiten Geburtenrückgang relevant.<sup>89</sup> Dabei werden sowohl Ansätze berücksichtigt, die sich explizit darauf beziehen als auch andere, die das generative Verhalten generell analysieren und dabei für den Zweiten Geburtenrückgang relevante Inhalte haben.

Die klassischerweise den soziologischen Theorien zugeordneten Ansätze werden in fünf Gruppen unterteilt, wobei die Aufteilung des Mehrebenenmodells sich als nützlich erweist: Als erstes werden einige als „Multikomponentenansätze“ bezeichnete Theorien vorgestellt, die eine große Anzahl von Erklärungsfaktoren kombinieren<sup>90</sup> und gewissermaßen in der Tradition des etwa hundert Jahre alten Werkes von Wolf (1912) stehen oder schlicht keinem der anderen vier An-

89 Die Gliederung des Theorieteils ließe sich auch anders aufteilen (vergleiche die gelungenen Theorieüberblicke von Herter-Eschweiler 1998, Mueller, Nauck & Diekmann 2000 und van de Kaa 1996), die Aufteilung wird in vielen Publikationen höchst unterschiedlich vorgenommen und häufig nach Fachdisziplin sortiert.

90 Das bedeutet nicht, dass den anderen vier Theorieschulen nur ein- oder zweifaktorielle Erklärungen unterstellt werden, vielmehr werden bei den anderen bestimmte Faktoren besonders hervorgehoben.

sätze zuzuordnen sind wie u. a. Andorka, Bolte et al. und Schubnell (3.4). Der folgende Abschnitt beinhaltet Theoriestränge, die Aspekte der Frauenemanzipation und des Geschlechterverhältnisses in den Mittelpunkt stellen wie Beck-Gernsheim, Hakim, Mason, McDonald und Scanzoni (3.5). Anschließend wird der analytische Gehalt der SDT-Theorie, die kulturelle Faktoren in den Fokus setzt, dargestellt wie bei Inglehart, Lesthaeghe und van de Kaa (3.6). Als vierter Erklärungsansatz soziologischer Provenienz folgen solche, die die Modernisierungsthese in abgeänderter Form anführen und auf die Inkompatibilität der individualistischen und von Marktmechanismen geprägten Gesellschaft mit der Familie verweisen wie u. a. Beck, Hoffmann-Nowotny sowie Miegel und Wahl (3.7). Im Anschluss wird die biografische Theorie von Birg gemeinsam mit Theisen zum Aufschubspänomen behandelt (3.8).

Die dann folgenden technologischen Ansätze stellen eine Erklärungsvariable, die Verhütungstechnologien, in den Mittelpunkt wie Bongaarts, Murphy oder Westhoff und Ryder (3.9). Trotz des interdisziplinären Anspruchs dieser Untersuchung und der „dogmengeschichtlichen Verwandtschaft“ (Birg et al. 1991:3) zur Demografie – hier sei auf den Einfluss von Malthus auf Darwin hingewiesen (vgl. Darwin 1887:93) – wird von einer ausführlichen Darstellung biologischer Ansätze (u. a. Voland 1992, Voland & Engel 2000, vgl. Coleman 2005:29) aufgrund ihrer geringen Relevanz für den Zweiten Geburtenrückgang abgesehen.<sup>91</sup>

Bei der Darstellung der ökonomischen Ansätze wird zwischen mikroökonomischen Theorien und zyklischen Erklärungsmodellen differenziert. Die mikroökonomischen Theorien, berücksichtigt werden u. a. Althammer, Becker, Butz und Ward, Cigno, Leibenstein, Mincer, Schultz, Willis und Zimmermann, betrachten die generative Entscheidung aus einer Kosten-Nutzen-Perspektive auf

91 Volands Verhaltensökologieansatz versucht Darwins Mechanismus der natürlichen Selektion mit demografischen Entwicklungen nach Darwin zu verbinden. Er geht davon aus, dass Evolution und Kultur in Wechselwirkung biologisch adaptive Reproduktionsstrategien bilden. Der Nutzen von Kindern entspricht demnach den reproduktiven Interessen, die dem generativen Nutzen des Mikromodells (1e) ähneln. Voland (1992:355) betont, dass bereits für Wildbeuter Ressourcenakkumulation wichtiger als eine hohe Kinderzahl war und diese „im Pleistozän erworbene und evolutiv fixierte, an Bedingungen latenter Ressourcenknappheit angepasste psychologische Präferenz [...] unter modernen Bedingungen [...] nicht mehr zu fitneßmaximierten Resultaten führt“. Er postuliert evolutionäre Erklärungen für Beckers These einer Qualitätssubstitution (siehe 3.10), wonach das Darwin'sche Prinzip des „Survival of the Fittest“ bei niedriger Geburtenrate durch eine gute soziale Platzierung der Nachkommen erfüllt sein kann. Ebenso wie der gelegentlich in der Literatur auftauchende Verweis auf r und k Strategien kann diese Erklärung allenfalls den Demografischen Übergang aus verhaltensökologischer Perspektive nachvollziehen; hinsichtlich von Entwicklungen des Zweiten Geburtenrückgangs wie Geburtenraten unter der Ausgleichsrate und den wachsenden Anteil Kinderloser ist der Ansatz offensichtlich unbrauchbar, zumal er keine adäquate Operationalisierung ermöglicht.

individueller Ebene, wobei Löhne, Preise, Opportunitätskosten, Nutzenveränderungen und Qualitätssubstitution, aber auch unterschiedliche Rahmenbedingungen der Familienpolitik und des Arbeitsmarktes eine wichtige Rolle spielen (3.10). Danach werden ökonomische Erklärungsmodelle wie von Easterlin sowie Becker und Barro dargestellt, die zyklische Muster bei der Entwicklung der Geburtenraten vor, während und nach dem Babyboom betrachten (3.11).

Die psychologischen Theorien werden nach Individual- und Paarmodellen getrennt dargestellt. Die Individualmodelle von Beckman, Fishbein, Hoffman et al., Miller und Rosenstiel et al. zeichnen die Entscheidung für Kinder auf der Mikroebene nach, wobei die Nutzendimension von Kindern, die Einbeziehung von Normen, der Entscheidungskonflikt der Frau und die Prozesshaftigkeit der Entscheidung analysiert werden (3.12). Anschließend werden die Paarmodelle von Beckman, Bagozzi und Loo, Hass, Miller et al. sowie Rosenstiel et al. dargestellt, wobei der Interaktionsprozess im Mittelpunkt steht (3.13).

Als letzte Theoriegruppe werden die familienpolitischen Ansätze von Castles, Esping-Andersen, Gauthier, Höhn, Kaufmann und Wingen skizziert (3.14). Diese Ansätze greifen auch Erklärungen von anderen hier dargestellten Theorien auf, haben aber die verstärkte Analyse des Einflusses der familienpolitischen Rahmenbedingungen gemeinsam.

Eine historische Betrachtung der wissenschaftlichen Entwicklung (siehe Tab. 3-1) zeigt, dass in den letzten Jahrzehnten Fachrichtungen und Forschungsfragen zu bestimmten Zeiten Konjunktur hatten, was nicht zuletzt in Zusammenhang mit realen demografischen Entwicklungen stand. Nachdem die Transitionstheorie einige Jahrzehnte dominierend war, gab es zwei Ereignisse, die mit ihren Annahmen weniger gut vereinbar waren: der Babyboom und der schwächer als erwartete Rückgang der TFR in den Entwicklungsländern. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen entstanden in den 1960er Jahren ökonomische Theorien um Becker, Easterlin und Leibenstein, die im Verlauf der folgenden Jahrzehnte weiterentwickelt wurden. Der Mitte der 1960er Jahre einsetzende Geburtenrückgang, der anfangs als Kurzzeitphänomen eingeschätzt wurde, wurde im Verlauf der 1970er Jahre zunehmend als dauerhaftes Phänomen erkannt. Insofern regte er eine Vielzahl von Forschungen, insbesondere im besonders stark betroffenen Deutschland<sup>92</sup>, an, in dessen Verlauf die Theorieentwicklung sich von der Transitionstheorie löste und zunehmend in Einzeldisziplinen betrieben wurde (vgl. Höhn 1998:41). Ökonomische und psychologische Ansätze hatten in den 1970er Jahren Hochkonjunktur, aber auch soziologische und die umstrittenen technologischen Theorien kamen auf. In den 1980er und 1990er Jahren wurden soziologische Ansätze zunehmend dominierend mit sehr unterschiedlichen Schwerpunk-

92 Ein institutioneller Beleg für die zunehmende Forschung und das zunehmende politische Interesse am Geburtenrückgang in Deutschland ist die Gründung des BIB im Jahr 1973.

ten hinsichtlich des kulturellen, biografischen, sozioökonomischen und emanzipatorischen Wandels. Auch familienpolitische Ansätze kamen auf und ökonomische wurden weiterentwickelt. Seit der Jahrtausendwende beschäftigen sich viele Forscher weniger mit dem Beginn des Zweiten Geburtenrückgangs, sondern vielmehr mit der aktuellen Variation im internationalen Vergleich. In den letzten Jahren gibt es daher zunehmend Ansätze – von Ökonomen, Soziologen und Politikern –, die den Einfluss unterschiedlicher familienpolitischer Rahmenbedingungen auf die TFR untersuchen.

**Tabelle 3-1:** Theorien des Geburtenrückgangs nach Fachschwerpunkt und Epoche

	vor 1960	1960er	1970er	1980er	1990er	seit 2000
<b>Transitions-theorien</b>	Davis Landry Mackenroth Notestein Thompson		Coale Freedman Knodel van de Walle	Coale Knodel van de Walle Watkins	Chesnais	Caldwell
<b>Soziologische Theorien</b>	Wolf (ö)		Andorka Caldwell Hoffmann-N. Mason Scanzoni Schubnell	Ariès Beck Bolte et al. Caldwell Davis Höhn Hoffmann-N. Kaufmann Lesthaeghe Linde Strohmeier van de Kaa	Beck-Gernsh. Birg et al. Hammel Herter-Esch. Hoffmann-N. Kaufmann (p) Lesthaeghe Mason/Jensen Miegel/Wahl Retherford/O. Strohmeier van de Kaa	Beck-Gernsh. Birg Caldwell Coleman Hakim Höhn Kohler/Billari Lesthaeghe Mason (p) McDonald (p) Strohmeier van de Kaa
<b>Ökonomische Theorien</b>	Brentano Leibenstein Mombert	Becker Easterlin Mincer	Becker Becker/Lewis Butz/Ward Easterlin Easterlin Leibenstein Mincer/Polac. Schultz Willis	Becker Becker/Barro Easterlin E./Crimmins Leibenstein Schultz Zimmermann	Becker Cigno Galar/Weil Robinson	Adserà Ahn/Mira Althammer Galar/Weil Sleeboos (p)
<b>Psychologische Theorien</b>			Bagozzi/Loo Beckman Fishbein Hass Hofmann/Ho. Rosenstiel	Loken/Fishb. Miller Oppitz Rosenstiel	Ajzen Miller	Miller et al.
<b>Biologische Theorien</b>	Malthus (ö)				Voland	
<b>Technologische Theorien</b>	Davis/Blake Grotjahn	Ryder Westhoff	Bongaarts Bumpass Ryder Westhoff		Murphy	
<b>Familienpoli-tische Ansätze</b>			Schubnell Wingen (s)	Dinkel (ö) Schubnell/ Höhn Wingen	Castles Chesnais Esping-And. Gauthier Höhn Kaufmann/ Strohmeier Wingen	Bertram Bonoli Castles d’Addio/d’Er. Esping-And. Höhn et al. Kaufmann (s) Neyer

Anmerkungen zu Tabelle 3-1: Berücksichtigt sind Theorien des Zweiten Geburtenrückgangs und ältere, die für ihre Entwicklung relevant sind. In Grenzfällen bei der Zuordnung ist der Anfangsbuchstabe der alternativen Zuordnung hinter dem Autorennamen in Klammern gesetzt. Diese Tabelle erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, vielmehr soll ein Überblick über die in diesem Theorieteil berücksichtigten Autoren in fachlicher und historischer Dimension ermöglicht werden.

### 3.2 Die klassische Transitionstheorie

„Few social trends in the modern period have been as universal and persistent as the decline of mortality and fertility. Coming as a result of agricultural, industrial, and technical evolution, the declines were established first in mortality and only after a considerable interval in fertility. The result of this lagging transition from high to low vital rates has been a wave of population growth, moving across Europe with the current of modernization.” (Notestein et al. 1944:16)

Die Transitionstheorie wird, obwohl sie sich auf den Ersten Geburtenrückgang bezieht, aus drei Gründen in den Theorieteil aufgenommen. Erstens um Nützlichkeit und Gültigkeit des integrativen Mehrebenenmodells auch für Theorien des Transitionellen Geburtenrückgangs zu demonstrieren, zweitens, weil sie als einflussreichste demografische Theorie die späteren Theorien entscheidend prägte und drittens für den Vergleich der dort genannten Ursachenfaktoren mit denen des Zweiten Geburtenrückgangs.

Mitte der 1940er Jahre wurde die Transitionstheorie von Notestein (Notestein et al. 1944) und Davis (1945, 1949) sowie etwas später in der deutschsprachigen Variante von Mackenroth (1953) formuliert. Einzelne Komponenten der Theorie wurden bereits früher beschrieben, wie das makroskopische Drei-Phasen-Modell von Thompson (1929) sowie in abweichender Aufteilung von Landry (1909, 1933) und die These des Sterblichkeitsrückgangs als Hauptursache (vgl. u. a. Wolf 1912:10-16).<sup>93</sup> Die Transitionstheorie ist eine Großtheorie mit dem Anspruch einer universellen Reichweite, wonach alle Bevölkerungen der Welt irgendwann die Transition von einem Gleichgewicht mit hohen Geburten- und Sterberaten zu einem mit niedrigen durchleben. Sie umfasst Beschreibung, Ursa-

93 Thompson gilt zu Recht als wichtigster Vorläufer, da seine drei Phasen – im Unterschied zu Landry, dessen Phasen sich nach der Art der Geburtenkontrolle und nicht nach der Relation von Geburten- und Sterblichkeitsrückgang orientieren – denen von Davis entsprechen. Gemeinsam mit der Transitionstheorie ist beiden die Universalität der Phasen in räumlicher und historischer Sicht. Im Unterschied zur Transitionstheorie benennen beide jedoch nicht den Sterblichkeitsrückgang als ursächlichen Faktor (vgl. Landry 1933:739) und die Gleichgewichtsthese. Letzteres hängt mit dem Zeitpunkt der Veröffentlichung zusammen, denn um 1930 waren – anders als 15 Jahre später – die Beendigung des Geburtenrückgangs und eine Erholung der Geburtenraten auf stationäres Niveau noch nicht sichtbar.

chenanalyse und Prognosen; da die Beschreibung der Transition in drei bzw. in der differenzierteren Variante in fünf Phasen im historischen und internationalen Vergleich eine zentrale Rolle einnimmt, ist der heuristische Charakter der Theorie zu unterstreichen. Zwei wichtige Prognosen postulieren die Autoren: Die erste Prognose besagt, dass die Transition auch alle Entwicklungsländer erreicht und dass einem dort eintretenden Sterblichkeitsrückgang unweigerlich auch ein Geburtenrückgang folgt (vgl. Davis 1945:609ff, Mackenroth 1953:332ff). Die zweite Prognose betrifft die Phase nach der Transition, konkret Europa und Nordamerika ab Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts, und besagt, dass nach der Transition ein Oszillieren der Geburtenraten um ein stationäres Gleichgewicht stattfindet.

„(...) every social system represents a balance of forces, some tending to heighten the rate of births, deaths, and migration, and some tending to lower it; and that the balance itself is related not only to the individual needs of the people but to the societal needs as well.“ (Davis 1949:593)

Die Autoren sprechen von „Balance“ (Davis 1945:5, 1949:593), „demografischer Reife“ und „Bevölkerungsstabilität“ (Notestein et al. 1944:69) oder „stabile Bevölkerungsweise“ (Mackenroth 1953:337).<sup>94</sup> Mackenroth definiert „Bevölkerungsweise“ als die Summe des einzelnen generativen Verhaltens, die infolge sozialer Prozesse zu einem gesamtgesellschaftlichen Gleichgewicht tendiert.

„Das individuelle Verhalten mit allen seinen Bewusstseinsverkleidungen wird in einer Bevölkerungsweise vom Sozialen her sinnhaft überformt. Die Bevölkerungsweisen enthüllen sich in ihrer sinnhaften Gefügtheit nur dem (...) Blick des Sozialwissenschaftlers und finden sich nicht im Bewusstsein ihrer Träger.“ (Mackenroth 1953:327)

Die Gleichgewichtsvorstellung hinsichtlich der posttransitionellen Phase, wobei das Oszillieren um die Stationarität enger und weiter interpretiert werden kann<sup>95</sup>, ist bei allen drei Autoren unzureichend und – wenn überhaupt – nur normativ begründet.

Für diese Untersuchung von größerem Interesse ist die Ursachenbeschreibung des Geburtenrückgangs. Notestein und Davis führen zwei Erklärungsstränge an, die beide eng mit der Modernisierung zusammenhängen. Eine zentrale Ursache ist demnach der Sterblichkeitsrückgang, insbesondere der Rückgang der Säuglings- und Kindersterblichkeit, da bei einem Verbleib der Geburtenraten in prätransitioneller Höhe die Familiengröße stark zugenommen hätte, was zu einem Anreiz zur Geburtenbeschränkung führte (vgl. Davis 1945:5). Die Anpassung

94 Notestein et al. (1944:30, 70) räumen allerdings auch die Möglichkeit eines Bevölkerungsrückgangs ein. Mackenroth (1953:337) lässt es „dahingestellt“, ob die neue Bevölkerungsreise stabil sein wird, aber „anzunehmen ist es“.

95 Bei einer weiten Interpretation könnte der ausgeprägte angelsächsische Babyboom und der Zweite Geburtenrückgang sogar als innerhalb der theoretischen Annahmen angesehen werden (vgl. 1.2.1).



der Geburtenrate an den Sterblichkeitsrückgang war notwendig gewesen, damit die Bevölkerung nicht zu extrem wuchs und so ein massives demografisches Ungleichgewicht entstand. Dieser gesamtgesellschaftliche Zusammenhang führte zu einer Änderung der Normen zur Familiengröße und bereitete den Weg zur Ausbreitung von Verhütungstechniken (Mackenroth 1953, vgl. auch Malthus 1803, Mill 1848).<sup>96</sup> Die Zeitverzögerung zwischen Sterblichkeits- und Geburtenrückgang, die ein enormes Bevölkerungswachstum bewirkte, führt Davis darauf zurück, dass der Rückgang der Sterblichkeit positiv bewertet wurde, während die Reduzierung der Geburten im Gegensatz zu etablierten Normen stand (Davis 1949:599) und der Wandel ein bis zwei Generationen benötigte. Da der Sterblichkeitsrückgang eine Folge des medizinischen Fortschrittes war, gilt demnach folgende Kausalkette: Industrialisierung → medizinischer Fortschritt → Sterblichkeitsrückgang → Geburtenrückgang.

Als zweiten Erklärungsfaktor nennen die Transitionstheoretiker mit dem Industrialisierungsprozess verbundene Modernisierungsentwicklungen. Nach Notestein et al. (1944:30) bot eine moderne urbane Gesellschaft Anreize zu einer geringen Kinderzahl aufgrund der Individualisierung und der gestiegenen Erwartung hinsichtlich von Bildung und Förderung der Kinder, die das Aufziehen von Kindern teurer machte. Ähnlich argumentiert Davis (1949:600), der niedrige Geburten- und Sterberaten als Ausdruck der Rationalisierung moderner Gesellschaften interpretiert und den Anreiz zur Kleinfamilie in kompetitiven, individualistischen und urbanen Industriegesellschaften anführt (vgl. Davis 1986:60). Er betont die Bedeutung kultureller und gesellschaftlicher Faktoren und kritisiert die Überbetonung biologischer sowie ökonomischer Argumente in zeitgenössischen Theorien (ibid.:593). Auch Notestein et al. betonen den Einfluss der Normen einer geringen Kinderzahl:

„(...) it places heavy economic and social penalties on the parents of large families. There are strong inducements to parents to have only a few children to whom they can give ‘every advantage’.” (Notestein et al. 1945:30)

Die Verbreitung dieser Normen und des diesen entsprechenden generativen Verhaltens begann demnach in Städten sowie in höheren bzw. mittleren Schichten und breitete sich auf ärmere Schichten sowie in ländliche Regionen aus. Die zweite Argumentationslinie kann durch folgende Kausalkette dargestellt werden: Industrialisierung → ökonomischer und gesellschaftlicher Wandel → Normen und Anreize zur Kleinfamilie → Geburtenrückgang. Die Veranschaulichung der

96 Dieses Argument ist neomalthusianistisch, da auch hiernach eine Reduzierung der Kinderzahl dem Gemeinwohl dient. Allerdings wird im Unterschied zu Malthus nicht mit drastischen Elendsszenarien und der Forderung nach Enthaltsamkeit argumentiert, sondern mit der Forderung der Verwendung empfängnisverhütender Mittel. Mackenroth (1953:353) bezeichnet Mill als „geistigen Vater des Neomalthusianismus“.



Timelags im internationalen Vergleich. Die zweite Argumentationslinie der sozioökonomischen Modernisierung steht mit Faktoren im Zusammenhang, die die Fertilitätstheorien der ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts dominierten, wie Urbanisierung, Rationalisierung, Aspirationsniveau für Wohlstand, Bildungsexpansion, Frauenerwerbstätigkeit, Präventivtechnologien, qualitative Nachwuchsförderung und Individualisierung. Diese Faktoren sind in früheren Arbeiten ausführlicher beleuchtet worden (u. a. Brentano 1909, Grotjahn 1914, Mombert 1929, Wolf 1912, 1916, 1929, siehe auch Mackensen 2002). In der angelsächsischen Transitionstheorie werden weniger einzelne Wirkfaktoren untersucht oder komplexe Kausalmodelle des Geburtenrückgangsprozesses generiert (vgl. Herter-Eschweiler 1998, Kaufmann et al. 1992:5), vielmehr werden beide Gleichgewichte (das prä- sowie das posttransitionelle) in ihrem systemischen Zusammenhang analysiert und beschrieben.

Eine tiefschärfere Analyse des Prozesses des Transitionellen Geburtenrückgangs liefert Mackenroth, der den Geburtenrückgang historisch durch die Kontrastierung der agrarischen, traditionellen Bevölkerungsweise mit der neuen, industriellen Bevölkerungsweise beschreibt (Mackenroth 1953:325-412), wobei Bevölkerungsweise und Wirtschaftssystem in einem dialektischen Zusammenhang stehen (vgl. Rationalisierungsthese, *ibid.*:328). Hinsichtlich des individuellen generativen Verhaltens unterscheidet er drei Bereiche: das physische Können, das soziale Dürfen und das persönliche Wollen. Ersteres hält er für vernachlässigbar und letzteres für von sozialen Einflüssen überformt, folglich steht im Zentrum seiner Analyse der soziologische „Dürfen“-Aspekt.

Als zentrale Ursachen des Geburtenrückgangs nennt Mackenroth den Industrialisierungsprozess begleitende Entwicklungen wie die Liberalisierung ethischer Normen hinsichtlich von Geburtenkontrolle (*ibid.*:344ff), den Funktionsverlust der Familie (*ibid.*:357ff) und die durch den Aufstiegswillen einzelner Schichten bedingte Rationalisierung der Familienplanung (*ibid.*:388ff). Er untermauert diese Thesen mit Betrachtungen des europäischen Industrialisierungsprozesses. Bei seiner Analyse der Sexual- und Familienethik zeichnet er den Weg vom Fruchtbarkeitsgebot und asketischen Keuschheitsideal bis zum Durchbruch neomalthusianischer Verhütungsnormen, wobei er Antriebs- und Bremskräfte kirchlicher und politischer Art eindrucksvoll herausarbeitet. Mackenroths sozialinstitutionelle Betrachtung der Familie untersucht die durch Änderungen der Produktionsweise verursachten Änderungen der Familienverfassung, die während der Entstehung der Industriegesellschaft zu einem Funktionsverlust der Familie führten. Dabei wurden Familienfunktionen auf die staatliche Ebene verlagert, die vorindustrielle familiäre Erzeugungsarbeit durch Erwerbsarbeit außer Hause ersetzt und die Nützlichkeit von Kindern als Arbeitskräfte durch lang andauernde Erzie-

hungskosten transformiert.<sup>98</sup> Eine weitere wichtige Ursache des Geburtenrückgangs sieht Mackenroth im Aufstiegswillen als Massenphänomen vieler Schichten, der auf eine hohe Aufwandnorm für Kleidung, Schul- und Berufsbildung trifft, so dass „die Kleinhaltung der Familie zugunsten einer guten Ausbildung der vorhandenen Kinder“ (ibid.:397) vorgenommen wird (vgl. Becker 1960, siehe 3.10). Als Geburten mindernden Faktor führt Mackenroth Konjunkturschwankungen und Arbeitslosigkeit an, wobei er die Erholung der Geburtenraten seit den 1930er Jahren auf sozialpolitische Fortschritte in der Sicherung vor Arbeitslosigkeit zurückführt (ibid.:403).

Die Wohlstands- und Armutstheorien kritisiert Mackenroth heftig als eine „abstruse Anwendung des rationalistischen Grenznutzenschemas“ (ibid.:319). Auch technische Innovationen der Präventivmittel (ibid.:390), Abtreibungen und die Frauenerwerbstätigkeit lehnt Mackenroth als Erklärungen des Transitionellen Geburtenrückgangs ab, jedoch sieht er – retrospektiv gesehen eine hervorragende Prognose – im „Vordringen“ der weiblichen Erwerbsarbeit eine Ursache für mögliche zukünftige Geburtenbeschränkungen (ibid.:366). In Mackenroths Transitionstheorie sind trotz der Gleichgewichtsprognose einige neuralgische Punkte hinsichtlich eines zukünftigen Geburtenrückgangs unter die Stationaritätsschwelle benannt. Dazu betont er – vor dem Hintergrund zeitgenössisch stationärer Geburtenraten höchst bemerkenswert – die Notwendigkeit groß angelegter sozialer Reformen für einen Verbleib des demografischen Gleichgewichts. Seine sozialpolitischen Forderungen wie etwa eine stärkere Anpassung der Wirtschaft an Bedürfnisse der Familie, die Schaffung von Halbtagsbeschäftigungen oder die stärkere Berücksichtigung von Kindern bei der Einkommenssteuer muten ein halbes Jahrhundert später noch aktuell an (ibid.:365, 397 und 413).

Mackenroths umfangreiche Theorie zur Erklärung des Transitionellen Geburtenrückgangs ist in Abbildung 3-2 im Mehrebenenmodell veranschaulicht. Wie in der angelsächsischen Variante sind auf Seite der Makrofaktoren Rationalisierung (3), sozioökonomische Modernisierung (4) und der Rückgang der Kindersterblichkeit (8) die wichtigsten Faktoren, die sich im Mikromodell neben der Kosten- und Nutzendimension (Ia, Ib) besonders auf die Normen (Ig, IIc) auswirken. Darüber hinaus sind die weiteren mit Pfeilen eingezeichneten Wirkungszusammenhänge geeignet, Unterschiede zwischen den Ländern zu erklären.

98 Trotz dieser Funktionsverluste sieht Mackenroth auch Funktionsgewinne der Familie, insbesondere als „letzte Bastion“ (ibid.:377) vor „modernen Kollektivierungstendenzen“ (ibid.:376). Diese bedingen jedoch keine große Kinderzahl.

Makrokomponenten		➔	Mikrokomponenten	
<b>Ökonomie</b> <b>Gesellschaft</b>  <b>Technik</b>  <b>Institut.</b>	1) Emanzipation von Frauen 2) Religiöser Einfluss 3) Kultureller Wandel  4) Sozioökon. Modernisierung 5) Ökonomische Performanz 6) Ökonomische Homogenität		<b>Ia) Ökonomische Kosten</b> <b>Ib) Ökonomischer Nutzen</b> Ic) Psychologische und Zeitkosten Id) Psychologischer Nutzen <b>Ie) Generativer Nutzen</b> If) Fähigkeitswahrnehmung ----- <b>Ig) Normen und Rollen /</b> <b>Gesellschaftliche Anerkennung</b>	<b>Langfristiger Kinderwunsch</b>         
	7) Technische Faktoren 8) Demografische Faktoren		Ila) Möglichkeit Ilb) Verfügbarkeit Verhütungstechnik  <b>Ile) Normen Verhütungstechnik</b> Ild) Möglichkeiten von Abtreibung	<b>Verhütung</b>
	9) Politisch-institutionelle Faktoren 10) Parteidifferenz		<b>IIc) Normen Verhütungstechnik</b> IId) Möglichkeiten von Abtreibung	<b>Situation</b>
<b>Familienpolitik</b>	11) Alterssicherung 12) Finanzielle Transfers 13) Bildung und Betreuung 14) Arbeitsmarktregelungen 15) Familiennormierendes Recht 16) Pronatalist. Kommunikation	<b>IIIa) Einschätzung der Situation / Lebensverlaufs-perspektive</b> IIIb) Einschätzung der Beziehung ----- IIIc) Partnerentscheidung	<b>Situation</b>	

Die Transitionstheorie hat über mehrere Jahrzehnte den sozialwissenschaftlichen Diskurs geprägt. Zunehmend stellten jedoch reale demografische Entwicklungen die Theorie in Frage. Die Gleichgewichtsprognose wurde während des (v. a. angelsächsischen) Babybooms mit Nettofortpflanzungsziffern weit über eins und durch den Zweiten Geburtenrückgang mit solchen weit darunter verletzt. Noch gravierender war die fehlerhafte Prognose hinsichtlich des erwarteten Geburtenrückgangs in den Entwicklungsländern. Die Annahme, dass sich dort die Transition schneller vollzieht, d. h. der Geburtenrückgang schneller dem Sterblichkeitsrückgang folgt, so dass das Bevölkerungswachstum dort geringer als während der historischen europäischen Transition ist, teilten sämtliche Transitionstheoretiker (Davis 1945:2, Landry 1933:132, Mackenroth 1953:496, Thompson 1929:969).<sup>99</sup> Tatsächlich war der Timelag zwischen Sterblichkeits- und Gebur-

104

tenrückgang und damit das Bevölkerungswachstum der Entwicklungsländer erheblich größer.

Im Rahmen des Princeton European Fertility Project<sup>100</sup> wurden die Thesen der Transitionstheorie vor dem Hintergrund einer besseren Datenlage<sup>101</sup> der europäischen Transition empirisch untersucht (Coale 1973, 1986, Knodel & van de Walle 1979, Watkins 1986). Im Ergebnis erwies sich die transitionstheoretische Erklärung des Geburtenrückgangs durch die Variablen sozioökonomische Entwicklung und Sterblichkeitsrückgang als zu grob, da einige Widersprüche auftauchten. Der Geburtenrückgang fand in Europa während erheblich unterschiedlicher Stadien der sozioökonomischen Entwicklung statt, dieser Befund wird anhand der Indikatoren Landwirtschaftsquote, Urbanisierung und Analphabetenquote nachgewiesen (Knodel & van de Walle 1979:221ff). Auch der zeitliche Zusammenhang zwischen Kindersterblichkeits- und Geburtenrückgang ist geringer als von den Transitionstheoretikern postuliert. Coale (1973) spezifiziert das Modernisierungsargument, indem er drei Bedingungen kultureller, ökonomischer und technischer Art benennt, die für den Geburtenrückgang gleichzeitig erfüllt sein müssen, was mit zunehmender Modernisierung wahrscheinlicher wird. Knodel und van de Walle entwickeln die Transitionstheorie weiter, indem sie die nachgewiesenen Erklärungslücken mit neuen Erklärungsfaktoren füllen. Eine entscheidende Rolle spielen hierbei die kulturellen Faktoren, wobei der Wissensstand hierzu teilweise lückenhaft ist (ibid.:237).

Although the European experience confirms a loose relationship between socioeconomic modernization and fertility decline, it also suggests that there was an important innovation-diffusion dimension to the reproductive revolution that swept the continent. (Knodel & van de Walle 1979:239)

Die zeitliche Nähe des Beginns des Geburtenrückgangs, in den meisten Ländern zwischen 1880 und 1910, in Zusammenhang mit höchst unterschiedlichem Modernisierungsniveau interpretieren sie als Beleg für Diffusionsprozesse von Verhütungswissen und Normen. Bei diesen Diffusionsprozessen spielen demnach kulturelle und sprachliche Gemeinsamkeiten und Grenzen eine bedeutendere Rolle als der sozioökonomische Entwicklungsstand.<sup>102</sup> Eine Dynamik steckt im

100 Die Supervision dieses Projekts lag bei Ansley Coale, der Mitautor des vielleicht einflussreichsten transitionstheoretischen Werks einige Jahrzehnte zuvor (Notestein et al. 1944) war.

101 Die neuen statistischen Daten beinhalten sowohl Familien-Rekonstruktions-Daten auf der Mikroebene als auch nationale und regionale Makrodaten.

102 Dies lässt sich gut am belgischen Beispiel zeigen: In französischsprachigen wallonischen Gebieten war der Geburtenrückgang deutlich früher und schneller als in den niederländischsprachigen flämischen Gebieten; da Frankreich ein Vorläufer des Geburtenrückgangs war, haben Verhütungswissen und Normen innerhalb der gleichen Sprache den Weg über die Landesgrenze schneller gefunden. Ein weiteres Beispiel ist die Homogenität innerhalb der angelsächsischen Länderfamilie.



von Kindern die Faktoren Fruchtbarkeit und Kindersterblichkeit berücksichtigt (Easterlin 1975, Easterlin & Crimmins 1982, 1985, Easterlin et al. 1988). Die Kombination des schlanken Kosten-Nutzen-Ansatzes Leibensteins mit der Easterlin'schen Angebotserweiterung ermöglicht eine ökonomische Erklärung der Transition (vgl. ökonomische Theorien in 3.10 und 3.11).

„Die Modelle von Leibenstein bzw. Becker und von Easterlin und Crimmins lösen das Rätsel des nachhaltigen Rückgangs der Fertilität als Bestandteil des demographischen Übergangs auf eine überzeugende Weise.“ (Esser 1993:315)

Komplementär zu ökonomischen Kosten-Nutzen-Ansätzen ist Caldwells (1976, 1982) als Weiterentwicklung der Transitionstheorie bezeichneter familienfunktionalistischer Ansatz, der den Richtungswechsel des intergenerationalen „Wealth Flow“ in den Mittelpunkt stellt. Dieser Vermögens- bzw. Unterstützungsfluss umfasst monetäre, materielle und immaterielle Unterstützungsleistungen:

“The magnitude and direction of wealth (money, goods, services, guarantees) flows and potential flows are areas of research that are often neglected or misunderstood.” (Caldwell 1976:337)

Der Theorie nach geht in traditionellen, prätransitionellen Gesellschaften die Richtung des Wealth Flow von den jüngeren zu den älteren Generationen, während er in modernen, posttransitionellen Gesellschaften in umgekehrter Richtung fließt. Der Richtungswechsel und die ihn umrahmenden Prozesse sind demnach ursächlich für den Transitionellen Geburtenrückgang. Trotz der Betonung der ökonomischen Anreize ist nach Caldwell die Entscheidung für Kinder durch soziale und psychologische Faktoren überformt,<sup>103</sup> nicht zuletzt da sonst die Geburtenrate in traditionellen Gesellschaften höher, nahe der Fekunditätsschwelle wäre und moderne Gesellschaften die Kinderlosigkeit favorisieren würden (ibid.:355). Er kritisiert die Modernisierungsthese und Sterblichkeitsrückgangsthese der Transitionstheoretiker (ibid.:356ff) und betont die kulturellen Unterschiede zwischen Europa und vielen Entwicklungsländern - insbesondere mit dem Verweis auf die Bedeutung der nuklearen Familie in Europa. Auch verweist Caldwell auf politische Möglichkeiten, den Wealth Flow zu beeinflussen. Caldwell verbindet in seiner Theorie die These des Funktionsverlusts der Familie mit der zunehmenden Förderung von Kindern (beides u. a. Mackenroth 1953). Die Stärke der Wealth-Flow-Theorie ist, dass sie die Hauptschwäche der Transitionstheorie, den unterschiedlichen Modernisierungsgrad zu Beginn des Geburtenrückgangs, erklären kann. Vorteilhaft sind auch die Verbindung ökonomischer und soziologischer Faktoren sowie ihre schlanke Struktur. Problematisch ist die Messung der immateriellen Unterstützungen und die geringe Ausarbeitung der soziologi-

103 Deswegen wird Caldwells Theorie häufig als soziologische klassifiziert (vgl. Mueller et al. 2000, van de Kaa 1996).



schen Überformung des sich verändernden ökonomischen Anreizes (ökonomische Analyse interfamiliärer Transfers: Bernstam 1986). In späteren Publikationen weist Caldwell auf Parallelen beider Geburtenrückgänge hin, die er zusammen als globalen Geburtenrückgang interpretiert (Caldwell 2001, vgl. Chesnais 2001). Auch verteidigt er die Gültigkeit der Transitionstheorie, da aus makroskopischer Perspektive Babyboom und Zweiter Geburtenrückgang nur Oszillationen posttransitioneller Geburtenraten sind (Caldwell 2004).

McNicoll (1980) bewertet die Transitionstheorie als inadäquat angesichts der Komplexität des Gegenstands sowie des Bevölkerungswachstums in der Dritten Welt und schlägt die Einbeziehung institutioneller Determinanten vor. Auf der Mikroebene interpretiert er Fertilitätsentscheidungen unter den Aspekten der Satisfizierung und Simons „Administrative Man“ (ibid.:450). Er weist an Beispielen die Bedeutung institutioneller Rahmenbedingungen nach, betont jedoch das Fehlen empirischer Daten und Typologien von für die Fertilität relevanten Institutionen für einen systematischen internationalen Vergleich.

„As a descriptive account (...) the original theory of demographic transition has universal relevance. However, as already seen, similarity of trajectory does not preclude diversity of rates. (...) The theory is equally valid as an explanatory framework. There is a close relation between fertility and sozio-economic development.“ (Chesnais 1992:513)

Im Unterschied zu vielen anderen Autoren hält Chesnais (1992) nicht nur die beschreibende, sondern auch die analytische Komponente der klassischen Transitionstheorie für bestätigt. In seiner eindrucksvollen, zweieinhalb Jahrhunderte und 67 Staaten analysierenden Untersuchung weist er die Kritik der Princeton-Gruppe zurück und interpretiert die Diversität des Zusammenhangs von Modernisierung und Sterblichkeitsrückgang mit der Geburtenrate für theorieimmanent. Die Gleichgewichtshypothese ist nach Chesnais nur eine schwache und implizite Komponente der Transitionstheorie. Da es auch erhebliche prätransitionelle Variationen gab, sind für ihn auch zyklische posttransitionelle Variationen bis hin zu längeren Geburtenrückgangsphasen kein Widerspruch zu ihr (ibid.:8ff, 190ff). Chesnais ergänzt die Theorie mit Aspekten der Migration und dem reziproken Einfluss von demografischen und ökonomischen Entwicklungen.

„(...) die ‚Theorie des demographischen Übergangs‘ [ist] bei aller Umstrittenheit noch immer das einzige umfassende Theoriekonzept der Demographie geblieben.“ (Höhn 1998:9)

Die große Stärke der Transitionstheorien beruht weniger auf bahnbrechenden Erklärungsansätzen, als auf der modellhaft-makroskopischen historischen und internationalen Systematisierung generativer Verhaltensmuster. Die von Davis (1945, 1949) und Notestein et al. (1944) genannten Erklärungsfaktoren sind nicht ausreichend und als alleinige Erklärung nicht aufrecht zu halten; auch ihre undifferenzierte deterministische Interpretation des Modernisierungsprozesses und ihr kaum begründetes Gleichgewichtspostulat werden zu Recht häufig kriti-

siert. Andererseits spricht die weltweite und historische negative Korrelation von Modernisierungsvariablen und der Geburtenrate für eine solche Großtheorie, wobei der Kausalzusammenhang durch ein weitaus komplexeres und flexibleres Theoriefundament unterfüttert und ihr Gültigkeitsanspruch nicht auf die post-transitionelle Phase ausgedehnt werden sollte. Weitgehende Differenzierungen und Anreicherungen mit kulturellen und technischen Faktoren können Weiterentwicklungen entstehen lassen, die die heuristische Stärke der klassischen Transitionstheorie mit der analytischen Stärke moderner sozialwissenschaftlicher Theorien kombinieren.<sup>104</sup> Derartige Ansätze gibt es mehrere (vgl. Huinink 2000a, Pressat 1985, van de Kaa 1996), wobei die durch Castles (1976, 1982), Coale (1973), Coale und Watkins (1986), Freedman (1979), Knodel und van de Walle (1979) sowie die Weiterentwicklung von Mackenroths Ansatz durch Linde (1984) zu den einflussreichsten zählen.

Auch wenn die Prognose einer beschleunigten Transition in den Entwicklungsländern fehlerhaft war, scheint sich die Basisprognose zu bewahrheiten, wonach alle Länder der Welt im Laufe der Zeit eine Transition zu niedrigen Sterbe- und Geburtenraten durchlaufen werden. In diesem Sinne hat sich die Theorie bewährt (vgl. Büttner 2000:1174). Das Phänomen des Zweiten Geburtenrückgangs ist mit der Transitionstheorie nicht zu erklären, da der Einfluss der Variable Kindersterblichkeitsrückgang abgeschlossen ist und in modernen post-transitionellen Industrieländern die Geburtenrate nicht mit Modernisierungsvariablen korreliert (vgl. Castles 1998). Die betroffenen Länder befinden sich zweifellos in einer neuen Phase (siehe 1.2.1, vgl. Andorka 1978:382, Höhn 1986:312, Kiefl & Schmid 1985:21; kritisch: Linde 1984). Das bedeutet, dass Vermengungen von Erklärungsfaktoren beider Geburtenrückgänge beispielsweise durch die Methode des Most Dissimilar Cases Design wenig sinnvoll sind (vgl. 2.2).<sup>105</sup> Zwei allgemeine bevölkerungssoziologische Erkenntnisse generiert die Deskription der Transitionstheorie in diesem Abschnitt, die für den Zweiten Geburtenrückgang auch gelten könnten, nämlich dass das Überschreiten einer gewissen Schwelle der sozioökonomischen Faktoren notwendige, jedoch nicht hinreichende Bedingung für Entwicklungen ist sowie die Bedeutung von Diffusionsprozessen in kulturell homogenen Ländern. Insofern könnte der Titel des Aufsatzes von Knodel und van de Walle (1979) auch hier gelten: „Lessons from the past“.

104 Da Mackenroths Ansatz kulturelle Faktoren im stärkeren Maße berücksichtigt, gilt die Kritik für ihn nur bedingt. Man kann sie auch als Weiterentwicklung der klassischen Transitionstheorie interpretieren.

105 Mit solchen Untersuchungsplänen ließe sich eine negative Korrelation der Geburtenrate mit sozioökonomischen Faktoren aufzeigen, die aber für die Fragestellung dieser Arbeit irreführend wäre, da ein solcher Zusammenhang für die Unterschiede der OECD-Länder in den letzten Jahrzehnten nicht besteht (vgl. Castles 1998).

### 3.4 Soziologische Multikomponentenansätze

Als Multikomponentenansätze werden hier solche bezeichnet, die eine Vielzahl von Faktoren anführen bzw. diskutieren und dabei nicht bestimmte Zusammenhänge derart in den Theoriemittelpunkt stellen, dass eine Zuordnung zu den anderen soziologischen, technologischen oder familienpolitischen Ansätzen angemessener wäre. Dabei sind die Grenzen fließend. Im Folgenden werden die Multikomponentenansätze von Schubnell (1973), Andorka (1978) und Bolte et al. (1980) dargestellt; frühe ähnliche Ansätze von Wingen (1977) und Höhn (1986) werden im Rahmen des familienpolitischen Diskurses dieser Autoren in Abschnitt 3.14 diskutiert, weitere Ansätze gibt es u. a. von Strohmeier (1988).

Der Gründungsdirektor des BIB, Schubnell (1973)<sup>106</sup>, versucht, die Ursachen des gerade begonnenen und in Deutschland besonders dramatischen Zweiten Geburtenrückgangs zu analysieren. Er setzt sich mit zeitgenössisch populären Erklärungsmustern auseinander, wobei er neben der Sterilitätshypothese vor allem präventivtechnologische Ansätze, auch hinsichtlich der Verbreitung von Verhütungskennntnissen und von Sexualnormen, verwirft.<sup>107</sup> Dazu ist er bei regionalen, konfessionellen und einkommensbezogenen Unterschieden skeptisch, inwieweit diese ursächlich mit dem Geburtenrückgang in Zusammenhang stehen. Seine Hauptaussage ist weniger die Nennung bestimmter Erklärungsfaktoren<sup>108</sup>, als vielmehr der Verweis auf die Multikausalität und die große Komplexität des Gegenstands:

„Es kann hier nur wiederholt werden, daß wir es mit einem sehr vielschichtigen und komplizierten Geflecht von Ursache- und Wirkungszusammenhängen zu tun haben, wobei die Wirkungsfaktoren regional, im zeitlichen Ablauf und in den verschiedenen Bevölkerungsgruppen offenbar ein sehr unterschiedliches - und sich ständig änderndes - Gewicht besitzen.“ (Schubnell 1973:47)

Des Weiteren formuliert er methodische Bedingungen bevölkerungswissenschaftlicher Forschung. Dabei entwickelt er eine grundlegende Systematik von Einflussfaktoren, wobei nach gesellschaftlichen Aggregatphänomenen und individuellen sowie familialen Mikrodaten differenziert wird. Hierbei identifiziert er jeweils mehr als zwanzig Einflussfaktoren der Mikro- und Makroebene auf die

106 Das BIB wurde 1973, im Jahr der Veröffentlichung der hier genannten Monografie, als Reaktion auf den Zweiten Geburtenrückgang gegründet (vgl. Höhn 1998). Der Text war ursprünglich für den Familienbericht-Zwischenbericht des Deutschen Bundestages vorgesehen (vgl. Schubnell 1973:5).

107 Allerdings findet er demografische Belege für die stärkere Planung der Kinderzahl (ibid.:46), die insbesondere in den Altersgruppen stattfindet, in denen ovulationshemmende Verhütungsmittel sich am frühesten verbreitet haben.

108 Deswegen ist eine Darstellung seiner Theorie im Mehrebenenmodell wenig sinnvoll. Allerdings findet sich Schubnells Systematisierung von Mikro- und Makrofaktoren in der Struktur des Mehrebenenmodells wieder.

Kinderzahl, deren Kombination auf einer Vielfeldertafel bereits 400 Felder ergeben würde. Untersuchungen in diesem Umfang hält er für nicht sinnvoll und betont die Notwendigkeit einer Auswahl einiger dieser Faktoren mit Hilfe theoretischer Überlegungen.

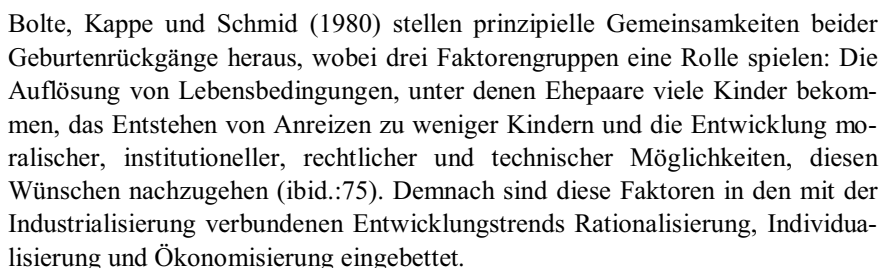
Im weiteren Verlauf der Untersuchung analysiert Schubnell den Erklärungsfaktor Frauenerwerbstätigkeit, da diesem in der internationalen Diskussion der größte Einfluss zugemessen wird, allerdings „ohne diesen Einfluß exakt nachweisen zu können“ (ibid.:36), was auch für seine Analyse gilt. Als Reaktion auf die zunehmende Frauenerwerbstätigkeit, insbesondere im Dienstleistungssektor, fordert er – angesichts seiner vorsichtigen Ursachenzuschreibung eher als sozialpolitische Maßnahme – die Einrichtung von Institutionen zur Betreuung von Kindern erwerbstätiger Mütter, mehr Teilzeitangebote in den Betrieben und von den Ehemännern „partnerschaftliche Mitarbeit und Rollenteilung“ (ibid.:115).

Der ungarische Demograf Andorka (1978) hat eindrucksvoll den Zusammenhang von elf Determinanten (Verhütungswissen, Einkommen, sozioökonomischer Status, Bildung, soziale Mobilität, Urbanisierung, Migration, Frauenemanzipation, religiöse Denomination, psychologische Faktoren und Bevölkerungspolitik) mit der Geburtenrate vor dem Hintergrund des internationalen Forschungsstands dargestellt (ibid.:225-359). Seine anschließend formulierte Theorie stellt die Wirkung der Determinanten über gesellschaftliche Normen in den Mittelpunkt.

„This hypothesis obviously underlines the importance of the socio-psychological processes through which the norms, values and attitudes of national societies (...) are developed and changed.“ (Andorka 1978:381)

Trotz vielfacher Korrelationen mit den anderen Determinanten haben nach Andorka nur Einkommen, Urbanisierungsgrad und Frauenerwerbstätigkeit einen direkten Einfluss auf die Geburtenrate, während die anderen nur indirekt über Normen wirken. Technologische Einflüsse auf die Fertilität hält er für minimal und kurzfristig. Den Einfluss des Einkommens stellt er unter die Einschränkung der Konstanzhaltung anderer Faktoren, so dass langfristige Veränderungen und mit Bildungsniveau assoziierte Zusammenhänge durch diese Variable zwar nicht erklärt werden können. Dafür kann Einkommen den negativen Einfluss kurzfristiger konjunktureller Tiefs und von Arbeitslosigkeit auf die Geburtenrate erklären. Den Faktor Urbanisierung betont Andorka nicht als klassische Modernisierungsvariable, sondern aufgrund der für Familien nachteiligen Aspekte von Städten wie knapper Wohnraum und wenig Spielmöglichkeiten. Die Frauenerwerbstätigkeit hat einen negativen Einfluss auf die Geburtenrate, da sie die Opportunitätskosten erhöht, wobei Kinderbetreuungseinrichtungen diese senken können. Für bevölkerungspolitische Maßnahmen stellt Andorka die These auf, dass nur populäre Maßnahmen einen andauernd positiven Effekt haben können, während Zwangsmaßnahmen langfristig keinen oder gar einen negativen Einfluss auf die

**Abbildung 3-4:** Andorkas Fertilitätsdeterminanten anhand des MEM



Die Autoren nennen 13 solche Diskontinuitäten als Faktoren des Zweiten Geburtenrückgangs: „Pille“, gestiegene außerhäusliche Frauenerwerbstätigkeit, Leitbild der berufstätigen Frau in den Massenmedien, Leitbild von Freiheit und Rei-



### 3.5 Frauenemanzipationstheorien

Auch viele Autoren, die in anderen Abschnitten dargestellt werden, sehen in den mit Frauenemanzipation betitelten Entwicklungen der steigenden Erwerbsbeteiligung und der Bildungsexpansion von Frauen, teilweise auch in den damit verbundenen kulturellen Änderungen, die die Geschlechtsrollen sowie das Geschlechterverhältnis betreffen und mit der Frauenbewegung in Zusammenhang stehen, eine Mitursache des Zweiten Geburtenrückgangs. Im Folgenden werden einige Ansätze vorgestellt, die die Frauenemanzipation als zentrale Ursache in den Mittelpunkt stellen, wobei die Brücke von Scanzonis geschlechtsrollentheoretischem Ansatz über die neueren Gendertheorien von Mason und McDonald, über Hakims Präferenztheorie zu Beck-Gernsheim geschlagen wird.

Scanzoni führt als Erklärung für Veränderungen des generativen Verhaltens den Wandel der Geschlechtsrollen an. In seinem mikrosoziologischen Ansatz, der auf faktoranalytischen Auswertungen von einer Untersuchung in 3.000 Haushalten in den USA 1971 und einem Reinterview vier Jahre später aufbaut, dichotomisiert er zwischen traditionellen und egalitären (bzw. modernen) Geschlechtsrollen von Frauen und Paaren, wobei diese sich in einem Kontinuum zwischen beiden Polen befinden und auch als Präferenzen interpretiert werden können (Scanzoni 1978:6ff). Dabei ist das Bestreben egalitär orientierter Frauen nach beruflicher Selbstverwirklichung von entscheidender Bedeutung. Scanzoni differenziert zwischen den Rollen der Ehefrau, des Ehemanns und der Mutter und erhält so sieben Geschlechtsrollendimensionen, die sich in die Dichotomie traditionell/egalitär einordnen lassen (Scanzoni 1975: 29-50).

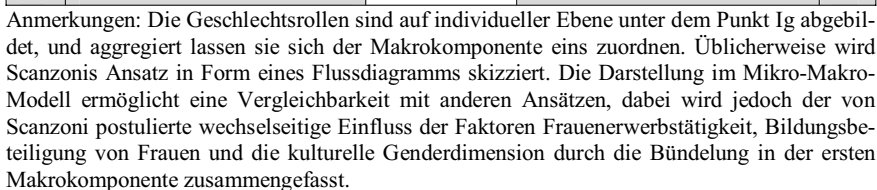
Nach Scanzoni verursacht die Zunahme egalitärer Geschlechtsrollen bei Frauen (vgl. Mason et al. 1976) einen Rückgang der Kinderzahl infolge unterschiedlicher Mechanismen. Zum einen bewirken egalitäre Geschlechtsrollen eine zunehmende Frauenerwerbstätigkeit und damit verbunden einen geringeren Kinderwunsch. Außerdem erhöhen sie, über den Faktor Bildung vermittelt, das Heiratsalter und damit die reproduktive eheliche Phase. Und drittens sind Anwendung und Auswahl der Verhütungsmittel bei Paaren mit egalitäreren Geschlechtsrollen effektiver. Eine weitere Verbindung zwischen egalitärer Geschlechtsrolle und niedrigem Kinderwunsch identifiziert Scanzoni (1976:52) in der Wahrnehmung der Bevölkerungswachstumsproblematik.<sup>110</sup> Auf individueller Ebene führt er ihn auf den Status der Eltern und das Bildungsniveau der jungen Frauen zurück (Scanzoni 1978:154, vgl. Mason et al. 1976<sup>111</sup>). Als Bremsfaktor

110 Scanzoni weist dies für das Jahr 1971 nach, wobei dieser Zusammenhang sich bis 1974 reduziert, was er auf die Wahrnehmung des Geburtenrückgangs in den USA zurückführt.

111 Mason et al. (1976:593) nennen als strukturelle Korrelate ebenso die Bildungsbeteiligung und zusätzlich die Erfahrung als Erwerbstätige.

„(...) there is very likely continual, complex, ongoing feedback between those features and sex-role preferences. (Scanzoni 1978:156)

**Abbildung 3-6:** Scanzonis Rollentheorie dargestellt anhand des MEM





Auch außer diesen geschlechtsspezifischen Egalitätsdifferenzen trägt Scanzoni Ansatz zum Verständnis der Paarinteraktion bei, da er eheliche Konflikte, Verhandlungsstrategien und Machtverhältnisse vor dem Hintergrund unterschiedlicher Rollen analysiert (Scanzoni 1978:87-146). Im Unterschied zu Frauen mit traditionellen Rollen argumentieren egalitär orientierte Frauen eher mit individualistischen als mit gruppenorientierten Strategien, und aufgrund des modernen Rollenverständnisses, der eigenen Erwerbstätigkeit sowie des eigenen Einkommens ist ihre Verhandlungsmacht stärker. Einige Kernannahmen seiner Rollentheorie kann Scanzoni mit Hilfe mikroanalytischer Daten für die USA untermauern. Ihr Vorzug ist, dass sie unterschiedliche Geburtenraten innerhalb eines Landes, auch bei Paaren unter gleichen sozioökonomischen Bedingungen, erklären kann und dass sie zum Verständnis der Wirkungsweise der Frauenemanzipation auf individueller Ebene beiträgt (siehe Abb. 3-6). Sie lässt jedoch Fragen nach den gesellschaftlichen Schubkräften für die Ausbreitung egalitärer Geschlechterrollen offen, hier scheint eine Kombination mit kulturellen und emanzipatorischen Makrotheorien fruchtbar.

Manche Autoren sehen in der Gleichberechtigung der Geschlechter den entscheidenden Zugang zum Verständnis des Zweiten Geburtenrückgangs – oder zumindest der aktuellen Variation der Geburtenraten in den OECD-Ländern. Davis (1984) führt niedrige Geburtenraten auf das egalitäre System an sich zurück und schlägt neben Vereinbarkeitspolitiken eine Modifizierung des egalitären Systems in Richtung getrennter Geschlechterrollen vor. Dagegen entstanden Mitte der 1990er Jahre vor dem Hintergrund des divergierenden Trends der TFR in Europa Ansätze, die den Widerspruch zwischen gleichberechtigten Bildungschancen sowie den Arbeitsmarktmöglichkeiten der Frauen einerseits und am Ernährermodell orientierten staatlichen Institutionen und traditionellen Geschlechterrollenzuschreibungen andererseits als Erklärung anführen.

„(...) gender stratification systems in industrial nations remain largely intact, despite the improved educational and employment opportunities for women in most of these countries.“ (Mason & Jensen 1995:6)

Mason und Jensen (1995) weisen darauf hin, dass Frauen trotz des gestiegenen Zugangs zu postsekundärer Bildung und Arbeitsmarkt Einschränkungen unterliegen, die mit stereotypen Rollenerwartungen zusammenhängen und dass Familienpolitik Veränderungen von Geschlechterrollen sowie das generative Verhalten ebenso beeinflusst wie ökonomischer und kultureller Wandel. Garhammer (1996) weist auf die Diskrepanz zwischen Anspruch und Praxis familialer Arbeitsteilung bei Zweiverdienerpaaren hin (vgl. Kergoat 2005). Pinnelli (1995) führt, Bezug nehmend auf die SDT-Theorie, die fehlende Kovariation der TFR mit Geschlechts- und ökonomischen Variablen auf die intervenierende Rolle wohlfahrtsstaatlicher Politik zurück. Wie Chesnais (1996) verweist sie auf die niedrigen Geburtenraten Italiens und die hohen Schwedens, die mit dem Ausmaß

der Politik zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie zusammenhängen.<sup>112</sup> Chesnais (1996:734) unterscheidet zwischen den „Nationen der Familien“ wie Italien und Deutschland und den „Nationen der Individuen“ wie Schweden und Großbritannien, wobei letztere höhere Geburtenraten haben. Das etwas irritierende Begriffspaar bedeutet demnach, dass bei ersteren sozialpolitische Maßnahmen auf die Familie fokussiert sind, deren Bild mit patriarchalen Vorstellungen verbunden ist, im Unterschied zu den Vereinbarkeitspolitiken der „Nationen der Individuen“. Ähnlich in der Bedeutung, aber begrifflich überzeugender ist die Dichotomie „Familialism/De-familialization“ (Esping-Andersen 1999:45, siehe 3.14). Neben der Rolle des Staates verweist Chesnais auf die Diskrepanz der Rollenerwartungen zwischen jungen Frauen und Männern in Südeuropa, die zu niedrigen Kinderzahlen beitragen:

„Italian males, even the young, are ill-adapted to this new quality of genders. (...) Italian woman struggle to escape.“ (Chesnais 1996:731)

Ähnlich interpretieren Tsuya und Mason (1995) den mit dem erheblichen Aufschub des Heiratens zusammenhängenden Geburtenrückgang in Japan. Demnach treffen deutlich gestiegene Bildungs- und Berufschancen junger japanischer Frauen auf traditionelle Rollenmuster verheirateter Frauen, die Heiraten nicht attraktiv erscheinen lassen.

Mason, die bereits in den 1970er Jahren den Einstellungswandel von US-amerikanischen Frauen seit Mitte der 1960er Jahre hin zu egalitären Geschlechtsrollen belegt hat (Mason et al. 1976), vergleicht den Einfluss von Gendersystemen auf beide Geburtenrückgänge. Ein Gendersystem beinhaltet demnach Normen hinsichtlich der Geschlechtsrollen.<sup>113</sup> Während demnach in prätransitionellen Gesellschaften traditionelle Gendersysteme, die Bildung und Berufstätigkeit für Frauen erschweren, die Transition bremsen, da sie die Opportunitätskosten gering halten und Zugang sowie Kenntnis von Verhütungsmitteln erschweren, wirken sie in posttransitionellen OECD-Ländern anders. Während sie im ersten Fall höhere Geburtenraten bewirken, trifft im zweiten Fall das Gegenteil zu: Länder mit traditionellen Gendersystemen wie Japan, Italien oder Spanien haben extrem niedrige Geburtenraten. Dieses Paradox erklärt sie mit der fehlenden staatlichen Anpassung an die egalitärer gewordenen Gendersysteme und der fehlenden Anpassung der Familiensysteme. Mason (2001:172) prognostiziert für viele Schwellenländer, die die posttransitionelle Phase erreichen, große

112 Allerdings zeigt Jensen (1995), dass auch in Skandinavien der Gender Gap in den Beziehungen der Eltern zu ihren Kindern groß ist und die sogenannten „neuen Väter“ eine überschätzte Minderheit sind.

113 „A gender system is a set of beliefs and norms, common practices, and associated sanctions through which the meaning of being male and female and the rights and obligations of males and females of different ages and social statuses are defined.“ (Mason 2001:161)

demografische Probleme, wenn dort ökonomischer Erfolg und traditionelle Familienrollen zusammentreffen und empfiehlt den Regierungen sozialpolitische Anpassungen, die die Vereinbarkeit egalitärer Gendersysteme mit Mutterschaft ermöglichen.

McDonald (2000a, 2000b, 2002) hat diese Argumentationslinien in seiner Gender-Equity-Theorie umfassender ausgearbeitet. Er führt die deutlich unter der Ausgleichsrate liegenden Geburtenraten vieler Industrieländer auf die Inkohärenz zwischen individuell-orientierten Institutionen wie Bildungs- und Arbeitsmarktsystem und familien-orientierten Institutionen wie Arbeitsrecht und Familienpolitik zurück. Theoretischer Ausgangspunkt ist die historisch gewachsene Anpassung sozialer, staatlicher und ökonomischer Institutionen an das Ernährermodell, das in den 1950er Jahren seinen Zenit erreichte.<sup>114</sup> Dies zeigt er anhand von Arbeitsmarktregelungen, Löhnen, Gewerkschaften, Steuer- und Sozialsystem, die am (Brot verdienenden) Mann orientiert waren und an den Bildungs- und Betreuungseinrichtungen, die an der Rolle der Frau als Hausfrau angepasst waren. Die Kohärenz von Rollen und Institutionen in den 1950er Jahren ist nach McDonald eine Ursache für den Babyboom jener Zeit.

Seit den 1960er Jahren haben sich demnach die individuell-orientierten Institutionen, insbesondere Bildungssystem und Arbeitsmarkt, vom Ernährermodell zum Gender-Equity-Modell transformiert.

„In the gender equity model of the family, there is income earning work, household maintenance work and caring and nurturing work, but gender has no specific relationship to who does this type of work. The gender equity model does not imply exact equality between the man and the woman in any heterosexual couple, rather than specific roles are not determined on the basis of gender.” (McDonald 2000a:3)

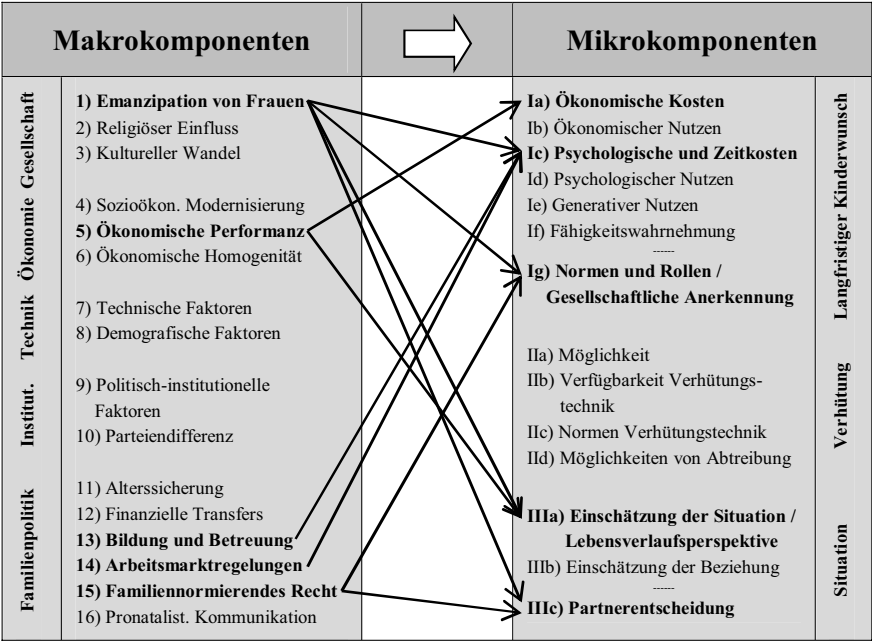
Familienorientierte Institutionen änderten sich demnach jedoch deutlich langsamer, insbesondere in südeuropäischen und ostasiatischen Staaten, so dass emanzipierte, gut ausgebildete Frauen sich mit am Ernährermodell orientierten Institutionen konfrontiert sahen. Diese kennzeichnen sich durch fehlende Kinderbetreuungseinrichtungen, mit Arbeitszeiten unvereinbare Schulunterrichtszeiten, unflexible Arbeitszeiten und am Ernährermodell orientierte Steuer- und Sozialsysteme. Mit der Diskrepanz zwischen individuell- und familien-orientierten Institutionen und dem Ausmaß der damit verbundenen „Inkohärenz“ (ibid.:4) erklärt McDonald den Geburtenrückgang und die Unterschiede der Geburtenraten in den OECD-Ländern. Auf diesen Ansatz aufbauend unterscheidet Bonoli (2008) zwischen alten und neuen Determinanten der Fertilitätsraten, wobei erste-

114 Davis (1984:404) sieht den Höhepunkt des Ernährermodells („Breadwinner System“) in den USA zwischen 1860 und 1920 und weist darauf hin, dass politische Reformen der 1930er Jahre es als Grundlage nahmen.

re auf den Prozess der Frauenemanzipation und letztere auf den der institutionellen Anpassung wirken.

Neben der staatlichen Ebene betont McDonald auch die Diskrepanz zwischen emanzipierten Frauen und konservativen Familientraditionen und belegt diese These mit den niedrigen Geburtenraten der Australier griechischer und italienischer Herkunft. Den Geburtenrückgang der postkommunistischen Staaten Ost- und Mitteleuropas führt er auf ökonomische Probleme und den Wegfall staatlicher Dienstleistungen für Familien zurück. Bezüglich parteipolitische Strömungen formuliert er die These, dass die Kombination einer liberalen ökonomischen Agenda mit einer konservativen Familienpolitik verwerflich ist, da sie die Inkohärenz vergrößert und entsprechend zu extrem niedrigen Geburtenraten führt (ibid.:15). McDonald (2002:435ff) fordert familienpolitische Maßnahmen, die finanzielle Anreize, Vereinbarkeitspolitiken und Maßnahmen hinsichtlich einer familienfreundlichen Umgebung umfassen (vgl. 3.14).

**Abbildung 3-7:** Darstellung der Gender-Equity-Theorie anhand des MEM



Die Gender-Equity-Theorie und ihre zentrale, auch von anderen Autoren formulierte These, dass die Inkompatibilität der Aspirationen emanzipierter Frauen mit gesellschaftlichen und politischen Institutionen die in vielen OECD-Ländern niedrigen Geburtenraten erklären, stellt überzeugend das notwendige Zusammenspiel von Emanzipation (1) und familienpolitischen Faktoren (13-15) in den

Mittelpunkt (siehe Abb. 3-7) und befindet sich dadurch an der Schnittstelle zu familienpolitischen Ansätzen. Allerdings kann sie den abrupten Beginn des Zweiten Geburtenrückgangs nicht erklären, die genannten Autoren beziehen sich entsprechend auf die Variation der TFR in den OECD-Ländern seit den 1990er Jahren. Dem schlanken Erklärungsmuster ist geschuldet, dass keine Differenzierung nach unterschiedlichen Lebensmodellen von Frauen innerhalb eines Landes und einer Epoche vorgenommen wird.

Eine solche Differenzierung nimmt Hakim in ihrer Präferenztheorie vor (Hakim 2000, 2003, 2004). Ihre zentrale These ist, dass sich in modernen Industrieländern die relative Bedeutung von Mutterschaft für Frauen erheblich unterscheidet. Die individuelle Kombination der Frauen hinsichtlich von Arbeit und Familie führt Hakim auf ihre jeweiligen Lebensstilpräferenzen zurück, die sie als Kausalfaktoren auffasst (vgl. Scanzoni 1978:6)<sup>115</sup>. Mit dieser Betonung der Heterogenität von Präferenzen und Lebensentwürfen auf der Mikroebene weist sie auf eine Lücke vieler soziologischer und ökonomischer Makrotheorien hin und spricht sich gegen „one-size-fits-all“-Politikmaßnahmen aus (Hakim 2003:366). Sie klassifiziert – ähnlich wie Pfeil (1965, zitiert nach: Bertram 2005:11) – die Arbeits- und Lebensstil-Präferenzen von Frauen in drei Gruppen:

- Hausorientiert: Familie ist die Hauptpriorität, kein Interesse an gewerblicher Arbeit.
- Adaptiv: Arbeit und Familie wichtig, heterogene Gruppe, inklusive „Drifters“.
- Arbeitsorientiert: Meist kinderlos, Hauptinteresse an Arbeit oder äquivalenten Aktivitäten.

Die unterschiedlichen Präferenzen sind demnach in allen sozioökonomischen Gruppen vorhanden. Hakim bezeichnet die drei Präferenzgruppen als soziologische Idealtypen, die sich in den angelsächsischen Staaten etwa im Verhältnis 20-60-20 verteilen, wobei die Größen beider nicht-adaptiver Gruppen zwischen 10% und 30% variieren können. In anderen Staaten kann diese Verteilung durch politische Rahmenbedingungen verzerrt werden, jedoch zeigt der Vergleich Spaniens mit Großbritannien erstaunlich ähnliche Distributionen (Hakim 2004).

„(...) there is no single, representative group of women in modern society, but three contrasting, even conflicting groups with sharply differentiated work and lifestyle preferences.“ (Hakim 2003:359)

115 Scanzoni interpretiert Geschlechtsrollen auch als Präferenzen; Hakim dagegen hält Geschlechtsrollen für unbedeutende Prädiktoren. Tatsächlich hängt beides eng miteinander zusammen, wobei Fragen nach Geschlechtsrollen eher sozial erwünschte Antworten implizieren als solche nach den persönlichen Lebensstilpräferenzen.

In der Heterogenität der Präferenzen liegt auch ein Konfliktpotenzial, dem nicht nur normative Rechtfertigung und kognitive Dissonanz (Festinger 1957) des eigenen Lebensentwurfs, sondern auch die Zuteilung familienpolitischer Wohltaten zugrunde liegen. Nach Hakim bevorzugen familienpolitische Institutionen je nach Land unterschiedliche Gruppen von Frauen. Interessant sind die theoretischen Implikationen für den Einfluss familienpolitischer Maßnahmen auf die Geburtenrate (Hakim 2000:223ff, vgl. Bertram et al. 2005): Während hausorientierten Frauen auf finanzielle Unterstützung mit höheren Kinderzahlen reagieren, ist dies bei adaptiven Frauen bei Kinderbetreuung, Arbeitsmarkt- und Gleichstellungspolitik der Fall. Demnach ist das generative Verhalten der arbeitsorientierten Frauen unelastisch gegenüber finanziellen Maßnahmen. Entsprechend dieser differenzierenden Perspektive spricht sich Hakim gegen die einseitige Betonung von Vereinbarkeitspolitiken vieler Autoren aus. Auch hält sie die Vorstellung einer egalitären Karriereverteilung für unrealistisch, da Frauen stärker als Männer in Familienarbeit eingebunden sind und nur wenige Frauen der Arbeit eine ähnliche Priorität geben wie Männer:

„This is unwelcome news to many feminists (...).“ (Hakim 2003:359)

Die durch die Präferenztheorie postulierte Variation der Präferenzen und Lebensmodelle von Frauen ist nach Hakim ein neues Phänomen. Diese Variation ist seit den 1960er Jahren, also zeitgleich mit dem Zweiten Geburtenrückgang, durch ein neues Szenario an Optionen und Möglichkeiten für Frauen entstanden, die sie auf fünf historische Makroentwicklungen zurückführt: die kontrazeptive Revolution, die Gleichberechtigungsrevolution, der gewachsene Dienstleistungssektor, die Entstehung von Zweitverdienerstellen und die zunehmende Freiheit der Lebensentwürfe (im Mehrebenenmodell entspricht dies den Makrokomponenten 1, 3, 4, 7, 14). Hakim betont die zweidimensionale Wirkung der kontrazeptiven Revolution (vgl. Westoff & Ryder 1977), die nicht nur eine sicherere Verhütung ermöglichte, sondern auch die Kontrolle der Fertilität von den Männern zu den Frauen transferierte.

Die Differenzierung nach präferierten Lebensmodellen von Frauen, auch wenn die Idee nicht völlig neu ist (vgl. Bolte et al. 1980:73, Geissler & Oechsle 1994:152ff, Rupp 1996), ist ein wertvoller Beitrag der Präferenztheorie, da das egalitäre Modell selbst in den nordischen und angelsächsischen Staaten nicht die Verbindlichkeit und Homogenität erreicht, die implizit häufig unterstellt wird. Die Bildung der drei Idealtypen und die auf Umfragestudien basierte Schätzung ihrer Größe, ist für die Analyse des familienpolitischen Einflusses und die Konstruktion passgenauer familienpolitischer Maßnahmen sehr hilfreich. Die mikrofundierte Erklärung des Zusammenhangs zwischen den fünf Makrofaktoren und dem Beginn des Zweiten Geburtenrückgangs durch die Entstehung der Heterogenität weiblicher Lebensstilpräferenzen deckt sich teilweise mit Scanzonis Thesen. Hakims Ansatz betont einseitig die Präferenzen der Frauen, für die Erklä-

nung der Geburtenraten sind jedoch der Kinderwunsch von Männern, die Symmetrie der Paarinteraktion und die Bereitschaft, Familienarbeit zu übernehmen, auch notwendig. Zudem unterschätzt Hakim den institutionellen Einfluss, insbesondere von Vereinbarkeitspolitiken, auf die Präferenzbildung (vgl. Kangas & Rostgaard 2007, anders: Hakim 2004:234).

Eine elaborierte Deskription des Zweiten Geburtenrückgangs in deutscher Sprache, die die Frauenemanzipation und den Blickwinkel der Frauen in den Mittelpunkt stellt, liefert Beck-Gernsheim (2006). Sie beschreibt mit der Bildungsreform, dem Aufkommen der Frauenbewegung und der Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit drei Ereignisse, die den Wendepunkt vom Babyboom hin zum Zweiten Geburtenrückgang markierten. Diese Ereignisse haben den Frauen andere Erfahrungsbereiche und neue berufliche Optionen ermöglicht, gleichzeitig ist der Anspruch auf Selbstständigkeit und gleichberechtigte Partnerschaften gewachsen. Neben dieser Hauptursache des Geburtenrückgangs benennt Beck-Gernsheim eine weitere Geburten mindernde Entwicklung in dem Widerspruch, der sich aus popularisierten Forderungen pädagogischer sowie psychologischer Provenienz nach intensiver mütterlicher Förderung der Kinder sowie einer Stigmatisierung berufstätiger Mütter auf der einen Seite und der zunehmend kinderfeindlichen Lebenswelt der hoch industrialisierten Gesellschaft auf der anderen Seite ergab. Als weitere Ursache nennt Beck-Gernsheim (2006:103) die „Pille“, da durch ihr Aufkommen „Mittel und Zwecke zusammentrafen“. Durch diese Entwicklungen entstand demzufolge eine historisch neue Situation, da die weibliche Normalbiografie des Ernährermodells unverbindlicher wurde und eine Wahlmöglichkeit zwischen Familie und eigenem Leben bzw. Kinderlosigkeit entstand. Diese Wahlmöglichkeit in einer Konstellation, bei der die Familiengründung die Aufgabe der gewonnenen finanziellen und biografischen Selbstständigkeit bedeutet, führte bei vielen Frauen zu einem Aufschub oder zum Verzicht auf Kinder, was sich auf der Makroebene als Geburtenrückgang manifestierte.

Hinsichtlich des Verlaufs des Zweiten Geburtenrückgangs diskutiert Beck-Gernsheim drei Aspekte. Zum einen analysiert sie das durch die OHV entstandene Aufschubphänomen, das zu ungewollter Kinderlosigkeit und zu der wachsenden Bedeutung der Reproduktionsmedizin beitrug. Bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sieht sie divergierende Entwicklungen: Einerseits gibt es insbesondere in Skandinavien und Frankreich, weniger jedoch in Deutschland und Südeuropa, erfolgreiche Vereinbarkeitspolitiken, andererseits erschweren mit der Globalisierung zusammenhängende Entwicklungen Arbeitsbiografien, die mit der Elternschaft kompatibel sind. Statt einer für die Vereinbarkeit geforderten Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern wird demnach die Familienarbeit an „transnationale Betreuungsketten“ (ibid.:131) delegiert. Ihre Analyse verbindet sie mit politischen Forderungen nach einer an Gleichberechtigung orientierten

Familienpolitik – ähnlich dem Tenor des Siebten Familienberichts (Deutscher Bundestag 2006a).

Ohne ihren Ansatz als Theorie zu betiteln, liefert Beck-Gernsheim eine umfassende Erklärung des Beginns des Zweiten Geburtenrückgangs und seines Fortschreitens bis heute in Deutschland. Dabei zeigt sie den Einfluss sich ändernder gesellschaftlicher Faktoren auf die Mikroperspektive der Frau, wobei der aufkommende Wunsch nach Berufstätigkeit und die Schwierigkeit der Vereinbarkeit, ähnlich wie bei den anderen Frauenemanzipationstheorien, im Mittelpunkt steht. Die Perspektive auf den Fall Deutschland erleichtert die Verständlichkeit der Deskription, jedoch muss bei einer Übertragung auf andere OECD-Länder bedacht werden, dass einige Faktoren wie beispielsweise der hohe Anteil kinderloser Frauen nicht verallgemeinbar sind. Auf eine Darstellung im Mehrebenenmodell wird verzichtet, da die Mikro-Makro-Zusammenhänge denen in Abbildung 3-7 entsprechen – mit dem Unterschied, dass sie auch die technologischen Faktoren berücksichtigt.

### *3.6 Theorien des kulturellen Wandels und der SDT*

Theorien des kulturellen Wandels gehen von der Prämisse aus, dass Kultur nicht nur ein Epiphänomen, sondern ein wichtiger Kausalfaktor ist (Weber 1905). Sie werden für demografische Fragestellungen häufig im Kontrast zu (Hammel 1990), aber auch in Kombination mit (u. a. Lesthaeghe & Surkyn 1988) mikroökonomischen Handlungstheorien formuliert. Ein besonders einflussreicher kultureller Ansatz ist mit dem Begriff „Second-Demographic-Transition“ (SDT) betitelt und zweifellos die am weitesten verbreitete Theorie des Zweiten Geburtenrückgangs, was nicht nur mit dem Theoriegebäude, sondern auch mit ihrer Bedeutung für die Terminologie (vgl. 2.2) zusammenhängt. Sie stellt kulturelle Veränderungen, insbesondere die Orientierung an Selbstverwirklichung und die Toleranz anderer Lebensformen, in den Mittelpunkt und baut auf Ingleharts Wertewandeltheorie (Inglehart 1971, 1977, 1989) sowie Ariès' (1980) kulturpessimistischen These des sukzessiven Motivationswandels von am Kindeswohl orientierten zu egoistischen Motiven auf. Die SDT-Theorie wurde gemeinsam von Lesthaeghe und van de Kaa Mitte der 1980er Jahre entwickelt, die elaboriertesten Ausarbeitungen finden sich in den Publikationen von van den Kaa aus dem Jahr 1987 (siehe auch van de Kaa 1996, 1999, 2001) und von Lesthaeghe aus dem Jahr 1995 (siehe auch Lesthaeghe 1983, 2010 und Lesthaeghe & Meekers 1986, Lesthaeghe & Surkyn 1988, Lesthaeghe & Willems 1999).

Van de Kaa führt die SDT, die neben dem Zweiten Geburtenrückgang weitere demografische Veränderungen beinhaltet, auf einen epochalen Wandel von Normen und Einstellungen zurück. Diesen Wandel beschreibt er mit der Dicho-



tomie Konservatismus und Progressivität, wobei er die Orientierung an den Werten Gleichheit (der Möglichkeiten) und Freiheit (des Lebensstils) betont (van de Kaa 1987:7) und an Ingleharts These der zunehmenden Orientierung an Selbstverwirklichung anknüpft.

„What distinguishes the second from the first transition is precisely the overwhelming preoccupation with self-fulfilment, personal freedom of choice, personal development and lifestyle, and emancipation, as reflected in family-formation, attitudes towards fertility regulation and the motivation for parenthood.” (van de Kaa 1996:425)

Zeitlich verortet er diesen Wandel in Nord- und Westeuropa v. a. auf den Zeitraum von 1965 bis 1980. Er untermauert dies mit Eurobarometerdaten und mit niederländischen Umfragedaten, wonach in dieser Zeitspanne die Toleranz von freiwilliger Kinderlosigkeit, unehelichen Sexualbeziehungen, Scheidungen und die Arbeitsmarktbeteiligung verheirateter Mütter erheblich zunahm<sup>116</sup> (van de Kaa 1987, vgl. auch Inglehart 1989).

Das Zusammenspiel zwischen Wertewandel und Demografie zeigt van de Kaa (1987:8ff, 2001:302) anhand einer historischen Sequenz für die west- und nord-europäischen Staaten, wobei er die anderen europäischen Staaten in drei Stadien verortet und postuliert, dass diese auch eine ähnliche Sequenz durchlaufen werden. Demnach gab es bereits in den 1950er Jahren eine wachsende Zahl vorehelicher Partnerschaften, die sich häufig durch Heirat „legitimierten“. Dies trug auch zum sinkenden Heiratsalter und zu den steigenden TFR des Babybooms bei. Infolge des sinkenden Heiratsalters lockerte sich demnach der Zusammenhang zwischen Heirat und dem ersten Kind, real ebenso wie hinsichtlich gesellschaftlicher Normen, da die Bereitschaft zum Kind im jüngeren Lebensalter geringer ist: Bis Mitte der 1960er Jahre wurde eheliche Verhütung vor dem ersten Kind populärer. Das Aufkommen ovulationshemmender Verhütungsmittel ermöglichte eine weitaus effektivere Verhütung, die im Durchschnitt zu Verschiebungen der ersten beiden Kinder und zum Rückgang der Geburten höherer Ordnung führten, letzteres führt van de Kaa auf kleinere Familiengrößennormen und den Rückgang ungeplanter Geburten zurück. Parallel mit diesem Rückgang verschwanden auch die durch soziale Normen erzwungenen Hochzeiten und das Heiratsalter stieg wieder an. Voreheliches Zusammenleben verbreitete sich, dem bei gewünschter Schwangerschaft häufig Jahre später die Ehe folgte. Zeitgleich stieg die Scheidungsquote, nicht zuletzt durch familienrechtliche Reformen, an. Diese wachsende Heterogenität der Familienformen, die mit zunehmend toleranteren gesellschaftlichen Normen einherging, trug demnach zu einem Anstieg von Kinderlosen und unehelichen Kindern bei.

116 Während in den Niederlanden 1965 nur 22% freiwillige Kinderlosigkeit für akzeptabel hielten, waren es 1970 60%, 1975 70%, 1980 79% und 1985 86% (van de Kaa 1987:8). Ähnliche Quantensprünge gab es auch bei den anderen genannten Toleranzmerkmalen.

Van de Kaa beschreibt den zunehmenden Rückgang der Verbindlichkeit traditioneller Familiennormen, der zusammen mit dem Aufkommen moderner Verhütungstechnologien und der Ausrichtung nach Selbstverwirklichungszielen zum Zweiten Geburtenrückgang geführt hat. Die modernen Verhütungsmittel haben die Transition und insbesondere die epochale Veränderung der Normen sehr beschleunigt (van de Kaa 1987:26), möglicherweise sogar initiiert (van de Kaa 1996:422) und zumindest eine katalytische Rolle gespielt (van de Kaa 1999:28). Er interpretiert sie auch als Mittel zur Erreichung größerer Selbstverwirklichung. Die Selbstverwirklichungsthese Ingleharts verbindet er mit Ariès' (1980) „King-Child“ – „King-Pairs“-Dichotomie, wonach die Orientierung am Wohl des Kindes von der am Wohl des Paares bzw. des Individuums abgelöst wird. Das Paar hat demnach, hier folgt van de Kaa implizit den VOC-Thesen (siehe 3.12), die Gratifikationen der Elternschaft bereits mit einem oder zwei Kindern.

In seinen späteren Publikationen bettet er den SDT-Ansatz noch stärker in Ingleharts (1971, 1977, 1989) Wertewandeltheorie ein (vgl. van de Kaa 1996:425) und knüpft an Ingleharts (1997) Weiterentwicklung zum Postmodernisierungskonzept an (van de Kaa 1999, 2001): Er terminologisiert den der SDT unterliegenden Wertewandel als postmodern und verweist bei der Operationalisierung auf Messschwierigkeiten im internationalen Vergleich, wobei er Ingleharts auf WVS-Daten aufbauende Dichotomie für die beste Lösung hält (1999:31ff). Empirisch zeigt er für OECD-Länder, dass sich der Kinderwunsch zwischen diesen beiden Gruppen zwar kaum unterscheidet, die Kinderzahl jedoch bei Postmaterialisten deutlich geringer und das Aufschubphänomen weiter verbreitet ist (van de Kaa 2001:321, vgl. 1.2.3). In einem Ausblick greift er Aspekte von McDonalds Gender-Equity-These auf, wobei eine Rückkopplung zu seiner SDT-Theorie nicht erkennbar ist (van de Kaa 1999:33).

Van de Kaas Sequenzmodell mit dem Blickwinkel auf sukzessive Veränderungen des gesellschaftlichen Wertesystems in Hinblick auf die Toleranz von pluralen Lebensformen und Verhütungspraktiken ist gewinnbringend, beides spielte zweifellos beim Geburtenrückgang eine Rolle. Insbesondere das Aufschubphänomen und die in einigen Ländern große Gruppe der Kinderlosen (vgl. Dorbritz 2005) sind nur angesichts toleranterer Familiennormen zu verstehen. Problematisch ist jedoch die Verknüpfung der Postmaterialismusthese mit der TFR (siehe unten). Die makrofaktoriellen Einflussfaktoren des kulturellen Wandels bleiben etwas unterbeleuchtet, da er sie nur auf die normative Perzeption einer Sequenz demografischer sowie familienrechtlicher Veränderungen und – anlehnend an Inglehart und Maslow (1954) – auf wachsende ökonomische sowie politische Sicherheit zurückführt. Auch bleiben die beruflichen Möglichkeiten der Frauen und die Arbeitsmarktsituation zu wenig berücksichtigt.

Die Variante der SDT-Theorie von Lesthaeghe ähnelt der von van de Kaa, jedoch gibt es einige interessante Unterschiede. Lesthaeghes Phasenmodell ist rein

deskriptiv und differenziert nach drei Phasen, die er in den nord- und westeuropäischen Staaten auf die Zeiträume 1955-1970, 1970-1985 und ab 1985 verortet (Lesthaeghe 1995, vgl. Lesthaeghe & Willems 1999:227). Als Ursachen für den Geburtenrückgang betont Lesthaeghe neben der zunehmenden Toleranz der Lebensformen und der sich ändernden Bedeutung der Elternschaft stärker den Aspekt der Frauenemanzipation und greift dabei auch Beckers Opportunitätskostenthese (siehe 3.10) auf. Weniger als bei van de Kaa steht die Wechselwirkung zwischen demografischen Variablen und den Verhütungstechnologien im Fokus. Als weitere motivationale Ursachen nennt er die gewachsenen Ansprüche an Beziehungen, die Verbreitung antiautoritärer Einstellungen und die wachsende Orientierung an Konsum sowie Karrierewerten. Diese drei Ursachenbündel korrespondieren demnach mit der Wertewandeltheorie. Lesthaeghe versucht dabei, ökonomische und kulturelle Ansätze zu verbinden (Lesthaeghe 1995, vgl. Lesthaeghe 1980, 1983, Lesthaeghe et al. 1986, 1988, 1999).<sup>117</sup> Den Wertewandel beschreiben Lesthaeghe und Surkyn (1988) auch mit der zurückgehenden Betonung institutioneller Regulierung und des Individuationsprozesses, wobei das sinkende Vertrauen in Institutionen als zentraler Faktor postuliert wird.

Anhand seiner Theorie generiert Lesthaeghe (1995) makrofaktorielle Determinanten der SDT, die er für den Beginn und für die Variation der 1980er Jahre für 24 Staaten in Strukturgleichungsmodellen und mit Regressionen analysiert. Gemäß seinen Hypothesen steht ein früher Beginn des Zweiten Geburtenrückgangs im Zusammenhang mit der Frauenerwerbstätigkeit junger Kohorten, der Bildungsexpansion, der Protestantenquote und der sozioökonomischen Entwicklung, wobei jedoch der Zusammenhang dieser Faktoren mit den anderen demografischen Aspekten der SDT deutlich größer ist. Bei der Erklärung der Variation in den 1980er Jahren kann er zusätzlich auf Daten zu Postmaterialismus und „Gender-Gap in politischen Diskussionen“ (ibid.:50) zurückgreifen. Des Weiteren berücksichtigt er die Arbeitslosenquote und den Parlamentsanteil von Frauen, wobei als abhängige Variable nicht die TFR, sondern die Fertilität der über 30-jährigen selektiert ist. Auch wenn Lesthaeghes empirische Analyse demografische Veränderungen außerhalb des TFR-Rückgangs besser erklären kann, wird deutlich, dass er den Geburtenrückgang auf die Kombination kultureller (Selbstverwirklichung, Autonomie) und ökonomisch-struktureller Variablen (Frauenerwerbstätigkeit, sozioökonomische Entwicklung) zurückführt, die mit der historischen Rolle des Protestantismus korrespondieren.

117 Ein gutes Beispiel ist die Diskussion der These der stärkeren Marktorientierung. Während Crimmins und Easterlin in der Maslow'schen Verschiebung von „Haben“- zu „Sein“-Werten keine Erklärung für die SDT sehen, versucht Lesthaeghe (1995:27) diesen Widerspruch aufzulösen, indem er auf die Selbstverwirklichung im Berufsleben verweist, bei der Marktorientierung und Maslows bzw. Ingleharts Thesen kombiniert werden.

Abbildung 3-8: Kernfaktoren von van de Kaas SDT-Theorie anhand des MEM

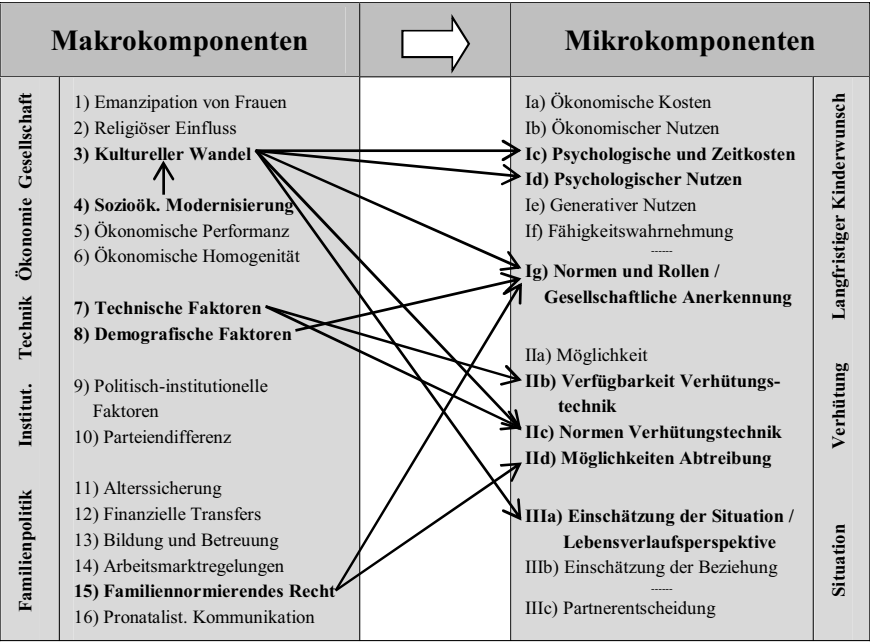
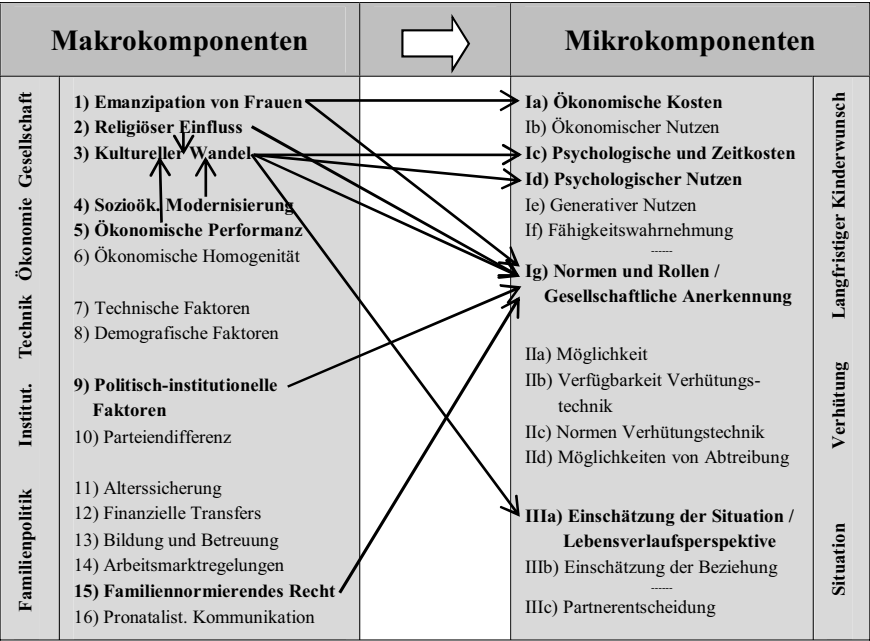


Abbildung 3-9: Kernfaktoren von Lesthaeghes SDT-Theorie anhand des MEM



Den Einfluss sozioökonomischer Faktoren auf den kulturellen Wandel betont er in einem früheren Aufsatz (Lesthaeghe 1983), einem lesenswerten Vorläufer der STD-Theorie. Demnach traten demografische und kulturelle Veränderungen bei der Geburtenrückgänge historisch in Endphasen ökonomischen Wachstums auf. Diese sozioökonomische Bedingung kulturellen Wandels führt er auf die Kombination von ökonomischer Sicherheit und gewachsenen Ansprüchen auf individueller Ebene zurück, die über einen Sozialisationsprozess vermittelt wirkt und Emanzipationsbewegungen generiert.

Lesthaeghes Ansatz unterscheidet sich weitaus deutlicher von van de Kaas Theorie, als es die internationale Perzeption widerspiegelt. Während beide den kulturellen Wandel (Makrofaktor 3, dazu 4 und 15) – van de Kaa noch näher an Ingleharts Konzeption aufbauend – in den Mittelpunkt stellen, betont van de Kaa darüber hinaus stärker technologische und demografische Ursachen (7, 8), während Lesthaeghe den Einfluss der Frauenemanzipation, der religiösen Tradition, der Ökonomie und politisch-institutionelle Faktoren (1, 2, 5, 9) hinzunimmt (vgl. Abb. 3-8 und 3-9).

Bei der kritischen Würdigung beider Ansätze bleibt zu konstatieren, dass mit der Analyse des kulturellen Wandels als Ursache ein wichtiger Aspekt des Zweiten Geburtenrückgangs angesprochen wird. Dies gilt insbesondere für die Entstehung toleranter Familiennormen und motivationaler Veränderungen zu Beginn der SDT, wobei der Wertewandeltheorie folgend, beides bei jungen Kohorten, die mit den fruchtbaren Jahren zusammenfallen, intensiver ist. Coleman (2005:2) bezeichnet die SDT-Theorie als Theorie des Jahrzehnts. Es gibt jedoch auch Kritikpunkte: Der These des kulturellen Wandels als Ursache des Geburtenrückgangs wird entgegengesetzt, dass Normen und Werte umgekehrt eher Folgen des Geburtenrückgangs sind (vgl. Mackensen 2005, Retherford et al. 1996). Vielfach wird auch das Postmaterialismuskonzept als erklärende Variable theoretisch und empirisch in Frage gestellt (siehe unten). Weniger überzeugend ist Caldwell's (2004) Hinweis auf die Kontinuität mit früheren Epochen, und etwas überzogen ist die Kritik mancher Autoren, wonach die SDT-Theorie nur einen beschreibenden Charakter hat und keine Erklärungen bietet (u. a. Huinink 2000:371). Weniger angreifbar ist eine komplementäre Betrachtung der Ursachen, die den kulturellen Wandel insbesondere mit der Frauenemanzipation sowie ökonomischen und politischen Faktoren verbindet wie bei Lesthaeghe (1995).

Da die SDT-Theorie nicht nur den Geburtenrückgang, sondern auch den darüber hinausgehenden demografischen Wandel (Anstieg des Heiratsalters und der Scheidungsquote, Aufschub der Geburten, Zunahme außerehelicher Kinder und Beziehungen) zum Gegenstand hat und in den letzten Jahren sich diese demografischen Faktoren zunehmend divergierend von der TFR entwickelt haben, wird die Weiterentwicklung der Theorie erschwert. Die Variation des Geburtenrück-

gangs seit den 1990er Jahren lässt sich kaum mit den von der SDT-Theorie postulierten Faktoren erklären (vgl. Coleman 2005, Mackensen 2005). Dass die SDT-Theorie neben dem Geburtenrückgang Phänomene der Lebensform und des Sexuallebens beinhaltet, erklärt auch, dass im Unterschied zu den meisten anderen Theorien des Zweiten Geburtenrückgangs nicht ein pessimistischer Unterton sowie die wiederholte Forderung nach familienpolitischen Maßnahmen mit einfließt; vielmehr interpretiert Lesthaeghe die SDT unter dem Blickwinkel individueller Autonomie und Freiheit:

„The era of growing control of religious or political doctrines over the lives of individuals, which started so virulently in the West with the Reformation and Counter-Reformation and lasted until the second half of the twentieth century, has come to an end. This is an event of major historical importance.“ (Lesthaeghe 1995:58)

Der die SDT-Theoretiker inspiriert habende Inglehart hat umgekehrt die SDT-Theorie nicht in seinen Publikationen reflektiert<sup>118</sup> und den Zweiten Geburtenrückgang nur am Rande in seine Konzeption einbezogen, was überraschen mag.<sup>119</sup> Nichtsdestotrotz postuliert er, dass der kulturelle Wandel eine zentrale Rolle beim Geburtenrückgang gespielt hat (Inglehart 1997:85) und dass Materialisten eher Kinderzeugung unterstützen (ibid.:65, 1989:254) und Postmaterialisten andere Prioritäten haben:

„Die höchste Priorität liegt bei postmodernen Werten auf beruflicher Selbstverwirklichung, nicht auf dem Kinderkriegen.“ (Inglehart 1997:85)

Demnach wirkt der kulturelle Wandel in Kombination mit neuen Verhütungstechnologien. Später betonen Norris und Inglehart (2004:231-239) die Säkularisierung als Kausalfaktor, wobei die hohe Korrelation jedoch auf der weltweiten Länderauswahl und damit auf einer Konfundierung mit dem Transitionellen Geburtenrückgang beruht (vgl. 1.2.1). Eine Erklärung des Zweiten Geburtenrückgangs mit dem viele Aspekte beinhaltenden Postmaterialismuskonzept ist problematisch. Die große Toleranz von Kinderlosigkeit kann zweifellos eine Rolle spielen. Die Orientierung an Selbstverwirklichung kann zwar wie im obigen Zitat als stärkere Berufsorientierung und damit als Geburten mindernd interpretiert werden, jedoch ist dieses Argument in den Frauenemanzipationsansätzen klarer ausgearbeitet; andererseits kann sie aber auch im Sinne von Selbstverwirklichung in der Familie interpretiert werden (vgl. Oppitz 1982, Rosenstiel et al. 1986, van de Kaa 1999:36). Der Begriff Postmaterialismus und der von Inglehart

118 In den Literaturverzeichnissen der neueren Publikationen Ingleharts ist nur einmal (Inglehart 1997:85, 510) der Aufsatz von Lesthaeghe und Meekers vermerkt, in den anderen (Inglehart et al. 2003, 2005, Norris & Inglehart 2004) sind weder Lesthaeghe noch van de Kaa zu finden.

119 Überraschen insofern, weil er ein bedeutendes Ereignis ist, das parallel zum postulierten Wertewandel verläuft, gut quantifizierbar ist und Inglehart (1997:85) einen engen Zusammenhang zwischen beiden sieht. Vgl. auch Abschnitt 2.2.

postulierte Zusammenhang sind missverständlich. Bei der Analyse des Zweiten Geburtenrückgangs auf eine Indizierung mit vielen unterschiedlichen Items zurückzugreifen ist wenig hilfreich, die Items Toleranz von Familiennormen (van de Kaa 1987) und Berufsorientierung der Frauen (Hakim 2000, 2003) sind schlanker und erklärungskräftiger. Inglehart ist zugutezuhalten, dass er nicht den Anspruch einer Fertilitätstheorie erhebt und dass die grundlegenden Prämissen seiner Wertewandeltheorie – Sicherheit als Voraussetzung für kulturellen Wandel (Mangelhypothese) und Sukzession nachwachsender Kohorten (Sozialisationshypothese) – hilfreich sind und entsprechend von den SDT-Theoretikern aufgegriffen werden.

### *3.7 Individualisierungs- und Individualismustheorien*

Individualisierungstheorien (Beck 1986, Beck & Beck-Gernsheim 1994, Hoffmann-Nowotny 1978, 1988, 1991, 1997, Hoffmann-Nowotny et al. 1992) stellen das Lösen des Menschen aus traditionellen Bindungen in den Vordergrund, wodurch ein selbständiges Planen der eigenen Existenz notwendig wird, Habermas (1994:440) spricht von einer „Autonomisierung des Selbst“.<sup>120</sup> Die Individualismustheorie (Miegel & Wahl 1993) interpretiert die Freiheit der Individuen derart, dass die Bedürfnisse des Einzelnen Vorrang vor denen der Gesellschaft haben.<sup>121</sup> Beide Theorien analysieren den Konflikt zwischen den Anforderungen moderner Industriegesellschaften und denen der Familie in Bezug auf den Geburtenrückgang, oft auch auf die Pluralisierung der Lebensformen und münden teilweise in einer Fundamentalkritik moderner westlicher Marktwirtschaften.

„Familie und Kinder bedeuten für die Männer und Frauen der modernen kapitalistischen Gesellschaft weniger, als sie es früher taten.“ (Schumpeter 1942:253)

Individualisierungsprozesse und die erschwerte Kompatibilität zwischen marktwirtschaftlichen Systemen und dem Leben mit Kindern wurden teilweise bereits in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts für den Transitionellen Geburtenrückgang verantwortlich gemacht (vgl. Herter-Eschweiler 1998:164), wobei die Begründung am Funktionswandel der Familie oder an der Rationalisierung festgemacht wurde. Schumpeter prognostizierte bereits im Jahr 1942 die Auflösung der bürgerlichen Familie und einen weiteren Geburtenrückgang - beides trat bekanntlich erst ein Vierteljahrhundert später, jedoch nach Jahrzehnten einer dia-

120 Beck (1986:206ff) differenziert nach den Dimensionen Freisetzung, Entzauberung und Reintegration, die jeweils sowohl die objektive Lebenslage, als auch die subjektive Identität betreffen.

121 Individualisierung ist ein Prozess, Individualismus ein Prinzip, das im Laufe dieses Prozesses zunehmend prägend wird (vgl. auch Schmidt 2004a:311-312).



metral gegenteiligen Entwicklung des Babybooms und des goldenen Heiratszeitalter ein - und sah auch aus diesem Grund im kapitalistischen System „eine Tendenz zur Selbstzerstörung“ (Schumpeter 1942:261).

Beck kombiniert die Individualisierung, „die die Menschen aus Klassenstrukturen herausgelöst hat“ (Beck 1986:175), mit der, die sie aus traditionellen Geschlechtsrollen treibt und Ergebnis von Gleichberechtigung und Frauenemanzipation ist. Ihre Doppelgesichtigkeit findet sich im Buchtitel „Riskante Freiheiten“ (Beck & Beck-Gernsheim 1994) wieder. Demnach schafft die Individualisierungsdynamik Wahlmöglichkeiten und Wahlzwänge in allen Bereichen, insbesondere im Bereich Arbeit und Familie. Dabei fordert der Arbeitsmarkt Mobilität, die Mann und Frau in verschiedene Städte führen kann und Flexibilität, was im Widerspruch zum Leben mit Kindern steht. Die Ansprüche der Marktwirtschaft hält Beck für enorm weitreichend:

„Das Marktsubjekt ist in letzter Konsequenz das alleinstehende, nicht partnerschafts-, ehe- oder familienbehinderte Individuum. Entsprechend ist die durchgesetzte Marktgesellschaft auch eine kinderlose Gesellschaft (...). (Beck 1986:191)

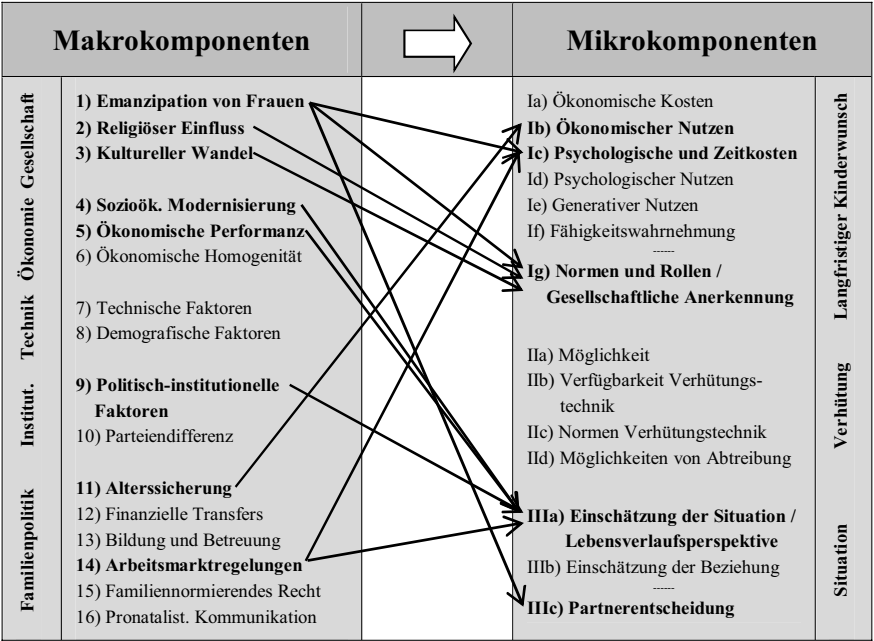
Andererseits vereinfacht die Wahlfreiheit in Familienfragen die Entscheidung gegen Kinder und Ehe, wobei Beck auf ein durch den Individualisierungsprozess wachsendes Bedürfnis nach Intimität und emotionaler Bindung hinweist. Der Wohlfahrtsstaat trägt demnach zu dem Konflikt zwischen Arbeitswelt und Familie bei, da er auf Individuen zugeschnitten ist und sich stark an einer Erwerbsbeteiligung orientiert. Milderungen des Konfliktes auf institutioneller Ebene hält Beck für denkbar im Sinne einer „Einbettung und Abpufferung von Marktbeziehungen“ (Beck 1986:201). Neben Vereinbarkeitspolitiken fordert er, etwas abweichend von den im Geburtenrückgangsdiskurs üblichen familienpolitischen Forderungen, ein Mindesteinkommen und eine Art Recht auf Immobilität.

Zentral bei der Beurteilung der Nützlichkeit der Individualisierungsthese für die Erklärung des Zweiten Geburtenrückgangs ist, inwieweit die sie kennzeichnenden Prozesse zeitlich mit ihm zusammenfallen. Beck und Beck-Gernsheim (1994) definieren Individualisierung anhand dreier Prozesse: Die Auflösung industriegesellschaftlicher Lebensformen inklusive Kleinfamilien und Geschlechtsrollen, die daraus entstandenen biografischen Verläufe und die Folgen des Strukturwandels. Zentrale mit dem Zweiten Geburtenrückgang kovariierende Elemente sind dabei diejenigen, die oben mit der Frauenemanzipation (siehe 3.5) beschrieben wurden, und Möglichkeiten und Forderungen des Arbeitsmarktes, wobei beides als biografische Optionszunahme (siehe 3.8) interpretiert werden kann. Das abrupte Einsetzen des Zweiten Geburtenrückgangs und der zuvorige Babyboom können mit Hilfe der Frauenemanzipation besser erklärt werden als mit der Arbeitsmarktthese. Die Kombination beider Punkte ist aber durchaus gewinnbringend. Stärken hat dieser Ansatz in der dichten Beschreibung des Entscheidungskonfliktes und der Inkompatibilität von Arbeitsmarkt und Familie, in



dem Paare und insbesondere Frauen (vgl. Geissler & Oechsle 1994) stecken. Allerdings ermöglicht er kaum die Generierung von Makrofaktoren, mit denen der Beginn oder die aktuelle Variation des Geburtenrückgangs im internationalen Vergleich erklärt werden kann. Beck ist zugutezuhalten, dass sein Hauptanliegen nicht die Erklärung des Geburtenrückgangs war, sondern die der Individualisierung und Risiken in postmodernen Gesellschaften. Dabei spielt, ähnlich wie bei der SDT-Theorie, die Pluralisierung der Lebensformen bzw. die „postfamiliäre Familie“ (Beck-Gernsheim 1994:115) eine wichtige Rolle. Hilfreich ist die Theorie bei der Erklärung des Geburtenrückgangs in den osteuropäischen Staaten Anfang der 1990er Jahre durch die mit dem „Zusammenbruch staatlich verordneter Normalbiografien“ (Beck & Beck-Gernsheim 1994:11) verbundene abrupte Individualisierung (vgl. Abb. 3-10).

**Abbildung 3-10:** Individualisierungs-Theorie nach Beck anhand des MEM



Anmerkungen: Die Darstellung von Becks Ansatz im Mehrebenenmodell ist eine Herausforderung, die gewisse Interpretationen bedarf. So hängen die Makrofaktoren 1, 2, 3, 4 und 11 mit Individualisierungsprozessen zusammen, die anderen Makrofaktoren 5, 9 und 14 wirken auf die Arbeitsmarktsituation. Im Mikromodell manifestiert sich die Situation der Frauen in 1c, die liberaleren Normen in 1g und der intensiv beschriebene Konflikt wird in IIIa abgebildet.

Hoffmann-Nowotny (1978, 1988, 1991, 1997) analysiert den Individualisierungsprozess im Lichte eines makrosoziologischen Struktur-Kultur-Paradigmas, wonach bei der Interaktion von strukturellen und kulturellen Entwicklungen

Spannungen eine zentrale Rolle spielen. So verändert sich bei zunehmender Frauenerwerbstätigkeit die Struktur der Familie, so dass die Systeme der – Kinderbetreuungsaspekte wenig berücksichtigenden – Wirtschaft und der Familie in Spannung stehen, was zu einer Strukturänderung führt. Diese betrifft demnach eher das schwächere System Familie, und die nächstliegende Strukturänderung ist eine Reduzierung der Kinderzahl.

Als weiteren Erklärungsstrang führt Hoffmann-Nowotny den Funktionsverlust der Familie in der modernen Gesellschaft an, den er anhand der Kontrastierung zwischen Gemeinschaft und Gesellschaft (vgl. Tönnies 1935) diskutiert.<sup>122</sup> Dieser hat demnach zu einem Nachlassen der strukturellen Zwänge zur Familienbildung geführt und somit die Chancen auf „isolierte und anonymisierte Lebensformen“ (Hoffmann-Nowotny 1988:9) erhöht und zum Wertepluralismus sowie zur Deinstitutionalisierung (vgl. Gerlach 2004:79ff) beigetragen. Bedeutende Wirkfaktoren des Geburtenrückgangs in modernen Gesellschaften sind ihm zufolge die geografische und soziale Mobilität als strukturelle und die Leistungs- und Konkurrenzideologie als kulturelle Faktoren. Auch weist er auf den Widerspruch zwischen der gesellschaftlichen Gleichberechtigung und der nach der Familiengründung häufigen traditionellen Rollenteilung hin (vgl. McDonald 2000a, 2000b, 2002). Auch wenn er die Möglichkeit familienpolitischer Maßnahmen, strukturelle Spannungen zu reduzieren, und einen damit einhergehenden Anstieg der Geburtenrate erwähnt (Hoffmann-Nowotny et al. 1992), steht dies nicht immer im Mittelpunkt seiner Publikationen.

Die systemtheoretische Betrachtung der Wirkung des Individualisierungsprozesses auf den Geburtenrückgang von Hoffmann-Nowotny betont ähnlich wie Beck den Konflikt bzw. die Spannung zwischen Frauenemanzipation und Arbeitsmarkt sowie die in Folge des Individualisierungsprozesses entstandenen toleranten Normen hinsichtlich von Lebensformen (vgl. Mühlfeld 1996). Babyboom, Plötzlichkeit des Zweiten Geburtenrückgangs und die Variation der TFR seit den 1980er Jahren lassen sich so jedoch nur schwer erklären, auch wenn die Analyse der Wechselwirkungen zwischen kultureller und struktureller Ebene gewinnbringend ist. Problematisch ist die unidirektionale Einschätzung eines weiteren Geburtenrückgangs und einer Auflösung der Familie. Auffällig, insbesondere im Kontrast zu den SDT-Autoren, ist die negative Bewertung des Explanandums. Er prognostiziert, dass auch die „Gesellschaft in Frage gestellt und letztlich unmöglich“ (Hoffmann-Nowotny 1988:9) wird und sieht als theoretischen Endpunkt eine „Gesellschaft von Einzelgängern“ (Hoffmann-Nowotny

122 Familien, in denen Mann und Frau materiell unabhängig voneinander sind, bezeichnet er als „hybriden Typus von Sozialsystem“ (ibid.:12), da dort Charakteristika von Gemeinschaft und Gesellschaft kombiniert werden.

1991:311) sowie „Anomie (Normlosigkeit, Destrukturierung) als einen Dauerzustand“ (ibid.:318) der Moderne.

Ein häufig verbreiteter Ansatz zur Erklärung des Geburtenrückgangs ist die Individualismustheorie von Miegel und Wahl (1993). Angesichts des formulierten Ziels einer „umfassende(n) Untersuchung über die Ursachen der Geburtenarmut in Deutschland“ (ibid.:13) und rund 200 Seiten Text überrascht die monokausale Erklärung des hochkomplexen Phänomens Geburtenrückgang:

„Bedingt durch den logisch zwingenden Gegensatz zwischen Individualismus und Kinderreichtum sinkt in individualistischen Kulturen die menschliche Fruchtbarkeit. Dies ist der eigentliche und zugleich einzige Grund für die Geburtenarmut in Ländern mit individualistischen Kulturen. Weitere Begründungen bedarf es nicht.“ (Miegel & Wahl 1993:64)

Aufbauend auf einer historischen Skizzierung des Individualisierungsprozesses werden die Hauptcharakteristika individualistischer Kulturen in den Bereichen Bildung, Massenkommunikation, Erwerbsarbeit, Urbanisierung, Wohlstand sowie Wohlfahrtsstaat auf struktureller und Selbstverwirklichung, Freiheitsorientierung, Nonkonformität, Säkularisierung, Emanzipation auf kultureller Ebene dargestellt. Dabei werden durchaus auch einzelne aus den Theorien des Ersten und des Zweiten Geburtenrückgangs bekannte Faktoren angesprochen, diese werden jedoch unter dem Aspekt von Individualisierung und Individualismus subsumiert. Beide Geburtenrückgänge werden als ein kontinuierlicher Prozess interpretiert, wobei die Autoren fünf Phasen der Bevölkerungsentwicklung auf den historischen Individualisierungsprozess zurückführen. Demnach unterscheidet sich die vierte Phase (in Deutschland 1915-1970) von der fünften dadurch, dass „große Teile der Naturordnung durch die Kulturordnung verdrängt“ (ibid.:80) sind, während in der fünften Phase „die Naturordnung fast völlig durch individualistische Erscheinungsformen der Kulturordnung“ (ibid.:84) ersetzt ist. Während die ersten vier Phasen unter dem Titel der Individualisierung stehen, wird die dem Zweiten Geburtenrückgang entsprechende fünfte Phase als Individualismus betitelt. Letzterer wird demnach als Steigerungsform oder Endpunkt des Individualisierungsprozesses verwendet (vgl. oben). Abgesehen davon ist die von den Autoren vorgenommene Differenzierung nach Phasen mit dem Titel „Demographische Wirkungen der Individualisierung“ (ibid.:67-95) eine Deskription von Geburten- und Sterberaten.

Die Theorie von Miegel und Wahl beruht auf der monokausalen Erklärung eines zwingenden Gegensatzes zwischen Individualismus und Kindern und ist wenig überzeugend. Außerdem ist sie undifferenziert, so dass Phänomene wie der Babyboom, die Variation der Geburtenrate in OECD-Ländern und die Erholung der Geburtenraten in einigen Ländern sie überfordern. Die Prognose, wonach individualistische Kulturen sich selbst zerstören, da sie entweder durch den Geburtenrückgang aussterben oder durch „gemeinschaftsorientiertere und damit biologisch stabilere Kulturen ersetzt“ (ibid.:64) werden, ist an Rigidität kaum zu

überbieten. Familienpolitischen Maßnahmen werden maximal bescheidene, wenn nicht gar kontraproduktive Wirkungen hinsichtlich der Geburtenrate attestiert. Bildungs- und Betreuungseinrichtungen wie Kinderkrippen, Kindergärten und Ganztagschulen werden als Institutionen mit dem Ziel, die „verminderte soziale Belastbarkeit von Familien“ (ibid.:123) auszugleichen, bezeichnet. Solche Bildungseinrichtungen könnten demnach „den Verfall“ der Familien und den Geburtenrückgang noch beschleunigen. Diese abwertenden Bemerkungen gegenüber Eltern, die Beruf und Familie vereinbaren wollen, muten umso erstaunlicher an, wenn man sich den politikberatenden Charakter dieser Studie bewusst macht.<sup>123</sup> Neuere empirische Daten widersprechen dieser Auffassung entscheidend (vgl. 1.2.4).

Unterschiede zeigen die Individualisierungsansätze hinsichtlich der Zukunftsprognose (vgl. Höhn 1998:111). Während Miegel und Wahl sowie Hoffmann-Nowotny einen weiteren Geburtenrückgang erwarten, wobei nach Hoffmann-Nowotny (1991:315) die Lebensformen „Living apart together“ und „Ein-Kind-Familien“ zunehmen, ist der Ansatz von Beck und Beck-Gernsheim sowohl mit einem Anstieg als auch mit einem Rückgang der Geburtenrate vereinbar. Eine entscheidende Rolle spielen dabei zukünftige familienpolitische Rahmenbedingungen. Argumente der Individualisierungsdebatte überschneiden sich mit Kaufmanns These der „strukturellen Rücksichtslosigkeit gegenüber der Familie“ (Kaufmann 1990, 1995).<sup>124</sup> Wie bei den Frauenemanzipationstheorien und der biografischen Theorie weisen die Erkenntnisse der moderaten Individualisierungstheorien dahin, den Blickwinkel auf die Familienpolitik i. w. S. zu richten.

### *3.8 Biografische Theorien und die Aufschubsthese*

Die von Birg zusammen mit Flöthmann und Reiter vorgelegte biografische Theorie der Fertilität (Birg et al. 1991, siehe auch Birg 1992, 1996, 2003a) sieht in den sprunghaft gewachsenen biografischen Optionen die zentrale Ursache für den Zweiten Geburtenrückgang:

„Die Analyse der biographischen Entwicklungsbedingungen, denen die Individuen in modernen Gesellschaften unterliegen, bildet die Grundlage für die Erklärung der extrem niedrigen Geburtenrate im zweiten demographischen Übergang.“ (Birg 1996:66).

Die wachsenden biografischen Wahlmöglichkeiten (und -zwänge) werden ebenso von einigen Individualisierungstheoretiker (vgl. Beck 1986: 190, Beck et al.

123 Die Studie von Miegel und Wahl entstand im Auftrag des Bundesministeriums für Forschung und Technologie.

124 Da Kaufmanns Ansatz die Familienpolitik stärker einschließt, wird er in Abschnitt 3.15 diskutiert.

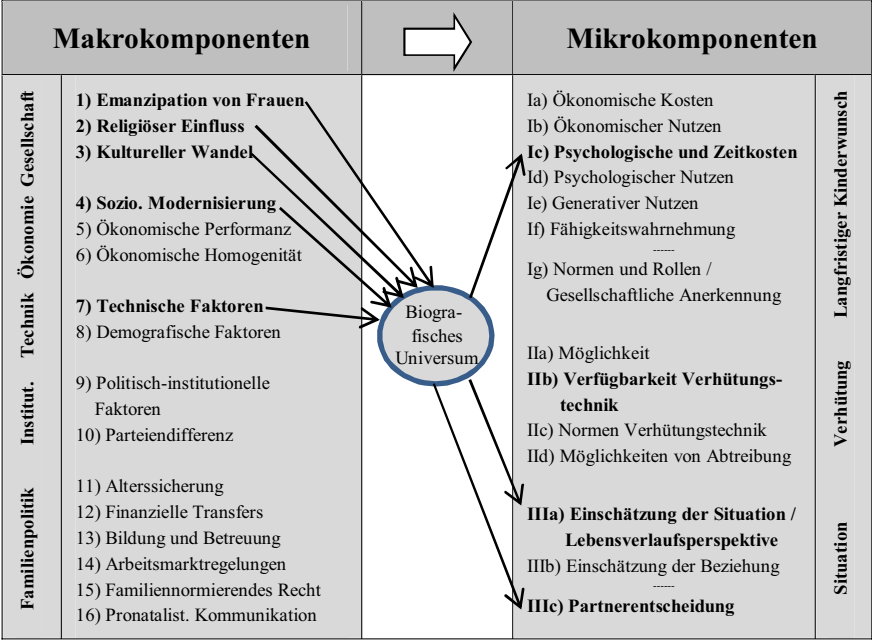
1994:13, Beck-Gernsheim 1994:120, Geissler & Oechsle 1994:144) thematisiert und mit dem Hinweis auf die Scheu vor langfristigen Festlegungen auch für den Geburtenrückgang mitverantwortlich gemacht (u. a. Linde 1984:148, Strohmeier 1988:67). Die biografische Theorie geht weiter, da sie diesen Aspekt als Hauptursache postuliert und da sie die These methodisch überzeugend zu einer elaborierten, die Dynamik der biografischen Entscheidungen berücksichtigenden Theorie ausbaut.

Die Theorie betrachtet den Lebenslauf als dynamischen Entscheidungsprozess, der nicht nur von situativen Lebensumständen, sondern v. a. auch von Handlungsergebnissen zurückliegender Entscheidungen abhängt. Der Lebenslauf wird als beschreibbare äußere Lebensgeschichte interpretiert, die sich aus mehreren biografischen Elementen (Grundbausteinen) zusammensetzt. Die Möglichkeiten der Kombination dieser Elemente werden als biografisches Universum bezeichnet, das aus Sicht eines Individuums die virtuelle Biografie darstellt, „in der die bisherigen Lebensetappen, die gegenwärtige Lebenssituation und der fernere Lebensweg aufeinander bezogen sind“ (Birg et al. 1991:14). Die Theorie differenziert nach unterschiedlichen biografischen Ebenen wie u. a. Familien-, Erwerbs- und Wohnbiografie. Historisch ist demnach die Zahl der biografischen Möglichkeiten in allen Gesellschaftsschichten Europas gewachsen; zum einen durch die Zunahme an Möglichkeiten (Bildung, Berufsvielfalt, Geld, Verhütungsmittel) und zum anderen durch den Wegfall von Restriktionen (Kirche, Staat, Normen). Durch dieses gewachsene biografische Universum hat der Mensch große Freiheiten gewonnen, die er durch eine Entscheidung für Kinder einschränken würde. Der Ansatz analysiert die sichtbaren und quantifizierbaren Bausteine wie Ausbildung, Berufstätigkeit, gemeinsamer Haushalt, Heirat und Kind(er). Wenn man jeden dieser fünf Bausteine nur einmal verwendet, ergeben sich durch Permutation bereits 120 mögliche biografische Sequenzen, wobei die oben beschriebene Reihenfolge in einem Survey von 54,8% der Befragten als Norm genannt wurde (ibid.:21).

Als Vorteil der biografischen Theorie gegenüber mikroökonomischen Modellen der New Home Economics (vgl. 3.10), die Kinder analog zu Konsumgütern interpretieren, betonen die Autoren, dass Kinder nicht wie Güter abgeschafft werden können, wenn die Kosten die Nutzen übersteigen. Dies ist der springende Punkt dieses Lebenslaufansatzes: Die Entscheidung für ein Kind wird weniger wegen der hohen Kosten verneint, sondern wegen der langfristigen irreversiblen Festlegung. Birg et al. sprechen von biografischen Opportunitätskosten, die umso größer sind, je größer das biografische Universum ist (ibid.:58). Entsprechend gering ist dann die Wahrscheinlichkeit einer Festlegung, was sich bei der Festlegung für Kinder verschärft, da sich bei einer Paarentscheidung zwei Personen gleichzeitig festlegen müssen (ibid.:347). Wenn man sich also für ein Kind entscheidet, sind die biografischen Freiheitsgrade eingeschränkt, vor allem in Hin-

blick auf Partnerschaft, Karriere und Wohnort. Dieser Aspekt erklärt nicht nur die niedrigere Kinderzahl des Zweiten Geburtenrückgangs, sondern auch das Aufschieben von Geburten. Beides wird demnach bei Personen mit einem hohen biografischen Universum, wie bei Akademikern und Großstadtbewohnern, besonders deutlich. Der Einfluss der Arbeitsdynamik bei zunehmender Spezialisierung interpretieren die Autoren anhand der Theorie als Geburten mindernd im doppelten Sinne, da erstens mit den beruflichen Optionen das biografische Universum wächst und zweitens bei Festlegungen umso mehr berufliche Sequenzen ausscheiden.

**Abbildung 3-11: Biografische Theorie anhand des Mehrebenenmodells**



Die biografische Theorie zeichnet die Entscheidung für Kinder in Konkurrenz zu anderen Festlegungen in einer Lebenslaufperspektive nach und kombiniert so ökonomische, soziologische und sozialpsychologische Betrachtungswinkel auf der Mikroebene (siehe Abb. 3-11). Einige Thesen der biografischen Theorie untermauern die Autoren anhand ihres biografischen Surveys (vgl. 1.2.3), dabei zeigen sie den Zusammenhang von Geburtenraten mit den regionalen Lebensumständen innerhalb Deutschlands. Aussagekräftiger wäre jedoch eine internationale Vergleichsstudie über den Beginn des Zweiten Geburtenrückgangs. Um diesen mit der biografischen Theorie zu erklären, spielt möglicherweise die Variable Frauenemanzipation eine zentrale Rolle, denn im zuvor verbreiteten Ernährer-

modell betreffen Festlegungen in der Familien- oder Arbeitsbiografie nicht die jeweils andere biografische Ebene, da diese dort nach Geschlecht differenziert zugeordnet ist. Demnach entstanden die biografischen Opportunitätskosten erst mit der Ablösung des Ernährermodells. In der Terminologie des Mehrebenenmodells haben die Makrofaktoren 1, 2, 3, 4 und 7 das biografische Universum erweitert und auf der Mikroebene die biografischen Opportunitätskosten (Ic) erhöht und die partnerschaftliche Einschätzung der Situation (IIIa und IIIc) derart verändert, dass ein Aufschub wahrscheinlicher wird. Zeitpolitik, insbesondere im Lebensverlauf (vgl. Deutscher Bundestag 2006a), könnte nach der Logik der Theorie zur Reduzierung der biografischen Opportunitätskosten beitragen, eine derartige familienpolitische Weiterentwicklung des Ansatzes wurde von den Autoren nicht vorgenommen. Der Verweis auf die Mitursache einer „antifamilialen Selbstverwirklichungsideologie“ (Birg 2005:83) ist weniger überzeugend. Besondere Stärken hat diese Theorie bei der Erklärung des Aufschubsphänomens, das häufig zu einer ungewollt kleinen Kinderzahl oder gar zu Kinderlosigkeit (Birg 1996:68) führt.

Huinink (2000) betont, dass der Lebenslauf ein selbstreferentieller, multidimensionaler Prozess ist, der mit den Lebensläufen anderer Menschen und institutionellen Rahmenbedingungen korrespondiert. Nach Huinink ist das Zeitfenster für eine Familiengründung größer als andere biografische Aufgaben wie Ausbildung und Berufseinstieg, wodurch diese in den Vordergrund der Familienplanung rücken. Hinsichtlich der Komplexitätsreduzierung des individuellen Lebenslaufs unterscheidet er zwischen einem Skriptansatz und einem Laissez-faire-Stil, wobei die „entlastende Form der skripthaften Strukturierung“ der „traditionellen Selbstverständlichkeit von Ehe und Familie“ (ibid.:380) durch zunehmende Planungsbedürfnisse abgelöst wurde.

Auch Kohler et al. (2002) weisen darauf hin, dass die Irreversibilität von Elternschaft im Vergleich zur Reversibilität anderer Pläne einen Anreiz zum Aufschub gibt. Den Aufschub der Geburten postulieren sie als zentrale Ursache für die niedrigen Geburtenraten in den 1990er Jahren in vielen OECD-Ländern. Demnach wirkt der Aufschub doppelt negativ auf die TFR: Er reduziert die periodische TFR im Vergleich zur CFR (vgl. 1.1) und bewirkt einen geringeren Mengeneffekt aufgrund des geringeren Zeitfensters für Geburten. Den Autoren nach werden die Anreize zum Geburtenaufschub des ökonomischen und sozialen Wandels durch den sozialen Interaktionsprozess verstärkt. Die Unterschiede zwischen den Ländern sowie das Auftreten von LFC und LLFC in Süd-, Mittel- und Osteuropa führen Kohler et al. auf unterschiedliche institutionelle Begebenheiten wie die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa, die Transition zur Marktwirtschaft in Osteuropa und den Anstieg tertiärer Bildungsbeteiligung insbesondere der Frauen in beiden Regionen zurück, die durch die Interaktion von Aufschubs- und Mengeneffekten noch verstärkt werden.



Der Grundgedanke der Aufschubsthese und der biografischen Theorie ist ähnlich: Eine frühe Entscheidung für Kinder mindert berufliche, aber auch partnerschaftliche Optionen, entsprechend wird die Realisierung des Kinderwunschs aufgeschoben. Ein Aufschub führt teilweise zu ungewollter Kinderlosigkeit und verringert die Zeitspanne für größere Kinderzahlen. Der Ansatz von Kohler et al. betont stärker den negativen Einfluss der beruflichen und ökonomischen Unsicherheit, Birg die Erhaltung der Freiheitsgrade. Die Aufschubsansätze weisen auf die Bedeutung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie hin, die sich insbesondere in den unterschiedlichen Fertilitätsraten der über 30-jährigen manifestiert (d'Addio & d'Ercole 2005, Kohler et al. 2002). So zeigt sich in den skandinavischen und angelsächsischen Ländern, aber auch in den Niederlanden ein beachtlicher Erholungseffekt der Geburtenraten der über 30-jährigen, der einen Teil des Rückgangs der unter 30-jährigen ausgleicht (d'Addio & d'Ercole 2005:21).

Die Lebenslaufperspektive hat auch Implikationen für die Familienpolitik. Diese Perspektive greift der Siebte Familienbericht (Deutscher Bundestag 2006a) auf, der neben Transfer- und Infrastrukturpolitiken „Zeitpolitiken im Lebenslauf und in der täglichen Zeit“ (ibid.:3) in den Mittelpunkt stellt (vgl. Bertram et al. 2005, 2006, Bertram 2006b, 2008a) mit dem Ziel, die in Deutschland besonders ausgeprägte „Rushhour des Lebens“ aufzulockern (Bertram 2007, Bertram & Bertram 2009:57ff, Biedenkopf et al. 2005:42ff, Deutscher Bundestag 2006a:33, 242).

### 3.9 Technologische Theorien

Technologische Thesen, die das Aufkommen moderner Verhütungstechnologien als Erklärung für den Zweiten Geburtenrückgang anführen, sind sehr umstritten. Die „Pillenknicke-Theorie“ war v. a. in den Medien populär (vgl. Höhn 1998:41), sie impliziert eine monokausale Erklärung (Rosenstiel et al. 1986:100), während sich die wissenschaftliche Debatte zwischen der Ablehnung als Kausalfaktor und der Akzeptanz technologischer Faktoren als wichtige Mitursache bewegt.<sup>125</sup> Einige technologische Ansätze werden im Folgenden diskutiert.

„Our analysis suggests unequivocally that the decline of marital fertility during the decade of the 1960's was due almost entirely to the reduction of unplanned fertility. This im-

125 Eine wichtige Mitursache attestieren den technologischen Faktoren u. a. Beck-Gernsheim 2006:103ff, Caldwell 2001:101ff, Castles 1998:270ff, Dinkel 1984:172ff, Murphy 1993, van de Kaa 1987:26ff, 1999:28, 2001:301, Westoff & Ryder 1977, skeptisch bis ablehnend sind u. a. Andorka 1978:232ff, 377, Esser 1993:313, Höhn 1986:315ff, Marschalck 1984:103, Schubnell 1973:41. Ähnliche Kontroversen gibt es über den Einfluss von Verhütungsmitteln im Ersten Geburtenrückgang (vgl. u. a. Wolf 1912:104ff und Grotjahn 1914, oder ein halbes Jahrhundert später Coale 1973 und Carlsson 1966).



provement in the control of fertility is no doubt attributable in large measure to the advent and wide diffusion of a new, highly effective birth control technology, particular the pill and the intrauterine device.” (Westoff & Ryder 1977:308)

In ihrer elaborierten Analyse des Wandels der genutzten Verhütungstechnologien in den 1960er Jahren in den USA, den sie als kontrazeptive Revolution bezeichnen, führen Westoff und Ryder den Beginn des Zweiten Geburtenrückgangs v. a. auf technologische Veränderungen zurück (Westoff & Ryder 1977, vgl. Bumpass & Westoff 1970, Ryder 1967, 1972, 1986, Westoff & Ryder 1967)<sup>126</sup>. Diese These belegen sie mit einer Kausalkette, die zwei Ergebnisse ihrer Untersuchung aufgreift: Neue Technologien → effektivere Verhütung → Rückgang ungeplanter Geburten → Geburtenrückgang. Demnach ist die Generation neuer Verhütungstechnologien wie OHV, IUD und Sterilisation deutlich effektiver als die alten Technologien wie Diaphragma, Kondom und Rhythmusmethode (ibid.:227ff). Mit Surveydaten weisen die Autoren die in den 1960er Jahren sprunghaft gestiegene Nutzung der drei neuen Verhütungstechnologien nach. Die im Jahr 1960 eingeführte OHV konnte sich zwischen 1960 und 1970 mit einem von 0% auf 34% gestiegenen Anteil an Verhütungsmethoden innerhalb kürzester Zeit als populärste Methode etablieren. Der Gebrauch der IUD stieg im selben Zeitraum von 0% auf 7% an. Auch die Anzahl von operativen Sterilisationen war erheblich gestiegen und betrug 1970 16%, die sich je zur Hälfte auf Vasektomien des Mannes und Tubenligaturen der Frau verteilten. Innerhalb weniger Jahre haben die drei neuen Technologien sich durchgesetzt: Bereits 1970 wurden sie von 57% der verhütenden verheirateten Paare verwendet (ibid.:19).<sup>127</sup> Die Autoren weisen auch den Rückgang der ungeplanten Geburten zwischen den Jahrfünften 1961-1965 und 1966-1970 deutlich nach. Während der TFR-Anteil der geplanten Geburten in dieser Zeit mit 1,7 und 1,66 konstant blieb, sank der TFR-Anteil der ungeplanten Geburten, die generell oder vom Zeitpunkt her ungewollt sind, erheblich von 2,11 auf 1,24.

Westoff und Ryder interpretieren die zunehmende Verwendung sicherer Verhütungsmittel und den Rückgang der ungeplanten Schwangerschaften als Weg in eine „perfekt kontrazeptive Bevölkerung“ (Bumpass & Westoff 1970, vgl. Linde 1984:189), die idealtypisch durch universelle erfolgreiche Fertilitätskontrolle

126 In früheren Arbeiten sind die Autoren skeptischer gegenüber dem Zusammenhang von Verhütungstechnologien und Geburtenrückgang. So vermuten Ryder und Westoff (1967:3), dass der TFR-Rückgang auch ohne OHV stattgefunden hätte und billigen der Technologie nur eine ihn beschleunigende Wirkung zu. Später konstatiert Ryder (1972:238) einen leichten, weitere fünf Jahre später postulieren Westoff und Ryder (1977:29, 308) einen zentralen Zusammenhang.

127 Westoff und Ryder zeigen, dass diese kontrazeptive Revolution bei leichten Unterschieden nach Bildungsstand, Kohorte und Ethnie die gesamte Gesellschaft erfasst hat. Als größter Bremsfaktor kristallisierte sich die katholische Kultur (ibid.:22ff), wobei sie den Wandel nur verzögerte und die Autoren auf eine zunehmende Konvergenz hinweisen.

und keinerlei ungeplante Geburten gekennzeichnet ist. Dass 1970 im Vergleich zum Beginn der 1960er Jahre bereits mehr als die Hälfte des Weges zu diesem idealtypischen Konstrukt gegangen wurde, belegt nach Westoff und Ryder (1977:309) die enorme Geschwindigkeit des Wandels in der Verhütungsfrage. Mit dem Verweis auf den Rückgang ungeplanter Geburten bei gleichzeitiger Etablierung hocheffizienter Verhütungstechnologien untermauern sie überzeugend die These, wonach technologische Variablen Kausalfaktoren des Zweiten Geburtenrückgangs sind. Dass auch weitere Faktoren eine Rolle spielen, bestreiten die Autoren, deren Zielsetzung keine Analyse des Geburtenrückgangs, sondern eine des kontrazeptionellen Wandels ist, nicht.

Da technologische Erklärungen auf einer anderen logischen Ebene als gesellschaftliche, ökonomische oder politische Makrofaktoren ansetzen, differenziert Bongaarts (1978) nach nahen („proximate“) und fernen („remote“) Determinanten (vgl. Davis & Blake 1956, siehe auch Mehrebenenmodell in 2.1)<sup>128</sup>. Demnach wirken die fernen Determinanten wie beispielsweise sozioökonomische Faktoren indirekt über die nahen Determinanten. Bongaarts kombiniert eine biologisch-medizinische Fruchtbarkeitsanalyse mit technologischen Aspekten und vereinfacht die einflussreiche Klassifizierung Davis und Blakes nach elf „Intermediate“-Variablen in acht Faktoren, wobei der Anteil Verheirateter<sup>129</sup>, Verhütung, Abtreibung und die laktationsbedingte Unfruchtbarkeit entscheidend sind und vier weitere natürliche Fertilitätsvariablen nur eine untergeordnete Rolle spielen. Veränderungen der Fertilität führt Bongaarts auf unterschiedliche Kombinationen dieser vier Hauptvariablen zurück, ihre Kumulation entspricht folglich dem Abstand zwischen der Fekunditätsrate (ca. 15 Kinder pro Frau) und der TFR. Das Bongaarts-Modell ist für beide Geburtenrückgänge anwendbar. Am Beispiel der USA zeigt er, dass die Differenz zwischen Fekundität und TFR von etwa zwölf im Jahr 1965 zu 80% durch Verhütung und je rund 10% auf Heirat und Laktation zurückzuführen ist. Der Geburtenrückgang zwischen 1965 und 1973 beruht demnach auf einer Zunahme der Faktoren Verhütung und Abtreibung (ibid.:126). Diese Analyse der nahen Faktoren hält Bongaarts für wichtig, da sie die Identifikation der Wirkungspfade unterschiedlicher sozioökonomischer Variablen ermöglichen. Bongaarts Rahmenmodell ist Grundlage vieler technolo-

128 Als nahe (proximate) bzw. direkte Determinanten gelten u. a. Heiratsalter und Verhütung, ferne (remote) bzw. indirekte umfassen u. a. ökonomische, kulturelle und politische Makrodeterminanten. Nahe Determinanten entsprechen den „intermediate variables“ von Davis und Blake (1956), entscheidende Teile davon werden zusammen mit Verhütungsnormen in der zweiten Mikrodimension des Mehrebenenmodells aufgegriffen (IIa, IIb, IIc und IId; siehe 2.1).

129 Der Begriff ist missverständlich für die Analyse des Zweiten Geburtenrückgangs, da Bongaarts (1987:107) ausdrücklich nichteheliche sexuelle Beziehungen einschließt.

gischer Ansätze, insbesondere die darin enthaltene Unterscheidung zwischen nahen direkten und fernen indirekten Determinanten.

Auf empirischen Untersuchungen in Großbritannien aufbauend erklärt Murphy (1993) den Geburtenrückgang der 1960er und 1970er Jahre v. a. mit dem Aufkommen und der Verbreitung der OHV. Diese These bezeichnet er bereits im Titel als „Herausforderung für die konventionelle Sicht“. In Bezug auf Bongaarts Differenzierung nach nahen und fernen Determinanten konstatiert er, dass nach konventioneller Sicht die Ursachen bei den fernen Faktoren liegen, die sich über Veränderungen der nahen Faktoren auswirken. Murphy (1993:236) betont, dass die nahen Determinanten auch als exogene bzw. ferne Faktoren im Sinne „Makro-kontrazeptiver Faktoren“ interpretiert werden können, wenn Veränderungen der Verhütung ursächlich auf technologischen Veränderungen beruhen. Diese These versucht er durch die hohe Erklärungskraft der Variable OHV-Verkäufe im Vergleich zu ökonomischen Variablen bei Zeitreihenregressionen und die beachtliche Effektivitätszunahme der zwischen 1967 und 1983 verwendeten Verhütungsmittel nachzuweisen. Beachtenswert ist Murphys Einbeziehung der beiden „Pill Scares“ (ibid.:227ff) in den 1970er Jahren. Damit bezeichnet er Berichte über gesundheitsschädliche Nebenwirkungen von OHV, die auf Thromboserisiken (1970) und Durchblutungsstörungen (1976) hinwiesen und in den entsprechenden Jahren Dellen in der Expansion der OHV bewirkten, die Murphy mit Dummyvariablen belegt und die mit relativ höheren TFR korrespondieren.

„(...) the main proximate determinant of fertility change in the 1960s and the 1970s was contraceptive pill use, and this was also the principal remote determinant.“ (Murphy 1993:238)

Die gestiegene Frauenerwerbsquote sieht Murphy sogar eher als Konsequenz des technologischen Wandels, denn als Determinante, obgleich er den Einfluss kultureller, historischer und ökonomischer Faktoren anerkennt. Mit Murphys Theorie lassen sich Plötzlichkeit und Geschwindigkeit des Beginns des Zweiten Geburtenrückgangs erklären, nicht jedoch der zunehmende Geburtenrückgang seit den 1980ern in einigen OECD-Ländern und auch nicht Erholungstendenzen. Kritisch ist auch anzumerken, dass der Geburtenrückgang eine weitaus größere Dimension hat als der kontrazeptive Effektivitätssprung Schwangerschaften verhindern konnte. Auch sind die Wechselwirkungen insbesondere zwischen technologischen und kulturellen Variablen unterbelichtet. Als Haupteklärung muss dieser Ansatz scheitern, andererseits ist eine Einbeziehung technologischer Aspekte in ein multifaktorielles Erklärungsmodell hilfreich.

Der Zusammenhang zwischen Technologie und Fertilität lässt sich theoretisch nach drei Mechanismen differenzieren<sup>130</sup>:

- Kausaleinfluss: Effizientere Verhütungsmittel haben einen direkten Einfluss auf Veränderungen der TFR, da sie die Anzahl ungewollter Schwangerschaften reduzieren.
- Intervenierender Einfluss: Innovative Verhütungstechnologien verändern andere Faktoren, die einen potenziellen Einfluss auf die Geburtenrate haben.
- Mittel: Verhütungstechnologien sind nur (austauschbare) Mittel der Familienplanung, wobei die Kinderzahl von nicht-technologischen Faktoren ursächlich abhängt.

Argumente der Debatte über den Einfluss technologischer Veränderungen, wobei gelegentlich mit den OHV nur eine von drei entscheidenden Technologien aufgegriffen wird, lassen sich anhand dieser Trias sortieren. Einen Kausaleinfluss postulieren Westoff und Ryder (1977) mit Hinweis auf die Reduzierung ungewollter Schwangerschaften und Murphy (1993) mit der These der Makrokontrazeptiven Faktoren. Einen intervenierenden Einfluss sehen verschiedene Autoren in modernen Kontrazeptiva, da sie kulturelle Veränderungen stimulieren und eine „katalytische Rolle“ spielen (van de Kaa 1999:28, siehe auch 1987:26ff, 2001:301), die Fertilitätskontrolle vom Mann zur Frau transferieren (Hakim 2003:350ff, Lesthaeghe 1995:19) oder da sie durch die Ermöglichung einer gezielteren Planung Bildungs- und Berufschancen von Frauen erhöhen (vgl. Beck-Gernsheim 2006:103ff, Lesthaeghe & Surkyn 1988:36). Der Timingeffekt führt darüber hinaus zu einem verstärkten Aufschub der Geburten (vgl. 3.8). Empirisch ist die Trennung zwischen vom Timing her ungeplanten und generell ungewollten Schwangerschaften, also zwischen Kausal- und intervenierendem Einfluss, problematisch, da es graduelle Abstufungen gibt. Einige, insbesondere deutschsprachige, Autoren (vgl. Dinkel 1984:168) sehen in den Verhütungstechnologien nur ein Mittel bzw. eine Bedingung, jedoch keine Ursache (Schubnell 1973:41, vgl. Esser 1993:313, Marschalck 1984:103).

### *3.10 Mikroökonomische Theorien*

Viele ökonomische Fertilitätstheorien charakterisieren sich nicht nur dadurch, dass sie ökonomische Determinanten wie Sozialprodukt, Einkommen, Preise oder Zinsen analysieren, sondern v. a. durch die mikroökonomische Methodik.

130 Murphy (1993:240) klassifiziert generative Erklärungsansätzen nach vier Typen, die er hinsichtlich der Einbeziehung der nahen Determinanten, die technologische Aspekte berücksichtigen, unterscheidet: Irrelevanz, Opportunismus, Interaktion und Unabhängigkeit.

Diese baut auf den Annahmen von Maximierungsverhalten sowie Marktgleichgewicht auf und versucht mit Nutzen- sowie Budgetfunktionen das generative Verhalten zu erklären.<sup>131</sup>

Einen einflussreichen Kosten-Nutzen-Ansatz liefert Leibenstein (1957:159ff), der zwischen drei Nutzen- und zwei Kostendimensionen differenziert. Demnach sinkt bei sozioökonomischer Entwicklung, die durch die Faktoren Einkommensanstieg, Sterblichkeitsrückgang und Änderungen der Beschäftigungsstrukturen charakterisiert ist, der Nutzen bei steigenden Kosten von Kindern. Während die Nutzendimension der persönlichen Freude am Kind konstant bleibt, sinkt der Arbeits- und Versicherungsnutzen. Einen Anstieg der Kosten sieht Leibenstein sowohl in direkten Kosten, als auch in indirekten Opportunitätskosten. Diese schlanke Theorie bietet eine ökonomische Interpretation des Transitionellen Geburtenrückgangs (vgl. 3.3), wobei sie ohne technische Extensionen viele Gedanken späterer ökonomischer Theorien vorwegnimmt.

Ein zentraler Vertreter der neoklassischen mikroökonomischen Theorie der Familie ist Becker, welcher über Jahrzehnte hinweg eine Theorie der Fertilitätsentscheidung entworfen hat (Becker 1960, 1965, 1974, 1981, 1991, 1996, Becker & Barro 1986, 1988, Becker & Lewis 1973, vgl. Duesenberry 1960), die auch von anderen Ökonomen weiterentwickelt wurde (u. a. Butz & Ward 1979, Mincer 1963, Mincer & Polachek 1974, Schultz 1973, 1974, Schultz 1976, Willis 1973). Die Betrachtung von Kindern analog zu der von Konsumgütern im Rahmen der Neuen Haushaltsökonomie war ein wissenschaftliches Novum<sup>132</sup> (Becker 1960) und ist bis heute umstritten. Bahnbrechend ist auch die an Argumentationen der Wohlstandstheorien<sup>133</sup> (Brentano 1909, Mombert 1907, 1929,

131 Da die postulierte Reichweite der meisten ökonomischen Theorien nicht auf den Ersten oder Zweiten Geburtenrückgang beschränkt ist und eine getrennte Darstellung der Theorien nach Erklärungsschwerpunkt eines Geburtenrückgangs der Genese der mikroökonomischen Theorie nicht gerecht werden würde, werden auch die ökonomischen Theorien, die primär Erklärungen des Ersten Geburtenrückgangs beitragen, in diesem Abschnitt behandelt. Für den Zweiten Geburtenrückgang relevante Ansätze und Aspekte werden entsprechend der Zielsetzung dieser Arbeit ausführlicher dargestellt.

132 Leibenstein (1957:161) spricht zwar bereits drei Jahre früher bei der ersten Nutzendimension von dem Nutzen eines Kindes als Konsumgut, jedoch setzt er dies in Anführungsstriche und stellt im Unterschied zu Becker keine Nutzenfunktion auf, bei der Konsum- und Kindernutzen analog nebeneinander stehen. Später kritisiert Leibenstein (1975:1) die Analogie als die Realität verzerrend.

133 Neu an Beckers Theorie ist die konsequente Ausarbeitung dieses Argumentes, die in einer preistheoretischen und formalmathematischen Begründung des Substitutionsprozesses mündet. Brentano (1909:613) spricht von einer „Verfeinerung der Kinderliebe“, wonach „Eltern bestrebt sind, den bereits vorhandenen Kindern eine bessere Erziehung zu sichern, ihnen ein größeres Erbteil zuzuwenden“. Mombert (1907:169) betont das Aufstiegsmotiv „sich und die Seinen heraufzuarbeiten“.

vgl. Wolf 1912, 1916) erinnernde Differenzierung zwischen Qualität<sup>134</sup> und Quantität. Aufbauend auf seine Fertilitätsanalyse und der Humankapitaltheorie (Schultz 1960, 1971) analysiert er die Allokation von Zeit innerhalb von Haushalten (Becker 1965), die in Form von Opportunitätskosten einen entscheidenden Teil der Kosten von Kindern in modernen Gesellschaften ausmacht (Mincer 1963). Becker dehnt das Rational-Choice-Paradigma auf andere Aspekte der Familie aus (Becker 1974, 1981, 1991), wobei die Substitution zwischen Qualität und Quantität von Kindern, die eheliche Arbeitsteilung, gestiegene Opportunitätskosten und die Rolle des Altruismus in Familien für die Fertilitätsanalyse die zentralen Komponenten sind.

Becker interpretiert die Nachfrage nach Kindern durch die Nutzenmaximierung einer Familie, die gleichzeitig Produzent und Konsument ist. Dabei geht er von stabilen Präferenzen aus (vgl. Stigler & Becker 1977) und behandelt die Familienentscheidung als Entscheidung eines altruistischen Haushaltsvorstands (Becker 1974). Letzteres begründet er mit der These, dass die Allokation innerhalb von Familien durch Altruismus bestimmt wird. Diese stellt er unter Rückgriff auf das „Rotten-kid-Theorem“ (ibid.:1080)<sup>135</sup> auf, nach welchem „eine unsichtbare Hand des Altruismus Adam Smiths unsichtbare Hand des Eigennutzes“ (Becker 1996:107) ergänzt.

Den Ersten Geburtenrückgang<sup>136</sup> führt er, basierend auf seinem preistheoretischen Modell, u. a. auf die gestiegenen Kosten und den sinkenden Arbeits- und Versicherungsnutzen von Kindern bei ökonomischer Entwicklung und Urbanisierung zurück. Als potenzielle Erklärungsansätze für den Zweiten Geburtenrückgang lassen sich aus Beckers Untersuchungen die Qualitätssubstitution, die Opportunitätskostenthese und politische Anreize anführen, die im Folgenden ausführlicher dargestellt werden.

Als entscheidende Ursache für beide Geburtenrückgänge betont Becker die Interaktion von Quantität und Qualität, die im Folgenden anhand von Nutzenfunktion, Budgetrestriktion und Gleichgewichtsbedingungen dargestellt wird (Becker 1991:145ff, Becker & Lewis 1973, vgl. Leibenstein 1975, Schultz 1986,

134 Der Begriff Qualität ist nicht wertend gemeint, sondern bezieht sich auf den finanziellen (und zeitlichen) Aufwand, der für jedes Kind aufgebracht wird und in Form von Ausbildung und Gesundheit des Kindes das Nutzenniveau der Eltern beeinflusst (vgl. Becker 1960:211).

135 Das Rotten-Kid-Theorem besagt, dass auch bei begrenztem Altruismus und Eigennutz ein starker Anreiz da ist, die Wohlfahrt der Familie insgesamt zu betrachten, so dass im Ergebnis das Verhalten einem altruistischem entspricht.

136 Becker differenziert nicht zwischen beiden Geburtenrückgängen, seinen Ansatz postuliert er als zeitlich und räumlich universell gültig, wobei er teilweise historische Phasen mit seinem ökonomischen Ansatz interpretiert (Becker 1991:342ff). Wenn seine Argumentationen und Beispiele bestimmte Geburtenrückgangsphasen ansprechen, wird die in dieser Arbeit verwendete Terminologie entsprechend weitergeführt.

Zimmermann 1988<sup>137</sup>). Die Nutzenfunktion einer Familie setzt sich aus dem Nutzen der Quantität von Kindern ( $n$ ), den als Qualität bezeichneten Ausgaben pro Kind ( $q$ ), die insbesondere Bildungs- und Gesundheitsinvestitionen beinhalten, und anderen Gütern  $Z$  zusammen.<sup>138</sup>

$$(1) U = U(n, q, Z)$$

Die Budgetrestriktion beinhaltet die Kosten für eine Einheit „Qualität“  $p_c$ , so dass  $p_c q n$  die Gesamtkosten der Kinder bezeichnen, und die Kosten für Güter  $\pi_z Z$ :

$$(2) p_c q n + \pi_z Z = I^{139}$$

Dabei ist von zentraler Bedeutung, dass diese Budgetrestriktion nicht linear ist, es findet eine Interaktion zwischen Qualität und Quantität statt. Die Optimierung der Nutzenfunktion (1) unter der Budgetrestriktion (2) ergibt folgende Gleichgewichtsbedingungen:

$$(3) \delta U / \delta n = MU_n = \lambda p_c q = \lambda \pi_n$$

$$(4) \delta U / \delta q = MU_q = \lambda p_c n = \lambda \pi_q$$

$$(5) \delta U / \delta n = MU_z = \lambda \pi_z$$

Die Interaktion zwischen Qualität und Quantität zeigt sich in den Gleichgewichtsbedingungen darin, dass der Schattenpreis der Kinderzahl  $\pi_n$  mit dem Qualitätsniveau  $q$  steigt und der Schattenpreis der Qualität  $\pi_q$  wiederum von der Kinderzahl  $n$  abhängt. Anhand dieses Modells zeigt Becker, dass eine kleine Veränderung bereits eine große Auswirkung auf die Fertilität haben kann. So kann ein leichter Anstieg der Kosten zu einem niedrigerem Kinderwunsch führen, was wiederum den Schattenpreis der Qualität senkt, dadurch zu einer gestiegenen Nachfrage nach Qualität und zu einem erhöhten Schattenpreis der Kinderzahl führt, so dass der Kinderwunsch weiter zurückgeht.<sup>140</sup> Dieser Interaktionsprozess setzt sich demnach fort, bis ein neues Gleichgewicht gefunden wird. Dieses Phänomen ist für Becker eine zentrale Ursache für beide Geburtenrückgänge:

„I am convinced that the most promising explanation is found in the interaction between the quantity and quality of children, for it implies that the demand for children is highly

137 Zimmermann schlägt eine Modellvariante vor, bei der die mit steigendem Einkommen korrespondierenden höheren Kosten für Kinder nicht mit dem Nutzen von Qualität, sondern mit gesellschaftlichen Normen begründet wird. Schultz interpretiert Qualität als Humankapital-Ressourcen-Intensität. Zu Leibensteins Statusthese siehe unten.

138 Dabei werden andere Güter in eine Variable aggregiert, basierend auf der Annahme, dass Kinder und Güter keine guten Substitute sind (Becker 1991:137).

139 Becker (1991:149) erweitert die Budgetrestriktion mit einer Differenzierung nach fixen und variablen Kosten, die hier aus Platzgründen nicht diskutiert wird.

140 Dieses Beispiel verdeutlicht die Notwendigkeit einer hohen Abstraktion dieses Modells, denn realistische Kinderzahlen sind niedrig und umfassen ganze Zahlen.



responsive to price and perhaps to income, even when children have no close substitutes.”  
(Becker 1991:149)

Die Substitution der Kinderzahl durch zunehmende Qualität untermauert Becker (1991:148-151) mit Makrodaten von OECD-Staaten, wonach die Hauptphasen beider Geburtenrückgänge gleichzeitig Phasen einer erheblichen Bildungsexpansion waren. Ein entscheidender Auslöser dieser Substitution war demnach die wirtschaftliche Entwicklung, da in technologisch modernen Ökonomien die Ausstattung der Kinder mit Humankapitalinvestitionen zunehmend wichtiger wurde. Die Argumentation deckt sich mit der häufig in Längst- und Querschnitt gefundenen negativen Korrelation zwischen Kinderzahl und Bildungsstand. Hinsichtlich des Effekts des Einkommens lassen sich sowohl positive als auch negative Zusammenhänge mit der Kinderzahl durch das Modell erklären, je nachdem ob der durch steigende Kosten induzierte Substitutionseffekt den Einkommenseffekt übertrifft. Willis (1973) sieht die Erklärung des für viele Länder nachgewiesenen u-förmigen Zusammenhangs zwischen Einkommen und Fertilität in seinem Interaktionsmodell, wobei die Koeffizienten des Einkommens des Mannes und des Bildungsstandes der Frau negativ sind.<sup>141</sup> Auch den Kindersterblichkeitsrückgang sieht Becker nicht wie die Transitionstheoretiker als Ursache des Geburtenrückgangs, sondern vielmehr als weitere Folge der Substitution zu Quantität.<sup>142</sup>

Ein weiteres für die Erklärung des Zweiten Geburtenrückgangs wichtiges Argument von Becker und anderen Ökonomen (v. a. Mincer 1963) ist die Opportunitätskostenthese. Demnach ist durch die gestiegenen Verdienstmöglichkeiten für Frauen der Wert ihrer Zeit stark angestiegen, wodurch sich die Kosten von Kindern enorm erhöht haben. Dabei umfassen die Opportunitätskosten nicht nur das konkret entgangene potenzielle Einkommen, sondern auch die Reduzierung des zukünftigen Einkommens durch Depretiation des Humankapitals (Mincer & Polachek 1974). Die höhere Markteffizienz der Frauen bewirkt demnach eine Reallokation sämtlicher Tätigkeiten der Haushaltsmitglieder (Becker 1965). Auslösende Faktoren der Kausalkette sind demnach die wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere im Dienstleistungssektor, und die gestiegene Humankapitalausstattung. Beides führt zu gestiegenen Verdienstmöglichkeiten für Frauen, was wiederum sowohl einen Rückgang der Fertilität als auch einen Anstieg der Frauenerwerbsquote verursacht (Becker 1991). Der Anstieg von Scheidungen, Frauenerwerbstätigkeit und Humankapitalinvestitionen von Frauen sowie der Gebur-

141 Eine einfachere ökonomische Erklärung für diesen u-förmigen Zusammenhang zwischen Einkommen und Fertilität ist, dass der Grenznutzen vom Bildungs- und Gesundheitsinvestitionen ab einem bestimmten Niveau zurückgeht.

142 Selbst ein exogener Rückgang der Kindersterblichkeit, beispielsweise durch staatliche Gesundheitsmaßnahmen, würde demnach eine Interaktion von Qualität und Quantität induzieren und zu einem Geburtenrückgang führen. Eine Substitution zu Gunsten von Qualität verursacht auch ein Rückgang der Erwachsenensterblichkeit (Becker 1996:148).



tenrückgang verstärken sich folglich wechselseitig. Gemäß Beckers Modell kann eine traditionelle Arbeitsteilung bereits bei geringfügigen Diskriminierungen von Frauen und kleinen biologischen Unterschieden entstehen. Bei zur Kinderbetreuung komplementären Tätigkeiten wie Mitarbeit im Familienunternehmen kommt diese Argumentation weniger zum Tragen. Nach den klassischen haushaltsökonomischen Modellen (u. a. Becker 1960, 1981, 1991), aber auch nach zwischen Paaren mit arbeitenden und nicht arbeitenden Frauen differenzierenden Modellen (Butz und Ward 1979, Willis 1973) wirkt sich das Lohnniveau von Frauen und Männern unterschiedlich auf die Geburtenrate aus. Viele empirische Befunde bestätigen den negativen Zusammenhang zwischen Lohnniveau und TFR bei Frauen und den positiven bei Männern (vgl. Butz und Ward 1979, Cigno 1991, Murphy 1993, Schultz 1986). Demnach ist der Babyboom auf einen starken Anstieg der Löhne für Männer zurückzuführen und der Geburtenrückgang der 1970er Jahre auf einen relativ starken Anstieg der Löhne für Frauen. Butz und Ward schließen daraus, dass sich die Geburtenrate bis in die 1960er Jahre prozyklisch und danach antizyklisch zum wirtschaftlichen Wachstum entwickelt. Abweichend von früheren Studien (Becker 1960)<sup>143</sup> lehnt Becker technologische Ursachen zur Erklärung des Geburtenrückgangs ab, da verbesserte Technologien primär Folge einer gesunkenen Nachfrage nach Kindern sind (Becker 1991:141ff). Auch die Frauenbewegung interpretiert er nicht als Ursache, sondern als Folge der oben skizzierten Entwicklung (ibid.:356).

Becker diskutiert vielfache Wirkungen politischer Maßnahmen auf die Geburtenrate. Ein zentrales Ergebnis ist dabei, dass die Sozialversicherung, insbesondere in ihrer Expansionsphase nach dem Zweiten Weltkrieg, zum Rückgang der Geburtenziffern beitrug. Dies führt er nicht nur auf die verbreitete These des Rückgang des Versicherungsnutzens von Kindern zurück (Becker 1996:145), sondern auch auf die Senkung der Nettolöhne und den damit verbundenen Rückgang der Kindernachfrage (ibid.:112). Entsprechend dieser Argumentation und der Opportunitätskostenthese prognostiziert er „tentativ“ und „spekulativ“ (Becker 1991:361), dass infolge des Rückgangs des Wachstumstempos von Wohlfahrtsstaat und Wirtschaft seit den 1970er Jahren der Geburtenrückgang an Tempo zumindest nachlässt oder die Geburtenrate sogar wieder ansteigt. Demnach ist der Geburtenrückgang der 1970er und 1980er Jahre vom Momentum der wirtschaftlichen und wohlfahrtsstaatlichen Expansion der Nachkriegsjahrzehnte geprägt, und für eine Trendumkehr der Geburtenentwicklung ist keine Trendumkehr der Kausalfaktoren nötig, sondern ein Abschwächen der Expansionsdynamik ausreichend. Butz und Ward (1979:327) dagegen prognostizieren einen weiteren Geburtenrückgang, wobei ein Anstieg der TFR durch einen als unwahr-

143 Im Unterschied zu technologischen Ansätzen (siehe 3.9) steht hier das Kostenargument und nicht das Effektivitätsargument im Zentrum.

scheinlich eingeschätzten Rückgang der Frauenerwerbstätigkeit oder einen substanziellen Anstieg von Kinderbetreuungsmöglichkeiten induziert werden könnte. Schultz (1986:104) prognostiziert als Folge der gewachsenen Verdienstmöglichkeiten von Frauen einen Anstieg an Kinderbetreuungsmöglichkeiten und eine Anpassung der elterlichen Rollen.

Die von Becker geprägte mikroökonomische Theorie der Fertilität hat mehr als eineinhalb Jahrhunderte nach Malthus (1803) Ansatz<sup>144</sup> ökonomische Erklärungsmuster der Fertilität popularisiert und eine Vielzahl von Forschungen angeregt. Der überwiegende Teil mikroökonomischer Ansätze baut auf Beckers preistheoretischem Modell und der Differenzierung zwischen Qualität und Quantität von Kindern auf (u. a. Butz & Ward 1979, Cigno 1991, Mincer 1963, Willis 1973, vgl. Zimmermann 1984, 1988). Auch außerhalb dieser Ansätze wird Beckers Theorie aufgegriffen (u. a. Esser 1993, Grant et al. 2004), insbesondere für die Hypothesengenerierung empirischer Arbeiten über den Einfluss familienpolitischer Maßnahmen auf die Geburtenrate (vgl. 1.2.4). Auf der anderen Seite wird Beckers Ansatz teilweise heftig kritisiert. Turchis (1975) umfassende Kritik beinhaltet die Nichtberücksichtigung von Normen, Verhütung, sequenziellen Entscheidungsmustern und Paarinteraktion sowie die Homogenitätsannahme von Präferenzen, die Analogie von Kindern zu Gütern und das Konzept der Qualität von Kindern. Letzteres bezeichnet Robinson (1997:70) als empirisch leere Box und methodische Sackgasse. Leibenstein (1981) kritisiert die rigiden Rationalitätsannahmen, Easterlin das Ausblenden von Präferenzen (Macunovich 1997), Ryder (1973:66, vgl. Esser 2004:260) die soziologische Lücke hinsichtlich der Nichtberücksichtigung von Normen und Castles (2004:146ff) neben der Annahme stabiler Präferenzen die geringe empirische Untermauerung der Theorie.

Die mikroökonomische Theorie der Fertilität wurde von Becker und anderen über Jahrzehnte entwickelt und hat eine dominante Stellung im ökonomischen Theorieangebot. Positiv ist anzumerken, dass Becker die mikroanalytische Theorie ausdrücklich „als ein Instrument zur Gewinnung von Schlussfolgerungen auf der (...) Makroebene“ (Becker 1996:21, vgl. Galler 1989:306) interpretiert. Die Anwendung mikroökonomischer Methodik zur Analyse von Fertilitätsentscheidungen hat ein großes Potenzial, besonders bei der Analyse von Determinanten wie Wirtschaftswachstum, Arbeitsmarkt, Preisentwicklung, Einkommen, Opportunitätskosten und familienpolitischen Maßnahmen bezüglich der Fertilität. Um

144 Malthus sah nicht nur wie Smith (1776) einen positiven Zusammenhang zwischen Einkommen und Fertilität, sondern formulierte die These eines ungebremsen, exponentiellen Wachstums der Bevölkerung, das in dem nur linear wachsenden Nahrungsmittelangebot seine Grenzen findet, so dass das Bevölkerungswachstum entweder durch sittliche Beschränkung oder durch „Checks“ wie Hunger und Krieg begrenzt wird. Malthus Theorie war enorm einflussreich sowie umstritten und wurde von den realen Entwicklungen seit dem 19. Jahrhundert widerlegt.

das analytische Potenzial voll zu entfalten, ist jedoch eine Integration von anderen Faktoren notwendig wie u. a. Bedeutung beruflicher Selbstverwirklichung, Normen zur Familiengröße, Präferenzbildung, Technologie, sequenzielle Entscheidungsmuster und Paarinteraktion (Ic, Ig, IIb, IIc, IIIa, IIIc des Mehrebenenmodells, vgl. Abb. 3-12). Becker unterlässt einen konsequent interdisziplinären Zugang (vgl. 1.2.2) und versäumt es, einige dieser zentralen Faktoren in seinen Erklärungsansatz aufzunehmen, so dass sein Ansatz als eine umfassende Erklärung des Zweiten Geburtenrückgangs überfordert ist.

Die These der Substitution von Quantität und Qualität steht im Einklang mit Daten des Ersten Geburtenrückgangs; sie übersieht jedoch den Einfluss von Normen zur Kinderzahl<sup>145</sup>, Grenzen des qualitativen Investments<sup>146</sup>, Skaleneffekte und das Phänomen der Kinderlosigkeit, so dass ihre Anwendung für den Zweiten Geburtenrückgang wenig hilfreich ist. Die Opportunitätskostenthese ist plausibel und steht im Einklang mit empirischen Befunden, der Zusammenhang mit Wirtschaftswachstum, Bildungsexpansion, Verdienstmöglichkeiten für Frauen, Frauenerwerbstätigkeit, Diskriminierung und Scheidungsanstieg ist stringent analysiert. Nahe liegende Faktoren wie Veränderungen der Paarinteraktion und den Wunsch von Frauen nach beruflicher Selbstverwirklichung nimmt er jedoch nicht auf. Die Mitbegründung des Geburtenrückgangs durch die mit der Expansion des Wohlfahrtsstaats gestiegenen Steuer- und Abgabenquote ist prinzipiell nachvollziehbar, steht jedoch, insbesondere hinsichtlich Beckers Prognose, teilweise im Widerspruch zu realen Entwicklungen. Erklärungskräftiger erscheinen hier andere familienpolitische Faktoren. Insgesamt bleiben die Erklärungsbeiträge von Beckers Theorie für den Zweiten Geburtenrückgang bruchstückhaft, wobei das Potenzial des Rational-Choice-Ansatzes bei einer Öffnung hin zu soziologischen und psychologischen Variablen<sup>147</sup> immens ist, zumal er eine hervorragende Grundlage zur Analyse familienpolitischer Maßnahmen bietet.

145 Wenn gesellschaftliche Normen eine größere Kinderzahl sanktionieren, ist die Annahme einer Maximierung der Kinderzahl fraglich (vgl. Mehrebenenmodell in 2.1).

146 Diese Kritik verdeutlicht ein kleines Gedankenspiel. Ist es vorstellbar, dass ein Multimillionär mit dem Kinderwunsch von drei aufgrund der hohen Investitionen in Qualität diesen auf zwei reduziert? Schwer. Wenn das qualitative Investment also Grenzen hat, müssten reiche Nutzenmaximierer gemäß der Theorie enorm hohe Kinderzahlen haben - was in der Form nicht der Fall ist. Auch zeitliche Kosten widersprechen der Kritik nicht, denn Betreuungsdienstleistungen sind käuflich und die Zeitkosten des ersten Kindes sind höher als die von weiteren Kindern.

147 Eine Kombination von soziologischen Variablen und des Rational-Choice-Ansatzes bietet das Mikromodell in dieser Arbeit (vgl. Tab. 3-1). Hier lassen sich beispielsweise Normen auch als gesellschaftliche Anerkennung bzw. Sanktionierung einer bestimmten Anzahl von Kindern an die Kosten-Nutzen-Herangehensweise interpretieren. Vgl. auch Fishbein (1972) und Turchi (1975:113).

Makrokomponenten		➔	Mikrokomponenten	
Gesellschaft	1) Emanzipation von Frauen	➔	Ia) Ökonomische Kosten	Langfristiger Kinderwunsch
	2) Religiöser Einfluss		Ib) Ökonomischer Nutzen	
	3) Kultureller Wandel		Ic) Psychologische und Zeitkosten	
Ökonomie	4) Sozioökon. Modernisierung		Id) Psychologischer Nutzen	Verhütung
	5) Ökonomische Performanz		Ie) Generativer Nutzen	
	6) Ökonomische Homogenität		If) Fähigkeitswahrnehmung	
Technik	7) Technische Faktoren		Ig) Normen und Rollen / Gesellschaftliche Anerkennung	Situation
	8) Demografische Faktoren		IIa) Möglichkeit	
	9) Politisch-institutionelle Faktoren		IIb) Verfügbarkeit Verhütungs- technik	
Institut	10) Parteidifferenz		IIc) Normen Verhütungstechnik	Verhütung
			IId) Möglichkeiten von Abtreibung	
	11) Alterssicherung		IIIa) Einschätzung der Situation / Lebensverlaufsperspektive	
Familienpolitik	12) Finanzielle Transfers		IIIb) Einschätzung der Beziehung	Situation
	13) Bildung und Betreuung		IIIc) Partnerentscheidung	
	14) Arbeitsmarktregelungen			
	15) Familiennormierendes Recht			
	16) Pronatalist. Kommunikation			

Infolge einer kritischen Auseinandersetzung mit Beckers Ansatz entwirft Leibenstein (1975) eine Fertilitätstheorie, mit der er den negativen Zusammenhang

151

zwischen Einkommen und Geburtenrate ohne die Qualitätssubstitutionsthese zu erklären versucht. Ausgangspunkt ist dabei das Streben nach Statuserhalt bzw. Statusaufstieg und der unterschiedliche Charakter von Statusgütern und normalen Konsumgütern. Demnach wächst mit steigendem Einkommen der Anteil der Statusgüter überproportional. Da diese Güter häufig arbeitsintensive Dienstleistungen sind, sind ihre Preise unelastisch und wachsen mit steigender sozioökonomischer Entwicklung aufgrund des Lohnanstiegs ebenfalls überproportional. Im Unterschied zu normalen Gütern mit sinkendem Grenznutzen postuliert Leibenstein, dass viele Statusgüter einen wachsenden Grenznutzen (IMU-Güter) bis zu einem bestimmten Level haben. Durch diese Eigenschaft sinkt bei Haushalten mit höherem Status bei einer Erhöhung der Kinderzahl der Nutzen von Statusgütern stärker, als der Konsumnutzen von Haushalten mit geringerem Status. Dass Statusausgaben häufig Bildungsausgaben beinhalten, verdeutlicht die Nähe zwischen Leibensteins und Beckers Ansatz.

„Quality is determined indirectly as a consequence of the household's reaction to its status. This seems to me to reflect more accurately what occurs in reality. I doubt whether (...) middle class households consider that they have a valid option to choose between fewer children educated at their status level, and more children nurtured and educated at a lower level.” (Leibenstein 1975:27)

Leibenstein führt nicht aus, inwieweit sich die Nutzenfunktion bei extrem hohen Einkommen ändert; da IMU-Güter ab einem bestimmten Punkt wieder einen abnehmenden Grenznutzen haben, kann der Ansatz den später in vielen Ländern gefundenen u-förmigen Zusammenhang zwischen Einkommen und Kinderzahl erklären. Die These der Statusorientierung an sich ist nicht neu (vgl. Mackenroth 1953:397, Wolf 1912), wohl aber Leibensteins mikroökonomische Herangehensweise.

Eine umfassende Reformulierung der ökonomischen Familientheorie entwirft Cigno (1991), wobei er systematisch zwischen Kosten und Nachfrage von Kindern, dem Timing der Geburten sowie intergenerationalen und politischen Gesichtspunkten differenziert. Er baut vielfach auf Beckers Ideen auf, betont jedoch auch einige bisher unterrepräsentierte Aspekte wie Skaleneffekte, Familienpolitik und das Timing der Geburten. Die Analyse der Skaleneffekte zeigt, dass das zweite und weitere Kinder aufgrund des geringeren Zeitaufwands und der mehrfachen Nutzung bestimmter Güter wie z. B. Kinderwagen geringere Kosten implizieren (ibid.:91). Das Timing der Geburten betont Cigno als zentrale Ursache der als Babyboom und Babybust bezeichneten Fluktuation der TFR im Verhältnis zur CFR. Als das Vorziehen der Geburten implizierende Makrofaktoren während des Babybooms führt er die Bildungsexpansion für Frauen an, während im späteren Babybust die wachsende Arbeitsproduktivität und die nachlassende Diskriminierung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt für den Aufschub der Geburten und den entsprechenden TFR-Rückgang ursächlich sind (ibid.:138). Hin-

sichtlich der Familienpolitik weist er auf den positiven Effekt von Kindergeld und Kinderbetreuungseinrichtungen, auf einen ambivalenten von Individualbesteuerung und auf einen negativen Effekt von Anreizen zu einer steigenden Frauenerwerbstätigkeit hin (vgl. 1.2.3). Eine entscheidende Erklärung des Zweiten Geburtenrückgangs sieht er ähnlich wie Becker (1991) oder Butz und Ward (1979) in der Reduzierung der Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern. Seine These eines positiven Zusammenhangs zwischen Arbeitslosigkeit und TFR (Cigno 1991:113) lässt sich empirisch jedoch kaum aufrechterhalten<sup>149</sup>.

Zimmermann (1984b) diskutiert die Wirksamkeit familienpolitischer Maßnahmen auf die Geburtenrate vor dem Hintergrund der ökonomischen Theorie. Aufgrund der Qualitätssubstitution hält er eine allgemeine finanzielle Förderung von Familien für nicht sinnvoll, aufgrund der Opportunitätskostenthese erwartet er Effizienzverluste eines Familiensplittings. Er empfiehlt auf theoretischen Erwägungen basierend Maßnahmen zur Reduzierung der Kinderkosten wie Kindergeld sowie Kindergärten und -horte, wobei er aufgrund empirischer Ergebnisse skeptisch hinsichtlich monetärer Förderungen ist. Hier scheinen ihm arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wirkungsvoller.

Eine umfassende ökonomische Theorie der Familienpolitik entwickelt Althammer (2000), wobei der Einfluss ökonomischer Rahmenbedingungen auf das Verhalten der Familien in Bezug auf familienpolitische Wirkungen untersucht wird. Dabei betont er, wie andere Ökonomen, die Rolle der Opportunitätskosten der Frau, distanziert sich jedoch von der auf Maximierungsannahmen aufbauende These der vollständigen Spezialisierung zwischen Mann und Frau, vielmehr führt er die Aufteilung auf zeitliche Restriktionen des Arbeitsmarktes zurück. Er betont, dass die Opportunitätskostenthese zur Erklärung des Aufschubs der Geburten und zum Anstieg der Kinderlosen beiträgt, jedoch weniger zum Rückgang der kinderreichen Familien. Nach Althammers Analyse wirken monetäre Hilfen bei Familiengründung und großer Kinderzahl unterschiedlich. Er verweist auf negative Distributionseffekte beim Ausbau staatlich subventionierter Kinderbetreuung und spricht sich aufgrund der Analyse allokatons- und verteilungspolitischer Wirkungen gegen eine Reform des Ehegattensplittings zu einem Familiensplitting aus.

Da die mikroökonomische Theorie durch viele stetige Weiterentwicklungen seit der Pionierarbeit Beckers aus dem Jahr 1960 einen gewissen Reifestatus innehat, da die OECD-Länder ihre Familienpolitik in den letzten Jahrzehnten ausgebaut haben und da inzwischen zunehmend Datenmaterial vorliegt, haben viele Ökonomen in den letzten Jahren implizit oder explizit auf diesem Ansatz auf-

149 Vgl. Adserà 2004:36, Ahn & Mira 2001, Beck-Gernsheim 2006:107, d'Addio & d'Ercole 2005:36, Esping-Andersen 1999:70, 2002:71, Gauthier & Hatzius 1997, Höhn 1998:106, Sleetbos 2003:22.

bauend den Einfluss von Familienpolitik und Arbeitsmarkt auf die Geburtenrate im internationalen Vergleich analysiert (u. a. Ahn & Mira 2002, Adséra 2004, d'Addio & d'Ercole 2005). Der mikroökonomische Ansatz generiert auf der methodischen Ebene einen handlungstheoretischen Zugang zum generativen Verhalten, der in Kombination mit soziologischen und psychologischen Variablen fruchtbar sein kann, bei ihrem Ausblenden oder bei unangemessenen Annahmen jedoch in eine Sackgasse führt. Auf der inhaltlichen Ebene bietet er mit gestiegenen Kosten, sinkendem ökonomischen Nutzen und der Qualitätssubstitution Erklärungen für den Ersten Geburtenrückgang an sowie mit der Opportunitätskostenthese und familienpolitischen Unterschieden Erklärungen für den Zweiten.

### 3.11 *Ökonomische Erklärungsversuche zyklischer Fertilitätsmuster*

Während im letzten Abschnitt ökonomische Fertilitätsansätze skizziert wurden, die das generative Verhalten aus der individuellen Kosten- und Nutzenperspektive modellieren und gegebenenfalls mit Makrofaktoren der Bereiche Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Familienpolitik in Bezug setzen, werden in diesem Abschnitt Theorien dargestellt, die versuchen, Zyklen aggregierter Fertilitätsmaße mit intergenerationalen Determinanten oder Wirtschaftszyklen zu erklären.<sup>150</sup> Diese zyklischen Ansätze versuchen drei demografische Phänomene, das Geburtentief der 1930er Jahre, den insbesondere in angelsächsischen Staaten ausgeprägten Babyboom und den Zweiten Geburtenrückgang, integriert zu erklären.

Eine umfassende zyklische Fertilitätstheorie für die posttransitionelle Phase hat Easterlin entwickelt (Easterlin 1961, 1965, 1966, 1968, 1978, 1980, Macunovich 1997), die von seiner Angebots-Nachfrage-Theorie zur Erklärung der Transition (Easterlin 1975, Easterlin & Crimmins 1982, 1985, Easterlin et al. 1988) zu differenzieren ist (siehe 3.10).<sup>151</sup> Ausgangspunkt von Easterlins Überlegungen war der Vergleich von Wirtschafts- und Fertilitätszyklen und mündete in der These, wonach der Babyboom keine Trendumkehr eines säkularen Gebur-

150 Die Aufteilung der ökonomischen Theorien in diese beiden Abschnitte wird vorgenommen, da die zyklischen Erklärungsversuche erheblich von der Genese der mikroökonomischen Theorien abweichen – auch wenn die zyklischen Ansätze von Easterlin oder Becker et al. (als Präferenzen oder dynastische Erweiterung) durchaus in die klassische mikroökonomische Modellierung eingebunden werden können. Diese Einbindung ist für ein Verständnis der zyklischen Theorien jedoch nicht maßgeblich. Andere Autoren differenzieren – durchaus auch nachvollziehbar – ökonomische Ansätze nach Angebot- und Nachfrageschwerpunkt (van de Kaa 1996) oder zwischen Easterlins Theorie, Beckers preistheoretischem Ansatz und Wachstumsmodellen (Braun 2000).

151 Im Unterschied zu Becker und vielen anderen Ökonomen differenziert Easterlin seine Erklärungsansätze explizit danach, ob sie die Transition oder posttransitionelle Fertilitätsmuster wie Babyboom und Babybust betreffen.



tenrückgangs, sondern Teil eines großen Kuznetszyklus (Kuznets 1958) ist. Die Beschreibung eines oszillierenden Prozesses von Bevölkerungsgröße, Arbeitsangebot und Wirtschaftsentwicklung erinnert an Malthus (1803) und steht im Gegensatz zur zeitgenössischen ökonomischen Betrachtung der Fertilität als primär für die Nachfrage relevante, exogene Variable (vgl. Leibenstein 1957:147).

„The unprecedented concurrence of these three circumstances - a Kuznetscycle expansion in the economy, restricted immigration, and a low rate of labour-force entry from the native population resulting from demographic processes - created an exceptional job market for those in family-building ages and as a result drastically accelerated the founding of families.“ (Easterlin 1961:898)

Mit der demografisch bedingt geringen Arbeitsplatzkonkurrenz einer Kohorte und den entsprechend guten Arbeitsmarktperspektiven, die zu einem Geburtenanstieg führen, sowie der Prognose eines selbstgenerierenden Mechanismus formuliert Easterlin bereits zentrale Grundgedanken seiner Theorie. Seine damals ungewöhnliche Prognose von niedrigen Fertilitätsraten zwei Jahrzehnte nach Höhepunkt des Babybooms (ibid.:900) bestätigte sich in den Folgejahren, was der Perzeption seines Ansatzes zugutekam. Bei der Weiterentwicklung des zyklischen Ansatzes identifiziert er ein demografisches und ökonomisches Zyklismuster ab dem Jahr 1914, dabei mit internaler und externaler Migration eine zentrale Determinante (Easterlin 1965), fordert die Einbeziehung ökonomischer Faktoren wie Einkommensveränderungen von Kohorten bei Analyse und Projektionen der Geburtenentwicklung (Easterlin 1966) und baut den Ansatz zu einer umfassenderen Theorie aus (Easterlin 1968). Im Folgenden wird die spätere Reformulierung (Easterlin 1978, 1980) ausführlicher dargestellt, die u. a. die Rolle der Frauen auf dem Arbeitsmarkt, die Ausdehnung auf andere soziale Aspekte und das finale zeitliche Gültigkeitspostulat der Theorie beinhaltet.

Die auch als Easterlin-These bekannte Theorie postuliert einen zyklischen Verlauf von Geburtenraten nach Abschluss der demografischen Transition und bezieht sich ursprünglich nur auf die USA. Demnach haben Menschen, deren Kohorten kleiner sind, da sie in Phasen mit niedriger Fertilität geboren wurden (z. B. in den 1930er oder 1970er Jahren), deutlich bessere Arbeitsmarktchancen. Dies erklärt Easterlin mit der Knappheit des Arbeitsangebots, die höhere relative Löhne und geringere Arbeitslosigkeit impliziert, und mit der These, dass Qualifikationsunterschiede eine Substitution der Arbeitsplätze zwischen jungen und älteren Kohorten unwahrscheinlich machen (Easterlin 1980:26). Kleine Generationen haben jedoch nicht nur Vorteile beim Berufseinstieg, sondern auch im weiteren Verlauf der Erwerbstätigkeit, in der Schule und sogar in der Familie (ibid.:30). Für große Kohorten wie die Babyboomer Generation gilt entsprechend das Gegenteil. Easterlin führt das Konzept des relativen Einkommens ein, wonach das Verdienstpotezial eines Paares in Relation zu den materiellen Aspirationen interpretiert wird. Hier geht er von einem intergenerationalen Sozialisie-



rungskonzept aus, wobei die Ansprüche von dem Wohlstandsniveau der eigenen Familie unbewusst internalisiert werden. Folglich beschreibt Easterlin das relative Einkommen durch den Quotienten zwischen dem eigenen und dem früheren elterlichen Einkommen, so dass sich das Konzept durch den Vergleich von kaufkraftbereinigten Einkommensdaten zwischen zwei Generationen operationalisieren lässt (ibid.:44). Das relative Einkommenskonzept verstärkt den positiven Arbeitsmarkteffekt für kleine Kohorten, da diese demnach zusätzlich relativ geringe Ansprüche haben. Umgekehrt sind große Kohorten mit dem doppelten Nachteil konfrontiert: geringere Marktchancen und höhere Aspirationen. Easterlin postuliert, dass ein verbessertes relatives Einkommen Heirat und Kinderkriegen beschleunigt und ein verschlechtertes auf beides reduzierend wirkt, so dass über die Wirkungskette von Arbeitsmarktchancen, Einkommen und Aspirationen ein negativer Zusammenhang zwischen Kohortengröße und Fertilität gegeben ist.

Easterlin (1980:50ff) zeigt, dass zwischen 1940 und 1980 sowohl Einkommensdaten als auch die Geburtenrate analog den Hypothesen der Theorie mit der Kohortengröße korrespondiert. Damit passt die Theorie sowohl mit dem Babyboom, als auch dem Babybust bzw. dem Beginn des Zweiten Geburtenrückgangs zusammen, was er den Alternativerklärungen abspricht, welche Technologie, Bildungsexpansion oder Frauenerwerbstätigkeit in den Mittelpunkt stellen. Die Frauenerwerbstätigkeit analysiert er nach jungen und älteren Kohorten differenziert, wobei während des Babybooms die Rate der über 45jährigen Frauen deutlich anstieg, während die der jüngeren konstant blieb. Auf diese Beobachtung aufbauend versucht er den Anstieg der Frauenerwerbstätigkeit ebenfalls mit Kohortengröße und dem relativen Einkommen zu erklären. Demnach hat die gewachsene Frauenerwerbstätigkeit kulturelle Änderungen impliziert, die er mit Rückgriff auf die Dissonanztheorie (Festinger 1957) erklärt.

Den Beginn dieses zyklischen Zusammenhangs datiert Easterlin (1978:398) auf 1940, da zuvor erstens die Transition die Fertilitätsentwicklung prägte und zweitens der Arbeitsmarkt von großen Migrationswellen und konjunkturellen Schwankungen geprägt war,<sup>152</sup> so dass diese Faktoren bis dahin die Wirkung der Kohortengröße auf die Fertilität überlagerten. Die niedrigen Geburtenraten der 1930er Jahre sind demnach Ausgangspunkt des späteren Zyklenverlaufs. Die räumliche Gültigkeit der Theorie bezieht Easterlin (1980:161) auf die USA und mit deutlichen Abstrichen auf einige andere Industrieländer. Diese Einschränkung erklärt er mit der Notwendigkeit eines freien Marktes für die Wirkung des relativen Einkommenseffektes und den unterschiedlichen Institutionen des Arbeitsmarkts und des Wohlfahrtsstaats in anderen Industrieländern. Anstatt einer

152 Die Erwartung, dass es ab 1940 keine entsprechenden Einflüsse von Migration und Nachfrageausfall wie während der großen Depression kommt, führt Easterlin (1980:33) auf politische Maßnahmen zurück.

räumlichen Ausdehnung, dehnt er die Theorie für die Erklärung des Anstiegs von Frauenerwerbstätigkeit, aber auch Scheidungen, Mord und Selbstmord aus.

„The Lucky Babies of the 1970s.“ (Easterlin 1980:132)

Easterlins Theorie versucht nicht nur Babyboom und Babybust zu erklären, sondern prognostiziert einen selbstgenerierenden Zyklus von 40 Jahren, so dass die relativ kleine 1970er Kohorte gute Arbeitsmarktbedingungen und eine hohe Kinderzahl hat, so dass die TFR in den 1980er und 1990er Jahren stark ansteigen, während sie zwischen 2000 und 2020 wieder deutlich sinken wird, usw. (ibid.:137ff). Die Theorie und ihre Prognosen knüpft er an Bedingungen wie restriktive Immigration, ökonomisches Wachstum (Easterlin 1978:397), fortdauernde traditionelle Geschlechtsrollen<sup>153</sup> und dem Nichteintreten von Vertrauensschocks wie Energiekrisen oder Inflation (Easterlin 1980:149ff). Diese Faktoren könnten den selbstgenerierenden Zyklus abschwächen oder gar beenden. Easterlin verweist auf das parallele Auftreten von Zyklen und Trends (Easterlin 1978:413, 1980:157).

Die Easterlin-Hypothese wurde vielfach rezipiert und kritisiert (vgl. Andorka 1978:370ff, Butz & Ward 1979:326, Kiefl et al. 1984:38, Lesthaeghe 1995:20) und war zeitweise sehr populär. Infolge der demografischen Realentwicklung des Zweiten Geburtenrückgangs seit den 1980er Jahren wurde sie aber zunehmend verworfen. Während Wrights (1989) empirische Prüfung der Easterlin-Hypothese bezogen auf Europa zu einem negativen Ergebnis kommt, bestätigen Pampel und Peters (1995) sie, wobei sie mehr bei Aggregat- als bei Individualdaten, mehr bei periodischen als bei kohortenspezifischen Fertilitätsraten und mehr für die USA als für Europa unterstützt wird. Ende der 1990er Jahre betont Easterlin, dass die neueren demografischen Entwicklungen seinem Ansatz nicht widersprechen, da er keinen dauerhaften Zyklus postuliert und auf den Einfluss säkularer und institutioneller Faktoren verwiesen hat (Macunovich 1997).

Im Unterschied zu vielen anderen Theorien kann Easterlins Ansatz zu einem Verständnis des starken Babybooms in den angelsächsischen Ländern beitragen. Da sie mit der Kohortengröße nur eine unabhängige Variable benötigt (Makrofaktor 8 des MEM<sup>154</sup>), ist sie sehr schlank und kann so leicht mit anderen Erklärungsansätzen kombiniert werden. Im Unterschied zur ökonomischen Theorie von Becker endogenisiert Easterlin Präferenzen. Die demografische Entwicklung seit den 1980er Jahren hat erhebliche Schwachstellen der Theorie offenbart, v. a. Easterlins Übersehen des bereits in den 1970er Jahren sichtbaren kulturellen Wandels insbesondere der Geschlechtsrollen. Auch wenn er Bedingungen for-

153 Easterlin (1980:149) schätzt die Einstellungen und Geschlechtsrollen im Jahr 1980 in den USA als traditionell und denen der 1950er Jahre ähnlich ein. Eine fragwürdige Einschätzung (vgl. Scanzoni 1975, 1976, 1978) eines für die Prognose so entscheidenden Faktors.

154 Deswegen wird von einer Darstellung der Theorie im Mehrebenenmodell abgesehen.

muliert hat, deren Nichterfüllung ein Ende des selbstgenerierenden Zyklus bedeuten, hat er die Existenz der Bedingungen zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Theorie Ende der 1970er Jahre falsch eingeschätzt. Ketzerisch gesagt, bleibt eine kleine Theorie übrig, eine einfaktorielle Erklärung für ein Land und eine 40-jährige Epoche. Fraglich ist auch die Konzeption einer Zyklusdauer von 40 Jahren, da das MAC selbst vor dem Anstieg seit den 1960er Jahren deutlich höher als 20 Jahre ist. Mit der kombinierten Analyse von zyklischen und trendartigen Erklärungen weist Easterlin jedoch einen vielversprechenden Weg, bei dem sein Ansatz in Kombination mit anderen genutzt werden kann.

Eine weitere Erklärung für die Geburtenentwicklung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts bietet der intergenerationale Ansatz von Becker und Barro (1988) an. Die Autoren bauen dabei die heuristische Figur des altruistischen Haushaltsvorstands zu der eines dynastischen Familienoberhaupts aus und erhalten so eine dynastische Nutzenfunktion, bei der der Nutzen vom Konsum, der Anzahl aller Nachkommen und deren Nutzen abhängt. Die Fertilitätstheorie wird dadurch dynamisiert (vgl. Braun 2000:334) und ermöglicht eine Erklärung von Fertilitätszyklen, da sie positiv mit den Realzinsen und negativ mit Konsum anregendem technischen Fortschritt (bzw. dem BIPPC) und der Wachstumsrate von Transferzahlungen zusammenhängen. Als potenzielle Erklärungsfaktoren des Geburtenrückgangs der 1960er und 1970er Jahre nennen Becker und Barro (1988) den Rückgang der Zinsen in den internationalen Kapitalmärkten der westlichen Länder bei gleichzeitig starkem Wirtschaftswachstum sowie den Ausbau des Sozialstaates. Die Autoren postulieren, dass dauerhafte Veränderungen der Kosten nur zeitweise (also für eine Generation) die Fertilität reduzieren (ibid.:13). Dieser Ansatz versucht, die Fertilitätszyklen seit Ende der Transition zu erklären, bei der die Quantität-Qualität-Interaktionsthese scheitert. Die niedrigen Geburtenraten während der Weltwirtschaftskrise sowie des Zweiten Weltkrieges und den anschließenden Babyboom interpretieren Becker und Barro (ibid.:15) mit einem intergenerationalen Aufschub der Geburten in die nächste Generation, der auf die temporären hohen Kosten für Kinder in den 1930er Jahren beruht. Demnach hat die Dynastie rational den Nutzen maximiert und mit unterschiedlichen Kinderzahlen zwischen Generationen auf Kostenstrukturen reagiert. Indem sie Aspekte der Fertilitätstheorie mit dem neoklassischen Wachstumsmodell und dem Humankapitalansatz kombinieren, zeigen Becker, Murphy und Tamora (1990), dass ein Wachstumsgleichgewicht bei niedriger Fertilität<sup>155</sup> und hohem Humankapital möglich ist. Demnach ist bei hohem Humankapital ein Anreiz einer kleinen Kinderzahl und höherer Bildungsinvestitionen gegeben, da ihr Ertrag relativ hoch im Vergleich zum Ertrag von Kindern ist (ibid.:31).

155 Die Frage ist jedoch, wo die Grenzen niedriger Geburtenraten für die Postulate des Modells sind. Bei TFR von 2,0, 1,5, 1,2 oder noch niedriger?

Über die Wirkungsmechanismen von technischem Fortschritt und Konsumwachstum bietet das Becker-Barro-Modell eine Erklärung für einen langfristigen negativen Zusammenhang zwischen Fertilität und Wirtschaftswachstum. Darüber hinaus zeigen Becker et al. (1990), dass niedrige Geburtenraten in Kombination mit hohen Humankapitalinvestitionen ein Gleichgewicht darstellen können. Der Versuch Beckers und Barros, die Fertilitätszyklen vor und nach dem Babyboom mit dem Kunstgriff der dynastischen Nutzenfunktion zu erklären, scheitert aus theorieimmanenten Gründen ebenso wie aufgrund der von den Vorschlägen<sup>156</sup> der Theorie diametral abweichenden Realentwicklungen der letzten beiden Jahrzehnte.

Im Unterschied zu Erklärungen zyklischer Fertilitätsmuster skizzieren Galor und Weil (1996, 2000) eine Theorie, die dauerhaft niedrige posttransitionelle Geburtenraten in Verbindung mit Wirtschaftswachstum erklärt. Die etablierte These, wonach hohe Frauenlöhne die Kinderzahl aufgrund der gestiegenen Opportunitätskosten reduzieren (vgl. 3.10), verbinden die Autoren mit der These, wonach höhere Kapitalintensität aufgrund der stärkeren Komplementarität mit der Arbeit von Frauen zu einem Lohnanstieg bei Frauen führt. Da niedrige Geburtenraten die Kapitalintensität erhöhen, verstärken sich die drei Effekte gegenseitig. Diese Theorie ist komplementär zu Butz' und Wards (1979) Ansatz, mit der Kombination beider kann sowohl der zyklische Beginn als auch der trendartige spätere Verlauf des Zweiten Geburtenrückgangs erklärt werden. Beide betonen die Lohnrelation zwischen den Geschlechtern, doch während Butz und Ward damit eine Erklärung für Babyboom und Beginn des Zweiten Geburtenrückgangs finden, bieten Galor und Weil eine für dessen längerfristig niedrige Geburtenraten.

Ökonomische Erklärungen der zyklischen Verläufe vor, in und nach dem Babyboom bietet neben Easterlins dominierender zyklischen Theorie, Beckers und Barros dynastischem Ansatz sowie Butz' und Wards Gender-Gap-Ansatz auch Cigno (siehe 3.10), der das Timing der Geburten und dessen Determinanten als Erklärung anführt. Ein zentrales Gütekriterium zyklischer Erklärungen ist, inwiefern sie komplementär oder zumindest anschlussfähig für Erklärungen von Trendentwicklungen sind, denn der Zweite Geburtenrückgang charakterisiert sich bis heute als dauerhafter, über ein knappes halbes Jahrhundert gehender, internationaler Trend.

156 Becker und Barro (1988:19) prognostizieren, dass mit den hohen Zinsen der 1980er Jahre, einem Rückgang des Wachstums von Sozialtransfers und einem schwächeren Wirtschaftswachstum einen Anstieg westlicher Fertilitätsraten. Obwohl zweieinhalb der drei Faktoren eintrafen, ging die Geburtenrate im Durchschnitt der genannten Länder entgegen der Prognose weiter zurück.

### 3.12 Psychologische Individualansätze

Die meisten in diesem Abschnitt skizzierten psychologischen Fertilitätstheorien sind der Sozialpsychologie zuzuordnen, wobei motivationale Variablen und kognitive Prozesse analysiert werden und das generative Verhalten als psychologisch-rationale Entscheidung im Sinne eines subjektiven Nutzens nachgezeichnet wird (u. a. Beckman 1979, Fishbein 1972, Hofmann et al. 1973, Miller 1994, Rosenstiel et al. 1986). Diese Rationalität weicht jedoch erheblich von der der mikroökonomischen Theorien ab, da auch psychologischer Nutzen, Normen, Werte, subjektive Bewertungsunterschiede und Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Aspekte der Persönlichkeitspsychologie berücksichtigen v. a. Miller et al. (2004). Der klassische Ansatz der Motivationspsychologie von Maslow (1954) hat insbesondere die Theorien des kulturellen Wandels beeinflusst (siehe 3.6). Die Disziplin Entwicklungspsychologie hat durchaus Potenzial, zur Erklärung des generativen Verhaltens beizutragen, jedoch sind systematische entwicklungspsychologische Untersuchungen über die Persönlichkeit im Erwachsenenalter selten (vgl. Zimbardo 1995:98), eine Ausnahme stellt Erikson (1963) dar, der die Generativität, d. h. das Interesse an Familie und künftigen Generationen, als wichtige Stufe des Lebenszyklus benennt.<sup>157</sup>

Der „Value of Children“ (VOC)-Ansatz (Hoffman & Hoffman 1973) stellt die unterschiedlichen subjektiven Werte von Kindern in den Mittelpunkt der Analyse des generativen Verhaltens und kategorisiert neun Wertetypen. Diese Werte werden demnach durch die Sozialstruktur einer Gesellschaft und die individuelle Position darin determiniert, so dass sie als Verbindungsglied zwischen Makrofaktoren und dem generativen Verhalten fungieren. Letzteres wird der Theorie nach neben dem Wert von Kindern auch von alternativen Zielen, Kosten und hinderlichen sowie förderlichen Rahmenbedingungen beeinflusst. Der Wert von Kindern kann nach Hoffman und Hoffman folgende Aspekte umfassen:

**(1) Erreichen des Erwachsenenstatus und der sozialen Identität:**

Demnach wird jungen Menschen mit der Elternschaft Reife und Stabilität zugeschrieben, und sie trägt stärker zum Erwachsenenstatus bei als Schulabschluss oder Heirat.

157 Eriksons Stufenmodell der psychosozialen Entwicklung sieht eine feste Rangfolge der Stufen vor und die Verbindlichkeit des Ziels Generativität (zeugende Fähigkeit), das nicht nur die Zeugung von Kindern, sondern allgemein das Interesse an nächsten Generationen umfasst. Es ist stark wertend, da es die generative Phase als feste Stufe der psychosozialen Entwicklung definiert und ihr Auslassen mit „Stagnation und Persönlichkeitsverarmung“ (Erikson 1963:262) verbindet. Das Spannungsverhältnis zwischen diesem Teil von Eriksons Stufentheorie mit dem Wandel von Familienwerten seit der SDT könnte sich als fruchtbar erweisen.

- (2) **Erweiterung des Selbst:** Darunter verstehen die Autoren das Erreichen eines Lebenssinns und „einer Art Unsterblichkeit“ (Hoffman et al. 1979:587). In empirischen Untersuchungen umfasst dieser Aspekt Lernerfahrungen und Erfüllung ebenso wie Fortführung von Familienname und -linie.
- (3) **Erfüllung gesellschaftlicher und religiöser Moralvorstellungen:** Demnach werden Eltern von der Gesellschaft aufgrund der Verantwortung für und des Kümmerns um Kinder mit positiver Moral assoziiert. Ähnlich wirken auch religiöse Normen bei orthodoxen Juden, Katholiken und Protestanten.
- (4) **Familiäre Bindungen, Liebe und Zuneigung:** Durch Kinder kann demnach eine Kleinfamilie gegründet werden, die als Bollwerk gegen Anonymität und Isolation moderner Gesellschaften einen Wert darstellt. Als weiterer zentraler Punkt wird hier der Wert durch Liebe und Zuneigung in der Eltern-Kind-Beziehung genannt, der auch die Begleitung im Alter durch das Kind einschließt.
- (5) **Stimulation und Freude:** Darin sehen die Autoren die Stimulation, Aktivität und Freude, die Kinder verbreiten und das Vergnügen, ihr Heranwachsen zu beobachten.
- (6) **Ausdruck von Leistung, Kompetenz und Kreativität:** Dieser Aspekt umfasst das Erfolgserlebnis durch das physische „Produzieren“ und Aufziehen sowie Erziehung eines Kindes. Dieser Punkt umfasst auch stellvertretenden Erfolg, wonach besondere Fähigkeiten des Kindes positiv auf die Eltern zurückstrahlen.
- (7) **Machtzuwachs innerhalb der Familie:** Demnach gewinnen Paare mit der Geburt von Kindern, bei Söhnen teilweise verstärkt, innerhalb der Großfamilie einen höheren Machtstatus. Dieser Punkt gilt besonders für Frauen, auch innerhalb der Kleinfamilie.
- (8) **Prestige im sozialen Vergleich:** Prestige durch eine große Kinderzahl manifestiert sich demnach durch Zuschreibungen von Potenz und Fruchtbarkeit; es ist ein besonders in einigen Entwicklungsländern verbreitetes Phänomen.
- (9) **Ökonomischer Nutzen:** Dieser Aspekt umfasst den Nutzen als Arbeitskraft im Haushalt bzw. im familiären, oft landwirtschaftlichen Betrieb und den als Alterssicherung. Er ist die am häufigsten erforschte Nutzendimension (vgl. 3.3, 3.10) und steht nach Hoffman et al. mit einer hohen Kinderzahl, geringer Geburtenkontrolle und geringer sozioökonomischen Entwicklung in Verbindung.

Die Autoren weisen darauf hin, dass ein Wert wie der Erwachsenenstatus bereits mit einem Kind erreicht wird und Werte wie Stimulation oder ökonomischer Nutzen mit zunehmender Kinderzahl ansteigen. Dieser Grenznutzeneffekt kann

beim Leistungswert je nach gesellschaftlichen Bedingungen variieren, in einer Konstellation mit Aufstiegsmobilität kann der Qualitätssubstitutionseffekt (vgl. Becker 1960) zu einer geringen Kinderzahl führen. Als weitere gesellschaftliche Bedingung nennen Hoffman und Manis (1979:592ff) Kindersterblichkeit, Anstieg der Kosten und Normen zur Familiengröße.

Diese umfassende Systematisierung kann als Grundlage für empirische Arbeiten von großem Nutzen sein. Die Eignung des VOC-Ansatzes für den interkulturellen Vergleich unterstreicht Nauck (1992:246), der die VOC in ökonomische, psychologische und sozial-normative unterteilt, wobei er nur die ersten beiden Typen als bedeutsam bewertet. Eine beispielhafte Anwendung des Ansatzes für die USA, die nach Geschlecht, Elternschaft und Ethnie differenziert und bei der die VOC durch eine offene Frage und eine spätere Klassifizierung der Antworten in die Wertetypologie erhoben wurden, stammt von Hoffman und Manis (1979). Dabei zeigen sich die Werte der familiären Bindung und Stimulation als besonders bedeutsam, danach folgen die VOC-Faktoren 2, 1, 6, 9 und 3, während die Faktoren Machtzuwachs und Prestige keine Rolle spielen. Dieses Ergebnis entspricht den Vorhersagen der Theorie für moderne Industrieländer wie die USA, wonach die Komponenten Moral und ökonomischer Nutzen, die mit einer höheren Kinderzahl in Verbindung stehen, in Industrieländern nur eine geringe Rolle spielen. Den Hypothesen der Theorie entsprechend war der Kinderwunsch bei den Probanden, die Erwachsenenstatus, Moral und ökonomischen Nutzen nannten, höher und bei denen, die Unsterblichkeit nannten, niedriger.<sup>158</sup>

Der VOC-Ansatz deckt die unterschiedlichen Werte von Kindern umfassend und stringent geordnet ab. Er lässt viele zentrale Faktoren außerhalb der Wert- bzw. Nutzenkomponente und Interaktionen zwischen diesen und den Werten unberücksichtigt, so dass die Einbettung des Wertekatalogs in einen theoretischen Zusammenhang gering bleibt (vgl. Herter-Eschweiler 1998:211)<sup>159</sup>. Allerdings ermöglicht die gute Anschlussfähigkeit die Einbeziehung der neun Wertekomponenten in andere Theorien. Der Rückgang des ökonomischen Nutzens (vgl. u. a. Leibenstein 1957) und die über Normen wirksamen Werte VOC-3, VOC-7 und VOC-8 können zum Verständnis des Transitionellen Geburtenrückgangs auf der Mikroebene beitragen, da diese Werte keinen so stark abnehmenden Grenznutzen haben wie die VOC-Faktoren 1, 2, 4, 5 und 6, deren Wert bereits mit einer Kinderzahl von eins oder zwei erreicht wird. Die hohe Kinderlosigkeit wäh-

158 Hoffman und Manis weisen auf die Notwendigkeit vorsichtiger Interpretationen der Höhe des Kinderwunsches aufgrund komplexer Wirkungszusammenhänge hin. So wird Unsterblichkeit von vielen genannt, die keine Kinder wünschen, aber auch von vielen mit enorm hohem Kinderwunsch.

159 Herter-Eschweiler bezeichnet es als „fraglich, ob es sich hierbei um eine theoretische Erklärung handelt“, und verweist auf die Genese des VOC-Ansatzes, der „Resultat einer Zusammenstellung empirischer Ergebnisse“ ist.



rend des Zweiten Geburtenrückgangs und das Aufschubphänomen kann der Ansatz nicht erklären, hier ist die Einbeziehung von Normen, Kosten und Rahmenbedingungen offensichtlich notwendig. Sinnvolle Weiterentwicklungen wären klare Definitionen und Systematisierungen des Einflusses von Normen, die in mehrere Wertetypen einfließen, und des unterschiedlichen Sättigungscharakters der Werttypen bei steigender Kinderzahl. Für die Qualität als Theorie wäre eine systematische Einbettung der Wertedimensionen in ökonomische, gesellschaftliche und politische Makrovariablen hilfreich, denn ohne diese bleibt der Ansatz nur ein heuristisches Instrument zur Kategorisierung unterschiedlicher Wertetypen von Kindern. Im generativen Mikromodell dieser Untersuchung entsprechen die Komponenten VOC-9 dem ökonomischen Nutzen (Ib, siehe Tab. 3-1), VOC-4 und VOC-5 dem psychologischen Nutzen (Id), VOC-2 dem generativen Nutzen und VOC-1, VOC-3, VOC-7 und VOC-8 den Normen bzw. der gesellschaftlichen Anerkennung für Kinder (Ig).

Fishbeins Anwendung der Theorie des überlegten Handelns (Ajzen & Fishbein 1980, Fishbein & Ajzen 1975) auf das generative Verhalten stellt das Zusammenspiel der Komponenten Einstellungen und Normen in den Mittelpunkt (Fishbein 1972, Loken & Fishbein 1980). Die individuelle Verhaltensintention ist demnach durch die Addition von Einstellung und subjektiver Norm determiniert, wobei beide Faktoren unterschiedlich gewichtet werden können. Die Einstellung definiert Fishbein (1972:216) als eine hinsichtlich eines Verhaltens, die sich aus dem Produkt von Folgenabschätzung und Bewertung zusammensetzt. Fishbeins Konzept der subjektiven Normen umfasst spezifische Normen für das Verhalten einer bestimmten Person und ihre Motivation, diesen zu folgen. Der Einbezug von Verhaltensdispositionen als Einstellungskomponente dient dem Ziel, die Prädiktorqualität der Einstellung für zukünftiges Verhalten zu verbessern (vgl. Fishbein & Ajzen 1975); bei empirischen Umsetzungen der Theorie sollen Einstellungen demnach nicht durch abstrakte Frageformulierungen, sondern konkret in Bezug auf spezifisches Verhalten erhoben werden. Als Beispiel für Gewichtungsunterschiede zwischen beiden Komponenten führt er eine stärkere Gewichtung der Normen bei Katholiken an. Fishbein betrachtet sämtliche anderen Faktoren wie soziodemografische und psychologische Persönlichkeitsmerkmale, aber auch Makrofaktoren, als extern, die nur indirekt über beide Komponenten oder eine Verschiebung ihrer Gewichtung wirken. In einer Anwendungsstudie dieser Theorie für den Effekt beruflicher Variablen auf den Kinderwunsch finden Loken und Fishbein (1980) die Theorie bestätigt:

„Fishbein’s theory allows a means for identifying the loci of effects of occupational variables on childbearing intentions.“ (Loken & Fishbein 1980:202)

Demnach erklären beide Komponenten des Modells die Intention, innerhalb von drei Jahren ein Kind zu bekommen, ausreichend, so dass die – aus Sicht der Theorie externen – beruflichen Variablen keine zusätzliche Erklärung beitragen.



Andererseits bietet diese nachgewiesene Konsistenz zwischen Einstellung und subjektiven Normen sowie der Verhaltensintention nur einen geringen Erkenntnisgewinn hinsichtlich des Geburtenrückgangs, sie kann auch im Rahmen der Dissonanztheorie (Festinger 1957) erklärt werden.<sup>160</sup>

In der Theorie des geplanten Verhaltens erweitert Ajzen (1991) die Theorie des überlegten Handelns um die subjektive Verhaltenskontrolle als zusätzlichen Prädiktor und postuliert, dass diese Komponente die Vorhersage von Verhalten mit „inkompletter willensmäßigen Kontrolle“ (ibid.:181) wie bei komplexen Verhaltensweisen mit bestimmten situativen Erfordernissen verbessert. Die Anwendung dieser Theorie auf das generative Verhalten diskutiert Herter-Eschweiler (1998:216), wobei die Einstellung und Bewertung zur Verhaltenskontrolle sich auf die situativen Einschätzungen zum „Großziehen eines Kindes“ bezieht. Ajzens Konzept der subjektiven Verhaltenskontrolle ähnelt dem der Selbstwirksamkeit (Bandura 1982, vgl. Ajzen 1991:184) und der Fähigkeitswahrnehmung (If) des hier entworfenen Mikromodells. Zu betonen ist, dass die Fähigkeitswahrnehmung zum Großziehen eines Kindes in erheblichem Maße von gesellschaftlichen Normen hinsichtlich guter Elternschaft geprägt ist.

Ein zentrales Ziel des Fishbein-Modells ist es, Möglichkeiten der Veränderung des Verhaltens zu generieren. Die Einstellung kann ebenso durch eine veränderte Abschätzung der Konsequenzen wie durch Änderungen ihrer Evaluation und die normative Komponente durch veränderte Normenerwartungen der Referenzgruppe oder durch Änderungen der Motivation, diesen zu folgen, modifiziert werden. Das Modell bietet eine Grundlage für das Verständnis von individuellen und Gruppen-Unterschieden hinsichtlich des generativen Verhaltens und der Wirkung von situativen Rahmenbedingungen und Kommunikationsstrategien. Aufgrund der nachgewiesenen Konsistenz zwischen Einstellung- und Normenkomponente und der generativen Verhaltensintention könnten Forschungen über den Einfluss von Makrofaktoren, besonders familienpolitischen, auf die einzelnen Komponenten eine sinnvolle Anwendung sein. Problematisch sind die Konfundierung mit sozialer Erwünschtheit (vgl. Beckman 1979:151), die vorwiegende Überprüfung der inneren Konsistenz und die fehlende Zeitperspektive (vgl. Herter-Eschweiler 1998:217). Die Kombination einer kognitiven Bewertung mit einer normativen Komponente ähnelt der ersten Dimension der Mikroebene des Mehrebenenmodells (Ia-If, Ig; vgl. Tab. 3-1), Fishbeins Ansatz basiert jedoch auf unterschiedlichen Bewertungskoeffizienten für beide Faktoren, während im Mehrebenenmodell die Normen sowohl additiv als auch im Rahmen eines wech-

160 Demnach führt Verhalten (oder Verhaltensintentionen) häufig zu Einstellungsmodifizierungen, wenn Diskrepanzen zwischen Einstellung und Verhalten vorliegen, so dass im Ergebnis die Dissonanzen reduziert werden und Einstellungen und Verhalten konsonant sind.

selnden Bezugsrahmens einbezogen werden. Fishbeins Theorie bietet interessante Einblicke über den Zusammenhang zwischen Einstellung und Verhalten, postuliert jedoch nicht bzw. nur rudimentär den Einfluss von Makrofaktoren und Erklärungen für den Zweiten Geburtenrückgang.

Eine Anwendung der sozialen Austauschtheorie (Homans 1961, Thibaut & Kelley 1959) auf Fertilitätspräferenzen unternimmt Beckman (1979, vgl. 1978), wonach das generative Verhalten durch aktuelle und erwartete Belohnungen und Kosten determiniert ist.<sup>161</sup> Diese nach Kosten-Nutzen-Erwägung entstandenen Präferenzen für Kinder werden mit solchen für alternative Rollen wie Arbeit und Freizeitaktivitäten abgewogen, so dass die Summe die Fertilitätsintention darstellt, die in der Paarinteraktion in eine Entscheidung mündet (siehe 3.13). Die Präferenzen werden demnach von Persönlichkeitseigenschaften, soziodemografischen und ökonomischen Faktoren beeinflusst. Den Konflikt zwischen beruflichen und familiären Zielen für Frauen interpretiert sie so, dass eine Kombination beider Ziele favorisiert wird, wobei sich aufgrund von zeitlichen Grenzen berufliche Intentionen negativ auf familiäre auswirken und umgekehrt. Den inversen Zusammenhang zwischen Geburtenrate und Frauenerwerbstätigkeit führt sie auf bidirektionale Kausalität zurück. Empirisch findet sie für die USA Bestätigung für den negativen Einfluss des Kinderwunsches auf berufliche Intentionen, jedoch nicht für den erwarteten umgekehrten Einfluss. Auch für andere Theorien ist interessant, dass sie die Reichweite für Modelle mit der Annahme einer rationalen Maximierung des psychologischen Nutzens auf moderne Gesellschaften begrenzt, in denen effektive kontrazeptive Methoden verbreitet sind, und da der Abwägungsprozess ein hohes Bildungsniveau voraussetzt (ibid.:147ff). Beckman weist auch auf die Möglichkeit vielfacher Nichtentscheidungen hin, die zu Aufschub und Kinderlosigkeit führen können. Insgesamt sieht sie das Modell der sozialen Austauschtheorie und die Analyse von motivationalen Variablen und kognitiven Prozessen für die Fertilitätsanalyse als bestätigt, wobei sie aufgrund der enttäuschenden Erklärungsvarianz (ibid.:166) die stärkere Einbeziehung von Normen der Bezugsgruppe fordert.

Ein neueres Modell über den generativen Entscheidungsprozess hat Miller entwickelt (Miller 1992, 1994, Miller, Severy & Pasta 2004, vgl. Miller 1986), bei dem die Umsetzung einer Motivation für Kinder in eine entsprechende Verhaltenskomponente im Mittelpunkt steht. Miller postuliert, dass die Umsetzung motivationaler Persönlichkeitseigenschaften (Traits) in konkretes generatives Verhalten über die Sequenzen Wunsch und Intentionen verläuft, und formuliert

161 Beckman bezieht die Austauschtheorie nicht wie in der klassischen Anwendung auf die Paarbeziehung, sondern auf die potenzielle Beziehung mit einem Kind. Das für diese Theorie zentrale Konstrukt des Vergleichslevels ist also keine andere Beziehung, sondern der Status Quo (vgl. Beckman 1978:65).

entsprechend sein „Traits-Desires-Intensions-Behavior“-Modell (Miller 1994). Dabei interpretiert er stabile motivationale Dispositionen als Persönlichkeitseigenschaft. Diese Fertilitäts-Motivations-Traits setzen sich demnach aus der Summe von Persönlichkeitseigenschaften zusammen, die positive oder negative Einstellungen zur Elternschaft implizieren und sich geschlechtsspezifisch unterscheiden. Diese Traits interagieren mit Kindheits- und Jugenderfahrungen, wobei er u. a. auf die Prägung im Elternhaus und Erfahrungen mit Kindern beispielsweise durch Babysitten verweist. Die Kombination von Traits und Erfahrungen operationalisiert er, wobei er für die Traits Affiliation, Nurturance (je positiv), Autonomie und Erfolgsorientierung (je negativ) und verschiedene Erfahrungswerte signifikante Korrelationen findet. Jedoch ist Millers Annahme fester Persönlichkeitseigenschaften ebenso umstritten wie sein Verweis auf die partielle genetische Determination dieser Traits. Beides zusammen hat für das generative Verhalten weitreichende Implikationen:

„This point in turn suggests that human childbearing motivation is determined in part by the individual's genetic makeup. In other words, some proportion of the variation in individual childbearing motivation is heritable and therefore biologically based.“ (Miller 1992:281)

Im Unterschied zu den stabilen Traits sind demnach Wünsche und Intentionen weniger zeitstabil. Wünsche unterscheiden sich demnach von Intentionen dadurch, dass bei Wünschen situative Restriktionen ausgeblendet sind, während Intentionen das Ergebnis des Zusammenspiels von Wünschen und situativem Kontext sind. Diese Unterscheidung entspricht der Komponente IIIa des generativen Mikromodells (siehe 2.1). Auf der Ebene von Wunsch und Intention differenziert Miller nach allgemeiner Orientierung, spezieller Anzahl und Timing. Hinsichtlich des generativen Verhaltens führt er den Begriff „Prozeption“ als Gegenstück zur Kontrazeption ein (Miller 1986). Millers Differenzierung in vier Sequenzen trägt dem prozesshaften Charakter der Fertilitätsentscheidung im Lebenslauf Rechnung, sie definiert mit Traits, Wünschen und Intentionen zentrale Abschnitte dieses Prozesses und ermöglicht eine Grundlage für sein Paarmodell (Miller et al. 2004, siehe 3.13). Interessant ist der Ansatz zur biografischen Genese des Kinderwunsches durch Prägung im Elternhaus und Erfahrungen in Schule und weiterem Umfeld. Millers These von stabilen Traits und einem genetischen Anteil ist jedoch nicht überzeugend.

Im deutschsprachigen Raum ist der Ansatz der Rosenstiel-Gruppe (Rosenstiel 1978, Rosenstiel et al. 1986, vgl. Oppitz 1982) verbreitet. Auf mehreren empirischen Studien in Deutschland aufbauend versuchen die Autoren, Erklärungen für den Zweiten Geburtenrückgang zu finden. Ein frühes, schlankes Individualmodell führt den Kinderwunsch auf die unterschiedlich gewichtete Kombination von extrinsischem und intrinsischem Wert von Kindern und den normativen Druck von außen zurück (Rosenstiel 1978). Eine elaboriertere Theorie zur „Psy-

chologie des generativen Verhaltens“ (Rosenstiel et al. 1986:54-62, 77-160) kombiniert die Lewin'sche Verhaltensformel, die das Verhalten auf Person- und Umweltvariablen zurückführt (Lewin 1936), mit Mackenroths Trias des Wollens, Könnens und Dürfens (Mackenroth 1953, siehe 3.3), die die Autoren auch mit Motivation, Fähigkeit und Normen übersetzen. Während die vier Faktoren Wollen, Können und Dürfen sowie die situative Ermöglichung das Verhalten determinieren, berücksichtigt das Modell auch die Paarinteraktion. Der Schwerpunkt liegt bei der Analyse auf der situativen Komponente, die Einkommen, Sozialschicht, Frauenerwerbstätigkeit, Wohnsituation und Verhütungsmöglichkeiten umfasst, und dem Wollen, das die individuellen Motivationen analysiert. Dabei spielt neben unbewusster Motivation und der zunehmenden Bedeutung des affektiven Wertes von Kindern der Einfluss des Wertewandels eine zentrale Rolle.

„Der Freiraum des einzelnen auf dem Gebiet des generativen Verhaltens ist – zumindest in den westlichen Industrieländern – so groß, daß die generativen Entscheidungen aus den soziologischen Variablen nicht allein vorausgesagt werden können. (...) Das ‚individuelle Wollen‘ rückt in den Vordergrund.“ (Rosenstiel et al. 1986:39)

Die Autoren verdeutlichen in der abschließenden Bewertung, dass sie situative Verbesserungen in Form familienpolitischer Maßnahmen für relativ einflusslos für die Fertilität halten, während die „Entwicklung gesellschaftlicher Werte“ und „Erziehung in Familie und Schule“ maßgeblich sind (ibid.:160). Demnach werden Wertorientierungen nicht nur dem Verhalten angepasst, sondern gehen auch dem Verhalten voraus (ibid.:147). Hinsichtlich des Wertewandels differenzieren Rosenstiel et al. zwischen Kohorten-, Perioden und Phaseneffekten.

Die Theorie kombiniert ihren motivationalen Schwerpunkt überzeugend mit situativen und normativen Aspekten und ist dadurch interdisziplinärer als die meisten anderen psychologischen Ansätze. Die Wechselwirkungen zwischen situativen, normativen sowie motivationalen Aspekten und die Ursachen des Wertewandels werden jedoch nur unzureichend ausgearbeitet, auch sind die Schlussfolgerungen über den Einfluss des Wertewandels widersprüchlich zu anderen Theorien des kulturellen Wandels (u. a. Inglehart 1997, siehe 3.6).<sup>162</sup> Prinzipiell positiv sind die klare Aussage hinsichtlich der Ursachen des Zweiten Geburtenrückgangs und der entsprechenden (skeptischen) Perspektiven einer Trendänderung sowie die Orientierung an Individual- und Aggregatebene.

Die psychologischen Theorien tragen zu einem besseren Verständnis des generativen Verhaltens auf der Mikroebene bei (vergleichend siehe Tab. 3-2), ohne

162 Oppitz (1982) und Rosenstiel et al. (1986) interpretieren den Wertewandel im Sinne einer stärkeren Konsumorientierung, während Inglehart ihn als stärkere Orientierung an postmateriellen Werten charakterisiert. Letzteres interpretieren die Autoren der Rosenstiel-Gruppe sogar als geburtenfördernd.

eine systematische Einbeziehung der Interaktion mit gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Makrovariablen bleibt jedoch ihr Erkenntnisgewinn hinsichtlich der Geburtenrückgänge gering. Andererseits bieten die Theorien eine große Anschlussfähigkeit, aufgrund ihres den Rational-Choice-Theorien strukturverwandten kognitiven Charakters insbesondere zu mikroökonomischen Theorien, deren Schwächen durch den Einbezug von psychologischen Theorieelementen kompensiert werden könnten. In diesem Sinne trägt der VOC-Ansatz zu einem Verständnis unterschiedlicher, weit über das Ökonomische hinausgehender Werte von Kindern bei, die bei steigender Zahl einen unterschiedlichen Grenznutzen aufzeigen. Fishbeins Theorie weist einen Weg für die Einbeziehung von Normen in eine psychologische Kosten-Nutzen-Abwägung auf, Beckman elaboriert den Entscheidungskonflikt der Frau zwischen beruflichen und familiären Zielen und Millers Theorie ermöglicht einen Rahmen für einen prozesshaften Zugang zu fertilitätsrelevanten Entscheidungen. Dass die Potenziale der psychologischen Theorien nicht adäquat gehoben sind, liegt zum einen an der insbesondere bei Ökonomen geringen interdisziplinären Ausrichtung (vgl. 1.2.2) und zum anderen an dem seltenen Anspruch von Psychologen, Erklärungen für gesamtgesellschaftliche demografische Phänomene wie den Zweiten Geburtenrückgang zu generieren. Ein gelungenes Beispiel für den Makrobezug hinsichtlich des Modells und des Erklärungsanspruchspräsentiert die Rosenstiel-Gruppe, deren Betonung der geänderten Werte eine Kombination mit soziologischen Wertewandelansätzen impliziert.

**Tabelle 3-2:** Psychologische Theorien anhand der Mikrokomponente des MEM

Mikrokomponenten	Fishbein	Hoffman	Hass	Beckman	Rosenstiel	Miller
<b>I) Langfristiger Kinderwunsch</b>						
a) Ökonomische Kosten	+			+		
b) Ökonomischer Nutzen	+	+		+	+	
c) Psychologische und Zeitkosten	+			++		+
d) Psychologischer Nutzen	+	++		+	+	+
e) Generativer Nutzen	+	++			+	
f) Fähigkeitswahrnehmung	Ajzen:++				+	
g) Normen und Rollen	++	++		+	+	
<b>II) Zus. Sexualität + Fortpflanzung</b>						
a) Möglichkeit						
b) Verfügbarkeit Verhütungstechnik			+	+		
c) Normen Verhütungstechnik			+	+		
d) Möglichkeiten von Abtreibung			+			
<b>III) Situation + Paarentscheidung</b>						
a) Einschätzung der Situation			+	+	+	++
b) Einschätzung der Beziehung						
c) Gemeinsame Partnerentscheidung			++	++	+	++

Anmerkung: + bedeutet die Berücksichtigung der entsprechenden Komponente des Mehrebenenmodells in der jeweiligen psychologischen Theorie, ++ eine besonders elaborierte Ausarbeitung der Komponente.

### 3.13 Paarinteraktionsmodelle

Im diesem Abschnitt werden die einflussreichen Paarinteraktionsmodelle von Hass (1974), Beckman (1978), Rosenstiel et al. (1986) und Miller et al. (2004), allesamt psychologischer Provenienz, skizziert. Bei Modellen, die die Paarinteraktion mit elaborierten Modellen auf der Individualebene kombinieren, werden individueller Entscheidungsprozess (siehe 3.12) und dyadische Interaktion (dieses Kapitel) der besseren Vergleichbarkeit wegen getrennt dargestellt.

Als erster Ansatz zum generativen Verhalten, bei dem die in vielen Studien vernachlässigte Paarinteraktion in den Mittelpunkt gestellt wird, gilt der von Hass (1974).

„Couple communication assumes greatest importance in decision-making in the preconception and pregnancy periods, especially in situations where responsibility for the pregnancy is shared or implementation of contraception necessitates cooperation, and in the pregnancy period (...).“ (Hass 1974:159)

Sie interpretiert die generative Paarentscheidung als dynamischen Entscheidungsprozess, der drei Stufen beinhaltet: die Entscheidungsphasen vor der Empfängnis, während der Schwangerschaft und nach der Geburt. Nach Beendigung der dritten Phase beginnt der Entscheidungsprozess wieder mit der ersten Phase, wobei Erfahrungen mit einem Kind erheblich in den neuen Entscheidungsprozess einfließen und ein Einstellungswandel wahrscheinlich ist, da viele Vor- und Nachteile von Kindern erst nach einer Geburt sichtbar werden (ibid.:157). Einstellungen und angenommene Kontrollüberzeugungen münden in jedem Stadium in eine Paarkommunikation, die der Entscheidung hinsichtlich Schwangerschaft oder Verhütung (Phase 1), Abtreibung oder Austragen (Phase 2) und Kind Aufziehen oder zur Adoption geben (Phase 3) vorausgeht.

In der ersten Phase wirken der Autorin nach mehrere soziodemografische und kontraceptionelle Determinanten auf die Einstellung, während die Paarinteraktion vom Bildungsstand, der Art der Sexualbeziehung und Ambivalenzen beeinflusst ist sowie danach, ob Symmetrie oder Dominanzgefälle die Beziehungsrollen charakterisieren (ibid.:142). Das Modell lokalisiert Fertilitäts- und Verhütungsentscheidung in einem gemeinsamen Abschnitt. Nach Hass erfordert nicht nur die subjektive Bedeutung der Fertilitätsentscheidung, sondern auch oft die Anwendung von Verhütungsmittel Kommunikation eines Paares. Hass behauptet, dass bei Ambivalenz hinsichtlich des Kinderwunsches häufig ineffizient verhütet wird, die Paare also zeitweise die Möglichkeit einer Schwangerschaft in Kauf nehmen.

In der mit der Frage nach Abtreibung oder Austragen verbundenen zweiten Phase spielt nach Hass die Paarinteraktion eine wichtige Rolle, die durch das Stadium der Beziehung, die Rollen und den Bildungsstand beeinflusst ist. Wichtig ist dabei der Grad der Unabhängigkeit der Entscheidung der Frau, der von Al-

tersunterschieden, Autoritätsgefälle und Übereinstimmungsgrad der Meinungen determiniert ist. Interessant ist Hass' Typologie hinsichtlich des Erwünschtheitsgrades von Schwangerschaften (ibid.:128). Neben dem dominierenden Dualismus, der zwischen von beiden Partnern gewollten und ungewollten Schwangerschaften differenziert (vgl. Westoff & Ryder 1977), nennt sie ambivalente, konflikthafte (bei denen beide Partner nicht übereinstimmend diese wollen bzw. ablehnen) und unmotivierte Schwangerschaften. Ist ein Partner der unmotivierten Variante zuzuordnen, richtet er sich demnach nach dem anderen. Offen und damit interessant für die Entscheidungsfindung sind ambivalente und konflikthafte Schwangerschaften, hier spielt die Paarinteraktion demnach eine wichtige Rolle. Die dritte Phase ist am geringsten elaboriert. Der Entscheidung zwischen gemeinsamer Elternschaft, alleiniger eines Partners, Adoption oder Heim folgt wieder Stadium eins mit der Frage nach einer weiteren Schwangerschaft.

Mit der fundierten Analyse der Paarinteraktion hat die Theorie Pioniercharakter. Das Modell ist dynamisch, es analysiert in drei Sequenzen die Entscheidung für ein Kind und wiederholt diesen Prozess für jedes weitere Kind; dadurch impliziert es nicht wie viele andere Modelle die Komplexitätsreduktion auf eine Entscheidung für eine endgültige Kinderzahl (vgl. Beckman 1978:60, Hass 1974:158). Positiv ist auch die Differenzierung nach Ambivalenzen und Grautönen in der Fertilitätsentscheidung. Diese Prozesstheorie führt jedoch die Mechanismen asymmetrischer Einflussstärke und des gemeinsamen Entscheidungsprozesses nur rudimentär aus.

Mögliche Einflusskanäle von Makrovariablen auf die Paarinteraktion benennen Bagozzi und Loo (1978) in ihrer psychologische, ökonomische und soziologische Aspekte verbindenden Studie. Dabei postulieren sie einen Einfluss von Normen auf die Paarinteraktion, die insbesondere hinsichtlich der Entscheidungsmacht zwischen den Partnern und der Rollenaufteilung zwischen beruflichen und familiären Tätigkeiten wirken. Auch der Bildungsgrad der Frauen wirkt demnach direkt und indirekt über die Paarkommunikation. Zusätzlich betonen sie institutionelle Manifestierungen von Normen, die den Egalitätsgrad beeinflussen, beispielsweise im Steuer- und Familienrecht (ibid.:305). Den Autoren nach wirken auch ökonomische Faktoren über unterschiedliche Anreize zu beruflicher und familiärer Arbeit auf die Paarinteraktion. Mit der Verbindung unterschiedlicher Makrovariablen mit der Paarinteraktion folgen Bagozzi und Loo einem höchst interessanten Ansatz, jedoch wird die Paarinteraktion nur durch den Dualismus Egalität versus traditionelle Geschlechtsrollen interpretiert, was auch die Operationalisierung mit sechs Subindizes als verkürzten Modernisierungsindex belegt und wodurch die Anwendung sich weitestgehend auf die Transition beschränkt.

Das von Beckman (1978) entworfene Paarentscheidungsprozess-Modell baut auf ihrem Individualmodell auf (siehe 3.12). Sie postuliert, dass die Paarkompo-



nente nur in den – allerdings häufigen – Fällen zum Tragen kommt, wenn die Präferenzen hinsichtlich der Fertilitätsentscheidung zwischen Mann und Frau unterschiedlich sind und dass sie dann eine erhebliche Rolle spielt. Sie interpretiert den Übergang zwischen der individuellen und der gemeinsamen Entscheidung als fließend. Die Fertilitätsentscheidung setzt sich nach Beckman durch die Fertilitätsintentionen der Frau sowie des Mannes und der relativen Einflussstärke der Partner zusammen (ibid.:61). Dieser Entscheidung folgt die Variable Verhütung. Da diese selten unilateral stattfindet, spielt hier die Paarkommunikation ebenfalls eine Rolle, wobei die Frau aus Gründen technologischer Anwendungsimplicationen häufig die Möglichkeit hat, den Willen des Mannes zu untergraben (ibid.:75). Beckman lokalisiert also die Paarinteraktion im Modell bei der Fertilitätsentscheidung und der Verhütungsfrage, wobei die relative Einflussstärke der Partner die gemeinsame Entscheidung zu Gunsten des Einflussstärkeren eine zentrale theoretische Rolle innehat.

Die Einflussstärke führt Beckman auf die relative Stärke des Partners und die Einflussart zurück. Die schwer operationalisierbare relative Stärke innerhalb der Beziehung hat demnach die Wirkung, dass der schwächere Partner sich den Intentionen des Stärkeren anpasst. Mit Belohnung, Zwang, Legitimität, dem Verweis auf Referenzpaare, Expertise und Information nennt sie sechs verschiedene Einflussarten, die unterschiedlich kombiniert werden und je nach Persönlichkeit des Beeinflussenden und Empfänglichkeit des zu Beeinflussenden unterschiedlich wirken. Sie verweist darauf, dass auch andere Entscheidungen wie die über eine Erwerbstätigkeit der Frau oder teure Anschaffungen des Mannes Implikationen für Fertilitätsentscheidungen haben. Beckmans Modell verknüpft überzeugend die Paarinteraktion mit der individuellen Intention und elaboriert ausführlicher als Hass Mechanismen des Paarinteraktionsprozesses. Die fließende Interpretation des Übergangs von individueller zur gemeinsamen Entscheidung ist jedoch ungenau und erschwert die Operationalisierung.

Das Paarmodell der Rosenstiel-Gruppe zur Studie „Wertewandel und generatives Verhalten“ (Oppitz 1982, Rosenstiel et al. 1986:72ff) baut auf dem individuellen Entscheidungsmodell auf (vgl. 3.12), bei dem Kohorten-, Phasen- und Periodeneffekte als irreversible Determinanten der Wertestruktur ebenso wie reversible situative Bedingungen auf Mann und Frau wirken. Die theoretische Ausarbeitung der Paarinteraktion bleibt gering, vielmehr scheint es den Autoren um die Einbeziehung von Männern und Frauen in die empirische Untersuchung zu gehen. Im Ansatz zur „Psychologie des generativen Verhaltens“ betonen sie hinsichtlich der Paarinteraktion, dass das Paar sich „modelltheoretisch nicht aus der additiven Verknüpfung“ der Individualmodelle, sondern aus ihrer „dynamischen Interaktion“ (Rosenstiel et al. 1986:59) ergibt. Angelehnt an ein frühes Werk von Miller differenzieren sie bei der Paarinteraktion zwischen Kommuni-



kation, Übereinstimmung, Angleichungsgrad und Durchsetzung (ibid.:147ff) und diskutieren analog zu diesem Raster empirische Befunde.

Die Paarinteraktion im Entscheidungsprozess analysieren Miller et al. (2004) basierend auf dem „Traits-Desires-Intensions-Behavior“-Modell (vgl. 3.12), wobei die Paarinteraktion auf jeder dieser Stufen analysiert wird. Während die individuellen Wünsche von den motivationalen Traits determiniert sind, ist der Übergang von Wünschen zu Intentionen zentraler Punkt der Paarinteraktion. Dabei postulieren die Autoren, dass sich die jeweiligen Intentionen des Mannes und der Frau aus ihren eigenen Wünschen und den wahrgenommenen Wünschen des Partners zusammensetzen. Die Einschätzung der Wünsche des Partners ist ein für Verzerrungen höchst anfälliger Faktor, diese setzt sich nach Miller et al. zu unterschiedlichen Anteilen aus der Projektion der eigenen Wünsche und der Perception der Wünsche des Partners zusammen (ibid.:195). Bei der Genese der individuellen Intentionen können die eigenen Wünsche und die dem Partner unterstellten gleichberechtigt oder asymmetrisch einfließen. Eine dritte für die Paarintention zentrale Sequenz ist die Abstimmung beider individueller Interaktionen zu gemeinsamem Verhalten.<sup>163</sup>

Diese Theorie ermöglicht die Analyse unterschiedlicher Komponenten der Paarinteraktion. An dem folgenden Beispiel wird gezeigt, dass bereits bei der Einschätzung des Kinderwunsches des Partners die vier Effekte Attribution, Verständnis, Akzeptanz und Akkomodation eine Rolle spielen: Wenn die Frau den Kinderwunsch des Mannes einschätzt, attribuiert sie zu einem gewissen Anteil ihre eigenen Wünsche und sie versteht bis zu einem bestimmten Genauigkeitsgrad die des Mannes. Dadurch werden Verzerrungen durch Attribution und Fehleinschätzung aufgezeigt. Die Perception der Wünsche des Mannes wiederum beeinflusst die eigenen Wünsche (Akzeptanz) und die des Mannes in einem Rückkopplungsprozess (Akkomodation). Miller et al. bezeichnen Attribution und Verständnis als Perzeptionsprozess, während sie Akzeptanz und Akkomodation als Einflussprozess charakterisieren. Anhand einzelner Studien operationalisieren Miller et al. den Einfluss einiger Sequenzen der Theorie (vgl. 1.2.3). Beim Übergang von den Intentionen zum Verhalten macht die gemeinsame Motivationsstärke die Umsetzung des generativen Verhaltens wahrscheinlicher, bei Unterschieden wird den Autoren nach nicht additiv gemittelt, vielmehr fließen die relative Stärke der Motivation und der relative Einfluss innerhalb der Partnerschaft in das Verhalten ein. Sie weisen auch auf die Möglichkeit hin, dass bei der Verwendung von OHV die Frau durch die Kontrolle über die Verhütung die Entscheidung zu ihren Gunsten beeinflussen kann (Miller et al. 2004:202). Diese komplexe, jedoch klar strukturierte Theorie führt die gemeinsame Entscheidung

163 Einen hervorragenden Überblick über diese komplexen theoretischen Zusammenhänge bietet eine Grafik in: Miller et al. 2004:195.

des Paares erst im Übergang von Intentionen zum Verhalten zusammen und zeigt mehrere Wege auf, auf denen sich bereits im Vorfeld die Wünsche und Intentionen der Partner anpassen. Damit öffnet dieser Ansatz den Blick auf Anpassungsprozesse und Verzerrungen, die die älteren Paarinteraktionstheorien außen vor lassen. Fraglich ist mit Blick auf die Zeitperspektive, inwieweit Veränderungen von Wünschen und unterschiedliche Beschäftigungszeitpunkte mit generativen Fragen zwischen Mann und Frau mit dem Modell kombinierbar sind.

Vergleicht man die Paarinteraktionsmodelle, sieht man, dass sie in unterschiedlichen Anteilen sowohl die Prozessdimension als auch die Einflussdeterminanten betrachten. Vielfach lassen sie die Einflussrichtung von aggregierbaren Variablen auf Symmetrieverchiebungen der Paarkommunikation unberücksichtigt – mit Ausnahme der technologischen Variable OHV (Beckman, Miller) und der Berufstätigkeit der Frau. Auch machen sie keine Aussagen darüber, inwieweit die Paarinteraktion einen Einfluss auf die Geburtenrate haben kann<sup>164</sup>. Hier wäre ein systematischerer Bezug von Variablen wie Verhütungstechnologie, Bildungsstand, Frauenerwerbstätigkeit, Konfession, kultureller Wandel und Rechtsnormen auf die Symmetrie der Entscheidung zwischen Mann und Frau hilfreich. Andererseits sind die Modelle enorm anschlussfähig, da die Paarinteraktion potenziell in jedes Mikromodell mit aufgenommen werden kann (vgl. 2.1). Auch sind die Theorien untereinander anschlussfähig: Auf der Prozessebene könnte man Hass' Differenzierung nach der Entscheidung vor, während und nach der Schwangerschaft mit Beckmans Unterscheidung zwischen generativer Intention und Verhütung sowie mit Millers Prozessannahmen über Wunsch- und Intentionsgenese inklusive der Berücksichtigung des Partnerwunsches in der eigenen Intention verbinden. Auf der Ebene der Einflussdeterminanten sind Hass' Ambivalenzthese, Beckmans Einflussstrategien sowie ihre Dominanzthese und Rosenstiels Aufteilung hinsichtlich empirischer Paarinteraktionsergebnisse mit Millers Differenzierung zwischen Motivationsstärke und Einflussstärke innerhalb der Partnerschaft kombinierbar.<sup>165</sup>

- 164 Beispielsweise könnte es eine Tendenz geben, dass das Timing oder die gewünschte Kinderzahl des Paares dem defensiveren der Partner folgt. Auch könnte es Veränderungen der relativen Einflussstärke von Frauen in Kombination mit asymmetrischen Kinderwünschen zwischen Männern und Frauen geben.
- 165 Ob ein solch komplexes Kombinationsmodell sinnvoll wäre, ist eine andere Frage. Für die Erklärung des Zweiten Geburtenrückganges sind Aspekte der Paarinteraktion wichtig, wenn sie für aggregierte Fertilitätsziffern relevant sind.

### 3.14 Familienpolitische Ansätze

Viele familienpolitische Ansätze analysieren politische Determinanten und konzentrieren sich dadurch v. a. auf die Erklärung von Unterschieden zwischen den Ländern und Perspektiven von zukünftigen Politikmaßnahmen. Die Erklärung von Ländervariationen basiert meist auf empirischen Studien und ist in Abschnitt 1.2.4 ausführlicher dargestellt. Die Analyse zukünftiger Politikmaßnahmen mündet häufig in Politikberatung, die Ansätze einflussreicher Politikberater Deutschlands sind ein Schwerpunkt in diesem Abschnitt. Nicht selten werden dabei auch Erklärungen über den Beginn des Zweiten Geburtenrückgangs mit einbezogen, die in anderen Theorien enthaltene Aspekte aufgreifen: Wingers oder Höhns Ansatz könnte man auch den Multikomponentenansätzen (siehe 3.4) zuordnen, andere wie Esping-Andersen oder Castles den Frauenemanzipationstheorien (siehe 3.5), Kaufmanns Ansätze haben Parallelen mit Frauenemanzipations- und biografischen Theorien (siehe 3.5, 3.8). Entscheidend für diesen Abschnitt sind die theoretischen Annahmen über den Einfluss familienpolitischer Maßnahmen.

Eine Symbiose aus Wissenschaft, Politikberatung und politischer Artikulation findet man bei Wingen<sup>166</sup>, der Ursachenanalyse (v. a. Wingen 1977, 2001:170ff) mit familienpolitischen Plädoyers (Wingen 1977, 1988, 1997, 2001) verbindet. In seinem Ansatz, den man auch den Multikomponentenansätzen zuordnen kann, benennt Wingen (1977) mehrere Faktoren, die als Syndrom zu einer drastischen Reduzierung des Kinderwunsches beitragen. Als solche nennt er „konkurrierende Sinngehalte“ in Kombination mit der schwindenden „Fraglosigkeit des Kinder-Habens“ für Verheiratete (ibid.:8). Weitere sind die schwächere gesellschaftliche Position des Kindes infolge des konsumorientierten Wirtschaftssystems und die Anpassung des Kinderwunsches nach unten, anstatt gesellschaftlichen Druck gegen kinderfeindliche Rahmenbedingungen aufzubauen. Zudem verweist er auf die finanziellen Belastungen inklusive der monetären und zeitlichen Opportunitätskosten, die durch Kinder entstehen, ohne jedoch die Veränderungsimpulse dieses Punktes seit Mitte der 1960er Jahre nachzuweisen. Hinsichtlich der Emanzipation von Frauen benennt Wingen inhaltliche Mängel der deutschen Bildungsexpansion, da die Mädchenbildung an die Jungenbildung angepasst wurde, ohne umgekehrt den Jungen Anleitungen für künftige Familienfunktionen zu geben. Die Emanzipationsvorstellungen hält Wingen für fehlgeleitet, da sie den Mann ausklammern. Abwertend erscheint sein Argument der zunehmenden „Belastungsempfindlichkeit“ (ibid.:11) der jüngeren Kohorten. Als weitere

166 Zwischen jahrzehntelanger Tätigkeit im Bundesfamilienministerium war Wingen zwischen 1980 und 1991 Präsident des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg und Leiter der dortigen Familienforschungsstelle.

Gründe nennt er Zukunftsangst und ein risikoaverses Sicherheitsstreben. Wingen in zehn Punkten subsumierte Ursachenanalyse bildet die wichtigsten Punkte des damaligen Diskurses exemplarisch ab, wobei er sich gegen technologische Erklärungsmuster ausspricht. Sein Schwerpunkt liegt auf der Ebene des reduzierten Kinderwunsches von Paaren, wobei er viele Argumente mehr oder weniger systematisch vermengt und nicht immer Makrofaktoren nennt, die diese Veränderungen bewirkt haben. Bedeutsam für seine politikberatenden Schlussfolgerungen ist die These, wonach der Einfluss gesellschaftlicher Normen und kinderbejahender Instanzen hinsichtlich des generativen Verhaltens zurückgegangen ist (Wingen 1997:364ff).

Angesichts der Umstrittenheit einer familienpolitischen Wirkung auf die Geburtenrate betont Wingen die Notwendigkeit eines sinnvoll aufeinander abgestimmten Ineinandergreifens verschiedener Maßnahmen und warnt vor falschen Schlussfolgerungen, die auf eine geringe Wirkung einzelner familienpolitischen Maßnahmen beruhen (Wingen 1988:160, 2001:170ff). Von der katholischen Soziallehre geprägt, interpretiert er Familienpolitik als strukturgestaltende Gesellschaftspolitik und als evolutionären Prozess. Auf seiner Ursachenanalyse und der These eines stationären Optimums aufbauend fordert er pronatalistische Politikmaßnahmen, die finanzielle Aspekte, eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die pädagogische Verbreitung demografischer Zusammenhänge beinhalten.

Als finanzielle Maßnahmen fordert er die Korrektur der „Prämierung der Kinderlosigkeit“ durch die gesetzliche Rentenversicherung, Kurskorrekturen eines ehefreundlichen und „deutlich familienfeindlichen“ Einkommenssteuerrechts (Wingen 1988:161), Verbesserungen des Familienlastenausgleichs und familienphasenspezifische Transferleistungen wie Erziehungs- bzw. Elterngeld (Wingen 2001:182).

Hinsichtlich einer Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit fordert er grundlegende Reformen auf sechs verschiedenen Ebenen: vereinbarkeitsfördernde arbeits- und sozialrechtliche Rahmenbedingungen, familienbezogene Betreuungsdienste, vereinbarkeitsförderliche Tarifregelungen, familienorientierte Unternehmenspolitik, gleichberechtigte Aufgabenverteilung innerhalb von Paaren und eine gesellschaftliche Aufwertung der Familienarbeit. Für jedes dieser Teilziele schlägt er mehrere Instrumente vor (Wingen 2001:141). Er spricht sich gegen eine Verengung auf das Nebeneinander von Erwerbstätigkeit und Familie aus und betont die lebensperspektivische Vereinbarkeit mit längeren Kinderpausen und besseren Möglichkeiten einer Rückkehr ins Erwerbsleben (ibid.:138). Mehrfach betont Wingen die Notwendigkeit einer Veränderung der Rolle des Mannes:

„Verbesserte gesellschaftliche Chancengleichheit der Geschlechter [...] wird indessen eine starke Reduzierung der Kinderzahl solange zur Folge haben, wie eine wachsende Rollen-

angleichung [...] nicht auch zu Handlungskonsequenzen auf Seiten des Mannes führt [...].“ (Wingen 1988:170)

Für eine stärkere Involvierung des Mannes in der Familienarbeit fordert er „institutionell verankerte Anreize zur Verhaltensänderung“ (Wingen 2001:142). Während finanzielle Hilfen und Vereinbarkeit zu familienpolitischen Standardforderungen zählen, ist Wingens pädagogischer Ansatz zur Erhöhung der Geburtenrate speziell:

„Hinwirken darauf, daß eine vernünftige Zielvorstellung über Bevölkerungsentwicklung als ein Orientierungsdatum für die individuellen generativen Entscheidungen angesehen wird.“ (Wingen 1977:16)

Diese bereits in den 1970er Jahren aufgestellte Forderung konkretisiert er in späteren Veröffentlichungen (Wingen 1988:166ff, 1997:361ff, 2001:183ff). Demnach soll durch demografische Informationen ein Bevölkerungsbewusstsein entstehen, das die generative Entscheidung in Richtung einer höheren Kinderzahl beeinflusst und daneben Akzeptanz für familienpolitische Maßnahmen fördert (vgl. Höhn 1989:217). Dabei stellt er eine Analogie zur Genese des Umweltbewusstseins auf. Auch soll die Möglichkeit von Selbstverwirklichung durch eine Hinwendung zur Familie in der Jugendbildung deutlich gemacht werden. Bei einer „wertbildenden“ Politik verweist er zu Recht auf das Gebot „besonderer Behutsamkeit“ (Wingen 1988:167) und warnt vor Manipulationen und einer Diskriminierung Kinderloser.

Die geforderten Politikmaßnahmen sind detailliert ausgearbeitet und entsprechen weitestgehend seiner Ursachenanalyse. Sie lassen sich den sechs direkten politischen Makrofaktoren des Mehrebenenmodells zuordnen: So fordert er Änderungen der Rentenversicherung (11), Reformen des Familienlastenausgleichs und des Steuerrechts (12), Kinderbetreuung (13), gesetzliche, tarifliche und betriebliche Änderungen des Arbeitsmarkts (14), institutionelle Anreize zur Gleichberechtigung (15) und den pädagogischen Ansatz demografischer Kommunikation (16), die in der Summe eine Erhöhung der Geburtenrate bewirken sollen.<sup>167</sup> Positiv hervorzuheben sind Wingens Betonung der Interdependenz der Maßnahmen – die andererseits eine empirische Operationalisierung des Ansatzes erschwert –, die Vielseitigkeit seiner Forderungen und der Verweis auf die Rolle des Mannes. Die pädagogische Komponente hinsichtlich einer Orientierung des generativen Verhaltens an gesellschaftlicher Rationalität birgt jedoch die Gefahr von Reaktanz, vielmehr scheinen hier pädagogische Maßnahmen hinsichtlich ei-

167 Von einer grafischen Darstellung im Mehrebenenmodell wird aus Platzgründen abgesehen. Im Vergleich zu Kaufmanns familienpolitischem Ansatz in Abb. 3-13 ist anzumerken, dass Wingen weniger technische Faktoren und die Situationskomponente, dafür stärker die Fähigkeitswahrnehmung berücksichtigt.

ner Herstellung von Kindernähe für junge Menschen und einer Akzeptanz von nachhaltiger Familienpolitik hilfreich.

An der Nahtstelle von Wissenschaft und Politikberatung<sup>168</sup> hat Höhn Gründe des Zweiten Geburtenrückgangs benannt (Höhn 1986, vgl. BIB 2004, Höhn 1998) und besonders den Einfluss politischer Maßnahmen auf das generative Verhalten analysiert (Höhn 1984, 1989, 1992, Höhn & Schubnell 1986; Höhn, Ette & Ruckdeschel 2006).

Bei der Ursachenanalyse des Zweiten Geburtenrückgangs differenziert Höhn (1986) zwischen Mikro-, Meso- und Makroebene. Auf der Mikroebene nennt sie den veränderten Wert von Kindern, der weniger auf ökonomischen Nutzen, sondern auf emotionaler Bereicherung beruht und auch durch eine kleine Kinderzahl erreicht werden kann. Als weitere Ursache führt Höhn das zurückgegangene Zusammenleben im Drei-Generationen-Verband an, wodurch Betreuungsmöglichkeiten der Großmütter und der Einfluss auf den Kinderwunsch durch die ältere Generation schwinden. Das Auftauchen moderner Kontrazeptiva sieht sie dabei nicht als Ursache, sondern als Bedingung, die jedoch „eine strategische Bedeutung unter den Gründen des Geburtenrückgangs“ (ibid.:316) hat. Auch weist sie auf individuelle Unterschiede hin, wonach beispielsweise eine höhere Geschwisterzahl und das Persönlichkeitsmerkmal Unsicherheitstoleranz mit einem höheren Kinderwunsch einhergehen. Auf der Mesoebene diskutiert sie den Einfluss von Bildungsniveau, Religiosität, Wohnverhältnissen und Referenzgruppen. Der These eines negativen Kausaleffekts der gestiegenen Frauenerwerbstätigkeit auf die Geburtenrate widerspricht Höhn, auch hält sie finanzielle Gründe nicht für entscheidende Einflussfaktoren und interpretiert ihre häufige Nennung in Umfragen mit dem Vorschieben sozial erwünschter Antworten (vgl. Höhn 1984). Makrofaktoren wie Individualisierung und Urbanisierung attestiert Höhn eine Wirkung auf den Ersten, nicht jedoch auf den Zweiten Geburtenrückgang, während sie Wertewandel, Säkularisierung und Frauenemanzipation in Kombination mit einer geringen Beteiligung der Männer an Familienarbeit ursächliche Wirkung zuschreibt. Dabei verweist sie auf ein „demographisches Klima“, bei dem Familientätigkeit als weniger attraktiv erscheint und kinderreiche Familien „nahezu als asozial empfunden“ werden (Höhn 1986:320). Auf allen drei Ebenen überwiegen demnach die Gründe für eine Begrenzung der Kinderzahl. Höhn bewertet in diesem Überblicksaufsatz potenzielle Faktoren des Geburtenrückgangs vor dem Hintergrund empirischer Ergebnisse und Plausibilitätsüberlegungen und führt ein Ursachengeflecht an, wobei veränderte Werte und Normen eine zentrale Rolle spielen. Später verortet eine BIB-Veröffentlichung die Ursachen im

168 Höhn war Direktorin des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BIB), das eine zentrale Position in der bevölkerungswissenschaftlichen Politikberatung in Deutschland einnimmt.

„Spannungsfeld von Kinderkosten, Vereinbarkeit von Familie und Beruf und Selbstverwirklichungsstreben“ (BIB 2004:22). Der Wertewandel steht nach Höhn (1998) im Zusammenhang mit der Deinstitutionalisierung der Ehe und der Polarisierung in einen Familien- und Nichtfamiliensektor. Hinsichtlich der in Deutschland besonders ausgeprägte Kinderlosigkeit identifiziert sie zwei Gruppen: das „Karrieremilieu“, dessen Kinderlosigkeit der Entscheidung für Beruf bzw. Karriere entspringt, und das „begrenzte Wohlstandsmilieu“, bei dem die Kinderkosten eine fertilitätsbegrenzende Rolle innehaben (Höhn 1998:105).

Das Einflusspotenzial familienpolitischer Maßnahmen auf die Geburtenrate schätzt Höhn als relativ gering ein, wobei sie leichte Erfolge u. a. in Frankreich attestiert. Dies ist angesichts ihrer Betonung von Wertewandel und Normen sowie der zurückhaltenden Bewertung ökonomischer Ursachen bei der Ursachenanalyse konsequent, zudem entspricht dies ihren empirischen Analysen (siehe 1.2.4; Höhn & Schubnell 1986, vgl. Höhn 1984, 1989, 1992). Auch lehnt sie die Barrierentheorie hinsichtlich unerfüllter Kinderwünsche ab (Höhn 1986:319), wonach ein Abbau der Barrieren durch familienpolitische Maßnahmen eine Angleichung der TFR an die idealen bzw. gewünschten Kinderzahlen bewirkt (vgl. 2.1)<sup>169</sup>. Bei ihrer relativ skeptischen Bewertung familienpolitischer Maßnahmen (vgl. Höhn 1998:75) verweist sie aber auch darauf, dass ohne diese der Geburtenrückgang möglicherweise noch viel stärker ausgefallen wäre. Aufbauend auf terminologischen Differenzierungen (Höhn 1989; vgl. 8.1) fordert sie neben direkten familien- bzw. bevölkerungspolitischen Maßnahmen wie Kinder-, Erziehungsgeld oder Familienrecht den Abbau unerwünschter „Begleiterscheinungen der mächtigen indirekten Politiken“ (ibid.:217); konkret fordert sie flexiblere Arbeitszeiten, Teilzeitangebote (auch während des Erziehungsurlaubs, vgl. Höhn 1992:172), familienfreundlichere Regional- und Städteplanung, einen partiellen Abbau der antifamiliären Auswirkungen des sozialen Sicherungssystems<sup>170</sup> und die flächendeckende Einführung von Ganztagschulen. Höhn et al. (2006) weisen basierend auf den GGS drauf hin, dass eine familienpolitische Ausrichtung an der Förderung der Geburt eines ersten Kindes wenig Erfolg versprechend ist und empfehlen Anreize zu mehr Geschwisterkindern.

Höhns Betonung der Komplexität des Ursachengeflechts, wobei neben anderen Faktoren der Wertewandel eine zentrale Rolle einnimmt, ist nachvollziehbar, erschwert allerdings empirische Bestätigungen. Positiv ist, dass sie auch auf die

169 In 2.1 werden empirische Befragungsergebnisse zum Kinderwunsch kritisch diskutiert, diese Überlegungen sprechen auch gegen die Barrieretheorie. Höhn kommt mit etwas anderen Argumentationslinien zu einem ähnlichen Ergebnis.

170 Dabei fordert sie nicht wie Wingen oder Sinn einen Umbau der Rentenversicherung hin zu einer gleichwertigen Berücksichtigung der generativen und abgabenorientierten Leistungen des Generationenvertrags, sondern eine Berücksichtigung der Pflegeleistungen.



begrenzte Erklärungskraft einiger in der wissenschaftlichen Debatte genannter Faktoren hinweist. Höhns zurückhaltende Bewertung familienpolitischer Maßnahmen entspricht bisherigen empirischen Befunden. Diese Befunde könnten allerdings auch darin begründet sein, dass die familienpolitischen Bemühungen in den OECD-Ländern zu schwach waren, um den Geburtenrückgangstrend nicht nur aufzuhalten, sondern auch einen entgegengesetzten Trend zu verursachen.

Der Soziologe und IBS-Gründungsdirektor Kaufmann verbindet Analysen des Geburtenrückgangs mit familienpolitischer Politikberatung (Kaufmann 1988, 1990, 1995, 1996, 2002, 2005, Kaufmann, Strohmeier & Federkeil 1992, vgl. Deutscher Bundestag 1994).

Den Beginn des Zweiten Geburtenrückgangs erklärt Kaufmann (2005:122) mit zwei Ereignissen der 1960er Jahre: der emanzipativen sozialen Bewegung und der Verbreiterung der OHV. Beide Ereignisse haben demnach zu einer Verschiebung der Machtverhältnisse zwischen den Geschlechtern und einer Liberalisierung der Lebensformen beigetragen. Die Ursachen sieht er in der sich gegenseitig verstärkenden Wirkung von „kulturelle[n] Liberalisierungen und ökonomische[n] Optionserweiterungen“ (Kaufmann 1990:172). In einer Mehrebenen-Erklärung nennt Kaufmann (2005:132) die Faktoren Enttraditionalisierung und Wertewandel auf kultureller Ebene; die Liberalisierung des Ehe- bzw. Scheidungsrechts, Indifferenz der von wachsender Dynamik geprägten Wirtschaft und Transferausbeutung der Familien im Sozialstaat auf institutioneller Ebene; Veränderungen der Machtbalance und geringere Beziehungsverlässlichkeit auf Paarebene sowie wachsende Opportunitätskosten und Zurückhaltung gegenüber langfristigen Festlegungen auf Individualebene. Auch weist er auf die gewandelte Zielsetzung der Frauen bei ihrer Erwerbstätigkeit hin, die infolge gestiegener Bildungsqualifikation auch Interesse an Arbeitsinhalten, Sozialkontakten und finanzieller Unabhängigkeit beinhaltet (Kaufmann 1988:37ff). Als Gründe für diese Zunahme biografischer Alternativen nennt er die Kombination aus zunehmender Bildungsbeteiligung und Berufstätigkeit, Verbreitung von OHV und sexuelle Revolution in einem von Studentenprotesten sowie gesteigerter Massenkaukraft geprägten Umfeld. In einem späteren Werk liefert Kaufmann (1996:11f) eine prozesshaftere Interpretation des Modernisierungsschub der 1960er Jahre: Demnach hat der Übergang in das Dienstleistungszeitalter die Bedeutung von Bildung und die Berufschancen der Frauen erhöht, während der Wertewandel mit dem Bedeutungsrückgang der weltanschaulichen Milieus beider Konfessionen und der Arbeiterbewegung, der wirtschaftlich bedingten Mobilität, der Verbreitung des Fernsehens sowie dem Plausibilitätsverlust von Traditionen in Zusammenhang steht. Hinsichtlich des hier als familiennormierendes Recht bezeichneten Faktors betont Kaufmann, dass das restaurative Familienbild der Hausfrauenehe Leitbild der Sozialpolitik in der Aufbauphase der BRD war, während die



vielfältigen Normen in einigen anderen Ländern Europas stärker an Gleichberechtigung orientiert waren (Kaufmann 1990:130, vgl. 2002:442).

Kaufmann spricht sich für einen interdisziplinäre, Mikro- und Makroebene berücksichtigende Perspektive aus, wobei „institutionelle Veränderungen, welche die Vorteils- und Nachteilsbalance des Kinderhabens“ (Kaufmann 1990:78) beeinflussen, zentral sind. Dabei interpretiert er die wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen derart, dass sie eine „strukturelle Rücksichtslosigkeit gegenüber der Familie“ darstellen (ibid.:132). Er distanziert sich von Vorwürfen einer Kinderfeindlichkeit, vielmehr betont er die Struktur moderner Gesellschaften, die ein Leben ohne Kinder privilegiert. Seine Rücksichtslosigkeitsthese untermauert er hinsichtlich der Wirtschaft mit dem Verweis auf Konkurrenzvorteile von zeitlich flexibleren Kinderlosen auf dem Arbeitsmarkt, wobei der Nachteil insbesondere Frauen betrifft und dadurch die Rollenpolarisierung zwischen Mann und Frau stabilisiert wird. Letzteres interpretiert Kaufmann als „Hemmschuh einer Restabilisierung“ (ibid.:139) der Familie. Hinsichtlich der Politik sieht Kaufmann die Rücksichtslosigkeit nicht nur im geringen Stellenwert der Familienpolitik, sondern vielmehr in der ungenügenden Berücksichtigung familienpolitischer Belange in anderen Politikbereichen. Dabei verweist er auf die Steuersystematik, das am Individuallohn orientierte Alterssicherungssystem, den sozialen Wohnungsbau, das Familienrecht sowie das zeitliche Angebot von Kindergärten und Schulen.

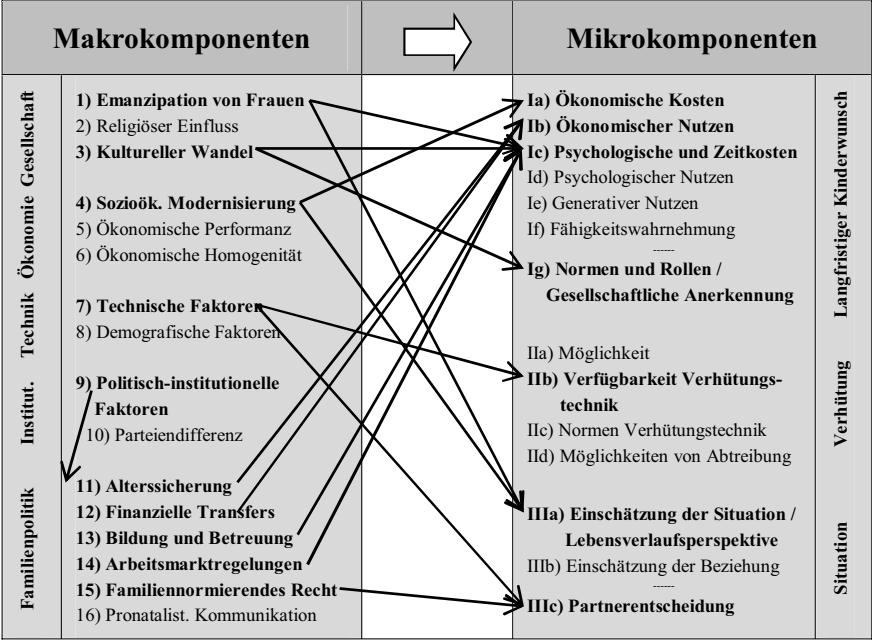
„Falls Politiker es als Aufgabe des Staates betrachten, zur [...] Erhöhung von Geburtenraten beizutragen, so kann Ihnen nur geraten werden, eine konsequente, im wesentlichen der Veränderung weiblicher Lebensansprüche und Zusammenhänge entgegenkommende, langfristig angelegte Politik zu betreiben, welche die ökonomischen Nachteile des Kinderhabens reduziert, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erhöht und nicht zuletzt die soziale Wertigkeit von Elternschaft stärker anerkennt.“ (Kaufmann 1988:42)

Trotz der Umstrittenheit und des empirisch schwierigen Nachweises einer Wirkung sieht er Hinweise eines Zusammenhangs der Gesamtheit der familienpolitischen Rahmenbedingungen und der Geburtenrate. Als konkrete Maßnahmen, die er nicht nur mit pronatalistischen, sondern auch aus sozialpolitischen Motiven legitimiert, fordert er die verstärkte Anerkennung von Erziehungszeiten im Alterssicherungssystem, eine Dynamisierung des Kindergeldes, Ganztagskindergärten und -schulen<sup>171</sup>, soziale Dienste für Kleinkinder und arbeitsrechtliche Verbesserungen in Form von Teilzeitarbeit und vorübergehenden Beurlaubungsmöglichkeiten. Auch spricht er sich für eine Förderung der Geschlechtsrolle der Männer durch staatliche Maßnahmen wie die versicherungsrechtliche An-

171 Dabei warnt Kaufmann (1988:40) vor einer „Laisierung“ der Eltern, die zu einem Rückgang des immateriellen Wertes der Kinder und damit der Attraktivität der Elternschaft führen könnte.

erkennung von Familienarbeit und Teilzeitarbeitsansprüche für Männer aus. Hinsichtlich der Kommunikation diskutiert er Förderungen bestimmter massenmedialer Inhalte und Erfahrungen mit Kleinkindern im Bildungswesen, widerspricht jedoch Forderungen nach Kampagnen mit moralischen Argumentationen. Des Weiteren erwägt er die Einführung eines Familienwahlrechts. Die Dimension der Vorschläge unterstreicht er mit dem Vorschlag, die Familienpolitik „in den Rang eines konstitutiven Elementes der Gesellschaftspolitik“ (Kaufmann 1990:174) zu heben, und der Feststellung einer Analogie zur Arbeiterfrage im 19. Jahrhundert (Kaufmann 1996:18).

**Abbildung 3-13:** Kaufmanns familienpolitischer Ansatz anhand des MEM



Resümierend lässt sich sagen, dass die Ursachenanalyse in Kaufmanns Publikationen in den letzten beiden Jahrzehnten in unterschiedlicher Gewichtung Aspekte der Frauenemanzipation, des kulturellen Wandels, der sozioökonomischen Modernisierung, der Verhütungstechnologie und mehrerer politischer Faktoren kombiniert hat (Makrofaktoren 1, 3, 4, 7, 11-15), wobei er auf der Mikroebene die Zunahme biografischer Optionen (IIIa) und Verschiebungen der Paarinteraktion (IIIf) besonders betont (siehe Abb. 3-13). Auch diskutiert er politisch-institutionelle Faktoren (Makrofaktor 9) wie das Familienwahlrecht, von denen ein Einfluss auf mehrere direkte Faktoren angenommen wird. Lobenswert ist dabei die fundierte Einbettung in historische Kontexte und die Mehrebenenkonzept-

tion. Eine striktere Trennung zwischen auslösenden Faktoren und späteren Schub- und Bremskräften sowie weitergehende Erklärungen der internationalen Variation wären hilfreich. Seine familienpolitischen Forderungen sind umfangreich und decken sich vielfach mit denen von Höhn oder Wingen. Positiv sind die Berücksichtigung der Rolle des Mannes, die Ablehnung moralischer Kommunikationsstrategien und die Begründung der Dimension der familienpolitischen Forderungen. Diskussionswürdig ist dagegen die Laisierungsthese angesichts von Ganztagschulen. Mit der These der strukturellen Rücksichtslosigkeit verknüpft Kaufmann überzeugend Ursachenanalyse mit Politikberatung, gleichzeitig verbindet er damit eine pronatalistische mit einer sozialpolitischen Legitimation (vgl. 8.2).

In einer Studie, die eher den Einfluss demografischer Entwicklungen auf die Familienpolitik als den umgekehrten Fall analysiert, liefert Gauthier (1996b) interessante Erklärungen für die Ursachen des Babybooms und für zwei bezüglich des Beginns des Zweiten Geburtenrückgangs häufig genannte Kausalfaktoren: Liberalisierung von Verhütungsmitteln und Anstieg der Frauenerwerbstätigkeit. Dabei spielen jeweils politische Determinanten eine wichtige Rolle. Demnach ist die hohe TFR des Babybooms zum Teil auf Timingeffekte (vgl. 1.1) zurückzuführen, ebenso spielen die geringere Frauenerwerbstätigkeit, ökonomische Faktoren und die Wiederbelebung des Ernährermodells eine Rolle. Die traditionelle Brotverdiener-Ideologie führt Gauthier auch auf den Einfluss psychologischer (Bowlby) und soziologischer Studien (Parsons) zurück (ibid.:63). Demnach nahm die Familienpolitik vieler Industrieländer in den 1950er Jahren diesen Familialismus-Trend auf bzw. verstärkte ihn durch Maßnahmen des Schutzes der Familie und der Mutter-Kind-Beziehung, u. a. auch durch Anreize gegen eine Erwerbstätigkeit von Müttern. Den Geburtenrückgang der 1950er Jahre in Japan erklärt sie u. a. mit antinatalistischen Maßnahmen. Bei der Liberalisierung der Verhütungsmittel seit den 1960er Jahren diskutiert Gauthier den Einfluss von sechs Kollektivakteuren, wobei Frauenbewegung, medizinische Experten und internationale Organisationen (aufgrund von Überbevölkerungssorgen) für eine Liberalisierung wirkten, die katholische Kirche dagegen, während Interessengruppen und die Öffentlichkeit eine ambivalente Rolle innehatten. Den Anstieg der Frauenerwerbstätigkeit führt sie auf wirtschaftliche Ursachen wie die Expansion des Dienstleistungssektors, den Lohnanstieg und größere materielle Ansprüche, sowie auf soziale Ursachen wie die Frauenbewegung, die Bildungsexpansion und die Einführung von OHV zurück. Gauthiers Analyse ermöglicht eine tiefe Einsicht in internationale Unterschiede und Gemeinsamkeiten hinsichtlich gesellschaftlicher Normen und Familienpolitik. Ihre dichte Beschreibung legt die Vermutung nahe, dass die öffentliche Meinung, also Normen, über eine Erwünschtheit hoher bzw. niedriger Geburtenraten bedeutend sind. Den Einfluss familienpolitischer Maßnahmen i. e. S. schätzt sie jedoch als gering ein (Gaut-

hier 1996a:328, 1996b:202; vgl. Gauthier & Hatzius 1997). Dabei ist zu betonen, dass das generative Verhalten nicht nur von Familienpolitik i. e. S., sondern auch von vielen anderen staatlichen Maßnahmen beeinflusst wird. Schmidt (1998:275) weist bei einer Diskussion der Wirkung der Sozialpolitik darauf hin, dass sozialpolitische Faktoren wie die verbesserte Alterssicherung zur sinkenden Geburtenrate beigetragen haben.

Aus der Perspektive der Vergleichenden Politikwissenschaft untersucht Castles (1998, 2003) den Zweiten Geburtenrückgang. Basierend auf Untersuchungen des Zusammenhangs kultureller, ökonomischer und politischer Makrovariablen mit der Geburtenrate im OECD-Länder-Vergleich identifiziert er eine Anfangsphase in den 1960er und 1970er Jahren und eine „großen Umkehrung“ (Castles 2003:219). Die Simultanität der Anfangsphase erklärt er mit dem Auftreten moderner Kontrazeptiva (Castles 1998:277). Zwischen 1980 und 1998 zeigt er unterschiedliche bivariate Zusammenhänge mehrerer Makrofaktoren mit der TFR. Diese führt Castles auf Veränderungen der Werte, konkret auf eine weitverbreitete Verschiebung der Präferenzen hinsichtlich einer adäquaten Balance zwischen Frauenerwerbstätigkeit und Mutterschaft zurück. Demnach wurden Präferenzen, die die Erwerbstätigkeit und Mutterschaft überwiegend als inkompatibel und die Erwerbstätigkeit von Müttern als schädlich für die Erziehungsaufgaben betrachten, durch solche abgelöst, die den Frauen das Recht, aber auch die Notwendigkeit, zu arbeiten zugestehen. Nach Castles war diese Präferenzenverschiebung nicht nur auslösender Faktor des Zweiten Geburtenrückgangs, sondern bietet sie auch Erklärungen für die Umkehrung der Korrelationsrichtung der Makrovariablen: Moderne Arbeitsmarktstrukturen und hohes Bildungsniveau verbessern demnach die Chancen auf Erwerbstätigkeit auch für Mütter, was das Risiko von Kindern hinsichtlich beruflicher Ambitionen reduziert und die Entscheidung für Kinder erleichtert. Auch verweist er auf einen Rückgang traditioneller Normen, die der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und entsprechender familienpolitischer Maßnahmen entgegenwirken.

„This is the point where the concerns of demographers and social policy specialists become complementary.“ (Castles 2003:220)

Bei diesem Thema sieht Castles (2004:141) ein legitimes Interesse der Vergleichenden Politikwissenschaft. Er betont, dass familienpolitische Rahmenbedingungen wie Elterngeld, Kinderbetreuungseinrichtungen, das Vorhandensein günstiger Haushaltshilfen, Arbeitsplatzgarantie während der Elternzeit, flexible Arbeitszeiten und Teilzeitarbeit auf den Zielkonflikt zwischen Arbeit und Familie sowie das auf das Geburtenniveau Einfluss haben. Diese Politikmaßnahmen sind demnach insbesondere dort schwach ausgeprägt, wo der Katholizismus einen dominierenden Einfluss hat wie in vielen südeuropäischen Staaten. Dabei betont er, dass diese Ziele sowohl auf öffentlichem als auch auf privatwirtschaftlichem Wege erreicht werden können. Für die Zukunft des Wohlfahrtsstaats at-

testiert Castles der Familienpolitik eine zentrale Rolle: Insbesondere für die süd-europäischen und kontinental-westeuropäischen Wohlfahrtsstaaten weist er auf die Notwendigkeit eines Übergangs zu familienfreundlicherer Politik angesichts niedriger Geburtenraten und hoher Ausgaben für Alterssicherung hin (Castles 2004:179ff).

Castles' empirischen Resultate und der Verweis auf unterschiedliche makro-faktorielle Phasen sind bahnbrechend. Auch die These des gegenwärtigen familienpolitischen Einflusses auf die Geburtenrate begründet er überzeugend. Seine Interpretation des Beginns des Zweiten Geburtenrückgangs ähnelt den Prämissen der Frauenemanzipations- und Wertewandeltheorien kombiniert mit der Verhütungsthese (vgl. 3.5, 3.6, 3.9). Die Erklärung und Kontrastierung der Muster zwischen Nord- und Südeuropa ist gut nachvollziehbar, allerdings bleiben Fragen hinsichtlich der osteuropäischen Staaten, Irlands und Ostasiens offen. Zudem bleibt durch die Gegenüberstellung von zwei bzw. drei Querschnittsanalysen die Entwicklung im Zeitverlauf nur grob beschrieben. Hinsichtlich der politischen Faktoren betont Castles in gut nachvollziehbarer Weise die Bedeutung von Betreuungsinfrastruktur und Arbeitsmarktregelungen (Makrofaktoren 13, 14), während er mit Elterngeld und Zweitverdienerbesteuerung auch Instrumente nennt, die den finanziellen Transfers und dem familiennormierenden Recht zuzuordnen sind (Makrofaktoren 12, 15). Auch berücksichtigt er den kulturellen Kontext von Familienpolitik. Castles' empirischen und theoretischen Innovationen ist ein erheblicher Einfluss auf das Forschungsfeld zu konstatieren. Die Erklärung der großen Umkehrung der Makrozusammenhänge zwischen 1980 und 1998 durch den Wandel von Werten und Präferenzen ist jedoch eine Interpretation, die nur vage auf der individuellen Entscheidungsebene plausibilisiert wird.

Esping-Andersen (1999:47ff) postuliert einen Zusammenhang zwischen der internationalen Variation der Geburtenrate in den 1990er Jahren und der Dichotomie Familialismus („Familialism“) und Defamiliarisierung („Defamilialization“). Familialismus und Defamiliarisierung bezeichnen zwei verschiedene Typen der Wohlfahrtsverantwortlichkeit im Zusammenspiel von Wohlfahrtsregime und Familie. Bei dieser dem Ernährer- und Individualmodell ähnelnden Dichotomie ist demnach das Unterscheidungsmerkmal der Umfang, in dem Familien individuelle soziale Risiken auffangen. Defamiliarisierung steht in der Tradition des Dekommodifizierungskonzeptes (Esping-Andersen 1990). Nach Esping-Andersen wird im oft von katholischen Traditionen beeinflussten Familialismus-Typ die Verantwortung für Wohlfahrt und Pflege des Einzelnen stärker der Familie zugeschrieben, wodurch die Familienpolitik häufig passiv und unterentwickelt ist. Defamiliarisierung dagegen ist u. a. durch hohe öffentliche Ausgaben für familiäre Dienstleistungen, finanzielle Transfers für Kinder und Deckungsraten von Kinderbetreuung, einen geringen Anteil der bei den Eltern lebenden arbeitslosen Jugendlichen und ein die Frauenerwerbstätigkeit nicht bestrafendes

Steuersystem gekennzeichnet und messbar. Dabei weist er darauf hin, dass Defamiliarisierung auch durch den Markt stattfinden kann wie in den USA, wo die Kinderbetreuungskosten dadurch ähnlich niedrig sind wie in Skandinavien. Er attestiert den sozialdemokratischen Regimen eine hohe Defamiliarisierung und Japan sowie Südeuropa einen hohen Familialismusgrad. Ähnlich betont Hemerijck (2002:187), dass die institutionellen Rahmenbedingungen in Kontinentaleuropa trotz der zunehmenden beruflichen Aspirationen der Frauen im Ernährermodell verharren sind (vgl. Salles 2005).

Nach Esping-Andersen hängt der Richtungswechsel des Zusammenhangs zwischen Geburtenraten und Frauenerwerbstätigkeit mit der Defamiliarisierung zusammen. Demnach hat der Zielkonflikt zwischen Beruf und Familie Frauen früher in die Hausfrauenrolle gedrängt, während er im Verlauf der letzten Jahrzehnte infolge der Bildungsexpansion bei fehlender Vereinbarkeit zunehmend zu Aufschub und Reduzierung der Kinderzahl führte. Und da die Vereinbarkeit in familialistischen Wohlfahrtsstaaten am schwierigsten ist, ist die Geburtenrate dort am niedrigsten. Zusätzlich identifiziert er mit hoher Jugendarbeitslosigkeit und fehlenden Teilzeitarbeitsplätzen fertilitätsmindernde Faktoren. Die als „Child Gap“ bezeichnete Differenz zwischen Kinderwunsch und TFR interpretiert er als Wohlfahrtsdefizit (Esping-Andersen 2002:63), das er auf hohe Kinderkosten, den einen Aufschub bewirkenden schweren Berufseinstieg und die fehlende Vereinbarkeit zurückführt.

„(...) the kind of family-welfare state nexus that underpinned the ‘Golden Age’, postwar welfare state has, in postindustrial society, turned negative. Contemporary welfare states can no longer count on the availability of housewives and full-time mothers. The more they do, either by actively encouraging familialism or by passively refraining from providing an alternative, the more they diminish welfare at both the micro- and macro-level.” (Esping-Andersen 1999:70)

Er kritisiert die familialistische Ausrichtung einiger Wohlfahrtsstaaten als Achillesferse und fordert eine Transformation zu mehr Defamiliarisierung, insbesondere durch den Ausbau sozialer Dienstleistungen wie Kinderbetreuung. Esping-Andersen (2002) verweist auf die historische Dimension dieses Umbaus des Wohlfahrtsstaats, wobei er neben der geburtenfördernden Wirkung weitere positive Effekte der Familienpolitik betont. Demnach sind die Kind-orientierten Aspekte nicht nur förderlich für Gesundheit und Armutsreduzierung, sondern auch Humankapital-Investitionen, die die Vererbung von Bildungsnachteilen reduzieren; während die Gleichberechtigungsaspekte die Chancen der Frauen verbessern, Erwerbspotenziale der Frauen nutzbar machen und zur Armutsprävention beitragen.

Esping-Andersens Erklärung der Variation der Geburtenraten im OECD-Ländervergleich für einen begrenzten Zeitraum, der Castles’ zweiten Phase entspricht, mit der Familialismus-These ist theoretisch wie empirisch überzeugend. Zusammen mit der Jugendarbeitslosigkeit berücksichtigt er viele wichtige Fakto-

ren (Makrofaktoren 1-2, 4-5, 12-15 des MEM). Positiv ist auch, dass er die unterschiedliche Konstellation der hohen Geburtenraten in den USA und Skandinavien erklären kann. Ähnlich wie andere familienpolitische Ansätze in diesem Abschnitt und die Frauenemanzipationstheorien steht die Vereinbarkeit von Beruf und Familie im Mittelpunkt, wobei er unterschiedliche Vereinbarkeitsfaktoren in einer Wohlfahrtsstaats-Dichotomie bündelt. Der begriffliche Vorteil einer Bündelung reduziert sich jedoch durch die Gefahr missverständlicher Interpretationen (vgl. Esping-Andersen 1999:51), außerdem sind die Konsequenzen einer Defamiliarisierung in Hinblick auf Pflege- und Krankenversorgung nur unzureichend beleuchtet (Ostner 2004). Enorm gewinnbringend ist v. a. Esping-Andersens Einordnung familienpolitischer Maßnahmen in den breiteren Kontext der Wohlfahrtsstaatsanalyse.

Der Vergleich der familienpolitischen Ansätze von Wingen, Höhn und Kaufmann zeigt, dass sie primär Erklärungen des Zweiten Geburtenrückgangs bieten, wobei aufgrund der Fragestellung nach einer politischen Einflussnahme die familienpolitischen Faktoren zentraler Gegenstand der Analyse sind. Ihren Ansatz verbinden die drei Autoren mit Forderungen, die Instrumente aus sämtlichen direkten politischen Makrofaktoren (11-16) des Mehrebenenmodells beinhalten. Die Einflussstärke dieser Maßnahmen auf die Geburtenrate scheinen Wingen höher als Kaufmann und beide höher als Höhn einzuschätzen. Gauthier beleuchtet die Wechselwirkungen von Demografie und Familienpolitik, wobei der Einfluss von Normen, Kollektivakteuren und länderspezifischen Traditionen betont wird. Castles und Esping-Andersen erklären die Variation der Geburtenraten im OECD-Vergleich seit Mitte der 1980er Jahre, seitdem Frauenerwerbstätigkeit und TFR positiv korrelieren, mit den unterschiedlichen Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Demnach sind niedrige Geburtenraten seit dieser Zeit auch in den familienpolitischen Rahmenbedingungen begründet. Darüber hinaus gibt es viele weitere Ansätze, die familienpolitische Einflüsse auf die Geburtenrate anführen und entsprechende Politikmaßnahmen – meist solche zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie – einfordern (u. a. Adserà 2004, BMFSFJ 2007b, Bonoli 2008, Coleman 2005, d’Addio & d’Ercole 2005, Deutscher Bundestag 2006a, Grant et al. 2004, Neyer 2003, Rürup & Schmidt 2003, Sleetbos 2003, Strohmeier 2002), wobei viele bereits beim Forschungsstand (vgl. 1.2.4) dargestellt sind.

### *3.15 Zusammenfassung der Theorien im Lichte des Mehrebenenmodells*

Das Mehrebenenmodell hat sich bei der Darstellung der verschiedenen Fertilitäts- bzw. Geburtenrückgangstheorien als probates Modell erwiesen, um diese höchst heterogene Theorielandschaft systematisch aufeinander zu beziehen und



vergleichbar zu machen. Bei der Darstellung der Theorien ist konsequent versucht worden, aus den postulierten Wirkungszusammenhängen operationalisierbare Makrofaktoren und ihre Wirkung auf Komponenten des Mikromodells zu identifizieren und diese grafisch darzustellen (vgl. Abb. 3-1 bis 3-13). Die heterogenen Theoriegruppen lassen sich im Mehrebenenmodell weitestgehend entsprechenden Mikro- bzw. Makrofaktoren zuordnen, dadurch werden Schwerpunkte und Blindstellen der Theorien deutlich sichtbar, ebenso wie Überschneidungen zwischen einzelnen Theorien. Infolgedessen erscheint das Mehrebenenmodell als geeignete Grundlage für die Kombination unterschiedlicher Ansätze. Umgekehrt kann die Analyse einzelner Makrofaktoren als unabhängige Variable bzw. mehrerer Makrofaktoren als multifaktorielles Erklärungsmodell (siehe Kap. 5 bis 7) im Lichte des Mehrebenenmodells auf entsprechende Theorien bezogen werden. Das Mehrebenenmodell kann demnach also sowohl als Schnittstelle zwischen verschiedenen Theorien, als auch zwischen Theorie und Empirie fungieren.

Die meisten hier skizzierten Theorien stellen bestimmte Komponenten in den Mittelpunkt, die mit denen des Mehrebenenmodells korrespondieren. Tab. 3-3 zeigt, dass viele Makro- und Mikrokomponenten in einer Theoriegruppe eine zentrale Variable darstellen. Die Frauenemanzipationstheorien (1), die SDT (3), die technologischen Ansätze (7) und die zyklische Theorie Easterlins (8) betonen jeweils einem Makrofaktor des Mehrebenenmodells besonders, die Transitionstheorien stellen v. a. zwei Faktoren (4, 8) in den Mittelpunkt. Mikroökonomische Ansätze lassen sich auf die drei ökonomischen Makrokomponenten (4-6) beziehen. Die familienpolitischen Ansätze decken die sechs direkten politischen Faktoren gut ab (11-16), wobei die Faktoren Alterssicherung und Kommunikation (11, 16) nur partiell berücksichtigt werden. Auf der individuellen Ebene analysieren die mikroökonomischen Theorien gut die ökonomische Kosten-Nutzen-Abwägung (Ia-Ib), während die psychologischen Theorien die restlichen Komponenten der ersten Mikrodimension (Ic-Ig) zugeordnet werden können. Die zweite Mikrodimension (II) wird in technologischen Ansätzen, die situative Komponente (IIIa) in der biografischen Theorie und die Paarinteraktion (IIIc) in den psychologischen Paarmodellen analysiert.

Damit dieser Überblick über die Kernfaktoren keinen falschen Eindruck erweckt, sei hier nochmals betont, dass außer den beiden psychologischen Ansätzen alle Theorien über den hier genannten Kernfaktor hinaus meist mehrere weitere Faktoren verwenden. Beispielsweise berücksichtigen die Mehrzahl der verschiedenen Theorien die Frauenemanzipation auf der Makro- und die Normen auf der Mikroebene. Durch die Darstellung im integrierenden Mehrebenenmodell werden die erheblichen Schnittmengen zwischen den Theorien besonders gut sichtbar; diese sind in den entsprechenden Abschnitten ausführlich erläutert und im Vergleich der Abbildungen 3-1 bis 3-13 und Tabelle 3.2 erkennbar. Hin-



sichtlich des Beginns des Zweiten Geburtenrückgangs gibt es insoweit eine Schnittmenge, als viele Theorien ein Zusammenspiel v. a. der Faktoren Emanzipation von Frauen, kultureller Wandel und sozioökonomische Modernisierung auf der Makroebene anführen, die sich auf der Mikroebene – je nach Theorie – als steigende ökonomische und psychologische Opportunitätskosten, veränderte Normen, Aufschub von Kinderwünschen und Veränderungen der Paarkommunikation auswirken. Interessante Unterschiede zeigen sich bei den genannten Wechselwirkungen und Kausalitäten zwischen diesen Variablen. In neueren Ansätzen rücken familienpolitische Faktoren und Arbeitslosigkeit zusätzlich in das Blickfeld vieler Autoren.

**Tabelle 3-3:** Zuordnung Kernfaktoren der Theorien zu Komponenten des MEM

<b>Makro-, Mikrokomponenten</b>	<b>Zentrale Theorien</b>
1) Emanzipation von Frauen	Frauenemanzipationstheorien
2) Religiöser Einfluss	
3) Kultureller Wandel	SDT
4) Sozioökonomische Modernisierung	Transitions-, Mikroökonomische Theorien
5) Ökonomische Performanz	(Mikroökonomische Theorien)
6) Ökonomische Homogenität	(Mikroökonomische Theorien)
7) Technische Faktoren	Technologische Theorien
8) Demografische Faktoren	Transitionstheorien, zykl. Theorie Easterlin
9) Politisch-institutionelle Faktoren	
10) Parteidifferenz	
11) Alterssicherung	Familienpolitische Ansätze (deutsche Aut.)
12) Finanzielle Transfers	Familienpolitische Ansätze
13) Bildung und Betreuung	Familienpolitische Ansätze
14) Arbeitsmarktregelungen	Familienpolitische Ansätze
15) Familiennormierendes Recht	Familienpolitische Ansätze
16) Kommunikation pronatal. Ziele	Familienpolitische Ansätze (Wingen)
Ia - Ib) Ökonomisch. Kosten/Nutzen	Mikroökonomische Theorien
Ic - If) Erweiterte Kosten/Nutzen	Psychologische Individualansätze
Ig) Normen	Psychologische Individualansätze
II) Verhütungstechnik / Abtreibung	Technologische Theorien
IIIa) Einschätzung der Situation	Biografische Theorien und Aufschubthese
IIIb) Einschätzung der Beziehung	
IIIc) Gemeinsam. Partnerentscheidung	Paarinteraktionsmodelle

Die fünf soziologischen Ansätze des Zweiten Geburtenrückgangs, der technologische Ansatz, die ökonomische Opportunitätskostenthese und die familienpolitischen Ansätze haben einerseits viele Schnittmengen, andererseits stellen sie jeweils einen anderen Aspekt als Haupterklärung in den Mittelpunkt. Innerhalb dieser Schnittmenge liegt nach Auffassung des Verfassers dieser Untersuchung der Zugang zum Verständnis des Zweiten Geburtenrückgangs. Entscheidend ist dabei, welche Wechselwirkungen bestehen und welche(r) dieser Faktoren am Beginn der Kausalkette stehen (steht). Dabei gibt es elaborierte Ausarbeitungen, teils in unterschiedlichen Publikationen verteilt, wie u. a. von Beck-Gernsheim, Kaufmann, Lesthaeghe und Wingen, die viele relevante Faktoren nennen. Schlankere Theorien wie die Opportunitätskostenthese einiger Ökonomen, die Gender-Equity-Theorie und die biografische Theorie nennen zwar weniger Faktoren, wodurch zwar manche relevanten Faktoren wegfallen, jedoch kann Schlankheit auch Vorteile implizieren. Die technologischen Ansätze für sich alleine können zweifellos keine ausreichende Erklärung anbieten. Die umfangreichen ökonomischen Ausarbeitungen sind partiell durchaus hilfreich, haben jedoch Blindstellen hinsichtlich einiger zentraler Faktoren. Die psychologischen Ansätze tragen zu einem Verständnis der generativen Entscheidung bei, wodurch sie in Erklärungsmodelle integriert werden können; zur Erklärung des Geburtenrückgangs können sie alleine jedoch kaum beitragen. Die familienpolitischen Ansätze haben insoweit eine herausragende Position, da die dort analysierten Faktoren nicht nur potenziell zur Erklärung mit beitragen, sondern ihre Erkenntnisse auch in politische Maßnahmen umgesetzt werden können – mit der möglichen Folge einer Beeinflussung der abhängigen Variablen.

Der Theorien lassen sich anhand ihrer Hauptfaktoren den einzelnen Komponenten des Mehrebenenmodells gut zuordnen (vgl. Tab. 3-3). Nur vier Faktoren des Mehrebenenmodells ist keine Theorie direkt zugeordnet, sie werden aber zumindest gelegentlich als Nebenfaktor erwähnt. Die Multikomponentenansätze entsprechen – nicht überraschend – keinem bestimmten Faktor, die Individualisierungstheorien kann man v. a. einer Kombination aus Frauenemanzipation, Modernisierung und der biografischen Aufschubsthese zuordnen.

Die Darstellung der Theorien des generativen Verhaltens und beider Geburtenrückgänge weist allerdings auch auf Schwächen und Weiterentwicklungspotenziale des Mehrebenenmodells hin. Eine Einschränkung liegt im Zielkonflikt zwischen der Übersichtlichkeit und der Differenziertheit sowohl gegenüber Wechselwirkungen im Mikromodell (vgl. Tab. 2-1) als auch gegenüber den Interaktionen der Makrofaktoren (vgl. Abb. 2-4). Bei der Vorstellung des Mehrebenenmodell in Kapitel 3 sind diese Interaktionen berücksichtigt, bei der Gegenüberstellung von Makro- und Mikrokomponenten der Abbildungen 2-3 und 3-1 bis 3-13 jedoch kaum, hier liegt der Schwerpunkt auf den Einflüssen der Makrofaktoren auf die Mikrokomponenten. Bei einigen Theorien empfiehlt sich

eine zusätzliche skizzenartige Darstellung der wechselseitigen Einflüsse der Makrofaktoren, hier stößt die heuristische Funktion an gewisse Grenzen. Auch ist die Auswahl der Faktoren zu diskutieren. Da einiges dafür spricht, dass Möglichkeiten und Relevanz der Reproduktionsmedizin zunehmen wird, wäre es bedenkenswert, diesen Punkt aus den technischen Faktoren herauszulösen und als eigenen Makrofaktor im Kontext medizinischer, rechtlicher und finanzieller Aspekte zu analysieren. Betrachtet man nur den Zweiten Geburtenrückgang, wäre es sinnvoll, die Makrofaktoren 11 und 12 zu bündeln. Allerdings erhebt das Mehrebenenmodell den Anspruch, Erklärungen beider Geburtenrückgänge vergleichbar zu machen. Daher wäre eher eine Aufteilung des kulturellen Faktors in die drei Faktoren Rationalisierung (Erster Geburtenrückgang), Wertewandel und den Faktor Überbevölkerungsdilemma versus Bevölkerungsrückgangsangst (jeweils Zweiter Geburtenrückgang) denkbar. Die Aufteilung der theoretischen Subsummierung der Faktoren Bildungsexpansion von Frauen, Frauenerwerbstätigkeit und Frauenbewegung unter dem Überbegriff Frauenemanzipation könnte auch diskutiert werden. Sie erweist sich jedoch als sinnvoll, da sie in vielen Theorien in engem Zusammenhang stehen und eine Aufteilung das Modell nur unnötig verkomplizieren würde. Das einkommensabhängige Elterngeld liegt in der Schnittstelle zwischen den Faktoren 12 und 14, als Zeitpolitik könnte es mit weiteren Elternzeitinstrumenten auch mit dem Arbeitsmarktregelungen kombiniert gebündelt werden. Das politische Erbe historischer pronatalistischer (Missbrauch-) Erfahrungen könnte als neuer Makrofaktor aufgenommen werden, dieser hängt eng mit Makrofaktor 16 zusammen (vgl. auch Empirie: 5.16). Diskussionswürdig ist die Verwendung des Faktors Parteiendifferenz, hierzu bleibt die empirische Untersuchung abzuwarten. Für die Berücksichtigung der Parteiendifferenz spricht, dass ihr mit einer Bedeutungszunahme der familienpolitischen Faktoren auch eine zunehmende Bedeutung zukommt. Auf der Mikroebene wäre eine weiterführende Elaborierung der situativen Dimension sinnvoll im Kontext von Veränderungen der Entscheidungskonstellation im Lebensverlauf, insbesondere nach Geburten, aber auch infolge von kumulativen Nichtentscheidungen.

Resümierend bleibt festzuhalten, dass mehrere Theorienansätze plausible Erklärungen für den Zweiten Geburtenrückgang beitragen, wobei viele Autoren den Makrofaktoren Frauenemanzipation, Wertewandel, sozioökonomische Modernisierung und Verhütungstechnologie, aber auch politische Faktoren wie Betreuungsinfrastruktur, Arbeitsmarkt sowie familiennormierendes Recht und auf der Mikroebene den monetären sowie zeitlichen Opportunitätskosten und den Timingaspekten eine zentrale Rolle zuschreiben. Für die hochkomplexe Materie des Geburtenrückgangs im Kontext der individuellen Entscheidung zweier Personen im Lebensverlauf und vielfältiger gesellschaftlicher, politischer und ökonomischer Rahmenbedingungen existiert ein breiter, ausdifferenzierter, aber auch heterogener Fundus an Erklärungsansätzen. Für die weitere Theorieent-

wicklung wäre es hilfreich, die zentralen Faktoren der verschiedenen etablierten Ansätze in einer integrierender Theorie derart zu kombinieren, dass die Dynamik von Veränderungen im Verlauf der vier Jahrzehnte des Zweiten Geburtenrückgangs ebenso erklärt werden kann wie die Interaktionen zwischen den einzelnen Erklärungsfaktoren; sie sollte also für Veränderungen von Variablengewicht und deren Wirkungsrichtung im Zeitverlauf ein kohärentes Erklärungsmuster bieten. Zudem sollte die Verbindung zwischen Mikro- und Makroebene gewährleistet sein. Des Weiteren ist ein Gütekriterium, dass Theorien konkret überprüfbare Hypothesen generieren, um Operationalisierbarkeit und Anschlussfähigkeit zu gewährleisten. In Kapitel 4 wird der Versuch unternommen einen solchen Erklärungsansatz zu entwickeln, der inhaltlich einige der hier als zentral beschriebenen Aspekte synthetisiert, neu kombiniert und die genannten Kriterien für Operationalisierungen erfüllt. Für die vergleichende Darstellung der Vielzahl teils heterogener Theorien bietet das Mehrebenenmodell einen adäquaten Rahmen. Bemerkenswert ist, dass die verschiedenen Faktoren auf Mikro- oder Makroebene, die in den nahezu hundert in dieser Untersuchung berücksichtigten Theorien vorkommen, weitestgehend durch das Mehrebenenmodell abbildbar sind<sup>172</sup>, was auch einer bestimmten Abstraktionsebene der Faktoren geschuldet ist. Trotz der erwähnten Einschränkungen und auch wenn noch einige Modifizierungen dieses Modells diskussionswürdig sind, scheint es den Zielkonflikt zwischen Übersichtlichkeit und Umfassendheit dieses hochkomplexen Gegenstands angemessen zu lösen.

172 Dabei musste das Konstrukt des biografischen Universums (siehe 3.8) außerhalb der Mikro- und Makroebene dargestellt werden, wobei auch dieses auf Zusammenhänge mit Faktoren beider Ebenen beruht.

## 4 Zweistufiger Erklärungsansatz, Hypothesen, Forschungsdesign

### 4.1 Zweistufiger Erklärungsansatz und Hypothesen

Unter dem Dach des in Kapitel 2 entworfenen Mehrebenenmodells und auf der vergleichenden Darstellung der vielfältigen Theorieansätze im vorigen Kapitel aufbauend werden in diesem Kapitel eine theoretische Erklärung des Zweiten Geburtenrückgangs entwickelt und Hypothesen abgeleitet, die im weiteren Verlauf der Arbeit empirisch getestet werden. Die Untersuchung berücksichtigt Makrovariablen, deren Wirkungsweise auch über das Mikromodell des Mehrebenenmodells zurückgekoppelt wird.

#### 4.1.1 Entwurf eines zweistufigen Erklärungsansatzes

In diesem Abschnitt erfolgt der Entwurf eines zweistufigen Erklärungsansatzes, wobei der Schwerpunkt auf der Zwei-Phasen-These und den Makrodeterminanten liegt, beides ist zur Vorbereitung der Hypothesen essenziell. Eine ausführliche Erklärung beider Phasen hinsichtlich der Wirkungsweise der Makrofaktoren auf die individuelle generative Entscheidungskonstellation wird in Anschluss an die empirische Analyse in den Abschnitten 6.5 und 7.4 vorgenommen.<sup>173</sup> Für den Erklärungsansatz bilden folglich die Abschnitte 4.1, 6.5 und 7.4 eine Einheit.

Ein Erklärungsansatz des Zweiten Geburtenrückgangs wird im Folgenden anhand des Mehrebenenmodells skizziert. Eine Hauptursache des Zweiten Geburtenrückgangs liegt im Konflikt zwischen den gestiegenen individuellen Berufschancen und -aspirationen von Frauen und den fehlenden Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen (und Männer). Vereinfacht gesagt: Je stärker die Inkompatibilität von Berufschancen und Familienbiografie ist, desto geringer ist die Geburtenrate. Der Anstieg der Berufschancen und -aspirationen von Frauen hat in einem Diffusionsprozess, der vom wechselwirkenden Komplex aus Emanzipation, Bildungsexpansion, ökonomischer Modernisierung, Individualisierung, Verhütungstechnologie, Aufschub der Familienphase und kulturellem Wandel geprägt ist, zu einer Transformation des Ernäh-

173 Diese Aufteilung dient dem Ziel, Redundanzen (zwischen den Kapiteln 5 und 7 bzw. 8) zu vermeiden und eine elaborierte Erklärung beider Phasen darzustellen, die auch die empirischen Befunde berücksichtigt.

rermodells zum Zweiverdienermodell als Leitbild<sup>174</sup> und zum Zweiten Geburtenrückgang geführt. Die sozioökonomische Modernisierung hat diesen Prozess verstärkt. Sie hat darüber hinaus noch erhebliche weitere Auswirkungen auf den Geburtenrückgang durch Individualisierungsschübe, durch größere Konsummöglichkeiten, durch gestiegene Mobilitätsanforderungen des Arbeitsmarkts im räumlichen und inhaltlichen Sinne und durch dessen zunehmende Wissensbasierung und Flexibilisierung mit Brüchen der Erwerbsbiografien. Neben diesem Diffusionsprozess gibt es einen Akkomodationsprozess, der in dieser Epoche durch die Anpassungselastizität von Gesellschaft und Wirtschaft sowie durch die – im Zeitverlauf zunehmende – partielle Anpassung der (Familien-) Politik an diese veränderte Konstellation charakterisiert wird. Sowohl Berufschancen und sozioökonomische Modernisierung einerseits als auch Vereinbarkeitmöglichkeiten andererseits werden von mehreren gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Faktoren determiniert, teilweise sogar durch die gleichen Determinanten, so dass gegenläufige Effekte einiger Determinanten auf die Geburtenrate zu erwarten sind, deren Summe im Zeitverlauf einen Wechsel der Wirkungsrichtung des Zusammenhangs vollzieht. Neben dieser Argumentationslinie spielen auch noch mehrere weitere Faktoren eine Rolle.

Diffusions- und Akkomodationseffekte wirken sich beide auf die Geburtenraten aus, sie existieren parallel, jedoch im Zeitverlauf in sehr unterschiedlicher Gewichtung. Zu Beginn dominieren die Diffusionseffekte, die mit zunehmender Durchdringung des Zweiverdienermodells je nach Land zu unterschiedlichen Zeitpunkten nachlassen, während die Akkomodationseffekte, insbesondere durch familienpolitische Maßnahmen, im Zeitverlauf zunehmen. Von analytischem Interesse ist der Punkt, ab dem die Akkomodationseffekte stärker sind als die der Diffusion.

In diesem Theorieentwurf wird eine analytische Trennung zwischen zwei Phasen innerhalb des Zweiten Geburtenrückgangs vorgenommen, wobei für beide Phasen jeweils ein Erklärungsansatz entwickelt wird, die beide theoretisch verknüpft sind. Für die erste Phase werden auslösende Faktoren des Geburtenrückgangs und die zwischen den Ländern unterschiedlichen Zeitpunkte der Diffusion des veränderten generativen Verhaltens analysiert. In der zweiten Phase, deren Beginn auf die 1980er Jahre geschätzt wird, stehen die unterschiedliche Intensität des Rückgangs sowie die teilweise stattfindende Erholung, die die ge-

174 Der Begriff Leitbild bedeutet, dass es sich um das mehrheitlich präferierte Modell der entsprechenden Generation handelt und nicht, dass es von sämtlichen Bevölkerungsschichten gelebt wird. Das gleiche gilt übrigens auch für das Ernährermodell der 1950er Jahre. Der Begriff Zweiverdiener- bzw. GleichberechtigungsmodeLL bedeutet nicht zwangsläufig, dass beide Geschlechter gleiche Arbeits- und Betreuungszeiten haben, sondern dass auch die Frauen berufstätig sind, dies kann auch durch Teilzeitarbeit realisiert sein.

genwärtigen Unterschiede ausmacht, im Zentrum der Betrachtung. Dass beide Phasen von unterschiedlichen makrofaktoriellen Kräften beeinflusst werden, ist eine zentrale These dieses Erklärungsansatzes, dem in der quantitativen Analyse Rechnung getragen wird (vgl. Kap. 6-8). Zur Terminologisierung beider Phasen werden entsprechend dem charakterisierenden Effekt der jeweiligen Phase die Begriffe Diffusionsphase und Akkomodationsphase verwendet, da eine numerische Terminologisierung beider Phasen des Zweiten Geburtenrückgangs aufgrund der bereits numerischen Unterscheidung zwischen beiden Geburtenrückgängen irritierend wäre.

Die Trennung der beiden Phasen bedeutet weder, dass die Diffusion 1985 komplett abgeschlossen ist, noch dass nicht vor 1985 Anpassungsprozesse existierten, beide Prozesse verlaufen parallel. Der Diffusionsprozess ist bis Mitte der 1980er Jahre und in einigen Ländern wie den osteuropäischen Staaten bis weit in die 1990er Jahre dominierend. Der Scheitelpunkt, also der Zeitpunkt, ab dem die Akkomodationseffekte die der Diffusion dominieren, bezieht sich hierbei auf die Größenordnung der Unterschiede beider Effekte zwischen den Ländern. Für jedes einzelne Land diffundieren die Effekte der den Zweiten Geburtenrückgang auslösenden Faktoren mit unterschiedlicher Verzögerung, dem folgt mit in vielen Ländern noch größerer Verzögerung die Akkomodation. Die Distanz zwischen beiden Effekten – beispielsweise eine fortgeschrittene Diffusion von Bildungseteiligung und Erwerbstätigkeit junger Frauen, verbreitetem Zugang zu modernen Verhütungsmitteln sowie moderne Wirtschaftsstrukturen bei einer geringen Anpassung von Familienpolitik, Arbeitsmarkt und gesellschaftlichem Umfeld – korrespondiert dabei mit niedrigen Geburtenraten. Die Verortung der Veränderung beider Effekte im Zeitverlauf ist für die einzelnen Länder unterschiedlich.

Die Akkomodation an das den Zweiten Geburtenrückgang charakterisierende generative Verhalten mit den veränderten weiblichen Biografieentwürfen besteht aus zwei Komponenten: erstens eine in den OECD-Staaten höchst unterschiedliche A-Priori-Flexibilität gegenüber Frauenerwerbstätigkeit, externer Kinderbetreuung und Gleichberechtigung und zweitens eine familienpolitische Reaktion. Die im internationalen Vergleich unterschiedliche Ausprägung der ersten Komponente erklärt, warum sich der Rückgang der TFR in einigen Staaten nur auf 1,6 bis 2 belief, während er in anderen Ländern (LLFC) auf deutlich niedrigere Werte von 1,1 bis 1,3 absank.

Ab Mitte der 1980er Jahre ist der Diffusionsprozess so weit vorgedrungen, dass die unterschiedlichen Akkomodationsniveaus sich stärker auf die Geburtenrate im internationalen Vergleich auswirken. Zur Jahrtausendschwelle ist die Diffusion für sämtliche hier untersuchten Länder weitestgehend abgeschlossen, seitdem werden im internationalen Vergleich unterschiedliche Geburtenraten fast nur von für den Akkomodationsprozess relevanten Determinanten geprägt. Mit anderen Worten: Seit Mitte der 1990er Jahre sind Differenzen der Familienpoli-

tik im weiteren Sinne und die gesellschaftliche Akzeptanz gleichberechtigter Lebensentwürfe der Schlüssel für ein Verständnis der unterschiedlichen internationalen Fertilitätsniveaus.

Zur Erklärung des Einsetzens und der Durchdringung des Zweiten Geburtenrückgangs (ca. 1965-1985) wirken die hier untersuchten Makrofaktoren (bivariate Hypothesen siehe 4.1.2) nicht additiv, vielmehr ist zwischen sich kontinuierlich verändernden Prozessen als Grundvoraussetzungen, diskontinuierlichen Entwicklungen und den Diffusionsprozess modifizierenden Schub- bzw. Bremskräften zu differenzieren. Grundvoraussetzungen sind die emanzipatorische Modernisierung (1) mit der zunehmenden Integration von Frauen in Bildungssystem und Arbeitsmarkt sowie die sozioökonomische Modernisierung mit entsprechenden Veränderungen von Wirtschaftssektoren und Arbeitsmarktanforderungen (4). Die Ausbreitung dieser beiden Grundvoraussetzungen benötigt eine Intensität, die nur bei hoch entwickelten Industrieländern anzutreffen ist, infolgedessen sind auch nur diese vom Zweiten Geburtenrückgang betroffen.<sup>175</sup> Von zwei Diskontinuitäten wird hier eine auslösende bzw. katalytische Wirkung angenommen: der Salienz einer Überbevölkerungsdebatte und dem verbreiteten Bewusstsein einer solchen Problematik (3) sowie Erfindung und Verbreitung ovulationshemmender Verhütungsmittel (7). Hinzu kommt, dass einige Faktoren diese skizzierten Effekte gebremst haben. Solche Bremsfaktoren sind auf der kulturellen Ebene bei patriarchalischen Traditionen, bei hoher Religiosität und hoher Katholikenquote (2) sowie auf staatlicher Seite durch faschistische Regime (9), aber auch durch eine hohe Präsenz konservativer Parteien (10) gegeben. Als beschleunigende Faktoren lassen sich solche identifizieren, die die Ausbreitung egalitärer Geschlechtsrollen unterstützen, beispielsweise die Existenz einer Frauenbewegung (1), die weitergehende Säkularisierung (2), die protestantische Prägung (2), der relative Anstieg der Frauenlöhne (6), kommunistische Regime und die Stärke sozialdemokratischer Parteien (10). Diese bremsenden bzw. beschleunigenden Faktoren, der unterschiedliche Zugang zu Verhütungsmitteln (7) und der Modernisierungsgrad (4) der Gesellschaft sind entscheidend für die unterschiedlichen Geburtenraten zwischen den Ländern in dieser Phase. Die genannten Makrofaktoren haben sich in dieser Diffusionsphase wechselseitig verstärkt. Der kulturelle Wandel in Richtung toleranterer Normen zu Lebensformen, v. a. einer Toleranz von Kinderlosigkeit und vorehelichen Lebensformen mit ei-

175 Allerdings lässt der Erklärungsansatz erwarten, dass alle Länder bei Vorliegen der genannten Faktoren, insbesondere einem vergleichbaren Grad an Modernisierung, Zugang zu modernen Kontrazeptiva, Bildungsexpansion und Frauenerwerbstätigkeit, das Phänomen des Zweiten Geburtenrückgangs aufweisen werden und insbesondere religiös-kulturelle und politisch-institutionelle Faktoren dessen Geschwindigkeit modifizieren werden.



nem Aufschub der Familienphase (3), und der zunehmende Anstieg des Erstgebärendenalters (8) sind mit dem Geburtenrückgang reziprok verknüpft. Zusätzlich spielt in dieser Phase bereits zunehmend eine Rolle, inwieweit die Familienpolitik (12, 13, 14 und 15) diesen gravierenden Veränderungen adäquat Rechnung trägt.

Diese anhand der hier analysierten Makrofaktoren skizzierte Erklärung der Diffusionsphase lässt sich auch auf Ebene der individuellen Entscheidungskonstellation nachzeichnen. Die Verknüpfungen zwischen Makro- und Mikroebene sind essentiell für den Erklärungsansatz und bauen auf das in Abschnitt 2.1 entworfene Mehrebenenmodell auf. Zentrale Veränderungen auf der Mikroebene sind u. a., dass infolge der zunehmenden beruflichen Möglichkeiten von Frauen die ökonomischen und psychologischen Kosten von Kindern steigen, das Timing der generativen Entscheidung erschwert und die Paarinteraktion gleichberechtigter wird; dass die Überbevölkerungsdebatte zu einer geringeren Anerkennung von Elternschaft, insbesondere von Mehrkinderfamilien führt; dass die Modernisierung die Zeitkosten und biografischen Optionen aufgrund gestiegener Konsummöglichkeiten und Arbeitsmarkterfordernisse erhöht und dass die modernen Verhütungstechnologien auf die Mikrodimension II wirken und den situativen Entscheidungskontext planbarer machen (ausführlich siehe 6.5).

Während vor dem Zweiten Geburtenrückgang das Hausfrauenmodell dominant war, Partnerschaft mit früher Heirat und Familiengründung verbunden war und eine Kinderzahl größer als zwei häufig war, gab es innerhalb weniger Jahre einen Wandel, der den ganzen genannten Komplex erfasste: Die Erwerbstätigkeit von Frauen – insbesondere außerhalb bis dahin typischer Frauenberufe – wuchs, Elternschaft wurde aufgeschoben, voreheliche Partnerschaften etablierten sich, das Heiratsalter stieg an und der Anteil von Familien mit mehr als zwei Kindern ging zurück. Innerhalb einer Generation waren uneheliche Partnerschaften, freiwillige Kinderlosigkeit und eine Berufsorientierung vieler Frauen verbreitet und gesellschaftlich zunehmend toleriert – Elternschaft war nicht mehr verbindlicher Bestandteil der Normalbiografie sondern optional. Der Rückgang der TFR vollzieht sich an beiden Enden der Ordnungszahlen, d. h. durch die Zunahme der Kinderlosigkeit und den Rückgang der Großfamilien. Mitte der 1980er Jahre, nur zwei Jahrzehnte nach Beginn des Zweiten Geburtenrückgangs, hat der skizzierte Veränderungsprozess außer Irland sämtliche OECD-Staaten erfasst.<sup>176</sup>

176 Eine Besonderheit stellen die vier osteuropäischen Staaten dar, da ein leichter Geburtenrückgang dort bereits früher einsetzte und eine geringere ökonomische Entwicklung und pronatalistische Politikmaßnahmen zwischenzeitlich Geburtenraten um die Ausgleichsräte ermöglichten. Hier manifestierte sich der Zweite Geburtenrückgang nach 1989 in vollem Umfang.

Die zweite Phase des Zweiten Geburtenrückgangs, die Akkomodationsphase, wird in diesem Ansatz auf die Zeit zwischen Mitte der 1980er Jahre bis heute datiert. Die gegenwärtigen Unterschiede bei den Geburtenraten der OECD-Länder lassen sich demnach weniger durch die Diffusionseffekte erklären, da die familienpolitischen Unterschiede hinsichtlich finanzieller Unterstützung (12), Betreuungsinfrastruktur (13), Arbeitsmarktregelungen (14), Familienrecht (15) sowie pronatalistischer Kommunikation (16) maßgeblich für die Variation der TFR verantwortlich sind. Die Faktoren, die in der ersten Phase eine niedrigere TFR bewirken, wirken in der zweiten Phase in entgegengesetzter Richtung oder ihr Effekt lässt nach. Einige Faktoren wie die Protestantenquote (2), die sozioökonomische Modernisierung (4) und das Frauenwahlrechtalter (9) haben in der Akkomodationsphase einen positiven Effekt auf eine die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichenden Familienpolitik, während sie in der Diffusionsphase in Richtung steigender Frauenerwerbstätigkeit und Geburtenrückgang wirken. Bei den familienpolitischen Variablen ist zu erwarten, dass finanzielle Transfers, familienfreundliche Arbeitsmarktregelungen wie Teilzeitarbeit und Kinderbetreuungsinfrastruktur kombiniert besonders positive Effekte auf die Geburtenrate aufweisen. Neben den direkten Policy-Effekten ist zu erwarten, dass gesellschaftlich-kulturelle Determinanten, aber auch historische wie pronatalistische Missbrauchserfahrungen den Effekt der familienpolitischen Wirkung modifizieren. Die potenzielle Wirkung von Familienpolitik ist demnach an den historisch-kulturellen Kontext der Gesellschaftssysteme gebunden.

Nachdem die Unverbindlichkeit von Elternschaft für die Biografie, die zunehmende Frauenerwerbstätigkeit und der Anstieg des MAC bis Mitte der 1980er die OECD-Staaten weitgehend durchdrungen haben, setzen sich diese Veränderungen ab den 1990er Jahren zwar fort (statische Kontinuität), jedoch lässt die Veränderungsstärke nach (dynamische Kontinuität). Dadurch schwächt sich die negative Wirkung dieser Prozesse auf die Geburtenrate ab. Gleichzeitig wird neben den erwähnten demografischen Anpassungsprozessen, die einen Rückgang der TFR bewirken, mit dem Anstieg der Geburtenraten der über 30-jährigen Frauen auch ein Anpassungsprozess sichtbar, der tendenziell eine Erhöhung der TFR impliziert.

Darüber hinaus ist ein Einfluss von Determinanten zu erwarten, die die ökonomische Konstellation betreffen. Dies gilt für den negativen Effekt von hoher Arbeitslosigkeit und v. a. Jugendarbeitslosigkeit und den des politischen sowie ökonomischen Systembruchs in den vier osteuropäischen Staaten auf die Geburtenrate, da bei der Entscheidung für Kinder stabile ökonomische Aussichten häufig eine Voraussetzung sind. Neben dieser Haupterklärung ist noch von mehreren weiteren, teils länderspezifischen Faktoren, ein Einfluss auf die TFR zu erwarten.

Die Ursachen dieser Aggregateffekte sind in der Entscheidungskonstellation auf der Mikroebene zu verorten, sie seien hier kurz skizziert (ausführlich siehe 7.4). Sie zeigen, dass die Familienpolitik auf die Mikrokomponenten wirkt, die von der Diffusion betroffen sind, jedoch in gegensätzlicher Richtung: Finanzielle Transfers generieren ökonomischen Nutzen, das einkommensabhängige Elterngeld gleicht partiell die gestiegenen Opportunitätskosten aus, die Betreuungsinfrastruktur und Teilzeitarbeit erleichtern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, im Alltag ebenso wie im Lebensverlauf. Dies wirkt positiv auf die ökonomischen sowie psychologischen Kosten und entzerzt die situative Einschätzung. Arbeitslosigkeit reduziert die individuellen Ressourcen und instabile Aussichten bewirken einen Aufschub des Timings.

Diesen Erklärungen für beide Phasen wird hier unterstellt, dass deren Kombination den Zweiten Geburtenrückgang erklären kann, sowohl den Beginn als auch die heutigen Unterschiede im Ländervergleich. Eine abschließende Diskussion des Erklärungsansatzes sowie die Rückkopplung zur Mikroebene werden im Anschluss an die statistische Analyse vorgenommen (siehe 6.5 und 7.4). Die im Zwei-Phasen-Ansatz angenommene Wirkung der einzelnen Makrofaktoren wird im nächsten Abschnitt detailliert dargestellt und konkretisiert sowie in empirisch nachprüfaren Hypothesen formuliert.

#### 4.1.2 Hypothesengenerierung

Auf einige Punkte muss besondere Aufmerksamkeit gerichtet werden: Erstens ändern sich die Wirkungszusammenhänge einiger Variablen über die Zeit, insbesondere gibt es Unterschiede zwischen den beiden Phasen des Zweiten Geburtenrückgangs. Zweitens können Wirkungsstärke und Wirkungsrichtung der unabhängigen Variablen sich unterscheiden, je nachdem, ob als abhängige Variable Niveau- oder Veränderungsdaten der TFR verwendet werden.<sup>177</sup> Drittens sind verschiedene Verzögerungsstufen der Wirkung unabhängiger Variablen auf die Geburtenrate denkbar, da die Umsetzung geänderter Rahmenbedingungen in entsprechendes Verhalten Zeit braucht. Viertens – und jetzt kommen wir zur multivariaten Analyse – wirken einige Variablen nur bzw. anders in Kombination mit weiteren Faktoren. Und fünftens sind Konfundierungseffekte bzw. Multikollinearitätsprobleme zu beachten, da einige unabhängige Variablen, v. a. mit Modernisierungsprozessen in Zusammenhang stehende, miteinander teilweise hoch korrelieren.

177 Wenn bei den Hypothesen nicht zwischen beiden unterschieden wird, bezieht sich die Hypothese auf beide.

Im Erklärungsansatz wird angenommen, dass der Emanzipation von Frauen und ihrem Wunsch nach gleichberechtigter beruflicher Verwirklichung eine Schlüsselrolle zukommt. Darunter sind hier drei Indikatoren subsumiert: Bildungsbeteiligung der Frauen, Frauenerwerbstätigkeit und der Gender-Empowerment-Index. Die Differenzierung zwischen beiden Phasen des Zweiten Geburtenrückgangs ist hier wichtig. Es wird angenommen, dass diese mit dem Begriff Frauenemanzipation titulierten Variablen in Zusammenhang mit einer Orientierung an beruflichen Zielen und der Abkehr vom Ernährermodell bei einer steigenden Zahl von Frauen stehen. Dies führt demnach zu einem Aufschub der Geburten, einer Reduzierung der Kinderzahl und dem Anstieg von Kinderlosigkeit. Diese Orientierung hat sich innerhalb etwa einer Generation derart verbreitet, dass das Ernährermodell nicht mehr das präferierte Modell der jungen Generation ist. Folglich ist dann ein derartiges Durchdringungsniveau erreicht, dass die für die Diffusionsphase postulierte Wirkung dieser Variablen anschließend deutlich nachlässt. Für die Akkomodationsphase ist daher zu erwarten, dass der Zusammenhang der Niveauvariablen neutral wird, während der der Veränderungsrate aufgrund der Nachzüglereffekte negativ ist.

H-1a: In der Anfangsphase des Zweiten Geburtenrückgangs (Diffusionsphase) ist die Bildungsbeteiligung von Frauen im (Sekundär- und) Tertiärbereich negativ mit der TFR und ihrer Veränderungsrate assoziiert. In der zweiten Phase (Akkomodationsphase) ist der Zusammenhang mit der TFR neutral, während er bei den Veränderungsrate negativ ist.

Die nachlassende Wirkung des Diffusionseffekts der ersten Phase wird bei der Frauenerwerbstätigkeit in der zweiten Phase von einer weiteren Variablen, die den Akkomodationseffekt kennzeichnet, überkompensiert: Zunehmende Vereinbarkeitsoptionen von Beruf und Familie, insbesondere durch Veränderungen familienpolitischer Maßnahmen, wirken positiv auf die Veränderung beider Variablen, die Geburtenrate und die Frauenerwerbstätigkeit.

H-1b: In der Diffusionsphase sind Frauenerwerbstätigenquote und TFR negativ verknüpft. In der Akkomodationsphase ist dieser Zusammenhang im Querschnitt bei Niveaudaten positiv. Die Veränderung der Drittvariable Kinderbetreuung steht in positivem Zusammenhang sowohl mit der Veränderung der TFR als auch mit der Veränderung der Frauenerwerbstätigkeit.

H-1c: Gender-Empowerment und TFR sind in der Akkomodationsphase positiv assoziiert.

Der Einfluss der prozentualen Religionszugehörigkeit und der Religiosität in einer Gesellschaft<sup>178</sup> auf die Geburtenrate ist differenziert zu sehen. Einerseits sind fast alle Religionen pronatalistisch orientiert und bereits der Transitionelle Geburtenrückgang war von einem lang anhaltenden Säkularisierungstrend begleitet,

178 Hierbei wird nicht nur von einer Wirkung durch die Aggregation einzelner religiöser bzw. konfessionell orientierter Menschen und ihrem generativen Verhalten ausgegangen, sondern von einer Wirkung auf die Institutionen und Werte einer Gesellschaft.

andererseits wirken religiöse Traditionen bremsend auf den gesellschaftlichen und politischen Wandel vom Ernährer- zum Zweiverdienermodell. Als besonderer Bremsen ist der Katholizismus zu bezeichnen, ähnliches gilt aber auch für die griechisch-orthodoxe Kirche und die konfuzianische Tradition (vgl. Atoh et al. 2004). Einen deutlichen Unterschied der Konfessionen offenbart die Debatte über Geburtenkontrolle Anfang der 1970er Jahre: Während die Katholische Kirche diese ablehnte und zwischen Geburtenkontrolle und Geburtenregelung differenzierte, bewertete die Evangelische Kirche in einer Denkschrift 1971 die Unterscheidung als „unsachgemäß“ (vgl. Bolte et al. 1980:124). Auch die liberale Haltung der protestantischen Kirchen zur Pastorenschaft von Frauen, die konträr zur ablehnenden der Katholischen Kirche ist, ist ein Beispiel dafür, dass Protestantismus und Katholizismus höchst unterschiedlich der Frauenemanzipation gegenüberstehen. Deshalb ist zu erwarten, dass in katholischen Ländern Diffusion und Akkomodation gebremst werden, während in protestantisch geprägten Ländern beides schneller verläuft.

H-2a: In Ländern mit hohem Katholikenanteil ist die TFR zu Beginn des Zweiten Geburtenrückgangs unauffällig, während der Diffusionsphase ist sie vergleichsweise höher, in der Akkomodationsphase ist sie niedriger.

H-2b: In Ländern mit hohem Protestantenanteil ist die TFR zu Beginn des Zweiten Geburtenrückgangs unauffällig, während der Diffusionsphase ist sie vergleichsweise niedriger, in der Akkomodationsphase ist sie höher.

Religiöse Traditionen lassen sich neben der prozentualen konfessionellen Zugehörigkeit auch mit der Religiosität, beispielsweise durch die Quote an wöchentlichen Kirchenbesuchen, quantifizieren. Die Bremsung des gesellschaftlichen Wandels sorgt für vergleichsweise höhere Geburtenraten, die Bremsung der familienpolitischen Anpassung für eine geringere Vereinbarkeit und damit für vergleichsweise niedrigere Geburtenraten. Im Verlauf des Geburtenrückgangs überschneiden sich beide Effekte zunehmend, wobei in vielen Ländern die Situation entsteht, dass der gesellschaftliche Wandel durch die Bremsung verzögert auf weite Teile der jungen Generation durchgesickert ist, während die familienpolitische Anpassung dem hinterherhinkt. Letzteres gilt weniger für Länder wie die USA, die aufgrund eines ausgeprägten Niedriglohnsektors und hoher Lohnspreizung ein privates funktionales Äquivalent der staatlichen Kinderbetreuung ermöglichen.

H-2c: Zu Beginn des Zweiten Geburtenrückgangs ist die TFR in Ländern mit hoher Religiosität höher. In der späteren Phase dreht sich der Zusammenhang ins Gegenteil.

Der kulturelle Wandel ist ein Sammelbegriff, der viele Aspekte beinhaltet. Nicht berücksichtigt wird der mit dem Begriff Rationalisierung beschriebene Wandel, da er primär im Ersten Geburtenrückgang wirkt, und die gestiegenen Anforderungen an die Erziehungsleistung der Eltern, da deren Operationalisierbarkeit schwierig ist.

Der in Ingleharts Wertewandeltheorie postulierte Wandel von materialistischen zu postmaterialistischen Werten fällt zeitlich mit dem Zweiten Geburtenrückgang zusammen, insofern würde ein statistischer negativer Zusammenhang zwischen Geburtenrate und Postmaterialismusquote nicht überraschen. Theoretisch stünde eine Erklärung des Geburtenrückgangs mit dieser Dichotomie allerdings auf tönernen Füßen (vgl. 3.6). Wenn man jedoch Aspekte des Wertewandels hinsichtlich einer liberaleren Einstellung zu Ehescheidung, Homosexualität, Abtreibung, vorehelichem Sex, außerehelicher Elternschaft oder Kinderlosigkeit heranzieht, ist ein negativer Zusammenhang zwischen einem dieser Items und der TFR für den Beginn des Zweiten Geburtenrückgangs zu erwarten. Die Wirkung dieser Toleranz im Verlauf des Geburtenrückgangs ähnelt der der Religiosität, jedoch mit umgekehrtem Vorzeichen: Als Schubkraft des gesellschaftlichen Wandels wirkt sie in Richtung auf vergleichsweise niedrigere Geburtenraten, als Schubkraft der familienpolitischen Anpassung für eine bessere Vereinbarkeit und damit für vergleichsweise höhere Geburtenraten. Ähnlich wirken auch Indizes, die den Grad bzw. die Zustimmung zu egalitären Rollenzuschreibungen messen, sie stehen in der Schnittmenge von Frauenemanzipation und kulturellem Wandel.

H-3a: Der Wandel zu postmaterialistischen Werten steht in keinem statistischen Zusammenhang mit der TFR.

H-3b: Der kulturelle Wandel hin zu Toleranz der Lebensformen und einem egalitären Rollenverständnis steht in der Diffusionsphase im negativen Zusammenhang mit der TFR und später in positivem, so dass die Geburtenrate in Ländern, deren Kultur von Toleranz der Lebensformen und gleichberechtigten Geschlechtsrollen geprägt ist, höher ist.

Eine weitere wichtige Variable der gesellschaftlichen Normen betrifft die gesellschaftliche Anerkennung bzw. Sanktionierung einer bestimmten Kinderzahl, konkret also von Kinderlosigkeit, einer Zwei- oder Dreikindfamilie oder Großfamilien. Diese Anerkennung ist zwar individuell sehr unterschiedlich, auf der Makroebene lassen sich jedoch systematische Unterschiede feststellen. In einer Phase und einem Land, wo das Überbevölkerungsdilemma präsent ist, ist die Anerkennung der Zweikindfamilie ebenso wahrscheinlicher wie die Sanktionierung bzw. negative Bewertung hoher Kinderzahlen. Der umgekehrte Fall gilt in Ländern und Phasen, in denen die geringe Geburtenrate als negativ eingestuft wird. Dieser Effekt wird jedoch von den verursachenden Effekten der niedrigen Geburtenrate überlagert. Da diese pro- und antinatalistischen Normen schwer quantifizierbar sind, fungiert die weltweite demografische Situation als unabhängige Variable. Ergänzend werden Indizien für solche Normen in Form einflussreicher Schriften oder Bücher herangezogen.

H-3c: Eine weltweite demografische Entwicklung, die Überbevölkerungsängste verursacht, und ihre mediale Salienz wirken sich negativ auf die Veränderung der TFR aus, solange diese oberhalb der Ausgleichsrate liegt.

Der Zweite Geburtenrückgang ist ein Phänomen, das in hochgradig wirtschaftlich entwickelten Ländern auftritt, ein gewisser Grad an sozioökonomischer Modernisierung ist demnach seine Voraussetzung. Folglich wird angenommen, dass seit Beginn des Geburtenrückgangs Mitte der 1960er Jahre Modernisierungsindikatoren wie das BIPPC und die sektoralen Beschäftigungsanteile im Ländervergleich jeweils negativ mit der TFR und ihrer Veränderungsrate korrelieren. Eine zentrale theoretische Bedeutung kommt dabei dem Ausbau des Dienstleistungssektors zu, da dort eine erhebliche Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften entstand. Gleichzeitig verursachte die zunehmende Frauenerwerbstätigkeit einen Anstieg der Nachfrage nach Dienstleistungen durch die Haushalte. Daneben hat die Wirtschaftsentwicklung eine Vielzahl von Konsummöglichkeiten geschaffen, die eine Alternative zur Familienorientierung darstellen. Auch fordert der Arbeitsmarkt eine zunehmende lebenslaufbezogene Flexibilität und räumliche Mobilität, wodurch die Kompatibilität mit den Erfordernissen einer festen Struktur für Elternschaft erschwert wird.

Weitere Argumente, die auch bereits während des Ersten Geburtenrückgangs eine Rolle spielten, sind, dass die zunehmende Urbanisierung sich negativ auf die Wohnungsmöglichkeiten für Familien auswirkte und dass durch den Rückgang der Landwirtschaftsquote die Kosten-Nutzen-Relation von Kindern sich für zunehmende Kreise verschlechtert. Noch weitere Argumente, die bereits von den Wohlstandstheoretikern angesprochen wurden, könnten hier aufgeführt werden. Interessant sind jedoch Diskontinuitäten zur Babyboom-Phase. Entscheidend für den Zweiten Geburtenrückgang ist folglich ein gewisser Modernisierungsgrad als Voraussetzung für Veränderungen des generativen Verhaltens und die Expansion des Dienstleistungssektors. Mit zunehmender Durchdringung der Charakteristika des Zweiten Geburtenrückgangs lässt dieser Zusammenhang jedoch nach. Ein zweiter Mechanismus spielt bei der Variablen BIPPC eine wichtige Rolle: Grundsätzlich stehen Wirtschaftswachstum und Geburtenrate in einem positiven Zusammenhang, da ökonomische Voraussetzungen für die Familiengründung und optimistische Zukunftserwartungen in wirtschaftlich prosperierenden Phasen eher gegeben sind. Umgekehrt bewirken in Abschwungphasen Unsicherheit, Arbeitslosigkeit und niedriges Einkommen tendenziell einen Aufschub der Geburten. Sobald das BIPPC ein gewisses Niveau erreicht hat, setzt also der Geburtenrückgang ein, ist dieser weitgehend diffundiert, korreliert das BIPPC jedoch positiv mit der TFR. Das bedeutet, dass die Variable BIPPC nicht nur klassischer Modernisierungsindikator ist, sondern gleichzeitig auch als Indikator der ökonomischen Performanz fungiert. Beide Mechanismen überschneiden sich, wobei in der Anfangsphase des Zweiten Geburtenrückgangs der erste und im späteren Verlauf der zweite Mechanismus dominiert. Hinsichtlich des BIPPC und der Dienstleistungsquote ist in der Akkomodationsphase folglich ein positiver Zusammenhang zu erwarten, da beide Variablen in dieser Phase anstatt mit



einem Modernisierungseffekt primär mit einem Wohlstandseffekt verbunden sind. Zudem sind in der Dienstleistungsquote auch die öffentlichen sowie privaten Familiendienstleistungen abgebildet und die familienpolitische Veränderung ist jeweils mit der Veränderung von TFR und Dienstleistungsquote assoziiert.

H-4a: Das BIPPC steht in der Diffusionsphase in beträchtlichem negativen Zusammenhang mit der Geburtenrate. Im weiteren Verlauf dreht sich dieser Zusammenhang deutlich ins Positive.

H-4b: Die Dienstleistungsquote steht in der Diffusionsphase in beträchtlichem negativen Zusammenhang mit der Geburtenrate. Im weiteren Verlauf dreht er sich deutlich ins Positive. . Die Veränderung der Drittvariable Kinderbetreuung steht in positivem Zusammenhang sowohl mit der Veränderung der TFR als auch mit der Veränderung der Dienstleistungsquote.

H-4c: Die Agrarquote steht in der Diffusionsphase in deutlichem negativen Zusammenhang mit der Geburtenrate. Im weiteren Verlauf lässt dieser Zusammenhang nach und wird neutral.

Neben dem BIPPC, das als klassische Modernisierungsvariable dem Makrofaktor 4 zugeordnet ist, lässt sich die ökonomische Performanz durch die Indikatoren Arbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit messen. Die negativen Implikationen für die Geburtenrate liegen auf der Hand: Bei Arbeitslosigkeit haben (potenzielle) Eltern weniger Einkommen und damit geringere für die Elternschaft als notwendig erachtete Ressourcen. Gleichzeitig haben sie eine geringere Erwartung für zukünftiges Einkommen, dazu sind sie möglicherweise einem Flexibilisierungs- und Mobilitätswang ausgesetzt. Dieser Effekt wirkt auch bei Beschäftigten, wenn diese sich als von Arbeitslosigkeit bedroht empfinden, was bei steigender Arbeitslosigkeit zunehmend der Fall ist. Der Indikator Jugendarbeitslosigkeit berücksichtigt insbesondere die Altersgruppe, die vor einer Etablierung im Berufsleben, oft auch vor dem Auszug aus dem Elternhaus und vor einer Familiengründung steht. Beide Variablen können zum Verständnis kurzfristiger Änderungen der TFR beitragen und in Fällen lang anhaltender Arbeitslosigkeit Erklärungen für längere Trends bieten. Als auslösenden Faktor für den Beginn des Zweiten Geburtenrückgangs kommen sie allerdings nicht in Frage. Da die Arbeitslosenquoten in den 1970er Jahren noch relativ gering waren, ist ein geringer Effekt zu erwarten.

H-5a: Zwischen Arbeitslosigkeit und der TFR besteht ein inverser Zusammenhang, der in der Akkomodationsphase deutlicher wird.

H-5b: Zwischen Jugendarbeitslosigkeit und der TFR besteht ein inverser Zusammenhang, der in der Akkomodationsphase beträchtlich wird und den in H-5a leicht übertrifft.

Ähnliche Mechanismen lassen einen negativen Effekt von Rezessionen auf die Geburtenrate erwarten, die jedoch nur auf die Veränderungsraten und nicht auf die Niveaudaten wirken. Die Variable Wachstum beinhaltet dabei neben dem negativen Rezessionseffekt auch einen negativen Effekt bei hohen Wachstumsra-



ten, da diese Modernisierungs-Nachzüglerstaaten kennzeichnet. Die gegenläufigen Effekte von Nachzüglern und Wirtschaftsboom dürften sich neutralisieren.

H-5c: Wachstumsraten stehen in keinem Zusammenhang mit der TFR und in einem negativen mit den Veränderungsraten der TFR, jedoch nur sofern erstere negativ sind.

H-5d: Rezessionsphasen haben verglichen mit den Wachstumsphasen einen negativen Effekt auf die TFR.

Die ökonomische Homogenität kann sich auf das Verhältnis zwischen den Geschlechtern und die Verteilung von Einkommen innerhalb einer Gesellschaft beziehen. Für ersteres ist der Gini-Index ein guter Indikator, für das zweite die Lohnrelation zwischen Mann und Frau. Die Wirkung des Gini-Index auf die Geburtenrate lässt sich mit Blick auf die Theorie schwer einschätzen. Eine hohe Ungleichheit kann sich positiv auf die TFR auswirken, wenn sie zu einem günstigen Arbeitsangebot für haushaltsnahe Dienstleistungen wie Kinderbetreuung führt. Andererseits kann sie im Sinne einer geringeren Sicherheit und ökonomischen Situation der Mittelschicht interpretiert werden, wonach eine negative Korrelation zwischen Gini-Index und TFR zu vermuten wäre. Aufgrund theoretischer Erwägungen wird hier angenommen, dass beide Effekte sich in etwa ausgleichen und dass die Variable wenige Erkenntnisse zur Erklärung des Geburtenrückgangs beiträgt.

H-6a: Es besteht kein systematischer Zusammenhang zwischen Gini-Index und TFR.

Die Wirkung des anwachsenden tertiären Sektors wird durch die Angleichung der Löhne zwischen Männern und Frauen verstärkt, da die Opportunitätskosten der Elternschaft ansteigen, was sich ceteris paribus negativ auf die Geburtenrate auswirkt. Andererseits kann ein relativer Anstieg der Löhne auch auf eine an egalitären Zielen orientierte Arbeitsmarktpolitik und eine gesellschaftliche Akzeptanz von Gleichstellung hinweisen. Es ist zu erwarten, dass sich beide Effekte teilweise neutralisieren, wobei der Opportunitätskosteneffekt anfangs und der Egalisierungseffekt später überwiegt, wobei letzteres einen erheblichen Effekt haben dürfte.

H-6b: Der Lohnabstand von Frauen zu Männern steht in der Diffusionsphase in positivem Zusammenhang mit der TFR, später in einem negativen, wobei letzterer deutlich ist.

Es ist plausibel, dass Innovation und Diffusion moderner Kontrazeptiva sowohl einen Kausaleinfluss durch den Rückgang der ungewollten Schwangerschaften haben als auch einen intervenierenden Einfluss, der u. a. die veränderten biographischen Planungsmöglichkeiten und die Transformation der generativen Entscheidung zugunsten der Frau umfasst. Beide Wirkungsmechanismen zusammen können insbesondere zum Verständnis von Gleichzeitigkeit und Intensität des Beginns des Zweiten Geburtenrückgangs in vielen OECD-Ländern beitragen, sind jedoch auf den relativ kurzen Prozess der Verbreitung der neuen Technologien und damit auf die Diffusionsphase begrenzt. In OECD-Ländern nach Ab-

schluss der kontrazeptiven Revolution mit verbreitetem Zugang<sup>179</sup> zu sicheren Verhütungsmitteln können Veränderungen der TFR nicht mehr auf technologische Faktoren zurückgeführt werden. Verschärfungen des Abtreibungsrechts wirken kurzfristig geburtensteigernd, da einige ungewünschte Schwangerschaften doch ausgetragen werden. Dieser Effekt dürfte allerdings schnell nachlassen, da zeitnah illegale Abtreibungsmöglichkeiten entstehen. Umgekehrt wirken Liberalisierungen des Abtreibungsrechts nur dann geburtenmindernd, wenn keine modernen Kontrazeptiva zugänglich sind. In der Akkomodationsphase könnten hohe Verwendungsquoten moderner Verhütungsmittel – ebenso wie liberales Abtreibungsrecht und hohe Abtreibungsraten – aufgrund intervenierender (mit der Frauenemanzipation positiv assoziierter) Variablen positiv mit der TFR korrelieren.

H-7a: Der Zugang zu modernen Verhütungstechnologien wie OHV, IUD und Sterilisation stehen in negativen Zusammenhang mit der TFR in der Diffusionsphase.

H-7b: Die Verwendungsquote moderner Verhütungsmittel stehen in der Akkomodationsphase in einem leicht positivem Zusammenhang mit der TFR.

H-7c: Der Liberalisierungsgrad des Abtreibungsrechts steht in der Akkomodationsphase in einem leicht positiven Zusammenhang mit der TFR.

H-7d: Die Abtreibungsrate steht in der Akkomodationsphase in einem leicht positiven Zusammenhang mit der TFR.

Bei der Einbeziehung demografischer Faktoren sind mehrere Variablen denkbar. Dabei werden Kindersterblichkeit und Lebenserwartung nicht berücksichtigt, da sie primär bei der Erklärung des Ersten Geburtenrückgangs eine Rolle spielen. Ebenfalls unberücksichtigt bleibt die Variable Heirat, da im Verlauf des Zweiten Geburtenrückgangs zunehmend uneheliche Geburten auftreten und da, wie auch die SDT-Theorie postuliert, Fertilitäts- und Nuptualitätsrückgang auf den gleichen Ursachen beruhen. Die Variable MAC ist in zweierlei Hinsicht interessant: Erstens ist der Aufschub der Geburten ein zentrales Element der Theorie, zweitens gibt diese Variable Hinweise auf die Unterschätzung der späteren Kohortengeburtenrate durch die TFR (vgl. 1.1). Hinsichtlich der gelegentlich diskutierten These, wonach eine Zunahme der Sterilität den Geburtenrückgang mitverursacht hat, wird angenommen, dass eine solche Zunahme ausschließlich auf den Aufschub, d. h. auf spätere Realisierungsversuche des Kinderwunsches, zurückzuführen ist, da mit zunehmendem Alter die Fruchtbarkeit nachlässt. Alle genannten Gründe sprechen für die Annahme eines negativen Zusammenhangs zwischen dem MAC und der Geburtenrate.

H-8a: Im Verlauf des gesamten Geburtenrückgangs sind MAC und TFR negativ assoziiert.

179 Dieser beinhaltet Technologie, Anwendungswissen sowie rechtliche und gesellschaftliche Normen (vgl. zweite Dimension des Mikromodells in Abschnitt 2.1).

Ein interessanter Punkt im internationalen Vergleich ist, inwieweit niedrige Geburtenraten auf einen hohen Anteil kinderloser Frauen oder auf den Rückgang von kinderreichen Familien zu Ein- oder Zweikindfamilien zurückzuführen sind. Es wird vermutet, dass der Geburtenrückgang primär vom Rückgang der Mehrkinderfamilien determiniert ist und die Polarisierung zwar in den deutschsprachigen Ländern einen gewissen, jedoch im OECD-Vergleich einen statistisch wenig bedeutsamen Effekt hat.

H-8b: Der Kinderlosenanteil steht in keinem statistischen Zusammenhang mit der Geburtenrate.

Die TFR des Vorjahres dürfte sich als bester Prädiktor der TFR erweisen, wobei der Erkenntnisgewinn dieses Ergebnisses gering wäre. Es ist zu vermuten, dass der Zusammenhang zwischen den TFR von 1970 und 2006 niedrig ist. Aufgrund von Diffusions- und Aufholprozessen ist es plausibel, dass die Veränderungsrate der TFR negativ mit der TFR eines Landes korreliert. Je gegenwartsnäher, desto geringer ist der Effekt, da die Diffusionseffekte nachlassen. Einen zyklischen Mechanismus postuliert die Easterlin-These, wonach die Relation der Kohortengröße zur eine Generation älteren Kohorte negativ mit der TFR korreliert. Dagegen spricht, dass niedrige Fertilität sich durch niedrige Geburtenraten verfestigt, da verbreitete generative Verhaltensmuster eine normierende Kraft innehaben. Auch wenn es denkbar ist, dass der zyklische Erklärungsansatz für den Beginn des Zweiten Geburtenrückgangs (und den Babyboom) seine partielle Berechtigung hat, erscheint aus theoretischen Erwägungen die Trendhypothese plausibler.

H-8c: TFR und TFR des Vorjahres korrelieren sehr hoch. Die Veränderungsrate der TFR korreliert negativ mit dem TFR-Niveau des zeitlichen Ausgangspunktes, mit zunehmender Distanz zur Diffusionsphase lässt dieser Effekt nach.

H-8d: Die Easterlin-Hypothese findet für den Zweiten Geburtenrückgang keine Bestätigung.

Ein Einfluss auf die Geburtenrate eines Landes durch eine abweichende TFR ethnischer Minoritäten wird gelegentlich diskutiert. Hierfür sind zwei Bedingungen erforderlich:

H-8e: Der Anteil einer ethnischen Minderheit an der Bevölkerung wirkt sich positiv auf die Höhe der Geburtenrate aus, wenn das Ursprungsland der Minderheit (noch) nicht vom Zweiten Geburtenrückgang betroffen ist und zweitens wenn sie sich sprachlich bzw. kulturell von der Mehrheit des Gastlandes unterscheidet und ihr Bevölkerungsanteil relevant ist.

Mehrere politisch-institutionelle Faktoren wirken indirekt auf die Geburtenrate, indem sie die familienpolitischen Maßnahmen beeinflussen, die wiederum auf die TFR wirken. Es ist zu vermuten, dass in Ländern mit einer frühen Einführung des Frauenwahlrechts und einem hohen Frauenanteil im Parlament die Belange der Frauen in politischen Entscheidungen stärker berücksichtigt wurden und die patriarchalischen Traditionen geringer sind. Dadurch werden Frauenemanzipati-

on und familienpolitische Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie beschleunigt. Dieses führt zu folgenden Hypothesen:

H-9a: Länder mit früher Einführung des Frauenwahlrechts haben in der Akkomodationsphase höhere Geburtenraten, zuvor ist der Zusammenhang neutral.

H-9b: Frauenanteil im Parlament und TFR korrelieren in der Akkomodationsphase positiv.

Da von den Variablen Demokratiealter, Vetospielerindex oder Organisationsstärke der Gewerkschaften ein geringerer Einfluss auf die Geburtenrate zu erwarten ist und der des Föderalismus Länderstudien der entsprechenden Staaten erfordert (vgl. Schmidt et al. 2006), was hier nicht geleistet werden kann, werden diese Faktoren hier nicht berücksichtigt. Ein erheblicher Einfluss wird dagegen von den Unterschieden vermutet, die marktwirtschaftliche und kommunistische bzw. pluralistische und totalitäre Systeme implizieren. Als Indikator bieten sich die politischen Rechte des Freedom-House-Index an. Da in den kommunistischen Staaten die berufliche Rolle der Frau betont wurde, ist davon auszugehen, dass die Restauration des Ernährermodells in diesen Ländern erschwert wurde und der die westlichen OECD-Länder kennzeichnende Babyboom dort geringer ausfiel. Aufgrund der geringeren wirtschaftlichen Dynamik und des geschlossenen Systems waren in kommunistischen Ländern Alternativen zur Elternschaft wie Konsum- und Reisemöglichkeiten geringer, ebenso Mobilitätswänge des Arbeitsmarkts, sodass weniger geburtenreduzierende Anreize im Vergleich zu marktwirtschaftlichen Ländern zu erwarten sind. Auch gemäßigt faschistische Herrschaftsformen wie in Portugal (1926-1974) und Spanien (1939-1975) können den Einfluss der den Zweiten Geburtenrückgang auslösenden Faktoren begrenzen. Dazu haben Staaten mit totalitären Strukturen größere Möglichkeiten pronatalistischer Politikmaßnahmen, da diese auch solche repressiver Art einschließen. Der Zusammenbruch des politischen Systems beendet nicht nur die genannten Effekte, sondern wirkt auch in Form von Verunsicherung der Lebensperspektiven. Die Verunsicherung wird verstärkt, wenn wie in den postkommunistischen Ländern Osteuropas auch das Wirtschaftssystem transformiert wird. Diese Effekte können durch Wegfall familienpolitischer Maßnahmen und hohe Arbeitslosigkeit zusätzlich verstärkt werden und negativ auf die Geburtenrate wirken. Da der Zusammenbruch dieser Regime mit einem Rückgang sowohl der Freedom-House-Werte als auch der Geburtenraten verbunden ist, sind vermutlich beide Variablen hinsichtlich ihrer Veränderungsraten positiv assoziiert. Der gleiche Effekt ist vom Systembruchdummy zu erwarten, der nur Osteuropa ab 1990 erfasst.

H-9c: Zu Beginn des Zweiten Geburtenrückgangs ist der Zusammenhang zwischen den politischen Rechten nach Freedom House und der TFR neutral, im Verlauf der Diffusionsphase wird er positiv. Nach 1990 sind die Ausprägungen zu ähnlich für Querschnittsanalysen. Die Veränderungsraten sind positiv mit der der TFR assoziiert.

H-9d: Ein politischer und ökonomischer Systemzusammenbruch wirkt sich für einen Zeitraum von mehreren Jahren negativ auf die TFR und v. a. auf ihre Veränderungsrate aus.

Eine spannende Frage ist, inwieweit die Parteidifferenz eine Wirkung auf die Geburtenrate entfaltet. Linksparteien könnten in Fragen von Verhütung, Abtreibung und Familienrecht einen liberaleren Kurs fahren und konservative Parteien stärker am Ernährermodell festhalten. Ein toleranterer Kurs würde der Theorie nach eine Schubkraft des Geburtenrückgangs in der Anfangsphase bewirken. Im weiteren Verlauf ist denkbar, dass Linksparteien stärker auf eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie hinwirken mit entsprechend positiven Implikationen für die Geburtenrate, während bei konservativen Parteien das Gegenteil der Fall ist. Die Wirkung des Parteienfaktors auf die Familienpolitik und deren Wirkung wiederum auf die TFR greift allerdings, wenn überhaupt, über viele Jahre verzögert. Der Einfluss des Parteieneffekts ist geringer zu erwarten als der historisch gewachsene Einfluss der kulturellen Prägung (siehe H-2b, H-9a).

H-10a: In der Diffusionsphase korreliert die Regierungsbeteiligung von Linksparteien negativ und die konservativer Parteien positiv mit der TFR. Beide Zusammenhänge drehen sich in der Akkomodationsphase einige Jahre zeitverzögert. Diese Zusammenhänge sind gering.

H-10b: Der langfristige Parteieneinfluss erweist sich analog zu H-10a, jedoch als deutlich.

Nun kommen wir zu den direkten politischen Makrofaktoren, Nummer 11 bis 16 des Mehrebenenmodells. Als übergeordneter Indikator wird der Generationenkoeffizient verwendet, der die Relation der Familienausgaben- zur Rentenausgabenquote misst. Aufgrund der in der Theorie formulierten These der positiven Wirkung von Familienpolitik auf die Geburtenrate, ist zu vermuten, dass der in ihm gemessene Grad des familienpolitischen Gewichts innerhalb der Sozialpolitik in der Akkomodationsphase deutlich positiv mit der TFR assoziiert ist. In der Diffusionsphase ist der Einfluss vermutlich zu gering und wird von anderen Kräften überlagert; da sich in Ländern, in denen der Geburtenrückgang schnell diffundiert ist, die familienpolitische Expansion früher vollzog, ist sogar ein negativer, jedoch insignifikanter Zusammenhang zu erwarten. Diese Erwartung gilt auch für die Hypothesen zu den Makrofaktoren 12 und 13.

H-11a: Generationenkoeffizient und Geburtenrate sind in der Akkomodationsphase deutlich positiv miteinander verknüpft, zuvor ist dieser Zusammenhang negativ, jedoch gering.

Einführung und Verbreitung von umlage- oder steuerfinanzierten Alterssicherungssystemen wirkten sich negativ auf die Geburtenrate aus, da dadurch eigene Kinder für die Altersvorsorge nicht mehr notwendig wurden, also eine wichtige Nutzenkomponente entfiel. Eine ähnliche Wirkung wird auch für andere Zweige der Sozialversicherung angenommen, die Lebensrisiken absichern, die zuvor häufig durch die Familie aufgefangen wurden. Dieser Effekt hat v. a. zum Ersten Geburtenrückgang beigetragen, durch den Ausbau des Deckungsgrades und der Leistungshöhe wirkt er aber auch während des Zweiten Geburtenrückgangs ge-

burtenmindernd, jedoch nur in geringem Maße. Diese These gilt unter der Bedingung, dass die Bemessung der Rentenhöhe nach den Prinzipien der Beitragsäquivalenz, der Bedürftigkeit oder der Universalität erfolgt, nicht jedoch zumindest teilweise nach Kinderzahl.<sup>180</sup> In diesen Fällen kann die Wirkung des Sozialstaats als Transfer von Familien zu Kinderlosen interpretiert werden (vgl. BVG 2001)<sup>181</sup>.

H-11b: Deckungsgrad und Leistungshöhe von öffentlichen Alterssicherungssystemen korrelieren in beiden Phasen negativ mit der Geburtenrate, der Effekt ist jedoch gering.

Von finanziellen Transfers für Familien wie Kindergeld und Elterngeld, aber auch von aggregierten Indikatoren wie Familiengesamtausgabenquote und Familientransferausgabenquote ist für die Akkomodationsphase ein positiver Effekt auf die Fertilität zu erwarten. Dieser dürfte spürbar, jedoch geringer sein als der im Nenner die Rentenausgaben berücksichtigende Generationenkoeffizient und als die Kinderbetreuungsindikatoren. Eltern- und Erziehungsgeld haben auch dadurch eine Wirkung auf die Geburtenrate, indem sie Anreize im Zusammenhang mit der Erwerbstätigkeit setzen. Das am bisherigen Einkommen orientierte Elterngeld dürfte zu einem (weiteren) Aufschub der Geburten auf die Zeit nach dem Berufseinstieg hinwirken. Die hohe und kurze Zahlung im Vergleich zum Erziehungsgeld dagegen normiert eine kurze Berufspause, erleichtert dadurch die Vereinbarkeit und senkt damit die Opportunitätskosten. Letzterer Effekt ist vermutlich stärker als der Aufschubseffekt. Das Betreuungsgeld als Alternative zur Kinderbetreuung trägt – abgesehen von den negativen bildungspolitischen Effekten – ebenso wie ein dreijähriges Erziehungsgeld zu einer Verzögerung der Müttererwerbstätigkeit bei, was sich negativ auf die Geburtenrate auswirkt. Andererseits wird dies durch den direkten monetären Effekt, der besonders Mehrkindfamilien zugutekommt, etwas kompensiert. Aufgrund der internationalen Heterogenität derartiger Programme werden in dieser 28-Länder-Studie Differenzierungen von Elterngeldgesetzgebungen über die Ausgabenquote hinaus nicht berücksichtigt.

H-12a: Die Höhe der Familiengesamtausgabenquote steht in der Akkomodationsphase in positivem Zusammenhang mit der TFR, zuvor ist dieser geringfügig negativ.

H-12b: Die Höhe der Familientransferausgabenquote steht in der Akkomodationsphase in positivem Zusammenhang mit der TFR, zuvor ist dieser geringfügig negativ.

180 Die Berücksichtigung der Kinderzahl für die Rentenhöhe, z. B. die Anerkennung von Kindererziehungszeiten als rentenversicherungsbegründende Tatbestände, könnte einen positiven Einfluss auf die Geburtenrate aufweisen. Dieser dürfte jedoch gering sein, solange die generative Komponente nur einen Bruchteil der Beitragskomponente ausmacht.

181 Im sogenannten Pflegeurteil (1 BvR 1629/94) spricht der Erste Senat des BVG von einer „Transferausbeutung von Familien“, die durch die Einführung der Pflegeversicherung noch verstärkt wird (BVG 2001:247).

H-12c: Die Höhe des Elterngeldes steht in der Akkomodationsphase in positivem Zusammenhang mit der TFR, zuvor ist dieser geringfügig negativ.

H-12d: Die Höhe des Kindergeldes steht in der Akkomodationsphase in positivem Zusammenhang mit der TFR, zuvor ist dieser geringfügig negativ.

Eine ganztägige Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur oder funktionale Äquivalenzen sind zentrale Voraussetzungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die wiederum eine Voraussetzung für höhere Geburtenraten im internationalen Vergleich während der Akkomodationsphase ist. Diese Infrastruktur ist nach Kinderbetreuung für Kleinkinder, Kindergarten (3-6 Jahre) und Schulsystem zu differenzieren, wobei der Kleinkindbetreuung aufgrund immenser Unterschiede im Ländervergleich eine analytische Schlüsselrolle zukommt. Für Kinderbetreuungsquote, Familiendienstleistungsausgabenquote und Kinderbetreuungsausgaben pro Kopf wird jeweils ein starker positiver Zusammenhang mit der TFR für die Akkomodationsphase erwartet. Vermutlich determiniert das Wissen der Verfügbarkeit derartiger Angebote das generative Verhalten eher positiv als die Gebührenhöhe für Eltern, insofern dürfte letztere keinen bedeutsamen Effekt auf die Geburtenrate aufweisen.

H-13a: Familiendienstleistungsausgabenquote und TFR sind in der Akkomodationsphase stark positiv assoziiert, zuvor ist der Zusammenhang geringfügig negativ.

H-13b: Pro Kopf gerechnete öffentliche Kinderbetreuungsausgaben und TFR stehen in der Akkomodationsphase in stark positivem Zusammenhang, zuvor ist dieser geringfügig negativ.

H-13c: Die Kinderbetreuungsgebühren stehen in keinem starken Zusammenhang mit der TFR.

H-13d: Deckungsquote der Kinderbetreuung und TFR sind in der Akkomodationsphase stark positiv assoziiert, zuvor ist der Zusammenhang geringfügig negativ.

Zentral für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist neben der Kinderbetreuung die Frage, inwieweit das Schulsystem eine halb- oder ganztägige Betreuung gewährleistet. Ersteres dürfte im Verlauf des Zweiten Geburtenrückgangs einen zunehmend negativen Effekt auf Vereinbarkeitschancen und dadurch auch auf die TFR mit sich bringen.

H-13e: Ein Halbtagschulsystem bzw. geringe außerschulische Betreuungsquoten haben einen negativen Einfluss auf die TFR, der zumindest in der Akkomodationsphase deutlich ist.

Da im Erklärungsansatz der Wunsch der überwiegenden Mehrheit der Frauen nach Erwerbstätigkeit und dessen Konflikt mit generativen Zielen als zentrale Ursache des Zweiten Geburtenrückgangs angenommen wird, nimmt von den politischen Rahmenbedingungen neben der Betreuungsinfrastruktur der Arbeitsmarkt eine Schlüsselrolle ein. Je leichter in einem Arbeitsmarkt der berufliche Wiedereinstieg von Frauen nach der Babypause ist, desto geringer sind die (nicht nur monetären) Opportunitätskosten und desto höher ist die Geburtenrate. Ein

beruflicher Wiedereinstieg kann durch unterschiedliche arbeitsmarktpolitische Regelungen erleichtert werden: Dazu gehören Mutterschutzregelungen mit Arbeitsplatzgarantie, Verfügbarkeit von bzw. Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit und eine hohe Beschäftigungsquote im öffentlichen Sektor. Letzteres ist in der großzügigeren Betreuungsinfrastruktur und in den familienfreundlichen Arbeitsplatzstrukturen des öffentlichen Sektors begründet. Ein flexibler Kündigungsschutz kann auch den beruflichen Wiedereinstieg erleichtern, jedoch erschweren solche Arbeitsmärkte langfristige Arbeitsplatzgarantien für die Babypause. Insofern ist hier nur ein schwacher Effekt zu erwarten. In diesem Zusammenhang ist auch die Länge der akademischen Ausbildung zu nennen, da einige Jahre Berufserfahrung vor der Geburt von Kindern hilfreich für den beruflichen Wiedereinstieg sind. Der Effekt dieser Arbeitsmarkindikatoren dürfte sich auf die Akkomodationsphase beschränken, da zuvor andere Kräfte die Geburtenrate determinieren.

H-14a: Flexible Arbeitsmärkte stehen in der Akkomodationsphase in positivem Zusammenhang mit der Geburtenrate, dieser ist jedoch gering.

H-14b: Die Teilzeitarbeitsquote steht in der Akkomodationsphase in positivem Zusammenhang mit der Geburtenrate.

H-14c: Eine hohe öffentliche Beschäftigungsquote steht in der Akkomodationsphase in positivem Zusammenhang mit der Geburtenrate.

H-14d: Die Länge der akademischen Ausbildung steht in der Akkomodationsphase in negativem Zusammenhang mit der Geburtenrate.

Das familiennormierende Recht begleitet den gesellschaftlichen Wandel vom Ernährermodell zum Gleichberechtigungsmodell. Dabei kann es diesen Wandel ebenso bremsen wie beschleunigen. Da die Frauenemanzipation in der Akkomodationsphase bereits weit vorangeschritten ist, kann ein am Ernährermodell orientiertes Familienrecht zu einer großen Diskrepanz zwischen familienrechtlichen Normen und individuellen Lebensentwürfen führen, die eine Entscheidung für Kinder erschwert. Dieser Effekt verstärkt sich dadurch, dass das familiennormierende Recht auf das Rollenverständnis der Männer derart wirkt, dass zu der erwähnten Diskrepanz eine weitere zwischen dem egalitären Rollenverständnis vieler Frauen und dem traditionellen vieler Männer hinzukommt. Eine neutrale Besteuerung des Zweiteinkommens und bezahlte Vätermonate wirken hinsichtlich gleichberechtigter Aufgabenverteilung beruflicher und familiärer Pflichten: Ersteres setzt Anreize für die Berufstätigkeit von Frauen und letzteres für die Familientätigkeit von Männern. Daher ist zu erwarten, dass beide Regelungen zeitverzögert in der Akkomodationsphase positiv auf die Geburtenhöhe wirken.

H-15a: Bezahlte Vätermonate sind in der Akkomodationsphase positiv mit der TFR verknüpft.

H-15b: Eine neutrale Besteuerung des Zweitverdieners steht in der Akkomodationsphase in positivem Zusammenhang mit der TFR.



Darüber hinaus ist darauf hinzuweisen, dass andere familienpolitische Rahmenbedingungen wie die Betreuungsinfrastruktur und Eltern- bzw. Erziehungsgeldregelungen (siehe H-12c) nicht nur faktisch, sondern implizit auch normativ auf Familienmodelle wirken. Auch die Liberalität des Abtreibungsrechts (siehe H-7d) ist als egalitäres familiennormierendes Recht interpretierbar.

Die Kommunikation pronatalistischer Ziele durch staatliche Institutionen dürfte sich geburtensteigernd auswirken, da sie Anerkennung für kinderreiche Familien und verbesserte Rahmenbedingungen bewirkt. Das gilt insbesondere für Normierungen der Drei-Kind-Familie, aber auch für die Betonung junger Elternschaft und kinderreicher Familien. Da die vielfältigen pronatalistischen Kommunikationsformen schwer vergleichbar sind, ist die pronatalistische Kommunikation besser auf indirektem Wege quantifizierbar. Eine Vorstufe der pronatalistischen Kommunikation ist der Indikator, der die Einschätzung von Regierungen zur Geburtensituation des entsprechenden Landes beinhaltet. Er ist vom Politikerbe geprägt: Bei Ländern mit Missbrauchserfahrungen durch pronatalistische Maßnahmen in faschistischen Regimen in der Vergangenheit ist eine pronatalistische Kommunikation erschwert und kann kontraproduktiv wirken. Das Gegenteil ist in Ländern der Fall, die Kriegsniederlagen erlitten haben, die in erheblichem Maße auf demografische Ursachen zurückgeführt werden.

H-16a: Ein neutrales oder gar positives historisches Erbe hinsichtlich pronatalistischer staatlicher Kommunikation und entsprechende Regierungseinschätzungen gegenüber Pronatalismus sowie der eigenen Geburtenrate stehen in positiven Zusammenhang mit der TFR. Dieser Effekt gilt für beide Phasen, ist in letzterer jedoch deutlicher ausgeprägt.

Nachdem die Hypothesen zur Wirkung der einzelnen Makrokomponenten auf die Geburtenrate dargestellt wurden, werden im Folgenden Hypothesen über die Interaktion zwischen diesen unabhängigen Variablen aufgestellt. Einige davon interagieren deutlich in einem Modernisierungskomplex, der alle Länder erreicht hat und für den Beginn des Zweiten Geburtenrückgangs essenziell ist; andere unabhängige Variablen sind weniger betroffen und können besser zur Erklärung der internationalen Variation herangezogen werden (vgl. 2.1). Insbesondere Frauenemanzipation (1)<sup>182</sup>, kultureller Wandel (3), sozioökonomische Modernisierung (4) und technische Faktoren (7) beeinflussen sich wechselseitig. Diese Reziprozität spricht für eine Erklärung, die die Wechselwirkung dieser Faktoren in den Mittelpunkt stellt. Fruchtbar für den Erkenntnisgewinn ist jedoch der Versuch, dabei die auslösenden Ursachen zu identifizieren.

Den theoretischen Erwägungen nach sind für die Diffusionsphase Bildungsexpansion der Frauen (1) und ökonomische Modernisierung (4) Schlüsselgrößen. Erstere trägt maßgeblich zur gewandelten Rolle der Frau und der zunehmenden

182 Im Folgenden werden für einen besseren Bezug zum Mehrebenenmodell die Nummern der Makrofaktoren in Klammern angefügt.

Frauenerwerbstätigkeit bei, aber auch zum Wertewandel (3), zu den gestiegenen Löhnen für Frauen (6), zu einer bewussteren Nutzung von Verhütungstechnologien (7) und zu einem Aufschub der Geburten (8). Der wachsende Dienstleistungssektor (4) bietet demnach insbesondere Frauen Arbeitsplätze, während durch die Frauenerwerbstätigkeit haushaltsnahe Dienstleistungen als Arbeitsnachfrage externalisiert werden. Komplementär dazu fungieren technologische Faktoren, denn die Verbreitung moderner Verhütungsmittel wird durch die Frauenemanzipation erleichtert; gleichzeitig kontrollieren bei OHV die Frauen die Fertilität, was wiederum die Emanzipation begünstigt. Dazu hat die Überbevölkerungsdebatte (3) vermutlich nicht nur zu reduzierten Familiengrößennormen, sondern auch zu Liberalisierungen im Verhütungsrecht (7) beigetragen (vgl. Gauthier 1996b:95ff). In dieser komplexen Wirkungskette, die demnach zum Zweiten Geburtenrückgang geführt hat, spielen also Frauenemanzipation und Modernisierung, d. h. der sukzessive Wandel zu egalitären Lebensentwürfen der Frauen in einem Wirtschaftssystem hochspezialisierter Arbeitsmärkte, eine entscheidende Rolle. Diese Entwicklung kann demzufolge zum einen durch starke religiöse, insbesondere katholische Traditionen (2) und zum anderen durch institutionelle Faktoren wie ein unfreies Regime (9) gebremst werden, schlussendlich diffundiert sie in alle OECD-Länder.

Hinsichtlich der Akkomodationsphase wird die übergreifende Hypothese aufgestellt, dass die meisten dieser Diffusionsfaktoren in ihrer Wirkung im Zeitverlauf nachlassen und zunehmend familienpolitische Determinanten prägend werden. Dies ist mit dem Verweis auf die Veränderung der Drittvariablen Kinderbetreuung bereits in den Hypothesen H-1b und H-4b berücksichtigt. Prägende familienpolitische Faktoren sind insbesondere solche, die durch Kinderbetreuung (13) und Arbeitsmarktcharakteristiken (14) die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtern, aber auch monetäre Leistungen (11-12). Demnach ist das Spektrum der Familienpolitik eines Landes durch institutionelle Faktoren (9) und durch konfessionelle (2), historische (16) und parteipolitische (11) Prägungen beeinflusst. Ökonomische Unsicherheit und hohe Arbeitslosigkeit (5) verstärken den TFR-Rückgang und einen Aufschub des MAC (8). Beim Systembruch der osteuropäischen Staaten (9) trifft hohe Arbeitslosigkeit auf den Wegfall mancher familienpolitischer Maßnahmen (12-14). Zwischen kulturellen und politischen Faktoren existieren demnach vielschichtige Wechselwirkungen (3, 15).

Die 51 bivariaten Hypothesen (die meist auch Doppelaussagen wegen beider Phasen beinhalten), die postulierten Interaktionen und die zentralen Kausalketten werden in den Kapiteln 5 bis 7 empirisch überprüft. Wenn man die Hypothesen zusammenfasst, erhält man den roten Faden des Erklärungsansatzes aus 4.1.1, der nach zwei Phasen des Zweiten Geburtenrückgangs differenziert, wobei die erste von der Durchdringung der Frauenemanzipation sowie der Modernisierung und die zweite von unterschiedlichen Vereinbarkeitsrealitäten geprägt ist.

## 4.2 Untersuchungsplan für den empirischen Teil

„Der Vergleich ermöglicht den Blick über den nationalen Gartenzaun; er bietet die Chance, von anderen politischen Systemen zu lernen; er eignet sich für die Erfassung und Erklärung von Gemeinsamkeiten und Unterschieden; er schafft die Voraussetzungen für quasi-experimentelle Untersuchungsbedingungen und bildet die Grundlage erfahrungswissenschaftlich überprüfter Verallgemeinerung.“ (Schmidt 1995:348f)

Das für die empirische Überprüfung des zweistufigen Erklärungsansatzes und der Hypothesen angewandte Forschungsdesign beruht auf der Vergleichenden Methode und wird hier hinsichtlich von Fallauswahl, Vergleichsebene, Zeitraum und Messtaktung, Aggregationshöhe, Variablenauswahl, Datenbasis, Testverfahren und Ablauf dargestellt und diskutiert.

**Fallauswahl:** Entsprechend dem Most Similar Cases Design (Przeworski & Teune 1970) sollen die Geburtenentwicklung und ihre Bestimmungsfaktoren in den hoch entwickelten westlichen Demokratien, die OECD-Mitglieder sind, untersucht werden. Diese Länder erfüllen mit wenigen Ausnahmen gleichzeitig auch das zweite Kriterium, vom Phänomen des Zweiten Geburtenrückgangs betroffen zu sein. Hinsichtlich der Erfüllung dieser beiden Kriterien ist eine Vollerhebung anvisiert. Später der OECD beigetretene Länder wie Mexiko und Türkei werden nicht berücksichtigt, da sie während des Untersuchungszeitraums nicht vom Zweiten, sondern noch vom Ersten Geburtenrückgang betroffen waren. Kleinere Staaten wie Island und Luxemburg werden einbezogen, da von einer Wirkung der nationalen Rahmenbedingungen auf die Geburtenrate ausgegangen werden kann.<sup>183</sup> Insgesamt beläuft sich die Fallzahl auf 28 Länder (siehe 1.1), wobei es in zwei Fällen Umbrüche gibt, die im Zeitreihenvergleich berücksichtigt werden müssen: Beim Fall Deutschland werden vor 1990 Daten der BRD und danach die des vereinigten Deutschlands berücksichtigt<sup>184</sup>, während bei Tschechien und der Slowakei auch vor 1993 getrennte Daten vorliegen. Die Auswahl der Fallzahl ist eine zentrale Weichenstellung des Forschungsdesigns

183 Bei den Jackknife-Analysen wird darauf geachtet, dass gemessene Zusammenhänge nicht nur auf Effekte dieser kleinen Staaten beruhen. Kritisch zum Problem stratifizierter Stichproben siehe: Ebbinghaus 2009:198f.

184 In den OECD-Datenbanken (u. a. OECD 2008a, 2009a) beziehen sich die Daten der Rubrik „Population“ (u. a. TFR) auch vor 1990 auf Gesamtdeutschland, während sich andere Rubriken in diesen Zeitraum nur auf die BRD beziehen. Streng genommen handelt es sich um zwei unterschiedliche Fälle. Bei den multivariaten Querschnittsanalysen ist der Umbruch methodisch weniger bedeutend, wenn man sich den unterschiedlichen Zuschnitt der Fälle klar macht. Der Problematik dieser Umbrüche wird bei Veränderungsratenanalysen, die über das Jahr 1990 hinweg gehen, durch den Einbezug von Jackknife-Analysen Rechnung getragen. Darüber hinaus sind gravierende Auswirkungen nicht zu erwarten, da die Bevölkerungszahl der BRD erheblich größer als die der ehemaligen DDR ist und der gesamtdeutsche Wert zu rund 80% vom westdeutschen Wert determiniert ist.

und mit einem Zielkonflikt verbunden: Studien mit kleinem N oder gar Fallstudien ermöglichen einen tiefschärferen Einblick in den Länderkontext, während eine hohe Fallzahl für die Anwendung statistischer Methoden und ihrem wissenschaftlichen Generalisierungspotenzial, aber auch für die Berücksichtigung vieler Variablen vorteilhaft ist (vgl. u. a. Berg-Schlosser 1997, Ebbinghaus 2009, Gschwend & Schimmelpfennig 2007, Lijphart 1971, 1975, Ragin 2000, Schmidt 1995).<sup>185</sup> Die hier vorgenommene Vollerhebung strebt eine größtmögliche Fallzahl innerhalb des gewählten Most Similar Cases Designs an, um die Voraussetzungen für statistische Verfahren zu erfüllen und zu verallgemeinbaren Aussagen zu gelangen. Die Freiheitsgrade sind bei N=28 mittelhoch und ermöglichen die Anwendung der multivariaten Regressionsmethode, insbesondere die gleichzeitige Inklusion mehrerer erklärender Variablen.<sup>186</sup> Gleichzeitig reduziert die Fallauswahl auch den Selection Bias (vgl. Jahn 2005), d. h. Verzerrungseffekte nicht repräsentativer Stichproben, da fast alle Länder, die vom Zweiten Geburtenrückgang vor 1990 betroffen sind, berücksichtigt werden. Diese Vorteile sind jedoch mit dem Nachteil erkauft, dass Aspekte des Länderkontextes nicht in der Tiefschärfe von Studien mit kleinem N abgebildet werden können. Die skizzierten Vorteile überwiegen jedoch diesen Nachteil. Und als Studie mit mittlerem N ist das Forschungsdesign nicht nur variablenorientiert, sondern kann auch – insbesondere in der Residuendiagnostik – fallorientierte Aspekte aufnehmen (vgl. Ragin 2000:35). Ein Grundproblem vieler internationalen Vergleichsstudien, die Inklusion möglichst vieler Variablen bei begrenzter Fallzahl, ist auch in dieser Studie evident. Um dem zu begegnen, wird ein mehrstufiges Verfahren

- 185 Der Übergang zwischen hohem und niedrigem N ist graduell, Quantifizierungen als hoch, niedrig (oder mittel) selten und nicht einheitlich. Lijphart (1971:686) nennt als Beispiel für die „komparative Methode“, die er gegenüber der „statistischen Methode“ abgrenzt, weniger als zehn Fälle. (Hohe Fallzahl und statistische Methode sind nicht zwingend gleichzusetzen.) Ragin (2000:25) interpretiert Fallzahlen zwischen 3 und 50 als mittlere, Berg-Schlosser (1997:67) nennt dafür die Spanne 3 bis 20. Widmaier (1997:113) benennt als Grenze zwischen kleinen und großen Fallzahlen 30. Eine tiefscharfe Kenntnis von mehr als 10 Untersuchungsfällen ist schwer zu leisten, andererseits sind für makroquantitative Querschnittsanalysen deutlich höhere Fallzahlen erforderlich (wobei PTS auch bei mittleren N durch Multiplikation von N und T (Zeit) eine ausreichende Fallzahl ermöglichen; siehe 6.1).
- 186 Schmidt (1982:130) weist in Anbetracht von 21 Fällen auf Begrenzungen für multivariate Auswertungsstrategien hin. Wagschal (1999) verweist auf zwei statistische Faustregeln, wonach mindestens 10 Freiheitsgrade insgesamt bzw. pro unabhängige Variable sinnvoll sind. Hier wird nur die erstere erfüllt. Derartige Faustregeln werden hier so aufgefasst, dass sie keine Fallbeifunktion haben, sondern vielmehr hilfreiche Richtgrößen im Planungsprozess eines Forschungsvorhabens sind, um die Wahrscheinlichkeit robuster Ergebnisse zu erhöhen. Die Problematik niedriger Freiheitsgrade hinsichtlich Signifikanz (für N=20 vgl. Ragin 2000:27) und Robustheit ist dem Verfasser bewusst. Die multivariaten Ergebnissen der Kapitel 7 und 8 erweisen sich allerdings bei N=28 und vier unabhängigen Variablen als (hoch-)signifikant und robust.

mit bi- und multivariaten Analysen und Interkorrelationsanalysen angewendet (vgl. Schmidt 1982, 1995).

**Vergleichsebene:** Es wird unterstellt, dass das generative Verhalten in einem Land von den dort vorliegenden Rahmenbedingungen geprägt wird und dass durch ihre historische Entwicklung, gemeinsame Institutionen, Sprache und mediale Öffentlichkeit eine gewisse Homogenität dieser Bedingungen gegeben ist (vgl. Lesthaeghe 1995:34ff). Dabei ist zu beachten, dass in einigen Ländern sprachlich und kulturell eigenständige Minderheiten möglicherweise abweichende Geburtenraten haben (vgl. H-8d). Während die Kritik des methodologischen Nationalismus (Zürn 2001) auf die internationalen Zwänge hinweist, ist Kritik an der Analyseebene auch aufgrund des Whole-Nation Bias (Rokkan 1970:49, vgl. Lijphart 1975:166ff)<sup>187</sup> berechtigt, da regionale Differenzen innerhalb eines Landes nicht berücksichtigt sind. Dies betrifft in besonderem Maße die föderalen Staaten Deutschland, Schweiz oder USA (vgl. Schmidt et al. 2006). Der Einbezug föderaler Unterschiede würde den ohnehin enorm umfangreichen Datenumfang überfrachten (vgl. BMFSFJ 2007, Bonoli 2008, Höhn & Schubnell 1986:31). Da erhebliche Unterschiede durch nationalstaatlich variierende Faktoren erklärbar sind, ist die Auswahl der Analyseebene von Ländern nicht nur pragmatisch, sondern auch inhaltlich plausibel.

Eine methodologische Herausforderung für ländervergleichende Untersuchungsdesigns stellen Diffusionsprozesse dar. Das „Galton-Problem“ (vgl. Jahn 2009a) entsteht, wenn die wechselseitige Unabhängigkeit zwischen den untersuchten Fällen nicht gegeben ist und die beobachtbare Varianz dadurch beeinträchtigt wird. Umgekehrt – und gleichzeitig eine mögliche Lösung des Problems – können Diffusionsprozesse als erklärende Variable fungieren (vgl. Alber 1982). Die Analyse der Standardabweichung (siehe 1.1) zeigt eine Konvergenz der TFR bis Anfang der 1980er Jahre, was auf mögliche Diffusionsprozesse in dieser Phase hinweist. Methodisch wird von den Variablen Verhütungsmittelzugang und kultureller Wandel eine Schlüsselrolle für die internationale Diffusion angenommen. Durch die Berücksichtigung dieser Variablen im Zusammenspiel mit anderen in multivariaten Regressionsanalysen, der Identifizierung von Schub- und Bremskräften im Zeitverlauf und der Analyse zu mehreren Zeitpunkten (vgl. Jahn 2009a:98ff) wird der Diffusionsproblematik Rechnung getragen. Neben dieser internationalen Diffusion wird in dieser Untersuchung der Diffusionsgeschwindigkeit innerhalb der Länder ein zentraler Stellenwert zugeschrieben und ihre Determinanten überwiegend auf nationalstaatlicher Ebene vermutet.

**Zeitraum und Messtaktung:** Als Untersuchungszeitraum ist mit der Epoche von 1970 bis 2006 ein sehr langer Zeitraum gewählt. Damit soll ermöglicht wer-

187 Lijphart schätzt den Whole-Nation Bias als größte Schwäche der statistischen Methode auf Makroebene ein.

den, sowohl den Beginn des Geburtenrückgangs als auch bis in die Gegenwart reichende Entwicklungen erklären zu können. Da Querschnittsmodelle mit Niveaudaten „dynamisch unterspezifiziert“ (Widmaier 1997:116) sind, wird neben der synchronen auch die diachrone Betrachtung vorgenommen. Letztere wird durch die Analyse von Veränderungsraten durchgeführt. Diese werden für mehrere Zeitabschnitte vorgenommen, wobei die Auswahl der Subperioden systematisch mit dem zweistufigen Erklärungsansatz und den bivariaten Voruntersuchungen verknüpft ist. Der Vergleich wird hinsichtlich der Zeitdimension dadurch in doppelter Weise sehr breit angelegt. Diese Breite ist bedeutsam, da der Verfasser davon ausgeht, dass die gezeigten Zusammenhänge zeitlich nicht invariabel sind, d. h. ein im Querschnitt eines Jahres gezeigter Befund nicht als Erklärung für die gesamte Epoche des Geburtenrückgangs aufgefasst werden kann. Vielmehr ergibt die systematische Verknüpfung mehrerer engmaschiger Niveau- und Veränderungsratenanalysen über den Zeitverlauf hinweg die Möglichkeit, ein dynamisches Erklärungsmuster des Phänomens zu identifizieren.

**Aggregationshöhe:** Die empirische Basis dieser Untersuchung bilden Aggregatdaten. Ein Einbeziehen der Mikroebene in das Untersuchungsdesign hätte eine schlechte Kosten-Nutzen-Relation. Zum einen ist eine umfassende Beschaffung der relevanten Individualdaten für den großen Untersuchungszeitraum und die Fallzahl kaum möglich. Zu beachten ist dabei, dass ein schlicht auf ökonomischen Faktoren basierendes Mikromodell zu viele entscheidende Variablen übersehen würde. Zum anderen würde die alleinige Analyse der Mikrodimension nicht die Erkenntnisgewinne bringen, die für eine Beantwortung der Forschungsfragen nötig sind.<sup>188</sup> Die Studie soll politische, ökonomische, technologische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen im internationalen Vergleich analysieren und mit deren zeitlichen und räumlichen Variationen ein Licht auf die Ursachen der Entwicklungen der Geburtenraten werfen. Dies kann mit hoch aggregierten Makrodaten am besten gelingen. Grundlage dieser Erwartung ist die plausible Annahme, dass das durchschnittliche generative Verhalten einer Gesellschaft maßgeblich von den genannten Rahmenbedingungen geformt wird.<sup>189</sup>

Allerdings ist es hilfreich – wenn nicht gar unabdingbar – darüber hinaus die theoretische Verbindung zur Mikroebene herzustellen (vgl. Kittel 2006:654).

188 Vgl. Kaufmann (2005:18) zu einer ähnlichen Fragestellung: “(Es) würde die zusätzliche Einbeziehung der Mikrodimension m. E. der Klarheit nicht förderlich sein.”

189 Lesenswerte Begründungen für die Analyse von Makrodaten bezogen auf die Geburtenrate siehe Castles (1998:264), Lesthaeghe (1995:34) und in anderem Zusammenhang Schmidt (1993a:19, 1995:334). Es gibt jedoch auch skeptische Positionen gegenüber der Aussagekraft von Aggregatdatenanalysen (u. a. Hoem 2008:253; Neyer & Andersson 2008:707). Gauthier (2007:331) betont für Aggregatdaten die Notwendigkeit multivariater Untersuchungsdesigns, da die häufig zitierten bivariaten Querschnittskorrelationen den Einfluss anderer Determinanten nicht erfassen.

Deswegen wurde in Kapitel 3 die potenzielle Wirkungsweise der einzelnen Makrofaktoren in dem generativen Mehrebenenmodell mit dem Mikromodell der Fertilitätsentscheidung in Bezug gesetzt und plausibilisiert. Bei der Diskussion der empirischen Ergebnisse werden diese ebenfalls anhand des Mikromodells der Fertilität auf der Individualebene nachvollzogen (siehe 6.5 und 7.4). Das Aufgreifen der Mikroebene soll der Vermeidung eines ökologischen Fehlschlusses<sup>190</sup> dienen und die Rückkopplung der Ergebnisse nicht nur zu den bestehenden theoretischen Makroansätzen, sondern auch zu Ansätzen auf der Mikroebene gewährleisten. Neben dieser theoretischen Rückkopplung ist eine zusätzliche empirische Überprüfung der Ergebnisse anhand von Individualdatenanalysen zweifellos sinnvoll, diese kann in dieser Untersuchung jedoch nicht geleistet werden.

**Variablenauswahl:** Die zu erklärende Größe dieser Untersuchung, die abhängige Variable, ist die TFR (zur Diskussion alternativer Indikatoren vgl. 1.1) und ihre Veränderungsrate. Als unabhängige Variablen werden Indikatoren verwendet, die die im vorigen Abschnitt entwickelten Hypothesen überprüfen. Hinsichtlich der Variablenauswahl ist ein Y-zentriertes Forschungsdesign<sup>191</sup> (vgl. Ganghof 2005, Gschwend & Schimmelpfennig 2007) zu konstatieren, das mit der Forschungsfrage begründet wird. Es wird folglich versucht, die Varianz der abhängigen Variablen, der Geburtenrate, durch die Einbeziehung möglichst aller potenziell relevanten unabhängigen Variablen zu erklären. Der Umgang mit einer großen Zahl unabhängiger Variablen im multivariaten Teil erfordert neben bivariaten Voruntersuchungen auch theoretische Überlegungen, um die Zahl der Regressionsrechnungen halbwegs überschaubar zu halten (vgl. Sala-I-Martin 1997) und den Freiheitsgraden der Fallauswahl Rechnung zu tragen (vgl. 6.1).

**Datenbasis:** Für die Datenbasis wird v. a. auf verschiedene OECD-Datenbanken zurückgegriffen (OECD 1999, 2001e, 2007b, 2008a, 2008b, 2009a, 2009b, 2009c), die teilweise mit Daten aus offiziellen nationalen Ämtern (u. a. Statistisches Bundesamt 2008c) ergänzt sind. Daneben werden Daten von Barrett et al. (1982, 2001), Castles (1998), Freedom House (2009), Inter-Parliamentary Union (2009), Luxembourg Income Study (2009), Schmidt (2009), United Nations (2002, 2003b, 2006, 2007a) und World Values Surveys (2006, vgl. Pickel 2009) verwendet. Für einige Länder, insbesondere die neuen osteuropäischen Demokratien, sind nur vergleichbare Daten aus der zweiten Hälfte des Untersu-

190 Dazu sind auch Aspekte des Forschungsdesigns wie die Analyse von Niveau- und Veränderungsdaten hilfreich.

191 Auch wenn der Schwerpunkt auf Y liegt, werden in der Analyse auch X-Elemente betrachtet und neue Erkenntnisse hinsichtlich ihrer Verknüpfung bzw. ihres Zusammenspiels versucht zu generieren. Der Y-Schwerpunkt eines Forschungsdesigns muss nicht zwingend mit einer X-Blindheit einhergehen – und umgekehrt.



chungszeitraums verfügbar; dem wird durch eine Reduzierung des Länderpools um diese Staaten vor 1990 Rechnung getragen.

**Testverfahren und Ablauf:** Das Forschungsdesign ist mehrstufig. In Kapitel 5 wird der Zusammenhang der TFR mit den einzelnen unabhängigen Variablen anhand bivariater Korrelationen vor dem Hintergrund der Interkorrelationsmatrixen systematisch betrachtet. Die Korrelationsentwicklung wird auch im Zeitverlauf analysiert. Hierbei ist von besonderem Interesse, bei welchen Variablen und in welchem Jahr sich der Richtungszusammenhang innerhalb des Untersuchungszeitraums dreht. Diesen Erkenntnissen folgt eine Aufteilung des Geburtenrückgangs in Phasen, die für die Analyse der Veränderungsraten maßgeblich ist. Die multivariaten Regressionsanalysen<sup>192</sup>, die engmaschig Niveau- und Veränderungsdaten für mehrere Jahre bzw. Zeitspannen umfassen, werden in Kapitel 6 für die Diffusionsphase und in Kapitel 7 für die Akkomodationsphase dargestellt. Dabei werden die Effekte der einzelnen Determinanten durch systematische Einbeziehung der anderen Determinanten kontrolliert und Erklärungsmodelle mit hoher potenziell erklärter Varianz generiert. Die im Zeitverlauf variierenden Regressionsbefunde werden in Bezug zueinander und zum Erklärungsansatz interpretiert und fließen in ein differenziertes Gesamterklärungsmodell ein.

192 Die Voraussetzungen und Probleme der Regressionsmethode sowie der in dieser Untersuchung praktizierte Umgang mit ihnen werden in Abschnitt 6.1 ausführlich diskutiert.



## 5 Bivariate Querschnittsanalysen der einzelnen Determinanten der Geburtenrate im Zeitverlauf

Die statistische Analyse der Kapitel 5 bis 7 hat das Ziel, den zweistufigen Erklärungsansatz mit den daraus generierten Hypothesen aus Kapitel 4, der auf dem theoretischen Fundament des Mehrebenenmodells in Kapitel 2 fußt, zu überprüfen. In diesem ersten empirischen Kapitel werden einzelne Determinanten der Geburtenrate mit bivariaten Korrelationen im OECD-Ländervergleich analysiert, wobei besondere Aufmerksamkeit auf Veränderungen des Zusammenhangs im Zeitverlauf zwischen 1970 und 2006 liegt. Diese Analyse dient auch der Vorbereitung der multivariaten Regressionsanalysen in den anschließenden Kapiteln sechs und sieben.

Die bivariate Analyse hat zum Ziel, einen umfassenden Überblick über die Zusammenhänge der einzelnen unabhängigen Variablen mit der TFR und ihrer Entwicklung während der letzten vier Jahrzehnte aus der Makroperspektive zu geben. Dabei soll auch die Konstellation von Ländern und Ländergruppen anhand der Abweichungen von den Regressionsgeraden beleuchtet werden. Hierbei wird mit 51 eine Vielzahl von Variablen, die jeweils einen der 16 Makrofaktoren operationalisieren, analysiert. Dieses Vorgehen hat nicht nur explorativen Charakter, sondern dient darüber hinaus zwei konkreten Zielen: Erstens ist die breite Analyse Voraussetzung für eine Auswahl besonders relevanter Variablen für die spätere Generierung multivariater Erklärungsmodelle. Zweitens ist die bivariate Analyse der Veränderungen im Zeitverlauf essenziell für die Überprüfung einer der zentralen Prämissen des Erklärungsansatzes, nämlich der Unterscheidung nach den beiden Phasen von Diffusion und Akkomodation derart, dass sich bei zentralen Variablen ein Vorzeichenwechsel zwischen diesen Phasen vollzieht. Bestätigung oder Verwerfung dieser Annahme determiniert das methodische Vorgehen im weiteren Verlauf dieser Untersuchung.

Die abhängige Variable ist in diesem Abschnitt die zusammengefasste Geburtenrate TFR. Aus guten Gründen wird sie um ein Jahr zeitverzögert operationalisiert, d. h. Ausprägungen einer unabhängigen Variable beispielsweise des Jahres 2005 werden mit der abhängigen Variable TFR des Jahres 2006 verglichen, denn die TFR erfasst die Geburt eines Kindes und nicht die Empfängnis oder der Moment der generativen Entscheidung für Kinder. Der Geburt laufen neun Monate Schwangerschaft voraus und da eine bewusste Entscheidung für Kinder, d. h. das Weglassen von Verhütungsmitteln, häufig einige Monate vor der Empfängnis zu

verorten ist, ist die einjährige Verzögerungsstufe methodisch plausibel (vgl. Gauthier & Hatzius 1997).<sup>193</sup> Der Anspruch einer breiten Fallbasis von 28 OECD-Ländern aus vier Kontinenten lässt sich häufig, jedoch aus Datenverfügbarkeitsgründen nicht immer erfüllen. Durch die große Fallzahl<sup>194</sup> und durch systematische Jackknife-Analysen – nicht nur im klassischen Sinne bezogen auf die einzelnen Länder, sondern auch hinsichtlich einer Ausklammerung jeder der sechs Ländergruppen – sind die Ergebnisse weniger von Begebenheiten einzelner Ländergruppen abhängig und damit robuster.

An dieser Stelle sei noch einmal betont, dass die Zuschreibung von Kausalitäten bei der Analyse hochaggregierter Makrodaten problematisch ist. Bivariat aufgezeigte Zusammenhänge in zeitlicher und räumlicher Variation ermöglichen per se keine Kausalitätszuschreibung. Aussagen über ursächliche Zusammenhänge sind nur möglich, wenn die erklärende Variable im Kontext der unabhängigen Variablen durch multivariate Regressionsanalysen analysiert und sowohl Niveau- als auch Veränderungsraten berücksichtigt sowie die verbindenden Kausalmechanismen theoretisch plausibel dargelegt werden (siehe Kap. 6 und 7).

### 5.1 Emanzipation von Frauen

„Jedenfalls ist die Erwerbsarbeit der Ehefrauen sowieso im Vordringen. Wenn man die Entwicklung nicht lenkt und kanalisiert, wird sie sich ihr eigenes Bett graben, es wird nämlich in die Kinderlosigkeit ausgewichen werden. Eine Zahl von Kindern sind mit den heute möglichen Formen der Erwerbstätigkeit für Ehefrauen unverträglich (...).“ (Mackenroth 1953:366)<sup>195</sup>

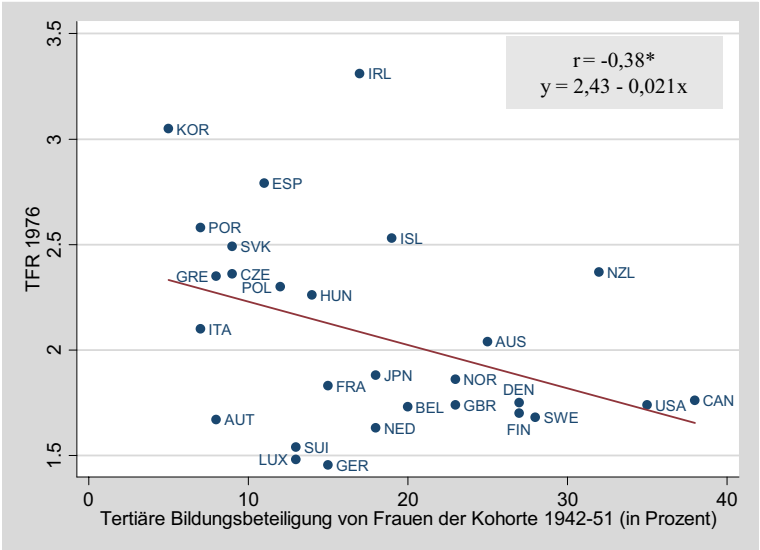
Da der Emanzipation von Frauen im zweistufigen Erklärungsansatz eine Schlüsselrolle zukommt, werden hier mit der Bildungsbeteiligung von Frauen, der Frauenerwerbsquote und dem Gender-Empowerment-Index mehrere Indikatoren analysiert. Darüber hinaus kann man Aspekte des kulturellen Wandels, operationalisiert durch die Need-Kid-These (siehe 5.3), die Lohnrelation zwischen den Geschlechtern (siehe 5.6) und politisch-institutionelle Faktoren wie das Frauenwahlrechtalter (siehe 5.9), auch der Emanzipation von Frauen zuordnen. Die Abbildungen 5-1 und 5-2 zeigen die Querschnittskorrelationen zwischen der tertiären Bildungsbeteiligung von Frauen und der TFR für 1971 und 2006.

193 Alternative Berechnungen ohne dieses Lag zwischen unabhängigen und abhängiger Variable haben gezeigt, dass der empirische Unterschied zwischen beiden Vorgehensweisen relativ gering ist.

194 Viele vergleichbare Studien beschränken sich auf (EU-) 15 oder (OECD-) 21 Staaten.

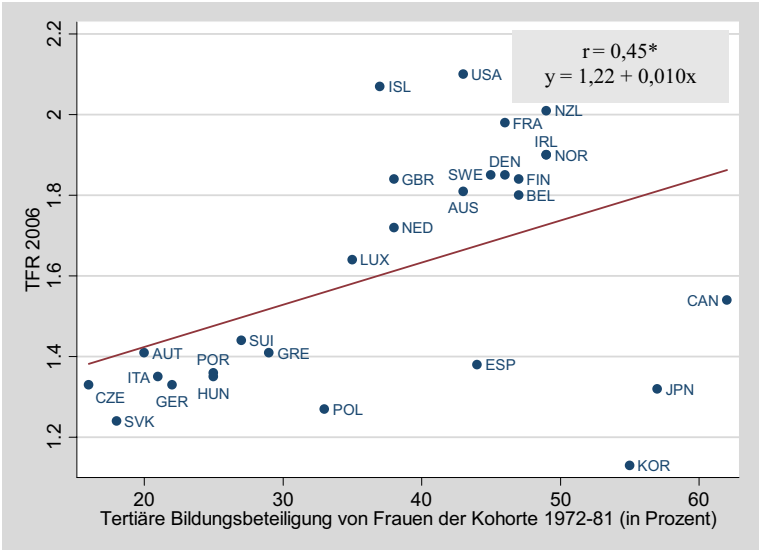
195 Zu beachten ist die Jahreszahl dieses Zitats von Mackenroth, er hat den Konflikt zwischen Frauenerwerbstätigkeit und Fertilität mehr als ein Jahrzehnt vor Beginn des Zweiten Geburtenrückgangs beschrieben.

Abbildung 5-1: Zusammenhang tertiäre Bildungsbeteiligung Frauen/TFR 1976



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von OECD 2008a, 2008c, SBA 2008c.

Abbildung 5-2: Zusammenhang tertiäre Bildungsbeteiligung Frauen/TFR 2006



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von OECD 2008c, 2009a.

Der Zusammenhang zwischen der tertiären Bildungsbeteiligung von Frauen der 25-34-jährigen Kohorte und der Geburtenrate ist in der ersten Phase des Zweiten Geburtenrückgangs signifikant<sup>196</sup> negativ bei einem Korrelationskoeffizienten<sup>197</sup> von  $r = 0,38$ .<sup>198</sup> Die Länder, in denen viele junge Frauen universitäre Bildungswege eingeschlagen haben, haben Mitte der 1970er Jahre demnach niedrigere Geburtenraten. Eine tiefere Analyse verdeutlicht, dass der Zusammenhang zwischen weiblicher Bildungsbeteiligung und der Geburtenrate nach Länderfamilien höchst unterschiedlich ausfällt. Die deutschsprachigen Länder haben niedrige Geburtenraten und niedrige Bildungsquoten, und wenn man sie aus der Analyse ausklammert, ist der Zusammenhang hochsignifikant ( $r = -0,51$ ).<sup>199</sup>

Zehn Jahre später, am Scheidepunkt zwischen den beiden in der Theorie differenzierten Phasen von Diffusion und Akkomodation, gibt es nicht nur keinen statistischen Zusammenhang mehr zwischen der tertiären Bildungsbeteiligung der Frauen und der Geburtenrate, sondern hat sich auch das Vorzeichen im Vergleich zu 1976 gedreht ( $r = 0,04$ ). Danach ist der Zusammenhang deutlich positiv, 1996 hochsignifikant ( $r = 0,56$ ) und 2006 signifikant ( $r = 0,45$ ). Betrachtet man das Streudiagramm für 2006, fallen die beiden ostasiatischen Ausreißer ins Auge. Südkorea und Japan haben hohe tertiäre Bildungsraten und sehr niedrige Geburtenraten; klammert man beide aus, erhält man für die 26 verbleibenden Staaten eine hochsignifikante Korrelation mit  $r = 0,71$ .

Die Hypothese H-1a findet aus bivariater Perspektive Bestätigung. Ergänzend zu diesen Makroanalysen im internationalen Vergleich von 28 Staaten lässt sich der Einfluss der Bildungsexpansion auf den Beginn des Zweiten Geburtenrück-

196 Die Bezeichnung „signifikant“ und das „\*“ im Textfeld der Streudiagramme werden in dieser Arbeit für Signifikanzniveaus mit einer unter 5% liegenden Irrtumswahrscheinlichkeit verwendet. Bei Irrtumswahrscheinlichkeiten von unter einem Prozent wird die Bezeichnung „hochsignifikant“ („\*\*“) verwendet.

197 Als Korrelationskoeffizient wird im Folgenden der Pearson'sche verwendet (vgl. Wagschal 1999:193ff).

198 Prinzipiell ist bei einem Vergleich von Bildungs-Kohortendaten die Verwendung der CFR sinnvoll. Da jedoch bei allen anderen unabhängigen Variablen und im multivariaten Teil die TFR verwendet wird und da die CFR für spätere Kohorten (vgl. Abb. 5-2 und Abschnitt 1.1.1) noch nicht abgeschlossen ist, wird hier die TFR verwendet. Die Auswahl von Kohortendaten der OECD (2008c) hat zudem den Nachteil, dass sie die geringe Zahl späterer Abschlüsse mitzählt. Dies wird jedoch durch den Vorteil überkompensiert, dass dadurch vergleichbare Daten für alle 28 OECD-Länder verfügbar sind. Die Auswahl von Daten zur tertiären Bildungsbeteiligung werden denen der sekundären vorgezogen, da von ersterer ein höherer Einfluss hinsichtlich von Lohnniveau und Emanzipation angenommen wird.

199 Jackknife-Analysen zeigen, dass das Ausklammern Südkoreas zu einem insignifikanten Ergebnis führt. Bei einem Ausschluss der angelsächsischen und der kontinentalwesteuropäischen Ländergruppe ist der Zusammenhang jeweils hochsignifikant, bei Ausschluss einer der vier anderen Ländergruppen ist der Zusammenhang insignifikant.

gangs mit Hilfe von Mikrostudien nachvollziehen (u. a. Blossfeld & Huinink 1989, Huinink 2000b, Klein 1989). Beim Vergleich dieser Ergebnisse mit der Literatur ist zu beachten, dass sich die Analyse auf makrostrukturelle Zusammenhänge bezieht, bei denen die Gesellschaften insgesamt als Bezugsgröße fungieren. Die Bildungsexpansion hat zu einer Veränderung des gesamten generativen Verhaltens, der Rolle der Frau sowie ihrer beruflichen Ambitionen beigetragen. Hier existiert eine gewisse Homogenität innerhalb eines Landes, denn die durch die Bildungsexpansion forcierte Frauenemanzipation betrifft nicht nur die direkt daran beteiligten Frauen, vielmehr ist die Emanzipation gesellschaftlich überformt. Zusammen mit den unterschiedlichen Vereinbarkeitsoptionen von Beruf und Familie, die als intervenierende Faktoren fungieren, erklärt diese Interpretation die unterschiedlichen Befunde hinsichtlich Bildungsbeteiligung und Geburtenrate von Makro- und Mikrostudien: Während im Makro-Ländervergleich der Zusammenhang seit den 1990er Jahren signifikant positiv ist, gibt es innerhalb einer Gesellschaft auch in der Akkomodationsphase inverse oder u-förmige Zusammenhänge zwischen Bildungsstand und Kinderzahl (vgl. d'Addio & d'Ercole 2005:27ff, Esping-Andersen 2002:82, Mason 2001:167). Die Kinderlosigkeit deutscher Akademikerinnen liegt mit 28% der 40-49-jährigen zwar klar über dem Durchschnitt, die vielfach zitierten exorbitant hohen Werte von 40% haben sich jedoch als unzutreffend herausgestellt.<sup>200</sup>

Für den zweiten zentralen Indikator der Frauenemanzipation, die Frauenerwerbsquote<sup>201</sup>, findet sich ein ähnlicher systematischer Zusammenhang mit der Geburtenrate. Wie in Hypothese H-1b angenommen, ist dieser zu Beginn des Zweiten Geburtenrückgangs negativ und in der späteren Phase ab Ende der 1980er Jahre positiv<sup>202</sup>. Die Abbildungen 5-3 und 5-4 zeigen anschaulich den Wechsel des Vorzeichens des Zusammenhangs: Dieser ist für das Jahr 1971 signifikant negativ ( $r = -0,39$ ) und bleibt im Verlauf der 1970er Jahre etwa in dieser Höhe. Im Jahr 2006 ist die Korrelation hochsignifikant positiv ( $r = 0,61$ )<sup>203</sup>. Während zu Beginn des Zweiten Geburtenrückgangs die Länder mit einer hohen Arbeitsmarktbeteiligung der Frauen niedrigere Geburtenzahlen hatten, ist später der Zusammenhang gegenteilig: Länder mit hohen Frauenerwerbsquoten haben seit Ende der 1980er Jahre deutlich höhere Geburtenraten.

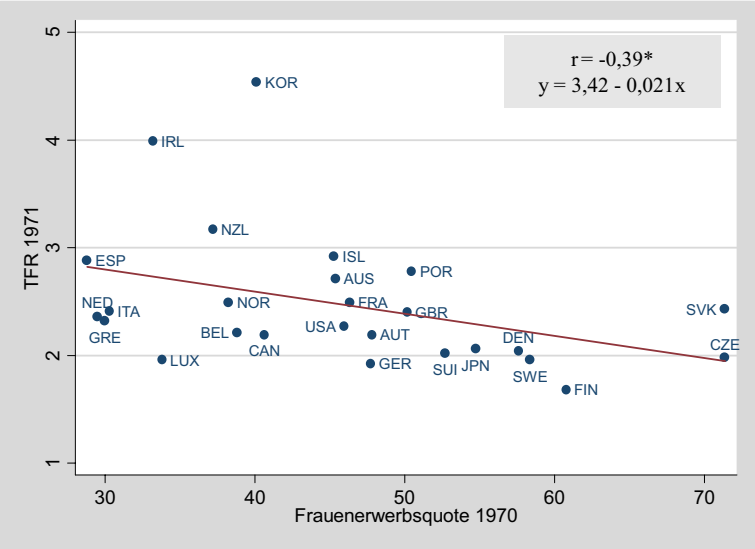
200 Siehe Abschnitt 1.1.1. Vgl.: Dorbritz 2005, Duschek & Wirth 2005:815, Lang 2007, Scharein & Unger 2005, Statistisches Bundesamt 2006a, 2008a, 2009.

201 In diesem Abschnitt sind einheitlich die neuesten Daten der Frauenerwerbsquoten aus OECD 2010 verwendet. Im multivariaten Teil wurden für 2006 Daten aus OECD 2008a verwendet, die nur minimal abweichen ( $r = 0,65$  statt  $0,61$ ) bzw. für die 1970er Jahre das Frauenerwerbspotenzial (OECD 2001e).

202 Zur Wirkung der in Hypothese H-1b berücksichtigten familienpolitischen Drittvariable und zur kausalen Interpretation dieser bivariaten Befunde siehe Kap. 7, v. a. Abb. 7-10.

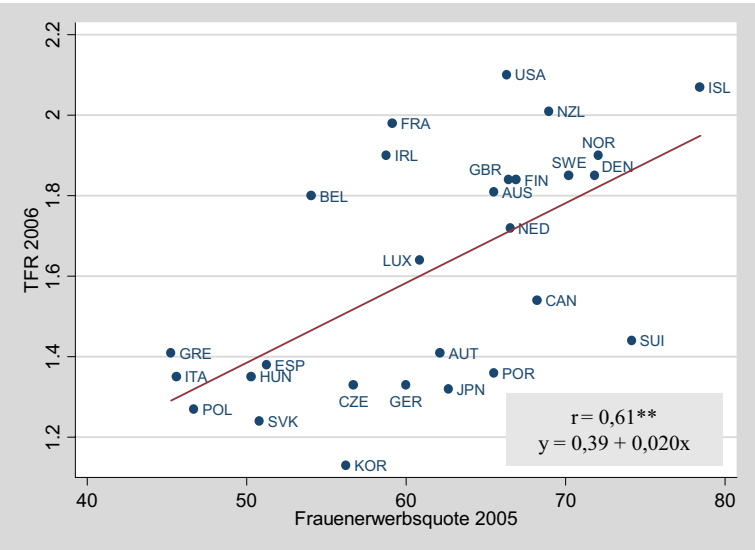
203 Systematische Ausklammerungen der sechs Ländergruppen bestätigen die Befunde.

Abbildung 5-3: Zusammenhang Frauenerwerbsquote 1970 und TFR 1971



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von OECD 2008a, 2010, SBA 2008c.

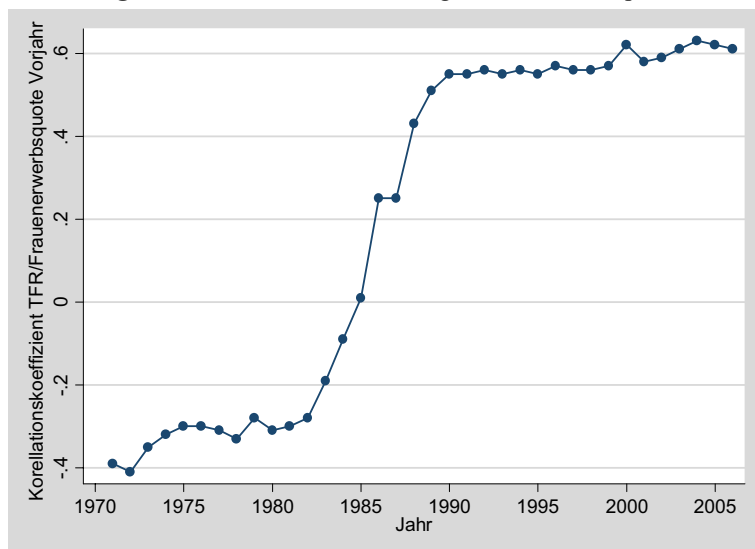
Abbildung 5-4: Zusammenhang Frauenerwerbsquote 2005 und TFR 2006



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von OECD 2009a, 2010.

Die Betrachtung der einzelnen Korrelationskoeffizienten für die Jahre 1971 bis 2006<sup>204</sup> verdeutlicht die systematische Transformation des Zusammenhangs zwischen Frauenerwerbsquote und TFR (siehe Abb. 5-5).<sup>205</sup> Während der 1970er und zu Beginn der 1980er Jahre ist dieser deutlich negativ und ab den 1990er Jahren bis heute deutlich positiv. Mitte der 1980er Jahre gibt es eine Trendumkehr des Zusammenhangs, 1983 ist  $r = -0,09$  und 1985 ist  $r = 0,25$ .<sup>206</sup> Zu betonen ist, dass abgesehen von der Phase der Trendumkehrung sowohl die negative Korrelation der 1970er Jahre, als auch die positive seit 1987 signifikant und seit 1989 bis 2006 sogar hochsignifikant sind.

**Abbildung 5-5:** Korrelationsentwicklung Frauenerwerbsquote/TFR 1971-2006

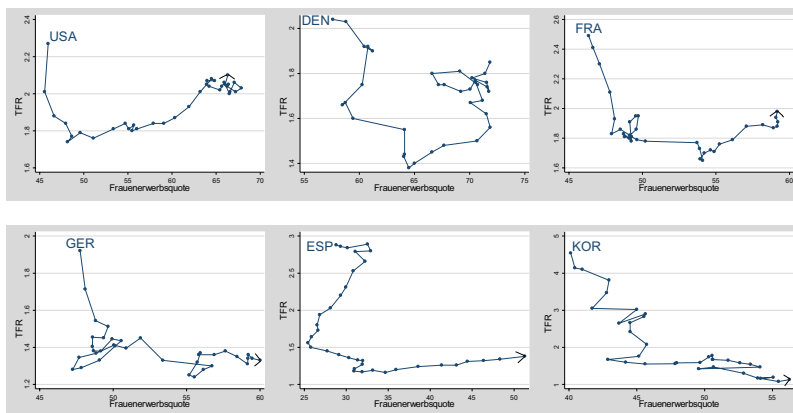


Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von: OECD 2008a, 2009a, 2010, SBA 2008c.

- 204 Die im Text angegebenen Jahreszahlen beziehen sich auf den Wert für die TFR. Die dazu in Bezug gesetzte unabhängige Variable bezieht sich immer auf den Vorjahreswert.
- 205 Die Datenbasis ist für die 1970er Jahre mit 12-14 Ländern sehr gering, ab 1985 ist sie mit  $N=20$  akzeptabel (es fehlen die vier osteuropäischen Länder sowie Island, Neuseeland, Österreich und Schweiz). Seit 1995 sind alle 28 OECD-Staaten berücksichtigt.
- 206 Diese beruht nicht nur auf einer Veränderung einer einzelnen Ländergruppe, dies bestätigen Jackknife-Analysen. Ab 1988 sind die Werte bei Ausklammerungen jeder einzelnen Ländergruppe positiv. Umgekehrt ist 1981 und davor bei Ausklammerungen jeder einzelnen Ländergruppe der Zusammenhang negativ. Folglich führen Jackknife-Analysen von Ländergruppen nur in der kleinen Zeitspanne 1982-1987 zum Vorzeichenwechsel. Dies bestätigt die Breite der Trendumkehr während des Phasenwechsels. Ab 1990 ist der positive Zusammenhang auch bei Ausklammerung jeder einzelnen der sechs Ländergruppen signifikant.

Die Entwicklung des Korrelationskoeffizienten im Zeitverlauf verdeutlicht, dass zwischen beiden Variablen ein systematischer Zusammenhang besteht. Dessen Umdrehung innerhalb nur eines Jahrzehnts mit davor und danach je hohen Koeffizienten jenseits der 0,5-Marke ist hochgradig interessant und erklärungsbedürftig. Da dieser Korrelationsverlauf auf Länderquerschnitten beruht, ist eine differenzierte Betrachtung der einzelnen Länder aufschlussreich. Abbildung 5-6 verdeutlicht, dass Länder wie angelsächsische und nordeuropäische Länder, aber auch Frankreich ein U-förmiges Muster aufweisen, während es bei deutschsprachigen und südeuropäischen Ländern und Südkorea L-förmig ist. Diese differenziellen Muster weisen darauf hin, dass möglicherweise eine Drittvariable am Scheitelpunkt des U bei den obigen drei Ländern wirkt, deren Wirkung bei den drei unteren Ländern geringer ist. Diese Überlegung und der Korrelationsverlauf decken sich mit der in der Theorie vorgeschlagenen Unterscheidung von Diffusions- und Akkomodationsphase und der Hypothese H-1b, deren kausale Erklärung in Kapitel 6 und 7 (vgl. Abb. 7-10) vorgenommen wird.

**Abbildung 5-6:** Muster von Frauenerwerbsquote und TFR ausgewählter Länder im Zeitverlauf 1971-2006



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von: OECD 2008a, 2009a, 2010, SBA 2008c.

Drei Anmerkungen zur Frauenerwerbsquote sind wichtig: Auf der Mikroebene ergeben sich Differenzierungen, die diese Makroanalyse durch das hohe Aggregationsniveau nicht zeigen kann. Innerhalb jeden Landes und jeden Jahres dieser Analyse gibt es berufsorientierte und kindorientierte Frauen sowie Zwischen-



formen<sup>207</sup> mit entsprechend unterschiedlichen Geburtenraten. Auf der Mikroebene findet man daher meist einen negativen Zusammenhang zwischen Frauenerwerbstätigkeit und TFR (vgl. u. a. Hakim 2003).<sup>208</sup> Zweitens ist darauf hinzuweisen, dass die Frauenerwerbsquote während vieler Phasen des 20. Jahrhunderts gestiegen ist (vgl. Bertram 2005, Davis 1984, Gauthier 1996b, Schmidt 1993a) und nicht nur im Zweiten Geburtenrückgang. Hier ist der drastische Anstieg der Müttererwerbstätigkeit der letzten Jahrzehnte ein deutlicherer und theoretisch befriedigenderer Indikator (Hernandez 1993:98ff). Auch ist der Anstieg, wie altersspezifische Veränderungsanalysen zeigen, v. a. auf einen bei den 30- bis 50-jährigen Frauen (Prskawetz et al. 2005)<sup>209</sup> zurückzuführen. Und er beruht nicht nur auf der Zunahme von Teilzeitarbeit (Ahn & Mira 1999). Drittens sind die Berufe zu differenzieren, da je nach Berufsposition die Kinderzahlen höchst unterschiedlich sind (Biedenkopf et al. 2005:56).

Der Einfluss der Stärke autonomer Frauenbewegungen wäre ebenfalls theoretisch interessant, allerdings liegen komparative Daten zur Analyse nicht ausreichend vor (vgl. Beck-Gernsheim 2006, Schmidt 1993a:61). Auch werden sie primär als Folge der in diesem Abschnitt analysierten Faktoren mit allenfalls beschleunigender Wirkung eingeschätzt (Chafetz 1995, Schmidt 1993b:221). Einige für die Frauenemanzipation wichtige politisch-institutionelle Faktoren, wie die Einführung des Frauenwahlrechts und die parlamentarische Repräsentation von Frauen, werden aus systematischen Gründen erst in Abschnitt 5.9 erörtert. Interessant ist ein Blick auf den Zusammenhang der TFR mit dem Gender-Empowerment-Index (OECD 2009b), er ist für 2006 hochsignifikant ( $r = 0,71$ , siehe Abb. A-2). Aufgrund von Überschneidungen mit anderen hier verwendeten Variablen sowie hohen Interkorrelationen wird dieser Indikator in der weiteren Analyse jedoch ausgeklammert.

Die beiden Variablen tertiäre Bildungsbeteiligung von Frauen und Frauenerwerbsquote sind untereinander mit  $r = 0,33$  für 2005 nur schwach korreliert (vgl. Schmidt 1993:48f<sup>210</sup>). Die Interkorrelationsanalyse mit den anderen Variablen

207 Einen hervorragenden Zugang zu diesen Mikro-Differenzierungen bietet Hakim (2000, 2003, 2004), vgl. auch: Ahn & Mira 1999, Bertram et al. 2005, Kaufmann 1990:175ff, Scanzoni 1976.

208 Eine Ausnahme benennt Andorka (1978:296) für Ungarn Mitte der 1960er Jahre. Gustafsson et al. 1996 zeigen anhand von Paneldaten mehrerer Länder, dass Unterschiede der Erwerbstätigkeit von Müttern entscheidend für Unterschiede der Frauenerwerbsquote sind, was die Autoren auf familienpolitische Differenzen zurückführen.

209 Prskawetz et al. weisen dies für fünf Länder von 1985-2000 exakt nach. Besonders deutlich ist der Anstieg der altersspezifischen Frauenerwerbsquote für Deutschland und Spanien, schwächer für Frankreich und Großbritannien. Bei den USA zeigt sich für diese Phase ein Anstieg bei den 40 bis 60-jährigen Frauen.

210 Schmidt findet eine relativ geringe Korrelation von 0,36 zwischen den Veränderungsraten der Frauenerwerbsquote und der Bildungsbeteiligung zwischen 1960 und 1985 und

(siehe Tab. A-4 und A-5)<sup>211</sup> weist auf zwei bedenklich hohe Interkorrelationen hin: Die tertiäre Bildungsbeteiligung von Frauen hat in der Diffusionsphase eine extrem hohe Interkorrelation mit der Dienstleistungsquote (1976:  $r = 0,83$ ), die sich später deutlich reduziert (2005:  $r = 0,53$ ). Einen hochkorrelierten Faktorenkomplex bilden Frauenerwerbsquote, Kinderbetreuungsquote und die beiden Konfessionsquoten mit Interkorrelationskoeffizienten bis zu 0,79. Dies hat forschungstechnische Implikationen, weist aber auch auf den starken Schubfaktor der protestantischen Ethik hinsichtlich der Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen und der dafür erforderlichen Kinderbetreuung hin. Neben dem historischen Zusammenhang der protestantischen Ethik mit dem Kapitalismus (Weber 1905) gibt es möglicherweise einen weiteren mit der Emanzipation von Frauen. Die Gründe sind historisch und anhand heutiger Kirchenstatute leicht nachvollziehbar: Die Einstellung der Reformatoren wie Luther gegenüber Frauen und Ehe unterscheidet sich ebenso fundamental von der katholischen Zeitgenossen Luthers wie die heutige Kirchenrealität, bei der die protestantischen Kirchen und verzögert auch die anglikanische Kirche den Pfarrerberuf für Frauen ermöglichen, während die Priesterweihe in der katholischen und der orthodoxen Kirche für Frauen tabuisiert ist.

## 5.2 Religion und Religiosität

„Seid fruchtbar und mehret euch.“ (Bibel, Genesis 1,28)

„Je näher zum Papst, desto weniger Kinder.“ (Beck-Gernsheim 2006:149)

Nicht nur die christliche und jüdische Bibel, auch die anderen Weltreligionen haben ein Fruchtbarkeitsgebot bzw. einen pronatalistischen Impetus (vgl. Mackenroth 1953:346). In diesem Abschnitt wird zuerst der Zusammenhang unterschiedlicher Konfessionen mit der Geburtenrate (H-2a, H-2b) untersucht und anschließend der zwischen der Intensität der Religiosität der Bevölkerungen mit der Geburtenrate (H-2c). Bei der Quantifizierung der Konfessionsanteile werden neben den römisch-katholischen und protestantischen Christen auch die Anglikaner und Orthodoxen berücksichtigt (vgl. Barrett 1982, Barrett et al. 2001), wobei aufgrund struktureller Ähnlichkeiten und inhaltlicher Übereinstimmungen in

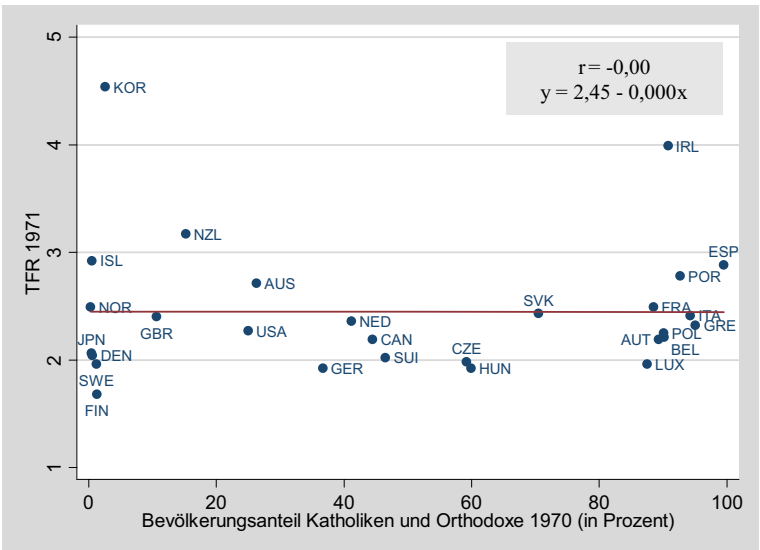
führt dies auf den abweichenden Fall der deutschsprachigen Länder zurück, bei deren Ausklammerung sich die Korrelation auf 0,58 erhöht.

- 211 Die Interkorrelationsanalyse wird für alle hier verwendeten Variablen und für beide Phasen des Zweiten Geburtenrückgangs vorgenommen. Für 1970 (bzw. 1976 oder 1980) sind dies 18 Variablen, für 2005 (bzw. 2000) sogar 42 Variablen. Auf hohe Interkorrelationen von über 0,7 wird jeweils im Text eingegangen. Sie führen entweder zu einem Ausschluss der Variable, oder zur Ausklammerung einer der hoch interkorrelierenden Variablen in den multivariaten Modellen (siehe Kap. 7 und 8).

Gleichberechtigungsfragen Anglikaner der Protestantenquote und Orthodoxe der Katholikenquote zugerechnet wurden. Dies ermöglicht, dass bis auf Japan und Südkorea<sup>212</sup> die Glaubensrichtung von mindestens der Hälfte, meist sogar über 90 Prozent der Bevölkerungen der 28 OECD-Staaten erfasst werden.

Sowohl Katholikenquote (siehe Abb. 5-7) als auch Protestantenquote (siehe Abb. A-3) stehen 1971 in keinem statistischen Zusammenhang mit der TFR. Das Vorzeichen ist dabei jeweils negativ, der Korrelationskoeffizient sehr niedrig (Katholikenquote:  $r = -0,00$ , Protestantenquote:  $r = -0,17$ ). Die Regressionsgerade verläuft bei der Katholikenquote glatt waagrecht.

**Abbildung 5-7:** Zusammenhang zwischen Katholikenquote und TFR 1971



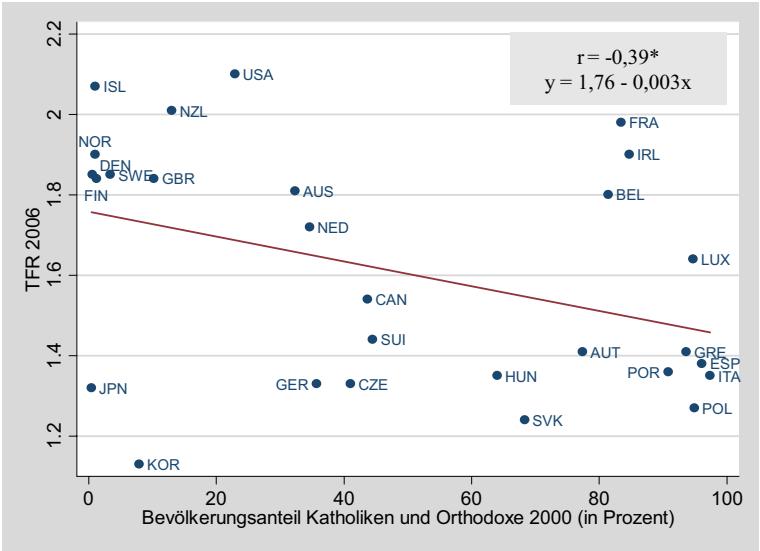
Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Barrett 1982, OECD 2008a, SBA 2008c.

Im Jahr 2006 (siehe Abb. 5-8) findet sich ein signifikanter negativer Zusammenhang zwischen Geburtenrate und Katholikenquote ( $r = -0,39$ ), der bei Ausklammerung der beiden ostasiatischen Staaten sogar hochsignifikant wird ( $r = -0,59$ ). Bei der Protestantenquote ist 2006 der Zusammenhang mit der Geburtenrate hochsignifikant ( $r = 0,54$ ) positiv (siehe Abb. A-4). Protestantische Industrielän-

212 Die Einbeziehung einer Buddhistenquote oder der japanischen "New-Religionists" (Barrett et al. 2001) oder von südkoreanischen Ethnoreligionen und Konfuzianern wird wegen der schlechten Kosten-Nutzen-Relation unterlassen. Zumal in Südkorea im Jahr 2000 der Protestantenanteil von 19,1 über dem buddhistischen von 15,3 liegt (Buddhismus ist in Japan dominierend, 1970: 62,0 und 2000: 55,2). Um statistische Verzerrungen zu vermeiden, werden Jackknife-Analysen vorgenommen. Zum Einfluss der Religion auf die Sozialpolitik in Ostasien siehe: Rieger & Leibfried 1999.

der haben also heute weitaus höhere Geburtenraten als katholische und die u. a. buddhistisch geprägten ostasiatischen Länder. Die – vorsichtig zu interpretierende – Regressionsgleichung zu Protestantenquote und TFR verdeutlicht dies: Die Konstante, d. h. der Wert für eine Protestantenquote von Null, liegt bei 1,47 und die Steigungsrate bei 0,005, so dass bei einer Protestantenquote von Hundert der Erwartungswert der Geburtenrate bei 1,97 liegt. Auch ein Blick auf das Streudiagramm zeigt, dass alle sechs Länder mit einer Protestantenquote von über 50 Prozent Geburtenraten jenseits der 1,8 haben, also nahe der Stationarität liegen. Sind protestantische Länder vom Zweiten Geburtenrückgang nicht betroffen, oder haben sie die Herausforderung besser gelöst? Würde gar eine massenhafte Konversion zu protestantischen Kirchen die demografischen Probleme vieler OECD-Länder lösen? Abgesehen davon, dass Irland, Frankreich und Belgien auch katholische Wege zu hohen Geburtenraten aufzeigen, beruht der positive Zusammenhang mit dem Protestantismus zum Teil auf einer Staatengruppe: Wenn man die fünf nordeuropäischen Länder ausklammert, fällt die Signifikanz weg ( $r = 0,32$ ), ähnliches gilt für die Katholikenquote ( $r = -0,16$ ).

**Abbildung 5-8:** Zusammenhang zwischen Katholikenquote und TFR 2006



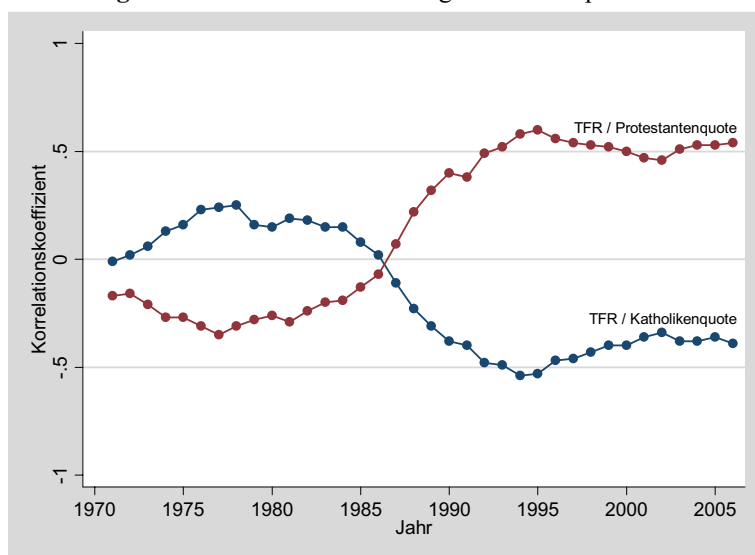
Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Barrett et al. 2001, OECD 2009a.

Bei der Interpretation des deutlichen Zusammenhangs zwischen Konfessionen und Geburtenrate müssen auch andere der nordeuropäischen Länderfamilie innewohnenden Faktoren in Erwägung gezogen werden. Die hohen Interkorrelationen der Konfessionsquoten mit Frauenerwerbstätigkeit und der Kinderbetreuungsquote 2006 weisen darauf hin, dass protestantische Gesellschaften die Be-

ruftätigkeit von Frauen und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie stärker unterstützen, was höhere Fertilitätsraten mit sich bringt. Diese These wird im multivariaten Teil genauer geprüft. Viele katholische Länder stehen demnach vor einem Paradoxon: Das katholische Frauenbild und das christliche Fruchtbarkeitsgebot lassen sich im Zweiten Geburtenrückgang genauso wenig in Einklang bringen wie für viele Frauen in diesen Ländern Beruf und Familie.

Die Entwicklung der Korrelation zwischen den beiden Konfessionsquoten und der TFR verläuft spiegelbildlich und ist sehr aufschlussreich (siehe Abb. 5-9). Der Beginn des Zweiten Geburtenrückgangs Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre betrifft die Länder unabhängig von ihrer Religion. Ende der 1970er Jahre sind die Geburtenraten in den protestantischen Ländern deutlich stärker gefallen: Der Zusammenhang ist 1977 negativ und tangiert fast das Signifikanzniveau ( $r = -0,35$ ).<sup>213</sup> Diese Ergebnisse lassen sich so interpretieren, dass der Beginn des Zweiten Geburtenrückgangs die Länder unabhängig von ihrer Konfession getroffen hat, aber die Diffusion in den protestantischen Ländern während der 1970er Jahre schneller erfolgte. Vor diesem Hintergrund lässt sich die Bremskraftthese des Katholizismus für die Diffusionsphase halten.

**Abbildung 5-9:** Korrelationsentwicklung Katholikenquote/TFR von 1971-2006



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von: Barrett 1982, Barrett et al. 2001, OECD 2008a, 2009a, SBA 2008c.

213 Bei Ausklammerung Islands ist der Zusammenhang signifikant, gleiches gilt für Luxemburg ( $r = -0,41$  bzw.  $-0,42$ ).

Die Kurven beider Korrelationskoeffizienten kreuzen sich im Jahr 1987 und wechseln beide in diesem gleichen Jahr das Vorzeichen. Folgt man der Hypothese, wonach der Katholizismus nicht nur eine Bremskraft der Diffusion, sondern auch Bremskraft der Akkomodation ist, lässt sich hiermit auch der zweistufige Erklärungsansatz erhärten: Bis 1987<sup>214</sup> können unterschiedliche Diffusionsgeschwindigkeiten Unterschiede der Geburtenraten im Ländervergleich erklären, danach wirken sich die unterschiedlichen Akkomodationspotenziale stärker aus als die Diffusionsdifferenzen. Mit anderen Worten: Der Zweite Geburtenrückgang diffundierte schneller in die protestantischen Länder, erreichte in den 1980er Jahren aber auch zunehmend die junge Generation der katholischen Länder, so dass der Einfluss der unterschiedlichen Diffusionsgeschwindigkeiten auf die TFR mit zunehmender Erfassung der Nachzügler geringer wurde. Gleichzeitig wirkten sich bis Anfang der 1990er Jahre die Anpassungsunterschiede vehement auf die Geburtenraten aus, denn Gesellschaft und Ökonomie der protestantischen Länder waren gegenüber den neuen Ansprüchen der Frauen flexibler, zudem reagierte die Politik bereits früh mit familienpolitischen Maßnahmen. Bereits 1990, nur drei Jahre nach diesem Vorzeichenwechsel, ist ein signifikant positiver Zusammenhang ( $r = 0,40$ ) zwischen TFR und Protestantenquote sichtbar der im Zeitverlauf zunimmt. Spiegelbildlich ist der negative Zusammenhang zwischen TFR und Katholikenquote seit 1990 signifikant ( $r = -0,38$ ).

Die Variable Religiosität berücksichtigt stärker das tatsächliche religiöse Verhalten der Menschen als die Konfessionsquoten (vgl. Lesthaeghe & Surkyn 1988:10). Operationalisiert wird sie mit dem aus Umfragedaten extrahierten Bevölkerungsanteil, der mindestens wöchentlich die Kirche besucht (vgl. Europäische Kommission 1973, WVS 2006). Für 1982 ist der Zusammenhang zwischen Religiosität und Geburtenrate<sup>215</sup> signifikant positiv ( $r = 0,50$ ). Bereits ein kurzer Blick auf das Streudiagramm (siehe Abb. A-5) genügt allerdings, um den krassen Ausreißer Irland als Ursache für das Signifikanzniveau zu identifizieren. Klammert man ihn aus, verschwindet nicht nur die Signifikanz, sondern auch das Vorzeichen dreht sich. Auch für die weiteren möglichen Querschnittsvergleiche ist die Korrelation insignifikant (siehe Abb. A-6; vgl. aber Abb. A-33). Die Hypothese H-2c, wonach die Wirkung von Religiosität der des Katholizismus ähnelt, findet keine Bestätigung. Im Unterschied zu den im Zeitverlauf relativ statischen Konfessionsdaten, sind die Religiositätsdaten dynamisch: Der Einbruch der Kirchenbesuchsquoten seit den 1970er Jahren belegt den Säkularisierungsprozess (vgl. Norris & Inglehart 2004:72). Der fehlende systematische Makrozusam-

214 Zur Erinnerung: Die abhängige Variable bezieht sich auf das Folgejahr der unabhängigen Variablen. Die TFR von 1987 wird also mit den Konstellationen von 1986 verglichen.

215 Die Fallzahl für die vier WVS-Erhebungen liegt nur bei N=18 für 1981, N=24 für 1990, N=15 für 1995 und N=25 für 2000.

menhang<sup>216</sup> zwischen dieser Variablen und der TFR legt den Schluss nahe, dass die Prägekraft der dominierenden Konfession für die gesellschaftliche, aber auch die politische und ökonomische Struktur eines Landes auch dann erheblich ist, wenn die religiöse Beteiligung gering ist.

### 5.3 Kultureller Wandel

Der kulturelle Wandel umfasst mehrere Facetten. Hinsichtlich der Erklärung des Zweiten Geburtenrückgangs werden gemäß Hypothese H-3a der Wertewandel zu postmaterialistischen Werten allgemein und gemäß H-3b speziell die Toleranz in Fragen der Lebensform und die Egalität des Rollenverständnisses als Determinanten geprüft. Im Anschluss wird entsprechend H-3c der Zusammenhang zwischen Überbevölkerungsängsten und Geburtenrückgang untersucht.

Die allgemeine Wertewandelhypothese wird durch den Anteil an Postmaterialisten gemäß dem Vier-Punkte-Index (Y002 in: World Values Surveys 2006, vgl. Inglehart 1971, 1989, 1998) operationalisiert. Es lässt sich kein signifikanter Zusammenhang zwischen Postmaterialistenquote und TFR nachweisen (siehe Abb. 5-10). Allerdings gibt es einen Vorzeichenwechsel Anfang der 1990er Jahre. Davor beträgt der Korrelationskoeffizient 1974 -0,39, 1982 -0,32 und 1990 -0,35, während der Zusammenhang 1995 mit  $r = 0,39$  und 2000 mit  $r = 0,23$  positiv ist.<sup>217</sup> Der anfangs negative und später positive Zusammenhang deckt sich mit der Vorhersage der Hypothese H-3a, ebenso das fehlende Signifikanzniveau. Neben der Begründung aus dem Hypothesenkapitel bietet sich eine einfachere Erklärung an: Das Sozialprodukt pro Kopf fungiert als intervenierende Variable, es korreliert hochsignifikant positiv sowohl mit der Postmaterialismusquote ( $r = 0,55$ ) als auch mit der TFR (1971:  $r = -0,66$ , 2006:  $r = 0,48$ ). Vor diesem Hintergrund sowie in Anbetracht von gegensätzlichen mikroanalytischen Befunden<sup>218</sup> der Literatur lässt sich die These aufstellen, dass das Postmaterialismus-Konzept,

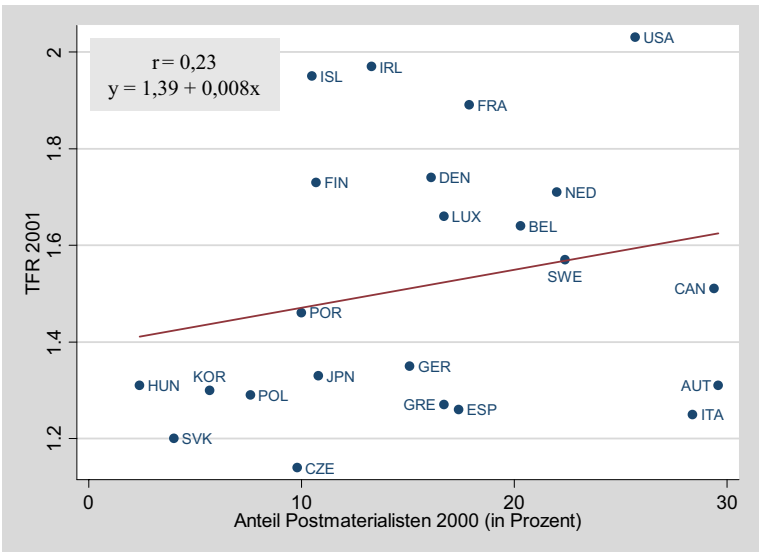
216 Auf der Mikroebene dagegen finden mehrere Studien einen positiven Zusammenhang zwischen Geburtenrate und Religiosität (u. a. Brose 2006).

217 Die Fallzahl variiert im Zeitverlauf, vgl. vorige Fußnote. Klammert man die vier osteuropäischen Staaten, die im Jahr 2000 niedrige Geburtenraten und sehr niedrige Postmaterialistenquoten aufweisen, aus, dreht sich der Zusammenhang ins Negative ( $r = -0,06$ ).

218 Mikrostudien zeigen unterschiedliche Zusammenhänge zwischen Postmaterialismus und Geburtenrate bzw. Kinderwunsch (u. a. Kramer 2005, Oppitz 1982, Rosenstiel et al. 2005). Interessant sind Interpretationsunterschiede zwischen West- und Ostdeutschland, die der Family and Fertility Survey zutage brachte: Ostdeutsche benennen als wichtigsten gesellschaftlichen Grund für den Geburtenrückgang die ungünstigen Wirtschaftsbedingungen, also eine materialistische Interpretation, während Westdeutsche am meisten „den Wunsch bequemer zu leben“ und fast genauso häufig den nach Selbstverwirklichung angeben (Höhn 1998:106).

obwohl der darin beschriebene Wertewandel zeitlich mit dem Zweiten Geburtenrückgang zusammenfällt, keinen Zugang zu dessen Erklärung bietet.

**Abbildung 5-10:** Zusammenhang Postmaterialistenquote 2000 und TFR 2001



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von OECD 2008a, World Values Surveys 2006.

Zur Operationalisierung der spezielleren Wertewandel-Fragestellung wird die Variable „NEEDKID“ (Q110, in: *ibid.*) verwendet, die die Zustimmung innerhalb eines Landes zur These „Eine Frau benötigt Kinder um erfüllt zu sein.“<sup>219</sup> misst. Von dieser Variablen wird angenommen, dass sie entscheidende Aspekte sowohl hinsichtlich der Toleranz für Lebensformen als auch des Rollenverständnisses beinhaltet, die für die Analyse des generativen Verhaltens zentral sind. Die Auswahl dieser einzigen Frage wird der Verwendung von Indizes zu Toleranz- und Genderfragestellungen vorgezogen, da sie durch ihre Einfachheit leichter nachvollziehbar ist und nicht nur allgemeine Toleranz- und Genderwerte, sondern mehr misst: die kulturell genormte Verbindlichkeit von Kindern für die weibliche Biografie.

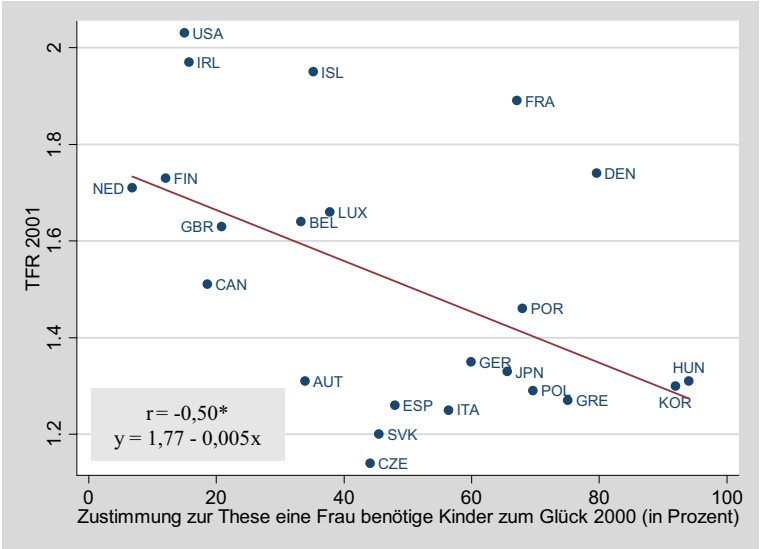
Das Ergebnis entspricht der Vorhersage aus H-3b, wonach der Zusammenhang dieser Toleranz- und Emanzipationsvariablen mit der Geburtenrate deutlich höher ist als bei der Postmaterialismusthese. In der Wendezeit zwischen Diffusions- und Akkomodationsphase zeigt sich wieder der für die 1980er Jahre charak-

219 Die exakte Formulierung der englischen Frage lautet: „Do you think that a woman has to have children in order to be fulfilled or is this not necessary?“



teristische Vorzeichenwechsel, der Zusammenhang ist hier insignifikant (1982:  $r = 0,08$ , 1990:  $r = -0,18$ ). Zur Jahrtausendwende (siehe Abb. 5-11) ist der Zusammenhang mit  $r = -0,50$  signifikant. Stellt man die Need-Kid-Frage und die Geburtenrate einander gegenüber, findet man wieder ein Paradoxon: Je mehr die Menschen eines Landes meinen, eine Frau brauche Kinder zum Glück, desto geringer ist die dortige Kinderzahl. Dieses Paradoxon zeigt, dass in der Akkomodationsphase die kulturelle Akzeptanz von Gleichstellung und Toleranz eine wichtige Voraussetzung für ein Stoppen des Abwärtstrends ist.

**Abbildung 5-11:** Zusammenhang Zustimmung Need-Kid-These und TFR 2001



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von OECD 2008a, World Values Surveys 2006.

Die Hypothese H-3c benennt den Einfluss eines Bewusstseins der weltweiten Überbevölkerungsproblematik, das sich negativ auf die Geburtenzahl in den Industrieländern auswirkt. Dieses Bewusstsein führt demnach zu einer geringeren gesellschaftlichen Anerkennung für Familien mit mehr als zwei Kindern (vgl. u. a. Höhn et al. 2006:26). Das Bevölkerungswachstum in der Dritten Welt bremste sich nicht derart ab, wie es von den Transitionstheoretikern (Davis 1945, Notestein 1944) prognostiziert wurde. Insbesondere in den späten 1960er und den 1970er Jahren<sup>220</sup> wurden in den Medien teilweise apokalyptische Überbevölkerungsszenarien diskutiert; ein besonders populäres und teilweise an Malthus (1803) erinnerndes Beispiel ist das in vielen OECD-Ländern verbreitete Buch

220 Scanzoni (1976:52) benennt als Höhepunkt der Diskussion das Jahr 1971.

„The Population Bomb“ (Ehrlich 1968). Aber auch seitens westlicher Regierungen gab es seit den 1960er Jahren Befürchtungen eines zu starken Bevölkerungswachstums in den Entwicklungsländern (United Nations 2001, 2003b:15ff). Das zeitliche Zusammentreffen mit der Häufung derartiger Publikationen und dem Beginn des Zweiten Geburtenrückgangs spricht für die Hypothese.

**Tabelle 5-1:** Umfragedaten zur Salienz einer Überbevölkerungsangst

Zustimmung zur Frage	Anteil	Jahr	Land (Geschlecht)	Quelle
Bevölkerungswachstum großes Problem	85,5% 67,5%	1971 1974	USA	Scanzoni 1976
Die Welt ist überbevölkert	68,0%	1971	Australien (F)	Caldwell 2001
Akzeptanz staat. Forderung max. 2 Kinder	52,0%	1971		
Überbevölkerungsangst ein sehr wichtiger Grund für den Geburtenrückgang	21,1% 7,7%	1992 1992	Deutschl.-West Deutschl.-Ost	BIB: FFS, in: Höhn 1998:106

Zusätzlicher Kinderwunsch von Müttern mit 1 (2) Kindern		Jahr	Land	Quelle
besorgt über Bevölkerungswachstum	unbesorgt über Bevölkerungswachstum			
1,51 (0,69)	1,93 (0,87)	1965	USA	Preston 1986b
1,18 (0,40)	2,00 (1,16)	1970	USA	Preston 1986b

Methodisch fundierter ist eine Analyse von Umfragedaten zur Salienz einer „Überbevölkerungsangst“ im räumlichen und zeitlichen Vergleich (siehe Tab. 5-1). Hier ist die Datenlage jedoch sehr dünn, nicht zuletzt da diese Variable nur selten als Ursache für den Zweiten Geburtenrückgang in der Literatur genannt wird.<sup>221</sup> Die Umfragedaten unterstützen die These, dass die gesellschaftliche Salienz einer Überbevölkerungsangst Anfang der 1970er Jahre erheblich war. Angesichts der sich abbremsenden Bevölkerungswachstumsrate in der Dritten Welt in den 1980er Jahren und des Zweiten Geburtenrückgangs in den OECD-Ländern ist es plausibel, dass diese Variable zwei Jahrzehnte später einen geringen Einfluss hat. Dies zeigen auch die Daten für Deutschland. Auch wenn die rudimentäre Datenlage keinen sicheren empirischen Nachweis ermöglicht, scheint eine intensive Perzeption der Überbevölkerungsproblematik zum Zweiten Geburtenrückgang beigetragen zu haben.

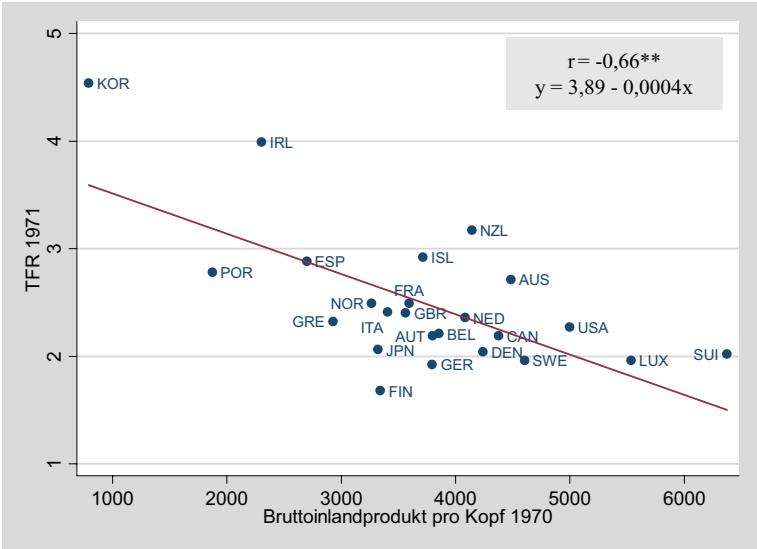
### 5.4 Sozioökonomische Modernisierung

Für die Analyse des Zusammenhangs zwischen sozioökonomischer Modernisierung und Geburtenrate wird in diesem Abschnitt der klassische Modernisierungsindikator Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (BIPPC) verwendet. Zusätzlich werden

221 Ausnahmen sind: Bolte et al. 1980:69, Caldwell 2001:101ff, Höhn 1986:320, Preston 1986b:179ff, Scanzoni 1976:52ff und Westoff & Ryder 1977:339.

die beiden sektoralen Modernisierungsindikatoren Dienstleistungsquote<sup>222</sup> und Landwirtschaftswertschöpfung diskutiert, da der Ausbau des Dienstleistungssektors für die theoretische Erklärung der Modernisierungswirkung auf den Zweiten Geburtenrückgang zentral ist und da die Landwirtschaftswertschöpfung in der Akkomodationsphase einen diskussionswürdigen Zusammenhang aufweist.<sup>223</sup> Die bivariate Querschnittskorrelation von BIPPC und TFR ergibt für 1971 einen hochsignifikant negativen Zusammenhang (siehe Abb. 5-12).

**Abbildung 5-12:** Zusammenhang zwischen BIPPC 1970 und TFR 1971



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von OECD 2008a, SBA 2008c.

Der hohe Korrelationskoeffizient von -0,66 reduziert sich bei Ausklammerung des Nachzüglers Südkorea zwar auf -0,48, bleibt jedoch signifikant. Die Anfang der 1970er Jahre besonders wohlhabenden und modernen Länder sind demnach vom gerade begonnenen Geburtenrückgang am stärksten betroffen. Der Zusammenhang zwischen Dienstleistungsquote und TFR ist 1971 ebenfalls negativ (r = -0,39, siehe Abb. A-7). Der knapp die Signifikanzschwelle streifende Wert für die Dienstleistungsquote ist auch darauf zurückzuführen, dass die wohlhabenden und niedrige Geburtenraten aufweisenden deutschsprachigen Länder einen ver-

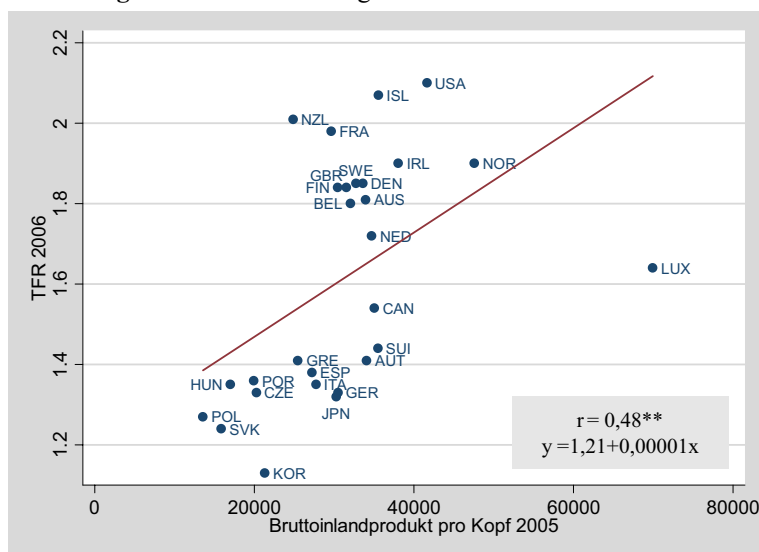
222 Die Dienstleistungsquote stellt den Anteil der Beschäftigten im Dienstleistungssektor an allen Beschäftigten dar.

223 Aufgrund der teilweise hohen Interkorrelationen mit dem BIPPC sind die Streudiagramme von Dienstleistungs- und Agrarindikatoren nicht im Haupttext, sondern im Anhang (Abb. A-7 bis A-10) platziert.

gleichsweise kleinen Dienstleistungssektor haben. Der auch verglichen mit den anderen Modernisierungsindikatoren sehr hohe Zusammenhang zwischen der TFR und der Wertschöpfung des Agrarsektors (0,74) in der Diffusionsphase liegt darin begründet, dass der hohe TFR-Abstand der Nachzügler-Staaten Südkorea und Irland sich auch bei dem Agrarindikator wiederfindet (vgl. Abb. A-9).

Der Zusammenhang zwischen dem Sozialprodukt pro Kopf und der Geburtenrate ist Anfang des 21. Jahrhunderts hochsignifikant positiv (siehe Abb. 5-13). Der Korrelationskoeffizient von 0,48 erhöht sich sogar auf beachtliche 0,66, wenn man Luxemburg ausklammert. Eine geburtenerhöhende Wirkung eines hohen Volkseinkommens per se ist jedoch nicht plausibel, vielmehr bietet sich eine andere Erklärung an: Die Kurve hat den Verlauf eines gespiegelten L. Auf der Waagerechten des L liegen die ost- und südeuropäischen Länder mit jeweils niedrigem BIPPC und TFR. Arbeitslosenquoten und ökonomische Unsicherheit prägen diese Länder besonders stark, was die Familiengründung junger Menschen deutlich hemmt. Jackknife-Analysen bestätigen diese Beobachtung: Klammert man nur eine der beiden Ländergruppen aus, ist der Zusammenhang nicht mehr signifikant.<sup>224</sup> Interessant ist, dass mit den deutschsprachigen Ländern und Japan – grafisch am Winkelpunkt des gespiegelten L – vier auch im OECD-Vergleich wohlhabende Länder niedrige Fertilitätsniveaus aufweisen.

**Abbildung 5-13:** Zusammenhang zwischen BIPPC 2005 und TFR 2006



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von OECD 2008a, 2009a.

224 Ohne die osteuropäischen Länder liegt der Koeffizient bei 0,32, ohne Südeuropa bei 0,41.

Der Zusammenhang der TFR mit der Dienstleistungsquote ist 2006 mit  $r = 0,72$  noch deutlich höher als mit dem BIPPC (siehe Abb. A-8).<sup>225</sup> Die hohe Signifikanz bleibt auch bei Ausklammerung jeder einzelnen Ländergruppe erhalten. Dieser Befund lässt sich durch eine Kombination zweier Erklärungsstränge verstehen: erstens die obige Interpretation des Nexus von TFR und BIPPC und zweitens die Verfügbarkeit von Dienstleistungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Hypothese H-4c, wonach die Landwirtschaftswertschöpfung in der Akkomodationsphase in keinem statistischen Zusammenhang mit der Geburtenrate steht, lässt sich bestätigen (siehe Abb. A-10): Der Zusammenhang ist 2006 insignifikant negativ ( $r = -0,25$ ).<sup>226</sup> Wie ist der im Vergleich zu den anderen Modernisierungsindikatoren fehlende Zusammenhang zu erklären? Anscheinend ist die Landwirtschaftswertschöpfung mit niedrigen Ausprägungen von 0,4 bis 5,8 für 2005 weniger als Modernisierungsindikator für die hoch entwickelten OECD-Länder geeignet als noch im 20. Jahrhundert. Relativ hohe Werte haben nicht nur rückständige Länder, sondern mit Island, Australien und Finnland auch hochmoderne Länder, die aber eine geringe Bevölkerungsdichte aufweisen. Die in der demografischen Forschung traditionelle Primärsektorvariable hat folglich seit Ende des 20. Jahrhunderts für die OECD-Länder ausgedient, da weder theoretisch noch empirisch Zusammenhänge mit der Geburtenrate auffindbar sind.

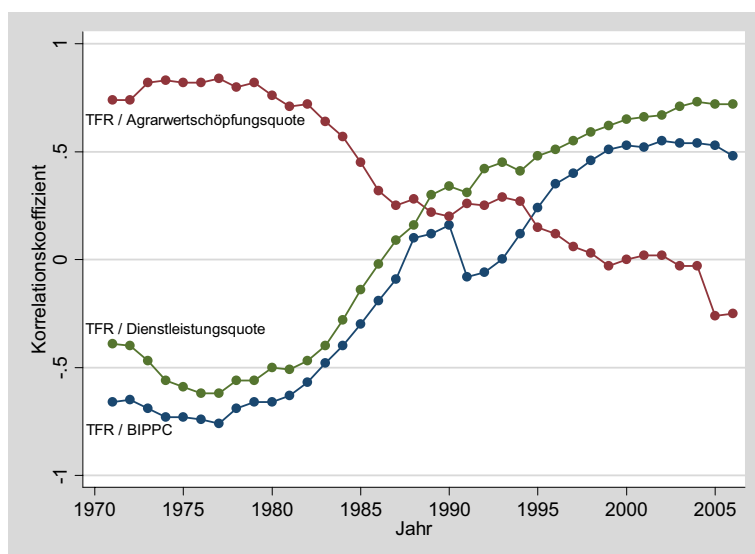
Abbildung 5-14 zeigt die Korrelationskoeffizienten im Zeitverlauf für alle drei Modernisierungsindikatoren.<sup>227</sup> BIPPC und Landwirtschaftswertschöpfung korrelieren in der Diffusionsphase bis 1982 bzw. 1984 hochsignifikant negativ mit der TFR, bei der Dienstleistungsquote ist der Zusammenhang positiv. Charakteristisch ist hier wieder die Drehung des Zusammenhangs Mitte/Ende der 1980er Jahre, das Vorzeichen ist bei der Dienstleistungsquote 1987 und beim BIPPC 1988 erstmals positiv. Bei der Dienstleistungsquote bleibt bereits zwei Jahre später der Vorzeichenwechsel auch bei Ausklammerung jeder der sechs Ländergruppen bestehen, zudem ist der Zusammenhang bereits 1992 signifikant und ab 1995 hochsignifikant. Der Korrelationskoeffizient BIPPC/TFR hat nach dem Vorzeichenwechsel 1988 einen leichten Rückfall in insignifikante negative Zusammenhänge 1991-1992. Das ist auf die Einbeziehung der vier osteuropäischen Staaten zurückzuführen, deren Geburtenraten nach dem Systembruch deutlich einbrachen. Zwischen Landwirtschaftsindikator und der TFR gibt es in der Akkomodationsphase keinen statistischen Zusammenhang.

225 Die Interkorrelation zwischen BIPPC und Dienstleistungsquote ist 2005 hoch ( $r = 0,74$ ).

226 In den Jahren 2001-2002 und vor 1998 ist der Zusammenhang sogar positiv. Andererseits bewirkt ein Ausklammern von Island das Erreichen der ersten Signifikanzschwelle im Jahr 2006 ( $r = -0,50$ ).

227 Aufgrund der fehlenden Datenverfügbarkeit sind die vier osteuropäischen Länder bei allen drei Modernisierungsindikatoren erst ab 1990 mit einbezogen. Bei der Landwirtschaftsquote fehlt zudem bis 1990 die Schweiz.

**Abbildung 5-14: Korrelationsentwicklung Modernisierungsindikatoren/TFR 1971-2006**



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von OECD 2008a, 2009a, 2009d, SBA 2008c.

Die Korrelationsentwicklung der Modernisierungsindikatoren untermauert die theoretische Differenzierung in die zwei Phasen Diffusion und Akkomodation. Hervorzuheben ist, dass nicht nur das Vorzeichen wechselt, sondern innerhalb nur eines Jahrzehnts wieder hochsignifikante Zusammenhänge nachweisbar sind. Der stärkere Zusammenhang der TFR mit dem BIPPC als mit der Dienstleistungsquote zeigt, dass der Diffusionsprozess massiv vom Modernisierungsstand beeinflusst wird. Dagegen ist in der Akkomodationsphase der Zusammenhang zwischen TFR und Dienstleistungsquote am größten, was verdeutlicht, dass ein großer Dienstleistungssektor aufgrund ökonomischer Vorteile und zahlreicherer Familiendienstleistungen eine weitaus höhere Anpassungskapazität an die Herausforderungen des Zweiten Geburtenrückgangs birgt.

Der in dieser Makroanalyse mit 28 Staaten über 37 Jahre gezeigte systematische Zusammenhang von Modernisierung, Wirtschaftssektoren und Wohlstand mit der Geburtenrate ist mit Mikrostudien nicht gleichartig nachweisbar; er ist auch von den Wohlstands- und Armutstheorien der Literatur klar abzugrenzen. Bei Mikrostudien werden inverse oder der Übergang von inversen zu u-förmigen Zusammenhängen zwischen Einkommen und TFR im Zeitverlauf sichtbar.<sup>228</sup>

228 Vgl. Andorka 1978:235ff, Schubnell 1973:35, aber auch Adsèra 2004, Becker et al. 1990, Esser 1993, Mackenroth 1953:319ff, Rosenstiel et al. 1986, Schwarz 2005, Statistisches Bundesamt 2008a:40ff.

Der inverse Zusammenhang ist v. a. für den Ersten Geburtenrückgang charakteristisch. Bei dem für den Zweiten Geburtenrückgang häufig nachgewiesenen u-förmigen Zusammenhang lässt sich die linke Hälfte des U nicht mit der Diffusions- oder Akkomodationsphase in Zusammenhang bringen, vielmehr sind hier schichtspezifische Faktoren und das fehlende Zweiteinkommen bei hohen Kinderzahlen zur Erklärung heranzuziehen.

### 5.5 *Ökonomische Performanz*

Die ökonomische Performanz wird in diesem Abschnitt anhand der Indikatoren Arbeitslosigkeit, Jugendarbeitslosigkeit, BIP-Wachstum und einer Rezession-Dummyvariablen operationalisiert. Arbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit interkorrelieren erheblich, was den Ausschluss einer der beiden Variablen nahelegt. Dabei wird die Jugendarbeitslosigkeit bevorzugt verwendet, da die generative Entscheidung junge Menschen besonders betrifft. Aufgrund der besseren Datenverfügbarkeit wird jedoch für eine Betrachtung im Zeitverlauf die Arbeitslosenquote herangezogen. Für die Analyse des Zusammenhangs für 2006 dagegen wird in diesem Abschnitt und in der multivariaten Analyse die Variable Jugendarbeitslosigkeit verwendet.

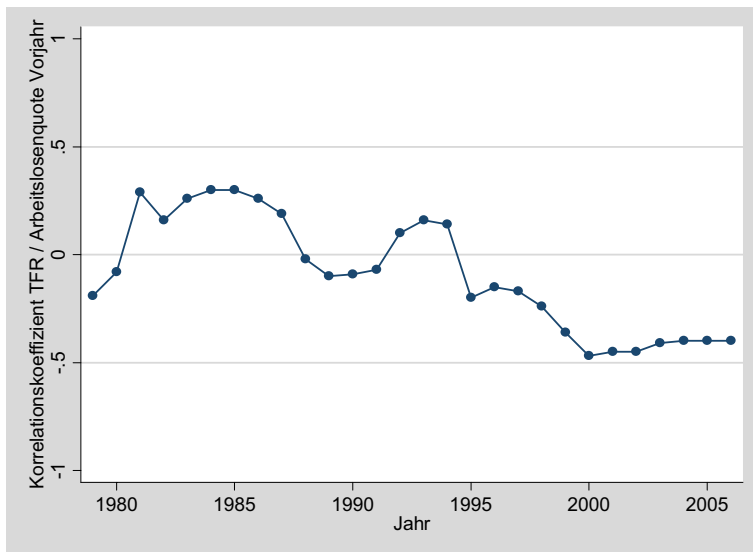
Für 1971 zeigt sich ein positiver Zusammenhang zwischen der Arbeitslosenquote und der TFR ( $r = 0,39$ ), der jedoch bei Ausklammerung der beiden Nachzüglerstaaten ein negatives Vorzeichen annimmt (siehe Abb. A-11).<sup>229</sup> Betrachtet man die Korrelationsentwicklung zwischen Arbeitslosigkeit und Fertilität im Zeitverlauf, zeigt sich ein schwankendes Muster, das erst in den letzten Jahren einen signifikanten Zusammenhang aufzeigt (siehe Abb. 5-15). Während der 1970er, 1980er und 1990er Jahre gibt es mehrere Vorzeichenwechsel und – abgesehen von der Ölkrise – keinen statistisch signifikanten Zusammenhang.<sup>230</sup> Seit dem Jahr 2000 zeigt sich ein signifikanter negativer Zusammenhang, der Korrelationskoeffizient beträgt 2006 -0,40, ohne die osteuropäischen Länder ist er jedoch insignifikant (siehe Abb. A-12). Die Hypothese H-5a lässt sich also be-

229 Für diesen 1971er Querschnitt wurden die Arbeitslosendaten aus OECD 2001e herangezogen, die abgesehen von der Schweiz und den osteuropäischen Ländern vollständig sind (N=23). Für die Entwicklung des Zusammenhangs im Zeitverlauf wurden ausschließlich Daten aus OECD 2008a verwendet, die jedoch nicht mit ersteren vergleichbar sind. Hier muss die anfangs geringe Fallzahl in Kauf genommen werden, ein sinnvoller Vergleich ist erst ab 1979 möglich.

230 Für die Jahre der Ölkrise 1974 und 1975 wird eine signifikante Korrelation gemessen. Aufgrund der dünnen Datenlage (N=11) ist dies jedoch mit Vorsicht zu interpretieren. Ab den 1980er Jahren ist die Datenlage zunehmend besser (1980: N=13, 1981: N=15, 1984: N=20) und ab 1995 vollständig (vgl. OECD 2008a).

stätigen. Der fehlende Zusammenhang und das zeitweise positive Vorzeichen in den 1980er und 1990er Jahren deuten darauf hin, dass mit dem Übergang zwischen den beiden Phasen verbundene Variablen in diesen Jahren wirkungsstärker sind als die Arbeitslosigkeit. Der negative Zusammenhang in den 1970er Jahren geht zwar mit der Hypothese konform, sollte aufgrund der geringen Datenbasis jedoch vorsichtig interpretiert werden.

**Abbildung 5-15:** Korrelationsentwicklung Arbeitslosigkeit/TFR 1979-2006



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von OECD 2008a, 2009a, SBA 2008c.

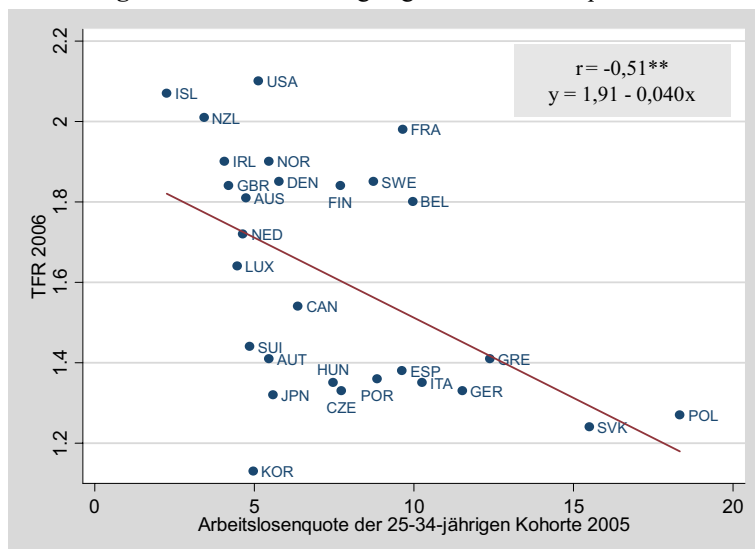
Einen etwas stärkeren Zusammenhang findet man, wenn man den Zusammenhang von TFR und Jugendarbeitslosigkeit betrachtet (siehe Abb. 5-16), er ist für 2006 hochsignifikant ( $r = -0,51$ ). Zwei von der Regressionsgeraden abweichende Fälle sind interessant: Südkorea hat trotz geringer Jugendarbeitslosigkeit die niedrigste Geburtenrate, ähnliches gilt für Japan. Auf der anderen Seite der Regressionsgeraden liegt Frankreich, das trotz einer hohen Jugendarbeitslosigkeit einen der höchsten TFR-Werte aufweist.<sup>231</sup> Wie lassen sich die deutlicheren Ergebnisse für die Variable Jugendarbeitslosigkeit interpretieren? Offensichtlich ist nicht nur die ökonomische Performanz ausschlaggebend, sondern auch, inwieweit das Problem der Arbeitslosigkeit innerhalb einer Gesellschaft verteilt wird.

231 Ohne Frankreich und Südkorea erhöht sich die Korrelation auf  $r = -0,64$ . Andererseits zeigen Jackknife-Analysen, dass bei Ausklammerung der angelsächsischen und der ost-europäischen Ländergruppe jeweils das Signifikanzniveau knapp verfehlt wird ( $r = -0,39$  bzw.  $-0,40$ ).



Die arbeitsmarktpolitischen Arrangements einiger Länder benachteiligen die jüngere Generation derart, dass die Jugendarbeitslosigkeit überproportional hoch ist wie in Italien oder Griechenland.

**Abbildung 5-16:** Zusammenhang Jugendarbeitslosenquote 2005 und TFR 2006



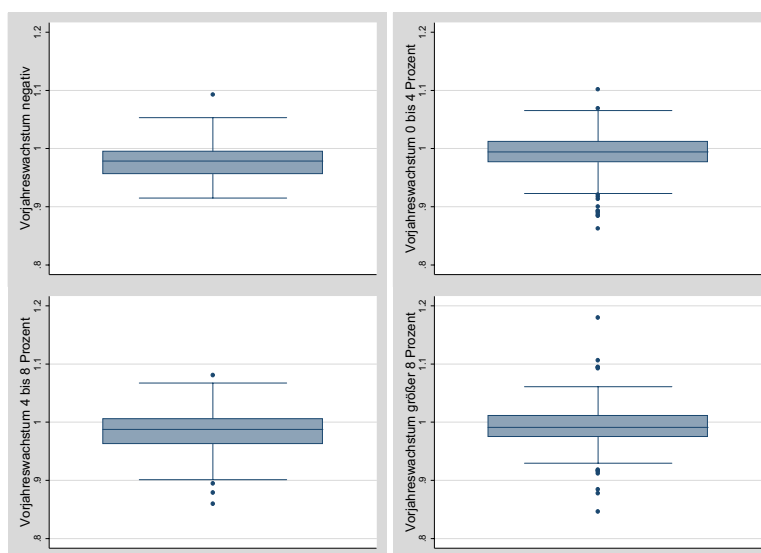
Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von OECD 2008a, 2009a.

Da die ökonomischen Performanzvariablen im Unterschied zu den Variablen der Abschnitte 5.1 bis 5.4 im Zeitverlauf kein kontinuierliches, sondern ein teilweise schwankendes Verlaufsmuster aufweisen, ist ein Blick auf die jährlichen Veränderungsraten sinnvoll. Gepoolte Zeitreihenanalysen bestätigen einen signifikanten negativen Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und TFR (vgl. Adsèra 2004, Gauthier & Hatzius 1997). Der Fall Schweden in den 1990er Jahren zeigt eindrucksvoll das spiegelbildlich verlaufende Achterbahn-Muster von Arbeitslosigkeit und Geburtenrate (Esping-Andersen 2002:71). Die Analyse des Zusammenhangs von hoher Arbeitslosigkeit und niedriger Fertilität in Spanien mit Survivalanalysen brachte keine signifikanten Ergebnisse (Ahn & Mira 2001).

Die Korrelation zwischen Wachstumsraten und dem Fertilitätsniveau des Folgejahres ist im Zeitverlauf schwankend, wobei sich signifikante und insignifikante Befunde abwechseln. Intensiver analysiert wird im Folgenden ein Vergleich der BIP-Wachstumsraten mit den entsprechend zeitverzögerten Veränderungsraten der TFR. Im Zeitverlauf zeigt sich hier ein auf den ersten Blick schwer interpretierbares Muster von ständig wechselnden Vorzeichen. Die Betrachtung der Streudiagramme (vgl. Abb. A-13) verdeutlicht, dass sich zwei Effekte überlagern: Diffusion und Rezession. Nachzüglerländer wie Südkorea, die

in den 1970er und 1980er Jahren am Anfang des Diffusionsprozesses stehen, haben bei hohen Wachstumsraten hohe negative TFR-Veränderungsraten. Andererseits sind die Veränderungsraten der Geburtenrate bei hohem Wachstum tendenziell höher, während Länder in einer Rezessionsphase eher negative TFR-Veränderungsraten aufweisen. Eine Analyse des Wachstumseffekts auf die Veränderungsrate der TFR, bei der nach vier Wachstumsgruppen unterteilt wird und alle Jahre und Länder einbezogen werden (N=1008), zeigt, dass bei Negativwachstum der Rückgang der TFR im Folgejahr am stärksten ist (siehe Abb. 5-17). Die durchschnittliche Veränderungsrate der TFR liegt bei einem Negativwachstum (N=91) bei -2,42%, bei einem geringen Wachstum (0 bis 4%; N=497) bei -0,69%, bei einem höheren Wachstum (4 bis 8%; N=252) bei -1,75% und bei Wachstumsraten oberhalb von 8% bei -0,68%. Bei den hohen Wachstumsraten heben sich Diffusionseffekt und der positive Effekt einer prosperierenden Wirtschaft gegenseitig auf. Der Rezessionseffekt wird dagegen deutlich sichtbar.

**Abbildung 5-17:** Boxplots Veränderungsrate TFR 1970-2006 nach Wachstumshöhe



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von OECD 2008a, 2009a.

Wenn man das negative Jahreswachstum mit einem Rezessionsdummy kodiert<sup>232</sup>, lässt sich die Wirkung der Rezession auf die Veränderungsrate berech-

232 Aus pragmatischen Gründen werden hier die Jahresraten zur Kodierung herangezogen und nicht die wirtschaftswissenschaftliche Konvention, wonach eine Rezession durch zwei aufeinanderfolgende Quartale mit negativem Wachstum definiert wird.

nen. Es zeigt sich ein hochsignifikanter Zusammenhang ( $r = -0,12$ ), der auch auf die hohe Fallzahl zurückzuführen ist. Deutlich sind die Werte für die Konstante und den Koeffizienten des Rezessionsdummys – und damit die Bestätigung für die Hypothese H-5d: Ohne Rezession liegt die Veränderungsrate bei -0,98%, mit Rezession um -1,44% niedriger bei -2,42%.

Sowohl die Befunde zu den Determinanten Arbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit, als auch die zu Wachstum und Rezession belegen, dass sich ökonomische Krisen und eine schlechte ökonomische Performanz eines Landes negativ auf die Geburtenraten auswirken. Zur Erklärung des Beginns des Zweiten Geburtenrückgangs können diese Variablen jedoch wenig beitragen. Bei der Erklärung der internationalen Variation in der Akkomodationsphase ist diesen Variablen dagegen ein Einfluss zu konstatieren.

### 5.6 Ökonomische Homogenität

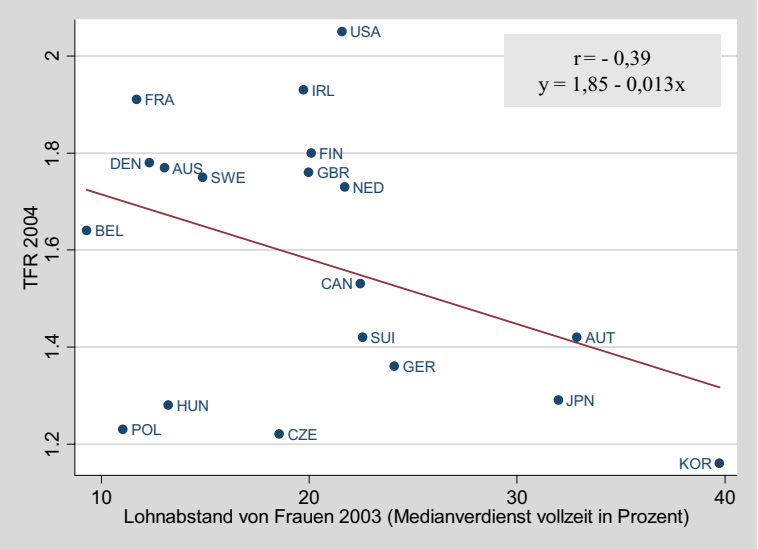
Als dritte ökonomische Determinantengruppe wird in diesem Abschnitt der Einfluss der ökonomischen Homogenität auf die Geburtenrate untersucht. Als Maß der Ungleichheit in der Einkommensverteilung wird der Gini-Index herangezogen, die geschlechtsspezifische ökonomische Ungleichheit wird mit dem Lohnabstand von Frauen gegenüber dem Lohn der Männer für den Medianverdienst bei Vollbeschäftigung (vgl. OECD 2006b) operationalisiert.

Es zeigt sich kein statistisch signifikanter Zusammenhang zwischen dem Gini-Koeffizienten und der Geburtenrate. Das Vorzeichen wechselt im Zeitverlauf mehrmals. Im Streudiagramm für 2001 ( $r = 0,02$ ) zeigt sich ein Muster, bei dem sich die Länder innerhalb der hier verwendeten Ländergruppen auf die vier Quadranten verteilen (siehe Abb. A-14).

Bei der Analyse der geschlechtsspezifischen Ungleichverteilung ist der Zusammenhang zwischen dem Lohnabstand zu Lasten der Frauen und der Geburtenrate seit 1990 negativ.<sup>233</sup> Für die Diffusionsphase fehlen Daten, jedoch deuten Studien an, dass der Effekt in den 1970er Jahren das umgekehrte Vorzeichen hat (vgl. Murphy 1993). Für 2004 entspricht das Vorzeichen ( $r = -0,39$ ) der Hypothese, das Signifikanzniveau wird jedoch knapp verpasst (siehe Abb. 5-18). Deutliche Abweichler von der Regressionsgeraden sind die drei osteuropäischen Länder, bei denen geringe geschlechtsspezifische Ungleichheiten mit niedrigen Geburtenraten einhergehen. Klammert man diese Länder aus, so erhält man einen hochsignifikanten Zusammenhang ( $r = -0,72$ ).

233 Aufgrund der Datenverfügbarkeit sind nur Querschnitte ab 1990 berechnet. Die geringe Fallzahl von  $N=16$  oder kleiner für 1990-2000 und  $N=19$  für 2004 schränkt die Interpretationsmöglichkeiten ein.

Abbildung 5-18: Zusammenhang Lohnabstand Frauen 2003 und TFR 2004



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von OECD 2006b, 2008a.

Bei der Lohnabstandsvariablen gibt es gegenläufige Effekte: Bei steigenden Löhnen für Frauen steigen auch die Opportunitätskosten, was sich ceteris paribus reduzierend auf die TFR auswirkt (vgl. Butz & Ward 1979, Murphy 1993). Andererseits sind gleiche (bzw. vom historischen Lohnabstand als Basis gerechnet steigende) Löhne für Frauen ein Element der Gleichberechtigung. Entsprechend ist für diesen Effekt anzunehmen, dass die Lohnrelationsvariable ein ähnliches Zusammenhangsmuster aufweist wie die Frauenemanzipationsvariablen mit negativem Zusammenhang in der Diffusionsphase und positivem in der Akkomodationsphase. Der Gleichberechtigungseffekt könnte den Opportunitätskosteneffekt in der Akkomodationsphase kompensieren. Allerdings hat der Zusammenhang Grenzen, und eine abschließende Bewertung ist nur mit den Befunden der multivariaten Analyse in Kapitel 6-7 möglich.

### 5.7 Verhütungstechnologien und Abtreibung

In diesem Abschnitt werden der Zugang zu modernen Verhütungsmitteln und ihre Verwendungsrate für beide Phasen des Zweiten Geburtenrückgangs analysiert. Im Anschluss wird der Einfluss von Abtreibungen hinsichtlich ihrer Rechtsnormen und ihrer Quantität mit den Geburtenraten verglichen.

Moderne Verhütungstechnologien wie OHV („Pille“), IUD und Sterilisation (vgl. 3.9) zeichnen sich durch einen im Vergleich zu älteren Technologien<sup>234</sup> erheblich niedrigeren Pearl-Index-Wert aus, d. h. die Anzahl ungeplanter Schwangerschaften geht gegen Null. Viele Analysen und Daten beziehen sich ausschließlich auf die Verbreitung der 1960 erstmals eingeführten OHV. Hier dagegen wird versucht, Indikatoren zu verwenden, die die anderen modernen Technologien einschließen<sup>235</sup>. Für die 1970er Jahre wird der Zugang zu modernen Verhütungsmitteln durch einen dreistufigen Indikator in Anlehnung an Castles (1998:270f, siehe auch United Nations 2003b, United Nations 2006) und eine darauf aufbauende Dummy-Kodierung quantifiziert.<sup>236</sup>

Zu Beginn der Diffusionsphase 1970 zeigt sich, wie in der Hypothese H-7a erwartet, ein hochsignifikant negativer Zusammenhang zwischen dem Zugang zu modernen Verhütungsmitteln und der Geburtenrate. Der Korrelationskoeffizient von -0,55 für die Castles-Skala (-0,58 für den Dummy) erhöht sich bei Ausklammerung von Japan auf -0,68. Japan hatte bereits während des Babybooms anderer Länder Geburtenraten leicht unterhalb der Ausgleichsrate<sup>237</sup>. Im weiteren Verlauf der Diffusionsphase wird der negative Zusammenhang zwischen Zugang zu modernen Verhütungsmitteln und Geburtenrate sogar noch größer und erreicht 1977 den Höhepunkt mit einem exorbitant hohem Korrelationskoeffizien-

234 Verschiedene Verhütungsmittel sind bereits seit dem Ersten Geburtenrückgang verbreitet (Grotjahn 1914), Mitte des 20. Jahrhunderts waren in Kontinentaleuropa Kondome und in den angelsächsischen Ländern Pessare die gängigsten Technologien (Mackenroth 1953:392).

235 Die anderen modernen Technologien werden vielfach überhaupt nicht erwähnt, obgleich diese Methoden in vielen Ländern sehr verbreitet sind. Beispielsweise wurde Mitte der 1970er Jahre die IUD-Technologie in Norwegen von 28 Prozent der verhütenden Frauen benutzt und die Sterilisation in Großbritannien von 15 Prozent (van de Kaa 1987:28).

236 Eine restriktive staatliche Reglementierung ist hier mit 0 kodiert, die überwiegende Verwendung traditioneller Verhütungsmittel mit 1 und ein freier Zugang sowie eine Verwendungsrate von über 50% für moderne Verhütungstechnologien mit 2. Die Dummy-Kodierung fasst die beiden letztgenannten in eine Kategorie und stellt diese binär der Gruppe mit restriktiver staatlicher Reglementierung (Südkorea, Irland, Spanien und Japan) gegenüber. Die dreistufige Skala hat den Vorteil, differenziertere Informationen zu beinhalten, während die Dummy-Kodierung der Tatsache Rechnung trägt, dass erstere streng genommen nur Ordinalskalenniveau hat (und damit eine Voraussetzung der Regressionsmethode verletzt). Die Skalierung wird für OECD 23 vorgenommen, osteuropäische Staaten und Griechenland sind ausgeklammert.

237 Die TFR fiel zwischen 1947 und 1957 von 4,54 auf 2,04, seitdem ist sie unterhalb der Ausgleichsrate geblieben. Zu diesem Geburtenrückgang haben Liberalisierungen des Abtreibungsrechts (1948 und 1949) maßgeblich beigetragen (vgl. Ogawa & Retherford 1991). Insbesondere in den 1950er, 1960er und 1970er Jahren waren Abtreibungen in Japan ein exorbitant häufig genutztes Mittel, um die Geburtenzahlen gering zu halten. Die Nutzungsrate der OHV betrug zwischen 1971 und 1990 nur 1-2% und OHV, IUD und Sterilisation zusammen nur 12-18% aller Verhütungsmittel (ibid.:379). Hinsichtlich der technologischen Frage ist Japan zweifellos ein Sonderfall.

ten von -0,72 (Dummy: -0,71). Bis 1980 fällt die Korrelation leicht ( $r = -0,62$ ), für jedes Jahr der 1970er Jahre ist sie hochsignifikant. Dieser Befund unterstreicht, dass das Ende des Babybooms und der Beginn des Zweiten Geburtenrückgangs von technologischen Innovationen begleitet wurden. Die Diffusion wurde bereits in den wenigen Jahren vor 1970 so vom unterschiedlichen Zugang zu modernen Verhütungstechnologien beeinflusst, dass der Verhütungsindikator bereits für die TFR 1970 hochsignifikant ist. Der Anstieg des Zusammenhangs bis 1977 zeigt, wie sehr der erschwerte Zugang die Diffusion in den 1970er Jahren gebremst hat. In den 1980er Jahren haben sich die Zugangsmöglichkeiten im Ländervergleich derart verbreitet, dass diese Variable hier weniger sinnvoll erscheint. Dieser technologische Befund steht in Einklang mit mehreren Länderstudien, die die Verbreitung moderner Technologien in den 1960er und 1970er Jahren mit den fallenden Geburtenraten jener Zeit kombiniert betrachten.<sup>238</sup> Die nachgewiesene räumliche und zeitliche Koexistenz von den modernen Verhütungstechnologien und der Diffusionsphase des Zweiten Geburtenrückgangs – insbesondere die verzögerte Diffusion bei fehlendem Zugang – belegt einen Einfluss der Technologien auf den Zweiten Geburtenrückgang. Moderne Verhütungstechnologien als die Hauptursache zu interpretieren, ist aufgrund der empirischen Befunde zu weit gegriffen, vielmehr haben sie den Zweiten Geburtenrückgang direkt durch die geringere Fehlerquote und indirekt durch die Interaktion mit gesellschaftlichen Faktoren<sup>239</sup> beschleunigt.

Für den Vergleich des Zusammenhangs zwischen Technologie und TFR Anfang des 21. Jahrhunderts wird die Verwendungsquote sämtlicher moderner Verhütungsmittel analysiert (vgl. United Nations 2007a). Der Zugang zu modernen Verhütungsmitteln ist in allen 28 OECD-Ländern weitestgehend vorhanden, der Zusammenhang ist signifikant positiv (siehe Abb. A-15).<sup>240</sup> Das positive Vorzeichen lässt sich durch den Einbezug intermediärer Variablen erklären: Moderne Verhütungsquoten korrelieren hoch mit dem Faktorenkomplex Frauenerwerbsquote, Protestantenquote und Kinderbetreuungsquote ( $r = 0,54$  bis  $0,57$ ). Daher und theoretischen Erwägungen nach ist davon auszugehen, dass die Verhütungsvariable in multivariaten Analysen für 2006 keinen Effekt aufweist.

238 Vgl. für Deutschland: Schubnell 1973:43, für Großbritannien: Murphy 1993, für Ungarn: Höhn & Schubnell 1986:198, für USA: Ryder 1972.

239 Beispiele des Einflusses auf gesellschaftliche Faktoren sind, dass die Verhütung bei modernen Kontrazeptiva bei der Frau liegt, dass eine Planung von Berufs- und Familienphase erleichtert wird und dass die Verhütung normal und dauerhaft ist. Dies hat die sexuelle Revolution, die Frauenemanzipation, die Frauenerwerbstätigkeit und den Aufschub von Geburten beschleunigt (vgl. 3.9).

240 1996:  $r = 0,50$ ; 2001:  $r = 0,46$ , 2006:  $r = 0,44$ . Aus Datenverfügbarkeitsgründen sind hier nur 21 OECD-Staaten berücksichtigt.

Libérale Abtreibungsnormen lassen sich in der Diffusionsphase als Schubkraft des Geburtenrückgangs und restriktive als Bremskraft interpretieren. In Japan und Osteuropa haben Liberalisierungen bereits in den 1950er Jahren zu einem Geburtenrückgang beigetragen. Umgekehrt haben Verschärfungen des Abtreibungsrechts zu einem Anstieg der TFR beigetragen; exemplarisch sind die synchronen Veränderungen des Abtreibungsrechts und Wellenbewegungen der TFR im Zeitverlauf am Fall Tschechoslowakei sichtbar<sup>241</sup>. Besonders krass ist die rumänische Verdoppelung der Geburtenrate infolge des drastischen Abtreibungsverbots 1967 (vgl. Andorka 1978, Macura 1974). Allerdings war der Anstieg nur kurzfristig aufgrund der Anpassungseffekte durch veränderte Verhütungspraktiken und illegale Abtreibungen. Der Liberalisierungsgrad des Abtreibungsrechts wird im Folgenden durch eine fünfstufige Skala, die auf der UN-Klassifizierung aufbaut (United Nations 2007a, vgl. Gindulis 2002), und einen darauf aufbauenden Dummy operationalisiert.<sup>242</sup> Für 2006 zeigt sich kein systematischer Zusammenhang zwischen Abtreibungsrechtindikator und TFR (Skala:  $r = 0,07$ ; Dummy:  $r = 0,00$ ). In der Akkomodationsphase ist das Abtreibungsrecht entsprechend der Erwartung von Hypothese H-7d unbedeutend für die Geburtenniveaus.

Völlig anders ist der Zusammenhang, wenn man statt der Rechtsnormen die Abtreibungsraten<sup>243</sup> als Indikator heranzieht (siehe Abb. A-16), hier ist er signifikant.<sup>244</sup> Je größer die Abtreibungsrate am Anteil aller Schwangerschaften, desto höher ist demnach die Geburtenrate. Dieser Zusammenhang ähnelt dem ebenfalls positiven zwischen der Verwendung moderner Kontrazeptiva und der TFR. Beide Ergebnisse deuten darauf hin, dass in der Akkomodationsphase eine restrikti-

241 Dort wurde 1957 der Schwangerschaftsabbruch liberalisiert und die TFR fiel, 1962 wurde das Abtreibungsrecht strenger und die TFR stieg, 1966 wurde es wieder gelockert und die TFR bewegte sich mit (vgl. Höhn & Schubnell 1986:200).

242 Die Kodierung 4 bedeutet, Abtreibungen sind bis zu einer bestimmten Schwangerschaftswoche auf Nachfrage erlaubt. 3 bedeutet, sie sind zur Sicherung der körperlichen und mentalen Gesundheit, bei Beeinträchtigung des Fötus sowie aus ökonomischen und sozialen Gründen erlaubt. 2 bedeutet, Abtreibungen sind zur Sicherung der körperlichen und mentalen Gesundheit sowie bei Beeinträchtigung des Fötus erlaubt. 1 bedeutet, sie sind nur zur Wahrung der körperlichen Gesundheit erlaubt und die Kodierung 0 bedeutet, Abtreibungen sind zur Lebensrettung der Frau, jedoch nicht einmal zur Wahrung ihrer Gesundheit erlaubt. Problematisch sind die Unterschiede zwischen Abtreibungsregimen de facto und de jure, insbesondere der Fall Japan zeigt hier große Diskrepanzen. Der Dummy stellt die 13 Staaten umfassende liberale Ausprägung, die Kodierung 4 der Skala, der Gruppe mit Skalenwerten von 0 bis 3 gegenüber.

243 Die Datenqualität ist aus methodischen Gründen problematisch, insbesondere existiert in Ländern mit restriktiveren Abtreibungsregeln eine kaum messbare Dunkelziffer (vgl. Knudsen 2002).

244 Wenn man den Ausreißer Ungarn ausklammert, erhöht sich der Korrelationskoeffizient von 0,46 auf 0,58. Bei zusätzlicher Ausklammerung Irlands erhöht er sich auf 0,71.

ve oder gar bevormundende Strategie gegenüber Verhütungs- und Abtreibungsfragen – abgesehen von ethischen Aspekten – auch hinsichtlich der Geburtenrate kontraproduktiv ist.

Die Möglichkeiten der Reproduktivmedizin haben sich in den letzten Jahren durch die Techniken In-vitro-Fertilisation (IVF) und Mikroinsemination (ICSI) erheblich vergrößert, sind jedoch mit dem Lebensalter zunehmend begrenzt und bergen teilweise erhebliche gesundheitliche Risiken<sup>245</sup> (vgl. Sütterlin & Hoßmann 2007). Mit einem Anteil von 0,98% aller Geburten im Jahr 2005 in Deutschland (und dem internationalen Höchstwert Dänemarks von 4%) ist der Effekt auf die TFR noch zu gering, um hier als unabhängige Variable zu fungieren. Allerdings könnten sich die Reproduktivmedizin und ihre rechtlichen Rahmenbedingungen (vgl. *ibid.*:39) in der Zukunft als wichtige Determinante der Geburtenrate entpuppen.

### *5.8 Demografische Faktoren*

In diesem Abschnitt wird der Zusammenhang mehrerer demografischer Faktoren mit der Geburtenrate analysiert: Zuerst werden die beiden nach dem SDT-Konzept mit dem Geburtenrückgang kovariierenden Faktoren Erstgeborenenalter und Kinderlosigkeit betrachtet. Anschließend wird die Geburtenrate hinsichtlich des Vorjahreswerts, des Zusammenhangs zwischen den TFR von 1970 und 2006 und der Easterlin-Hypothese eines 25-Jahre-Zyklus systematisch untersucht. Zuletzt wird der Einfluss ethnischer Minderheiten analysiert.

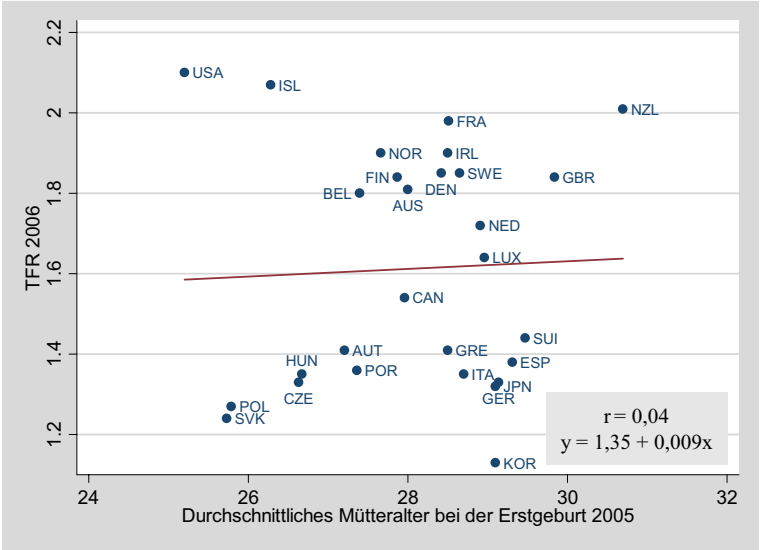
Das durchschnittliche Mütteralter bei der Erstgeburt steht in keiner Phase in einem statistischen Zusammenhang mit der Geburtenrate. Der Korrelationskoeffizient beträgt 1971 0,32, 1996 -0,03 und 2006 0,04. Entgegen der Annahme der Hypothese H-8a fehlt nicht nur die Signifikanz, auch das Vorzeichen ist entgegen der Erwartung meist positiv. Erstaunlich ist der Fall Irland Anfang der 1970er Jahre, hier bekommen die Frauen ihr erstes Kind mit 27 Jahren am spätesten und haben gleichzeitig die höchste Geburtenrate (siehe Abb. A-17). Auffällig ist auch die frühe Mutterschaft in den osteuropäischen Ländern. Das Ergebnis weist auch darauf hin, dass die modernen Verhütungsmittel zu Beginn des Geburtenrückgangs nicht nur einen Aufschub der Geburten (Beck-Gernsheim

245 Die Wahrscheinlichkeit einer Schwangerschaft nach IVF- bzw. kombinierter IVF/ICSI-Behandlung liegt bei 28%, die einer Geburt bei 18%. Methoden der Hormonbehandlung und mehrere IVF-Behandlungszyklen eingeschlossen, beträgt die Schwangerschaftsquote ungewollt Kinderloser immerhin 60%. Nach dem 40. Lebensjahr liegt die Erfolgsquote der IVF-Behandlung bei 13%. Die Chance von gesundheitlich riskanteren Mehrlingschwangerschaften erhöht sich von normal knapp 1% auf enorm hohe 24%.



2006:116), sondern v. a. einen Rückgang der Mehrkindfamilien (vgl. van de Kaa 1987) bewirkt haben. Der fehlende Zusammenhang zwischen Erstmütteralter und TFR ist im Streudiagramm für 2006 auch deutlich an der waagerechten Regressionsgeraden sichtbar (siehe Abb. 5-19). Das niedrigste Erstmütteralter haben die USA mit 25,2 und das höchste Neuseeland mit 30,7 Jahren – beide Länder haben mit die höchsten Geburtenraten. Auch niedrige Geburtenraten gibt es sowohl bei früher Mutterschaft (Osteuropa) als auch bei später (Ostasien).

**Abbildung 5-19:** Zusammenhang Mütteralter bei Erstgeburt 2005 und TFR 2006



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von OECD 2008a, 2009a.

Bei der Untersuchung der Kinderlosigkeit wird auf Kohortendaten zur definitiven Kinderlosigkeit für die Jahrgänge 1940-1965 zurückgegriffen (OECD 2009a, vgl. Coleman 1996), die mit den TFR jeweils 30 Jahre später (1970-1995) in Bezug gesetzt werden.<sup>246</sup> Aufgrund noch nicht möglicher Daten für definitive Kin-

246 Dieses methodische Vorgehen ist durchaus problematisch, aus pragmatischen Überlegungen jedoch akzeptabel. Erstens ist die Zeitspanne von 30 Jahren nicht völlig exakt, da im Zeitverlauf und im Ländervergleich ein etwa ein bis zwei Jahre höherer bzw. niedrigerer Zeitabstand aufgrund des unterschiedlichen Durchschnittsgebärsalters optimal wäre. Andererseits wäre eine exakte Anpassung zu kompliziert und die Geburtenrate schwankt nur geringfügig innerhalb ein bis zwei Jahren. Zweitens ist der Vergleich von Kohorten- mit Periodendaten grundsätzlich problematisch. Ein Vergleich der Kinderlosigkeit mit den CFR würde jedoch die Vergleichbarkeit innerhalb dieses Kapitels erschweren, da hier ausschließlich die TFR als abhängige Variable fungiert. Auch sind für die CFR keine Daten für zeitnahe Zusammenhänge möglich (vgl. 1.1).

derlosigkeit späterer Jahrgänge werden für die Analyse des Zusammenhangs mit der TFR von 2006 Daten zur Kinderlosigkeit der in diesem Jahr 40-44-jährigen Kohorte verwendet (OECD 2009a). Der Zusammenhang zwischen der Kinderlosigkeit des 1940er Jahrgangs und der Geburtenrate 1970 (siehe Abb. A-18) ist insignifikant positiv ( $r = 0,37$ ). Wieder ist Irland ein krasser Ausreißer, dort gibt es die meisten Kinderlosen (knapp 20%) und die höchste TFR (3,93). Klammert man Irland aus, dreht sich sogar das Vorzeichen ( $r = -0,25$ ). Auch für die Jahre 1975 bis 1995 bleibt der Zusammenhang insignifikant bei wechselnden Vorzeichen.<sup>247</sup> Vergleicht man die TFR für 2006 mit der Kinderlosigkeit der 40-44-jährigen Kohorte, findet man ebenfalls einen insignifikanten Zusammenhang. Die TFR bei Herausrechnung der Kinderlosen gibt Hinweise auf die Größenordnung des Effekts von Kinderlosigkeit auf die Fertilität.<sup>248</sup> Betrachtet man die Paritäten und die Kinderlosigkeit im historischen und internationalen Vergleich, zeigt sich, dass der Rückgang der Mehrkindfamilien stärker zum Zweiten Geburtenrückgang beigetragen hat als der Anstieg der Kinderlosigkeit. Diese These korrespondiert auch mit dem fehlenden empirischen Zusammenhang zwischen Kinderlosigkeit und TFR im internationalen Vergleich.

Die Nullbefunde für den Zusammenhang der TFR mit den Variablen Erstgeburtsalter und Kinderlosigkeit im internationalen Vergleich zeigen, dass die Breite des SDT-Konzepts, welches mehrere demografische Veränderungen beschreibt, für die international vergleichende Analyse des Fertilitätsniveaus wenig hilfreich ist (vgl. 2.2). Historisch mögen diese Variablen zusammenfallen, im Querschnitt ist dies nicht der Fall. Länder mit hohem Geburtenrückgang haben teilweise niedrige Ausprägungen bei den anderen SDT-Variablen, während Länder mit großen SDT-Verschiebungen Geburtenraten nahe der Ausgleichsrate haben. Dieser empirische Befund hat weitreichende Implikationen für die Begrifflichkeiten des Zweiten Geburtenrückgangs.

Die TFR des Vorjahres korreliert mit der TFR zwischen 1970 und 2006 jeweils extrem hoch mit Korrelationskoeffizienten von 0,98 bzw. 0,99. Die Veränderungsrate der TFR dagegen wird nur gering vom TFR-Niveau beeinflusst, das

247 Der Korrelationskoeffizient beträgt 1975 0,05, 1985 -0,42 und 1995 0,01. Die Datenlage ist jedoch dünn: für 1970  $N=18$ , später  $N=21$  (vgl. OECD 2009a).

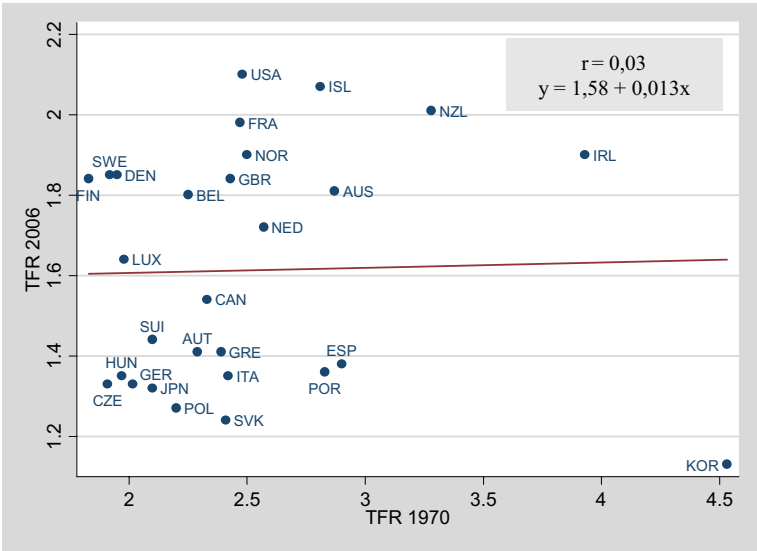
248 Geht man davon aus, dass die definitive Kinderlosigkeit bei 21% liegt, haben in Deutschland nur 79% dieser Kohorte Kinder. Teilt man die TFR von 1,33 2006 (bzw. 1,32 1996) durch 0,79 erhält man eine TFR der Mütter von exakt 1,68 (bzw. 1,67), während die TFR der Kinderlosen Null beträgt. Bei einem Anteil lebenslang kinderloser Frauen von 11%, dies wäre historisch niedrig und entspricht dem Wert der Kohorten 1933-43 (Statistisches Bundesamt 2009:10), und konstanter Kinderzahl der Mütter 2006, läge die TFR bei 1,49. Dies zeigt, dass der Effekt der Kinderlosigkeit auf die TFR nicht die Hauptdeterminante der TFR ist. (Zur CFR der Mütter siehe: *ibid.*:11.)

Vorzeichen ist in den 1970er Jahren positiv, danach wechselnd.<sup>249</sup> Dies deutet den stärkeren Rückgang der Nachzügler in der Diffusionsphase an und zeigt, dass das Geburtenniveau für die Prognose der Veränderung unbedeutend ist.

Dass die Easterlin-Hypothese einer 25-jährigen Schwankung nicht zutrifft, zeigt bereits ein flüchtiger Blick auf die TFR-Genese des Zweiten Geburtenrückgangs (vgl. Tab. A-1). Nach dem Höhepunkt im Babyboom um 1960 müsste demnach 1985 ein Tiefpunkt erreicht sein. Der Rückgang setzte sich jedoch über das Jahr hinaus fort, und die durchschnittliche Erholung seit Ende der 1990er Jahre ist minimal. Auch im internationalen Vergleich gibt es keinen Zusammenhang der TFR mit der 25 Jahre früheren TFR.

Gibt es einen statistischen Zusammenhang zwischen der Fertilität zu Beginn des Zweiten Geburtenrückgangs und heute? Ein Blick auf Abbildung 5-20 beantwortet diese Frage mit nein: Die Regressionsgerade verläuft waagerecht, der Zusammenhang ist völlig insignifikant bei  $r = 0,03$ . Das Fertilitätsmuster der Industrieländer wird folglich nicht durch die Existenz von Ländern mit dauerhaft überdurchschnittlichen Geburtenraten geprägt. Vereinfacht gesagt: Kein Land ist per se „kinderreich“. Dieser Befund gilt auch für eine Betrachtung eines auch den Ersten Geburtenrückgang einschließenden Zeitraums.

**Abbildung 5-20:** Zusammenhang zwischen TFR 1970 und TFR 2006



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von OECD 2008a, 2009a, SBA 2008c.

249 Die Korrelationskoeffizienten betragen 1971 0,22, 1980 -0,18, 1990 0,29, 2000 0,32 und 2006 -0,04.

Als letzte demografische Variable wird der Einfluss von großen ethnischen Minderheiten, deren Herkunftsland nicht vom Zweiten Geburtenrückgang betroffen ist, auf die TFR untersucht. Operationalisiert wird diese Variable durch einen Dummy, dessen Einer-Ausprägungen mit Frankreich und USA jedoch nur zwei Länder betreffen.<sup>250</sup> Das generative Verhalten von Minderheiten ist von der Kultur des Ursprungsland erheblich geprägt (vgl. Andorka 1978:289) und von der des Wohnlandes erheblich abweichend<sup>251</sup>, wenn sie in Herkunfts- und Wohnland ebenfalls stark unterschiedlich sind. Der Zusammenhang ist positiv und hat sich in den letzten Jahren in einen signifikanten Bereich bewegt (1995:  $r = 0,29$ , 2006:  $r = 0,41$ ). Interessant ist der Vergleich der Regressionsgeraden für beide Jahre: Die Konstante liegt jeweils bei einer TFR von 1,58, der Koeffizient ist von 0,27 auf 0,46 gestiegen. Den Anstieg kann man damit erklären, dass der Anteil beider Minderheiten an der jeweiligen Gesamtbevölkerung in diesem Zeitraum gewachsen ist. Während die 26 anderen OECD-Länder 2006 im Durchschnitt also eine TFR von 1,58 haben, liegt sie in den beiden Ländern mit der beide Bedingungen erfüllenden ethnischen Minderheit bei 2,04. Die höchste und viert-höchste Geburtenrate der Industrieländer im Jahr 2006 hängt folglich auch mit dem Minderheitenfaktor zusammen. Die Variable kann aufgrund der geringen Ausprägungsvariation nur ergänzend zu anderen verwendet werden. Für die multivariate Analyse ist sie insofern hilfreich, da sie mit den anderen Faktoren weder theoretisch noch statistisch<sup>252</sup> in systematischem Zusammenhang steht.

### 5.9 Politisch-institutionelle Faktoren

Von den politisch-institutionellen Faktoren wird in diesem Abschnitt die TFR mit dem Einführungsjahr des Frauenwahlrechts, der Frauenrepräsentation im Parlament und den politischen Rechten nach dem Freedom-House-Index über den Zeitraum von 1970-2006 verglichen. Als vierte Variable wird der Einfluss des Systembruchs in den osteuropäischen Staaten auf die Fertilitätsraten analy-

250 Der Einfluss einer Minderheit, deren Herkunftsland ebenfalls vom Zweiten Geburtenrückgang betroffen ist, auf die TFR ist ebenso gering wie der einer kleinen Minderheit, die weniger als 5 oder gar weniger als 1 Prozent der Bevölkerung ausmacht. In den USA erfüllt die Hispanics-Minderheit und in Frankreich die nordafrikanische Minderheit beide Bedingungen für die Dummy-Kodierung als 1: Die Minderheiten sind groß und das Herkunftsland ist noch in einem Stadium des Demografischen Übergangs.

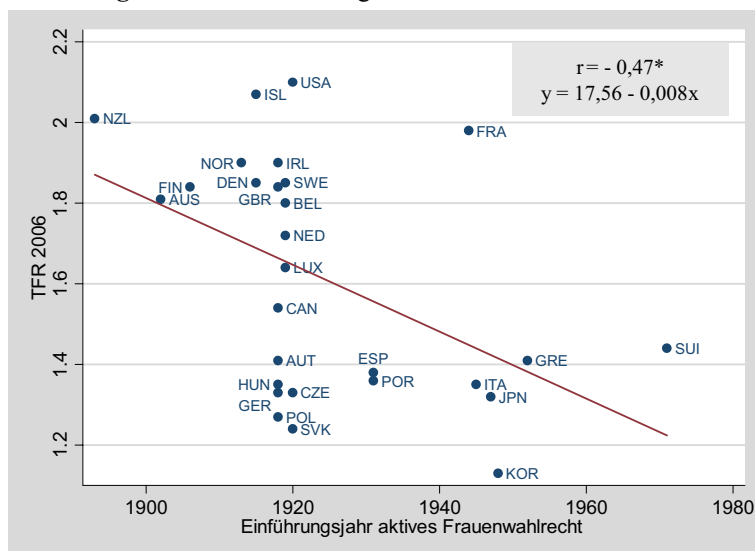
251 Die Hispanics-Minderheit hat TFR von 3,0 im Vergleich zu 1,8 der weißen Bevölkerung (vgl. Sleebos 2003:30). Zur afrikanischen Minderheit in Frankreich siehe: Birg 2003a.

252 Keine der 40 anderen für 2005 errechneten unabhängigen Variablen korreliert im signifikanten Bereich mit dem Minderheitendummy, es gibt keine Interkorrelation, die größer als 0,4 ist.

siert, da dort nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Regime das wirtschaftliche und politische System transformiert wurde.

Das Einführungsjahr des aktiven Frauenwahlrechts steht zu Beginn des Zweiten Geburtenrückgangs in keinem statistischen Zusammenhang mit der TFR (siehe Abb. A-19), der Korrelationskoeffizient beträgt für 1970 0,05 und bleibt bis 1981 im engen Korridor zwischen 0,0 und 0,1. 1982 wechselt das Vorzeichen und bleibt seitdem negativ. In der Akkomodationsphase ist dieser Zusammenhang seit 1988 signifikant, der Koeffizient beträgt 2006 -0,47. Die ersten sechs Länder, die das Frauenwahlrecht eingeführt haben, haben 2006 alle Geburtenraten nahe der Ausgleichsrate, mindestens 1,81 (siehe Abb. 5-21). Umgekehrt haben von den acht Ländern, die es erst nach 1931 eingeführt haben, außer Frankreich alle Geburtenraten unterhalb 1,45. Hypothese H-9a wird durch diese Daten bestätigt: In der Diffusionsphase ist das Alter des Frauenwahlrechts unerheblich, in der Akkomodationsphase sind die Geburtenraten in Ländern mit längerer demokratischer Gleichberechtigungstradition erheblich höher. Wie lässt sich der Effekt dieser meist vor über 80 Jahren entstandenen Institutionen erklären? Diese Länder sind offener für gleichberechtigte Rollen von Frauen, sowohl im Wahlrecht als auch in der Berufsstruktur. Darüber hinaus könnten über das Wahlrecht die Interessen von Frauen insbesondere hinsichtlich von Familienpolitik stärker berücksichtigt wurden. Für diese These sprechen auch die Interkorrelationswerte (siehe Tab. A-4): Die Interkorrelation des Frauenwahlrechtalters mit familienpolitischen Ausgabequoten ist mit Werten bis zu -0,55 hoch.

**Abbildung 5-21:** Zusammenhang Alter Frauenwahlrecht und TFR 2006



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Inter-Parliamentary Union 2009, OECD 2009a.

Der Zusammenhang der TFR mit dem Frauenanteil im Parlament (UN 2009) hat zwar das erwartete positive Vorzeichen, ist jedoch nicht signifikant (1996:  $r = 0,25$ , 2001:  $r = 0,33$ , 2006:  $r = 0,35$ ).<sup>253</sup> Dieser Befund ist auf den ersten Blick erstaunlich. Er zeigt die langfristige Prägekraft institutioneller Faktoren und dass die langfristige Gleichberechtigungsorientierung schwerer wiegt als die aktuelle Repräsentation von Frauen im Parlament. Folgt man diesem Schluss, hat das wichtige Implikationen für die Akkomodationsphase: Die Trägheit der Kontextfaktoren ist erheblich, ein familienpolitischer Politikwechsel bedarf eines langen Atems, bis er sich positiv auf die Geburtenraten auswirkt. Insbesondere Deutschland, Österreich und Spanien haben einen hohen Frauenanteil im Parlament und niedrige Geburtenraten,<sup>254</sup> bei USA, Frankreich und Irland ist das Gegenteil der Fall (siehe Abb. A-20). Andererseits nähert sich der Anstieg des positiven Zusammenhangs zwischen TFR und parlamentarischer Frauenrepräsentation der Signifikanz an, die Variable entfaltet ihre Wirkung anscheinend erst über einen längeren Zeitraum.

Interessant ist der Zusammenhang der TFR mit den politischen Rechten gemäß der Freedom-House-Operationalisierung<sup>255</sup> (Freedom House 2009) in der Diffusionsphase: Im Jahr 1971 gibt es keinen statistischen Zusammenhang ( $r = 0,07$ ), 1976 ist er bereits hochsignifikant ( $r = 0,50$ ). Betrachtet man vergleichend die beiden Regressionsgeraden, kippt die Gerade für 1976 links herunter (siehe Abb. 5-22). Die Konstante fällt von 2,40 auf 1,79, während der Wert für die hohen Freedom-House-Werte bei gut 2,5 konstant bleibt. Hier zeigt sich eindrucksvoll die Bremskraft unfreiheitlicher Regime für den Zweiten Geburtenrückgang. Während in den meisten liberalen Demokratien in der ersten Hälfte der 1970er Jahre die TFR stark fiel, blieb sie während der kommunistischen Regime Osteuropas und den autoritären Südeuropas konstant. Ähnlich wie bei BIPPC und Verhütungsmittelzugang lässt sich bei den politischen Rechten ein Anstieg des

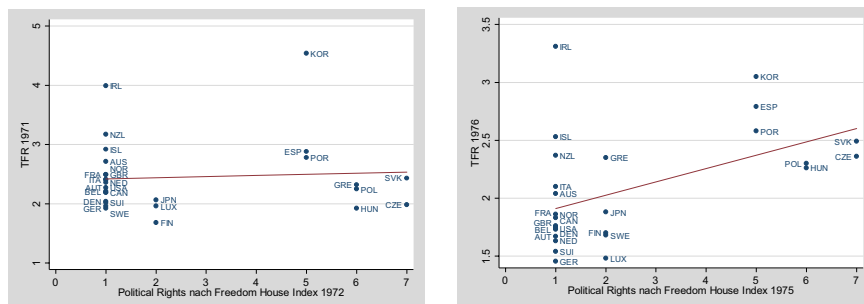
253 Frauenwahlrecht und Frauenquote im Parlament interkorrelieren nur mit -0,44. Die parlamentarische Frauenrepräsentation ist hoch mit Familiendienstleistungen, v. a. Kinderbetreuungsausgaben pro Kopf, korreliert, während Frauenwahlrechtsalter stärker mit Familientransferleistungen in Zusammenhang stehen. Vgl. auch Tab. A-5.

254 Das Ausklammern eines dieser Länder führt zu einem signifikanten Zusammenhang.

255 Der Freedom-House-Index klassifiziert das Ausmaß der politischen Rechte in einem Staat für jedes Jahr in einer 7-stufigen Skala, wobei die Stufen 1-2 freie, 3-5 teilweise freie und 6-7 unfreie Regime kennzeichnen (Freedom House 2009). Da die Skala streng genommen nicht die Annahme gleicher Skalenabstände erfüllt, wird zusätzlich ein Dummy eingesetzt, der die freien (Stufen 1-2) von den restlichen Staaten (Stufen 3-7) unterscheidet. Die 7-stufige Skala hat den erheblichen Vorteil, dass sie differenziertere Informationen insbesondere hinsichtlich des Übergangs von autoritären zu liberaldemokratischen Regimen beinhaltet. Hier wird die Freedom-House-Skala hauptsächlich verwendet und die Dummy-Werte ergänzend berechnet. Die Unterschiede sind minimal. Aufgrund fehlender Daten für 1970-71 werden dort die von 1972 berücksichtigt.

Zusammenhangs mit der TFR zu Beginn der Diffusionsphase nachweisen.<sup>256</sup> Der Zusammenhang ist von 1975-1979 und 1981-1987 signifikant (siehe Abb. A-21), die Bremskraft der unfreien Regime zeigt sich für die gesamte Diffusionsphase. Nach der Ablösung der griechischen Militärdiktatur (1974)<sup>257</sup> sowie der faschistischen Regime Spaniens und Portugals (1976-77) beruht der Zusammenhang in den 1980er Jahren auf Südkorea (1988) und den vier osteuropäischen Ländern (1990).<sup>258</sup> Die Bremskraft sämtlicher unfreier Regime wird durch die Befunde verdeutlicht.

**Abbildung 5-22:** Zusammenhang politische Rechte und TFR 1971 und 1976



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Freedom House 2009, OECD 2008a, SBA 2008c.

Die vierte und letzte politisch-institutionelle Variable versucht den Rückgang der Geburtenraten Osteuropas nach 1990 von einer anderen Perspektive zu erklären. Demnach hat nicht nur das Regime die Diffusion gebremst, sondern der ökonomische und politische Systembruch eine Unsicherheit verursacht, die zum drastischen Fall der Geburtenraten beigetragen hat. Auch diese zweite These – und damit H-9d – findet für das osteuropäische Phänomen empirische Bestätigung: Der alle vier Staaten dieser Ländergruppe mit Eins kodierende Systembruchdummy<sup>259</sup> erweist sich als enorm wirkungsstark. Seit 1994 sind die Geburtenraten in Osteuropa niedriger als in den anderen Ländern, ab 1998 bis 2006 ( $r = -0,45$ ) ist der Zusammenhang signifikant.

256 Die Interkorrelationen sind mit -0,61 (BIPBP) und -0,6 (Verhütungsindikator) hoch, aber noch unter 0,7.

257 Die Jahreszahlen in Klammern beziehen sich auf das erste Jahr, in dem die Freedom-House-Kodierung unterhalb von 3 liegt, das Regime also als frei gilt.

258 Ab den 1990er Jahren macht dieser Indikator wenig Sinn, da seit 1990 alle 28 Länder als frei kodiert sind.

259 Im wiedervereinigten Deutschland sind rund 20 Prozent der Bevölkerung auch vom „Systembruch“ betroffen, der sich auch erheblich auf die ostdeutsche Geburtenrate auswirkte (vgl. u. a. Höhn 1998:99ff). Eine Kodierung Deutschlands mit 0,2 verändert die skizzierten Ergebnisse ebenso wenig wie eine Ausklammerung Deutschlands.

## 5.10 Parteiendifferenz

Zur Analyse des parteipolitischen Einflusses auf die Geburtenrate wird der Schmidt-Index verwendet, der die Regierungsbeteiligung der Parteien in einem fünfstufigen Links-Rechts-Schema klassifiziert, wobei Eins für eine Hegemonie der bürgerlichen Parteien und Fünf für eine sozialdemokratische steht (Schmidt 1980, 1982, 2009). Da eine parteipolitische Wirkung auf die TFR nur vermittelt über Gesetzgebung sowie Implementierung familienpolitischer Maßnahmen wirkt und auch die generative Reaktion nur bei einer gewissen familienpolitischen Kontinuität realistisch ist, ist ein parteipolitischer Einfluss durch die Regierungsbeeinflussung einer Partei erst über mehrere Jahre zu erwarten. Aus diesem Grund wird die Variable zuerst im 10-Jahres-Durchschnitt mit der TFR des Folgejahres und in einer weiteren Analyse der langfristige Durchschnitt der Jahre 1970-2005 bezogen auf die TFR von 2006 verglichen.<sup>260</sup>

Der Zusammenhang zwischen Parteifärbung der Regierung und Geburtenrate ist für 1970<sup>261</sup> negativ ( $r = -0,41$ , siehe Abb. A-22).<sup>262</sup> Dieser knapp signifikante Parteeffekt widerspricht der Hypothese H-10a und lässt sich so interpretieren, dass Linksparteien-Regierungen einen „liberalen Standpunkt in der Familienpolitik“ (Schmidt 1993a:65) einnehmen, wodurch die Diffusion des Zweiten Geburtenrückgangs erleichtert wird. Im weiteren Verlauf des Zweiten Geburtenrückgangs ist die parteipolitische Färbung der Regierung im Vorjahrzehnt ohne statistisch signifikanten Zusammenhang mit der TFR. Das Vorzeichen bleibt dabei bis Anfang der 1990er Jahre negativ und danach positiv, der Koeffizient beträgt 2006 0,07 (siehe Abb. A-23).

Wenn man die langfristige parteipolitische Regierungswirkung – im Folgenden durch den durchschnittlichen Schmidt-Index-Wert während des Zweiten Geburtenrückgangs von 1970-2005 operationalisiert – mit der TFR von 2006 vergleicht, gibt es einen insignifikanten positiven Zusammenhang von  $r = 0,15$ . Dieser hat bei Ausklammerung der beiden ostasiatischen Staaten sogar ein negatives Vorzeichen (siehe Abb. 5-23). Die Nullbefunde für den Parteienfaktor für die Akkomodationsphase, unabhängig ob man ein Jahrzehnt oder knapp vier Jahrzehnte der Regierungszeit berücksichtigt, widersprechen der Hypothese H-10b. Die Parteienfärbung hat der bivariaten Betrachtung nach keinen Einfluss auf die familienpolitische Anpassung an den Geburtenrückgang. Die Parteiendiffe-

260 In Deutschland, USA und Schweiz ist neben der Parteiendifferenz in nationalen Regierungen auch die in föderalen Ländern zu beachten (vgl. Schmidt et al. 2006, Wolf 2006).

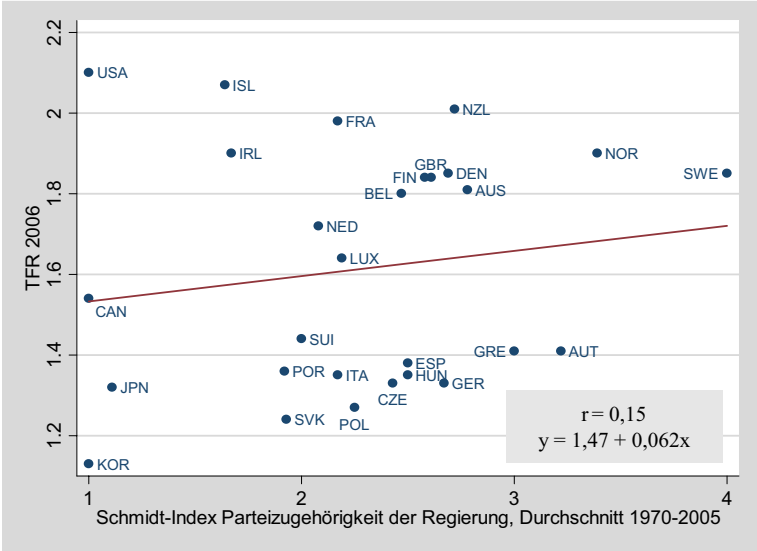
261 Hier wird der Durchschnittswert des Schmidt-Index der Jahre 1960-1969 mit der TFR von 1970 verglichen.

262 Die Berechnung bezieht sich in den 1970er und 1980er Jahren auf 23 Staaten, die vier kommunistischen Osteuropas sowie Südkorea sind ausgeklammert. Danach bezieht sich die Analyse auf alle 28 OECD-Staaten.



renzthese lässt sich jedoch hinsichtlich der Familienpolitik in den deutschen Bundesländern für die 1980er Jahre (Schuster 1997:176ff) und hinsichtlich der Frauenerwerbstätigkeit im OECD-Vergleich (Schmidt 1993) bestätigen. Eine Erklärung für den geringen Parteieneffekt könnte sein, dass die Konfessionsstruktur und das pronatalistische Politikererbe die Familienpolitik und dessen Effekt auf die Fertilität überwiegend determinieren (vgl. *ibid.*:66).

**Abbildung 5-23:** Zusammenhang parteipolitische Tradition und TFR 2006



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von OECD 2008a, Schmidt 2009.

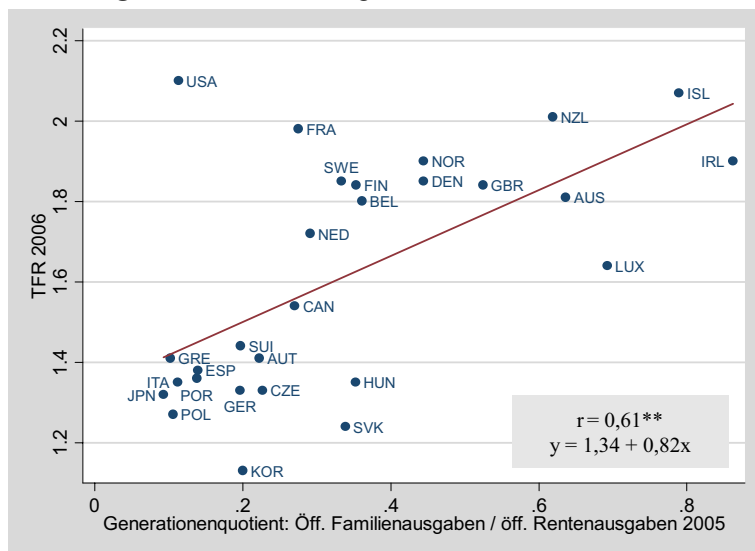
### 5.11 Alterssicherung

Während des Transitionellen Geburtenrückgangs war der Einfluss der Alterssicherung auf die Geburtenrate zweifellos bedeutend. Bereits zu Beginn des Zweiten Geburtenrückgangs waren die Alterssicherungssysteme jedoch in den meisten Industrieländern derartig ausgebaut, dass Alterssicherung keinen zentralen Anreiz für die Zeugung von Nachkommen mehr darstellt (vgl. Kaufmann 1990, Nauck 1992, Rürup & Schmidt 2003, Sinn 2003, Strohmeier 1988). Allerdings sind die Rentenausgaben eine zentrale sozialpolitische Säule, die nicht nur die sozialpolitische Generosität aufzeigt, sondern potenziell auch in erheblicher Konkurrenz zu anderen Ausgaben wie den familienpolitischen steht. Aus diesem Grund wird der Faktor Alterssicherung analysiert und durch den öffentlichen Rentenausgabenanteil am Sozialprodukt und durch einen Generationenkoeffizienten operationalisiert (OECD 2009c, vgl. Kaufmann 1990:154, 2002:445).

Der Generationenkoeffizient wird durch den Quotienten aus öffentlichen Familienausgaben und öffentlichen Rentenausgaben gebildet und zeigt an, wie stark die Sozialpolitik eines Landes die Belange der Familien verglichen zu anderen Nachfragegruppen berücksichtigt.<sup>263</sup>

Der Zusammenhang zwischen dem Generationenkoeffizienten und der TFR ist 1981 negativ (-0,23), jedoch insignifikant (siehe Abb. A-24). Dabei ist das negative Vorzeichen v. a. auf die drei südeuropäischen Nachzügler zurückzuführen. Im Jahr 2006 erweist sich der Zusammenhang als hochsignifikant ( $r = 0,61$ ), wobei das hohe Signifikanzniveau auch bei Ausklammerung jeder der sechs Ländergruppen erhalten bleibt (siehe Abb. 5-24). Island und Irland haben TFR um die Ausgleichsrate und gleichzeitig den höchsten Generationenkoeffizienten mit Werten um 0,8; hier sind die Familienausgaben fast so hoch wie die Rentenausgaben. Umgekehrt haben die vier südeuropäischen Länder sowie Japan und Polen sehr niedrige Fertilitätsraten und einen Generationskoeffizienten um 0,1, d. h. die Ausgaben sind für die Rentengeneration rund zehnmal größer als die für Familien. Ein von der Regressionsgeraden krass abweichender Fall sind die USA mit hoher Geburtenrate und niedrigem Generationskoeffizienten. Klammert man diesen Ausreißer aus, erhöht sich der Korrelationskoeffizient sogar auf 0,73.

**Abbildung 5-24: Zusammenhang Generationenkoeffizient 2005 und TFR 2006**

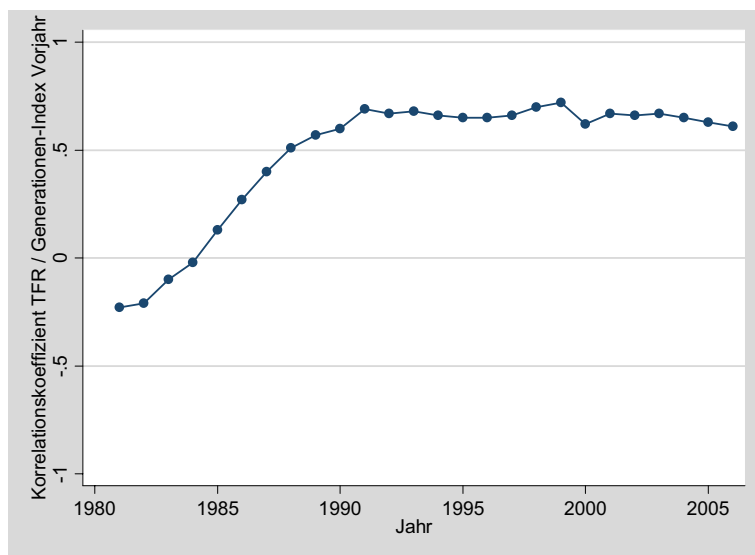


Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von OECD 2009a, 2009c.

263 Interessant ist das Interkorrelationsmuster: Der Generationenkoeffizient korreliert mit der Jugendarbeitslosenquote mit -0,54 höher als mit der normalen Arbeitslosenquote (-0,38).

Betrachtet man den Zusammenhang zwischen Generationenkoeffizient und TFR im Zeitverlauf (siehe Abb. 5-25), zeigt sich wie bei den Frauenemanzipations-, Konfessions- und Modernisierungsvariablen sowie dem Frauenwahlrecht das Zwei-Phasen-Muster mit einem Vorzeichenwechsel Mitte der 1980er Jahre.<sup>264</sup> Auch wenn Daten für die 1970er Jahre nicht vorliegen, sprechen die Befunde für die 1980er Jahre und theoretische Überlegungen dafür, dass der Zusammenhang in der gesamten Diffusionsphase insignifikant ist. Ab 1985 korrelieren Generationenkoeffizient und Fertilität erstmals positiv und bereits 1989 hochsignifikant, dieses hohe Signifikanzniveau bestätigt sich seitdem für jedes Jahr.

**Abbildung 5-25:** Korrelationsentwicklung Generationenkoeffizient/TFR 1971-2006



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von OECD 2009a, 2009, SBA 2008c.

Der Generationenkoeffizient erweist sich als höchst einflussreiche Determinante der Geburtenraten der Industrieländer in der Akkomodationsphase des Zweiten Geburtenrückgangs. Der Indikator ist grob, einfach und effizient: Er differenziert nicht nach Transfer- und Dienstleistungsausgaben oder unterschiedlichen familienpolitischen Maßnahmen, dafür stellt er die Familienausgaben in Bezug zur rentenpolitischen Generosität. Unabhängig von wohlfahrtsstaatlichem System

<sup>264</sup> Die Daten für 1981 umfassen 22 OECD-Länder, es fehlen die Osteuropäischen, Island und Südkorea. Ab 1990 sind es 26 (Ungarn und Slowakei fehlen), ab 1996 27 (Ungarn fehlt) und ab 2000 alle 28 OECD-Staaten.

(vgl. Esping-Andersen 1990, Schmidt 1998)<sup>265</sup> und relativ zum Wohlstand eines Landes markiert der Generationenkoeffizient den Bedeutungsgrad der Familie für das politische bzw. sozialstaatliche System. Der Befund deutet ein Zutreffen der Hypothese H-11a an und auch allgemein der These, wonach es einen (familien-)politischen Einfluss auf die Geburtenraten gibt. Je stärker die Sozialpolitik die Belange der Familien berücksichtigt, desto höher ist die Geburtenrate. Eine separate Betrachtung der Komponenten zeigt, dass die Rentenausgabenquote<sup>266</sup> über den gesamten Zeitraum negativ ist und die Familienausgabenquote<sup>267</sup> einen ähnlichen Verlauf wie der Generationenkoeffizient hat, wobei die Zusammenhangsstärke zwar signifikant, jedoch gering ist.

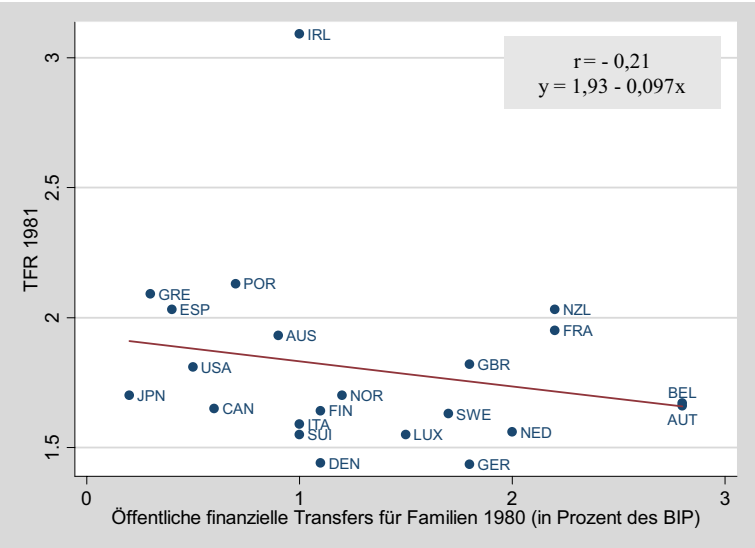
### 5.12 Finanzielle Transfers

Der Vergleich der familienpolitischen Ausgaben ist aufgrund der Heterogenität der einzelnen Programme erschwert (vgl. Gauthier 1996a, Grant et al. 2004). Indikatoren, die Ausgaben in Relation zum Sozialprodukt messen (OECD 2009c, vgl. Wilensky 1975, Zöllner 1963), ermöglichen eine breite Vergleichbarkeit sowohl hinsichtlich von Instrumenten als auch von untersuchten Ländern. Sie haben jedoch den Nachteil, dass sie demografische Nachfrageeffekte miteinschließen (vgl. Castles 2004:159) und Informationen hinsichtlich Verteilungstiefe und qualitativer Unterschiede nicht adäquat abbilden (vgl. Lohmann et al. 2009:49). Die Vorteile des Ausgaben-Ansatzes überwiegen jedoch. Im Folgen-

- 265 Die drei Staaten mit den höchsten Generationenkoeffizienten 2005 sind mit Irland, Island und Luxemburg nicht nur aus verschiedenen in dieser Arbeit differenzierten Länderfamilien, sondern auch Repräsentanten der drei unterschiedlichen wohlfahrtsstaatlichen Welten nach Esping-Andersen (1990).
- 266 Der Nenner des Generationenkoeffizienten, die Rentenausgaben, stehen über den gesamten Zeitraum in negativem Zusammenhang mit der Geburtenrate, dieser ist jedoch nur 1991 und 1996-2003 signifikant. Im Jahr 1981 beträgt der Korrelationskoeffizient -0,35, ein Vierteljahrhundert später -0,32. Die über beide Phasen auftretende gleiche Zusammenhangsrichtung ist ungewöhnlich im Vergleich zu den anderen Determinanten. In der Diffusionsphase betreffen hohe öffentliche Rentenausgaben die auch im Diffusionsprozess voranschreitenden nord- und kontinental-westeuropäischen Länder, in der Akkomodationsphase ist der Effekt durch die überstarke Betonung der Interessen der älteren Generation zu erklären. Als weiterer Faktor ist der demografische Effekt zu bedenken, wonach sich der Zweite Geburtenrückgang seit den 1990er Jahren zunehmend im Rentensystem bemerkbar macht (vgl. 1.1.2).
- 267 Die Familienausgabenquote korreliert Anfang der 1980er Jahre insignifikant negativ und seit 1986 positiv, wobei dieser positive Zusammenhang seit 1990 signifikant ist. Der Befund ähnelt dem des Generationskoeffizienten, nur sind dort die Zusammenhänge deutlich höher. Misst man die Quote der Familienausgaben inklusive der Steuergutschriften, ist der Zusammenhang für 2006 mit  $r = 0,58$  höher als die normale Familienausgabenquote ( $r = 0,53$ ), jedoch niedriger als der Generationenkoeffizient (0,61).

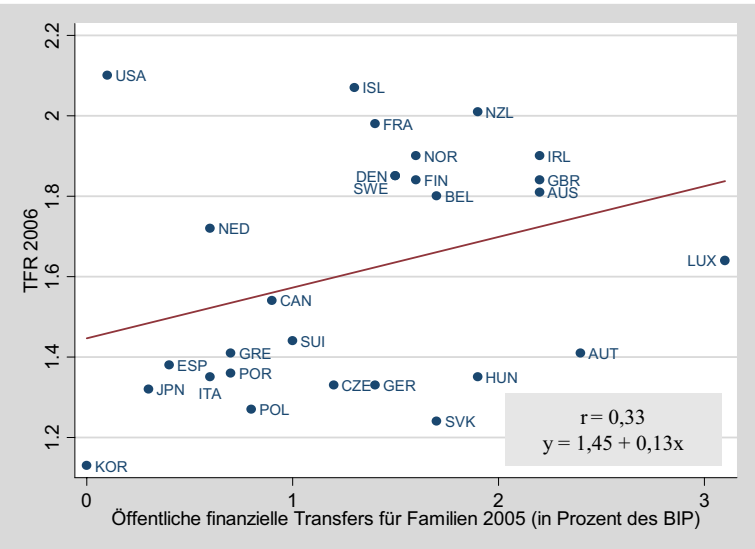
den werden die Familientransferausgaben als allgemeiner Indikator sowie Elterngeld und Kindergeld jeweils im Zusammenhang mit der TFR analysiert.

Abbildung 5-26: Zusammenhang Familientransferausgaben 1980 und TFR 1981



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von OECD 2008a, 2009c, SBA 2008c.

Abbildung 5-27: Zusammenhang Familientransferausgaben 2005 und TFR 2006



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von OECD 2009a, 2009c.

Die Korrelation zwischen dem Anteil finanzieller Transfers für Familien am Sozialprodukt und der TFR ist 1981 insignifikant negativ (siehe Abb. 5-26). Ab 1985 bis 2006 zeigen sich positive Zusammenhänge, wobei diese nur von 1988 bis 1993 und von 2004 bis 2005 signifikant sind. Im Jahr 2006 ist der Zusammenhang insignifikant ( $r = 0,33$ ). Im Streudiagramm zeigt sich, dass die beiden Staaten mit den geringsten Transferquoten, Südkorea und USA, die niedrigsten bzw. höchsten TFR-Werte aufweisen (siehe Abb. 5-27).<sup>268</sup> Auch bei dieser Variablen zeigt sich der Vorzeichenwechsel Mitte der 1980er Jahre.

Ein differenzierteres Bild erhält man, wenn man die familienpolitischen Programme für die einzelnen Empfängergruppen vergleicht. Aufgrund der höheren Aussagekraft werden für die Analyse von Eltern- und Kindergeld Indikatoren verwendet, die die Ausgaben nicht in Bezug zum Sozialprodukt eines Landes, sondern in Bezug zu den Empfängern quantifizieren. Das Elterngeld<sup>269</sup> pro Kopf und die TFR sind Anfang der 1980er Jahre insignifikant negativ assoziiert. Ab 1988 ist dieser positiv. Der Zusammenhang beruht jedoch weitestgehend auf der nordeuropäischen Ländergruppe, die fünf nordeuropäischen Länder haben neben Luxemburg die mit Abstand großzügigsten Elterngeldregelungen und hohe Geburtenraten (siehe Abb. A-25). Klammert man diese fünf Länder aus, fällt der Korrelationskoeffizient für 2006 von 0,41 auf 0,04.

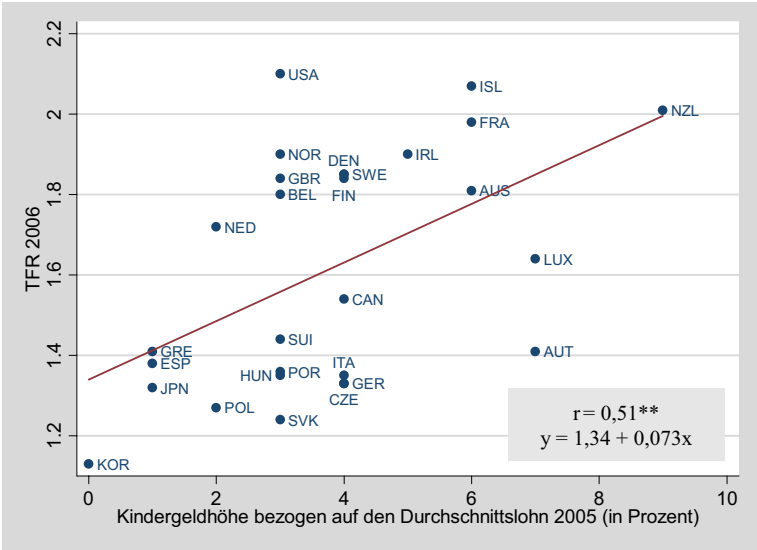
Zieht man nur die Bezugsdauer des Elterngeldes, gemessen als Vollzeitäquivalent in Wochen (vgl. OECD 2009a), heran, ist der statistische Zusammenhang völlig insignifikant (2006:  $r = -0,07$ ). Die Regelungen zur Länge der Zahlungen haben einen stark verhaltensnormierenden Charakter. In Deutschland stehen die Maßnahmen Eltern- und Erziehungsgeld für eine Babypause von einem bzw. drei Jahren. Beispielsweise bewirkt ein dreijähriges Erziehungsgeld Verhaltensnormierungen in Richtung einer längeren Arbeitsmarktpause und eines institutionellen Umfelds mit fehlender Kinderbetreuung für Kleinkinder. Durch diese familienpolitische Leistung kann folglich der berufliche Wiedereinstieg erschwert werden (vgl. Büchner et al. 2006, d'Addio & d'Ercole 2005:57, Gerlach 2004: 320ff, Hakim 2003:367, Jaumotte 2003, Neyer 2003, Weber 2004). Eine

268 Klammert man für 2006 Südkorea aus, beträgt der Korrelationskoeffizient 0,24, ohne die USA steigt er auf 0,48 und wird signifikant. Ebenfalls signifikant ist das Ergebnis für den Familientransferindikator, der die Steuererleichterungen für Familien einbezieht ( $r = 0,38$ ). Deutschland und die USA zeigen hier höhere Werte (siehe Abb. A-26).

269 Im Kontext von Elterngeld werden viele unterschiedliche Begriffe verwendet, die häufig unterschiedliche Bedeutungen von Empfängergruppe, Zeitraum und Ziel implizieren, im Englischen Maternity Leave oder Parental Leave, im Deutschen Erziehungsgeld oder Elterngeld. Die Instrumente unterscheiden sich hinsichtlich mehrerer Aspekte (vgl. Fokkema & Esveldt 2006:57). Auch variieren die Definitionen hinsichtlich der In- bzw. Exklusion des Mannes. Der hier verwendete Indikator umfasst beide Ausgabengruppen, sowohl was unter maternity leave als auch was unter parental leave klassifiziert ist (vgl. OECD 2009c).

weitere Normierung des Elterngeldes ist bei den sogenannten Vätermönaten gegeben (siehe 5.15<sup>270</sup>). Aufgrund der Normierungen ist der Zusammenhang der Elterngeld-, Erziehungsgeld- und Müttergeldindikatoren mit der TFR unterschiedlich und oft insignifikant.

**Abbildung 5-28:** Zusammenhang relative Kindergeldhöhe 2005 und TFR 2006



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von OECD 2007b, 2009a.

Ein anderes Ergebnis findet man bei der Analyse der Kindergeldhöhe (siehe Abb. 5-28). Wenn man das Kindergeld bezogen auf den Durchschnittslohn des entsprechenden Landes<sup>271</sup> mit der zusammengefassten Geburtenrate vergleicht, ergibt sich für 2006 ein hochsignifikanter Zusammenhang ( $r = 0,51$ ). Im Unterschied zu dem Mütter- und Elterngeldindikator haben die nordeuropäischen Länder mittlere Kindergeldtransfers. Auch bei Ausklammerung jeder einzelnen Ländergruppe bleibt der Zusammenhang signifikant. Mit Südkorea zahlt nur ein Land kein Kindergeld, hier ist die TFR mit 1,13 am niedrigsten. Am großzügigsten ist Neuseeland, hier entspricht das Kindergeld neun Prozent des Durchschnittslohns und die TFR liegt knapp über zwei. Allerdings hat Österreich trotz

270 Diese werden in Abschnitt 5.15 – dem familiennormierendem Recht – dargestellt, da angenommen wird, dass die Wirkung der Verhaltensnormierung den monetären Effekt dieses Instruments überwiegt.

271 Dieser Indikator bezieht sich auf die maximale Zahlung für ein Kind im Alter von 3 bis 12 Jahren (vgl. OECD 2007b). In mehreren Ländern variiert die Kindergeldhöhe nach Alter und Anzahl der Kinder.

eines großzügigen Kindergelds eine niedrige TFR, für die USA gilt das Gegenteil. Auch bei der Analyse des Kindergeldes ist ein Blick auf die Steuersysteme hilfreich, da die Entlastung von Familien vielfach auch über das Steuersystem geleistet wird (vgl. d'Addio & d'Ercole 2005:50ff, Kirchhoff 2003, OECD 2007b, Steiner & Wrohlich 2006). Da die Steuererleichterungen wie in Deutschland häufig nur alternativ zum Kindergeld möglich sind, ändern sich die Zusammenhänge mit der TFR durch ihren Einbezug nur geringfügig.

Auch wenn bei den in diesem Abschnitt zugrunde liegenden OECD-Daten Osteuropa bis zum Fall des Eisernen Vorhangs ausgeklammert ist, soll die Pionierrolle einiger dieser Länder nicht unerwähnt bleiben. Ungarn führte 1967 als Weltneuheit das Müttergehalt ein, das bis zu zweieinhalb Jahre ausbezahlt wurde bei Wiederbeschäftigungsgarantie.<sup>272</sup> Die CSSR hat 1972 das Müttergehalt eingeführt und die TFR stieg im folgenden Jahr entgegen dem fallenden Trend anderer Staaten (vgl. Höhn & Schubnell 1986).

Bei Befragungen werden finanzielle Gründe häufig als Ursache für niedrige Kinderzahlen genannt (u. a. IfD Allensbach 2004), wobei diese teilweise auch als vorgeschobene Gründe in Folge kognitiver Dissonanz (Festinger 1957) interpretiert werden können (vgl. Kiefl & Schmid 1985).

### *5.13 Bildung und Betreuung*

Zuerst wird in diesem Abschnitt die öffentliche Ausgabenquote für Familienleistungen in Bezug zum Sozialprodukt analysiert und insbesondere mit den Transferausgaben des vorigen Abschnitts verglichen. Die öffentlichen Dienstleistungsausgaben für Familien werden überwiegend für Bildung und Betreuung der Kinder eingesetzt. Zunehmend wurde in den letzten Jahren zutreffenderweise der bildungsfördernde Charakter der Kleinkindbetreuung betont, tatsächlich lassen sich Bildung und Betreuung nur schwerlich trennen. Andererseits macht es wenig Sinn, Ausgaben für Schul- und Hochschulbildung in diese Analyse mit einzubeziehen. In diesem Abschnitt werden deswegen solche Dienstleistungen berücksichtigt, als deren Ziel primär die Entlastung bzw. die Berufstätigkeit der Eltern unterstellt werden kann. Nach diesem Familiendienstleistungsausgabenindikator wird der Zusammenhang der TFR mit der Kinderbetreuung (für unter Dreijährige) betrachtet, hier werden Ausgabenquoten, Deckungs-

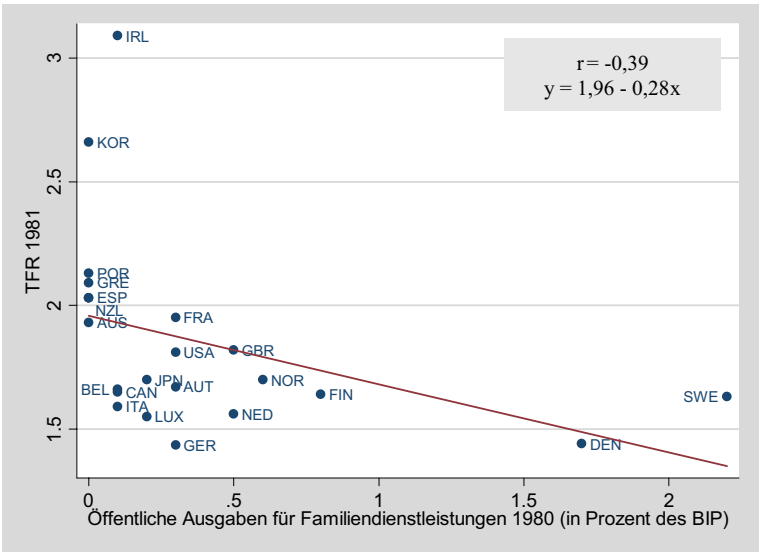
272 Hintergrund dieser für viele Länder wegweisenden pronatalistischen Maßnahme waren die niedrigen Geburtenraten Ungarns, 1962 lag die TFR mit 1,8 auf dem internationalen Minimumwert. Die westlichen Industrieländer waren zu jener Zeit noch mitten im Babyboom.



grad<sup>273</sup> und die Gebührenhöhe als Indikatoren herangezogen. Zuletzt wird das außerschulische Betreuungsangebot im internationalen Vergleich in Bezug zu den Fertilitätskennzahlen analysiert.

Die Dienstleistungsausgabenquote für Familien steht 1981 in insignifikantem negativem Zusammenhang mit der Geburtenrate bei  $r = -0,39$  (siehe Abb. 5-29). Zu diesem Zeitpunkt sind die Ausgabenquoten noch überwiegend sehr niedrig, nur in Dänemark und Schweden liegen sie über einem Prozent des Sozialprodukts. Außer in Nordeuropa liegen die Ausgabenquoten unterhalb eines halben Prozents, aufgrund dieser niedrigen Höhe ist der Indikator für die nicht-nordeuropäischen Staaten zu diesem Zeitpunkt wenig aussagekräftig. Familien-dienstleistungen sind in der Diffusionsphase nur geringfügig ausgebaut.

**Abbildung 5-29:** Zusammenhang Familiendienstleistungsausgaben 1980 und TFR 1981



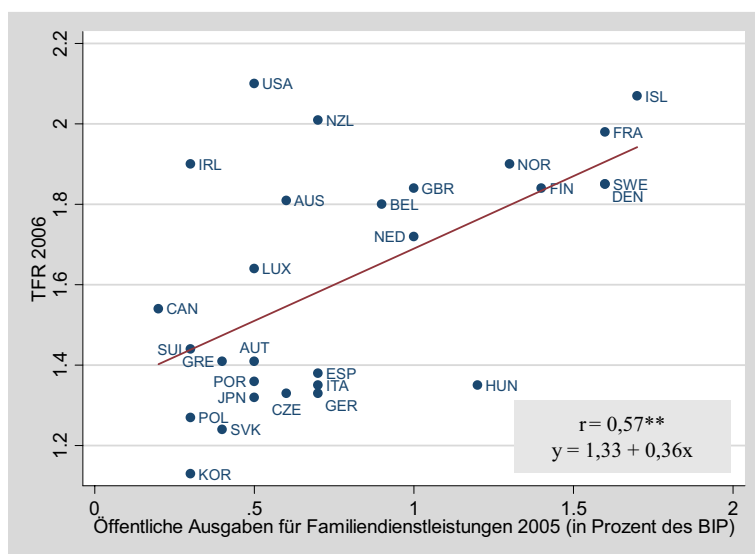
Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von OECD 2008a, 2009c, SBA 2008c.

Zu Beginn der Akkomodationsphase dreht sich der Zusammenhang zwischen Dienstleistungsausgabenquote für Familien und TFR, er ist seit 1987 positiv. Signifikant wird dieser positive Zusammenhang erst im späteren Verlauf der Akkomodationsphase: Ab 1999 erreicht er die einfache Signifikanzschwelle und seit 2003 ist er hochsignifikant. Im Jahr 2006 beträgt der Korrelationskoeffizient

273 Der Deckungsgrad bezeichnet die Relation der genutzten Betreuungsplätze zur Kinderzahl der Altersgruppe. Kinderbetreuung bezieht sich im Folgenden auf die Altersgruppe von der Geburt bis zum dritten Geburtstag.

0,57 (siehe Abb. 5-30). Im Unterschied zu den 1980er Jahren haben die meisten Staaten nennenswerte Familiendienstleistungsausgabenquoten von über einem halben Prozent des Sozialprodukts. In die Phalanx der nordeuropäischen Ländergruppe bricht Frankreich ein mit einem enorm ausgeprägten Dienstleistungssektor für Familien und relativ hohen Geburtenraten. Die angelsächsischen Staaten finden sich in der linken oberen Hälfte des Streudiagramms, insbesondere die USA, Irland und Neuseeland haben trotz geringer Dienstleistungsausgaben hohe Geburtenraten. Dieses Phänomen lässt sich durch die Heranziehung funktionaler Äquivalente erklären: Hohe Lohngefälle und flexible Arbeitsmarktstrukturen ermöglichen preiswerte privatwirtschaftliche Wege der Kinderbetreuung (vgl. Kamerman & Kahn 1997:349). Klammert man diese Ländergruppe aus, wird der Korrelationskoeffizient mit 0,86 exorbitant hoch.<sup>274</sup> Da Heterogenität innerhalb einer Ländergruppe analytisch besonders wertvoll ist, lohnt sich ein Blick auf die kontinentaleuropäische Ländergruppe. Sie verteilt sich entlang der Regressionsgeraden, hier ist der enge Zusammenhang zwischen Familiendienstleistungen und TFR exemplarisch sichtbar.

**Abbildung 5-30:** Zusammenhang Familiendienstleistungsausgaben 2005 und TFR 2006

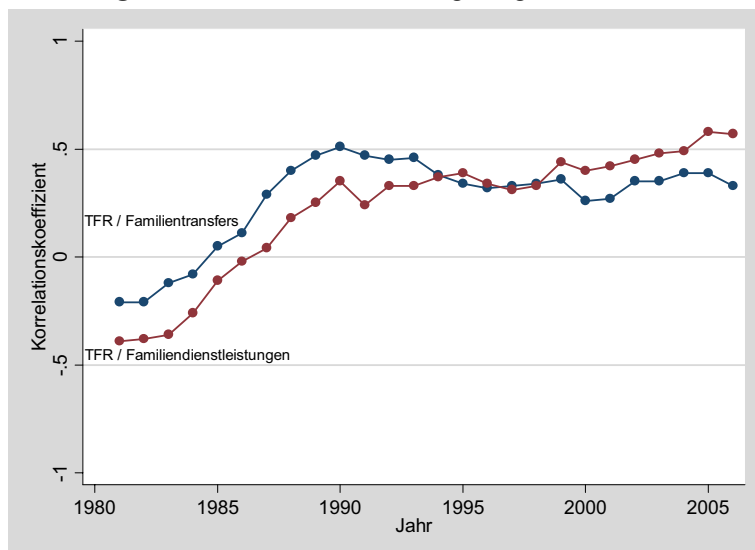


Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von OECD 2009a, 2009c.

274 Andererseits bewirkt ein Ausklammern der nordeuropäischen Ländergruppe ein knappes Verpassen der Signifikanzschwelle ( $r = 0,37$ ). Bei Ausklammerung der anderen vier Ländergruppen bleiben die Zusammenhänge signifikant bzw. hochsignifikant.

Vergleicht man den Korrelationsverlauf von Ausgabenquoten für Familientransfers und Familiendienstleistungen mit der TFR, zeigt sich hinsichtlich des Vorzeichenwechsels Mitte der 1980er Jahre ein paralleler Verlauf (siehe Abb. 5-31). Interessant sind die Unterschiede zwischen diesen beiden Variablen, die nur minimal interkorreliert sind (1980:  $r = 0,13$ ; 2005:  $r = 0,20$ ): Der Zusammenhang der TFR mit der Familientransferquote hatte 1990 seinen Höhepunkt, nimmt seitdem ab und ist inzwischen insignifikant, während der mit der Ausgabenquote für Familiendienstleistungen kontinuierlich zunimmt und erst im späteren Verlauf der Akkomodationsphase signifikant wird. Grafisch zeigt sich dieser Befund in der Abbildung daran, dass sich beide Kurven Mitte der 1990er Jahre kreuzen. Der Vergleich bestätigt die Hypothesen H-12a sowie H-13a und unterstützt die These, wonach Familiendienstleistungen sich stärker geburtenerhöhend auswirken als finanzielle Transfers. Inwiefern sich jedoch beide familienpolitischen Strategien ergänzen, zeigt die multivariate Analyse in Abschnitt 7.3.

**Abbildung 5-31:** Korrelationsentwicklung Ausgabenarten/TFR 1981-2006



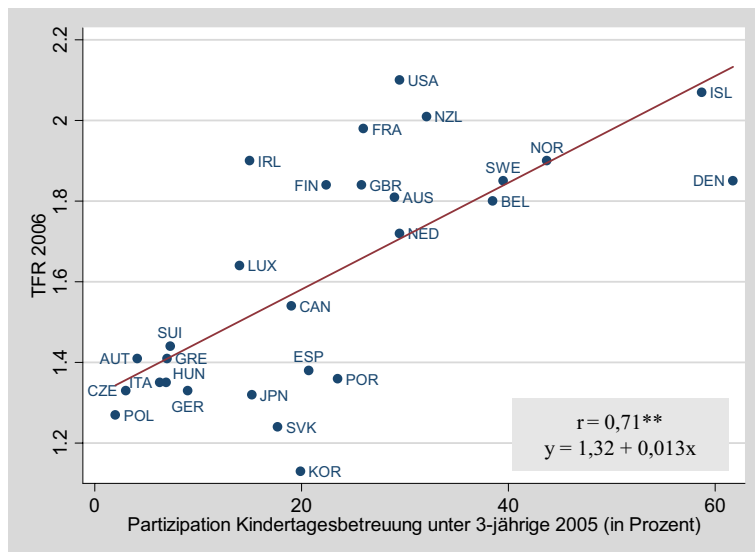
Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von OECD 2008a, 2009a, 2009c, SBA 2008c.

Die international vergleichende Analyse der Kinderbetreuung ist aufgrund der Heterogenität auf diesem Feld schwierig (vgl. Immervoll et al. 2005). Wenn man die Kinderbetreuungsausgaben pro Kopf heranzieht, ist der Zusammenhang mit der TFR für 2006 sogar noch höher ( $r = 0,66$ ) als mit der Familiendienstleistungsquote und steigt beim Ausklammern der angelsächsischen Staaten noch erheblich an ( $r = 0,92$ ). Betrachtet man die Kinderbetreuungsgebühren, die bezogen auf den Durchschnittslohn operationalisiert sind, bestätigt sich die Hypothe-

se H-13c, wonach die Kinderbetreuungsgebühren keinen signifikanten Effekt auf die Geburtenrate haben (siehe Abb. A-27). Der Zusammenhang ist sogar leicht positiv ( $r = 0,24$ ).

Im Unterschied zu den Kosten erweist sich die Verfügbarkeit der Kinderbetreuung – operationalisiert als Kinderbetreuungs-Deckungsquote – als hochsignifikante Determinante der TFR (siehe Abb. 5-32).<sup>275</sup> Die hohe Signifikanz bleibt auch bei Ausklammerung jeder der sechs Ländergruppen erhalten. Das Streudiagramm verdeutlicht, dass die angelsächsischen Staaten hohe Fertilitätsraten und mittlere Kinderbeteiligung aufweisen, auch hier sind funktionale Äquivalente in Form privat organisierter Kinderbetreuung zu vermuten. Ein Ausreißer ist die fast mittlere Kinderbeteiligungsquote des Fertilitätsschlusslichts Südkorea.

**Abbildung 5-32: Zusammenhang Kita-Partizipation 2005 und TFR 2006**



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von OECD 2008a, 2009a, Stern 2006.

275 Das Referenzjahr variiert bei diesen Daten etwas, es liegt zwischen 2000 und 2005. Der Indikator misst nicht nur das Angebot, in die Partizipationswerte fließt auch die Nachfrage der Familien nach Kinderbetreuung mit ein. Für 27 OECD-Länder stammen die Daten aus der OECD-Familiendatenbank (OECD 2009a), der Schweizer Wert wird folgendermaßen berechnet: 32.000 Betreuungsplätze für 0-4-jährige Kinder 2004 (Stern 2006), multipliziert mit dem Anteil der Krippenplätze an der Tagesfamilien einschließenden gesamten Betreuungszahl (0,667, *ibid.*) ergibt 21.257 Krippenplätze. Diese Zahl geteilt durch vier Jahrgangsstärken (292.000, OECD 2008a) ergibt eine Kinderbetreuungsquote von 7,28 Prozent. Dieser Wert entspricht dem OECD-Wert für 3-jährige Kinder in der Schweiz von 7,2 Prozent fast exakt (vgl. OECD 2009a), was die Berechnung bestätigt.

Interessant wird die Entwicklung Deutschlands in den nächsten Jahren sein: Während die Kinderbetreuung kurz nach der Jahrtausendwende im internationalen Vergleich niedrig ist bei hoher Nachfrage (Spieß & Wrohlich 2005), wird sie seitdem infolge des Tagesbetreuungs- und des Kinderförderungsgesetzes in ambitioniertem Tempo ausgebaut. Letzteres gewährt einen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab dem ersten Geburtstag und strebt eine Deckungsrate von mindestens 35 Prozent für 2013 an (BMFSFJ 2005, 2006b, Deutscher Bundestag 2004, 2008). Würde der Zusammenhang in Deutschland weiterhin nah an der Regressionsgeraden bleiben, wäre dies mit einem deutlichen TFR-Anstieg verbunden.<sup>276</sup>

Neben der Kleinkindbetreuung ist auch die Betreuungssituation für Kindergarten-, Grundschul- und ältere Schulkinder bedeutsam für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Die Deckungsraten von Kindergärten und erst recht von Primar- sowie Sekundarstufen der Schulen sind in den meisten Ländern ähnlich hoch. Ein für die Vereinbarkeit und damit indirekt auch für die Geburtenraten wichtiger Punkt ist, inwieweit Kindergarten und Schule eine ganztägige Betreuung gewährleisten bzw. inwiefern außerschulische Betreuungseinrichtungen wie Kinderhorte zur Verfügung stehen. Hier ist die Operationalisierung schwierig, da eine Dummykodierung nach Halbtags- und Ganztagschulsystem die Komplexität unangemessen reduzieren würde. Gewinnbringender, jedoch immer noch unbefriedigend (vgl. OECD 2009a), ist der Vergleich von Daten zur außerschulischen Betreuung (siehe Abb. A-28).<sup>277</sup> Der vorsichtig zu interpretierende Zusammenhang ist signifikant ( $r = 0,60$ ), was darauf hinweist, dass die ganztägige Betreuungsmöglichkeit für Schulkinder eine wichtige Determinante ist.

Die hochsignifikanten Befunde über den positiven Zusammenhang von Familiendienstleistungsausgaben allgemein und Kleinkindbetreuungsangeboten speziell mit der Geburtenrate sprechen eine deutliche Sprache. Im Verlauf der Akkomodationsphase ist dieser Zusammenhang zunehmend gewachsen. Öffentliche Dienstleistungsinfrastrukturen für Familien sind eine zentrale Voraussetzung für

276 Für 2005 liegt der Erwartungswert der Regressionsgleichung für Deutschland mit 1,41 ( $1,29 + 0,013 \cdot 9$ ) nur minimal über der tatsächlichen TFR von 1,34. Bei einer Deckungsrate von 35 Prozent liegt der Erwartungswert bei 1,75 ( $1,29 + 0,013 \cdot 35$ ). Sämtliche Länder mit einer solch hohen Kinderbetreuungsquote haben im Jahr 2005 Geburtenraten oberhalb dieses Wertes. Dieses Rechenbeispiel soll die anspruchsvolle Zielgrößenordnung des Kinderförderungsgesetzes und die Stärke des Zusammenhangs dieses Indikators mit der TFR verdeutlichen; ein so schneller Geburtenanstieg ist jedoch nicht zu erwarten. Dass durch den Ausbau um einige Jahre zeitverzögert ein entsprechender Fertilitätsanstieg mitinitiiert wird, ist nicht unrealistisch, hierbei spielen andere Determinanten aber auch eine Rolle (vgl. Kap. 7).

277 Aufgrund der geringen Fallzahl und dem fehlenden Einbezug der Betreuungslänge des Schulsystems kann das Ergebnis nur zurückhaltend bewertet werden. Entsprechend wird dieser Indikator in der multivariaten Analyse ausgeklammert.

die Vereinbarkeit von Beruf und Familie; und ist diese Vereinbarkeit in einem Land gegeben, ist die Geburtenrate dort deutlich höher. Diese öffentlichen Angebote sind ein Beispiel dafür, dass Familienpolitik in der Akkomodationsphase einen zunehmenden Einfluss auf die Geburtenrate hat. Etwas begrenzt ist dieser jedoch durch die gesellschaftlichen Normen, denn die Nutzung der Kinderbetreuung bedarf einer gewissen gesellschaftlichen Akzeptanz. Da diese in der Regel auch für die politischen Ausbauanstrengungen solcher Infrastruktur nötig ist, ist es plausibel, dass der von öffentlichen Debatten (vgl. u. a. Beck-Gernsheim 2006, Höhn et al. 2006:55) begleitete Wandel hin zu einer Akzeptanz von Fremdbetreuung dem Ausbau zu einem erheblichen Teil vorausläuft und umgekehrt durch den Ausbau beschleunigt wird. Bei der Interpretation dieser deutlichen Ergebnisse darf auch nicht die Heterogenität der biografischen Präferenzen der Frauen aus den Augen verloren werden: Umfangreiche Kinderbetreuungsangebote betreffen besonders die große Gruppe der adaptiven Frauen, die hausorientierten sind in ihrem generativen Verhalten von Transferzahlungen stärker beeinflusst (vgl. Hakim 2000, 2003, 2004).

#### 5.14 Arbeitsmarktregelungen

„(...) the flexibility of the market to accommodate women's exit and the entry decisions and the penalty that particular market arrangements impose on truncated careers – through forgone experience, delayed wage growth and increased risk of unemployment – are key to explaining those trends.“ (Adserà 2004:38)

„Einerseits erfordert der Arbeitsmarkt Mobilität unter Absehung von persönlichen Umständen. Ehe und Familie erfordern das Gegenteil. (...) Entsprechend ist die durchgesetzte Marktgesellschaft auch eine kinderlose Gesellschaft.“ (Beck 1986:191)

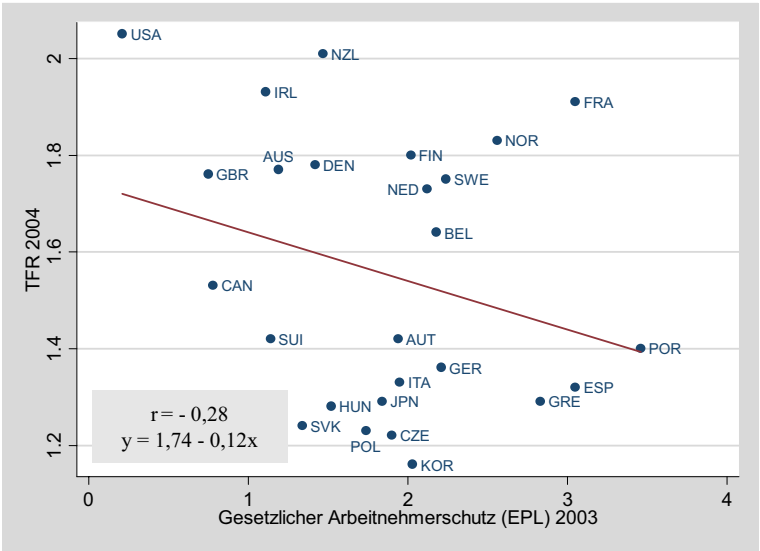
Die beiden Zitate zeigen, dass der Einfluss flexibler Arbeitsmärkte auf das generative Verhalten höchst unterschiedlich eingeschätzt wird. Die Arbeitsmärkte wirken in Kombination mit der Betreuungsinfrastruktur auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Der Einfluss der arbeitsmarktpolitischen Rahmenbedingungen auf die Geburtenraten wird in diesem Abschnitt anhand der Indikatoren gesetzlicher Arbeitnehmerschutz, der Teilzeitarbeitsquote, der öffentlichen Beschäftigungsquote und der Ausbildungsdauer für Akademiker untersucht.

Der Zusammenhang zwischen den TFR und dem gesetzlichen Arbeitnehmerschutz (EPL, vgl. OECD 2008a) ist negativ (siehe Abb. 5-33). In den 1990er Jahren ist die Korrelation signifikant (1991:  $r = -0,53$ ; 1999:  $r = -0,43$ ), während sie für 2004 ( $r = -0,28$ ) insignifikant ist.<sup>278</sup> Der negative Zusammenhang bedeutet,

278 Daten für die unabhängige Variable gibt es nur für die Jahre 1990, 1998 und 2003, die jeweils mit der TFR des Folgejahres verglichen werden. Während die Fallzahl für 1990

dass in Staaten mit geringem Arbeitnehmerschutz die Geburtenraten höher sind. Dieser Befund weist darauf hin, dass der berufliche Wiedereinstieg für Mütter in hochgradig flexiblen Arbeitsmärkten mit geringem Arbeitnehmerschutz leichter ist und die dadurch geringeren beruflichen Nachteile von Elternschaft sich geburtensteigernd auswirken. Ein Blick auf das Streudiagramm zeigt, dass die sechs angelsächsischen Länder jeweils flexible Arbeitsmärkte und relativ hohe Geburtenraten aufweisen. Klammert man diese Ländergruppe aus, dreht sich das Vorzeichen (2004:  $r = 0,21$ ). Der Zusammenhang ist für die nicht englischsprachigen Länder zu allen Zeitpunkten insignifikant; in rigiden Arbeitsmärkten können die Geburtenraten wie in Frankreich und Norwegen hoch oder wie in den südeuropäischen Ländern niedrig sein. Die angelsächsischen Arbeitsmärkte haben nicht nur einen geringen Arbeitnehmerschutz, sondern auch sozialpolitisch bedingt einen vergleichsweise hohen Arbeitsanreiz sowie eine hohe Lohnspreizung. Zudem bieten sie funktionale Äquivalente für die in anderen Ländern stark ausgebauten öffentlichen Dienstleistungen. Ein Schlüssel zum Verständnis des angelsächsischen Weges zu relativ hohen Fertilitätsraten liegt in diesen Arbeitsmarktkonstellationen. Vereinbarkeit von Beruf und Familie wird in den englischsprachigen Staaten primär über den Arbeitsmarkt gewährleistet.

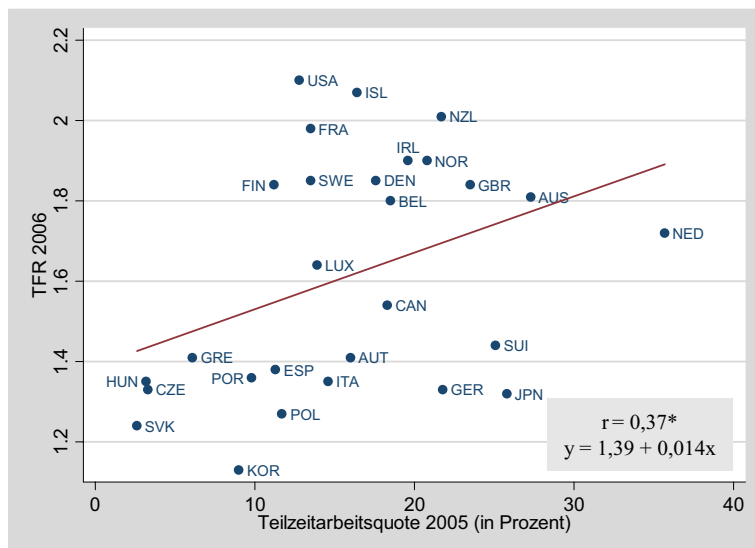
**Abbildung 5-33: Zusammenhang Arbeitnehmerschutz 2003 und TFR 2004**



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von OECD 2008a.

mit  $N=20$  unbefriedigend ist, werden in den späteren Daten 26 OECD-Länder berücksichtigt (nur die kleinen Staaten Island und Luxemburg fehlen).

**Abbildung 5-34:** Zusammenhang Teilzeitarbeitsquote 2005 und TFR 2006



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von OECD 2008a, 2009a.

In Ländern mit stärker verbreiteter Teilzeitarbeit ist die Geburtenrate im Jahr 2006 höher (siehe Abb. 5-34). Die Korrelation ist Anfang der 1980er Jahre insignifikant negativ, auch hier zeigt sich Mitte der 1980er Jahre der charakteristische Vorzeichenwechsel. Der positive Zusammenhang ist seit 1994 signifikant.<sup>279</sup> Diese Bestätigung von Hypothese H-14b ist jedoch zu hinterfragen, da der Zusammenhang weitgehend auf der geringen Teilzeitquote in Osteuropa beruht. Klammert man die vier osteuropäischen Länder aus, ist die Korrelation weit von einem Signifikanzniveau entfernt ( $r = 0,17$ ). Wie lässt sich die theoretisch postulierte Bedeutung von Teilzeitarbeitsangeboten mit diesen Ergebnissen in Einklang bringen? Eine plausible Erklärung ist, dass ein gewisses Maß ausreichend ist, um die Möglichkeit für Mütter zu gewährleisten, eine Teilzeitarbeit zu finden. Demnach reichen Teilzeitarbeitsquoten von 11,4 (Finnland) bzw. 12,6 (USA), um die für die Geburtenraten relevante Option auf Teilzeitarbeit zu gewährleisten, und über diesen Sättigungseffekt hinausgehende Teilzeitquoten wie die Niederländische (35,7) sind nicht mit noch höheren Geburtenraten verbunden. Demgegenüber haben die sechs Länder mit einstelligen Teilzeitarbeitsquoten – Ungarn, Tschechien, Slowakei, Griechenland, Portugal und Südkorea – durchweg niedrige TFR zwischen 1,13 und 1,41. Die Überprüfung der Sätti-

<sup>279</sup> Die Verfügbarkeit vergleichbarer Daten für Teilzeitarbeit ist in den 1980er Jahren gering, für 1983 beträgt  $N=14$ , 1989  $N=21$ , ab 1995  $N=27$ . Ab 1997 sind Daten für alle 28 hier berücksichtigten OECD-Staaten verfügbar.



gungsthese mittels Dummyvariablen für einstellige Teilzeitarbeitsquoten offenbart ein hohes Signifikanzniveau.<sup>280</sup>

Die öffentliche Beschäftigungsquote steht Anfang der 1970er Jahre in keinem statistischen Zusammenhang mit der TFR (1975:  $r = -0,15$ ; siehe Abb. A-29). Der Zusammenhang für die Akkomodationsphase bestätigt die Vorhersage der Hypothese H-14c, er ist für 2001 signifikant ( $r = 0,39$ ) und für 2006 hochsignifikant ( $r = 0,53$ , siehe Abb. A-30). Auf hohe Interkorrelationen mit drei weiteren familienpolitischen Variablen (vgl. Tab. A-5) und eine prinzipielle Datenproblematik<sup>281</sup> sei verwiesen.

Die Dauer der akademischen Ausbildung<sup>282</sup> korreliert wie erwartet negativ mit der Geburtenrate (siehe Abb. A-31). Allerdings ist der Zusammenhang insignifikant ( $r = -0,23$ ), selbst dann, wenn man den Bildungsdauer-Ausreißer Finnland ausklammert ( $r = -0,37$ ). Die These, wonach die lange akademische Ausbildungsdauer in Ländern wie Deutschland, das die zweitlängste Ausbildungsdauer aufweist, eine Mitursache für die niedrigen Geburtenraten ist, lässt sich empirisch nicht erhärten. Jedoch ist die tatsächliche durchschnittliche Ausbildungsdauer weitaus höher, als die hier verwendeten Schätzungen für typische Ausbildungsbiografien anzeigen. Für Deutschland zeigt u.a. die mikroanalytische Studie von Birg et al. (1992) den Einfluss der Ausbildungsdauer auf die Geburtenrate (vgl. auch BMFSFJ 2007b).

Die arbeitsmarktpolitischen Determinanten weisen erheblich geringere Zusammenhänge mit der Geburtenrate auf als die Familiendienstleistungsindikatoren. Dies liegt auch an der Komplexität und Heterogenität, die der internationale Vergleich der Arbeitsmärkte offenbart. Es zeigt sich, dass flexible Kündigungsschutzarrangements für die angelsächsischen Staaten zu den relativ hohen Geburtenraten beitragen, während diese Variable für die anderen Länder keinen Zusammenhang aufweist. Die Teilzeitarbeitsquote scheint nur bis zu einem Sättigungsgrad um 10 Prozent einen positiven Effekt zu haben. Trotz Datenein-

280 Operationalisiert man diese Sättigungsthese mit Dummyvariablen von 0 für die genannten sechs Länder mit Teilzeitarbeitsquoten unter 10 und 1 für die übrigen, ergibt sich ein hochsignifikanter Zusammenhang ( $r = 0,55$ ).

281 Die Datenverfügbarkeit für die öffentliche Beschäftigungsquote ist abgesehen von den Daten aus OECD 1999 begrenzt. Der Indikator öffentliche Beschäftigungsquote ist der einzige von 20 Indikatoren des zweiten Kapitels aus OECD 1999, der in der Neuauflage OECD 2001e wieder herausgenommen wurde. Die Vergleichbarkeit früherer Daten ist problematisch (vgl. Pilichowski & Türkisch 2008) und teilweise rudimentär. Die vorliegenden vergleichbaren Daten (ibid.) sind nur für 19 OECD-Staaten verfügbar. Für diese Analyse wurden auf nicht exakt den gleichen Definitionen basierende Daten zur Ergänzung verwendet (OECD 2001d, 2008a).

282 Die Daten beziehen sich auf das „typische Graduationsalter“ (vgl. OECD 2008a) für tertiäre Bildung Type A. Sie sind für 24 Länder verfügbar, es fehlen Frankreich, Belgien, Luxemburg und Südkorea.

schränkungen zeigt sich, dass die öffentliche Beschäftigungsquote in sehr hohem Zusammenhang mit der Geburtenrate steht. Ein Effekt der Ausbildungslänge lässt sich dagegen nicht nachweisen. Neben den in diesem Abschnitt betrachteten Indikatoren kann die Rolle der privaten Arbeitgeber von großer Bedeutung sein (OECD 2001a, 2005a). Die Arbeitsmarktanalyse weist auf zwei höchst unterschiedliche Wege zu hohen Geburtenraten hin – wobei beide Zitate zu Beginn dieses Abschnitts für die entsprechende Ländergruppe ihre Berechtigung finden: Auf der einen Seite gibt es den angelsächsischen Weg eines flexiblen Arbeitsmarkts mit erleichterten beruflichen Ein- und Ausstiegsmöglichkeiten für Frauen und funktionalen Äquivalenten in Form privater Kinderbetreuungsarrangements. Auf der anderen Seite charakterisiert sich der skandinavisch-französische Weg durch eine hohe öffentliche Beschäftigungsquote, die mit einem flexiblen Arbeitsangebot für Frauen und einer ausgebauten Betreuungsinfrastruktur einhergeht. In den Ländern, in denen beide Wege nicht gegeben sind, sind die Geburtenraten besonders niedrig.

### 5.15 Familiennormierendes Recht

In diesem Abschnitt werden die bezahlte Väterzeit und der steuerliche Anreiz für Zweitverdiener analysiert.<sup>283</sup> Beiden Faktoren ist gemeinsam, dass sie politisch veränderbar sind und sich auf die Familienform oder die Aufteilung von beruflicher und familiärer Arbeit zwischen den Geschlechtern auswirken. Das familiennormierende Recht ist teilweise nur indirekt und auszugsweise operationalisierbar und bleibt dadurch in vielen Studien unberücksichtigt (vgl. Kaufmann 2002:442). Bei der Transformation in Richtung eines gleichberechtigteren Geschlechtervertrags (vgl. Esping-Andersen 2003) beeinflussen sich gesellschaftlicher Wandel und rechtliche Normen gegenseitig (vgl. Coleman 2005:21, Kameran & Kahn 1997:333, siehe auch Achcar et al. 2005, Veil 2005).<sup>284</sup>

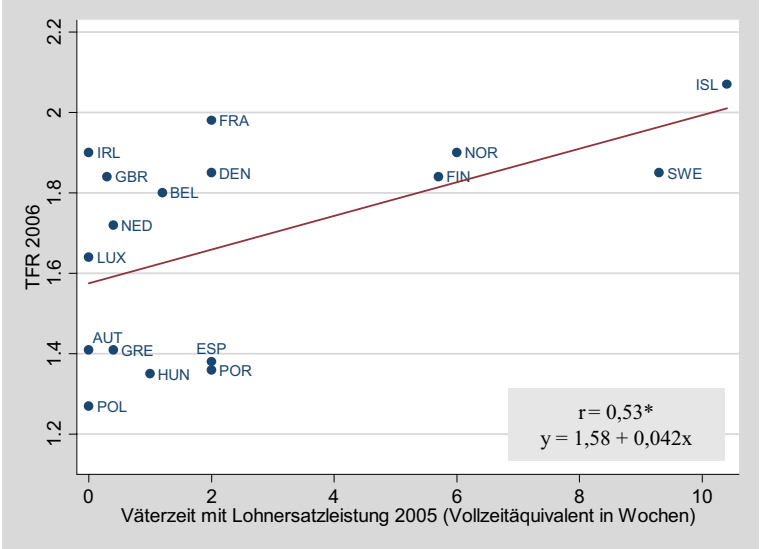
Die bezahlte Väterzeit, die sogenannten Vätermonate („Paternity leave“, vgl. OECD 2009a), werden durch die Vollzeitäquivalenz von bezahltem Vater-

283 Auf die Variable Scheidungsrecht wird hier aus Platzgründen verzichtet, nicht zuletzt weil das Abtreibungsrecht (siehe 5.7) bereits berücksichtigt wurde und theoretischen Überlegungen nach vom Scheidungsrecht eine geringe Wirkung auf die TFR zu erwarten ist, vielmehr beide Indikatoren von ähnlichen Determinanten beeinflusst werden. Ein Operationalisierungsbeispiel des Scheidungsrechts und Korrelationen zu demografischen, kulturellen und sozioökonomischen Makrofaktoren siehe Castles & Flood (1993:311), den Zusammenhang zwischen Bildungsexpansion und Scheidungsrisiko weisen Blossfeld et al. (1995) nach (vgl. auch Esser 2004, Vlaardingerbroek 2002).

284 Coleman betont, dass die Symmetrie zwischen privater und öffentlicher Geschlechtergleichheit wichtig ist. Kameran und Kahn postulieren, dass das Familienrecht dem Wandel folgt, und dass nicht die umgekehrte Wirkungskette gilt.

schaftsurlaub quantifiziert. Die Ausprägungen sind abgesehen von den skandinavischen Ländern sehr gering (siehe Abb. 5-35).<sup>285</sup> In mehreren Ländern können Elterngeldregelungen auch von Männern in Anspruch genommen werden, hier sind jedoch die ausschließlich für Männer geltenden Leistungen entscheidend, von denen ein Impuls hinsichtlich gleichberechtigter Rollenverteilung bei Kinderpflege und -erziehung erwartet wird (vgl. Büchner et al. 2006, Meuser 2007, OECD 2005, Rüling & Kassner 2007). Der Zusammenhang ist signifikant ( $r = 0,53$ ), dies beruht jedoch nur auf den skandinavischen Ländern, ohne diese dreht sich sogar das Vorzeichen ( $r = -0,01$ ). Interessant wird die Beobachtung dieser Variablen und der Veränderungsraten der TFR in den nächsten Jahren, da die exklusiven Väter- bzw. Partnerschaftsmonate ein Expansionssektor der Familienpolitik sind und neuere Einführungen wie in Deutschland seit 2007 (vgl. BMFSFJ 2008, Deutscher Bundestag 2006b) aufgrund des Daten-Publikations-Timelags noch nicht berücksichtigt werden können.

**Abbildung 5-35:** Zusammenhang Väterzeit 2005 und TFR 2006



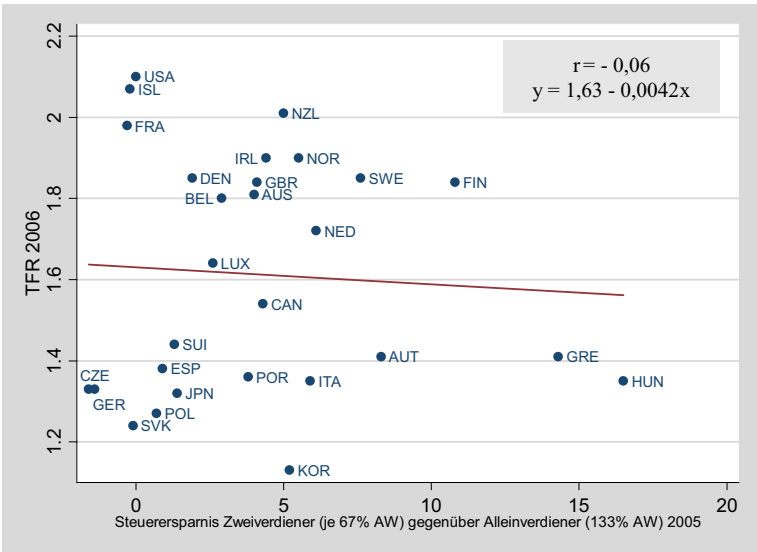
Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von OECD 2009a.

Der steuerliche Anreiz für Zweitverdiener wird ermittelt durch den Vergleich der Steuerquote eines Alleinverdieners, der ein Gehalt von einem Drittel über dem Durchschnittseinkommen hat, mit dem zweier Einkommensbezieher, die ein Gehalt von jeweils zwei Dritteln aufweisen. In beiden Modellen ist also das Brutto-

285 Die Datenverfügbarkeit ist noch gering, sie liegt bei N=17 (vgl. OECD 2009a).

einkommen gleich. Es wird angenommen, dass die Steuerersparnis der Zweiverdienerpaare gegenüber dem Alleinverdienermodell einen Anreiz für die Berufstätigkeit von Frauen darstellt. Dieser steuerliche Anreiz steht in keinem statistischen Zusammenhang mit der Geburtenrate, die Regressionsgerade verläuft fast waagerecht (siehe Abb. 5-36). Der Anreiz für Zweitverdiener ist in Ungarn, Griechenland und Finnland besonders hoch, viele Länder besteuern neutral gegenüber beiden Modellen, und in Tschechien sowie Deutschland gibt es sogar Anreize für das Alleinverdienermodell. Hypothese H-15b findet demnach keine Bestätigung: Das Muster von an Gleichberechtigung orientierten Ländern und hohen Geburtenraten, das sich bei kulturellen, institutionellen, familienpolitischen Indikatoren für die Akkomodationsphase findet, manifestiert sich nicht im Steuersystem.

**Abbildung 5-36:** Zusammenhang steuerlicher Anreiz für Zweitverdiener und TFR 2006



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von OECD 2009a.

### 5.16 Kommunikation pronatalistischer Ziele

Die Kommunikation pronatalistischer Ziele ist ähnlich wie beim familiennormierenden Recht schwer zu operationalisieren, in der Literatur wird diese Determinante kaum beachtet. Die pronatalistische Kommunikation kann in Form von der Betonung des gesellschaftlichen Wertes der Elternschaft generell, aber auch in Form einer Normierung der Drei-Kind-Familie (z. B. Frankreich) oder der Aner-

kennung von Großfamilien stattfinden. Eine solche Kommunikation, insbesondere die staatliche Anerkennung von Eltern vieler Kinder, kann kontraproduktiv sein, wenn der Reiz der Elternschaft durch unerwünschte pronatalistisch gefärbte öffentliche Kommunikation ungewollt diskreditiert wird. Um geburtensteigernd zu wirken, muss eine solche Kommunikation folglich auf dem Boden eines breiten gesellschaftlichen Konsenses fußen. Ob ein solcher Konsens vorhanden ist, hängt von den historischen Erfahrungen einer Gesellschaft ab.

Hier kommt der Faktor Politikerbe ins Spiel. In den Ländern, deren Bevölkerung eine pronatalistische Politik durch ein faschistisches Regime in der Vergangenheit erlebt hat, ist die Reaktanz auch gegenüber einem sozialpolitisch begründeten Pronatalismus hoch. Aufgrund der Bedeutung der historischen Erfahrungen einerseits und wegen der unterschiedlichen, kaum systematisch messbaren Art pronatalistischer Kommunikationsformen andererseits, wird diese Determinante zunächst durch einen Dummy operationalisiert. Länder mit Missbrauchserfahrungen pronatalistischer Politik in faschistischen bzw. autoritären Regimen sind mit 0 kodiert, alle anderen mit 1. Um den Sonderfall Frankreich zu erfassen, dessen pronatalistische Tradition auf der Attribuierung demografischer Ursachen für Kriegsniederlagen beruht (also gegensätzlich zu den Ländern mit Missbrauchserfahrungen ist), wird auch ein dreistufiger Index analysiert. Die Ergebnisse für den Dummy sind im folgenden Abschnitt jeweils zuerst angegeben, die für die dreistufige Variante sind danach in Klammern gesetzt. Die Kodierung des historischen Erbes korrespondiert überwiegend mit den Einschätzungen der Regierungen zur Höhe der Geburtenrate und zur nationalen Bevölkerungspolitik (vgl.: United Nations 1998, 2002).<sup>286</sup>

Zu Beginn des Zweiten Geburtenrückgangs und in der gesamten Diffusionsphase gibt es keinen statistischen Zusammenhang zwischen dem pronatalistischen Politikerbeindex und der TFR,  $r$  beträgt im Jahr 1971 0,06 (0,06). Wie in Hypothese H-16a erwartet, zeigt sich ein völlig anderes Bild für die Akkomodationsphase. Der Zusammenhang ist ab 1990 hochsignifikant zwischen dem pronatalistischen Politikerbeindex und der TFR, der Korrelationskoeffizient beträgt im Jahr 2006 0,46 (0,50). In sämtlichen sechs Ländern mit pronatalistischen

286 Der pronatalistische Impetus der kommunistischen Staaten ist marxistisch positiv begründet (Macura 1974), er lässt sich nicht als tief verankerte Tradition bezeichnen, jedoch auch nicht als Missbrauch wie in den mit Null kodierten Staaten. Am stärksten ist der Pronatalismus dabei in Ungarn verankert (vgl. Andorka 1978:382). Eine positive pronatalistische Tradition wie in Frankreich könnte man am ehesten Schweden attestieren, die von Myrdal in den 1930er Jahren initiierte Debatte brachte Pronatalismus mit liberaler Verhütung und der Vereinbarkeit von Beruf und Familie zusammen (vgl. Gauthier 1996b, Höhn & Schubnell 1986). Japan und Südkorea hatten auch antinatalistische Phasen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gehabt (vgl. Gauthier 1996b, United Nations 1998, 2002).

Missbrauchserfahrungen liegt die zusammengefasste Geburtenrate zwischen 1,3 und 1,4. Eine TFR von 1,98 hat dagegen Frankreich, das infolge konträrer historischer Erfahrungen eine bewusste, kontinuierliche pronatalistische Politik verfolgt (vgl. Höhn & Schubnell 1986:13ff) und diese politisch wie wissenschaftlich kommuniziert hat (vgl. Andorka 1978:351, Grant et al. 2004:77). Bei den anderen Ländern, deren politisches Erbe hinsichtlich pronatalistischer Politik relativ neutral ist, sind die Geburtenraten unterschiedlich hoch. Besonders aussagekräftig ist dieser Befund, da mit Spanien, Italien und Deutschland drei Nachbarstaaten Frankreichs höchst unterschiedliche Ausprägungen von Politikererbe und TFR haben; das Ergebnis ist nicht auf Ländergruppeneffekte zurückzuführen. Vielmehr lässt sich die Heterogenität der Fertilitätsraten innerhalb der kontinentalwesteuropäischen Staaten in der Akkomodationsphase mit diesem Indikator plausibel erklären.

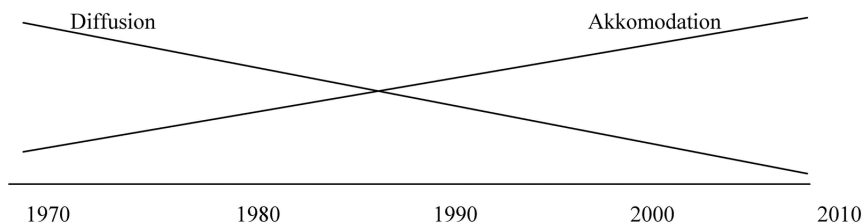
Für die nächsten Jahre gibt es Anzeichen, dass dieser Politikerbeeffect nachlässt, da die gesellschaftliche Erfahrung demografisch verursachter Probleme zunimmt, während die Missbrauchserfahrungen von Jahr zu Jahr weiter zurückliegen. Dafür spricht auch, dass der Höhepunkt der Korrelation Mitte der 1990er Jahre liegt und seitdem zwar noch auf hochsignifikantem Niveau, jedoch leicht rückläufig ist. Insofern könnte das Nachlassen dieses Faktors zu einer Konvergenz der Fertilitätsraten beitragen, und das Pronatalismuserbe könnte in einigen Jahren retrospektiv als Bremskraft einer familienpolitischen Reaktion interpretiert werden. Ob dies eintrifft, bleibt abzuwarten. Anzeichen dafür sind aber die veränderten Regierungseinschätzungen zu Fertilitätslevel und -politik zwischen 1996 und 2001 in den vier vom Politikererbe belasteten Staaten Österreich, Deutschland, Italien und Spanien (United Nations 2002).

### *5.17 Zusammenfassung und Bewertung der bivariaten Befunde*

Systematische bivariate Analysen über die gesamte Zeit des Zweiten Geburtenrückgangs von 1970 bis 2006 untermauern die theoretisch vorgenommene Differenzierung zwischen zwei Phasen. Sie zeigen anhand der Veränderung der Korrelationskoeffizienten, dass die Zusammenhänge der Geburtenrate mit vielen Variablen in den 1970er Jahren konträr zu denen seit den 1990er Jahren stehen, vielfach auf signifikantem bzw. hochsignifikantem Niveau. Die Veränderung der Zusammenhänge lässt sich relativ exakt auf die 1980er Jahre datieren, der Vorzeichenwechsel fand je nach Variable zwischen 1982 und 1988 statt. Bei Kontrastierung der nord- und südeuropäischen Ländergruppe sind die Veränderungen besonders deutlich zu sehen. Systematisch vorgenommene Jackknife-Analysen von Ländern und Ländergruppen bestätigen jedoch, dass diese Veränderungen keineswegs nur auf einzelne Ländergruppen zurückzuführen sind.

Die Welt der TFR-Determinanten hat sich also während der 1980er Jahre auf den Kopf gestellt, um Castles' Metapher (vgl. 1.2.3) aufzugreifen. Für diese höchst bemerkenswerte Transformation bietet sich eine Erklärung mit Hilfe des zweistufigen Erklärungsansatzes an: Der negative Zusammenhang von Modernisierungs- sowie Emanzipationsindikatoren mit der TFR der 1970er Jahre beruht darauf, dass diese Phase von der Diffusion des Zweiten Geburtenrückgangs geprägt war. Je moderner, liberaler und wohlhabender ein Land war und je emanzipierter dessen weibliche Bevölkerung war, desto eher hat der Geburtenrückgang eingesetzt und desto schneller hat das neue generative Verhalten breite Bevölkerungsschichten erreicht. Modernisierung, Liberalität, Wohlstand und Emanzipation sind jedoch nicht nur der Diffusion zuträglich, sie fördern auch eine adäquate politische und gesellschaftliche Anpassung an die neue Konstellation, insbesondere eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Aus diesem Grund wechselt der Zusammenhang so deutlich und auf breiter Determinantenbasis. Je stärker die internationale Variation des Zweiten Geburtenrückgangs von Unterschieden des Diffusionsprozesses geprägt ist, desto negativer ist der Zusammenhang zwischen Modernisierungs- bzw. Frauenemanzipationsindikatoren und der Geburtenrate. Sobald der Diffusionsprozess die Bevölkerungen sämtlicher Länder weitgehend erreicht hat und die Akkomodationswirkung der Diffusionswirkung überwiegt, ist der Zusammenhang positiv. Zu betonen ist nochmals, dass beide Effekte gleichzeitig anzutreffen sind und die im Zeitverlauf wechselnde Größenordnung beider Effekte die entscheidende Rolle spielt (vgl. Kap. 4, siehe Abb. 5-37).

**Abbildung 5-37:** Wirkung von Diffusions- und Akkomodationseffekten im Zeitverlauf



Für die beiden Frauenemanzipationsvariablen tertiäre Bildungsbeteiligung und Erwerbsquote sowie die beiden Modernisierungsindikatoren BIPPC und Dienstleistungsquote zeigt sich der charakteristische Vorzeichenwechsel Mitte der 1980er Jahre mit signifikanten – aber gegenläufigen – Zusammenhängen in beiden Phasen. Dieses ist die zentrale Bestätigung der übergreifenden These des Erklärungsansatzes, wonach der zweite Geburtenrückgang aus zwei höchst unterschiedlichen Phasen besteht, der Diffusions- und der Akkomodationsphase. Der

Vorzeichenwechsel findet für diese Variablen zwischen 1986 und 1988, also jeweils fast zur gleichen Zeit statt.<sup>287</sup> Auch die beiden Konfessionsquoten und das Frauenwahlrecht wirken höchst unterschiedlich in den beiden Phasen. Auch hier datiert der Vorzeichenwechsel mit 1982 und zweimal 1987 während der Zeit des im Erklärungsansatz postulierten Übergangs zwischen beiden Phasen.<sup>288</sup> Die Need-Kid-These und die familienpolitischen Indikatoren Generationenkoeffizient, Familienausgabenquote, Elterngeld, Familiendienstleistungsquote sowie Teilzeitarbeitsquote bestätigen ebenfalls die Zwei-Phasen-These: Alle diese Determinanten sind in der Akkomodationsphase signifikant oder hochsignifikant, während Anfang der 1980er Jahre das Vorzeichen gegenläufig bei insignifikantem Korrelationskoeffizienten ist.

Insgesamt weisen 14 Variablen den charakteristischen Vorzeichenwechsel zwischen 1982 und 1988 auf, außer dem Frauenwahlrecht liegen sogar alle zwischen 1985 und 1988. Hinzu kommt, dass abgesehen von zwei Variablen mit unbedeutenden Schlenkern um den Nullpunkt (BIPPC und Katholikenquote), dies in allen 14 Fällen der einzige Vorzeichenwechsel ist. Die anderen Variablen haben überwiegend entweder keine den ganzen Zeitraum abdeckende Datenbasis, insignifikante Zusammenhänge oder – wie Vorjahres-TFR, Rentenausgaben und Pronatalismus-Politikerbe – keinerlei Vorzeichenwechsel (vgl. Tab. 5-2).<sup>289</sup> Diese vielfach nachgewiesenen Vorzeichenwechsel innerhalb einer extrem kleinen Zeitspanne von nur vier Jahren und der jeweils systematische Zusammenhang davor und danach mit gleichbleibenden Vorzeichen sowie teilweise hochsignifikanten Befunden belegt klar die Zwei-Phasen-These.<sup>290</sup> Die theoretische Trennung zwischen Diffusions- und Akkomodationsphase ist hiermit bestätigt, die analytische Trennung ist für den weiteren Verlauf der Untersuchung sinnvoll und plausibel. Darüber hinaus ist sie sogar notwendig, wenn Veränderungsraten über den Zeitraum Mitte der 1980er Jahre hinweg oder ein Querschnitt innerhalb

287 Die beiden Verhütungsindikatoren wirken auch gegenteilig, was die Zwei-Phasen-These unterstützt. Jedoch sind die Operationalisierungen mit Zugangseinstufung und Verwendungsrate zu unterschiedlich, und die Bestimmung des Zeitpunkts des Vorzeichenwechsels ist aufgrund fehlender jährlicher Werte unmöglich, so dass für diese technologischen Makrofaktoren belastbare Schlüsse zur Zwei-Phasen-These nicht möglich sind.

288 Auch die politischen Rechte und die Verhütungsvariablen bestätigen bedingt die Zwei-Phasen-These: Die politischen Rechte nach Freedom House wirken nur im Verlauf der Diffusionsphase, danach ist der Zusammenhang neutral, zudem werden ab den 1990er Jahren fast alle Staaten als politisch frei eingestuft.

289 Vorzeichenwechsel außerhalb der genannten Fälle gibt es nur bei der Landwirtschaftsquote (ab 1999), der Parteiprägung und dem Systembruchdummy (je 1994).

290 Hier sei an die Entwicklung der abhängigen Variablen und die Aufteilung in zwei große Ländergruppen erinnert, wobei die eine ihr TFR-Minimum im Jahr 1985 aufweist (vgl. Tab. A-1) und beide sich von ähnlichen Niveaus 1986 (1,76 und 1,69) bis heute höchst unterschiedlich weiterentwickelt haben (+0,10 und -0,36; vgl. Tab. A-2).



der 1980er Jahre berechnet werden, da die gegenläufigen Effekte beider Phasen den Zugang zum Verständnis der Zusammenhänge überdecken.

Dieser Zwei-Phasen-Ansatz bietet ein brauchbares Fundament für den Zugang zum Verständnis der systematischen Transformation der Korrelation vieler Determinanten. Darüber hinaus stellt sich allerdings die Frage der Determinantenkonstellation und ihrer Veränderung innerhalb dieser Phasen. Für ein Verständnis der internationalen Variation der Geburtenraten ist deshalb zusätzlich eine komplexere Analyse notwendig, die das Zusammenspiel mehrerer Indikatoren innerhalb jeder dieser zwei Phasen sowie deren Dynamik berücksichtigt.

Für die multivariate Analyse im sechsten und siebten Kapitel sind die bivariaten Analysen dieses Kapitels enorm hilfreich, denn diese haben eine umfangreiche Übersicht über 51 Variablen ermöglicht (siehe Tab. 5-2). Zudem haben sie das Ausklammern einiger Variablen und eine Verdichtung auf die jeweils entscheidenden Faktoren ermöglicht. Gender-Index, Familienausgaben- und Familientransferquoten werden aufgrund inhaltlicher Überschneidungen mit anderen Variablen bei gleichzeitig hohen Interkorrelationen komplett ausgeklammert. Weitere Variablen werden aufgrund überhoher Interkorrelationen mit anderen nur ergänzend verwendet, eine gleichzeitige Berücksichtigung in multivariaten Modellen wird vermieden (vgl. Tab. A-4, A-5). Aufgrund einer zu geringen Datenbasis müssen vier Variablen ausgeklammert werden: Überbevölkerungsangst, Lohnabstand der Frauen, außerschulische Betreuung und bezahlte Väterzeit. Die Vorjahres-TFR wird aufgrund theoretischer Erwägungen und ihrer bivariaten Ergebnisse ebenfalls ausgeklammert.

Die systematischen bivariaten Analysen dieses Kapitels machen es plausibel, dass weitere zwölf Determinanten aufgrund des geringen Zusammenhangs kein großes Erklärungspotenzial innehaben: Postmaterialismus, Wachstum, Gini-Index, moderne Verhütungsquote, Abtreibungsrecht, Abtreibungsquote, Kinderlosigkeit, Frauenquote im Parlament, Rentenausgabenquote, Kinderbetreuungsgebühr, Bildungsdauer und Besteuerung des Zweiteinkommens. Diese Variablen können bei der Generierung multivariater Modelle vorerst ausgeblendet werden.<sup>291</sup> Durch dieses Vorgehen lässt sich die Reduktion einer der Komplexität des Gegenstands entsprechenden hohen Variablenzahl weitgehend ohne Kosten in Form eines Verlustes an Erklärungspotenzial erreichen. Es verbleiben mit 30 nur bzw. immerhin mehr als die Hälfte der ursprünglich 51 Variablen. Diese 30 verbliebenen, höchst erklärungskräftigen Variablen sind teilweise nur auf eine der beiden Phasen anwendbar. Das Forschungsfeld wird übersichtlicher.

291 Um diese Einschätzung zu überprüfen, wurden diese Variablen zusätzlich einzeln anhand der zentralen multivariaten Modelle (siehe Kap. 7 und 8) getestet. Wie erwartet, offenbaren sie keine nennenswerte zusätzliche Erklärungskraft.

**Tabelle 5-2:** Überblick bivariate Korrelationen der TFR mit 51 Determinanten

Variablen <sup>a</sup>	Datenbasis	Interkorrelation	Vorzeichenwechsel <sup>b</sup>	Diffusionsphase <sup>c</sup>	Akkommodationsphase <sup>d</sup>	Verwendung in Kap. 6,7 <sup>e</sup>
1a Tert. Bildung Frauen	alle		1986	<b>-0,382*</b>	<i>0,452*</i>	2P, DP, AP
1b Frauenerwerbsquote	alle	2a, 13d	1986	<b>-0,430*</b>	<b>0,652**</b>	2P, DP, AP
1c Gender-Index	21	Ausklam.			<b>0,711**</b>	-
2a Katholikenquote	alle	1b	1971, 1987	<b>-0,002<sup>f</sup></b>	<b>-0,390*</b>	2P, DP, AP
2b Protestantenquote	alle	1b,2a,13d	1987	<b>-0,171<sup>f</sup></b>	<b>0,544**</b>	2P, DP, AP
2c Religiosität	25		2000	<b>(0,499*)</b>	-0,056	AP
3a Postmaterialismus	23		1995	<b>-0,323</b>	<b>0,228</b>	(AP)
3b Need-Kid-These	23		1986	<b>0,082</b>	<b>-0,499*</b>	2P, AP
3c Überbevölkerungsangst	-					-
4a BIPP	alle	4b in AP	1988, '91, '93	<b>-0,660**</b>	<b>0,484**</b>	2P, DP, AP
4b Dienstleistungsquote	alle	D:1a,9cA:4b	1987	<b>-0,393<sup>f</sup></b>	<b>0,717**</b>	2P, DP, AP
4c Landwirtschaftsquote	24	4a	1999, '01, '03	<b>0,736**</b>	<b>-0,247</b>	DP, AP
5a Arbeitslosenquote	alle	5b in AP	häufig	<b>-0,185</b>	<b>-0,404*</b>	DP, AP
5b Jugendarbeitslosigkeit	alle				<b>-0,507**</b>	AP
5c Wachstum BIP	alle		häufig	<b>0,482*</b>	<b>0,029</b>	(DP, AP)
5d Rezessionsdummy	alle			<b>-0,059</b>	<b>0,013</b>	DP, AP
6a Gini-Index	22		häufig		<b>0,019</b>	(AP)
6b Lohnabstand Frauen	19				-0,393	-
7a Zugang mod. Verhütung	23			<b>-0,580**</b>		DP
7b Mod. Verhütungsquote	21				0,438*	(AP)
7c Abtreibungsquote	26				0,460*	(AP)
7d Abtreibungsrecht	alle				<b>0,072</b>	(AP)
8a Erstgeburtsalter	alle	häufig		<i>0,315</i>	<i>0,043</i>	DP, AP
8b Anteil Kinderlosigkeit	21	häufig		<b>0,369</b>	<b>0,092</b>	(DP, AP)
8c TFR Vorjahr	alle		immer +	<b>0,991**</b>	<b>0,991**</b>	-
8d Easterlin-Hypothese	alle				<b>-0,073</b>	-
8e Ethnische Minderheit	alle				<b>0,412*</b>	AP
9a Frauenwahlrecht	alle		1982	<b>0,050</b>	<b>-0,471*</b>	2P, DP, AP
9b Frauenquote Parlament	alle				0,349	AP
9c Politische Rechte FH	alle	4b in DP	immer +	<b>0,069<sup>f</sup></b>		DP
9d Systembruchdummy	alle		1994		<b>-0,448*</b>	AP
10a Parteipräg. Jahrzehnt	alle	10b	1994	-0,415*	<b>0,065</b>	DP, AP
10b Parteipräg. seit 1970	alle	10a			0,154	AP
11a Generationenkoeffiz.	alle		1985	<b>-0,230</b>	<b>0,609**</b>	2P, AP
11b Rentenausgaben	alle		immer -	<b>-0,351</b>	<b>-0,316</b>	AP
12a Familiengesamttausg.	alle	Ausklam.	1986	<b>-0,347</b>	<b>0,533**</b>	-
12b Familientransferausg.	alle	Ausklam.	1985	<b>-0,210</b>	<b>0,325</b>	-
12c Elterngeld	27	14c,13a DP	1988	<b>-0,345</b>	<b>0,413*</b>	2P, AP
12d Kindergeld	alle				<b>0,510**</b>	AP
13a Familiendienstleist.	alle	13b,14c	1987	<b>-0,393</b>	<b>0,572**</b>	2P, AP
13b KB-Ausgaben p. K.	alle	13a,d,14c			<b>0,658**</b>	AP
13c Kiga-Gebühr	27				<b>0,239</b>	AP
13d Kinderbetreuungsq.	27	1b,13a			<b>0,708**</b>	AP
13e Außerschul. Betreuung	17				<b>0,597*</b>	-
14a EPL	26				<b>-0,276</b>	AP
14b Teilzeitarbeitsquote	alle		1986	<b>-0,189</b>	<b>0,374*</b>	2P, AP
14c Öff. Beschäftigung	27	12c,13a,b		<b>-0,155</b>	<b>0,526**</b>	DP, AP
14d Dauer akad. Bildung	24				-0,226	AP
15a Bezahlte Väterzeit	17				<b>0,532*</b>	-
15b Steuer Zweiteinkom.	alle				<b>-0,062</b>	AP
16a Pronat. Politikerbe	alle		immer +	<b>0,061</b>	<b>0,504**</b>	DP, AP

<sup>a</sup> Für den Überblick sind hier alle Variablen abgebildet, auch die, welche für die multivariate Analyse ungeeignet sind und per se ausgeklammert werden – sei dies aus Gründen der Datenbasis oder inakzeptabler Interkorrelationen. Eingeklammerte Werte basieren auf dem statistischen Einfluss krasser Ausreißer.

<sup>b</sup> Das Jahr in der Spalte Vorzeichenwechsel ist das erste Jahr, in dem das geänderte Vorzeichen auftritt.

<sup>c</sup> Die Werte für die Diffusionsphase beziehen sich in der Regel auf das Jahr 1971, bei den Variablen 1a, 1b auf 1976, bei 5a auf 1979, bei 5d auf den Zeitraum 1970-79, 11a, 11b, 12a, 12b, 12c, 13a auf 1981, bei 2c, 3a, 3b auf 1982 und 14b auf 1984. Fette Hervorhebung bedeutet Bestätigung der Hypothese (aus bivariater Perspektive), kursive Schrift unerwartetes Ergebnis und Normalschrift partielle Bestätigung (vgl. Tab. 10-1).

<sup>d</sup> Die Werte für die Akkomodationsphase beziehen sich in der Regel auf das Jahr 2006, bei den Variablen 2c, 3a, 3b und 6a auf 2001, bei 5d auf den Zeitraum 2000-06, bei 6b, 14a auf 2004 und bei 13c, 13d auf 2005.

<sup>e</sup> 2P = Zwei-Phasen-These, DP = Diffusionsphase, AP = Akkomodationsphase. In Klammern bedeutet, dass von den Variablen kein Effekt vermutet wird und sie nur ergänzend berücksichtigt werden.

<sup>f</sup> Der Zusammenhang wird im Verlauf der 1970er Jahre deutlicher, Hinweis auf Brems- bzw. Schubwirkung.

Neben der Zwei-Phasen-These unterstützen die Daten auch fast alle bivariaten Hypothesen (vgl. auch Tab. 9-1). Nicht bestätigt haben sich die Hypothesen 2c, 8a, 10b und 15b: Religiosität, Erstgeburtssalter, langfristige Parteienfärbung und die Besteuerung des Zweitverdieners stehen in keinem Zusammenhang mit der TFR. Einige Hypothesen finden nur teilweise Bestätigung: Die Konfessionsquoten in den 1970er Jahren und der Lohnabstand der Frauen in den letzten Jahren verpassen das vorhergesagte signifikante Ergebnis; tertiäre Bildungsquote, moderne Verhütungsquote und Abtreibungsrate zeigen für 2006 statt eines insignifikant positiven einen signifikant positiven Zusammenhang.

Die bivariaten Befunde für die Diffusionsphase entsprechen auch den übergreifenden Hypothesen für Einsetzen und Diffusion des Zweiten Geburtenrückgangs: Schubkraft durch Modernisierung, Verhütungstechnologie und Frauenemanzipation bzw. Bremskraft durch katholische Prägung und unfreie Regime. Zu Beginn ist der Geburtenrückgang intensiv in den Ländern mit einem hohen Sozialprodukt pro Kopf und ausgeprägtem Dienstleistungssektor, in denen viele Frauen von der Bildungsexpansion profitieren und einer Erwerbstätigkeit nachgehen sowie moderne Verhütungsmittel verfügbar sind. Frauenemanzipations-, Modernisierungs- und Technologievariablen weisen hohe bivariate Zusammenhänge auf. Im weiteren Verlauf der Diffusionsphase wird der Zusammenhang mit allen diesen Variablen bis 1976 noch stärker. Hochinteressant ist der Befund, dass einige Variablen wie die beiden Konfessionsquoten und die politischen Rechte nach Freedom House, die bis Mitte der 1970er einen erheblichen Zusammenhang aufweisen, noch 1970 in keinerlei Zusammenhang mit der Geburtenrate stehen. Aus bivariater Perspektive zumindest lässt sich die Hypothese bestätigen, wonach katholische Traditionen und unfreie politische Systeme erhebliche Bremsfaktoren während der Diffusionsphase darstellen. Die Bremswirkung beschränkt sich dabei nicht nur auf das Einsetzen des Zweiten Geburtenrückgangs, sondern auch auf die Ausbreitung des Dienstleistungssektors.

Den Befunden dieses Kapitels nach ist in der Akkomodationsphase die Geburtenrate in den Ländern am höchsten, die eine ausgebaute Familienpolitik aufweisen und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie am besten gewährleisten. Es zeigen sich ab Anfang der 1990er Jahre hochsignifikante Zusammenhänge mit der TFR für mehrere familienpolitische Indikatoren: Je höher die Familiensozialausgaben insbesondere in Relation zu den Rentenausgaben justiert sind, je höher das Kindergeld ist, je höher die Ausgaben für Familiendienstleistungen und die öffentliche Beschäftigungsquote sind, desto höher sind Anfang des 21. Jahrhunderts die Geburtenraten. Als ebenfalls hochsignifikant erweisen sich die Determinanten Kinderbetreuungsausgaben und -quote; die Korrelationskoeffizienten sind besonders hoch, was den zentralen Stellenwert der Kinderbetreuung innerhalb der familienpolitischen Variablen belegt. Der fehlende Einfluss der Variablen Kinderbetreuungsgebühr lässt sich so interpretieren, dass die Verfügbarkeit von Kinderbetreuung entscheidender ist als die Kosten. Zumindest das erste Signifikanzniveau erreichen im Übrigen die Korrelationen der TFR mit den Variablen Elterngeld, außerschulische Kinderbetreuung und bezahlte Väterzeit. Ab Mitte der 1990er Jahre erweisen sich die Familienaushgaben für Dienstleistungen im Vergleich zu denen für Transfers als wirksamere Determinante für die Geburtenraten. Ein ebenfalls hoher Zusammenhang der TFR mit der Frauenerwerbsquote und der Dienstleistungsquote wird durch die bivariate Analyse gezeigt. Das Interkorrelationsmuster bestätigt die These, wonach die Familienpolitik als intervenierender Faktor zwischen Frauenerwerbsquote und TFR fungiert.

Ein weiterer zentraler Befund der bivariaten Analyse ist der bereits zu Beginn der 1990er Jahre auftretende hohe Zusammenhang der TFR mit den Variablen Protestantenquote, Alter des Frauenwahlrechts und pronatalistisches Politikerbe (zur Interpretation im Kontext siehe 7.3.1 und 7.4). Diese Determinanten sind zu Beginn des Zweiten Geburtenrückgangs noch neutral.

Hinsichtlich des Einflusses des Arbeitsmarkts weisen die Befunde auf zwei unterschiedliche Wege zu hohen Geburtenniveaus hin: Der angelsächsische Weg führt über flexible Arbeitsmärkte, der nordeuropäische und französische Weg über öffentliche Kinderbetreuungsdienstleistungen. Dies zeigen die EPL-Ergebnisse für die angelsächsischen Staaten und die exorbitant hohen Korrelationskoeffizienten von 0,85 für Familiendienstleistungen sowie 0,92 für Kinderbetreuung für die 22 nicht-angelsächsischen Staaten. Arbeitslosigkeit, insbesondere innerhalb der jungen Generation, Rezessionen und Erschütterungen wie durch den politischen und ökonomischen Zusammenbruch in Osteuropa nach 1989 wirken sich den bisherigen Befunden nach negativ auf die Geburtenrate aus. Das Vorhandensein einer großen ethnischen Minderheit, deren Ursprungsland sich noch in der Transitionsphase befindet, kann zum Verständnis besonders hoher TFR in diesen Ländern beitragen. Neben dem analytischen Haupterklärungs-

strang um die Akkomodation an die Frauenemanzipation scheinen also noch weitere Faktoren zu wirken.

Die Analyse dieses Kapitels zeigt auch, dass einige schlecht operationalisierbare Faktoren wie die Überbevölkerungsthese und das pronatalistische Politikerbe, die aus methodisch-pragmatischen Gründen oft ausgelassen und dadurch übergangen werden, eine zentrale Rolle einnehmen. Ebenfalls bedeutsam und oft übersehen sind auch die beiden institutionellen Faktoren Frauenwahlrecht und Freedom-House-Index.

Resümierend lässt sich sagen, dass die bivariaten Analysen im internationalen Vergleich von 28 Ländern und 37 Jahren die Zwei-Phasen-These bestätigen, wobei sich der Phasenwechsel exakt auf die Zeitspanne 1985 bis 1988 datieren lässt. Zudem bringen diese Analysen hochsignifikante Ergebnisse sowohl für die Diffusions-, als auch für die Akkomodationsphase zu Tage, die meisten der 51 bivariaten Hypothesen finden aus bivariater Perspektive Bestätigung. Daneben sind auch die für vier Variablen entgegen den Hypothesen konstatierten Nullbefunde interessant. In Kombination mit systematischen Jackknife- und Interkorrelationsanalysen untermauern die Befunde vorerst die für beide Phasen formulierten Erklärungen des zweistufigen Ansatzes aus Kapitel 4, wobei für eine fundiertere Beurteilung eine Analyse der Veränderungsraten und ein multivariates Design zwingend erforderlich sind. Umgekehrt sind für diese in den nächsten zwei Kapiteln unternommen multivariaten Regressionsanalysen die Befunde dieses Kapitels eine wichtige Voraussetzung, da sie eine Fokussierung der breit angelegten Variablenauswahl auf die entscheidenden Faktoren und die exakte Datierung des Phasenwechsels ermöglicht.

## 6 Diffusionsphase: Veränderungsratenanalyse und multivariate Erklärungsmodelle

### 6.1 Methodische Vorbemerkungen

Nachdem die bivariate Analyse die Unterteilung in zwei Phasen plausibel gemacht und zur Bestimmung des Zeitpunkts für den Phasenwechsel beigetragen hat, werden in diesem und im nächsten Kapitel diese beiden Phasen mit bivariaten Veränderungsratenanalysen und multivariaten Regressionsanalysen von Niveaudaten und Veränderungsraten untersucht. Im Folgenden werden die Auswahl der Regressionsmethode begründet und ihre Anwendungsvoraussetzungen diskutiert.

Die Methode der multivariaten Regression (u. a. Backhaus et al. 2008:51ff, Bortz 2005:448ff, Urban & Mayerl 2006, Wagschal 1999:230ff) wird verwendet, um von den im letzten Kapitel erarbeiteten bivariaten Zusammenhängen zu einem für den jeweiligen Zeitraum adäquaten Gesamterklärungsmodell zu kommen. Sie kann die Funktion – Richtung und Grad – der Beziehung von unabhängigen Variablen mit einer abhängigen Variablen mathematisch abbilden, indem die quadrierten Abstände der Datenpunkte von der Regressionsebene minimiert werden. Die Methodenauswahl hängt mit dem Forschungsbedarf und der Fragestellung dieser Untersuchung zusammen, sie ist im Kontext des gesamten Forschungsdesigns (siehe 4.2) getroffen worden. Die Methode ist geeignet, Wirkungsbeziehungen zwischen mehreren unabhängigen und einer abhängigen Variablen zu untersuchen, was adäquat für das Y-zentrierte Forschungsdesign dieser Studie ist. Die Regressionsanalyse kann den Einfluss mehrerer erklärender Variablen gegeneinander abschätzen und ein Gesamterklärungsmodell testen. Die große Bedeutung der Regressionsanalyse innerhalb der multivariaten Analyseverfahren ist auch auf ihre enorme Vielseitigkeit und Flexibilität zurückzuführen (vgl. Backhaus et al. 2008:12, Wagschal 1999:210).

Um das Potenzial dieser Methode auszuschöpfen, ist eine sinnvolle Einbeziehung der Dimensionen Zeit und Raum, aber auch der breiten Variablenbasis notwendig. Wenn man diese Technik mit Interkorrelationsanalysen kombiniert und nicht nur ein Best-fit-Modell schätzt, sondern den Einfluss relevanter Variablen in Abhängigkeit verschiedener Modellspezifikationen analysiert, lassen sich auf der Querschnittsebene die Einflussfaktoren auf die abhängige Variable – und ihre Interaktionen – gut identifizieren. Ausgehend von der bereits in Abschnitt 4.2 aufgestellten These, dass die Zusammenhänge zeitlich und räumlich differenziert sein können, sind über die Analyse einer Querschnittsregression

hinaus noch weitere Analysen notwendig. Auch hier bietet die Methode vielfältige Möglichkeiten, beide Reichweitedimensionen zu analysieren: Während bei der räumlichen Dimension durch die Vollerhebung der Gefahr des Selection Bias begegnet wird, ermöglichen Jackknife-Analysen<sup>292</sup> und die systematische Ausklammerung von Ländergruppen die Überprüfung der räumlichen Robustheit von Erklärungsmodellen. Die zeitliche Dimension lässt sich durch die Analyse mehrerer Querschnittsregressionen von Niveaudaten kombiniert mit Regressionsanalysen der Veränderungsraten gewährleisten. Dieses Vorgehen ist aufwendig, wenn beides, wie in dieser Untersuchung, in engmaschigen Abständen durchgeführt wird, jedoch lohnend. Die hier vorgenommene Anwendung der Regressionsmethode bedarf folglich einer theoretischen Konzeption (siehe Kap. 4) sowie bivariater und interkorrelativer Voruntersuchungen (siehe Kap. 5), damit sie hinsichtlich des langen Zeitraums, der räumlichen Dimension und der großen Zahl unabhängiger Variablen sinnvoll und effizient eingesetzt werden kann.

Die Wahl der Methode der Regressionsanalyse sei hier im Vergleich zu alternativen statistischen Methoden kurz diskutiert. Durch die Weichenstellung des Forschungsdesigns (vgl. 4.2) in Richtung ländervergleichende Methode mit 28 Fällen und Aggregatdaten ist die Methodenauswahl faktisch bereits eingeschränkt.<sup>293</sup> Die Entscheidung für ein Struktur-prüfendes und gegen Struktur-endeckende Verfahren wie Faktoren- oder Clusteranalyse ist darin begründet, dass durch den Zwei-Phasen-Ansatz und die Hypothesen bereits eine Vorstellung über die Zusammenhänge der Variablen vorhanden ist und es primär gilt, diese zu überprüfen. Die Faktorenanalyse<sup>294</sup> (Backhaus et al. 2008:323ff, Bortz 2005:511ff) dagegen ist geeignet, viele sich überlappende Variablen zu strukturieren und die Dimensionalität der Faktoren zu untersuchen, sie ist für Exploration und Indexbildung sehr hilfreich. Z. B. kann sie mehrere hoch interkorrelierende, mit Modernisierungsprozessen zusammenhängende Variablen durch eine

292 Jackknife-Analyse ist der Fachbegriff für das sukzessive Ausklammern einzelner Fälle, wodurch der Effekt eines einzelnen Falls auf das Gesamtergebnis kontrolliert werden kann. Bei 28 Fällen wie hier ergeben sich demnach 28 Jackknife-Modelle mit jeweils 27 einbezogenen Ländern. Weichen die Jackknife-Modelle nicht grundsätzlich vom Gesamtmodell ab, ist das Ergebnis in dieser Hinsicht robust.

293 Z. B. ist die Methode der Ereignisanalysen (u. a. Blossfeld 2007), die, wenn die Geburt als Ereignis operationalisiert wird, bei demografischen Fragestellungen Potenzial für die Identifizierung von Kausalität bei nichtinkrementalistischen Veränderungsprozessen hat (vgl. Neyer & Anderson 2008), für Makrodaten und diesen breiten Länderpool nicht möglich. Zudem erfüllen viele in Kapitel 5 hypothetisierten Determinanten nicht die Voraussetzungen in Neyer et al., da sie sich inkrementalistisch verändern (z. B. Kinderbetreuung) oder struktureller Art (z. B. Protestantenquote) sind.

294 Hier ist die explorative Variante gemeint, während die konfirmatorische, die einen Struktur-prüfenden Charakter hat, in Strukturgleichungsmodellen zur Anwendung kommt.



latente Variable Modernisierungsniveau abbilden (u. a. Blossfeld 1988:64ff). In dieser Untersuchung soll jedoch gerade auch das Verhältnis zwischen sozioökonomischer Modernisierung, Verhütungsmittelzugang, Frauenemanzipation etc. geprüft werden und inwieweit sich diese Faktoren zur Erklärung der TFR ergänzen. Die theoretischen Hilfskonstrukte der Faktorenanalyse sind inhaltlich teilweise schwer interpretierbar. Auch sind die Interkorrelationen meist noch unter dem Schwellenwert von 0,7.

Erwogen wurde die Methode der Strukturgleichungsmodelle (Backhaus et al. 2008:511ff, Bortz 2005:471ff), die Aspekte von Regressions-, Faktoren- und Pfadanalyse verbindet und komplexe Dependenzstrukturen analysieren kann. Diese Methode wurde bisher selten, jedoch durchaus überzeugend bei demografischen Fragestellungen eingesetzt (Lesthaeghe 1995). Vorteilhaft ist, dass Strukturgleichungsmodelle die Analyse mehrstufiger Kausalbeziehungen und die Berücksichtigung mehrerer abhängiger Variablen ermöglichen. Dadurch könnten beispielsweise familienpolitische Maßnahmen nicht nur als unabhängige, sondern auch als abhängige bzw. endogene Variable untersucht werden (vgl. Abb. 7-7). Die weniger komplexe Regressionsanalyse wurde gleichwohl dieser Methode vorgezogen, da ein Schwerpunkt auf die zeitliche Entwicklung der Determinanten gesetzt werden sollte und dafür die Vergleichbarkeit der Modelle mehrerer verschiedener Jahre und Zeitabschnitte gewährleistet sein muss.<sup>295</sup> Aufbauend auf dieser Untersuchung, v. a. hinsichtlich des Pfadmodells und der Auswahl der Jahre auf dem Scheitelpunkt beider Phasen, wäre eine Analyse mit Strukturgleichungsmodellen gewinnbringend.

Ebenfalls erwogen wurde die gepoolte Quer- und Längsschnittanalyse (PTS), die – aus der Ökonometrie kommend – seit gut zwei Jahrzehnten vielfach in den Sozialwissenschaften und auch bei Fertilitätsanalysen (u. a. Adsera 2004, d’Addio & d’Ercole 2005, Gauthier & Hatzius 1997) verwendet wird. Ihr großer Vorteil bei komparativen Länderanalysen, die das Problem geringer Fallzahlen aufweisen, ist die diachrone Zerlegung, so dass sich vereinfacht gesagt die Fallzahl durch die Multiplikation von Ländern und Jahren vervielfacht. Daneben ermöglicht diese Methode die gleichzeitige Analyse von Variablen, die nur in der Zeit- bzw. in der Länderdimension variieren, und sie kann unterschiedliche Wirkungen in beiden Dimensionen identifizieren. Dieses sind erhebliche methodische Vorteile. Gegen die Verwendung dieser Methode sprechen allerdings drei Gründe: Die Erhöhung der Fallzahl hat den „Charakter eines Danaergeschenks“ (Kittel 2005:114), da meist eine hohe Autokorrelation zwischen den Zeitpunkten besteht. Dem lässt sich zwar durch entsprechende Spezifikationen begegnen, jedoch handelt man sich dabei erhebliche Nachteile ein. So geht die Methode der

295 Auch sollte nicht auf latente Variablen zurückgegriffen werden (s. o.), und die hohe Variablenzahl ist durch die Kombination mehrerer Regressionsmodelle besser zu begegnen.



ersten Differenzen mit Verlust von Informationen zum Niveau einher. Bei der hier vorgenommenen Untersuchung käme erschwerend hinzu, dass die abhängige Variable zeitverzögert operationalisiert wird. Ein zweiter Grund liegt in der Datenstruktur. Daten unterscheiden sich danach, ob sie individuell zurechenbar sind oder nicht (Widmaier 1997) bzw. ob es sich um aggregierte Variablen oder Variablen mit Strukturkonstanz handelt (Schmidt 1995:342). Letztere variieren im Zeitverlauf kaum, wodurch sie sich für PTS weniger eignen. Kittel differenziert dazu die Struktur- bzw. Systemvariablen zwischen Makrostrukturen (Institutionen, Kultur) und kollektiven Handlungen (Staatstätigkeit) und verdeutlicht die unterschiedliche Veränderungshäufigkeit dieser drei Variablentypen (Kittel 2009:283, vgl. 2005:100, 2006:658).<sup>296</sup> In dieser Untersuchung spielen mehrere Strukturvariablen eine zentrale Rolle. Der dritte Grund ist ein pragmatischer: Für mehrere Variablen sind entsprechende Zeitreihen nicht verfügbar.

Die Auswahl zwischen PTS und Querschnittsregressionsanalyse ist schlussendlich eine Kosten-Nutzen-Abwägung. Es ist zu konstatieren, dass viele Probleme dieser Methode hinsichtlich der erwähnten Autokorrelation, aber auch hinsichtlich der Nichtstationarität der Variablen und der Heteroskedastizität der Residuen durch entsprechende Spezifikationen kontrollierbar sind. In Hinblick auf das Problem überkonfidenter Ergebnisse haben sich Standards wie die Lagged Dependent Variable (LDV) für das Problem der seriellen Korrelation und die panel-korrigierte Schätzung der Standardfehler (PCSE) etabliert (Beck & Katz 1995); auch ermöglichen Fixed-Effects-Spezifikationen die Konstanzhaltung von nicht durch unabhängige Variablen abgebildete Effekte von Ländern bzw. Jahren (u. a. Green et al. 2001). Darüber hinaus gibt es inzwischen eine Vielfalt an Spezifikationsvarianten, deren jeweiliger Auswahl eine erhebliche Bedeutung zukommt (vgl. Plümper & Tröger 2009) – aber auch grundsätzliche Kritik (u. a. Kittel 2006, vgl. Jahn 2009b:176). Wie wichtig die Auswahl der Spezifikationen ist, verdeutlichen die je nach Spezifikation teilweise erheblich unterschiedlichen Ergebnisse (Kittel 2006:650), die die oftmals propagierte Robustheit der Ergebnisse infrage stellen. Das Problem fehlender Robustheit zeigt sich jedoch nicht nur bei der Spezifikationsauswahl bei PTS, sondern auch bei anderen Methoden abhängig von Entscheidungen des Forschungsdesigns, insbesondere bei der Festlegung der Fälle, des Zeithorizontes und der berücksichtigten Variablen. Insofern kann diesem Problem durch eine fundierte methodische Begründung und die Berechnung alternativer Spezifikationen zumindest partiell begegnet werden (vgl. u. a. Wolf 2006). Durch die Art einzelner Spezifikationen und die (teilweise) variiierenden Befunde je nach Schätzmodell ist die Interpretation jedoch erschwert.

296 Kittel formuliert eine grundsätzliche Kritik einer problematischen epistemologischen Fundierung, die v. a. politische Variablen betrifft. „(...) this road is closed for macro-level characteristics of social systems.“ (ibid.:647).

Der Nutzen der hohen Fallzahl bei PTS ist zwar immens, aber aufgrund der Fallzahl von  $N=28$  ist hier die Berechnung von Querschnittsregressionen auch vertretbar. Zudem versucht das Forschungsdesign, eine Analyse der Zeitdimension zu gewährleisten. Die Vorteile der PTS werden geringer als die Kosten eingeschätzt, denn viele für den Erklärungsansatz in 4.1 relevante Variablen müssten wegfallen, da sie nicht in Zeitreihen verfügbar oder im Zeitverlauf invariant sind. Zudem wäre die Interpretierbarkeit der Ergebnisse durch die notwendigen Spezifikationen beeinträchtigt.<sup>297</sup>

Nach der Begründung der Methodenauswahl werden im Folgenden Voraussetzungen und Probleme von multivariaten Querschnittsregressionen und der Umgang damit diskutiert. Die statistischen Probleme betreffen Multikollinearität, Heteroskedastizität und Ausreißer, aber auch Signifikanztests (vgl. Backhaus et al. 2008, Bortz 2005, Urban & Mayerl 2006, Wagschal 1999). Aspekte des Forschungsdesigns umfassen Variablenauswahl und Datenqualität, Fallauswahl, Zeitdimension und theoretische Fundierung (vgl. Kittel 2009, Schmidt 1995, 1997, Widmaier 1997).

Um dem Problem der Multikollinearität<sup>298</sup> zu begegnen, wird bei Interkorrelationen oberhalb von 0,7 (vgl. Wagschal 1999:237, Widmaier 1997:114, siehe auch Schmidt 2004:464) in sämtlichen dargestellten Modellen eine der entsprechenden Variablen ausgeschlossen. Die Interkorrelationsmatrix (siehe Tab. A-4, A-5, A-6, A-20) für jede mögliche Variablenkombination – sowohl innerhalb der Diffusions- als auch innerhalb der Akkomodationsphase – weist nicht nur auf diese überhöhen Interkorrelationen hin, sondern ist auch bei der Modellbildung und der Identifizierung von Clustern aufschlussreich. Um zusätzlich die Übersicht für den Leser zu erleichtern, sind einige überhoch interkorrelierten Variablen bereits ad hoc für die multivariaten Analysen ausgeklammert,<sup>299</sup> so dass v. a. auf den nicht gleichzeitigen Modelleinbezug überhoch korrelierter Variablen des Clusters Protestantenquote, Frauenerwerbsquote und Kinderbetreuungsquote

297 Für die Analyse nur von Policyeffekten (vgl. 1.2.4), insbesondere monetären Maßnahmen, kann die Kosten-Nutzen-Abwägung positiver ausfallen, insbesondere ergänzend zu Querschnittsregressionen. Jedoch ist der Wegfall zentraler Kontextvariablen zu beachten, ebenso die erheblichen Implikationen für die theoretische Mikrofundierung. Auch unterscheidet sich der Wirkmechanismus gradueller Veränderungen in der Betreuungsinfrastruktur auf die TFR des Folgejahres gegenüber monetären Veränderungen.

298 Multikollinearität ist der statistische Fachausdruck für die Interkorrelation zwischen unabhängigen Variablen in einem Modell. Ist diese zu hoch, sind T-Werte und Signifikanztests nicht mehr sinnvoll interpretierbar.

299 Dies gilt für den Gender-Index und mehrere familienpolitische Variablen (vgl. Tab. 6-2). In diesen Fällen ist die Verwendung der Variablen entbehrlich, da jeweils adäquate alternative Variablen verbleiben, um die der Arbeit zugrunde liegenden Hypothesen zu überprüfen.

sowie des Modernisierungsclusters BIPPC, Landwirtschafts- und Dienstleistungsquote geachtet werden muss.

Das Problem der Heteroskedastizität<sup>300</sup> der Residuen führt zu ineffizienten Schätzern und verletzt eine Grundannahme der Regressionsanalyse, wonach die Varianz der Residuen konstant ist. Dieses Problem tritt häufig bei Querschnittsregressionen auf (Wagschal 1999:239). Neben mathematischen Testverfahren wie White-Test und Goldfeld-Quandt-Test lässt sich Heteroskedastizität auch grafisch an der typischen Keilform der Residuen feststellen. Hier wird die grafische Variante gewählt, um die Annahme der Homoskedastizität für jedes Basismodell zu überprüfen, hierzu werden die Residuen gegenüber der abhängigen Variablen abgebildet.

Ein weiteres Problem kann durch Ausreißer verursacht werden. Je kleiner die Fallzahl, desto wahrscheinlicher ist, dass einzelne abweichende Fälle einen überproportionalen Einfluss auf die statistischen Ergebnisse ausüben. Die Methodik der Jackknife-Analysen wird in dieser Untersuchung konsequent angewendet. Hierbei werden die Ergebnisse sämtlicher Basismodelle durch sequenzielle Ausklammerung einzelner Untersuchungsfälle überprüft. Jackknife-Analysen für ein multivariates Modell implizieren bei  $N=28$  folglich 28 Jackknife-Modelle. Um die Robustheit der Ergebnisse zusätzlich abzusichern, werden auch die einzelnen sechs Ländergruppen sequenziell ausgeklammert. Weichen die Kernaussagen dieser Modelle nicht von denen des Gesamtmodells ab, ist sichergestellt, dass die Ergebnisse nicht auf spezifische Muster einer bestimmten Ländergruppe (oder eines einzelnen Landes) zurückzuführen sind. Zudem offenbaren die Streudiagramme der Residuen, aber auch die bivariaten in Kapitel 5 (ein krasses Ausreißerbeispiel siehe Abb. A-13), Vorhandensein und Grad von Ausreißern.

In der Literatur umstritten ist die häufige (und gelegentlich unreflektierte) Verwendung von Signifikanztests bei Vollerhebungen, da Signifikanztests auf der Annahme einer Zufallsstichprobe beruhen (vgl. u. a. Behnke 2007, Broscheid & Gschwend 2003, Ebbinghaus 2009:197f, Kittel 2009:290ff). Auch wenn die hier vorliegende Vollerhebung keine Stichprobenfehler aufweist, ist die Annahme, dass die Daten durch stochastische Prozesse wie Messfehler beeinflusst sind, plausibel (vgl. Broscheid & Gschwend 2003:21). Zudem erscheint die Alternative, das Weglassen von Signifikanztests, wenig hilfreich. Ihre Interpretation ist hinsichtlich der Relation von Parameterschätzwert und Schätzfehler sinnvoll, nicht jedoch als Rückschluss auf übergeordnete Grundgesamtheiten. Jedoch sollte, auch wenn Signifikanztests bei Vollerhebungen als Konvention gelten, ein signifikantes nicht mit einem gesicherten Ergebnis verwechselt werden, zu sehr sind die Ergebnisse von den Modellspezifikationen abhängig. Je nach Spezifika-

300 Der aus dem Griechischen stammende Fachbegriff Heteroskedastizität bedeutet ungleiche Streuung und bezieht sich auf die Residuen (Störterme).

tion von Fällen, Zeitpunkt und Variablen können sich die Signifikanzniveaus der partiellen und des gesamten Koeffizienten ändern. Hinsichtlich dieser Punkte wird die Robustheit der Modelle jeweils diskutiert.

Von zentraler Bedeutung ist die Variablenauswahl. Hier wird eine sehr breite Auswahl unabhängiger Variablen vorgenommen, um potenziell relevante Variablen, auch intervenierende und Cluster, zu identifizieren und den „Omitted-Variable-Bias“ (vgl. Jahn 2009b:182) bzw. den Spezifizierungsirrtum (Wagschal 1999:222) zu vermeiden. Beispielsweise ist die Analyse des Effekts familienpolitischer Variablen ohne den kulturellen, institutionellen, sozioökonomischen Kontext nur unzureichend. Der Umgang mit der hohen Zahl erklärender Variablen (ca. 50 für 2006) wird durch das mehrstufige Forschungsdesign (siehe 4.2) und die theoretische Fundierung (siehe 4.1) erleichtert. Die Strategie, den Effekt der zentralen Variablen durch Darstellung und Diskussion alternativer Basismodelle und den der weiteren Variablen durch sukzessive Inklusion in das Basismodell aufzuzeigen, ermöglicht einen sinnvollen Trade-off zwischen Pragmatismus und Ausschöpfung der Informationsbreite. Dadurch konnte die Anzahl der Regressionsrechnungen im vierstelligen und die der dargestellten Modelle im dreistelligen Bereich gehalten werden. (vgl. Sala-I-Martin 1997). Aufgrund der mittleren Fallzahl wird auf Modelle mit mehr als fünf unabhängigen Variablen (Basismodelle vier) verzichtet. Begrenzt ist die Variablenauswahl grundsätzlich durch die Datenverfügbarkeit. Diese ist für Fragestellung, Länderpool und Zeitraum weitestgehend gut – mit der Einschränkung, dass vergleichbare familienpolitische Daten bis vor wenigen Jahren nur lückenhaft vorhanden sind. Bei den bekannten Problemen der Datenmessung und -definition (vgl. Kittel 2009:284ff) ist es wichtig, dass Messfehler nicht systematischer Natur sind, da solche die Analyse verzerren können. Allerdings ist die Annahme plausibel, dass bei Querschnittsregressionen – anders als bei PTS – das Ausmaß von Messungenauigkeiten verglichen mit der Variation zwischen den Ländern gering ist und die Koeffizientenschätzer kaum von Messproblemen determiniert werden. Voraussetzung für die inkludierten Variablen bei Regressionsanalysen ist, dass sie metrische Skalierung vorweisen. Dies ist meistens der Fall. Bei nominal- oder ordinalskalierten Variablen wird die Dummy-Variablen-Technik angewendet, die diese Variablen in binäre, metrisch analysierbare umwandelt (vgl. Backhaus et al. 2008:55, Urban & Mayerl 2006:276ff).<sup>301</sup>

Die Analyse verfolgt das Ziel, Gesetzmäßigkeiten aufzudecken, wobei die Validität sich streng genommen nur auf den hier berücksichtigten Zeitraum und die

301 Die Variablen Freedom-House-Index und Verhütungszugang sind, um die Breite der Information auszuschöpfen, mit mehrstufiger Ausprägung verwendet worden, zusätzlich zur Überprüfung der Modelle aber auch mit Dummys (vgl. Tab. A-19). Die Unterschiede zwischen beiden Varianten sind gering.

ausgewählten Länder bezieht, da die Zusammenhänge in beiden Dimensionen, v. a. in der Zeitdimension, variieren (vgl. Schmidt 1997:220).<sup>302</sup> Auch deswegen ist das Forschungsdesign für beide Dimensionen möglichst breit angelegt. Die Fallauswahl ist eine Vollerhebung aller in dieser Zeit vom Zweiten Geburtenrückgang betroffenen OECD-Länder. Die Auswahl einer für diese Fragestellung vergleichsweise großen Fallzahl von N=28 gewährleistet selbst bei Einbezug von vier erklärenden Variablen, dass die Zahl der Freiheitsgrade genügend groß ist, um stabile Regressionsgleichungen zu erhalten (vgl. 4.2). Bei den Regressionen für die Diffusionsphase liegen für essenzielle Variablen wie BIPPC und moderne Verhütungsmittel nicht für alle 28 Länder Daten vor, so dass einige Länder (Osteuropa) ausgeschlossen werden müssen, jedoch sind auch hier die Freiheitsgrade ausreichend. Ab 1990 kann auf die wenigen Variablen, deren Daten nicht für alle Fälle verfügbar sind, aufgrund der sonst umfassenden und vollständigen Datenverfügbarkeit verzichtet werden, so dass N hier bei 28 liegt.

Der Zeitraum vom Beginn des Zweiten Geburtenrückgangs bis zum gegenwärtigsten Jahr 2006 ist ebenfalls groß und zudem in systematischen, engmaschigen Abständen analysiert. Die kombinierte Analyse von Querschnittsniveaudaten und Veränderungsraten hat sich vielfach bewährt (u. a. Castles 1998, 2004, Schmidt 1982, 1993). Die Auswahl der untersuchten Querschnitte und Phasen ist theoriegebunden und baut auf der bivariaten Analyse des vorigen Kapitels auf. Während das nachgewiesene systematische Muster des Zusammenhangswechsels – aufgrund des Jahres des Vorzeichenwechsels – den Phasenwechsel auf die Zeitspanne von 1985 bis 1988 verorten lässt, wird für die Operationalisierung ein bestimmtes Jahr als Wendepunkt festgelegt. Aufgrund der Betrachtung von Medianwert, Modalwert und dem arithmetischen Mittel ist die Auswahl des Jahres 1986 für die abhängige Variable TFR plausibel, was aufgrund der um ein Jahr zeitverzögerten Operationalisierung für die unabhängigen Variablen dem Jahr 1985 entspricht.<sup>303</sup> Da Zusammenhänge zwischen Niveauvariablen die Dynamik von Veränderungen nicht vollständig erfassen, werden auch Veränderungsraten analysiert. Bedingung für einen sinnvollen Einsatz der Veränderungsraten ist ihre Analyse innerhalb der beiden Phasen, nicht jedoch über den Phasenwechsel

302 Das identifizierte langfristige Erklärungsmuster lässt sich möglicherweise auch räumlich und zeitlich weiter ausdehnen, das werden weitere Analysen von zukünftigen Entwicklungen zeigen. Einiges spricht dafür.

303 Der Modalwert liegt bei 1986, in diesem Jahr hatten fünf der 14 Variablen erstmals ein zum Vorjahr geändertes Vorzeichen, 1987 waren es vier, 1985 und 1988 zwei und 1982 eine. Da jeweils über die Hälfte der Jahreszahlen größer oder gleich bzw. kleiner oder gleich 1986 sind, ist dies auch der Medianwert. Das arithmetische Mittel beträgt 1986,14 Jahre.

hinweg.<sup>304</sup> Dies wird in Abschnitt 6.2 bivariat für die gesamte Diffusionsphase 1971-1986 und für drei jeweils fünfjährige Subperioden und in 7.1 für die Akkomodationsphase 1986-2006 und für die beiden zehnjährigen Subperioden vorgenommen. Bei den multivariaten Analysen werden sowohl Niveaudaten als auch Veränderungsraten untersucht.

Weil für die Operationalisierung von Veränderungsraten die Daten mehrerer Jahre benötigt werden, ist die verfügbare Variablenzahl geringer als bei der Niveaudatenanalyse. Da die abhängige Variable um ein Jahr zeitverzögert operationalisiert wird, beziehen sich die Bezeichnungen auf die Jahreszahl der TFR, beispielsweise wird deren Veränderung von 1971 bis 1976 mit der Veränderung der unabhängigen Variablen zwischen 1970 und 1975 verglichen. Auch wenn in diesem Abschnitt die abhängige Variable immer und die unabhängigen Variablen meistens als Veränderungsraten operationalisiert sind, macht es in wenigen Fällen Sinn, die unabhängige Variable als Niveaugröße mit der Veränderung der Fertilitätsraten in Bezug zu setzen. Dies gilt für die Variablen Protestantenquote, Katholikenquote, Verhütungszugang, TFR des Phasenbeginns, Frauenwahlrechtalter und Pronatalismuserbe.<sup>305</sup> Bei der Variablen BIPPC ist die Verwendung der prozentualen Veränderung plausibler als die absolute, da diese bei hochentwickelten Staaten oft höher ist als bei Nachzüglern, bei denen wiederum das prozentuale Wachstum höher ist. Deshalb werden von beiden Indikatorvarianten gegensätzliche Vorzeichen erwartet.<sup>306</sup>

Eine kaum zu überschätzende Komponente der empirischen Analyse ist die theoretische Unterfütterung, insbesondere die Fundierung des postulierten Zusammenhangs auf Mikroebene (vgl. Kittel 2006:654). Das theoretische Fundament ist nicht nur für die Variablenauswahl und das gesamte Forschungsdesign, sondern auch für die Generierung von Basismodellen und alternativen Regressi-

304 Während die Analyse von Subperioden meistens zur Überprüfung der temporalen Stabilität der Parameter und zusätzlich zur Gesamtperiode vorgenommen wird (vgl. Obinger 2003:134ff), entspricht die Zwei-Phasen-Aufteilung des Forschungsdesigns der in Kap. 5 skizzierten These der gegenläufigen Effekte, es wird keine Gesamtperiode untersucht. Innerhalb jeder der beiden Phasen werden auch Subperioden hinsichtlich temporaler Stabilität analysiert.

305 Dass der methodische Grundsatz „Veränderungsraten nur mit Veränderungsraten zu vergleichen“ in diesen Fällen nicht greift, sei hier am Beispiel der Protestantenquote plausibel gemacht: Der Vergleich der abgesehen von Südkorea minimalen Veränderungsraten der Konfessionsquoten mit den erheblichen Veränderungen der TFR macht inhaltlich keinen Sinn. Welchen Einfluss sollte beispielsweise der Rückgang der Katholikenquote in Spanien von 99,5 auf 96,2 Prozent auf die TFR haben? Der Einfluss der (in Niveaudaten quantifizierten) katholischen bzw. protestantischen Prägung auf die Veränderung der TFR innerhalb der Diffusionsphase 1971-1986 macht inhaltlich dagegen Sinn.

306 Um dem Leser die Möglichkeit der Betrachtung beider Werte zu geben, sind beide Varianten im Folgenden dargestellt. Im Text interpretiert wird jedoch nur die nach Auffassung des Verfassers plausiblere Variable prozentuales BIPPC-Wachstum.

onsmodellen zentral. Regressionsanalysen schätzen meist linear-additive Modelle, was impliziert, dass alle unabhängigen Variablen unabhängig und additiv auf die abhängige wirken. Der zweistufige Erklärungsentwurf geht – wie die meisten komplexen makrosozialen Phänomene – von Interaktionen zwischen den Variablen aus, die im Zeitverlauf dynamisch sind. Dem wird durch die Kombination aus Interkorrelationsanalyse, der Betrachtung der Veränderung der partiellen Koeffizienten in alternativen Modellen und dem systematischen Vergleich im Zeitverlauf Rechnung getragen.

Bei der Modellgenerierung wird der „Prämisse der Sparsamkeit von empirischen Modellen“ (Wagschal 1999:233) gefolgt. Dazu werden potenzielle Regressoren, deren erklärte Varianz sich theoretisch und empirisch überschneidet, im Vorfeld der Modellgenerierung systematisch analysiert, um zu schlanken Modellen zu gelangen, so dass erstens der Standardfehler nicht inflationiert wird, zweitens der korrigierte Determinationskoeffizient sich nicht zu stark vom Wert des unkorrigierten entfernt und drittens die Interpretation des Modells für den Leser erleichtert wird. Auch werden keine zeitverzögerten TFR-Werte als unabhängige Variable aufgenommen, da dadurch gewonnene hohe  $R^2$ -Werte nur geringen Erkenntnisgewinn bergen.<sup>307</sup> Die präsentierten Basismodelle für die einzelnen Jahre und Zeiträume sind so ausgewählt, dass die Anpassungsgüte bei geringer Variablenzahl (in der Regel vier) möglichst groß ist. Dabei werden zum einen alternative Basismodelle generiert sowie ihre theoretischen Implikationen diskutiert und zum zweiten – wie in vielen Publikationen üblich – das Basismodell sukzessive in Kombination mit den einzelnen anderen Variablen überprüft. Bei letzterem wird für jede Variable systematisch sichtbar gemacht, inwieweit sich die gesamte erklärte Varianz<sup>308</sup> erhöht und welchen Einfluss sie auf die partiellen Koeffizienten, die Standardfehler und die Signifikanzniveaus der Variablen des Basismodells hat. Dieses Vorgehen birgt jedoch die Gefahr der Fixierung auf eine bestimmte Variablenauswahl. Inhaltlich besonders interessant ist die Diskussion alternativer Basismodelle, da nicht selten die theoretischen Zusammenhänge zwischen den von Basis- zu Alternativmodell ausgetauschten Variablen von erheblichem Forschungsinteresse sind. Sie haben den Vorteil, den

307 Die Vorjahres-TFR liegen mit 0,98 auf exorbitantem Niveau. Denkbar wäre der Einbezug der Babyboom-Intensität durch den TFR-Wert von 1960 für die Analyse von 1970 oder 1980, jedoch wäre der Erkenntniswert zu gering, und die Maximierung des Determinationskoeffizienten ist kein Wert an sich (vgl. Urban & Mayerl 2006:109ff). Zudem wird die Entwicklung der Geburtenraten adäquater durch die Einbeziehung der Veränderungs-raten als AV berücksichtigt.

308 Der Begriff „potenziell erklärte Variation“ ist hier gewählt, um zu verdeutlichen, dass streng genommen für den Begriff „erklärte Variation“ neben dem Determinationskoeffizienten eine theoretische plausible Darstellung des Kausalmechanismus Voraussetzung ist (vgl. Wolf 2007:159). Zur Verbesserung der Lesbarkeit (und auch der Konvention folgend) wird im Folgenden auf das relativierende Adjektiv verzichtet.



Blickwinkel nicht unnötig zu verengen. Auch weisen sie gelegentlich auf Modelle, bei denen mit der gleichen Variablenzahl eine ähnlich hohe Zusammenhangsstärke erreicht wird, wodurch auch Cluster identifiziert werden können (siehe v. a. 7.3.1). Um die für die Argumentation erforderlichen statistischen Ergebnisse im Text zu haben, ihn gleichzeitig aber lesbar zu gestalten und nicht zu sehr mit Zahlen zu überfrachten, werden die ausgewählten Modellvarianten im Text und die schematische sukzessive Inklusion sämtlicher Variablen zum Basismodell im Anhang aufbereitet.

Bei der Darstellung der multivariaten Regressionsmodelle sind im Folgenden jeweils mehrere Informationen zu finden. Hinsichtlich des Gesamtmodells sind dies die Konstante, die Fallzahl  $N$ , der Determinationskoeffizient  $R^2$  und der korrigierte  $R^2_{\text{korrt}}$ , die beiden letzteren gegebenenfalls mit Hinweis auf das Signifikanzniveau.<sup>309</sup> Für jede im Modell berücksichtigte unabhängige Variable steht links in der Modellspalte der nicht standardisierte partielle Regressionskoeffizient  $b$ , darunter in Klammern der Standardfehler sowie der Hinweis auf das Signifikanzniveau und rechts der standardisierte partielle Regressionskoeffizient  $\text{Beta}$ .<sup>310</sup> Sämtliche Berechnungen wurden mit der Statistiksoftware STATA 10 durchgeführt.

309 Es sei nochmals erinnert, dass „\*“ ein Signifikanzniveau  $\leq 95\%$  und „\*\*\*“  $\leq 99\%$  signalisieren.

310 Für den nicht mit der multivariaten Regressionsmethodik vertrauten Leser seien hier die Messzahlen kurz erläutert (eine ausführliche und gut verständliche Darstellung siehe Wagschal 1999): Die Konstante gibt an, wie hoch die TFR (bzw. ihre Veränderungsrate) ist, wenn alle unabhängigen Variablen (UV) den Wert Null haben (dies kann z. B. beim Frauenwahlrechtalter zu irrealen Werten führen).  $R^2$  gibt an, wieviel Prozent der Varianz der abhängigen Variable durch die unabhängigen Variablen (potenziell) erklärt werden.  $R^2_{\text{korrt}}$  ist der korrigierte Determinationskoeffizient, der die Anzahl der unabhängigen Variablen berücksichtigt; je mehr UV, desto größer ist der Unterschied zwischen beiden Koeffizienten. Der nicht standardisierte partielle Regressionskoeffizient  $b$  gibt die Steigung an, d. h. wie hoch die TFR ansteigt, wenn die entsprechende UV um eine Einheit steigt und alles andere konstant bleibt. Der standardisierte partielle Regressionskoeffizient  $\text{Beta}$  gibt den Wert der Regressionskoeffizienten nach einer Standardisierung der Werte durch eine z-Transformation und eine anschließende Regressionsschätzung an. Diese  $\text{Beta}$ -Koeffizienten verdeutlichen, wie groß der Einfluss einer Variablen in Relation zu den anderen UV auf die abhängige Variable ist. Die partiellen Koeffizienten unterscheiden sich von Modell zu Modell entsprechend der Zusammensetzung der UV, sehr geringe  $\text{Beta}$ -Werte legen eine Reduzierung des Modells um die entsprechende Variable nahe. Forschungspragmatisch sind die  $\text{Beta}$ -Werte enorm hilfreich, ihre Interpretation ist jedoch nicht unproblematisch (ibid.:234).



## 6.2 Bivariate Analyse der Veränderungsraten

In diesem Abschnitt werden die Veränderungsraten der gesamten Diffusionsphase 1971-1986 und der drei fünfjährigen Subperioden beleuchtet (siehe Tab. 6-1).

**Tabelle 6-1:** Korrelationen der Veränderungsraten innerhalb der Diffusionsphase

Variablen (und ihr Zusammenhang mit der TFR)	Datenbasis	V 1971-1986 Hauptperiode	V 1971-1976 Subperiode 1	V 1976-1981 Subperiode 2	V 1981-1986 Subperiode 3
1b Frauenerwerbspotenzial	24	-	0,102	-	-
2a Katholikenquote	alle	0,015	0,293	-0,185	-0,252
2b Protestantenquote	alle	0,162	-0,113	0,197	0,379(*)
4a BIPPC absolut	24	0,689**	0,369	0,565**	0,700**
4aa BIPPC prozentual	24	-0,647(**)	-	-	-
4b Dienstleistungsquote	25	-0,238	0,134	-0,132	-0,694**
4c Agrarwertschöpfungsq.	22/3	0,795*(*)	0,083	0,361	0,492(*)
7a Zugang mod. Verhütung	23	0,576*(*)	0,107	0,556*(*)	-
8b Kinderlosenquote	17/21	0,258	0,109	0,355	0,258
8c TFR 1970	alle	-0,912**	-0,669**	-	-
9a Frauenwahlrecht	alle	-0,200	-0,032	-0,103	-0,325
9c Politische Rechte FH	alle	0,219	-0,188	0,504(**)	0,364
11a Generationenkoeffiz.	22	-	-	-	-0,021
12a Familienausgabenq.	23	-	-	-	-0,012
12b Familientransferquote	23	-	-	-	-0,106
12c Elterngeld pro Kopf	22	-	-	-	0,334
13a Familiendienstleist.	23	-	-	-	0,111
13b KB-Ausgaben p. K.	21	-	-	-	0,474(*)
16a Pronat. Politikerbe	alle	0,119	-0,158	0,439(*)	0,156

Quelle: Eigene Berechnungen, Datenbasis siehe Kapitel 5.

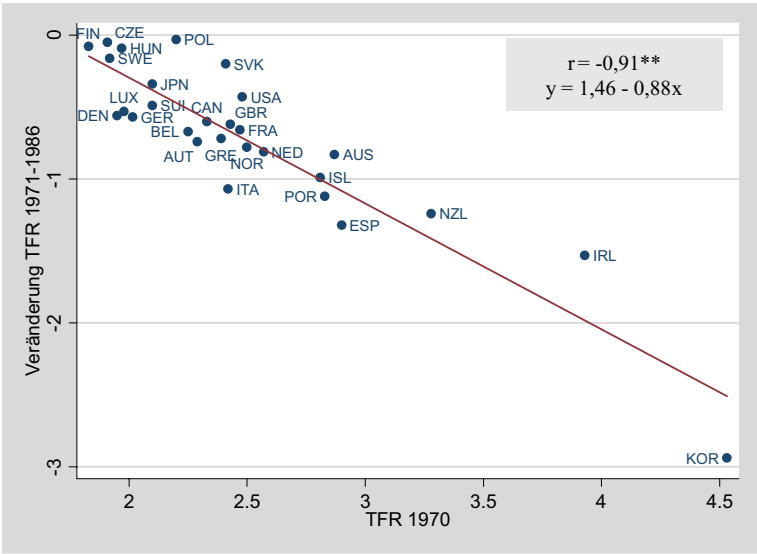
Anmerkungen: Die Signifikanzkennzeichnungen sind bei Signifikanzniveaus, die bei Jackknife-Analysen wegfallen, in Klammern gesetzt. Beim Verhütungsmittelzugang sind die Ergebnisse für die binäre Kodierung der mehrstufigen sehr ähnlich (0,567\*\* in der Hauptperiode und 0,174 und 0,493\* in den beiden Subperioden), das gleiche gilt für die politischen Rechte (0,200, -0,208 und 0,593\*\*).

Die bivariate Analyse der Veränderungsraten für die gesamte Diffusionsphase 1971-1986 zeigt, dass mit  $r = -0,91$  ein exorbitant starker Effekt vom Geburtenniveau zu Beginn der Diffusionsphase auf die TFR-Veränderungsrate ausgeht (siehe Abb. 6-1). Deutlich geringer, jedoch noch hochsignifikant ist der Zusammenhang der Modernisierungsindikatoren BIPPC und Agrarquote sowie des Verhütungsmittelzugangs mit den Veränderungsraten der TFR. Dieses Ergebnis ist charakteristisch für einen Diffusions- und Nachzüglerbefund: Je höher die Geburtenrate 1970, desto höher der Rückgang der Geburtenraten in den Folgejahren.<sup>311</sup> Je stärker der Rückgang der Agrarquote bzw. je verzögerter der Zugang zu modernen Verhütungsmitteln, desto stärker ist der Geburtenrückgang zwischen 1971 und 1986. Auch das positive Vorzeichen des absoluten BIPPC

311 In diesem Zusammenhang sei noch einmal darauf verwiesen, dass es keinen statistischen Zusammenhang zwischen den Geburtenraten von 1970 und 2006 gibt (vgl. 5.8).

und das negative beim prozentualen Wert entsprechen den Erwartungen. Dieser Befund bestätigt den der Niveaudaten aus Kapitel 5, wonach die Modernisierungsindikatoren bereits 1971 einen hochsignifikanten Zusammenhang aufweisen, der sich in der ersten Hälfte der 1970er Jahre verstärkt, anschließend nachlässt und bis Ende der Diffusionsphase um 1986 verschwindet. Die Ergebnisse sind jedoch erheblich von der Wirkung des statistischen Ausreißerfalles Südkorea determiniert: Klammert man Südkorea aus, bleibt nur der exorbitant hohe Effekt der TFR 1970 und die absolute BIPPC-Veränderung hochsignifikant, während Agrarquote und Verhütungsmittelzugang nur noch das fünfprozentige Signifikanzniveau erreichen und die prozentuale BIPPC-Veränderung sogar insignifikant wird (siehe Tab. A-7).

**Abbildung 6-1:** Zusammenhang TFR-Niveau 1970 und TFR-Veränderung 1971-1986



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von OECD 2008a, 2008c, SBA 2008c.

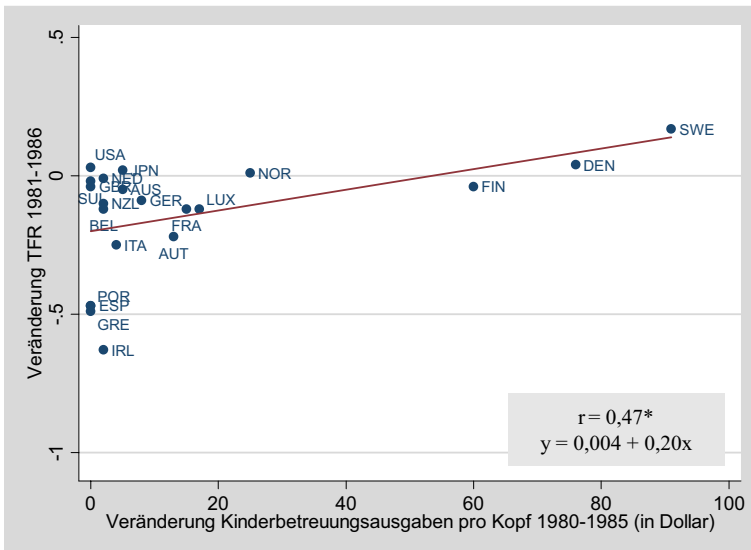
Interessant ist der Blick auf die einzelnen drei Subperioden: In der ersten Subperiode zeigt ausschließlich der TFR-Wert für 1970 ein (hoch-)signifikantes Niveau, alle anderen Determinanten bleiben insignifikant. Dabei weisen zwei Variablen ein Vorzeichen entgegen der Erwartung auf: Die Zunahme des Frauenerwerbspotenzials korreliert ebenso mit relativ hohen TFR-Veränderungsraten wie die nach Freedom House gemessene Zunahme politischer Freiheiten. Während letzteres schlicht auf die geringe Ausprägungsvariation der Variablen in der ersten Hälfte der 1970er Jahre zurückzuführen ist, ist das der Niveaudatenanalyse entgegengesetzte Vorzeichen bei der Frauenerwerbstätigkeit – ähnlich wie bei

den Modernisierungsindikatoren – ein Hinweis auf Nachholeffekte von beiden Variablen, Frauenerwerbstätigkeit und Fertilität.

In der zweiten Subperiode 1976-1981 zeigt der Zusammenhang der TFR mit Freedom-House-Index sowie Verhütungsmittelzugang hochsignifikante und mit Pronatalismuserbe signifikante Koeffizienten. Interessant ist, dass diese Variablen in den anderen Subperioden keine signifikanten Werte aufweisen. Die Bremswirkung durch fehlenden Zugang zu moderner Verhütung und unfreien politischen Regimen wird in dieser Phase deutlich sichtbar. Allerdings sind diese Ergebnisse durch den Fall Spanien überzeichnet, nach Ende des Franco-Regimes fällt die TFR dort von 2,79 auf 2,03 drastisch, während sie Anfang der 1970er Jahre fast konstant bleibt. Klammert man Spanien aus, erweist sich nur noch die technologische Variable als signifikant (siehe Tab. A-8). Der Wert des Pronatalismuserbes für diese Phase ist neben Spanien v. a. auf den Fall Frankreich zurückzuführen, hier steigt die TFR entgegen dem OECD-Länder-Trend von 1,83 auf 1,95 an.

In der dritten Subperiode zeigen sich bereits die ersten Akkomodationsanzeichen: Die Protestantenquote und die Kinderbetreuungsausgaben pro Kopf (siehe Abb. 6-2) weisen mit 0,38 und 0,47 signifikante Koeffizienten auf.

**Abbildung 6-2:** Zusammenhang Veränderung von Kinderbetreuungsausgaben und TFR 1981-1986

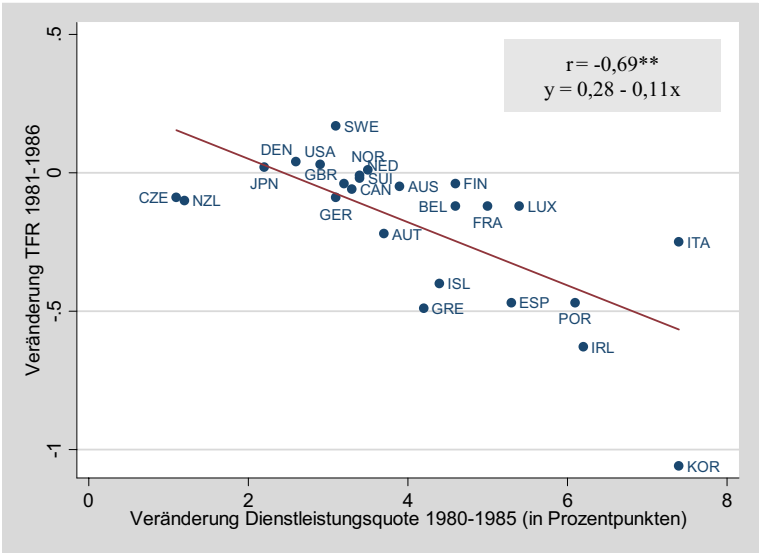


Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von OECD 2008a, 2008c, SBA 2008c.

Diese Signifikanz beruht allerdings überwiegend auf Effekten der familienpolitischen Pioniere Nordeuropas, bei Ausklammerung Schwedens ist der Befund in-

signifikant (siehe Tab. A-9). Bemerkenswert ist, dass Generationenkoeffizient, Familienausgaben- und Transferquote jeweils nicht nur insignifikant sind, sondern sogar ein negatives Vorzeichen aufweisen. Bei einem positiven Vorzeichen verpasst das Elterngeld nur knapp die Signifikanzschwelle. Die familienpolitischen Maßnahmen wirken in dieser Phase demnach höchst unterschiedlich: Finanzielle Transfers für Familien, insbesondere als BIP-Anteil operationalisiert, zeigen keinen Einfluss auf die Geburtenraten, während Familiendienstleistungen, insbesondere als Pro-Kopf-Ausgaben gemessen, einen positiven Effekt zeigen. Noch deutlicher sind die Indizien für die Diffusionswirkung: Der Anstieg der Dienstleistungsquote (siehe Abb. 6-3) korreliert hochsignifikant und der Rückgang der Agrarwertschöpfungsquote signifikant mit dem Rückgang der TFR. Interessant ist hier die Betrachtung des Koeffizienten, wonach ein Anstieg der Dienstleistungsquote um einen Prozentpunkt durchschnittlich mit einem Rückgang der TFR um 0,11 verbunden ist.

**Abbildung 6-3:** Zusammenhang Veränderung Dienstleistungsquote und TFR 1981-86



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von OECD 2008a, 2009d, SBA 2008c.

Die Bremskraft von politisch unfreien Systemen und rigide geregeltem Zugang zu modernen Verhütungsmitteln lässt sich räumlich und zeitlich verorten. Ein erschwerter Zugang zu modernen Verhütungsmitteln verschiebt die Diffusion des Geburtenrückgangs von Anfang der 1970er Jahre um mehrere Jahre nach hinten, gleichzeitig wird die Akkomodation in diesen Staaten erschwert. Bei unfreien politischen Regimen, seien es faschistische oder kommunistische, wird die

Bremswirkung auf die Diffusion des Zweiten Geburtenrückgangs empirisch deutlich sichtbar, sobald das politische System freier wird. Reduzierungen der Freedom-House-Kodierungen gehen mit erheblichem TFR-Rückgang in den fünf bis zehn Folgejahren einher, z. B. Mitte der 1970er Jahre in Griechenland, Spanien und Portugal, aber auch nach 1989 in den osteuropäischen Ländern.

Die bivariate Analyse der Veränderungsraten in der Diffusionsphase bestätigt grundsätzlich die Hypothesen und zeigt darüber hinaus, in welchen Subperioden welche Variablen besonders wirkungsstark sind. Zentrale Determinante der Veränderungsraten der TFR ist das Niveau 1970, unabhängig davon, ob hohe TFR-Werte 1970 auf Modernisierungsrückstand oder auf Babyboom-Ausläufer zurückzuführen sind. Der Zweite Geburtenrückgang bewirkte einen erheblichen Konvergenzeffekt hin zu niedrigen Geburtenraten (vgl. 1.1). Die Verknüpfung von ökonomischer Modernisierung und Geburtenrückgang bestätigt sich, hinsichtlich der Frauenemanzipation lässt sich der Nachweis mit Veränderungsraten aus Datengründen jedoch nicht führen. Die Bremswirkung fehlender politischer Freiheiten und Verhütungstechnologien lässt sich zeitlich exakt identifizieren. Am Ende der Diffusionsphase ist deutlich nachweisbar, dass Diffusions- und Akkomodationseffekte sich überlagern. Der Befund untermauert auch die forschungspragmatische Datierung des Phasenwechsels auf 1986. Wohlgemerkt: Dies bezieht sich auf den Durchschnitt der OECD-Länder, in den nordeuropäischen Ländern und den USA ist der Phasenwechsel auf frühere Jahre, bei den ost- und südeuropäischen Staaten auf spätere zu datieren.

### *6.3 Multivariate Erklärungsmodelle der Initiierung des Zweiten Geburtenrückgangs*

Aufgrund der theoretischen Annahmen nicht überraschend erweisen sich für 1971 die Variablen Frauenerwerbspotenzial, BIPPC und Verhütungsmittelzugang als unentbehrlich für die Modellgenerierung; zusammen kommen sie bereits auf eine erklärte Variation von über die Hälfte (siehe Tab. 6-2, A-10). Als vierte Variable erweisen sich mit Katholikenquote, Arbeitslosenquote und Pronatalismuserbe drei Variablen als jeweils zusätzlich erklärungskräftig, deren bivariater Zusammenhang mit der TFR nicht nur insignifikant, sondern auch nahe Null liegt. Dieser Befund bestärkt die nicht übereilte Verwerfung dieser Variablen infolge der bivariaten Nullbefunde, letztere sind auf die Konfundierung gegenteiliger Effekte zurückzuführen. Aufgrund mehrfach fehlenden Daten für die vier osteuropäischen Staaten und Griechenland reduziert sich die Fallzahl für

die Analyse der 1970er Jahre auf N = 23.<sup>312</sup> Ein Blick auf die Vorzeichen zeigt, dass die Zusammenhangsrichtung den Hypothesen entspricht. Je höher das Frauenerwerbspotenzial, je höher das Sozialprodukt pro Kopf, je verbreiteter moderne Verhütungsmittel und je negativer das pronatalistische Politikerbe, desto niedriger ist zu Beginn des Zweiten Geburtenrückgangs die Geburtenrate. Diese vier Variablen zeigen auch besonders hohe Betawerte.

**Tabelle 6-2:** Querschnittsregressionen zur TFR 1971 – alternative Basismodelle

1971	1971-1 Basismodell		1971-2 schlankes Basismodell		1971-3 Basismodell mit Katholikenquote statt Pronat.-erbe		1971-4 Basismodell mit Agrarsektor statt BIPPC	
Frauenerwerbs- potenzial	-0,020 (0,010)	-0,295	-0,017 (0,011)	-0,255	-0,030* (0,013)	-0,441	-0,015 (0,009)	-0,229
BIPPC	-0,0003* (0,0001)	-0,538	-0,0003* (0,0001)	-0,492	-0,0002 (0,0001)	-0,360		
Zugang moderne Verhütungsmittel	-0,172 (0,166)	-0,203	-0,131 (0,185)	-0,154	-0,253 (0,192)	-0,299	-0,292 (0,132)	-0,348
Pronatalismuserbe	0,457* (0,188)	0,353					0,371* (0,169)	0,297
Katholikenquote					-0,006 (0,003)	-0,332		
Agrarwertschöp- fungsquote							0,049** (0,015)	0,526
Konstante	4,445 (0,477)**		4,523 (0,534)**		5,219 (0,662)**		2,833 (0,481)**	
N	23		23		23		20	
R <sup>2</sup>	0,653**		0,539**		0,600**		0,747**	
R <sup>2</sup> <sub>korrr</sub>	0,575**		0,467**		0,511**		0,679**	

Quelle: Eigene Berechnungen, Datenbasis siehe Kapitel 5.  
 Anmerkungen: Für jede unabhängige Variable steht in der linken Spalte eines Modells der nicht standardisierte partielle Regressionskoeffizient b, darunter in Klammern der Standardfehler. In der rechten Spalte ist der standardisierte partielle Regressionskoeffizient Beta zu finden. Bei der Konstante steht in Klammern der Standardfehler notiert. N kennzeichnet die Fallzahl, R2 den Determinationskoeffizienten und R2korrr den korrigierten Determinationskoeffizienten.  
 \* bedeutet Signifikanzniveau > 95%, \*\* > 99%.

Die Analyse der partiellen Regressionskoeffizienten<sup>313</sup> bei den alternativen Basismodellen zeigt, dass der Modernisierungsindikator BIPPC die robustesten Ergebnisse aufweist, dies gilt auch für die alternative Verwendung der Agrarwertschöpfungsquote. Nur in einem Fall, bei Einbeziehung der Katholikenquote, ver-

312 Um die Fallzahl nicht noch kleiner werden zu lassen, wird für das Basismodell auf die Variable mit der höchsten bivariaten Korrelation, die Agrarwertschöpfungsquote, verzichtet. Zusätzlich zu den vier osteuropäischen Staaten und Griechenland fehlen noch Island, Neuseeland und Schweiz, folglich beträgt bei Inklusion dieser Variable die Fallzahl 20. Da die Ergebnisse hier sehr hoch ausfallen, sind sie als Modell 1971-4 präsentiert.

313 Um die Lesbarkeit zu erleichtern, wird im Folgenden der nicht standardisierte partielle Regressionskoeffizient B als „partieller Regressionskoeffizient“ bezeichnet und der standardisierte partielle Regressionskoeffizient Beta als „standardisierter Regressionskoeffizient“ oder als „Beta-Koeffizient“.

liert der partielle Regressionskoeffizient des BIPPC das Signifikanzniveau, hier entpuppt sich der Koeffizient der Frauenerwerbstätigkeit als signifikant. Hier zeigt sich, dass ein Teil der durch das BIPPC erklärten Varianz durch die Katholikenquote erklärt wird. Die in Hypothese H-2a formulierte Bremskraft der katholischen Prägung in der Diffusionsphase zeigt die multivariate Analyse bei gleichzeitiger Inklusion von BIPPC und Katholikenquote. Der Anteil der Frauen, die dem Arbeitsmarkt zu Verfügung stehen, zeigt zwar nur in dieser einen Spezifikation einen signifikanten partiellen Regressionskoeffizienten, trägt jedoch in sämtlichen Modellvarianten in relevanter Größenordnung zur Erklärung der Gesamtvarianz bei, das Beta liegt mindestens über -0,2 und der partielle Koeffizient ist jeweils größer als der Standardfehler. Unerwartet gering ist die Wirkungsstärke der Verhütungsvariablen. Der partielle Koeffizient ist nur in der Hälfte der Modelle größer als der Standardfehler, durch Inklusion des BIPPC reduziert sich der erklärende Beitrag der Verhütungsthese. Der Verhütungsmittelzugang zeigt in Modellen mit Modernisierungsindikator keinen signifikanten partiellen Regressionskoeffizienten, in den Modellen 1971-3 und 1971-4 zumindest einen leicht erhöhten Betawert. Moderne Verhütung und Sozialprodukt pro Kopf sind ein Stück weit parallele Determinanten, statistisch ausgedrückt interkorrelieren sie hoch in einem für die Modellbildung gerade noch akzeptablen Bereich (0,69), nichtsdestotrotz erhöht die Verwendung beider Variablen die erklärte Varianz merklich.

Welchen Effekt zeigen die anderen Variablen in multivariaten Modellen für 1971 (siehe Tab. A-10)? Inkludiert zum Basismodell sind sie insignifikant, hier zeigt sich das Modell robust. Mit der Katholikenquote und der Arbeitslosenquote zeigen zwei insignifikante Variablen ein auf den ersten Blick erklärungsbedürftiges Vorzeichen. Durch die gemeinsame Inklusion von Verhütungs- und Katholikenindikatoren dreht sich das Vorzeichen bei der Katholikenquote ins Negative.<sup>314</sup> Das positive Vorzeichen bei der Arbeitslosenquote (vgl. 1971-7) – Hypothese H-5a erwartet einen insignifikant negativen Zusammenhang – ist auf die intervenierenden Variablen ökonomische Entwicklung und Verhütung zurückzuführen in dem Sinne, dass in prosperierenden Ländern mit geringer Arbeitslosigkeit der Geburtenrückgang stärker ist. Die Reduzierung von  $R^2$  bei Inklusion der Parteienvariablen liegt weniger am Parteienfaktor als vielmehr daran, dass sich

314 Wenn man sich in Erinnerung ruft, dass der bivariate Zusammenhang zwischen TFR und Katholikenquote 1971 nahe Null liegt und Bürger in katholischen Ländern einen geringeren Zugang zu modernen Verhütungsmitteln haben, ist das Ergebnis weniger überraschend. Die bremsende Wirkung des Katholizismus auf die Diffusion manifestiert sich über die Verhütung, Kontrolliert man letztere Determinante, zeigt sich bereits Anfang der 1970er Jahre ein negativer Effekt.

die Fallzahl um Südkorea reduziert – das Ergebnis ähnelt der Jackknife-Analyse Südkoreas (vgl. Tab. 6-3).

Die für sämtliche Länder durchgeführten Jackknife-Analysen, die in dieser Untersuchung auch um die des Effekts einzelner Länderfamilien erweitert werden, verdeutlichen Ausreißereffekte und offenbaren eine wichtige Relativierung des Befunds (siehe Tab. 6-3, 6-4).

**Tabelle 6-3:** Zusammenfassung der Jackknife-Analysen des Basismodells 1971

1971	Mini- mum	Land	Modell 1971-1	Maxi- mum	Land	Spann- weite	Relation ½ Spann- w. / Modell
b Frauenerwerbspotenzial	-0,025*	Niederl.	-0,020	-0,013	Finnland	0,012	0,30
b BIPPC	-0,0004**	Schweiz	-0,0003*	-0,0002	Südkorea	0,0002	0,33
b Zugang Verhütungsmittel	-0,271	Japan	-0,172	-0,097	Schweiz	0,174	0,51
b Pronatalismuserbe	0,337	Südkorea	0,353*	0,683**	Frankreich	0,346	0,49
R <sup>2</sup>	0,535**	Südkorea	0,653**	0,713**	Frankreich	0,178	0,14
R <sup>2</sup> <sub>korr</sub>	0,426**	Südkorea	0,575**	0,646**	Frankreich	0,220	0,19

Anmerkungen: Die Tabelle fasst die 23 Jackknife-Modelle derart zusammen, dass die Minimum- und Maximum-Werte für die einzelnen partiellen Koeffizienten (b) und für das Gesamtmodell ersichtlich sind. In der 3. (bzw. 6.) Spalte steht das Land, bei dessen Ausschluss das Minimum (bzw. Maximum) auftritt. Die beiden rechten Spalten beinhalten die Spannweite zwischen Minimum und Maximum.

**Tabelle 6-4:** Robustheit des Basismodells 1971 gegenüber Einfluss von Ländergruppen

1971	Modell 1971-1	ohne angel- sächsische Staaten	ohne Nord- europa	ohne Kon.- West- europa	ohne Osteuropa	ohne Süd- europa	ohne Ostasien
N	23	17	18	16	23	20	21
b Frauenerwerbspotenzial	-0,020	-0,015	-0,011	-0,038**	-0,020	-0,027*	-0,019
b BIPPC	-0,0003*	-0,0003*	-0,0004**	-0,0002	-0,0003*	-0,0003*	-0,0002
b Zugang Verhütungsmittel	-0,172	-0,154	-0,083	-0,469*	-0,172	-0,190	-0,201
b Pronatalismuserbe	0,457*	0,349	0,483*	1,247**	0,457*	0,300	0,299
R <sup>2</sup>	0,653**	0,676**	0,687**	0,879**	0,653**	0,675**	0,534*
R <sup>2</sup> <sub>korr</sub>	0,575**	0,568**	0,590**	0,835**	0,575**	0,588**	0,418*

Anmerkungen: Die Tabelle zeigt die Werte der partiellen Koeffizienten (b) und des Gesamtmodells bei jeweiliger Exkludierung einer der sechs Ländergruppen. (N reduziert sich um zwischen 2 und 7 Fälle.)

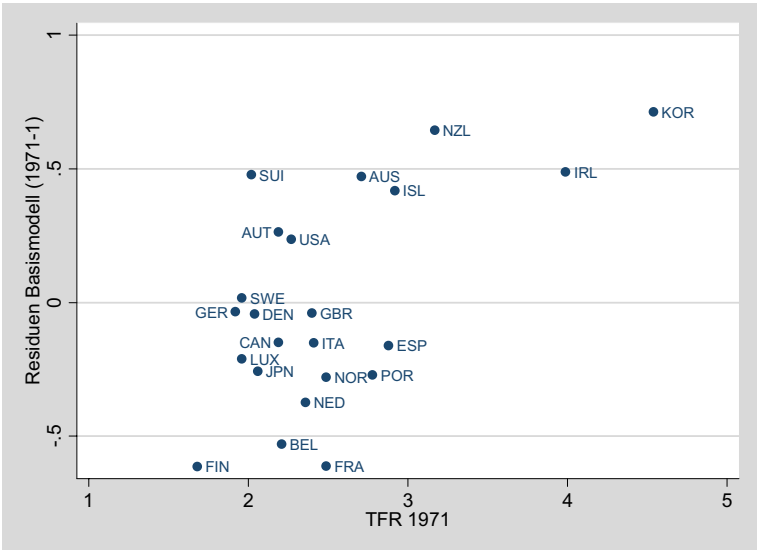
Ohne Südkorea verlieren die partiellen Koeffizienten des BIPPC und des Pronatalismuserbes knapp das Signifikanzlevel. Der Determinationskoeffizient des Basismodells reduziert sich auf 0,535, bleibt jedoch hochsignifikant. Von den vier unabhängigen Variablen erweist sich im Modell ohne Südkorea das Frauenerwerbspotential als am erklärungskräftigsten, es wird signifikant. Da die demografische Konstellation von Südkorea um 1970 noch als Phase des Demografischen Übergangs zu klassifizieren ist, gibt es für die Ausklammerung dieses Landes für die erste Hälfte der 1970er Jahre theoretisch plausible Gründe (vgl. Wagschal 1999:243). Folgt man diesem 22- statt des 23-Länder-Pools, verschiebt sich die Bedeutung der Variablen Modernisierung und Frauenerwerbstä-



tigkeit für die Initiierung des Zweiten Geburtenrückgangs zugunsten letzterer. Abgesehen von diesem Fall generieren die Jackknife-Analysen aber auch Argumente hinsichtlich einer gewissen Robustheit der Ergebnisse: Bei Ausklammerung sämtlicher anderen Fälle bleiben die Vorzeichen gleich, die Größenordnung der Beta-Werte relativ konstant und das Basismodell erweist sich als hochsignifikant, ohne Frankreich liegt der Determinationskoeffizient sogar bei 0,713. In mehreren Jackknife-Modellen erreichen die partiellen Koeffizienten deutlich höhere Signifikanzwerte. Der hier skizzierte Befund der Jackknife-Modelle bestätigt sich auch weitestgehend bei der Analyse des Einflusses einzelner Ländergruppen. Hier ist interessant, dass bei Ausklammerung der kontinentalwesteuropäischen Länder die Erklärungskraft des Modells deutlich zunimmt ( $R^2 = 0,879$ ).

Betrachtet man die Residuen des Basismodells abgetragen gegen die abhängige Variable in einem Streudiagramm (siehe Abb. 6-4), wird der Ausreißercharakter Südkoreas verdeutlicht. Auch zeigt sich eine konstante Varianz der Störterme, so dass das Kriterium der Homoskedastizität erfüllt ist. Die Residuen liegen bei fünf Staaten oberhalb von 0,5: Für Neuseeland und Südkorea unterschätzt und für Belgien, Frankreich und Finnland überschätzt es die TFR erheblich.

**Abbildung 6-4:** Residuen des Basismodells 1971



Quelle: Eigene Berechnungen der Residuen des Basismodells 1971-1 (siehe Tab. 6-2) bezogen auf die TFR. Datenbasis siehe Kapitel 5. Erläuterungen: siehe Text.

Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass der Befund für das Jahr 1971 den erwarteten Einfluss von Modernisierung und Frauenemanzipation bestätigt, die Ergebnisse jedoch nicht sehr robust sind und die erklärte Varianz des Best-fit-Modells im mittleren Bereich liegt. Dieser Befund entspricht der Erwartung, da das unterschiedliche Ausgangsniveau der Fertilitätsraten vor Beginn des Zweiten Geburtenrückgangs erheblich zur unerklärten Varianz beiträgt. Dafür sprechen auch die im Jahr 1971 noch hohe Standardabweichung der abhängigen Variablen und der deutliche Effekt des historischen Pronatalismuserbes. Demnach wäre zu erwarten, dass die im nächsten Abschnitt skizzierten Befunde für die Mitte der Diffusionsphase deutlich höher ausfallen.

## 6.4 Multivariate Erklärungsmodelle der Diffusionsphase

### 6.4.1 Multivariate Querschnittsregressionsanalysen mit Niveaudaten

Mitten in der Diffusionsphase, im Jahr 1976, erweisen sich wieder Frauenemanzipation, Modernisierung und Verhütung als die drei zentralen Schubkräfte des Geburtenrückgangs (siehe Tab. 6-5). Je mehr Frauen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen bzw. je höher der Frauenanteil mit tertiärer Bildung, desto geringer ist die Geburtenrate. Ähnlich zeigt sich die Wirkung der mit der Bildungsvariablen überhoch interkorrelierten Dienstleistungsquote. Von den beiden Frauenemanzipationsvariablen erweist sich die Frauenerwerbstätigkeit als etwas erklärungskräftiger, der partielle Koeffizient ist je nach Modell signifikant oder sogar hochsignifikant. Die wirkungskräftigsten Determinanten sind die Modernisierungsindikatoren. Je niedriger das BIPPC bzw. je höher der Anteil der Agrarwertschöpfung, desto höher ist die Geburtenrate. Der Agrarindikator ist so exorbitant erklärungsstark – sogar mehr noch als das bereits enorm erklärungskräftige BIPPC –, dass diese Variable auch auf Kosten einer minimalen Reduzierung der Fallzahl ins Basismodell aufgenommen wird.<sup>315</sup> Auch die Verhütungsvariable zeigt sich als sehr erklärungskräftig: Trotz der hohen (jedoch noch akzeptab-

315 Auch 1976 sind die vier osteuropäischen Staaten sowie Griechenland aufgrund fehlender Datenverfügbarkeit für essenzielle Determinanten wie Modernisierungsindikatoren und Verhütungsvariable ausgeklammert. Bei dem Agrarindikator sind im Unterschied zu 1971 für 1976 die Werte für Island und Neuseeland verfügbar, neben den sowieso ausgeklammerten osteuropäischen Staaten und Griechenland fehlt nur noch die Schweiz (N=22). Die höheren Werte des Determinationskoeffizienten bei Modellen mit dem Agrarindikator sind nicht auf die Ausklammerung der Schweiz zurückzuführen, Jackknife-Analysen der Schweiz bei verschiedenen Modellen mit dem anderen Modernisierungsindikator BIPPC zeigen, dass sich das Ergebnis mit oder ohne Schweiz fast gar nicht verändert.

len) Interkorrelation mit den Modernisierungsindikatoren erklärt der Zugang zu modernen Verhütungsmitteln einen beachtlichen zusätzlichen Teil der Varianz bei Inklusion beider Variablen in einem Modell. Der partielle Koeffizient erweist sich über mehrere Spezifikationen hinweg als hochsignifikant. Dieser Befund zeigt, dass es nicht angemessen ist, die Korrelation der TFR mit der modernen Verhütung nur auf den Modernisierungsstand oder umgekehrt die der TFR mit der Modernisierung nur auf die Verhütung zurückzuführen, da beide eine erhebliche Wirkung auf den Beginn des Zweiten Geburtenrückgangs haben. Kombiniert man beide (Modell 1976-2), lassen sich bereits drei Viertel der Varianz des TFR-Niveaus von 1976 erklären – ein beachtlicher Wert für nur zwei Variablen.

**Tabelle 6-5:** Querschnittsregressionen zur TFR 1976 – alternative Basismodelle

1976	1976-1 Basismodell		1976-2 sehr schlankes Basismodell		1976-3 schlankes Basismodell		1976-4 Basismodell mit BIPPC statt Agrar.	
Agrarwertschöpfungsquote	0,049** (0,009)	0,612	0,051** (0,011)	0,637	0,053** (0,010)	0,670		
Zugang moderne Verhütungsmittel	-0,285** (0,090)	-0,442	-0,214* (0,088)	-0,333	-0,141 (0,089)	-0,220	-0,318 (0,156)	-0,489
Frauenerwerbspotenzial	-0,019** (0,005)	-0,370			-0,012 (0,006)	-0,240	-0,018* (0,008)	-0,358
Protestantenquote	0,005** (0,002)	0,379					0,005 (0,003)	0,380
BIPPC							-0,00014* (0,00006)	-0,425
Konstante	2,748 (0,274)**		1,921 (0,203)**		2,377 (0,289)**		3,961 (0,421)**	
N	22		22		22		23	
R <sup>2</sup>	0,866**		0,751**		0,799**		0,709**	
R <sup>2</sup> <sub>korr</sub>	0,834**		0,724**		0,765**		0,645**	

1976	1976-5 Basismodell mit anderer Frauen- emanzipations-UV		1976-6 Basismodell mit Frauenwahlrecht statt Protestantenq.		1976-7 Basismodell mit öff. Beschäftigung statt Protestantenq.		1976-8 Sehr schlankes Basismodell + Frauenwahlrecht	
Agrarwertschöpfungsquote	0,050** (0,012)	0,632	0,049** (0,009)	0,615	0,067** (0,010)	0,712	0,047** (0,009)	0,583
Zugang moderne Verhütungsmittel	-0,315* (0,115)	-0,489	-0,338** (0,102)	-0,524	-0,238** (0,081)	-0,375	-0,417** (0,100)	-0,647
Frauenerwerbspotenzial			-0,010 (0,005)	-0,193	-0,017** (0,005)	-0,361		
Protestantenquote	0,002 (0,002)	0,143						
Tertiäre Bildungsquote Frauen	0,006 (0,008)	0,115						
Einführungsjahr Frauenwahlrecht			-0,013* (0,005)	-0,366			-0,015** (0,005)	-0,407
Öffentliche Beschäftigungsquote					0,033* (0,012)	0,348		
Konstante	1,873 (0,253)**		28,037 (8,992)*		2,134 (0,254)**		30,571 (9,558)**	
N	22		22		21		22	
R <sup>2</sup>	0,779**		0,864**		0,845**		0,834**	
R <sup>2</sup> <sub>korr</sub>	0,727**		0,832**		0,806**		0,806**	

Quelle: Eigene Berechnungen, Datenbasis siehe Kapitel 5. Erläuterungen: siehe Text.

Besonders interessant sind Ergebnisse multivariater Analysen, die Signifikanzniveau und einen Vorzeichenwechsel im Vergleich zum bivariaten Befund kombinieren. Dies ist bei der Protestantenquote der Fall, ihr partieller Regressionskoeffizient ist im Basismodell hochsignifikant positiv und auch der Beta-Wert ist beachtlich. Wie lässt sich dieser Befund erklären? Der negative bivariate Zusammenhang ist darauf zurückzuführen, dass die Diffusion des Geburtenrückgangs im Vergleich zu den katholischen Ländern zügig vorstättenging. Die geringere Bremskraft – die Argumentation basiert immer noch auf der Kontrastierung zwischen Katholizismus und Protestantismus – ist dadurch gegeben, dass die modernen Verhütungstechnologien besser verfügbar waren. Genau durch diese intervenierende Variable lässt sich das bivariate negative Vorzeichen erklären: Der Betawert der Protestantenquote beträgt bivariat -0,309, in einem Modell mit nur der Verhütungsvariable beträgt er 0,332, wohlgermerkt bei positivem Vorzeichen. Modernisierung und Frauenerwerbstätigkeit verstärken diesen Effekt.<sup>316</sup> Das signifikante positive Ergebnis für die Protestantenquote widerlegt nicht Hypothese 2a, vielmehr weist es auf einen hinter der bivariat negativen Korrelation stehenden Kausalmechanismus hin.

**Tabelle 6-6:** Interaktionsterm und partielle Korrelation zum Interaktionseffekt von Katholikenquote und Verhütungsmittelzugang 1976

Interaktionseffekte	1976-1 Interaktionsterm	
Zugang moderne Verhütungsmittel	T = -1,79	-0,390
Katholikenquote	T = -2,01	-0,443
Interaktionsterm Verhütung*Katholikenquote	T = 2,22*	0,647
Konstante	2,453 (0,253)**	
N	23	
R <sup>2</sup>	0,593**	
R <sup>2</sup> <sub>korr</sub>	0,529**	

Partielle Korrelation	TFR	Kontrollvariable Verhütung	Kontrollvariable Katholikenquote
Verhütungszugang	- 0,692**	-	- 0,689**
Katholikenquote	0,229	- 0,126	-

Ein ähnliches Phänomen zeigen die multivariaten Modelle bei der Katholikenquote. Interaktionsanalysen verdeutlichen den Befund (siehe Tab. 6-6): Der Interaktionsterm von Verhütung und Katholikenquote ist signifikant, wobei zusätzlich beide Variablen einen negativen Effekt mit T-Werten um 2 aufweisen. Die

316 Beta-Werte der Protestantenquote 1976: Einzige UV: -0,309, mit Frauenerwerbspotentialquote: -0,015, mit Agrarwertschöpfungsquote: -0,074, mit Verhütungszugang: 0,332. Mit allen drei UV zusammen (Basismodell): 0,379.

partielle Korrelation verdeutlicht, dass der Verhütungsmittelzugang den dominierenden Effekt ausmacht: Kontrolliert man die Katholikenquote ist der Effekt des Verhütungszugangs hochsignifikant und der Beta-Koeffizient fast identisch mit dem der einfachen Korrelation mit der TFR. Kontrolliert man jedoch die Verhütungsvariable, dreht sich das Vorzeichen der Katholikenquote im Vergleich zur einfachen Korrelation.

Man kann in den Befunden zu den Konfessionsquoten sehr schön die Gleichzeitigkeit von Diffusions- und Akkomodationseffekten sehen. Die Befunde weisen folglich auf die bereits für die Diffusionsphase postulierte Akkomodation hin: Der positive Zusammenhang des partiellen Regressionskoeffizienten der Protestantenquote (Frauenwahlrechtalter<sup>317</sup>, öffentliche Beschäftigungsquote) zeigt demnach die bessere Akkomodation an die Herausforderungen des Zweiten Geburtenrückgangs in diesen Ländern. Dieser Effekt wird durch die Diffusionseffekte von Frauenerwerbstätigkeit und modernen Verhütungsmitteln noch stark überlagert. Diese Interpretation deckt sich mit dem theoretischen Phasenmodell, nach dem Diffusions- und Akkomodationsprozesse gleichzeitig wirken. Der Unterschied zwischen beiden Phasen ist demnach, dass in der Diffusionsphase der Diffusionsprozess sich stärker auf die Fertilitätsdifferenzen auswirkt als der Akkomodationsprozess.

Der Effekt der Freedom-House-Variablen fällt weg, sobald Modernisierung und Verhütungsmittel in das Modell einbezogen werden. Der bivariate Beta-Wert beträgt 0,50, der Beta-Koeffizient im Modell mit BIPPC und Verhütungsmittelzugang nur 0,04. Die politischen Rechte wirken also nicht alleine, sondern im Kontext der Restriktivität gegenüber modernen Verhütungsmitteln und des geringeren Modernisierungsniveaus.

Das sukzessive Einbeziehen der anderen unabhängigen Variablen in das Basismodell bestätigt den Einfluss der vier das Basismodell bildenden Variablen (siehe Tab. A-11). Der Einfluss des Modernisierungsindikators Agrarsektor bleibt über sämtliche Spezifikationen hinweg hochsignifikant mit partiellen Koeffizienten, die um das fünf- oder sechsfache größer sind als der Standardfehler und enorm hohe Beta-Werte aufweisen. Auch der Einfluss des Frauenerwerbspotenzials und der Verhütungsvariablen ist in den verschiedenen Modellen hochsignifikant. Die Protestantenquote zeigt in sämtlichen Modellen das positive Vorzeichen, der partielle Koeffizient hat mindestens die doppelte Größe des Standardfehlers und erweist sich mit Ausnahme von Modell 1976-13 als (hoch-) signifikant. Frauenwahlrecht und Protestantenquote erklären beide einen ähnli-

317 Das negative Vorzeichen in den Modellen resultiert aus der Verwendung des Einführungsjahres, verwendet man die Kodierung des Alters, ist das Vorzeichen Gegenteil. Die hohen Werte für die Konstante sind auch auf die Jahreszahlkodierung zurückzuführen.

chen, in der Diffusionsphase noch zaghaften, Akkomodationseffekt. Das Basismodell und seine Variablen erweisen sich als äußerst robust über sämtliche Spezifikationen hinweg. Kombiniert man das Basismodell mit den Variablen Frauenwahlrecht oder öffentliche Beschäftigungsquote, erhöht sich der Determinationskoeffizient auf 0,893 bzw. 0,899. Beide Variablen können zur Erklärungskraft des Basismodells beitragen, die öffentliche Beschäftigung erweist sich als signifikant, das Frauenwahlrecht kratzt an der Signifikanzschwelle ( $p>0,055$ ). Die erklärte Varianz des Basismodells mit Anreicherung einer dieser beiden Variablen macht fast neun Zehntel der gesamten Varianz aus, gemeinsam im Basismodell beträgt der Determinationskoeffizient 0,906 (Modell 1976-18).

Die Jackknife-Analysen verdeutlichen die Robustheit der skizzierten Ergebnisse (siehe Tab. 6-7). Die partiellen Koeffizienten von Agrarwertschöpfungsquote, Verhütungszugang und Frauenerwerbsquote bleiben in sämtlichen 22 Jackknife-Modellen hochsignifikant, die Spannweite zwischen Minimum und Maximum ist gering. Das Minimum des Determinationskoeffizienten liegt bei noch hohen 0,841, das Maximum – ohne Niederlande – sogar bei 0,906.

**Tabelle 6-7:** Zusammenfassung der Jackknife-Analysen des Basismodells 1976

1976	Minimum	Land	Modell 1976-1	Maximum	Land	Spannweite	Relation ½ Spannwe. / Modell
b Agrarwertschöpfungsqu.	0,044**	Japan	0,049**	0,057**	Südkorea	0,013	0,13
b Zugang Verhütungsmittel	-0,345**	Japan	-0,285**	-0,239**	Niederl.	0,106	0,19
b Frauenerwerbspotenzial	-0,026**	Niederl.	-0,019**	-0,016**	Irland	0,010	0,26
b Protestantenquote	0,0044*	Island	0,0053**	0,0060**	Österreich	0,0016	0,15
R <sup>2</sup>	0,841**	Irland	0,866**	0,906**	Niederl.	0,065	0,04
R <sup>2</sup> <sub>korr.</sub>	0,801**	Irland	0,834**	0,882**	Niederl.	0,081	0,05

Anmerkungen: Die Tabelle fasst die 22 Jackknife-Modelle derart zusammen, dass die Minimum- und Maximum-Werte für die einzelnen partiellen Koeffizienten (b) und für das Gesamtmodell ersichtlich sind. In der 3. (und 6. Spalte) steht das Land, bei dessen Ausschluss das Minimum (bzw. Maximum) auftritt. Die beiden rechten Spalten beinhalten die Spannweite zwischen Minimum und Maximum.

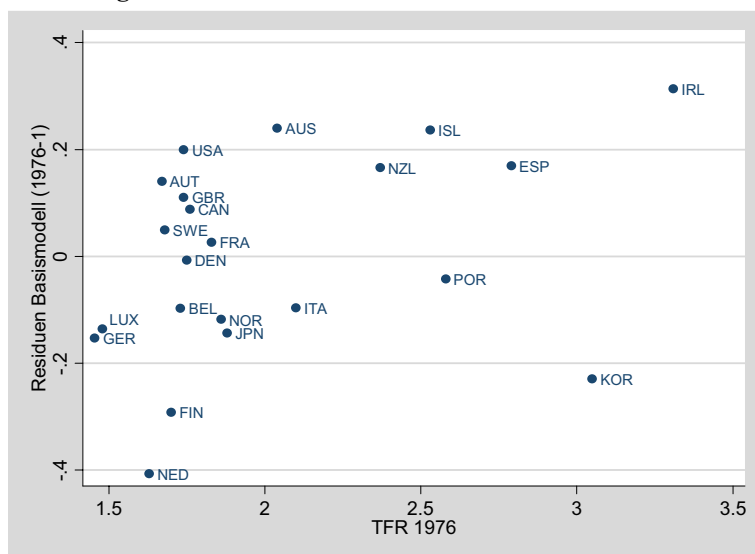
**Tabelle 6-8:** Robustheit des Basismodells 1976 gegenüber Einfluss von Ländergruppen

1976	Modell 1976-1	ohne angelsächsische Staaten	ohne Nord-europa	ohne Kon.-West-europa	ohne Osteuropa	ohne Süd-europa	ohne Ostasien
N	22	16	17	16	22	19	20
b Agrarwertschöpfungsqu.	0,049**	0,046**	0,048**	0,044**	0,049**	0,053**	0,053**
b Zugang Verhütungsmittel	-0,285**	-0,307**	-0,330**	-0,189	-0,285**	-0,230	-0,357**
b Frauenerwerbspotenzial	-0,019**	-0,016*	-0,014	-0,030**	-0,019**	-0,017*	-0,016*
b Protestantenquote	0,0053**	0,0050*	0,0075*	0,0048*	0,0053**	0,0045	0,0053**
R <sup>2</sup>	0,866**	0,883**	0,891**	0,923**	0,866**	0,848**	0,864**
R <sup>2</sup> <sub>korr.</sub>	0,834**	0,840**	0,855**	0,894**	0,834**	0,805**	0,828**

Anmerkungen: Die Tabelle zeigt die Werte der partiellen Koeffizienten (b) und des Gesamtmodells bei jeweiliger Exkludierung einer der sechs Ländergruppen. (N reduziert sich um zwischen 2 und 7 Fälle.)

Die Ergebnisse sind auch robust gegenüber der Ausklammerung ganzer Länderfamilien (siehe Tab. 6-8): In allen sechs Varianten liegt der Determinationskoeffizient oberhalb von 0,8, die Vorzeichen bleiben identisch und die Agrarwertschöpfungsquote hochsignifikant. Erwähnenswert ist, dass die Protestantenquote bei Ausklammerung Südeuropas und das Frauenerwerbspotenzial ohne Nordeuropa jeweils das Signifikanzniveau knapp ( $0,05 < p < 0,06$ ) verfehlen.

**Abbildung 6-5:** Residuen des Basismodells 1976



Quelle: Eigene Berechnungen der Residuen des Basismodells 1976-1 (siehe Tab. 6-5) bezogen auf die TFR. Datenbasis siehe Kapitel 5. Erläuterungen: siehe Text.

Die Verteilung der Residuen zeigt, dass das Problem der Heteroskedastizität hier nicht vorliegt (siehe Abb. 6-5). Die Treffsicherheit des Modells verdeutlicht sich auch dadurch, dass es außer für die Niederlande und Irland die TFR aller anderen 20 Länder mit Residuen unterhalb von 0,3 relativ genau schätzt. Die beiden Länder, deren Ausklammern zu Maximum und Minimum der Jackknife-Modelle geführt hat, haben auch die größten Residuen: Niederlande und Irland. Die TFR ist in den Niederlanden erheblich niedriger als der Erwartungswert des Modells. Eine Erklärung hierfür ist die niedrige Frauenerwerbsquote, die auf dem Niveau der Nachzüglerstaaten Südeuropas und Irlands liegt (vgl. OECD 2001e, 2008a, Schmidt 1993a). Diese These wird dadurch untermauert, dass der partielle Koeffizient des Frauenerwerbspotenzials ohne die Niederlande das Minimum der Jackknife-Modelle darstellt und der T-Wert hier -4,89 im Vergleich zu -3,45 des Basismodells beträgt. Für Irlands TFR oberhalb des Erwartungswerts des Mo-

dells lässt sich die auch im Vergleich zu anderen katholischen Ländern hohe Religiosität anführen.

Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass das Basismodell für 1976 einen sehr hohen Determinationskoeffizienten von 0,866 erreicht und auch die partiellen Koeffizienten hohe Beta- und T-Werte aufweisen. Diese deutlich höheren statistischen Werte im Vergleich zu 1971 und ihre erhebliche Robustheit untermauern den Erklärungsansatz bezüglich der Diffusionsphase; sie zeigen, dass das Fertilitätsniveau mitten in der Diffusionsphase überwiegend von den Diffusionsvariablen Modernisierung, Frauenemanzipation und Verhütung determiniert wird und nur noch wenig von den TFR-Ausgangswerten des Babybooms.

Die multivariate Querschnittsanalyse für 1981 bestätigt weitestgehend die Ergebnisse für 1976 und zeigt dabei, dass gegen Ende der Diffusionsphase die Erklärungsstärke der multivariaten Modelle geringer wird (siehe Tab. 6-9 und A-12).<sup>318</sup> Die hohen T-Werte von etwa 5 sowie die hohen Betawerte der Modernisierungsvariablen BIPPC basieren auf der Inklusion der Freedom-House-Variablen. Während das BIPPC über alle Spezifikationen hinweg hochsignifikant negativ mit der TFR assoziiert ist, zeigt sich die Freedom-House-Variable in keinem Modell signifikant bei negativem Vorzeichen. Je ökonomisch erfolgreicher ein Land ist, desto niedriger ist Anfang der 1980er Jahre die Geburtenrate, und treten niedrige Sozialprodukt-niveaus gleichzeitig mit eingeschränkt freien Regimen auf, ist die Geburtenrate niedriger als bei politisch freien Ländern mit vergleichbarer Wirtschaftsentwicklung. Das negative Vorzeichen dieses Regimefaktors beruht darauf, dass die mit ungleich Eins kodierte Länder (u. a. Portugal, Spanien, Südkorea) in der Umbruchphase sind, wobei die ökonomische Entwicklung sich langsamer angleicht, während die demografischen Veränderungen infolge eines Wegfalls pronatalistisch wirkender Institutionen schneller diffundieren. Dieser Mechanismus ist nach dem Zusammenbruch der osteuropäischen Staaten zehn Jahre später noch viel deutlicher zu sehen (vgl. Kap. 7). Der Generationenkoeffizient hat, ebenso wie andere familienpolitische Variablen, in allen Modellvarianten ein negatives Vorzeichen, was auf die noch geringe Ausprägung des familienpolitischen Sektors bzw. zumindest auf dessen geringen Einfluss auf die Fertilität in diesen 24 OECD-Ländern hinweist.<sup>319</sup> Das pronata-

318 Die Vergleichbarkeit der 1981er-Modelle zu denen der 1970er Jahre ist aufgrund unterschiedlicher Variablenberücksichtigung eingeschränkt. Aus theoretischen Erwägungen wird der Verhütungsindikator nicht mehr einbezogen (vgl. 5.7). Die Frauenerwerbsquote ist nur für einen eingeschränkten Länderpool verfügbar, andererseits erlaubt die Datenlage ab 1980 die Berücksichtigung mehrerer familienpolitischer Variablen.

319 Es sei daran erinnert, dass aus Datenverfügbarkeitsgründen die vier osteuropäischen Länder in den Querschnitten der Diffusionsphase ausgeklammert sind. Diese haben v. a. gemessen an ihrer Wirtschaftskraft enorme familienpolitische Anstrengungen unternommen und eine Erholung der Geburtenraten in den 1980er Jahren verzeichnet.



listische Erbe hat auch in diesem Phasenabschnitt einen wichtigen Einfluss, er zeigt in fast allen Modellspezifikationen hochsignifikante Werte.

**Tabelle 6-9:** Querschnittsregressionen zur TFR 1981 – alternative Basismodelle

1981	1981-1 Basismodell		1981-2 schlankes Basismodell		1981-3 Basismodell mit Agrarquote statt BIPPC		1981-4 Basismodell mit Familientransfers statt Generationen.	
BIPPC	-0,00015** (0,00003)	-0,928	-0,00011** (0,00002)	-0,717			-0,00014** (0,00003)	-0,891
Generationen- koeffizient	-0,979* (0,415)	-0,357	-0,706 (0,399)	-0,257	-0,622 (0,550)	-0,228		
Pronatalismuserbe	0,315** (0,104)	0,419	0,271** (0,105)	0,361	0,227 (0,128)	0,305	0,248* (0,109)	0,330
Politische Rechte Freedom House	-0,146 (0,087)	-0,328			-0,017 (0,095)	-0,038	-0,096 (0,093)	-0,216
Agrarwertschöpfungsquote					0,056** (0,019)	0,643		
Familientransferausgabenquote							-0,085 (0,076)	-0,175
Konstante	3,429 (0,379)**		2,885 (0,206)**		1,509 (0,241)**		3,196 (0,401)**	
N	23		23		22		23	
R <sup>2</sup>	0,716**		0,672**		0,567**		0,652**	
R <sup>2</sup> <sub>korr</sub>	0,653**		0,620**		0,465**		0,575**	

1981	1981-5 Basismodell mit Familiendienstleis. statt Generationen.		1981-6 schl. Basismodell mit Familiendienst. statt Generationen.		1981-7 Basismodell mit Dienstleistungsq. statt Pol. Rechte		1981-8 Basismodell mit Protestantenquote statt Pol. Rechte	
BIPPC	-0,00014** (0,00003)	-0,864	-0,00012** (0,00002)	-0,743	-0,00011** (0,00003)	-0,704	-0,00011** (0,00002)	-0,706
Generationen- koeffizient					-0,679 (0,485)	-0,248	-0,426 (0,433)	-0,156
Pronatalismuserbe	0,263* (0,101)	0,351	0,251* (0,099)	0,334	0,274* (0,114)	0,366	0,290* (0,103)	0,386
Politische Rechte Freedom House	-0,074 (0,082)	-0,167						
Familiendienstleistungs- ausgabenquote	-0,198* (0,094)	-0,281	-0,194 (0,093)	-0,275				
Dienstleistungsquote					-0,001 (0,011)	-0,025		
Protestantenquote							-0,0025 (0,0017)	-0,220
Konstante	3,080 (0,357)**		2,813 (0,200)**		2,915 (0,364)**		2,855 (0,202)**	
N	23		23		23		23	
R <sup>2</sup>	0,702**		0,689**		0,672**		0,706**	
R <sup>2</sup> <sub>korr</sub>	0,636**		0,639**		0,599**		0,641**	

Quelle: Eigene Berechnungen, Datenbasis siehe Kapitel 5. Erläuterungen: siehe Text.

In den Jackknife-Analysen (siehe Tab. A-13) erweist sich das Basismodell für 1981 als robust mit Determinationskoeffizienten zwischen 0,644 (ohne Japan) und 0,811 (ohne Irland). In allen 23 Modellen bestätigt sich das BIPPC als hochsignifikant mit T-Werten zwischen -4,21 und -5,34. Nur die Variable politische Rechte zeigt einen Vorzeichenwechsel bei Ausklammerung Irlands. Pronatalismuserbe und Generationenkoeffizient bleiben (hoch-)signifikant. Ähnlich ist der

Befund hinsichtlich der Ausklammerung der einzelnen Ländergruppen (siehe Tab. A-14).

Das Residuenschaubild verdeutlicht die krasse Ausreißereigenschaft Irlands und bestätigt darüber hinaus die Homoskedastizitätsannahme (siehe Abb. A-32). Ohne Irland liegt die erklärte Varianz mit 81 Prozent auf hohem Niveau, die Residuen der anderen Länder sind mit Werten unterhalb von 0,3 sehr niedrig, die Vorhersage des Modells trifft die tatsächliche TFR demnach relativ genau. Irland, bereits 1976 leichter Ausreißer, zeigt eine gewisse Immunität gegenüber der Diffusion des Geburtenrückgangs in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre im Vergleich zu den anderen sozioökonomischen Nachzüglern, aber auch zum rasanten BIPPC-Anstieg in jener Periode. Die Erklärung dürfte auf der religiös-kulturellen Ebene im Kontext der im internationalen Vergleich auffallend hohen Religiosität liegen (vgl. Abb. A-5, siehe auch World Values Survey 2006), die eine immense Bremskraft auf die Diffusion entfaltet.

Der Vergleich der drei multivariaten Querschnittsanalysen in der Diffusionsphase zeigt, dass 1971 und 1976 sich die drei für die Diffusion zentralen Determinanten, die den Grad der Frauenemanzipation, der Modernisierung und den Zugang zu modernen Verhütungstechnologien abbilden, einzeln und in ihrer Kombination als enorm erklärungsopotent erweisen. Auch 1981, der Verhütungsindikator wurde nicht mehr berücksichtigt, erweist sich die Modernisierung als stärkste Determinante. 1971 ist das Ergebnis weniger robust und die TFR noch stark von divergierenden TFR-Ausgangsniveaus beeinflusst, während auf dem Höhepunkt der Diffusionsphase 1976 die Ergebnisse deutlich und robust sind und diese drei Determinanten bereits mehr als vier Fünftel der Varianz erklären. Darüber hinaus weisen die Residuendiagnostik auf Besonderheiten einzelner Länder und die Querschnittsanalysen auf kulturelle sowie institutionelle Bremskräfte hin, die nicht nur additiv, sondern auch in Interaktion mit den anderen Variablen wirken.

#### 6.4.2 Multivariate Regressionsanalysen der Veränderungsraten

Die Veränderungsraten von 1971-1986 sind, wie die bivariaten Befunde gezeigt haben, maßgeblich vom heterogenen TFR-Niveau 1970 determiniert. Modelle mit dieser Variablen unterstreichen den dominierenden Effekt des TFR-Ausgangsniveaus von 1970 auf die Veränderungsraten der folgenden 15 Jahre (siehe Tab. A-15). Die T-Werte zwischen -8,97 und -13,43 sowie die Beta-Werte zwischen -0,814 und -0,919 sind exorbitant hoch. Darüber hinaus bleiben viele unabhängige Variablen, die sich auch bivariat als insignifikant entpuppten, ohne statistischen Effekt. Im Unterschied zum bivariat hochsignifikanten Ergebnis des Verhütungsindikators ist dessen partieller Koeffizient hier ebenfalls insignifi-

kant. Inkludiert in Modellen mit dem TFR-Niveauwert von 1970 ist nur für die ökonomischen Modernisierungsindikatoren ein signifikanter Befund zu konstatieren.<sup>320</sup> Der Determinationskoeffizient liegt in den Modellen zwischen 0,8 und 0,9, wobei das TFR-Niveau 1970 alleine bereits auf 0,831 kommt. Zusammen mit einer der beiden Modernisierungsvariablen liegt die erklärte Varianz bereits fast bei 90 Prozent (Modelle V-Dif-3, V-Dif-4). Allerdings sind die hohen Werte erheblich vom krassen Ausreißer Südkorea beeinflusst, dies zeigen Jackknife-Analysen ( $R^2$  ohne Südkorea: 0,706) ebenso wie das Residuenstreudiagramm (siehe Abb. A-33).

Verzichtet man bei der Modellgenerierung auf die Variable TFR 1970, wird die Messung des Nachzügler- bzw. partiellen Konvergenzeffekts ausgeklammert, und dies führt zu geringen Determinationskoeffizienten und theoretisch interessanteren Ergebnissen (siehe Tab. 6-10 und A-15). Die Kombination aus ökonomischer Modernisierung und Zugang zu modernen Verhütungstechnologien erweist sich im Basismodell als probates Faktorentandem: Die BIPPC-Veränderung von 1970-85 und der Verhütungsindikator erklären mehr als die Hälfte der Varianz der TFR-Veränderungen zwischen 1971 und 1986. Inkludiert man statt der Veränderung des BIPPC die der Agrarwertschöpfungsquote (V-Dif-10), beträgt der Determinationskoeffizient statt 0,530 sogar 0,660, jedoch reduziert sich die Fallzahl gleichzeitig von 23 auf 21.

**Tabelle 6-10:** Regressionen TFR-Veränderungsraten 1971-86 – alternative Basismodelle

1971-1986	V-Dif-9 Basismodell		V-Dif-10 Basismodell mit Agrarsektorquote statt BIPPC		V-Dif-11 Basismodell mit Dienstleistungsq. statt BIPPC		V-Dif-12 Agrarsektorquote und politische Rechte	
Veränderung BIPPC-prozentual	-0,475** (0,164)	-0,490						
Zugang moderne Verhütungsmittel	0,272* (0,124)	0,369	0,123 (0,128)	0,165	0,425** (0,138)	0,577		
Veränderung Agrarwertschöpf.			0,113** (0,028)	0,703			0,132** (0,022)	0,833
Veränderung Dienstleistungsquote					0,001 (0,034)	0,003		
Veränderung politische Rechte FH							-0,046 (0,062)	-0,108
Konstante	0,519 (0,707)		-0,590 (0,270)*		-1,464 (0,505)**		-0,389 (0,113)**	
N	23		21		23		22	
R <sup>2</sup>	0,530**		0,660**		0,332*		0,642**	
R <sup>2</sup> <sub>korr</sub>	0,483**		0,622**		0,265*		0,605**	

Quelle: Eigene Berechnungen, Datenbasis siehe Kapitel 5. Erläuterungen: siehe Text.

320 Dabei ist ein Modell gemeinsam mit Agrarwertschöpfungsquote und TFR 1970 aufgrund der überhohen Interkorrelation ( $r = 0,73$ ) ausgeschlossen (vgl. Tab. A-6).

Die BIPPC-Veränderung erweist sich als (hoch-)signifikant, der T-Wert beträgt je nach Spezifikation zwischen -2,79 und -2,92. Hochsignifikant ist der partielle Koeffizient der Agrarwertschöpfungsquote mit T-Werten zwischen 4,10 und 5,68. Der Verhütungsindikator erweist sich im Basismodell als signifikant, ist jedoch in mehreren Spezifikationen insignifikant, zusammen mit der Dienstleistungsquote erreicht er dagegen einen hochsignifikanten Wert. Entsprechend schwankt der T-Wert zwischen 1,15 und 3,08 bei konstant positivem Vorzeichen. Sämtliche andere der berücksichtigten Variablen – hier sei nochmals auf die im Vergleich zu den anderen Regressionen deutlich geringere Variablenzahl von zehn hingewiesen – erweisen sich bei der multivariaten Regressionsanalyse der Veränderungsrate für die Diffusionsphase als insignifikant. Dies gilt auch für die Veränderungsrate der Dienstleistungsquote, was konträr zum signifikanten Befund für die beiden anderen Modernisierungsindikatoren steht, wobei dieser Befund denen der Niveaudatenanalyse und den bivariaten Befunden der Veränderungsrateanalyse entspricht.

Dem Problem der Multikollinearität wird – wie in allen anderen multivariaten Modellen – dadurch begegnet, dass nur solche Variablen in die Modelle aufgenommen werden, die keine bedenklich hohen Interkorrelationen von  $r \geq 0,7$  aufweisen (Interkorrelationsmatrix siehe Tab. A-6).

Die Jackknife-Analysen weisen auf einen bedeutenden Einfluss der beiden ostasiatischen Länder auf den oben skizzierten Befund hin (siehe Tab. A-17, A-18). Ohne die Ausklammerung Südkoreas bleibt die Veränderungsrate des prozentualen BIPPC in allen Fällen, auch bei der Ausklammerung einzelner Ländergruppen, signifikant. Berücksichtigt man das absolute BIPPC, so ist der Befund auch ohne Südkorea hochsignifikant (vgl. Tab. A-7). Andererseits ist der Verhütungsmittelzugang bei einer Ausklammerung Japans signifikant und ohne Japan und Südkorea sogar hochsignifikant. Das Residuenstreudiagramm (siehe Abb. A-34) verdeutlicht die Sonderrolle beider Länder. Die südkoreanische wird oben bereits erläutert, die japanische Sonderrolle liegt im technologischen Bereich: Geburtenkontrolle findet dort in dieser Zeit trotz erschwertem Zugang zu modernen Verhütungsmitteln neben traditionellen Techniken vergleichsweise häufig in Form von Abtreibungen statt (vgl. auch 5.7).

Insgesamt bestätigt die multivariate Analyse der Veränderungsrate die anhand von Niveaudaten gezeigten Effekte von Modernisierung und Verhütungsmittelzugang, jedoch weniger robust als bei den Niveaudaten. Eine Verbreiterung der Datenbasis und eine leichte Ausweitung des Untersuchungszeitraums bis 1965 erscheinen gewinnbringend für die weitere Forschung.

## 6.5 Erklärung der Diffusionsphase: Zusammenfassung der empirischen Befunde und analytische Rückkopplung zur Mikroebene

„Es kann hier nur wiederholt werden, dass wir es mit einem sehr vielschichtigen und komplizierten Geflecht von Ursache- und Wirkungszusammenhängen zu tun haben, wobei die Wirkungsfaktoren regional, im zeitlichen Ablauf und in den verschiedenen Bevölkerungsgruppen offenbar ein sehr unterschiedliches – und sich ständig änderndes – Gewicht besitzen.“ (Schubnell 1973:47)

Kombiniert man die Erkenntnisse aus den Analysen der Diffusionsphase – beruhen sie auf bi- oder multivariaten Regressionen, auf Niveau- oder Veränderungsraten, auf dem Querschnitt, der gesamten Diffusionsperiode oder einzelnen Subperioden – so ergibt sich ein kohärentes Muster der Makrovariablen, das den Erklärungsansatz aus dem fünften Kapitel weitestgehend untermauert. Ökonomische und emanzipatorische Modernisierung sowie der Zugang zu modernen Verhütungsmitteln wurden als zentrale Indikatoren bestätigt. Darüber hinaus konnten konfessionelle, kulturelle und politische Faktoren als Schub- und Bremskräfte identifiziert und bereits der beginnende Einfluss familienpolitischer Variablen konstatiert werden.

Die grundsätzlichen Voraussetzungen für den Zweiten Geburtenrückgang sind demnach auf der Ebene von Modernisierung und Frauenemanzipation zu finden. Das plötzliche Einsetzen ist am besten mit der neuen Verhütungstechnologie und der Überbevölkerungsdebatte zu erklären. Diese Faktoren haben gemeinsam eine Veränderungsdynamik entwickelt, die die gesellschaftlichen Lebensbedingungen und –formen zwischen Berufstätigkeit und Familie erschüttert hat und auf der kulturellen Ebene auch im breiteren Kontext von Geschlechtsrollen, Partnerschaft und Sexualität erhebliche Veränderungen bewirkt hat.

Während der Einfluss der Überbevölkerungsdebatte aufgrund fehlender Daten nur auf empirischen Indizien und Plausibilitätsüberlegungen beruht, lässt sich der Einfluss der anderen drei Faktoren statistisch fundiert belegen: Sozioökonomische Modernisierung, Verfügbarkeit moderner Kontrazeptiva und Frauenemanzipation zeigen nicht nur bivariat (hoch-)signifikante Korrelationen, sondern sind die zentralen Variablen der multivariaten Modelle – sowohl für Querschnittsanalysen zu verschiedenen Zeitpunkten der 1970er Jahre, als auch für Veränderungsratenanalysen der Diffusionsphase. Etwas überraschend ist, dass die statistisch nachgewiesene Wirkung der Modernisierungsvariablen sogar größer ist als die der Frauenemanzipation. Auch wenn Modernisierung und Bildungsexpansion von Frauen Hand in Hand gehen – was auch die hohen Interkorrelationen belegen – unterstreichen die Befunde, dass der Effekt der Modernisierung nicht nur auf der parallel verlaufenden Frauenemanzipation zurückzuführen ist. Denn die Modernisierung hat darüber hinaus auch Veränderungen des Gewichts der Wirtschaftssektoren, gestiegene Mobilitätsanforderungen des Arbeitsmarkts und gewachsene Konsummöglichkeiten bewirkt. Analytisch gewinnbrin-

gend und als Abgrenzung zu allgemeinen Wohlstandstheorien sind hier die Diskontinuitäten zur Babyboomphase zentral bedeutsam: Diskontinuitäten sind die wachsende Bedeutung des Dienstleistungssektors, die zunehmende Akademisierung des Arbeitsmarktes und die Frauenemanzipation sowie die beiden als Initiatoren identifizierten Variablen Verhütungstechnologie und Überbevölkerungsdebatte. Die statistischen Befunde verdeutlichen, dass eine nur auf die Frauenemanzipation fußende Erklärung zu kurz greift.

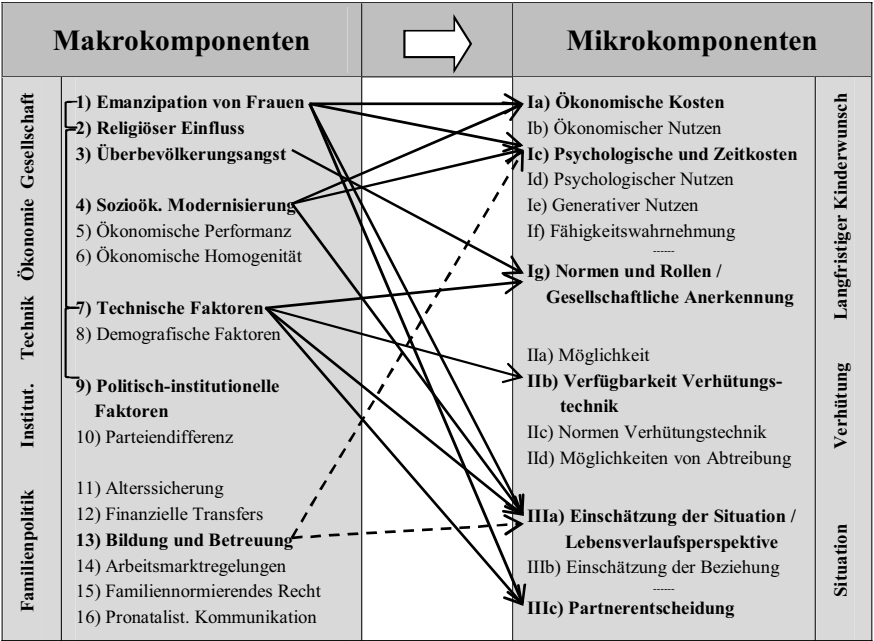
Ergänzend zu dieser Ursachenerklärung ermöglichen die statistischen Befunde den Nachweis von Schub- und Bremskräften. Schubkräfte des Zweiten Geburtenrückgangs sind protestantische Prägung und freiheitliche politische Regime. Entsprechend erweisen sich Katholikenquote und hohe Freedom-House-Werte – neben einem erschwerten Zugang zu modernen Verhütungsmitteln – als Bremskräfte. Die Wirkung der Konfessionen weist Interaktionseffekte mit dem Verhütungsmittelzugang auf. Die zunehmende Wirkung von Akkomodationseffekten wird für Anfang der 1980er Jahre sichtbar.<sup>321</sup> Während das negative Vorzeichen (bei insignifikantem Befund) der familienpolitischen Variablen 1981 auf die überlagernde Wirkung von Nachzüglereffekten zurückzuführen ist, zeigt die Veränderungsratenanalyse bereits für die Periode 1981-86 einen positiven Effekt familienpolitischer Maßnahmen, der insbesondere bei den Kinderbetreuungsausgaben signifikant ist.

Diese Erkenntnisse des Zusammenhangsgeflechts hinsichtlich zahlreicher Länder, eines längeren Zeitraums und vieler Makrovariablen bedürfen einer Rückkopplung zur Mikroebene, um der von Schubnell angesprochenen Komplexität des Gegenstandes gerecht zu werden. Dabei wird die Erklärung aus analytisch-pragmatischen Gründen auf die zentralen Kausalketten fokussiert (zur Vielfalt potenzieller Wirkungszusammenhänge siehe 2.1). Die Makrokomponente Emanzipation von Frauen bewirkt aufgrund der zunehmenden beruflichen Möglichkeiten auf der Mikroebene einen Anstieg der ökonomischen und psychologischen Kosten (Ia, Ic), aber auch das Timing der generativen Entscheidung (IIIa) wird erschwert (siehe Abb. 6-6). Dazu wird die Paarinteraktion gleichberechtigter. Die Überbevölkerungsdebatte hat einen Einfluss auf die gesellschaftliche Anerkennung einer bestimmten Kinderzahl (Ig), sie führt dazu, dass Mehrkinderfamilien eine geringere Wertschätzung zukommt und die Akzeptanz von Kinderlosigkeit zunimmt. Die sozioökonomische Modernisierung bewirkt nicht nur einen Anstieg der ökonomischen Kosten für Kinder hinsichtlich Nahrung und Wohnraum, sondern auch der Zeitkosten und biografischen Optionen aufgrund

321 Hier sei nochmal in Erinnerung gerufen, dass die Theorie auf der Unterscheidung von Diffusions- und Akkomodationseffekten aufbaut und die Benennung der beiden Phasen dem jeweils dominanten Effekt folgt. Beide Effekte existieren parallel, jedoch in unterschiedlicher Gewichtung.

gestiegener Konsummöglichkeiten und Arbeitsmarkterfordernisse (Ia, Ic, IIIa). Die modernen Verhütungstechnologien wirken auf die Mikrodimension II, dazu verstärken sie die Normen hinsichtlich der Planung der Kinderzahl (Ig), beeinflussen den situativen Entscheidungskontext (IIIa) und verschieben bei der Paarinteraktion in der Verhütungsfrage die Entscheidung zugunsten der Frau (IIIc). Im weiteren Verlauf der Diffusionsphase kommt zudem der Effekt durch Kinderbetreuungsangebote hinzu, dieser wirkt in entgegengesetzter Richtung auf genau die drei Mikrokomponenten, auf die Frauenemanzipation und Modernisierung wirken: Er reduziert die Opportunitäts- sowie die Zeitkosten und ermöglicht Perspektiven bei der Einschätzung der konkreten Situation anlässlich der Entscheidung für oder gegen Kinder (Ia, Ic, IIIa).<sup>322</sup>

**Abbildung 6-6:** Erklärung der Diffusionsphase des Zweiten Geburtenrückgangs anhand des generativen Mehrebenenmodells



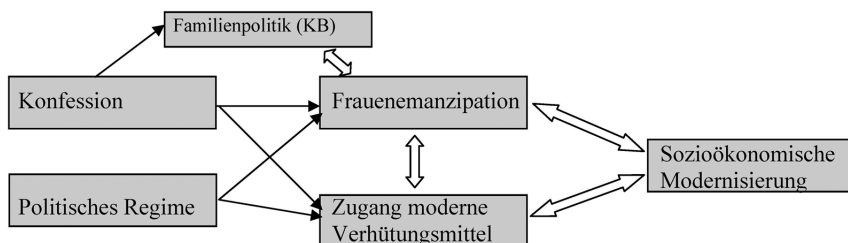
Anmerkungen: Die gestrichelten Pfeile deuten die aufkommenden Akkomodationseffekte an. Die Makrofaktoren wirken interdependent. Der Effekt des religiösen Einflusses und der politisch-institutionellen Faktoren ist nur indirekt. Vgl. hierzu Abb. 6-7.

322 Dieser Effekt beruht v. a. auf den nordeuropäischen Ländern, die für sich genommen ab Anfang der 1980er Jahre bereits die Konstellation haben, dass Akkomodationseffekte die Diffusionseffekte überwiegen. Die Erklärung für die beiden Phasen ist nicht identisch mit der für die beiden Effekte, da die Effekte sich zeitlich überschneiden.



Die Wirkung der religiösen und politisch-institutionellen Makrofaktoren, die Schub- und Bremskräfte, vollzieht sich weniger direkt auf die individuelle generative Entscheidung, vielmehr modifizieren sie die Diffusion der anderen Variablen, Frauenemanzipation und Verhütungsmittel. Dazu gibt es bedeutende Wechselwirkungen innerhalb drei der vier anderen makrofaktoriellen Haupterklärungs-faktoren, was die Dynamik der Veränderungen unterstreicht. In Abbildung 6-7 sind zusätzlich die Wechselwirkungen der Haupterklärungs-faktoren mit der Familienpolitik angedeutet.

**Abbildung 6-7:** Wechselwirkungen zwischen Makrofaktoren in der Diffusions-phase



Nach Rückkopplung mit den Ergebnissen der Makroanalyse hat sich die generative Entscheidungskonstellation auf der Mikroebene durch den Zweiten Geburtenrückgang also folgendermaßen verändert:<sup>323</sup>

**Dimension I:** Bei der Kinderwunsch-Abwägung haben sich die ökonomischen Kosten aufgrund der gestiegenen Opportunitätskosten für Frauen (1) und der Kosten für Wohnung und Bildung der Kinder (4) erhöht. Stärker wiegt, dass die Entscheidung für Kinder der Verwirklichung der zuvor rasant gestiegenen beruflichen Möglichkeiten für Frauen, ihrem Status sowie ihrer Selbstständigkeit im Wege steht, was sich durch die zunehmende Dynamik hinsichtlich von Mobilität und Qualifikationsanforderungen (4) verstärkt. Zudem haben sich auch zeitliche Kosten aufgrund der gestiegenen Konsummöglichkeiten (4) erhöht. Beide Kostendimensionen werden durch die Verfügbarkeit von Kinderbetreuungsinfrastruktur (13) zumindest partiell reduziert. Hinzu kommt, dass die gesellschaftliche Anerkennung für eine Kinderzahl oberhalb von zwei sich aufgrund der medialen Debatte über weltweite Überbevölkerungsprobleme (3) erheblich reduziert hat und aufgrund moderner Verhütungsmittel (7) eine entsprechende Planung der

323 In den folgenden drei Absätzen ist die Nummer des jeweils verursachenden Makrofaktors gemäß der 16er-Nummerierung im Mehrebenenmodell in Klammern gesetzt (1=Frauenemanzipation, 2=Religiöser Einfluss, etc.). Die Dimensionen beziehen sich auf die drei Dimensionen des Mikromodells (vgl. Tab. 2-1).



Kinderzahl von Teilen der Gesellschaft erwartet wird. Dazu hat ein Verzicht auf Kinder normative Legitimation erhalten (3).

**Dimension II:** Durch die Verfügbarkeit moderner Verhütungsmittel, die sicherer, von Frauen kontrollierbar und kaum lustmindernd sind (7), ist der Zusammenhang zwischen Sexualität und Fortpflanzung weitestgehend aufgehoben. Eine Planung von Zahl und Timing des Nachwuchses ist in bisher ungekanntem Ausmaß möglich. Dies bezieht sich sowohl auf das Timing der gewünschten Kinder, als auch auf das Beenden der Fertilitätsphase nach Erfüllung der gewünschten Kinderzahl. Eine spontane Entscheidung für ein weiteres Kind ist bei der Verwendung moderner Kontrazeptiva im Unterschied zu älteren Technologien nicht möglich.

**Dimension III:** Die Einschätzung der aktuellen Situation hat sich durch den zunehmenden Wunsch nach Berufstätigkeit der Frauen (1) grundlegend verändert, da nun die Entscheidung für Kinder mit den beruflichen Ambitionen und Konstellationen beider Partner korrespondieren muss. Durch zunehmende Mobilitätsanforderungen des Arbeitsmarktes (4) wird dieser Effekt verstärkt. Erleichtert wird die Entscheidung für Kinder zwar durch familienpolitische Vereinbarkeitsoptionen (13, auch 14), jedoch bewirkt die Konstellation in Kombination mit den gewonnenen generativen Planungsmöglichkeiten (7) einen Aufschub potenzieller Geburten. Hinzu kommt, dass der kulturelle Wandel hinsichtlich einer Toleranz der Lebensformen und die sexuelle Revolution neue Optionen und das Sammeln mehrerer partnerschaftlicher Erfahrungen ermöglichen, die bei einer sofortigen Entscheidung für Kinder kaum zur Verfügung stehen. Auch die Paarinteraktion wird durch die Frauenemanzipation (1) gleichberechtigter, wobei die Verhütungsentscheidung bei den Frauen liegt aufgrund ihrer Anwendungshoheit bei ovulationshemmenden Verhütungsmitteln (7) insbesondere im Kontrast zu Kondomen.

Diese Rückkopplung der Ergebnisse der makroskopischen statistischen Analyse auf die Mikroebene ist erforderlich, um die Befunde auch auf individueller Ebene nachzuvollziehen und eine Brücke zu sinnvollen ergänzenden Überprüfungen der Theorie mit Individualdaten zu bauen (zu Grenzen von Makrostudien vgl. 4.2 und 7.4). Dabei wurde versucht, eine lesbare und verständliche Erklärung mit einer Verknüpfung der Mikro- und Makrovariablen des Mehrebenenmodells zu verbinden. Die Benennung von Variablen auf Mikro- und Makroebene und die Verknüpfung der Kausalmechanismen ist für solche komplexen theoretischen Erklärungen unerlässlich. Es wurde gezeigt, dass die fünf als zentral identifizierten Makrofaktoren, die von zwei weiteren und wechselseitig beeinflusst werden, erheblich auf die individuellen Fertilitätsentscheidungen wirken: Sie erhöhen die materiellen und psychologischen Kosten insbesondere für Frauen, bewegen gesellschaftliche Normen in Richtung einer geringeren gesellschaftlich erwünschten Kinderzahl, heben den Zusammenhang zwischen Sexualität

und Fortpflanzung vollends auf, verändern die dynamische konkrete Entscheidungssituation nachhaltig in Richtung eines Geburtenaufschubs und beeinflussen die Paarinteraktion. Dabei wurden die im Modell aus Abbildung 6-6 dargestellten zentralen Kausaleinflüsse sowie Interdependenzen und Dynamiken auf beiden Ebenen aufgezeigt.

## 7 Akkomodationsphase: Veränderungsratenanalyse und multivariate Erklärungsmodelle

### 7.1 Bivariate Analyse der Veränderungsraten

Bei dieser Analyse werden die Veränderungsraten von 1986 bis 2006 und von den zwei jeweils zehnjährigen Subperioden untersucht (siehe Tab. 7-1).

**Tabelle 7-1:** Korrelationen der Veränderungsraten in der Akkomodationsphase

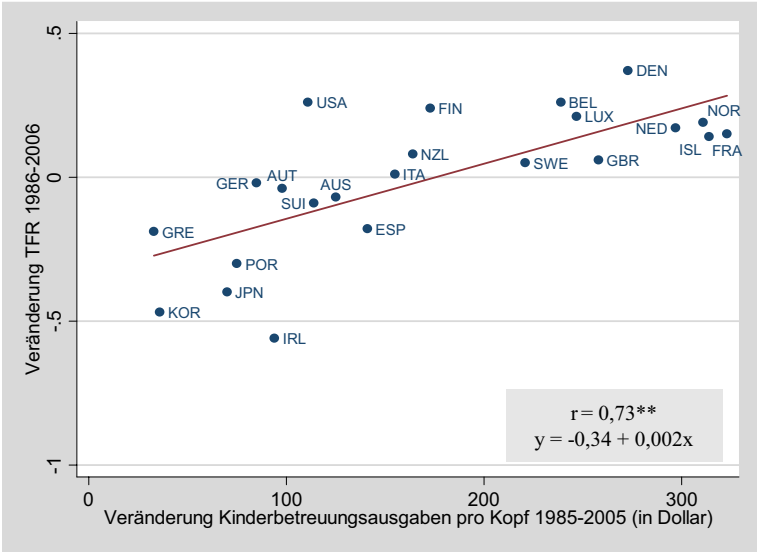
Variablen (und ihr Zusammenhang mit der TFR)	Datenbasis	V 1986-2006 Hauptperiode	V 1986-1996 Subperiode 1	V 1996-2006 Subperiode 2
1a Tert. Bildung Frauen	alle	-0,192	-0,012	-0,284
1b Frauenerwerbsquote	20/28	-0,273	-0,199	0,362
2a Katholikenquote	alle	-0,326	-0,425*	0,056
2b Protestantenquote	alle	0,495**	0,544**	0,109
4a BIPPC	24/28	0,193	0,357	0,034
4aa BIPPC prozentual	24	-0,499(*)	-	-
4b Dienstleistungsquote	25/28	-0,402*	-0,269	-0,404*
4c Agrarwertschöpfungsq.	23/27	0,607*(*)	0,288	0,273
5a Arbeitslosenquote	20/27	0,387	0,231	-0,421*
8a Erstmütteralter	27	-	-	-0,600**
8b Kinderlosenanteil	16	-0,016	-0,064	-
8c TFR Phasenwechsel '86	alle	-0,600**	-0,590**	-
9a Frauenwahlrecht	alle	-0,169	-0,157	-0,092
9b Frauen im Parlament	alle	-	-	0,187
9c Politische Rechte FH	alle	0,804**	0,707**	-
9d Systembruchdummy	alle	-0,751**	-0,711**	-0,344
11a Generationenkoeffiz.	23/28	-0,320	-0,039	-0,123
12a Familienausgabenq.	23/27	-0,121	0,386	-0,029
12b Familientransferquote	23/27	-0,168	0,318	-0,165
12c Elterngeld pro Kopf	23/26	0,512*	0,666**	-0,010
13a Familiendienstleist.	23/28	0,078	0,249	0,203
13b KB-Ausgaben p. K.	23/26	0,727**	0,558**	0,517**
14b Teilzeitarbeitsquote	14/28	-0,378	-0,419	-0,023
16a Pronat. Politikerbe	alle	0,108	0,092	0,074

Quelle: Eigene Berechnungen, Datenbasis siehe Kapitel 5.

Anmerkungen: Bei den Kinderbetreuungsausgaben wurden bei vier Ländern (ISL, SUI, KOR, USA) für 1985/1986 aufgrund fehlender Daten die Werte von 1990 verwendet. Analoges gilt für den Elterngeldwert Islands. Stehen in der Datenbasis-Spalte zwei Zahlen, bezieht sich die erste auf die Hauptperiode sowie Subperiode 1 und die zweite, die höhere Fallzahl, auf die Subperiode 2. Bei Signifikanzniveaus, die bei Jackknife-Analysen wegfallen, sind die Signifikanzsterne in Klammern gesetzt. Bei den politischen Rechten sind die Ergebnisse für die binäre Kodierung denen der mehrstufigen sehr ähnlich (0,779\*\* in der Hauptperiode und 0,615\*\* in der ersten Subperiode).

Als wirkungsstärkste Determinanten über die gesamte Akkomodationsphase bis 2006 erweisen sich die beiden politisch-institutionellen Variablen Systembruch und Freedom-House-Index sowie die Kinderbetreuungsausgaben pro Kopf mit exorbitant hohen Korrelationskoeffizienten zwischen 0,727 und 0,804. Ebenfalls hochsignifikant sind Protestantenquote, Agrarwertschöpfungsquote und das TFR-Niveau 1986 in der ersten Subperiode, hier liegen die Korrelationskoeffizienten zwischen 0,50 und 0,61. Die kleinere Signifikanzschwelle erreichen die Variablen Dienstleistungsquote und Elterngeld.

**Abbildung 7-1:** Zusammenhang Veränderung von Kinderbetreuungsausgaben und TFR 1986-2006



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von OECD 2008a, 2009a, 2009c.

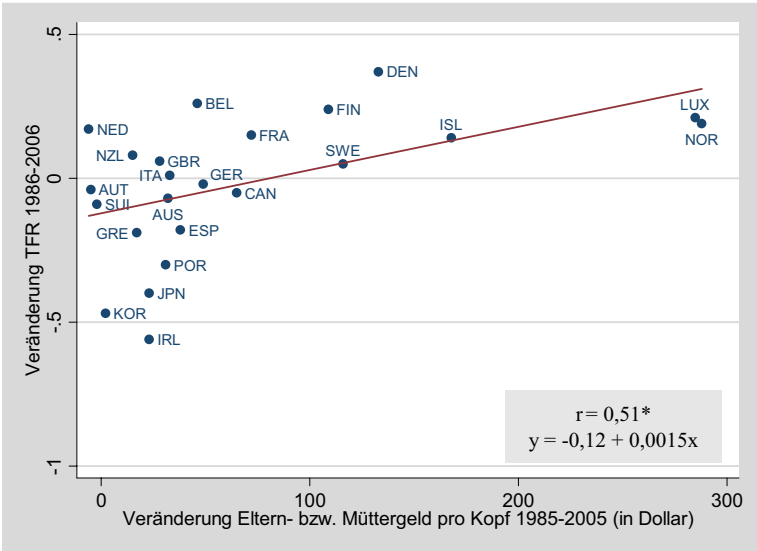
Die pro Kopf gerechneten Kinderbetreuungsausgaben kristallisieren sich als Schlüsselvariable heraus.<sup>324</sup> Der Effekt betrifft alle Länder und erweist sich auch innerhalb der beiden Subperioden als hochsignifikant. Das Streudiagramm (siehe Abb. 7-1) illustriert, dass die Anstiegshöhe der Kinderbetreuungsausgaben den Unterschied ausmacht, ob die Fertilitätsraten eines Landes steigen oder nicht: Alle zwölf Staaten mit einem Anstieg der Kinderbetreuungsausgaben von über 155 Dollar haben zwischen 1986 und 2006 steigende TFR-Werte verzeichnet, während mit Ausnahme der USA alle anderen elf Länder, deren Familienpolitik nur

324 Für Island und USA werden aufgrund der fehlenden Daten für 1985 die für 1990 verwendet. Da das Ausgangsniveau in den USA (0,9 \$ 1990, Anstieg auf 112,3 \$ 2005) noch 1990 sehr gering ist, sind Verzerrungen durch dieses Vorgehen nicht zu erwarten.

einen geringen Anstieg zwischen 33 und 140 Dollar ermöglicht hat, fallende Geburtenraten aufweisen. Der hochsignifikante Effekt ist robust und bleibt auch bei Ausklammerung einzelner Länder und Ländergruppen erhalten.

Dieser Befund bestätigt nicht nur Hypothese 13a, sondern auch zwei zentrale übergreifende Hypothesen dieser Untersuchung: Der Einfluss von Familienpolitik auf das generative Verhalten und die politisch-gesellschaftliche Anpassung an die Herausforderungen des Zweiten Geburtenrückgangs sind zentrale Elemente der Akkomodationsphase. Besonders interessant ist dieses Ergebnis, da positive und negative Veränderungsraten erklärt werden können. Der Grad der politischen Anpassung an veränderte Biografiemuster – explizit durch öffentliche Kinderbetreuung – determiniert in der Akkomodationsphase, ob die Geburtenraten weiter fallen oder wieder ansteigen. Dieser auf die Analyse der Veränderungsraten aufbauende Kausalschluss deckt sich mit der zentralen Prämisse des Erklärungsansatzes aus Kapitel 4 hinsichtlich der Akkomodationsphase. Auch entspricht er den bi- und multivariaten Querschnittsbefunden für die Niveaudaten, wonach Generosität und Instrumentenwahl der Familienpolitik maßgeblich die im OECD-Länder-Vergleich auftretenden Fertilitätsunterschiede seit Mitte der 1980er Jahre erklären.

**Abbildung 7-2:** Zusammenhang Veränderung Elterngeldausgaben und TFR 1986-2006



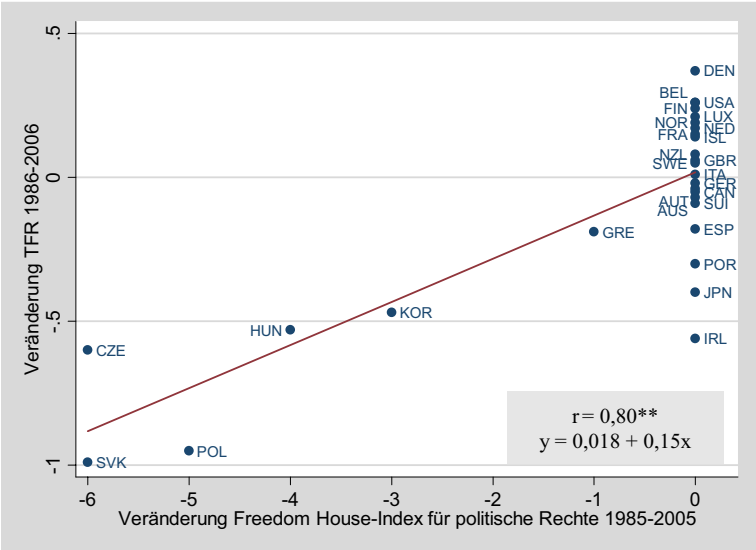
Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von OECD 2008a, 2009a, 2009c.

Das signifikante Ergebnis für die Variable Elterngeld pro Kopf ist signifikant, jedoch geringer als das der Kinderbetreuung (siehe Abb. 7-2). Zudem beruht der

Zusammenhang weitestgehend auf der nordeuropäischen Ländergruppe. Den Hypothesen widerspricht dagegen der insignifikante Befund für die anderen familienpolitischen Variablen. Die Familiendienstleistungsquote hat zwar das erwartete positive Vorzeichen, der Korrelationskoeffizient ist mit 0,08 jedoch gering. Er erhöht sich bei Ausklammerung von Dänemark und Schweden auf 0,36 (und ist in der zweiten Subperiode signifikant), da beide Länder aufgrund der bereits hohen Dienstleistungsausgabenquote im Jahr 1986 als einzige Länder eine negative Veränderungsrate dieser Variablen aufweisen. Der Generationenkoeffizient hat bei den Veränderungsraten im Gegensatz zum Niveaudatenbefund sogar ein negatives Vorzeichen, das bei Ausklammerung Irlands jedoch positiv wird. Ähnliches gilt für die Familienausgaben- und die Familientransferquote. Wie lässt sich dieser Befund für diese Variablen erklären? Bereits im sechsten Kapitel hat der Vergleich des Effektes von Familientransfers und Familiendienstleistungen gezeigt, dass an Transferleistungen orientierte familienpolitische Instrumente bereits 1990 ihren Korrelationshöhepunkt mit der TFR hatten, während die Korrelation zwischen Familiendienstleistungsinstrumenten und der TFR bis 2006 zunimmt (vgl. Abb. 5-31). Niveaudaten- und Veränderungsratenbefunde weisen erstens darauf hin, dass die Transferinstrumente älter sind, d. h. ihr Ausbau zu Beginn der Akkomodationsphase bereits so fortgeschritten ist, dass der Befund der Veränderungsraten insignifikant ist. Zweitens zeigen sie, dass Kinderbetreuung eine für die Fertilitätsentwicklung besonders wirkungsstarke Variable ist. Ein weiterer Erklärungsfaktor ist der statistische Effekt des BIP im Nenner des Quotienten, wodurch die familienpolitische Expansion geringer angezeigt wird als bei den Pro-Kopf-Ausgaben.

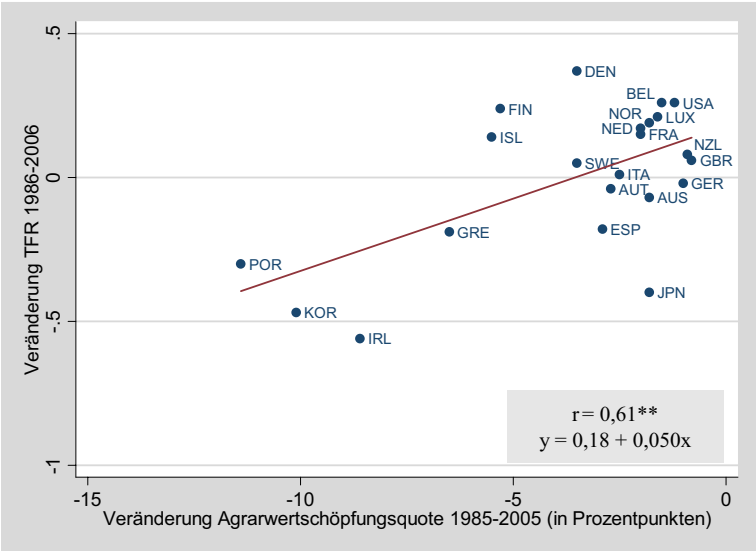
Der in der Akkomodationsphase noch vorhandene, jedoch langsam auslaufende Diffusionsprozess der ost- und südeuropäischen Länder sowie Südkoreas ist bei einigen Variablen deutlich sichtbar. Die hohen Werte für die beiden institutionellen Determinanten Systembruch und Freedom-House-Index beruhen auf der Entwicklung der osteuropäischen Länder (siehe Abb. 7-3). Diese haben 1986 aufgrund der Bremskraft der kommunistischen Regime infolge geschützter Arbeitsmärkte, aber auch von familienpolitischen Anstrengungen, noch sehr hohe Geburtenraten. Der TFR-Rückgang dieser vier Länder hat die drei höchsten Werte innerhalb der Akkomodationsphase mit TFR-Veränderungsraten von -0,60 (Tschechien), -0,48 (Ungarn), -0,95 (Polen) und -0,99 (Slowakei). Während der Systembruchdummy nur diese vier Staaten von den anderen 24 abgrenzt, zeigt der Freedom-House-Index zusätzlich für den Fall Südkorea einen Index-Rückgang. Beide institutionellen Variablen zeigen den Diffusionseffekt dieser fünf generativen Nachzüglerstaaten, der durch ökonomische Effekte wie Arbeitslosigkeit noch verstärkt wird. Für den überwiegenden Teil der Fallauswahl spielen diese Variablen allerdings keine Rolle: Beim Systembruchdummy sind 24 und beim Freedom-House-Index 22 Staaten mit Null kodiert.

**Abbildung 7-3:** Zusammenhang Veränderung politische Rechte/TFR 1986-2006



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Freedom House 2009, OECD 2008a, 2009a, SBA 2008c.

**Abbildung 7-4:** Zusammenhang Veränderung Agrarquote und TFR 1986-2006



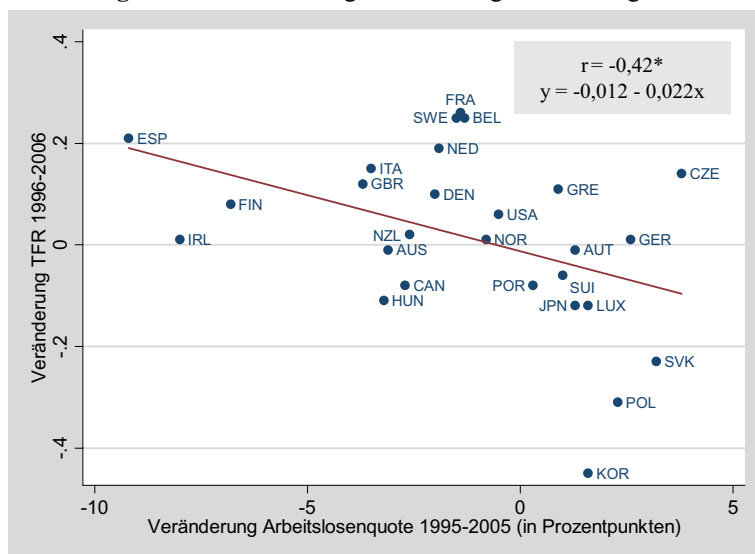
Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von OECD 2008a, 2009a, SBA 2008c.

Der in der Akkomodationsphase noch vorhandene Diffusionsprozess ist auch anhand der Modernisierungsvariablen Agrarwertschöpfungsquote und Dienstleis-

tungsquote nachweisbar. Je höher der Rückgang der Bedeutung des Agrarsektors und je stärker der Anstieg der Dienstleistungsquote, desto höher ist der Rückgang der TFR. Ein Blick auf Streudiagramm und Jackknife-Analysen zeigt, dass die Effekte nur auf wenigen Nachzüglerstaaten wie Portugal, Irland und Südkorea beruhen (siehe Abb. 7-4).<sup>325</sup> Das stetige Nachlassen der Diffusionseffekte im Zeitverlauf verdeutlicht die Analyse der beiden Subperioden: Beide institutionellen Variablen sind in der ersten Subperiode hochsignifikant und in der zweiten insignifikant.

Für die Veränderungsrate der Arbeitslosenquote ist erst im späten Verlauf des Geburtenrückgangs für die Phase 1996 bis 2006 ein signifikanter negativer Effekt auf die Fertilitätsraten zu konstatieren (siehe Abb. 7-5). Der Vorzeichenwechsel gegenüber der Vorperiode beruht nicht nur darauf, dass nur in der zweiten Subperiode die vier osteuropäischen Länder mit ihrer Kombination aus TFR-Rückgang und Arbeitslosigkeitsanstieg inkludiert sind, denn der signifikante Befund bleibt auch bei Ausklammerung der osteuropäischen Staaten erhalten. Dabei weist das Land mit dem größten Arbeitslosenrückgang, Spanien, eine erhebliche Erholung der TFR von 1,17 auf 1,38 auf.

**Abbildung 7-5:** Zusammenhang Veränderung Arbeitslosigkeit/TFR 1996-2006



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von OECD 2008a, 2009a.

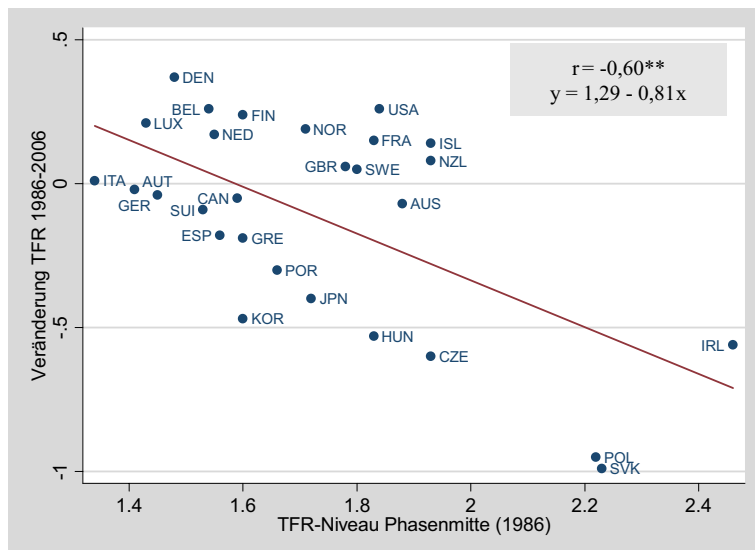
325 Der Korrelationskoeffizient von 0,61 beträgt ohne Portugal 0,58, ohne Südkorea 0,53 und ohne Irland 0,51. In den letzten zwei Fällen wird die hochsignifikante Hürde verfehlt und nur noch die Signifikanz mit der unter fünfprozentigen Irrtumswahrscheinlichkeit erreicht. Klammert man alle drei Staaten aus, beträgt der Koeffizient nur noch 0,07.



Die weiteren Ergebnisse der bivariaten Veränderungsratenanalyse seien hier kurz skizziert: Für die beiden Frauenemanzipationsvariablen lässt sich entgegen der Hypothese kein signifikanter Zusammenhang nachweisen. Der hochsignifikante positive Zusammenhang zwischen der protestantischen Prägung eines Landes und der TFR-Veränderungsrate bestätigt Hypothese H-2b, wonach der Protestantismus der Akkomodation zuträglich ist (siehe Abb. A-35). Die hohen Interkorrelationen der Protestantenquote mit Elterngeld und Kinderbetreuungsausgaben weisen darauf hin, dass der konfessionelle Effekt indirekt über die Familienpolitik wirkt. Der Effekt der Katholikenquote ist hinsichtlich des Vorzeichens spiegelbildlich zur Protestantenquote, jedoch mit geringerer Signifikanz, was auf die beiden nichtchristlichen ostasiatischen Fälle zurückzuführen ist. Ebenfalls insignifikant ist die Veränderungsrate des BIPPC. Der signifikante Wert des prozentualen BIPPC ( $r = -0,50$ ) fällt ohne einen der beiden Nachzüglerstaaten Südkorea und Irland weg; klammert man beide aus, ist das Vorzeichen sogar positiv ( $r = 0,04$ ). Die Veränderungsrate von Erstmütteralter und TFR stehen in hochsignifikant negativem Zusammenhang (siehe Abb. A-36), wodurch sich die – anhand der Niveaudaten nicht nachweisbare – Hypothese H-8a zumindest anhand der Veränderungsratenanalyse belegen lässt. Dieser Effekt kann nicht nur durch die Aufschubsthese, sondern auch durch die methodische Berechnung der TFR (vgl. 1.1) interpretiert werden. Die Determinanten Frauenwahlrecht und pronatalistisches Politikerbe stehen ebenso wie die Veränderung der Frauenquote im Parlament und der Teilzeitquote in insignifikantem Zusammenhang mit der Veränderung der Geburtenraten zwischen 1986 und 2006.

Der Einfluss des TFR-Niveaus von 1986 mit der Veränderung der Geburtenrate in den beiden Folgejahrzehnten ist wie erwartet hochsignifikant negativ (siehe Abb. 7-6). Der Effekt beschränkt sich weitestgehend auf die erste Subperiode und ist ein klassischer Nachholeffekt. Allerdings ist der Korrelationskoeffizient weitaus geringer als der zwischen dem Niveau 1970 und der Veränderung der Diffusionsphase. Die Regressionsgerade spaltet die Länder in zwei Gruppen, die jeweils derart von der Geraden entfernt liegen, als sei diese negativ magnetisch aufgeladen. Oberhalb der Geraden liegen die Länder mit hohen Fertilitätsraten und erfolgreicher Akkomodation sowie mit Irland auch ein Nachzüglerland. Unterhalb der Regressionsgeraden finden sich die LF- und LLF-Länder. Auffällig ist dabei, dass die überwiegende Zahl der ökonomischen und liberaldemokratischen Nachzüglerländer nicht nur eine verspätete Diffusion, sondern auch eine verzögerte Akkomodation aufweist. Akkomodationsschwierigkeiten haben offenkundig aber auch die an die Frauenemanzipation ungenügend adaptierten deutschsprachigen Länder sowie Italien und Japan. Konservatives Familienbild mit entsprechend fehlenden familienpolitischen Impulsen sowie ökonomischer Rückstand gepaart mit hoher Jugendarbeitslosigkeit kennzeichnen die Länder unterhalb der Regressionsgeraden.

**Abbildung 7-6:** Zusammenhang TFR 1986 und TFR-Veränderung 1986-2006



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von OECD 2008a, 2009a.

Im Ergebnis hat die Analyse dieses Abschnitts gezeigt, dass die familienpolitischen Anpassungen – insbesondere durch den Ausbau der Kinderbetreuung, aber auch durch Elterngeldprogramme – zentrale Determinanten der TFR-Veränderungsraten für die Akkomodationsphase sind. Eine protestantische Prägung fördert offenbar diese familienpolitische Akkomodation. Der Systembruch der osteuropäischen Länder zeigt ebenso wie ökonomische Modernisierungsindekatoren noch einen Diffusionseffekt, der die ost- und südeuropäischen Staaten sowie Südkorea noch nach 1986 begleitet. Neben dieser Diffusion wirken sich in den osteuropäischen Ländern auch massiv ökonomische Effekte aus. In der zweiten Subperiode zwischen 1996 und 2006 sind Diffusionseffekte erheblich geringer, und die Effekte von Familienpolitik und Arbeitslosigkeit erweisen sich als maßgeblich.

## 7.2 1986 - Phasenwechsel von Diffusion zu Akkomodation

In dem Jahr 1986, auf das der Phasenwechsel infolge des systematischen Vorzeichenwechsels verortet wird, wäre gemäß der Zwei-Phasen-These kein hoher Determinationskoeffizient zu erwarten. Die Untersuchung dieses Scheitelpunkts ist von besonderem Forschungsinteresse, da der Theorie nach in diesem Jahr Akkomodations- und Diffusionswirkung der Variablen in etwa gleich sind. Inwie-

weit kann die multivariate Regressionsanalyse einen Einblick in beide gegenläufigen, sich in der Summe ausgleichenden Prozesse gewähren?

Die Regressionsbefunde (siehe Tab. 7-2) bestätigen die Erwartung eines geringen Determinationskoeffizienten des Basismodells für OECD-24<sup>326</sup> (BIPPC, tertiäre Bildungsquote Frauen, Pronatalismuserbe und Katholikenquote) von 0,409 bzw. korrigiert 0,285 – das Best-fit-Modell erreicht nur die erste Signifikanzstufe. Wohlgemerkt, es handelt sich bei diesem Basismodell um das mit der höchsten erklärten Varianz für eine Modellgenerierung aus vier Variablen für 1986, sofern man von der aus methodischen Gründen nicht verwendbaren Freedom-House-Variable und von Modellen, die die Fallzahl inadäquat reduzieren, absieht.<sup>327</sup> Ohne Kenntnis des Phasenwechsels und der Querschnittsregressionen anderer Jahre wäre das Ergebnis sehr ernüchternd, mit fast 30 unabhängigen Variablen kein signifikanteres multivariates Modell bauen zu können. Das niedrige Niveau dieses Gesamtergebnisses für 1986 ist beachtlich und untermauert die These des Phasenwechsels.

Ein Blick auf die einzelnen erklärenden Größen zeigt, dass mit dem BIPPC bzw. der Agrar- und der Dienstleistungsquote, der tertiären Bildungsquote von Frauen sowie dem Pronatalismuserbe nur wenige Indikatoren überhaupt ein signifikantes Niveau erreichen. Dieses ist keineswegs robust, sondern wird nur unter gewissen Spezifikationen erreicht. Interessant ist der Befund, dass mit BIPPC und dem Bildungsindikator zwei einzeln insignifikante Variablen gemeinsam jeweils zu signifikanten Werten kommen. Der Beta-Wert vom BIPPC beträgt einzeln -0,192 und steigt im Modell mit der Bildungsvariablen auf -0,414 an. Der Beta-Wert der weiblichen tertiären Bildungsbeteiligung von alleine 0,042 steigt durch Inklusion des BIPPC auf 0,530 und der T-Wert von 0,21 auf 2,59. Die multivariate Regressionsanalyse zeigt, was die bivariaten Nullbefunde für Mitte der 1980er Jahre nicht zeigen konnten: Der negative Einfluss des BIPPC auf die Geburtenraten 1986 ist ein Indiz für noch anhaltende Diffusion, während der hohe positive partielle Koeffizient der Bildungsbeteiligung ein Indiz dafür ist, dass die Bildungsvariable mit der Akkomodation einhergeht. Da jedoch die Signifikanz gering und nicht über mehrere Spezifikationen hinweg robust ist, ist bei Interpretationen Zurückhaltung geboten.

326 Da für mehrere Variablen keine Daten der vier osteuropäischen Länder verfügbar sind, bezieht sich die Regressionsanalyse für 1986 nur auf die restlichen 24 OECD-Staaten.

327 Der höchste Determinationskoeffizient ergibt sich bei Inklusion der Freedom House-Variable (Modell 1986-6), jedoch erscheint die Verwendung aufgrund der geringen Ausprägungsunterschiede als unangemessen. Im für die TFR von 1986 relevanten Jahr 1985 gibt es fast nur die Ausprägung Eins, zweimal die Zwei und Südkorea mit Vier. Die Variable misst demnach v. a. den Ausreißereffekt Südkoreas. (Es sei daran erinnert, dass die osteuropäischen Staaten, die hohe Freedom-House-Werte aufweisen, für die 1986er-Modelle aus Datengründen ausgeklammert sind.)

**Tabelle 7-2:** Querschnittsregressionen zur TFR 1986 – alternative Basismodelle

1986	1986-1 Basismodell		1986-2 schlankes Basismodell		1986-3 Basismodell mit Agrarsektorquote statt BIPPC		1986-4 Basismodell mit Dienstleistungsq. statt BIPPC	
BIPPC	-0,00003* (0,00001)	-0,477	-0,00003* (0,00001)	-0,449				
Tertiäre Bildungs- quote Frauen	0,013* (0,006)	0,591	0,010* (0,005)	0,428	0,012 (0,006)	0,523	0,014 (0,007)	0,622
Pronatalismuserbe	0,168 (0,089)	0,356	0,168 (0,088)	0,355	0,136 (0,091)	0,289	0,226* (0,094)	0,469
Katholikenquote	0,0014 (0,0015)	0,227			0,0013 (0,0015)	0,217	0,0011 (0,0015)	0,165
Agrarwertschöp- fungsquote					0,029* (0,012)	0,456		
Dienstleistungsquote							-0,016* (0,007)	-0,565
Konstante	1,563 (0,226)**		1,699 (0,175)**		1,022 (0,244)**		2,026 (0,339)**	
N	24		24		23		25	
R <sup>2</sup>	0,409*		0,381*		0,411*		0,346	
R <sup>2</sup> <sub>korr</sub>	0,285*		0,288*		0,280*		0,215	

1986	1986-5 Basismodell mit Dienstleistungsq. statt Tert. Bildung		1986-6 Basismodell mit Freedom House statt Katholikenq.		1986-7 Basismodell mit Generationenkoef. statt Katholikenq.		1986-8 Drei indirekte familienpolitische Determinanten	
BIPPC	-0,00003 (0,00002)	-0,372	-0,0005** (-0,0001)	-0,705	-0,00004* (0,00001)	-0,503		
Tertiäre Bildungs- quote Frauen			0,008 (0,004)	0,362	0,008 (0,005)	0,371		
Pronatalismuserbe	0,193 (0,106)	0,409	0,234* (0,086)	0,495	0,146 (0,095)	0,317	0,245* (0,100)	0,434
Katholikenquote	-0,0006 (0,0013)	-0,101						
Dienstleistungsquote	0,003 (0,009)	0,108						
Politische Rechte Freedom House			-0,167* (0,075)	-0,457				
Generationen- koeffizient					0,219 (0,359)	0,132		
Protestantenquote							-0,003 (0,002)	-0,309
Einführungsjahr Frauenwahlrecht							-0,006 (0,003)	-0,355
Konstante	1,698 (0,425)**		2,126 (0,251)**		1,733 (0,178)**		12,608 (5,807)*	
N	24		24		23		28	
R <sup>2</sup>	0,259		0,508**		0,408*		0,296*	
R <sup>2</sup> <sub>korr</sub>	0,103		0,404**		0,277*		0,209*	

Quelle: Eigene Berechnungen, Datenbasis siehe Kapitel 5. Erläuterungen: siehe Text.

Die genannten Erkenntnisse hinsichtlich der geringen Erklärungsstärke der multivariaten Modelle für 1986 sowie von Vorzeichen und Signifikanz der einzelnen Variablen bestätigen sich, wenn man die anderen unabhängigen Variablen sukzessive dem Basismodell hinzufügt (siehe Tab. A-21). Relevante hochsignifikante partielle Koeffizienten und Gesamtmodelle werden nicht erreicht. Nur mit Variablen, deren Datenverfügbarkeit die Fallzahl deutlich reduziert, lassen sich aus Gründen dieses reduzierten Pools höhere Modellkoeffizienten generieren.

Die Jackknife-Analysen und Ländergruppeneffekte (siehe Tab. A-22, A-23) bestätigen die geringe Erklärungskraft des 1986er Modells, bestenfalls steigt  $R^2$  ohne Kanada auf 0,499 bzw. ohne Nordeuropa auf 0,507 (korrigiert 0,366), ein hochsignifikantes Niveau wird auch in keiner dieser Spezifikationen erreicht. Die Residuendiagnostik weist auf eine nicht konstante Variation der Residuen hin, folglich liegt Heteroskedastizität vor (siehe Abb. A-37).<sup>328</sup> Dies ist besonders dem Fall Irlands geschuldet, das Residuenstreudiagramm verdeutlicht, wie weit TFR und Residuum des Ausreißers Irland von den anderen Werten entfernt liegen.

Zusammenfassend ist zu konstatieren, dass multivariate Querschnittsregressionen für das Jahr des Phasenwechsels 1986 keine hochsignifikante oder zumindest robust signifikante Erklärung der Variation der Geburtenraten in den OECD-Ländern aufzeigen. Da dieser Befund erheblich mit den hohen Determinationskoeffizienten und hochsignifikanten robusten Koeffizienten der Querschnitte innerhalb der Diffusions- und Akkomodationsphase kontrastiert, unterstützt er die These des Phasenwechsels und die Berechnung der Jahresdatierung auf 1986.

### *7.3 Multivariate Erklärungsmodelle der Akkomodationsphase*

#### *7.3.1 Multivariate Querschnittsregressionsanalysen mit Niveaudaten*

Zur multivariaten Regressionsanalyse der Akkomodationsphase werden zwei Querschnitte für die Jahre 1996 und 2006 betrachtet. Dies entspricht 10 und 20 Jahren Distanz zum Jahr des Phasenwechsels, und gleichzeitig ist 2006 das gegenwartnächste Jahr, für das zum Zeitpunkt dieser Untersuchung die notwendigen Daten vorliegen. Im Unterschied zur Diffusionsphase, in der die Datenbasis für die vier osteuropäischen Länder nicht ausreichend war, ist diese in der Akkomodationsphase seit Anfang der 1990er Jahre weitestgehend vollständig, so dass die Inklusion aller relevanter Variablen mit der kompletten Fallzahl ( $N=28$ ) möglich sind.

Wie erwartet, zeigen sich für 1996 im Kontrast zu den Ergebnissen für 1986 ein hochsignifikantes Basismodell und mehrere Determinanten mit enorm erklärungskräftigen partiellen Koeffizienten (siehe Tab. 7-3 und A-24).

328 Da die Heteroskedastizitätstests (White-Test, Goldfeld-Quandt Test) binäre Befunde aufweisen, es sich reell aber um diskrete Phänomene handelt, die sich im Residuenstreudiagramm offenbaren, wird hier auf weitere Tests verzichtet.

**Tabelle 7-3: Querschnittsregressionen zur TFR 1996 – alternative Basismodelle**

1996	1996-1 Basismodell		1996-2 schlankes Basismodell		1996-3 Basismodell mit Familienausg. statt Generationenkoef.		1996-4 Basismodell mit Dienstleistungsq. statt Bildungsquote	
Generationen- koeffizient	0,746** (0,176)	0,535	0,838** (0,165)	0,600			0,745** (0,202)	0,534
Tertiäre Bildungs- quote Frauen	0,007* (0,003)	0,333	0,008** (0,003)	0,376	0,010** (0,003)	0,435		
Frauenenerwerbsquote	0,004 (0,003)	0,173			0,007 (0,004)	0,279	0,005 (0,003)	0,227
Ethn. Minderheit Herkunftsland IGR	0,339** (0,112)	0,349	0,360** (0,113)	0,371	0,276* (0,139)	0,286	0,329* (0,131)	0,339
Familienausgaben- quote					0,096 (0,049)	0,294		
Dienstleistungsquote							0,006 (0,005)	0,176
Konstante	0,904 (0,148)**		1,068 (0,087)**		0,784 (0,190)**		0,694 (0,287)*	
N	28		28		27		28	
R <sup>2</sup>	0,720**		0,698**		0,571**		0,649**	
R <sup>2</sup> <sub>korr</sub>	0,671**		0,660**		0,414**		0,588**	

1996	1996-5 Basismodell mit Protestantenq. statt Frauenenerwerbsq.		1996-6 Basismodell mit BIPPC statt Frauenenerwerbsq.		1996-7 Basismodell mit Familiendien. statt Frauenenerwerbsq.		1996-8 Basismodell mit Teilzeitquote statt Frauenenerwerbsq.	
Generationen- koeffizient	0,735** (0,197)	0,526	0,831** (0,165)	0,596	0,933** (0,186)	0,668	0,790** (0,166)	0,566
Tertiäre Bildungs- quote Frauen	0,007* (0,003)	0,323	0,008* (0,003)	0,338	0,009** (0,003)	0,392	0,007* (0,003)	0,299
Ethn. Minderheit Herkunftsland IGR	0,373** (0,114)	0,384	0,343** (0,114)	0,352	0,385** (0,114)	0,396	0,364** (0,111)	0,375
Protestantenquote	0,001 (0,001)	0,149						
BIPPC			4,79e-06 (4,81e-06)	0,123				
Familiendienst- leistungsquote					-0,065 (0,060)	-0,143		
Teilzeitquote							0,006 (0,005)	0,172
Konstante	1,100 (0,093)**		1,002 (0,108)**		1,062 (0,087)**		1,048 (0,087)**	
N	28		28		28		28	
R <sup>2</sup>	0,709**		0,711**		0,713**		0,719**	
R <sup>2</sup> <sub>korr</sub>	0,659**		0,661**		0,663**		0,670**	

1996	1996-9 Basismodell mit EPL statt Frauenerwerbsq.		1996-10 Basismodell mit öff. Beschäft. statt Frauenerwerbsq.		1996-11 Basismodell mit Pronatalismuserbe statt eth. Minderh.		1996-12 Drei indirekte familienpolitische Determinanten	
Generationen- koeffizient	0,623** (0,166)	0,457	1,010** (0,181)	0,715	0,474* (0,201)	0,340		
Tertiäre Bildungs- quote Frauen	0,008** (0,002)	0,368	0,009** (0,003)	0,393	0,008* (0,003)	0,323		
Frauenerwerbsquote					0,005 (0,003)	0,216		
Ethn. Minderheit	0,338** (0,100)	0,382	0,390** (0,108)	0,402				
Herkunftsland IGR								
EPL	-0,063 (0,034)	-0,234						
Öffentliche Beschäftigungsquote			-0,007 (0,004)	-0,202				
Pronatalismuserbe					0,137 (0,073)	0,255	0,221** (0,0075)	0,413
Protestantenquote							0,003* (0,001)	0,343
Einführungsjahr Frauenwahlrecht							-0,005 (0,002)	-0,296
Konstante	1,260 (0,130)**		1,091 (0,097)**		0,831 (0,163)**		10,067 (4,393)*	
N	26		26		28		28	
R <sup>2</sup>	0,750**		0,756**		0,661**		0,553**	
R <sup>2</sup> <sub>korrr</sub>	0,702**		0,710**		0,601**		0,497**	

Quelle: Eigene Berechnungen, Datenbasis siehe Kapitel 5; Daten für Ungarn bei Familiendienstleistungen und Generationenkoeffizient von 1998, bei Polen Familiendienstleistungen 1998 und Teilzeitquote 1997. Erläuterungen: siehe Text.

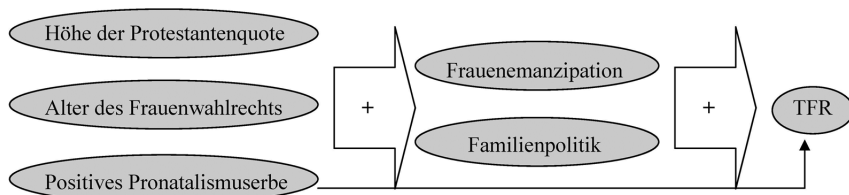
Das Basismodell kombiniert im Kern das familienpolitische Gewicht innerhalb der Sozialpolitik mit der Frauenemanzipation, zudem ist der Einfluss demografisch abweichender ethnischer Minderheiten inkludiert. Der Determinationskoeffizient beträgt 0,720, der korrigierte Wert 0,671. Das schlanke Basismodell (1996-2) kann mit nur drei Variablen bereits fast 70 Prozent der Varianz erklären. Mit anderen Worten: Je größer das familienpolitische Engagement des Sozialstaates und je größer die tertiäre Bildungsbeteiligung von Frauen, desto höher ist die TFR. Abgesehen vom demografischen Effekt einer bestimmten Minderheitenkonstellation in zwei Ländern erweisen sich für die Akkomodationsphase – den Hypothesen des Zwei-Phasen-Ansatzes entsprechend – Frauenemanzipation und Familienpolitik als entscheidende Determinanten.

Bei der Generierung des vier erklärende Größen beinhaltenden Basismodells erweisen sich die drei Variablen des schlanken Basismodells (1996-2) als unabdingbar und jeweils hochsignifikant. Bei Austausch einer dieser Variablen geht erhebliche Erklärungskraft verloren. Anders sieht es bei der vierten Variable, der Frauenerwerbsquote aus, sie ist insignifikant und die alternative Berücksichtigung anderer Variablen wie Protestantenquote, BIPPC, Familiendienstleistungsquote und Teilzeitquote führt zu ähnlichen, nur minimal niedrigeren Determinationskoeffizientenniveaus (1996-5 bis 1996-8). Inkludiert man eine der beiden Arbeitsmarktvariablen EPL oder öffentliche Beschäftigungsquote als vierte Va-

riable (1996-9, 1996-10), erhöht sich die erklärte Varianz auf etwa drei Viertel. Da bei der Verwendung beider Variablen sich aus Datenverfügbarkeitsgründen jeweils die Fallzahl um zwei Länder reduzieren würde, finden sie sich nicht im Basismodell wieder.<sup>329</sup> Trotz dieses methodisch-pragmatischen Vorgehens bleibt die Erkenntnis, dass zusätzlich zu Generationenkoeffizient, tertiärer Bildungsquote Frauen und Minderheiteneffekt die Arbeitsmarktkonstellation zur Erklärung beiträgt – sei es durch den angelsächsischen Weg eines hochflexiblen Arbeitsmarktes oder den skandinavischen mit einer hohen öffentlichen Beschäftigungsquote (siehe 5.14).

Multivariate Regressionsanalysen sollten nicht ausschließlich auf der Komposition von Basismodellen mit maximalen Determinationskoeffizienten beruhen, da dann möglicherweise wichtige Informationsquellen unzureichend ausgeschöpft werden. Ein Beispiel dafür sind historisch geprägte kulturelle und institutionelle Determinanten. Berücksichtigt man nur diese in einem Modell, zeigen sich ein hochsignifikanter Einfluss des pronatalistischen Politikerbes, ein signifikanter der protestantischen Tradition und ein positiver Effekt durch ein hohes Frauenwahlrechtalter (1996-8, vgl. auch 2006-16). Das Modell ist hochsignifikant bei einem Determinationskoeffizienten von 0,553. Die partiellen Koeffizienten dieser drei Variablen nähern sich gegen Null, sobald sie in einem Modell auf familienpolitische und Frauenemanzipationsvariablen treffen. Der Zusammenhang lässt sich anhand eines Pfadmodells illustrieren (siehe Abb. 7-7):

**Abbildung 7-7:** Pfadmodell politisch-kulturelle und -institutionelle Determinanten



Das Pfadmodell legt einen intervenierenden Einfluss auf das Wirkungspotenzial der Familienpolitik auf die TFR nahe (vgl. 8.3). Entgegen dem Pfadmodell der

329 Daten zur öffentlichen Beschäftigungsquote 1995 sind für Polen und die Slowakei nicht verfügbar. Klammert man beide Staaten beim Basismodell aus, beträgt der Determinationskoeffizient 0,745. Der Wert ist also minimal größer als bei allen 28 Ländern und minimal kleiner im Vergleich zum Modell 1996-7 mit der Variablen öffentliche Beschäftigungsquote. Dieser minimal über dem Basismodell liegende Wert rechtfertigt nicht den Verzicht auf zwei Fälle bei der Generierung des Basismodells. Ähnliches gilt für die Variable EPL.



Akkommodationsphase ist der Zusammenhang dieser drei Variablen in der Diffusionsphase anders.<sup>330</sup>

Nach dieser übergeordneten Ergebnisdarstellung und -interpretation werden im Folgenden die Ergebnisse für die einzelnen unabhängigen Variablen unter unterschiedlichen Spezifikationen beleuchtet. Die größte Erklärungskraft trägt der Generationenkoeffizient bei, er ist abgesehen von einem einfach signifikanten Befund (1996-11) über alle 30 hier dargestellten Modelle hinweg hochsignifikant, wobei die T-Werte mit Ausprägungen meist zwischen vier und fünf außerordentlich hoch sind.<sup>331</sup> Dieser breite familienpolitische Indikator, der die Höhe der familienpolitischen Ausgaben in Relation zum konkurrierenden sozialpolitischen Politikfeld Rentenausgaben misst, birgt den Schlüssel zum Verständnis der unterschiedlichen Fertilitätsniveaus Mitte der 1990er Jahre. Dies bestätigt eine zentrale These dieser Untersuchung, dass der politische – konkret sozialpolitische bzw. familienpolitische – Einfluss auf die Geburtenraten in der Akkommodationsphase gegeben ist. Dabei ist zu betonen, dass der Generationenkoeffizient 1996 weitaus erklärungskräftiger ist als andere familienpolitische Variablen.<sup>332</sup> Dieser Befund korrespondiert mit den Erkenntnissen der bivariaten Analyse, wonach der Einfluss der Familiendienstleistungen wie Kinderbetreuung bis zur Jahrtausendwende schwächer und seitdem stärker ist als die Familienausgabenindikatoren bzw. der Generationenkoeffizient.

Die tertiäre Bildungsbeteiligung der Frauen, die in der Akkommodationsphase den erwartet positiven Einfluss auf die Fertilitätsraten hat, weist unter sämtlichen Spezifikationen einen signifikanten bzw. hochsignifikanten partiellen Koeffizienten auf, wobei die T-Werte zwischen 2 und 3,5 liegen. Die Wirkungsstärke verringert sich durch die Hinzunahme der Frauenerwerbsquote und die des Systembruchs, da sie teilweise überlappende Muster erklären. Aus diesem Grund ist es wenig überraschend, dass nur bei Inklusion aller drei Variablen die Signifikanz der tertiären Bildungsbeteiligung knapp schwindet. Summa summarum ist der Einfluss dieser Größe als robust zu bezeichnen.

330 Während das pronatalistische Erbe auch dort einen direkten positiven Effekt auf die Fertilität hat, haben die anderen beiden einen positiven mit der Frauenemanzipation, die wiederum in der Diffusionsphase den Geburtenrückgang beschleunigt, so dass der Zusammenhang mit der TFR (insignifikant) negativ ist.

331 Für die Modelle 1996-13, 1996-14 und 1996-15 gilt dieses Signifikanzniveau nicht, da die fünfte Variable dort nur für 15 bzw. 16 Länder verfügbar ist und diese Modelle nur bedingt aussagekräftig sind. Diese Einschränkung gilt für mehrere weitere Feststellungen in diesem Abschnitt. In die Darstellung aufgenommen sind sie, um Hinweise zur Wirkungsrichtung der jeweiligen fünften Variablen zu erhalten.

332 Die Familiendienstleistungsquote weist einen insignifikanten Koeffizienten in denjenigen Modellen auf, in denen der Generationenkoeffizient berücksichtigt ist. Der Beta-Wert (T-Wert) von 0,308 (1,65) für diese Variable im bivariaten Befund schrumpft bei Inklusion nur des Generationenkoeffizienten auf 0,021 (0,12).

Die Wirkungsstärke des Dummys ist für solche ethnischen Minderheiten hoch, die einen erheblichen Teil der Gesamtbevölkerung ausmachen und deren Herkunftsland noch vom Demografischen Übergang geprägt ist. Der Dummy erweist sich in vielen Spezifikationen als hochsignifikant; einfach signifikant ist er nur bei Exklusion des Generationenkoeffizienten und der tertiären Bildungsquote (1996-3, 1996-4) sowie bei Koinklusion der Variablen parlamentarische Frauenquote und Pronatalismuserbe (1996-25, 1996-31).<sup>333</sup> Die geringeren Ergebnisse für die beiden Variablen leuchten ein, da USA und Frankreich beide im Streudiagramm von parlamentarischer Frauenquote und TFR starke Ausreißer von der Regressionsgeraden sind (vgl. Abb. A-20) und zumindest Frankreich beim Pronatalismuserbe als Sonderfall klassifiziert wird. Die T-Werte dieser Variablen, die in den Tabellen durch den Quotienten aus partiellem Koeffizienten und Standardfehler herleitbar sind, liegen meistens oberhalb von drei. Wie lässt sich diese enorme Erklärungskraft erklären? Von der Regressionslinie eines Modells mit den beiden zentralen erklärenden Größen Generationenkoeffizient und weibliche tertiäre Bildungsbeteiligung weichen die Geburtenraten genau der beiden Länder deutlich nach oben ab, deren Ausprägung des Minderheitendummys Eins betragen: Frankreich und USA. Dieser Effekt lässt sich durch die Einbeziehung des Dummys einbinden, diese Vorgehensweise ist einer Korrektur der abhängigen Variablen um diesen nachweislichen Effekt in den beiden Ländern vorzuziehen<sup>334</sup>. Beide Länder erweisen sich bei sämtlichen Residuendiagnostiken von multivariaten Querschnittsmodellen seit den 1990er Jahren als Ausreißer, und ohne diese erklärende Größe bliebe eine erhebliche Varianz unerklärt.

Die Frauenerwerbsquote ist im Basismodell die Größe mit der geringsten Erklärungskraft. Sie hat ausnahmslos ein positives Vorzeichen und T-Werte meist oberhalb von Eins, ist jedoch nur in einem Modell bei Inklusion der TFR von 1970 als erklärende Variable signifikant (1996-23). Zu ihrer Berücksichtigung im Basismodell gibt es im Gegensatz zu den anderen drei Basismodellvariablen mehrere – jedoch auch nicht überzeugendere – Alternativen.

Betrachtet man die sukzessive Inklusion der anderen 19 unabhängigen Variablen, die nicht von überhohen Interkorrelationen mit Komponenten des Basismodells betroffen sind, bestätigt sich die außerordentliche Robustheit des Basismodells (siehe Tab. A-24). Sämtliche Determinationskoeffizienten liegen oberhalb von 0,700, der höchste wird, abgesehen von Modellen mit verkleinerten

333 Die fehlende Signifikanz beim Elterngeld (1996-27) ist auf die aufgrund fehlender Daten vorliegende Exklusion der USA zurückzuführen. Ähnliches gilt für die vier Modelle mit Fallzahlen unterhalb von 20.

334 Zu einem ähnlichen Ergebnis käme man, wenn man die abhängige Variable dieser beiden Länder um den eindeutig quantifizierbaren Einfluss der entsprechenden Minderheiten korrigiert. Die TFR läge dann in diesen beiden Ländern etwa 0,3 Prozentpunkte (also etwa 15 Prozent) niedriger (vgl. 5.8).

Fallzahlen<sup>335</sup>, bei Verwendung der TFR von 1970 als fünfte erklärende Variable mit 0,787 erreicht. Die über viele Spezifikationen hinweg konstant hohe Erklärungskraft der drei partiellen Koeffizienten von Generationenkoeffizient, Bildungsbeteiligung und Minderheitendummy ist oben bereits dargestellt worden. Darüber hinaus weisen nur die Variablen Religiosität (bei einer geringen Fallzahl) und die TFR von 1971 signifikante Werte auf (1996-13, 1996-23). Letzteres widerlegt wie erwartet die Easterlin-Hypothese, die ein gegenteiliges Vorzeichen postuliert. Die Vorzeichen der sukzessive dem Basismodell eingefügten Variablen entsprechen in 16 Fällen den Hypothesen, nur die negativen bei den Variablen Dienstleistungsquote, Elterngeldhöhe und Familiendienstleistungsquote überraschen, lassen sich jedoch mit der überkompensierenden Erklärungskraft des Generationenkoeffizienten theoretisch erklären und statistisch belegen.

Die Jackknife-Analysen für das Basismodell 1996 bestätigen weitestgehend die obigen Befunde (siehe Tab. A-25). Innerhalb dieser 28 Modellspezifikationen bewegt sich der Determinationskoeffizient in einem engen Spektrum zwischen 0,686 und 0,766<sup>336</sup>, und auch die partiellen Koeffizienten behalten ihr Signifikanzniveau mit der erwarteten Ausnahme des Minderheitendummys für die Ausklammerung der USA. Ähnliche Ergebnisse weist die Analyse der Ausklammerung der einzelnen Ländergruppen auf (siehe Tab. A-26). Die Residuen-diagnostik bestätigt die Homoskedastizitätsannahme und unterstreicht die Passgenauigkeit des Modells: Es sagt die TFR von 26 Ländern mit einer Abweichung von unter 0,2 voraus. Darüber hinaus werden nur Tschechiens TFR leicht über-, und Luxemburgs leicht unterschätzt (siehe Abb. A-38).

Nachdem bereits zehn Jahre nach dem Phasenwechsel die beiden entscheidenden Determinanten der Akkomodationsphase sich als besonders erklärungskräftig herauskristallisieren und die erklärte Varianz des Basismodells mit über 70 Prozent bereits relativ hoch ist, folgt nun die multivariate Querschnittsanalyse weitere zehn Jahre später für das Jahr 2006. Aufgrund des theoretisch postulierten fortgeschrittenen Stadiums dieser Phase ist ein noch deutlicheres Modellergebnis zu erwarten, anderenfalls wäre es ein Indiz für das Aufkommen anderer Erklärungsmechanismen bzw. sogar die Genese einer dritten Phase.

Das Basismodell (Modell 2006-1, siehe Tab. 7-4) der multivariaten Querschnittsregression für 2006 berücksichtigt die beiden familienpolitischen Indikatoren Generationenkoeffizient und Kinderbetreuungsquote sowie den Minderheitendummy und die Dienstleistungsquote. Der Determinationskoeffizient beträgt beachtliche 0,846 bzw. korrigiert 0,819. Die partiellen Koeffizienten sind signi-

335 Der Wert des Basismodells erhöht sich bei entsprechenden Fallreduzierungen der Modelle 1996-29 und 1996-30.

336 Der durchschnittliche Abstand von Minimum und Maximum zum Basismodell beträgt nur 6% (vgl. rechte Spalte in Tab. A-25).

fikant bzw. in drei Fällen sogar hochsignifikant, die T-Werte liegen zwischen 2,61 und 4,37. Versucht man aus den Variablen des Basismodells Modelle mit drei Variablen zu generieren, ergeben sich vier Möglichkeiten, deren Determinationskoeffizient zwischen 0,718 und 0,801 liegt (2006-17 bis 2006-20). Da für 2006 die Datenlage sehr breit ist und einige Variablen mehrere überlappende Cluster bilden, ist die Analyse alternativer Modellvarianten zum Basismodell besonders fruchtbar.

**Tabelle 7-4:** Querschnittsregressionen zur TFR 2006 – alternative Basismodelle

2006	2006-1 Basismodell		2006-2 Basismodell mit Frauenwahlr. statt Generationencoef.		2006-3 Basismodell mit Familientrans. statt Generationencoef.		2006-4 Basismodell mit Kindergeld statt Generationencoef.	
Generationen- koeffizient	0,579** (0,132)	0,430						
Kinderbetreuungs- quote	0,006** (0,002)	0,328	0,006** (0,002)	0,347	0,009** (0,002)	0,505	0,009** (0,002)	0,465
Dienstleistungsquote	0,011* (0,004)	0,273	0,016** (0,005)	0,392	0,011* (0,005)	0,278	0,013* (0,005)	0,307
Ethnische Minder- heiten-Dummy	0,424** (0,101)	0,380	0,342** (0,109)	0,307	0,387** (0,115)	0,346	0,272* (0,106)	0,244
Einführungsjahr Frauenwahlrecht			-0,006** (0,002)	-0,323				
Familientransfer- quote					0,118* (0,039)	0,305		
Kindergeldhöhe							0,034** (0,013)	0,318
Konstante	0,476 (0,270)		11,263 (3,443)**		0,430 (0,309)		0,358 (0,296)	
N	28		28		28		28	
R <sup>2</sup>	0,846**		0,805**		0,799**		0,812**	
R <sup>2</sup> <sub>korr</sub>	0,819**		0,771**		0,763**		0,779**	

2006	2006-5 Basismodell mit Frauenerwerbsq. statt KB		2006-6 Basismodell mit tert. Bild. Frauen statt KB		2006-7 Basismodell mit Protestantenq. statt KB		2006-8 Basismodell mit Familiendienstl. statt KB	
Generationen- koeffizient	0,634** (0,136)	0,471	0,711** (0,149)	0,528	0,636** (0,132)	0,473	0,643** (0,135)	0,478
Dienstleistungsquote	0,010* (0,005)	0,246	0,015** (0,005)	0,370	0,012* (0,004)	0,284	0,014** (0,004)	0,346
Ethnische Minder- heiten-Dummy	0,470** (0,107)	0,421	0,436** (0,120)	0,390	0,509** (0,107)	0,458	0,401** (0,107)	0,359
Frauenerwerbsquote	0,009* (0,004)	0,295						
Tertiäre Bildung Frauen			0,002 (0,003)	0,076				
Protestantenquote					0,003** (0,001)	0,291		
Familiendienst- leistungsquote							0,157* (0,060)	0,249
Konstante	0,089 (0,270)		0,225 (0,309)		0,482 (0,281)		0,262 (0,269)	
N	28		28		28		28	
R <sup>2</sup>	0,829**		0,782**		0,837**		0,829**	
R <sup>2</sup> <sub>korr</sub>	0,799**		0,744**		0,809**		0,799**	

2006	2006-9 Basismodell mit öff. Beschäftigung statt KB		2006-10 Basismodell mit BIPPC statt Dienstleistungsq.		2006-11 Basismodell mit Jugendarbeitslos. statt Dienstleist.		2006-12 Basismodell mit Systembruch statt Dienstleist.	
Generationen- koeffizient	0,711** (0,126)	0,500	0,589** (0,157)	0,438	0,604** (0,160)	0,448	0,669** (0,136)	0,497
Kinderbetreuungs- quote			0,008** (0,002)	0,434	0,008** (0,002)	0,421	0,007** (0,002)	0,369
Dienstleistungsquote	0,017** (0,004)	0,410						
Ethnische Minder- heiten-Dummy	0,395** (0,095)	0,353	0,488** (0,108)	0,437	0,506** (0,107)	0,454	0,501** (0,101)	0,448
Öffentliche Beschäftigungsquote BIPPC	0,008* (0,004)	0,202						
			3,22e-06 (2,79e-06)	0,120				
Jugendarbeitslosen- quote					-0,008 (0,009)	-0,098		
Systembruch- Dummy							-0,143 (0,078)	-0,174
Konstante	0,028 (0,241)		1,098 (0,082)**		1,255 (0,112)**		1,218 (0,059)**	
N	27		28		28		28	
R <sup>2</sup>	0,871**		0,812**		0,807**		0,826**	
R <sup>2</sup> <sub>korr</sub>	0,848**		0,779**		0,774**		0,796**	

2006	2006-13 Basismodell mit Teilzeitquote statt Dienstleistungsq.		2006-14 Basismodell mit Pronatalismuserbe statt et. Minderheit		2006-15 Basismodell mit MAC statt ethn. Minderheit		2006-16 Drei indirekte familienpolitische Determinanten	
Generationen- koeffizient	0,632** (0,134)	0,469	0,329* (0,163)	0,245	0,421* (0,159)	0,313		
Kinderbetreuungs- quote	0,007** (0,002)	0,394	0,006* (0,002)	0,333	0,005* (0,002)	0,293		
Dienstleistungsquote			0,016** (0,005)	0,388	0,021** (0,006)	0,510		
Ethnische Minder- heiten-Dummy	0,535** (0,099)	0,479						
Teilzeitquote	0,007* (0,003)	0,192						
Pronatalismuserbe			0,115 (0,070)	0,187			0,239* (0,090)	0,389
MAC					-0,040 (0,025)	-0,180		
Protestantenquote							0,003* (0,001)	0,337
Einführungsjahr Frauenwahlrecht							-0,005 (0,003)	-0,294
Konstante	1,083 (0,065)**		0,166 (0,324)		1,016 (0,645)		11,258 (5,227)*	
N	28		28		28		28	
R <sup>2</sup>	0,834**		0,757**		0,755**		0,518**	
R <sup>2</sup> <sub>korr</sub>	0,805**		0,715**		0,713**		0,458**	

2006	2006-17 schlankes Basis- modell ohne Generationenkoef.		2006-18 schlankes Basis- modell ohne Kinderbetreuung		2006-19 schlankes Basis- modell ohne Dienstleistungsq.		2006-20 schlankes Basis- modell ohne ethn. Minderheit	
Generationen- koeffizient			0,717** (0,147)	0,532	0,666** (0,143)	0,498	0,400* (0,163)	0,297
Kinderbetreuungs- quote	0,009** (0,002)	0,475			0,008** (0,002)	0,438	0,006* (0,002)	0,345
Dienstleistungsquote	0,016** (0,006)	0,388	0,017** (0,005)	0,409			0,017** (0,005)	0,424
Ethnische Minder- heiten-Dummy	0,282* (0,127)	0,252	0,436** (0,119)	0,391	0,515** (0,106)	0,461		
Konstante	0,294 (0,354)		0,180 (0,298)		1,117 (0,055)**		0,132 (0,335)	
N	28		28		28		28	
R <sup>2</sup>	0,718**		0,778**		0,801**		0,729**	
R <sup>2</sup> <sub>korr.</sub>	0,683**		0,750**		0,776**		0,695**	

Quelle: Eigene Berechnungen, Datenbasis siehe Kapitel 5. Erläuterungen: siehe Text.

Die erklärenden Variablen Generationenkoeffizient und Minderheitendummy verstärken ihre Erklärungskraft gegenseitig bei gemeinsamer Inklusion in multivariaten Modellen. Zum Verständnis dieses Effekts sei an die bivariate Analyse erinnert: Länder mit einer TFR von über 1,8 haben Generationenkoeffizienten von mindestens 0,3 mit Ausnahme von USA und Frankreich, just diese beiden Ausreißer von der Regressionsgeraden des Zusammenhangs TFR/Generationenkoeffizient (siehe Abb. 5-24) sind beim Minderheitendummy mit Eins kodiert. Ohne diese Variable ist die Erklärungskraft etwas geringer (z. B. Modell 2006-14: 0,757). Signifikante Koeffizienten ergeben sich, wenn man den Generationenkoeffizienten durch die anderen familienpolitischen Ausgabeindikatoren Transferquote oder Kindergeldhöhe ersetzt (2006-2 bis 2006-4), aber auch bei der Variablen Frauenwahlrechtalter. Diese alternativen Basismodelle haben Determinationskoeffizienten um 0,8.

Das bereits bei der Interkorrelationsanalyse auffällige Cluster aus Kinderbetreuungsquote, Protestantenquote und Frauenerwerbsquote zeigt sich auch bei der multivariaten Modellbildung: Ersetzt man die Kinderbetreuungsquote mit einer dieser Variablen, ist ihr partieller Koeffizient ebenfalls signifikant.<sup>337</sup> Das gleiche gilt für die mit der Kinderbetreuung eng verwandten Variablen Familiendienstleistungsquote und öffentliche Beschäftigungsquote (Modell 2006-5 bis 2006-9). Die Determinationskoeffizienten liegen nur leicht unterhalb von dem des Basismodells.<sup>338</sup> Aufgrund theoretischer Überlegungen und des höchsten Koeffizienten ist die Kinderbetreuungsquote im Basismodell inkludiert. Allerdings ist der hohe Zusammenhang mit anderen Variablen dieses Clusters von

337 Der Bildungsindikator erweist sich als diesem Cluster nicht zugehörig, die Inklusion dieser Variablen erhöht nicht die Erklärungskraft des Modells.

338 Bei der öffentlichen Beschäftigungsquote liegt der Koeffizient mit 0,871 sogar minimal höher, jedoch ist bei diesem Modell die Fallzahl reduziert.

enormer analytischer Bedeutung. Der Zusammenhang zwischen Kinderbetreuungs- und Familiendienstleistungsquote liegt auf der Hand, beides bedingt einander gegenseitig. Interessant ist v. a. der Zusammenhang von Protestantensowie Frauenerwerbsquote mit dem Kinderbetreuungsangebot, da zum einen der Ausbau von letzterem von den erstgenannten beeinflusst wird und zum anderen möglicherweise ein Fertilitätsanstieg nicht nur auf hohe Kinderbetreuungsangebote zurückzuführen ist, sondern auch auf ein entsprechendes gesellschaftlich-kulturelles Fundament. Dieses Cluster bedarf einer weiteren Beobachtung in den nächsten Jahren, wobei interessant ist, inwieweit sich der Zusammenhang von Kinderbetreuung und TFR in nichtprotestantischen Ländern in Zukunft erweisen wird.<sup>339</sup> Der Einfluss der zweiten familienpolitischen Variablen Kinderbetreuungsquote als zentrale Determinante für die TFR 2006 ist empirisch signifikant und theoretisch schlüssig. Allerdings sollte bei der Interpretation eine zumindest partielle Moderierung des Zusammenhangs aus Kinderbetreuungsinfrastruktur und TFR durch kulturelle, historische, konfessionelle und institutionelle Faktoren eingeräumt werden.<sup>340</sup>

Ein weiteres, jedoch von etwas geringeren Interkorrelationen um 0,6 bis 0,7 begleitetes Cluster bilden Dienstleistungsquote, BIPPC, Teilzeitquote und Systembruch. Bildet man alternative Basismodelle, bei denen jeweils eine dieser Variablen die Dienstleistungsquote ersetzt, liegt der Determinationskoeffizient jeweils noch über 0,8, jedoch unterhalb des Wertes des Basismodells (Modell 2006-10 bis 2006-13). Die partiellen Koeffizienten dieser Substitutvariablen haben das erwartete und bereits bivariat gezeigte Vorzeichen, im Unterschied zum bivariaten hochsignifikanten Zusammenhang sind die Koeffizienten von BIPPC, Jugendarbeitslosigkeit und Systembruchdummy jedoch insignifikant. Nur der partielle Koeffizient der Teilzeitquote erweist sich als signifikant mit einem T-Wert von 2,13. In sämtlichen dieser Modellvarianten bleiben die anderen Variablen Generationenkoeffizient, Kinderbetreuungsquote und Minderheitendummy hochsignifikant mit enorm hohen T-Werten zwischen 3,45 und 5,39. Wie lassen sich die Ergebnisse hinsichtlich dieses Clusters interpretieren? Die bereits bivariat nachgewiesene stärkere Erklärungskraft der Dienstleistungsquote im Vergleich zum BIPPC und die hohe Interkorrelation legen nahe, dass die Ausprägung des Dienstleistungssektors einen maßgeblichen Einfluss auf das Fertilitätsniveau hat und der immerhin hochsignifikante Zusammenhang zwischen Pro-

339 Frankreich ist das klassische Beispiel für ein katholisches Land mit hoher Kinderbetreuungs- und Frauenerwerbsquote. Dieser Ausnahmestatus ließe sich mit dem pronatalistischen Politikerbefaktor begründen.

340 Die Kultur ist im doppelten Sinne Voraussetzung für familienpolitische Maßnahmen: für die politische Entscheidung und für die Wirkung solcher Maßnahmen. Umgekehrt kann die Familienpolitik die Kultur beeinflussen (vgl. 5.15), hier ist die Wirkung jedoch langsam und begrenzt.



Kopf-Sozialprodukt und TFR primär auf dem Einfluss der intervenierenden Variable Dienstleistungssektor beruht. Ein stark ausgeprägter Dienstleistungssektor korrespondiert nicht nur mit hohen Kinderbetreuungsquoten<sup>341</sup>, sondern auch mit geringerer Arbeitslosigkeit, einem großen Angebot an Frauenarbeitsplätzen und verbreiteter Teilzeitarbeit. Die Wirkung des Systemzusammenbruchs in den osteuropäischen Ländern hängt auch mit dem Geflecht aus hoher Arbeitslosigkeit, niedriger Dienstleistungsquote und geringer Teilzeitarbeit zusammen. Dies erklärt auch, warum die Systembruchwirkung nicht nur kurzfristig auftritt, sondern mittelfristig verstärkt: Die Geburtenraten Osteuropas erreichen erst 10-15 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs 1989 ihren vorläufigen Tiefpunkt.

Nach der Erörterung der zentralen Variablencluster und der damit korrespondierenden alternativen Modellvarianten folgt nun eine Diskussion der partiellen Koeffizienten sowie der Beta-Werte der einzelnen erklärenden Größen bei den unterschiedlichen Spezifikationen. Von den über hundert nur für das Jahr 2006 berechneten Modellen sind nur die relevantesten in dieser Untersuchung präsentiert: Es finden sich das Basismodell und 19 Modellvariationen mit jeweils nur drei oder vier unabhängigen Variablen in Tabelle 7-4; Tabelle A-27 präsentiert weitere 25 Modelle, bei denen sukzessive alle anderen Variablen, die nicht aufgrund überhoher Interkorrelationen auszuschließen sind, zum Basismodell hinzugefügt sind.

Über alle 45 für das Jahr 2006 dargestellten Modellvarianten hinweg ändert sich bei keinem der vier Werte des Basismodells das Vorzeichen. Auch die Wirkungsstärke ist ausgesprochen robust: Der partielle Koeffizient des Generationenkoeffizienten erweist sich über sämtliche Spezifikationen hinweg als hochsignifikant. Die einzige Ausnahme ist der einfach signifikante Befund in Modell 2006-38, dies ist jedoch auf die inhaltlich und interkorrelativ nachweisbare Ähnlichkeit der inkludierten Variablen Kindergeld und Generationenindikator zurückzuführen. Die Beta-Werte liegen in den 45 Modellen zwischen 0,339 und 0,541, die T-Werte zwischen 3,24 und 5,58. Der partielle Koeffizient der Kinderbetreuungsquote ist nur in vier Spezifikationen insignifikant positiv: bei Inklusion von Frauenquote im Parlament, Familiendienstleistungsquote, EPL und öffentlicher Beschäftigung. In allen anderen Modellen ist er signifikant, meist sogar hochsignifikant positiv mit T-Werten um drei. Ähnlich ist der Befund für die Dienstleistungsquote: Sie zeigt meistens signifikante oder hochsignifikante positive Koeffizienten, nur in fünf Fällen, bei Inklusion von Agrarwertschöp-

341 Wenn man die Kinderbetreuungsquote aus dem Modell herausnimmt, entpuppt sich der partielle Koeffizient der Dienstleistungsquote als hochsignifikant. Dies bestätigt die doppelte Wirkung eines ausgebauten Dienstleistungssektors: Zum einen das Angebot an Kinderbetreuungsinfrastruktur, zum anderen die große Zahl an für Frauen attraktiven und mit der Elternschaft kompatiblen Arbeitsplätzen.



fungsquote, Wachstum, Frauenquote im Parlament, Systembruch und Teilzeitquote, sind diese insignifikant. Der ethnische Minderheitendummy ist bei Austausch des Generationenkoeffizienten durch die Kindergeldvariable (Modell 2006-4) sowie in 2006-37 aufgrund der Ausklammerung der USA signifikant und in allen anderen Spezifikationen hochsignifikant, die T-Werte liegen in der Spanne zwischen 2,56 und 5,39. Auch insgesamt sind sämtliche 45 um das Basismodell herum konzipierten Modelle hochsignifikant, was angesichts von 28 Fällen, Determinationskoeffizienten um 0,8 bei vier Variablen bzw. größer als 0,8 bei fünf Variablen nicht überrascht. Die Irrtumswahrscheinlichkeit einer fälschlichen Ablehnung der Nullhypothese ist abgesehen vom Modell 2006-16<sup>342</sup> in allen anderen 44 Modellen sogar kleiner als ein Zehntausendstel.

Welchen Einfluss haben die anderen unabhängigen Variablen? Als Substitut für den Generationenkoeffizienten erweisen sich Frauenwahlrecht, Familientransferquote und Kindergeld als (hoch-)signifikant. Anstatt der Kinderbetreuungsquote im Modell eingesetzt, zeigen sich Frauenerwerbs-, Protestanten-, Familiendienstleistungs- und öffentliche Beschäftigungsquote als (hoch-)signifikant. Als Substitut der Dienstleistungsquote zeitigt nur die Teilzeitquote signifikante Werte. Betrachtet man jedoch statt der alternativen Basismodelle die sukzessive Inklusion von erklärenden Größen als fünfte Variable zum Basismodell (siehe Tab. A-27), zeigen nur zwei Variablen einen signifikanten partiellen Regressionskoeffizienten: der mittelfristige und der langfristige Parteieneffekt (2006-35, 2006-36). Dies zeigt zweierlei: Erstens kann der Parteieneffekt zusätzlich zum Basismodell einen Erklärungsbeitrag leisten, wonach sozialdemokratische Regierungsbeteiligung einen positiven Effekt auf das Fertilitätsniveau hat.<sup>343</sup> Dieses Ergebnis entspricht den Vorhersagen aus Hypothese H-10b, für die die bivariate Analyse keine Bestätigung gefunden hat. Zweitens erklärt das Basismodell einen so weitgehenden Anteil der Varianz, dass viele bivariat hochsignifikante Determinanten durch ihre Inklusion zum Basismodell keine erheblichen zusätzlichen Erklärungsbeiträge leisten, die Variablen also die zentralen Cluster (siehe oben) abbilden.

Der Determinationskoeffizient des Basismodells von 0,846 erhöht sich bei Inklusion der Parteienvariablen auf 0,876 bzw. 0,872. Modelle mit reduzierter Fallzahl, wie die mit Gini-Index (0,875, 2006-26), moderner Verhütungsquote (0,895, 2006-27) und öffentlicher Beschäftigungsquote (0,878, 2006-43), weisen

342 Die Irrtumswahrscheinlichkeit liegt beim Modell der drei familienpolitischen Variablen bei eins zu 2000.

343 Dieser Befund wirft jedoch neue Fragen auf, denn die der Hypothese H-10 zugrunde liegende Begründung fußt auf den familienpolitischen Faktoren als intervenierende Variablen. Nun zeigt sich der signifikante Effekt in einem Modell mit den beiden zentralen familienpolitischen Größen.

sogar noch leicht höhere Werte auf. Den höchsten Determinationskoeffizienten von 0,906 erreicht Modell 2006-28, dass das Basismodell mit der Abtreibungsquote kombiniert und eine Fallzahl von 26 Ländern berücksichtigt, es erklärt mehr als neun Zehntel Varianz der internationalen Fertilitätsniveaus. Inhaltlich befriedigender als die Suche nach Rekordwerten bleibt jedoch das Basismodell mit einer erklärten Varianz von fast 85 Prozent, insbesondere wenn man die jeweiligen Erklärungscluster in dessen ersten drei Variablen berücksichtigt.

Sowohl Jackknife-Analysen als auch Ländergruppenausklammerungen verdeutlichen die Robustheit des Basismodells (siehe Tab. 7-5, 7-6). Der Determinationskoeffizient liegt in allen 34 Spezifikationen in der engen Bandbreite von 0,831 und 0,880, die halbe Spannweite beträgt nur drei Prozent des Koeffizienten. Auch bleiben alle Vorzeichen gleich. Bei der Jackknife-Analyse bleiben alle partiellen Koeffizienten signifikant mit Ausnahme der Dienstleistungsquote bei Exklusion der Slowakei. Die Ländergruppenvergleiche zeigen, dass ohne die angelsächsischen Länder der Effekt des Generationenkoeffizienten etwas kleiner ist und dass ohne die große kontinental-westeuropäische Ländergruppe der Effekt der Kinderbetreuungsquote leicht geringer ist.

**Tabelle 7-5:** Zusammenfassung Jackknife-Analysen für das Basismodell 2006

2006	Minimum	Land	Modell 2006-1	Maximum	Land	Spannweite	Relation ½ Spannww. / Modell
b Generationenkoeffizient	0,481**	Irland	0,579**	0,674**	Luxemb.	0,193	0,17
b Kinderbetreuungsquote	0,0046*	Luxemb.	0,0061**	0,0071**	Dänemark	0,0025	0,20
b Dienstleistungsquote	0,008	Slowakei	0,011*	0,014**	Luxemb.	0,006	0,27
b Ethnische Minderheit	0,358*	USA	0,424**	0,503**	Frankreich	0,145	0,17
R <sup>2</sup>	0,831**	Island	0,846**	0,880**	Südkorea	0,049	0,03
R <sup>2</sup> <sub>korrr</sub>	0,800**	Island	0,819**	0,858**	Südkorea	0,058	0,04

Anmerkungen: Die Tabelle fasst die 28 Jackknife-Modelle derart zusammen, dass die Minimum- und Maximum-Werte für die einzelnen partiellen Koeffizienten (b) und für das Gesamtmodell ersichtlich sind. In der 3. (und 6. Spalte) steht das Land, bei dessen Ausschluss das Minimum (bzw. Maximum) auftritt. Die beiden rechten Spalten beinhalten die Spannweite zwischen Minimum und Maximum.

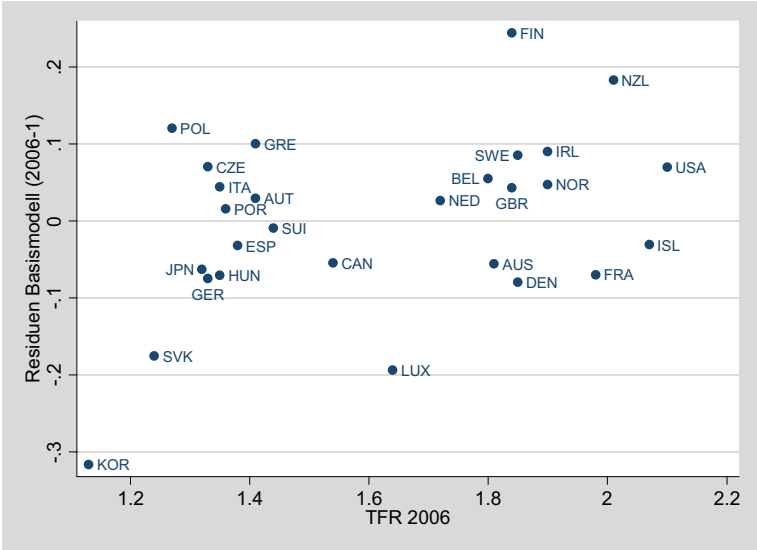
**Tabelle 7-6:** Robustheit des Basismodells 2006 gegenüber dem Einfluss einzelner Ländergruppen

2006	Modell 2006-1	ohne angelsächsische Staaten	ohne Nord-europa	ohne Kon.-West-europa	ohne Osteuropa	ohne Süd-europa	ohne Ostasien
N	28	22	23	21	24	24	26
b Generationenkoeffizient	0,579**	0,370*	0,602**	0,692**	0,611**	0,608**	0,512**
b Kinderbetreuungsquote	0,0061**	0,0069**	0,0066*	0,0038	0,0064**	0,0063**	0,0065**
b Dienstleistungsquote	0,011*	0,013*	0,010	0,014*	0,010	0,011*	0,011**
b Ethnische Minderheit	0,424**	0,347*	0,449**	0,493**	0,431**	0,434**	0,398**
R <sup>2</sup>	0,846**	0,831**	0,845**	0,860**	0,838**	0,834**	0,878**
R <sup>2</sup> <sub>korrr</sub>	0,819**	0,791**	0,810**	0,825**	0,803**	0,799**	0,854**

Anmerkungen: Die Tabelle zeigt die Werte der partiellen Koeffizienten (b) und des Gesamtmodells bei jeweiliger Exkludierung einer der sechs Ländergruppen.

Das Residuenstreudiagramm (siehe Abb. 7-8) zeigt eine gleichmäßige Residuenverteilung, die Homoskedastizitätsannahme ist erfüllt. Daneben verdeutlicht es die bereits durch den hohen Determinationskoeffizienten gezeigte Trefferquote: Das Modell schätzt die TFR für 2006 bei 22 Ländern so genau, dass die Abweichung unterhalb von 0,1 liegt. Das Modell unterschätzt leicht die finnische Geburtenrate und überschätzt die südkoreanische TFR, bei diesen leichten Ausreißern könnten für die weitere Forschung Fallstudien gewinnbringend sein.

**Abbildung 7-8:** Residuen des Basismodells 2006



Quelle: Eigene Berechnungen der Residuen des Basismodells 2006-1 (siehe Tab. 7-4) bezogen auf die TFR. Datenbasis siehe Kapitel 5. Erläuterungen: siehe Text.

### 7.3.2 Multivariate Regressionsanalysen der Veränderungsraten

Bei der Generierung eines Basismodells offenbart sich ein Zielkonflikt zwischen der angestrebten Berücksichtigung aller 28 Fälle und der Inklusion der Kinderbetreuung, die bei den bisherigen Analysen als familienpolitische Schlüsselvariable identifiziert worden ist. Um diesem Zielkonflikt adäquat zu begegnen, werden hier zwei Basismodelle verwendet: Aufgrund fehlender Datenverfügbarkeit von Veränderungsraten bei familienpolitischen Indikatoren für die osteuropäischen Länder und Kanada berücksichtigt das „Basismodell A“ die zentralen familienpolitischen Variablen für einen auf 23 Länder reduzierten Pool. Alternativ wird ein „Basismodell B“ aufbereitet, dass sämtliche 28 Staaten, nicht jedoch diese familienpolitischen Variablen berücksichtigt (siehe Tab. 7-7 und A-28).

In das Basismodell A sind mit der Veränderungsrate der Kinderbetreuungsausgaben und derjenigen der tertiären Bildungsquote von Frauen nur zwei Variablen aufgenommen, die zusammen bereits fast sieben Zehntel der Varianz erklären.<sup>344</sup> Die weitaus höhere Erklärungskraft tragen dabei die Kinderbetreuungsausgaben mit einem T-Wert von 5,42 und einem Beta-Wert von 0,675 bei. Die Bildungsvariable weist in diesem multivariaten Modell einen hochsignifikanten negativen partiellen Koeffizienten auf, während sie bivariat insignifikant ist. Das beruht zum einen auf der Exklusion der osteuropäischen Länder, zum anderen wird eine Interdependenz zwischen zwei erklärenden Variablen sichtbar, die sich im Sinne der Theorie interpretieren lässt: Wird die Bildungsexpansion der Frauen, die sich in dieser Epoche v. a. bei Nachzüglerstaaten in hohen Veränderungsraten manifestiert, nicht von familienpolitischen Maßnahmen in Form von Kinderbetreuungsangeboten begleitet, wirkt sich dies negativ auf die Geburtenrate aus. Erweitert man dieses Basismodell um die TFR von 1986 (V-Akk-27, vgl. Tab. A-29), zeigt sich auch diese Variable als signifikant und der Determinationskoeffizient beträgt 0,782.

**Tabelle 7-7:** Regressionen zu TFR-Veränderungsraten 1986-2006 – alternative Basismodelle

1986-2006	V-Akk-1 Basismodell A (N=23)		V-Akk-2 Basismodell B (N=28)		V-Akk-3 Basismodell A BIPPC statt tertiäre Bildungsquote		V-Akk-4 Basismodell B Systembruch statt politische Rechte	
Veränderung KB-Ausgaben	0,0018** (0,0003)	0,675			0,0017** (0,0003)	0,656		
Veränderung tertiäre Bildungsquo. Frauen	-0,010** (0,003)	-0,412						
Veränderung BIPPC-prozentual					-0,135** (0,045)	-0,387		
Veränderung politische Rechte FH			0,116** (0,013)	0,619				
Einführung Frauenwahlrecht			-0,006** (0,001)	-0,284			-0,008** (0,002)	-0,361
TFR-Niveau 1986			-0,743** (0,104)	-0,547			-0,765** (0,132)	-0,564
Pronatalismuserbe			0,303** (0,050)	0,400			0,284** (0,063)	0,375
Systembruchdummy							-0,578** (0,089)	-0,571
Konstante	-0,171 (0,081)*		12,845 (2,714)**		0,045 (0,147)		16,094 (3,360)**	
N	23		28		23		28	
R <sup>2</sup>	0,695**		0,917**		0,673**		0,868**	
R <sup>2</sup> <sub>korr</sub>	0,665**		0,902**		0,640**		0,845**	

Quelle: Eigene Berechnungen, Datenbasis siehe Kapitel 5. Erläuterungen: siehe Text.

344 Zur besseren Lesbarkeit wird im Folgenden bei der Variablenbezeichnung das Wort Veränderungsrate weggelassen.

Auch das prozentuale BIPPC-Wachstum erweist sich zusammen mit den Kinderbetreuungsausgaben pro Kopf als hochsignifikant (V-Akk-3). Insignifikante partielle Koeffizienten weisen u. a. Dienstleistungsquote und Generationenkoeffizient jeweils im Modell mit den Kinderbetreuungsausgaben pro Kopf auf sowie die Familiendienstleistungsausgabenquote im Modell mit der Bildungsvariablen (V-Akk-5 bis V-Akk-7). Als hochsignifikant erweist sich dagegen das Elterngeld pro Kopf, wenn es anstelle der Kinderbetreuungsausgaben pro Kopf inkludiert ist, als zusätzliche Variable ist sie jedoch insignifikant (V-Akk-8, V-Akk-33). Beide familienpolitischen „Pro-Kopf-Variablen“ interkorrelieren mit 0,58 und erklären einen ähnlichen Teil der Varianz der TFR-Entwicklung der letzten zwei Jahrzehnte, wobei das Elterngeld zusätzlich zur Kinderbetreuung keinen Teil der Varianz erklären kann. Ein erheblicher Unterschied zu den Niveaudatenanalysen ist, dass sich die in Relation zum BIP gemessenen familienpolitischen Variablen bei den Veränderungsraten als insignifikant erweisen.

Bei sukzessiver Inklusion der anderen Variablen in das Basismodell bestätigen das Modell sowie beide partielle Koeffizienten eine beachtliche Robustheit (siehe Tab. A-29). Die Kinderbetreuungsausgaben pro Kopf erweisen sich über sämtliche Modelle hinweg als hochsignifikant, wobei der T-Wert mit 4,02 bis 6,33 auf konstant hohem Niveau liegt (V-Akk-35, V-Akk-28). Die tertiäre Bildungsquote der Frauen erweist sich mit Ausnahme des einfach signifikanten Befundes für die Inklusion der Agrarwertschöpfungsquote (V-Akk-25) als hochsignifikant mit T-Werten zwischen 2,52 (ibid.) und 3,85 (V-Akk-32). Wohlgemerkt gilt diese Robustheit nur für die Koinklusion mit der Kinderbetreuungsvariablen. Außer der Niveauvariablen TFR 1986 kann keine der rund 15 zusätzlich eingesetzten Variablen, die für diesen Zeitraum verfügbar sind und nicht mit dem Multikollinearitätsgebot kollidieren, die Erklärungskraft dieses schlanken Basismodells signifikant erhöhen.

Die Jackknife-Analysen bestätigen die Robustheit dieses Modells (siehe Tab. A-30). Beide partiellen Koeffizienten sind in allen 23 Spezifikationen hochsignifikant, und die Spannweite zwischen Minimum und Maximum ist gering. Auch bei Ausklammerung ganzer Länderfamilien bleiben alle partiellen Koeffizienten signifikant (siehe Tab. A-31). Die Residuen erfüllen die Annahme der Homoskedastizität (siehe Abb. A-39).

Im Basismodell B werden die vier Variablen politische Rechte nach Freedom House, Frauenwahlrechtalter, TFR-Niveau von 1986 und Pronatalismuserbe berücksichtigt. Es erreicht einen immens hohen Determinationskoeffizienten von 0,917 und selbst der korrigierte Wert ist größer als 0,9 (V-Akk-2, siehe Tab. 7-7). Alle vier partiellen Koeffizienten erweisen sich dabei als hochsignifikant, ihre T-Werte liegen zwischen 4,45 und 8,94.

Wie bereits in Abschnitt 7.1 gezeigt, sind die mit Abstand größten Veränderungsraten der abhängigen Variablen der TFR-Rückgang in den vier osteuropäi-

schen Ländern. Diese vier Fälle dominieren die Variation der abhängigen Variablen und können durch die beiden erklärenden Variablen politische Rechte und Systembruchdummy abgebildet werden. Dadurch erklärt sich die hohe statistische Erklärungskraft dieser Variablen. Inkludiert man statt den politischen Rechten die Systembruchvariable, liegt der Determinationskoeffizient bei 0,868 ähnlich hoch (V-Akk-4); ohne beide Variablen beträgt er nur 0,626 (vgl. V-Akk-13 bis -16). Beide Variablen erweisen sich über verschiedene Modelle hinweg als hochsignifikant mit T-Werten von weit über fünf (bei N=28).

Da bei den direkten familienpolitischen Variablen nur für 23 Staaten die notwendigen Zeitreihen verfügbar sind, muss das Basismodell B ohne diese für den Erklärungsansatz zentralen Determinanten auskommen. Allerdings versucht das Modell die Familienpolitik indirekt aufzufangen: Alle drei Variablen des Pfadmodells in Abbildung 7-7 erweisen sich als (hoch-)signifikant. Zwei davon, Frauenwahlrechtalter und pronatalistisches Erbe, sind im Basismodell B berücksichtigt, insofern bestätigt auch dieser Befund die These des familienpolitischen Einflusses auf die TFR in der Akkomodationsphase. Zugegeben ist der Nachweis mit direkten familienpolitischen Variablen (vgl. Basismodell A sowie die Querschnitte 1996 und 2006) methodisch befriedigender. Andererseits ist der Befund nicht uninteressant, dass mit der die osteuropäischen Sonderfälle aufgreifenden Variablen und mit dem TFR-Niveau zu Beginn der Veränderungsratenanalyse zwei historisch-institutionelle Determinanten das Basismodell B prägen. Dass die erklärte Varianz der drei kulturellen und institutionellen Variablen der familienpolitischen ähnelt, bestätigen die Modelle V-Akk-17 bis -20, bei denen jeweils drei Variablen des Basismodells B mit der Schlüsselvariablen des Basismodells A (Kinderbetreuungsausgaben pro Kopf) kombiniert sind. Letztere ist nur in der Variante ohne die Variable Pronatalismuserbe hochsignifikant, dessen T- und Beta-Werte wiederum bei Inklusion der Kinderbetreuungsvariablen geringer sind. Der partielle Koeffizient des Frauenwahlrechtalters erweist sich nicht in allen Spezifikationen als (hoch-)signifikant, insbesondere ohne das TFR-Niveau 1986 ist er insignifikant (V-Akk-15). Wird das Frauenwahlrecht durch die Protestantenquote oder die Bildungsquote ersetzt (V-Akk-9), ergeben sich für beide Variablen hochsignifikante partielle Koeffizienten und Determinationskoeffizienten von rund 0,9, also nahe des Wertes des Basismodells. Die Variable Pronatalismuserbe ist über sämtliche Spezifikationen hinweg signifikant, meist hochsignifikant.<sup>345</sup>

Die TFR von 1986 erweist sich über sämtliche Spezifikationen hinweg als signifikant negativ, wobei sie außer Modell V-Akk-10 immer hochsignifikant

345 Dies gilt unter der Bedingung einer nicht verkleinerten Fallzahl. In V-Akk-18 ergibt sich ein insignifikanter Koeffizient bei N=23 aufgrund der Einbeziehung der Kinderbetreuungsausgaben.

mit T-Werten bis zu sieben ist. Dieser Befund zeigt, dass die Entwicklung der TFR seit 1986 auch von einem einige Länder betreffenden Nachholeffekt geprägt ist (nicht jedoch von einem Konvergenzprozess, vgl. Tab. A-1, A-2). Der Effekt des Niveaus von 1986 zu Beginn der analysierten Zeitspanne ist weitaus geringer als der der TFR von 1970 für die anschließende Epoche (vgl. 6.4.2).

Inkludiert man sukzessive die anderen Variablen in das Basismodell B, ist sowohl dem Modell als auch den vier partiellen Koeffizienten eine erhebliche Robustheit zu konstatieren (siehe Tab. A-32). Als einzige zusätzliche Variable erweist sich die tertiäre Bildungsquote der Frauen als signifikant, das entsprechend auf fünf Variablen erweiterte Modell kann 94% der Varianz erklären. Alle anderen Variablen können der Erklärungskraft vom Basismodell B nichts Signifikantes hinzufügen. Sämtliche vier partiellen Koeffizienten vom Basismodell B bleiben bei Inkludierung einer fünften Variablen hochsignifikant. Der T-Wert der Freedom-House-Variable liegt unter der Bedingung von 28 Fällen zwischen 8,53 und 10,06 (V-Akk-36, -38). Bei allen Modellvarianten liegt der T-Wert des Frauenwahlrechts zwischen 2,22 und 5,37 (V-Akk-37, -44), der des TFR-Niveaus 1986 zwischen 5,39 und 7,84 (V-Akk-43, -47) und der des Pronatalismuserbes zwischen 4,43 und 8,32 (V-Akk-44, -49).

Dem Problem der Multikollinearität wird auch hier durch einen Ausschluss von hoch ( $r \geq 0,7$ ) interkorrelierenden Variablen in einem Modell (Interkorrelationsmatrix siehe Tab. A-20) begegnet. Die Jackknife-Analysen und die Überprüfung des Einflusses der sechs Länderfamilien bestätigen die Robustheit des Basismodells B (siehe Tab. 7-8, 7-9).  $R^2$  liegt meist über 0,9, und sämtliche partiellen Koeffizienten sind (mit Ausnahme des Frauenwahlrechts bei Ausklammerung Kontinental-Westeuropas) über alle 34 Spezifikationen hinweg hochsignifikant. Ohne die angelsächsischen Staaten liegt der Determinationskoeffizient sogar bei 0,959 bzw. korrigiert 0,950.

**Tabelle 7-8:** Zusammenfassung Jackknife-Analysen des Modells 1986-2006 B

1986-2006	Minimum	Land	Modell V-Akk-2	Maximum	Land	Spannweite	Relation ½ Spann- w. / Modell
b Veränd. Polit. Rechte FH	0,111**	USA	0,116**	0,130**	Tschechien	0,019	0,08
b Einführung Frauenwahlr.	-0,0064**	Kanada	-0,0061**	-0,0058**	Südkorea	0,0006	0,05
b TFR-Niveau 1986	-0,777**	Island	-0,743**	-0,621**	Irland	0,156	0,10
b Pronatalismuserbe	0,291**	Irland	0,303**	0,318**	Italien	0,027	0,04
R <sup>2</sup>	0,892**	Slowakei	0,917**	0,937**	USA	0,045	0,02
R <sup>2</sup> korrr	0,873**	Slowakei	0,902**	0,926**	USA	0,053	0,03

Anmerkungen: Die Tabelle fasst die 28 Jackknife-Modelle derart zusammen, dass die Minimum- und Maximum-Werte für die einzelnen partiellen Koeffizienten (b) und für das Gesamtmodell ersichtlich sind. In der 3. (und 6. Spalte) steht das Land, bei dessen Anschluss das Minimum (bzw. Maximum) auftritt. Die beiden rechten Spalten beinhalten die Spannweite zwischen Minimum und Maximum.

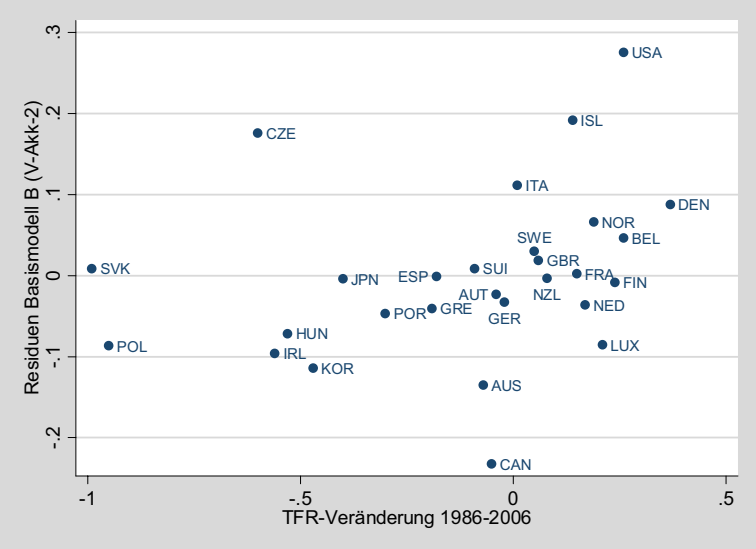
**Tabelle 7-9:** Robustheit des Basismodells B der Veränderungsraten 1986-2006 gegenüber dem Einfluss einzelner Ländergruppen

1986-2006	Modell V-Akk-2	ohne angelsächsische Staaten	ohne Nord-europa	ohne Kon.-West-europa	ohne Osteuropa	ohne Süd-europa	ohne Ostasien
N	28	22	23	21	24	24	26
b Veränd. Polit. Rechte FH	0,116**	0,125**	0,110**	0,113**	0,163**	0,116**	0,112**
b Einführung Frauenwahlr.	-0,0061**	-0,0068**	-0,0055**	-0,0069*	-0,0055**	-0,0063**	-0,0057**
b TFR-Niveau 1986	-0,743**	-0,664**	-0,748**	-0,790**	-0,740**	-0,727**	-0,763**
b Pronatalismuserbe	0,303**	0,304**	0,287**	0,287**	0,311**	0,317**	0,309**
R <sup>2</sup>	0,917**	0,959**	0,919**	0,908**	0,830**	0,920**	0,916**
R <sup>2</sup> <sub>korrt</sub>	0,902**	0,950**	0,901**	0,885**	0,795**	0,903**	0,900**

Anmerkungen: Die Tabelle zeigt die Werte der partiellen Koeffizienten (b) und des Gesamtmodells bei jeweiliger Exkludierung einer der sechs Ländergruppen. (N reduziert sich um zwischen 2 und 7 Fälle.)

Das Residuenstreudiagramm (siehe Abb. 7-9) bestätigt die Homoskedastizitätsannahme und zeigt grafisch die hohe Passgenauigkeit des Modells: Bei 21 Staaten liegt die Modellschätzung weniger als 0,1 von der TFR-Veränderung entfernt. Interessant ist, dass die beiden größten Abweichungen die Residuen der beiden nordamerikanischen Staaten betreffen. Das Modell unterschätzt die Geburtenrate der USA und überschätzt die Kanadas. Diese Unterschiede können nur sehr bedingt durch das Anwachsen der hispanischen Minderheit in den USA erklärt werden, vielmehr weist dieser Befund auf weiteren Forschungsbedarf in Form von Fallstudien hin.

**Abbildung 7-9:** Residuen des Basismodells B der Veränderungsraten 1986-2006



Quelle: Eigene Berechnungen der Residuen des Basismodells V-Akk-2 (siehe Tab. 7-7) bezogen auf die Veränderungsrate der TFR. Datenbasis siehe Kapitel 5. Erläuterungen: siehe Text.

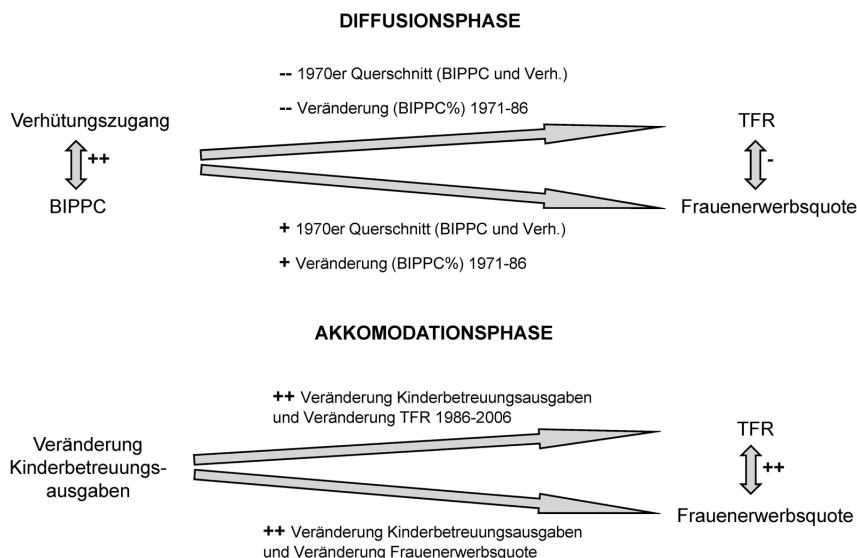


Die Erklärungspotenziale beider Basismodellvarianten ergänzen sich, und beide lassen sich mit den Termini Diffusions- und Akkomodationseffekt interpretieren: Basismodell A wird vom Akkomodationseffekt des Ausbaus der Kinderbetreuung geprägt, wobei die tertiäre Bildungsquote der Frauen als Diffusionseffekt interpretierbar ist, da die Bildungsvariable für die dem Zweiten Geburtenrückgang zugrunde liegende Expansion der gesellschaftlichen und beruflichen Teilhabechancen der Frauen zentral ist. Basismodell B berücksichtigt mit TFR 1986 eine klassische Nachholeffekt-Variable. Auch die Freedom-House-Variable zeigt hier Diffusionseffekte Südkoreas und der osteuropäischen Staaten, wobei in letzteren daneben immense ökonomische und gesellschaftliche Unsicherheiten hinsichtlich eines TFR-Rückgangs wirken. Die beiden anderen Variablen aus Basismodell B charakterisieren Akkomodationseffekte im doppelten in Abbildung 8-7 skizzierten Sinne: die Elastizität gegenüber Frauenemanzipation bzw. Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie den kausalen Einfluss hinsichtlich expansiver Familienpolitik. Dieser im Pfadmodell gezeigte Zusammenhang zwischen kulturellen bzw. institutionellen Determinanten und familienpolitischen Maßnahmen lässt sich durch die multivariate Analyse der Veränderungsraten – ebenso wie durch Niveaudaten in 7.3.1 – statistisch untermauern.

#### *7.4 Erklärung der Akkomodationsphase: Zusammenfassung der empirischen Befunde und analytische Rückkopplung zur Mikroebene*

Die Befunde aus den Analysen der Akkomodationsphase – beruhen sie auf bi- oder multivariaten Regressionen, auf Niveau- oder Veränderungsraten, auf dem Querschnitt, der gesamten Akkomodationsperiode oder einzelnen Subperioden – bestätigen weitestgehend den hier zugrunde liegenden Erklärungsansatz, wonach die familienpolitischen Variablen sich zunehmend als die zentralen Determinanten der Geburtenrate erweisen. Als Schlüsselvariable fungiert demnach die Kinderbetreuung, aber auch arbeitsmarktpolitische Variablen wie Teilzeitquoten und öffentliche Beschäftigungsquoten sowie Transferleistungen wie Kindergeld, Elterngeld oder kumulierte Ausgabeindikatoren erweisen sich als erklärungsopotent. Diese familienpolitischen Variablen sind den quantitativen Befunden nach deutlich von der historisch-kulturellen Prägung eines Landes determiniert. Darüber hinaus sind der negative Einfluss von Arbeitslosigkeit sowie der positive Einfluss von ethnischen Minderheiten mit abweichendem generativen Verhalten und der Dienstleistungsquote zu konstatieren. Während der Einfluss der familienpolitischen Variablen die für die Terminologisierung dieser Phase führenden Akkomodationseffekte darstellt, sind auch – insbesondere bei der Analyse der Veränderungsraten – mit Systembruch und Freedom-House-Index Diffusionseffekte für diese Phase nachweisbar.

**Abbildung 7-10:** Schema zur Hidden Hand des Vorzeichenwechsels von Frauenerwerbsquote und TFR



Anmerkungen: ++ bzw. -- bedeutet hochsignifikante positive bzw. negative Korrelation (Irrtumswahrscheinlichkeit unter 1%). + bzw. - bedeutet signifikante Korrelation (Irrtumswahrscheinlichkeit unter 5%). Koeffizienten siehe: Tab. 5-2, 6-1, 7-1, A-4, A-6 und A-20.

Welche „Hidden Hand“ steckt hinter dem systematischen Vorzeichenwechsel vieler Variablen zwischen beiden Phasen Mitte der 1980er Jahre? Die empirischen Befunde verdeutlichen, dass die Emanzipation und die gesellschaftliche sowie politische Anpassung an diese in zentraler Weise dafür ursächlich sind. Beide Effekte, die in dieser Untersuchung durch das Begriffspaar Diffusion und Akkomodation gekennzeichnet sind, werden – in unterschiedlichen Zeiten (und Ländern) in unterschiedlichem Maße – durch die gleichen Variablen beeinflusst, wirken jedoch völlig gegensätzlich auf die TFR. Dies gilt für Modernisierungsvariablen per se, aber auch für kulturelle und politisch-institutionelle Schub- und Bremskräfte. Interessant ist ein Blick auf die Frauenemanzipationsvariablen, deren negativer Zusammenhang hier als kausale Größe für den Beginn des Zweiten Geburtenrückgangs interpretiert wurde und deren Vorzeichenwechsel 1986 insbesondere bei der Frauenerwerbsquote eine erhebliche Resonanz in der Literatur findet (vgl. 1.2). Die multivariaten Analysen ermöglichen ein Verständnis der Wechselwirkungen, wonach der positive Zusammenhang der Frauenemanzipationsvariablen mit der TFR in der Akkomodationsphase (vgl. 5.1) auf intervenierenden Variablen beruht: Die gleichen Variablen, die eine positive Wirkung auf

die Fertilität ausüben, wirken ebenso auf Bildungsquoten und Frauenerwerbstätigkeit. Der intervenierende Faktor zwischen Frauenerwerbsquote und TFR ist die Kinderbetreuung, wie das vereinfachte Schema in Abbildung 7-10 verdeutlicht. Diese These wird auch durch das Interkorrelationsmuster unterstützt.<sup>346</sup>

Die Hypothesen H-1b und H-4b finden Bestätigung. Die Frauenerwerbsquote hat in der Diffusionsphase eine kausale Wirkung hinsichtlich eines Rückgangs der TFR, die später nachlässt. In der Akkomodationsphase dagegen wird die Variable von den gleichen Kräften beeinflusst wie die TFR, entsprechend dreht sich der Zusammenhang auf der Makroebene.<sup>347</sup> Dies lässt sich für die Variable Kinderbetreuung gut zeigen, jedoch geht der in dieser Untersuchung entwickelte Erklärungsansatz darüber noch hinaus und verwendet als analytischen Zugang zum Verständnis des Zweiten Geburtenrückgangs die Differenzierung zweier unterschiedlicher Effekte bzw. Phasen, um dem komplexen statistischen Wechselspiel gerecht zu werden und ihre Systematik zu verstehen.

Diese hier vorgenommene Aufteilung in zwei Phasen lässt sich empirisch gut untermauern: Erstens gibt es bei 14 Variablen einen systematischen Vorzeichenwechsel zwischen 1982 und 1988, meistens mit signifikanten Befunden davor und danach. Zweitens lassen sich Diffusions- und Akkomodationseffekte auch anhand der Analyse der Veränderungsraten und der multivariaten Regressionsanalysen belegen. Drittens deutet der für das aus einer hohen Variablenzahl generierte Best-fit-Modell für 1986 extrem niedrige Determinationskoeffizient von 0,409 auf gegenläufige Kräfte hin, was auch charakteristisch für den Übergangspunkt eines Phasenwechsels ist, während man andererseits die höchsten (Betawerte und) Determinationskoeffizienten für die Diffusionsphase im Jahr 1976 (0,866) und für die Akkomodationsphase im Jahr 2006 (0,846) findet.

Die Schlüsselvariable Kinderbetreuung wurde anhand mehrerer Indikatoren untersucht. Die Kosten der Kinderbetreuung für die Familien erweisen sich dabei als insignifikant, während für die anderen drei Variablen ein positiver Einfluss auf die TFR zu konstatieren ist. Dieser ist bei der Familiendienstleistungsausgabenquote weniger robust. Hochsignifikant ist der Befund für die Kinderbetreuungsausgaben pro Kopf und die Deckungsrate an Betreuungsplätzen für unter 3-jährige bei bi- und multivariaten Regressionen sowie für Niveaudaten und Veränderungsraten. Für die multivariate Modellbildung ist der Faktor Kinderbetreuung unabdingbar.

346 Umgekehrt stehen die für die Akkomodationsphase zentralen Erklärungsfaktoren, die familienpolitischen Variablen, in der Diffusionsphase in insignifikant negativem Zusammenhang mit der TFR, da Diffusionseffekte die aufkeimende Wirkung der Familienpolitik noch überlagern.

347 Auf der Mikroebene ist dieser Effekt nicht sichtbar, da er von dem Effekt unterschiedlicher Präferenzen der Frauen überlagert wird (vgl. 5.1 und Hakim 2000, 2003). Dies unterstreicht, wie wichtig die Differenzierung beider Ebenen ist.

Der Befund für die Transferleistungen bzw. die Ausgabequoten für Familien ist nur für die Querschnittsregressionen, nicht jedoch für die Veränderungsraten hochsignifikant. Besonders deutlich ist der Effekt des Generationenkoeffizienten, dessen T-Wert in den Best-fit-Modellen von 1996 und 2006 jeweils bei fünf liegt. Alternativ ist auch die Kindergeldhöhe bi- und multivariat hochsignifikant, der positive Effekt von Familientransferquote und Elterngeld ist geringer. Im gegenwartnächsten Querschnitt 2006 befinden sich mit dem Generationenkoeffizienten und der Kinderbetreuungsquote beide zentralen familienpolitischen Indikatoren im Basismodell mit jeweils hochsignifikanten partiellen Koeffizienten. Je großzügiger die Sozialpolitik gegenüber Familien im Vergleich zu den Rentenausgaben ist, desto höher sind die Fertilitätsraten in den 28 OECD-Ländern. Und je größer das Kinderbetreuungsangebot, desto höher die TFR, wobei sich beide Effekte ergänzen.

Die hohen Beta- und T-Werte der Variable ethnische Minderheiten in den multivariaten Querschnittsregressionen weisen darauf hin, dass die hohen Werte von Frankreich und v. a. der USA nicht durch die anderen fünfzig Variablen ausreichend erklärt werden können. Der Effekt der hohen TFR von Hispanics in den USA und von Franzosen mit nordafrikanischem Migrationshintergrund lässt sich hinsichtlich der Gesamt-TFR beider Länder nachweisen. Die Befunde verdeutlichen, dass eine entsprechende Differenzierung beider Länder hilfreich ist.

Unterschiedliche Spezifikationen der multivariaten Regressionen weisen auf mehrere Variablencluster hin. Neben dem erwarteten Cluster aus Familientransfer- und Familiendienstleistungsindikatoren ist der Zusammenhang zwischen Kinderbetreuungsangebot und Protestantenquote statistisch besonders auffällig, zu diesem Cluster gehören auch die Variablen Frauenerwerbsquote und öffentliche Beschäftigungsquote.

Ein weiteres Cluster bilden die Variablen Dienstleistungsquote, BIPPC, Teilzeitquote, Jugendarbeitslosigkeit und Systembruch. Sie korrelieren jeweils hochsignifikant mit der Geburtenrate; mit familienpolitischen Variablen in multivariaten Modellen inkludiert ist der Effekt jedoch geringer. Am stärksten ist hierbei der positive Effekt der Dienstleistungsquote. Dieser ist vermutlich darauf zurückzuführen, dass hohe Dienstleistungsquoten einerseits mit ökonomischer Prosperität sowie geringerer Arbeitslosigkeit und andererseits mit breiteren Angeboten an Frauenarbeitsplätzen und Teilzeitarbeit assoziiert sind.

Besonders die Analyse der Veränderungsraten erweist sich als geeignet, die Diffusionseffekte in der Akkomodationsphase nachzuweisen. Als hochsignifikant erweisen sich hier die Freedom-House-Werte und der Systembruchdummy, so dass offensichtlich ist, welche Länder nach 1986 noch stark von Diffusionsprozessen geprägt sind. Es verdeutlicht, dass institutionelle Faktoren als potente Bremskraft der Diffusion des Zweiten Geburtenrückgangs fungieren. Zudem sind die osteuropäischen Länder von posttransitioneller Instabilität und ökonomischer

mischen Problemen betroffen, was die Effekte verstärkt. Interessant ist, dass neben den osteuropäischen auch die südeuropäischen Nachzügler sowie Südkorea Anfang des 21. Jahrhunderts besonders niedrige Geburtenraten aufweisen.<sup>348</sup> Der Nachzüglereffekt ist also nicht nur durch die Veränderungsraten sichtbar, anscheinend sind diese Länder auch von einer geringen Akkomodation betroffen. Dieser Zusammenhang lässt sich so interpretieren: In Ländern, in denen politisch-institutionelle Faktoren bremsend auf die Diffusion des Zweiten Geburtenrückgangs gewirkt haben, haben diese Faktoren indirekt durch die Folgen der Systemtransformation zum Akkomodationsdefizit beigetragen; in Ländern, in denen kulturelle bzw. konfessionelle Faktoren in der Diffusionsphase Bremskräfte waren, haben patriarchalische Vorstellungen auf der kulturellen Ebene zum Akkomodationsdefizit beigetragen. Dieses ist durch familienpolitische Variablen, aber auch durch ökonomische empirisch nachweisbar. Die heutige niedrige TFR der meisten Diffusionsnachzügler ist also auch durch eine Verknüpfung der Erklärungsansätze beider Phasen nachvollziehbar.

Eine wichtige Ergänzung zum Akkomodationskonzept sei an dieser Stelle skizziert: Die Sequenz aus Diffusion und Akkomodation verläuft nicht in schematisierten Phasen ab wie beim Demografischen Übergang (vgl. Davis 1945, Mackenroth 1953, Notestein et al. 1944, Thomson 1929), der Verlauf der TFR ist zwischen den Ländern viel heterogener. Während die Diffusion nach einigen Jahren verzögert sämtliche 28 untersuchten OECD-Länder erreicht hat, manifestiert sich der unterschiedliche Grad der Akkomodation (und der ökonomischen Rahmenbedingungen) im Zeitverlauf. In einigen Ländern hat sich das TFR-Niveau weit oberhalb von 1,5 bereits stabilisiert, teilweise gibt es eine beachtenswerte Recuberation, während in anderen Ländern der Rückgang sich bis deutlich unter 1,5 fortsetzt. Diese Heterogenität in der zweiten Phase des Zweiten Geburtenrückgangs ist bedeutsam. Hier ist noch keine Konvergenz ersichtlich, und es bleibt abzuwarten, ob sie anhält oder ob die Geburtenraten sich wie in den UN-Projektionen derartig erholen, dass sie sich überall der Ausgleichsrate annähern. In letzterem Fall wäre die Akkomodationsphase nur von einer höchst unterschiedlichen Anpassungsgeschwindigkeit geprägt.

In einigen Ländern wie Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Luxemburg, Niederlande, Schweden und USA zeigt sich eine Erholung vom Minimumwert der TFR bis zum Jahr 2006 um über 0,25 (vgl. Tab. A-1). Der TFR-Verlauf zeigt hier demnach eine abgeflachte u-förmige Kurve, wobei der linke Balken des U den rechten deutlich übertrifft. Allerdings zeigt sich auch, dass in einigen Ländern wie Irland, Island und Neuseeland die TFR nie unterhalb von

348 Neben diesen neun Nachzüglerstaaten sind mit Japan und den deutschsprachigen Ländern nur vier weitere Staaten Anfang des 21. Jahrhunderts als LFC (TFR < 1,5) zu klassifizieren.

1,8 gefallen ist. Diese Beispiele demonstrieren, dass das theoretische Konstrukt der Akkomodation in erheblichem Maße von einer Ad-hoc-Elastizität neben den konkreten familienpolitischen Maßnahmen geprägt wird (vgl. 4.1). Ad-hoc-Elastizität und Familienpolitik hängen eng zusammen, so dass der hohe statistische Effekt der familienpolitischen Variablen möglicherweise den direkten Einfluss dieser Maßnahmen etwas überschätzt. Diese Elastizität ist kaum zu quantifizieren, hier können die Determinanten Protestantenquote, Pronatalismuserbe und Frauenwahlrechtalter einen gewissen Zugang darstellen. Ein Modell aus diesen drei Variablen ist für 1996 und 2006 hochsignifikant und kann jeweils mehr als die Hälfte der Varianz erklären (0,553 und 0,518). Protestantenquote und Frauenwahlrecht kann man als Flexibilitätsvariablen einer Gesellschaft gegenüber sich ändernder Rollen interpretieren. Sie wirken hinsichtlich einer grundsätzlichen Bereitschaft des politischen, kulturellen und ökonomischen Systems, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen. Dies betrifft neben einer familienpolitischen Anpassung auch eine Bereitschaft in Gesellschaft und Unternehmen sowie bei den potenziellen Vätern, den Emanzipationsansprüchen der Frauen gerecht zu werden. Der Politikerbefaktor wirkt direkt auf den Faktor Ig im Mikromodell (vgl. Abb. 7-11) und auf die gesellschaftliche Akzeptanz von Familienpolitik, denn in Ländern mit pronatalistischer Missbrauchserfahrung ist die familienpolitische Anpassung an den Geburtenrückgang erschwert, da pronatalistische Begründungen häufig tabuisiert sind, so dass ein wichtiger Begründungsstrang für eine familienpolitische Expansion wegfällt. Mit der kulturellen, institutionellen und historischen Prägung erweisen sich weit in die Vergangenheit reichende Faktoren in Verbindung mit und neben der Familienpolitik als Schlüssel zum Verständnis der Akkomodationsphase.

An dieser Stelle sei noch einmal betont, dass die Untersuchung die Makroebene betrachtet, deren Interpretation gewissen Grenzen unterliegt. Bei den familienpolitischen unabhängigen Variablen sind manche Maßnahmen aufgrund des Erfordernisses von Daten für 28 Länder nicht berücksichtigt. Dies gilt insbesondere für die Betrachtung einzelner „Critical Junctures“ (Neyer et al. 2008) auf Länderebene. Auf Seite der abhängigen Variablen erlaubt die TFR keine Rückschlüsse auf die Heterogenität innerhalb eines Landes oder auf Paritäten. Hier ermöglichen Mikrodesigns wertvolle Erkenntnisse, bei welchen sozioökonomischen Gruppen, Kohorten oder Paritäten die unabhängigen Variablen wirken. Zudem – und das ist der Hauptpunkt – ist die Wirkung auf die Individualebene nur über theoretische Erklärungsschleifen zu erklären. Diese Grenzen sind der Preis für mehrere Vorteile dieses Vorgehens: Mit 28 Staaten wurde ein enorm breiter internationaler Vergleich ermöglicht, dazu über knapp vier Jahrzehnte. Seine Ergebnisse können deshalb nicht von den Eigenheiten einzelner Länder oder Ländergruppen überformt werden. Auch konnten enorm viele Determinanten einbezogen werden, wobei das multivariate Design die Kontrollierung ande-

rer potenzieller Determinanten und damit die Identifikation von Scheinkorrelationen ermöglicht hat. Dadurch konnte dem komplexen Geflecht von Wechselwirkungen zwischen Familienpolitik, Gesellschaft, Ökonomie und Demografie Rechnung getragen werden. Vor dem Hintergrund der Kenntnisse der Daten von 28 Ländern über 37 Jahre und für bis zu 51 unabhängige Variablen wird deutlich, dass bei kleineren Fallzahlen die Fallauswahl das Ergebnis ebenso determiniert wie bei Weglassen einzelner intervenierender Variablen die Variablenauswahl (vgl. 4.2).

Aufgrund der Grenzen von Makrodesigns ist eine ergänzende Überprüfung der gewonnenen Erkenntnisse durch Mikrostudien hilfreich; einzelne der unten skizzierten Mikroverknüpfungen lassen sich bereits durch vorhandene Studien untermauern (vgl. 1.2.3). Zudem wird im Folgenden eine Rückkopplung zur Mikroebene vorgenommen, die auf dem Mehrebenenmodell basiert. Dabei wird auf die zentralen Kausalketten fokussiert, wobei die Faktoren der Mikroebene und die Wirkmechanismen derart herausgearbeitet werden, dass die Anschlussfähigkeit dieser Makrostudie zu Mikrostudien gewährleistet ist.

Die in Abschnitt 6.4 beschriebenen Diffusionseffekte hinsichtlich von Frauenemanzipation und sozioökonomischer Modernisierung haben im Verlauf der Diffusionsphase auch die restlichen Länder voll erfasst. Dadurch sind auch dort auf der Mikroebene die ökonomischen und psychologischen Kosten (Ia, Ic) erhöht, das Timing der generativen Entscheidung (IIIa) erschwert und die Paarinteraktion (IIIc) gleichberechtigter<sup>349</sup>. Im Zeitverlauf werden zunehmend die Akkomodationseffekte sichtbar, insbesondere die familienpolitischen Maßnahmen<sup>350</sup>, die vielfältig auf die generative Entscheidungskonstellation auf der Mikroebene wirken (siehe Abb. 7-11).

Die finanziellen Transfers stellen einen ökonomischen Nutzen (Ib) dar, der einen Teil der gestiegenen Kosten ausgleicht, wobei das einkommensabhängige Elterngeld sogar konkret die gestiegenen Opportunitätskosten der Frau (nicht jedoch den entgangenen Qualifikationseffekt durch Berufserfahrung) ausgleicht. Die Betreuungsinfrastruktur – insbesondere die Kleinkindbetreuung, aber auch ganztägige Kindergarten- und Schulangebote – erleichtert die Berufstätigkeit beider Eltern, wirkt positiv auf die ökonomischen sowie psychologischen Kosten (Ia, Ic) und entzerrt die situative Einschätzung (IIIa). Die Wirkung ist besonders groß, da sie auch langfristige berufliche Nachteile von berufstätigen Müttern reduziert. Ähnlich, den empirischen Befunden nach jedoch etwas geringer, ist auch

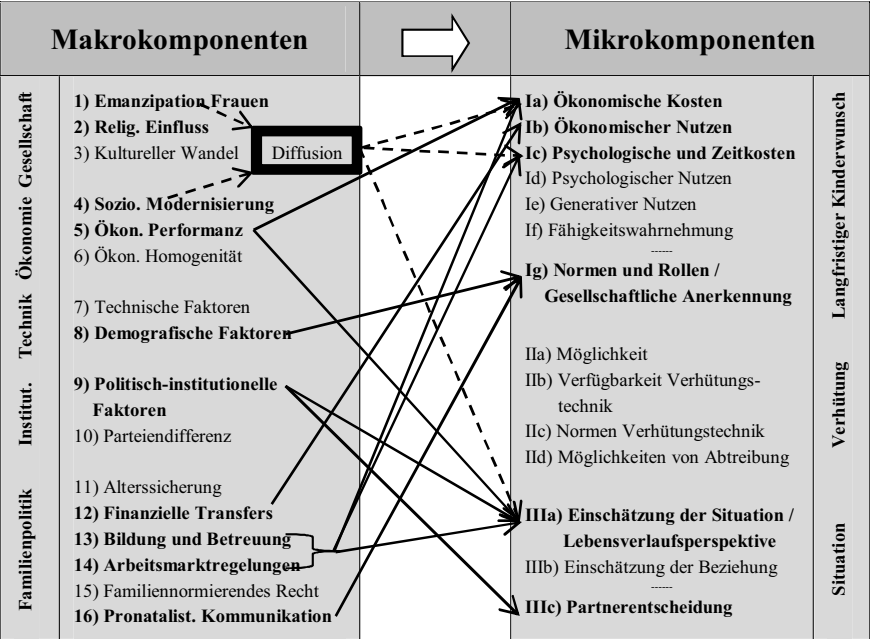
349 Bei den osteuropäischen Nachzüglerstaaten war die Emanzipation von Frauen bereits zuvor verbreitet.

350 Aus diesem Grund sind die Wirkungspfeile in Abbildung 7-10 nicht eingezeichnet, dies dient auch der Übersichtlichkeit der Abbildung. (Zu den Diffusionseffekten im Mehrebenenmodell siehe Abb. 6-6.)



die Wirkung von Arbeitsmärkten, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtern – sei es durch Teilzeitangebote, einen ausgeprägten öffentlichen Beschäftigungssektor, Arbeitsplatzgarantie während der Elternzeit oder flexible Arbeitsmärkte (Ia, Ic, IIIa). Diese familienpolitischen Rahmenbedingungen unterscheiden sich im internationalen Vergleich, was unterschiedliche Entscheidungskonstellationen auf Individualebene und damit erheblich unterschiedliche Fertilitätsraten im Ländervergleich bewirkt. Zu betonen ist, dass die Kinderbetreuungsvariablen im Mikromodell in entgegengesetzter Richtung auf genau die drei Mikrokomponenten wirken, die in der Diffusionsphase von der Frauenemanzipation und Modernisierung betroffen sind (Ia, Ic, IIIa).

**Abbildung 7-11:** Erklärung der Akkomodationsphase des Zweiten Geburtenrückgangs anhand des generativen Mehrebenenmodells



Anmerkungen: Die gestrichelten Pfeile zeigen zentrale Wirkmechanismen der Diffusionseffekte. Die Makrofaktoren 13 und 14 wirken jeweils auf die gleichen drei Mikrokomponenten wie die Diffusionseffekte.

Arbeitslosigkeit wirkt im Mikromodell dahingehend, dass die Ressourcen für die Kosten von Kindern (Ia) geringer sind und in der aktuellen Situation ein Aufschub des Kinderwunsches (IIIa) wahrscheinlich ist. Ähnlich wirkt die Instabilität der Lebensentwürfe nach dem Systembruch (IIIa). Der Effekt der ethnischen Minderheiten beruht auf einer dort abweichenden Entscheidungskonstellation, insbesondere für die Mikrokomponente Ig. Konfessionelle Prägung, Frauenwahl-



rechtalter und Pronatalismuserbe wirken indirekt über die Familienpolitik, haben jedoch auch jeweils direkte Wirkungseffekte auf individueller Ebene. Der Anspruch der Frauen auf Gleichberechtigung und Berufstätigkeit findet im gesellschaftlichen Umfeld und insbesondere in der Paarentscheidung (IIIc) ein unterschiedliches Verständnis, dieses ist in protestantisch geprägten Ländern und bei langer Tradition des Frauenwahlrechts weitaus wahrscheinlicher als in Ländern mit katholischer und patriarchalischer Prägung. Das pronatalistische Politikererbe wirkt noch auf die gesellschaftliche Anerkennung größerer Kinderzahlen (Ig), diese ist in unbelasteten Ländern größer.

Die Entscheidungskonstellation auf der Mikroebene zu Beginn des 21. Jahrhunderts lässt sich demnach folgendermaßen skizzieren:<sup>351</sup>

**Dimension I:** Bei der Kinderwunsch-Abwägung haben sich die ökonomischen Kosten für Kinder zwar erhöht, dies wird, je nach Land in unterschiedlicher Größenordnung, durch Transferzahlungen für Familien (12) zumindest partiell ausgeglichen. Die Ressourcen sind bei Arbeitslosigkeit eingeschränkt. Die Opportunitätskosten sind durch die Bildungsexpansion der Frauen (1) gestiegen, reduzieren sich aber bei Angeboten von Kinderbetreuung (13) und geeigneten Arbeitsmarktkonstellationen (14). Inwiefern die Entscheidung für Kinder der Verwirklichung der zuvor rasant gestiegenen beruflichen Möglichkeiten für Frauen (1, 4), ihrem Status sowie ihrer Selbstständigkeit im Wege steht, hängt in entscheidendem Maße von den Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Beruf und Familie ab, die von familienpolitischen Rahmenbedingungen hinsichtlich Kinderbetreuung (13) und Arbeitsmarkt (14) determiniert werden. Die Anerkennung für größere Familien, auch in Hinsicht ihrer rentenpolitisch positiven Wirkung, ist in Ländern mit pronatalistischen Missbrauchserfahrungen (16) geringer, bei einigen Minderheiten ist sie besonders hoch (8). Ansonsten haben sich in vielen Ländern Normen eines Zwei-Kinder-Ideals und einer Akzeptanz von Kinderlosigkeit und Ein-Kind-Familien etabliert.

**Dimension II:** Nach Abschluss der Diffusionseffekte ist die Trennung von Sexualität und Fertilität in allen Ländern weitestgehend gegeben.

**Dimension III:** Die Einschätzung der konkreten Situation ist zur zentralen Komponente des Mikromodells geworden, die Rushhour des Lebens während der fruchtbarsten Phase zwischen 20 und 35 Jahren wird deutlich. Die durch den Anspruch der Frauen auf Berufstätigkeit (1) und die zunehmende Mobilitätsanforderungen des Arbeitsmarktes (4) während des Zweiten Geburtenrückgangs komplizierter gewordene Situation wird je nach Land durch Arbeitslosigkeit (5)

351 Die Dimensionen beziehen sich auf die drei Dimensionen des Mikromodells (vgl. Tab. 2-1). In den folgenden Absätzen ist die Nummer des jeweils verursachenden Makrofaktors gemäß der 16er-Nummerierung im Mehrebenenmodell in Klammern gesetzt (1=Frauenemanzipation, 2=Religiöser Einfluss, etc.).

und politisch-institutionelle Instabilität (9) zusätzlich erschwert – aber auch durch familienpolitische Rahmenbedingungen erleichtert, wobei neben Kinderbetreuung (13) und Arbeitsmarkt (14) eine lebenslaufbezogene Zeitpolitik eine entscheidende Rolle spielt. Bei der Entscheidung für oder gegen Kinder zeigen sich sogar auf Ebene der Paarentscheidung die bereits auf der Makroebene gezeigte Inkohärenz von Frauenemanzipation und Akkomodation: In patriarchalisch geprägten Gesellschaften (2, 9) treffen nicht selten emanzipierte Frauen mit Wunsch nach Kindern und Berufstätigkeit sowie der Kontrolle der Verhütungstechnologie (7) auf Männer, deren Vorstellungen noch dem Ernährermodell entsprechen.

Diese Rückkopplung der Ergebnisse der Makroanalyse auf die Mikroebene zeigt, dass die familienpolitischen Faktoren genau auf die Mikrokomponenten wirken, bei denen durch das Einsetzen des Zweiten Geburtenrückgangs Veränderungen aufgetreten sind. Ergänzend tragen auch kulturelle, ökonomische, demografische und institutionelle Faktoren zu einem Verständnis der Entscheidungssituation am Anfang des 21. Jahrhunderts bei.

## 8 Die Rolle der Familienpolitik

Ergänzend zu der Analyse von Ursachen und Determinanten des Zweiten Geburtenrückgangs in den vorigen Kapiteln und vor dem Hintergrund des dort nachgewiesenen Einflusses der Familienpolitik auf die Geburtenrate wird in diesem Kapitel die Familienpolitik im weiteren Kontext analysiert. Dabei werden die Abgrenzung zur Bevölkerungspolitik vorgenommen (8.1), die unterschiedlichen Ziele und Instrumente von Familienpolitik analysiert (8.2) und die Einflussstärke der Familienpolitik auf das generative Verhalten vor dem Hintergrund der empirischen Erkenntnisse diskutiert (8.3). Diese Überlegungen münden in einem politikberatenden Schlussabschnitt (8.4).

### *8.1 Familienpolitik, Bevölkerungspolitik und nachhaltige Familienpolitik*

Während der Begriff Familienpolitik und ihre Expansion in Öffentlichkeit und Medien positiv besetzt sind, gilt für den der Bevölkerungspolitik in Deutschland, aber auch in anderen Staaten, das Gegenteil. Die Zielsetzungen sind unterschiedlich: Die Familienpolitik hat neben der Geburtenrate auch Armutsbekämpfung, Bildung, Gleichstellung etc. (vgl. 8.2) als Ziele, während die Bevölkerungspolitik neben der Geburtenrate auch Sterblichkeit sowie Außen- und Binnenmigration berücksichtigt (vgl. Höhn 1989<sup>352</sup>). Hinsichtlich der politischen Maßnahmen existieren erhebliche Schnittmengen zwischen Familien- und Bevölkerungspolitik, wobei die Begrifflichkeit einen nicht zu unterschätzenden Hinweis auf die Prioritätenhierarchie gibt. Insofern impliziert eine als „familienpolitisch“ bezeichnete Maßnahme, selbst wenn sie auch pronatalistisch motiviert ist, dass sie den Interessen der Eltern und Kinder sowie dem gesamten familienpolitischen Zielekanon Rechnung trägt, während eine mit „Bevölkerungspolitik“ betitelte Maßnahme eine Priorität der pronatalistischen Ziele impliziert, die auch zu Lasten anderer familienpolitischer Ziele wirken kann. Tatsächlich gibt es eine Vielzahl historischer Beispiele für Bevölkerungspolitik zu Lasten der Rechte der Bevölkerung, angefangen von Kaiser Augustus' Erbschaftseinschränkungen für Kinderlose und nicht wieder heiratende Witwen, über Malthus' antinatalistisch

352 Hinsichtlich des überschneidenden Gegenstandsbereichs von Bevölkerungs- und Familienpolitik schlägt Höhn (1989) das Konzept bevölkerungsrelevanter Politiken vor, das nach direkten familienpolitischen, pronatalistischen und indirekten Maßnahmen sowie politischen Reaktionen auf demografische Veränderungen differenziert.

motivierte Forderung eines Rückbaus der Armengesetzgebung bis zu den Abtreibungsrestriktionen in einigen osteuropäischen Staaten. Der Missbrauch unter den Nationalsozialisten in Deutschland und in anderen faschistischen Regimen aufgrund der menschenverachtenden rassistischen und kriegereischen Ausrichtung stellte besonders abschreckende Fälle dar. Diese historischen Erfahrungen sind in diesen Ländern tief im kollektiven Bewusstsein verankert.

Zwiespältig werden öffentliche Maßnahmen oftmals auch deswegen gesehen, weil Familie eine private Angelegenheit ist. Tatsächlich jedoch ist Familie – auch von der Familienpolitik im engeren Sinne abgesehen – hochgradig von staatlichen Institutionen wie Wirtschaftsverfassung und Sozialversicherungen beeinflusst, so dass Familienpolitik inzwischen notwendig ist, um die Freiheit familiärer Entscheidungen zu ermöglichen. Der Nexus zwischen Familie und Staat bzw. Geburtenrate und Sozialversicherung beruht auf reziproker Abhängigkeit.

Im internationalen Vergleich erweisen sich die historischen Erfahrungen als prägend (vgl. Andorka 1978:347ff, Gauthier 1996b, Grant et al. 2004, Höhn & Schubnell 1986). Die in Frankreich 1939 eingeführte Familiengesetzgebung „Code de Famille“ war pronatalistisch motiviert sowie intensiv kommuniziert und setzte v. a. auf finanzielle Unterstützungen für Familien. Die schwedische Familienpolitik der 1930er Jahre folgte den von Myrdal entwickelten Prinzipien, die pronatalistische Ziele nicht über die individuelle Wahlfreiheit stellen und auf sozialpolitische Maßnahmen setzen. Kontrastierend dazu verfolgte die Bevölkerungspolitik zu jener Zeit in faschistischen Regimen Deutschlands und Italiens das Ziel eines Geburtenanstiegs aus militärischen Motiven und setzte weitestgehend auf Zwangsmaßnahmen bei Abtreibung und Geburtenkontrolle. In den angelsächsischen Staaten haben demografische Begründungen im Zusammenhang von Familienpolitik nur eine untergeordnete Rolle gespielt (Kamerman & Kahn 1997). In den Niederlanden waren in den 1970er Jahren angesichts von Bevölkerungsdichte und -wachstum niedrige Geburtenraten um 1,7 mittelfristig erwünscht (van de Kaa 1979). Die kommunistischen Regime Osteuropas haben eine Bevölkerungspolitik verfolgt, die in Kombination mit Gleichstellungszielen häufig auf sozialpolitischen Instrumenten, teilweise aber auch auf Zwangsmaßnahmen wie Verschärfungswellen des Abtreibungsrechts beruhten. Im Verlauf des Zweiten Geburtenrückgangs sind der Begriff Bevölkerungspolitik und eine pronatalistische Begründung für Familienpolitik insbesondere in den Staaten umstritten, in denen faschistische Regime Familien- bzw. Bevölkerungspolitik für militärische Ziele instrumentalisiert haben (vgl. Einschätzung der Regierungen zu Geburtenrate und staatlichen Maßnahmen in: United Nations 1998, 2002; siehe auch 5.16). In Frankreich dagegen ist beides traditionell akzeptiert. Angesichts der zunehmend sichtbaren Folgen einer niedrigen Geburtenrate wird der pronatalistische Aspekt der Familienpolitik jedoch auch in den Ländern mit ne-

gativen historischen Erfahrungen zunehmend betont (vgl. Coleman 2005:28f, Grant et al. 2004:115).

Die Begriffsvarianten um „Population Policy“ und „Family Policy“ sind nach Strohmeier (2002:324) inkonsistente Klassifikationen, wobei ähnliche Politiken unter verschiedene Labels fallen, die mit den unterschiedlichen politischen Zielen korrespondieren. Fernández Cordón (2006:49) schlägt vor, die terminologische Trennung zwischen Pronatalismus und Familienpolitik zu vermeiden und niedrige Geburtenraten als Symptom der Sozialpolitik dieser Länder zu begreifen. In Frankreich wird begrifflich zwischen demografischer Politik (Bevölkerungspolitik) und Familienpolitik differenziert, wobei beide ähnlich akzeptiert sind.<sup>353</sup> In der Tschechoslowakei wurde im Unterschied zu anderen osteuropäischen Staaten für pronatalistisch motivierte Maßnahmen der Begriff Familienpolitik verwendet. In den meisten Ländern werden von öffentlicher Seite demografische Aspekte der Familienpolitik kommuniziert, der explizite Begriff Pronatalismus jedoch vermieden (vgl. Coleman 2005). Das verwundert nicht, da die Akzeptanz für Familienpolitik überwiegend hoch ist mit steigender Tendenz (Höhn & Ette 2006:70) und die Begriffe Bevölkerungspolitik bzw. Pronatalismus ähnlich wie in Deutschland vielfach auf Ablehnung stoßen (vgl. McIntosh 1986).

Die Geschichte des Diskurses über Bevölkerungspolitik und über eine auch demografische Ziele berücksichtigenden Familienpolitik ist von intensiven Debatten und Tabuisierung, aber auch von Lerneffekten geprägt. Sie ist nur im Kontext historischer Erfahrungen und demografischer Entwicklungen zu verstehen. Diese seien hier für Deutschland kurz skizziert: Während Bevölkerungspolitik bereits in merkantilistischen Zeiten eine wichtige Rolle spielte, wurde der Begriff „Familienpolitik“ erst zu Beginn des Ersten Weltkrieges eingeführt, wobei er anfangs „v. a. im Sinne von Bevölkerungspolitik verstanden“ wurde (Schmidt 2004a:221; international vgl. Kamerman & Kahn 1997:8). Während der Schutz der Familie in Art. 6 des Grundgesetzes verankert ist, erhielt die Familienpolitik erst 1953 ein eigenes Ressort, wobei die Ministeriumsgründung auch auf eine von Bundeskanzler Adenauer offen ausgesprochene bevölkerungspolitische Motivation zurückging und Haushaltsmittel sowie Gesetzgebungskompetenz gering waren.<sup>354</sup> Hinsichtlich generativer Aspekte wurde zu dieser Zeit eher der Begriff Bevölkerungspolitik verwendet, unabhängig davon, ob die

353 „Politique Démographique“ und „Politique Familiale“ beruhen auf ähnlichen Instrumenten. Der begriffliche Unterschied ist, dass ersteres sich auf noch nicht existierende Familien und letzteres auf vorhandene Familien richtet (vgl. Höhn & Schubnell 1986:13).

354 Das Budget belief sich im Haushaltsjahr 1954 auf 610.300 DM bei einem Bundeshaushaltsvolumen von 25 Mrd. DM, also 0,0024 Prozent. Zudem gab es keine federführende Gesetzgebungskompetenz (Gerlach 2003:152).

Ziele durch familienrestaurative oder progressiv-sozialpolitische Mittel verfolgt wurden (vgl. Mackenroth 1953).<sup>355</sup>

Nachdem die TFR in der BRD Mitte der 1970er Jahre auf unter 1,5 gefallen war, kamen Forderungen nach einer Bevölkerungspolitik (u. a. Wingen 1975) auf. Wingen (1977:3) sah diese bereits im „Begriff, die Schallmauer in der öffentlichen Diskussion zu durchbrechen“. Auf Partienebene wurde der Geburtenrückgang v. a. von der CDU/CSU thematisiert. Zentrale familienpolitische Differenzen existierten hinsichtlich der Unterstützung (SPD) von bzw. alternativen Anreizen (CDU/CSU) zur Frauenerwerbstätigkeit (vgl. Rein 1979). Im Dritten Familienbericht wird ein politisches Bekenntnis zu Bevölkerungspolitik empfohlen (Deutscher Bundestag 1979:181), da „Legitimität und Notwendigkeit einer Bevölkerungspolitik (...) zu bejahen“ sind (ibid.:132). Auf Regierungsebene wurden bevölkerungspolitische Konzeptionen „diskutiert, aber verworfen“ (Höhn 1988:68, vgl. Deutscher Bundestag 1979:130ff, Rein 1979, UN 1998, 2002, anders: Marschalck 1984<sup>356</sup>). Dies ist auf die historisch begründete Tabuisierung zurückzuführen, aber auch auf die Unterschätzung oder Ausblendung der sozialpolitischen Langzeitfolgen (vgl. Bolte et al. 1980, Fuchs 1980, Geissler 1980, Rosenberg 1989, Rürup 1980)<sup>357</sup> und auf die Skepsis hinsichtlich der Wirksamkeit solcher Maßnahmen (vgl. 1.2.4).

In der DDR wurden pronatalistische Maßnahmen als Bevölkerungspolitik bezeichnet, letztere war nach Auffassung von SED und wissenschaftlichem Rat „untrennbarer Bestandteil der Gesamtpolitik der Partei der Arbeiterklasse und des sozialistischen Staates“ (Höhn et al. 1986:190).

Im Zeitverlauf wurden neue Begriffe eingeführt, die pronatalistische Ziele ohne den Begriff der Bevölkerungspolitik transportieren sollten: Beispiele dafür sind „bevölkerungsrelevante Familienpolitik“ (vgl. Höhn & Schubnell 1986:4), „demographisch begründete Familienpolitik“ (Wingen 1988:154), „generations-solidaire Gesellschafts- und Familienpolitik“ (ibid.:160) oder „bevölkerungsbewusste Familienpolitik“ (Kaufmann 2005:185). Interessant ist dabei nicht nur, dass pronatalistische Ziele durch die Hintertür der Familienpolitik verfolgt wer-

355 Mackenroth (1953:365,497) prognostizierte, die „Bevölkerungspolitik wird an Boden gewinnen“, wobei er inhaltlich eine Anpassung der Industriegesellschaft an die Familie und konkret Halbtagsbeschäftigungen für Frauen forderte.

356 Marschalck (1984:114) interpretiert mehrere Politikmaßnahmen auf Länderebene als bevölkerungspolitisch.

357 Die Diskussion zwischen Wissenschaftlern (Rürup) und Politikern (Fuchs, Geissler) anlässlich eines Treffens der List Gesellschaft 1980 ist charakteristisch für die damalige Debatte: Rürup (1980:181) fordert eine konkrete Antwort auf die Frage „Wie können und sollen wir im Jahre 2030 unsere Renten finanzieren?“ ein. Fuchs (1980:189) sieht durch den Geburtenrückgang auch bei einem hypothetischen Rentenbeitrag von 40% im Jahr 2030 „keine Schmälerung des Lebensstandards“. Geissler (1980) erwartet implizit einen Anstieg der Geburtenrate durch finanzielle Anreize.

den, sondern auch, dass eine Familienförderung zusätzliche Legitimation erhält (vgl. Biedenkopf et al. 2009:75). Im Spannungsfeld zwischen beiden Verknüpfungen bewegen sich viele Forderungen der letzten Jahrzehnte in unterschiedlicher Gewichtung. Im Unterschied zu manchen Debatten vor dem Wechsel des Zusammenhangs zwischen Frauenerwerbsquote und TFR (siehe 6.1), die einen Konflikt zwischen Frauenemanzipation und Fertilität postulierten, der gelegentlich zu Recht als reaktionärer Angriff auf Gleichstellungsziele interpretiert wurde, hat sich zunehmend die Einschätzung verbreitet, dass nicht nur monetäre, sondern auch an Gleichberechtigungszielen orientierte Familienpolitik mit pronatalistischen Zielen kombinierbar ist.

Während der Schlussbericht der Enquete-Kommission Demografischer Wandel (Deutscher Bundestag 2002) und die ihn begleitende parlamentarische Debatte (Fuhrmann 2002, Schewe-Gerigh 2002, Storm 2002) eine mögliche Einflussnahme auf die Geburtenentwicklung ausklammert, werden auf politischer Ebene in den letzten Jahren zuvor tabuisierte pronatalistische Ziele zunehmend ausgesprochen (vgl. Schmidt 2007:309). Veröffentlichungen des BMFSFJ titeln „Nachhaltige Familienpolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerungspolitik“ (Rürup & Schmidt 2003) bzw. „bevölkerungsorientierte Familienpolitik“ (BMFSFJ 2007b).

Der Begriff nachhaltige Familienpolitik hat sich zunehmend etabliert (vgl. Bertram et al. 2005, Bertram 2006, 2008a, BIB 2004, Deutscher Bundestag 2006a, Höhn et al. 2006, Leitner et al. 2008, Rürup & Schmidt 2003). Der ursprünglich aus der Forstwirtschaft stammende Begriff Nachhaltigkeit wird neben umwelt- auch für sozialpolitische Zielsetzungen in dem Sinne verwendet, dass Bedürfnisse der heutigen Generation nicht auf Kosten zukünftiger Generationen erfüllt werden sollen (vgl. Schmidt 2004a:466). Die Generationenbilanz wird demnach als „zweckrationale Begründung von Familienpolitik“ hinzugezogen (Gerlach 2004:346). Der Siebte Familienbericht begründet den Nachhaltigkeitsansatz mit der Sicherung des Humanvermögens (vgl. Deutscher Bundestag 1994) und der „Gerechtigkeit zwischen den Generationen und zwischen Familien und Nichtfamilien“ (Deutscher Bundestag 2006a:248). Die formulierten Ziele und Maßnahmen unterscheiden sich von denen des Dritten Familienberichts u. a. dadurch, dass demografische Aspekte nicht im Sinne einer Beeinflussung der generativen Entscheidung<sup>358</sup>, sondern als Begründung für Verbesserungen der Rahmenbedingungen für Familien herangezogen werden. Diese Begründung fußt darauf, dass Erziehung von Kindern und Fürsorge für andere zur gesamtgesellschaftlichen Zukunftssicherung beitragen und damit allen zugutekommen

358 Der Dritte Familienbericht fordert u. a. „Maßnahmen zur Erweiterung des Verantwortungshorizontes junger Paare bei der Familienplanung durch (...) Bildung der Öffentlichkeit über demographische Veränderungen“ (Deutscher Bundestag 1979:181).

(ibid.:246). In der Stellungnahme der Bundesregierung wird der Bericht als Bestätigung eingeschätzt für einen „Perspektivwechsel zu einer nachhaltigen Familienpolitik, deren neue Zielsetzung auch mit demografischen und ökonomischen Argumenten begründet ist“ (ibid.:XXIV). Nach Gruescu und Rürup (2005) ist das Ziel die Erhöhung der Geburtenrate bei gleichzeitiger Steigerung der Frauenerwerbstätigkeit. Befragungen zeigen, dass der Geburtenrückgang zu 80% negativ bewertet wird (BIB & Robert Bosch Stiftung 2005:6) und dass von Familienpolitik geburtensteigernde Effekte erwartet werden (IfD Allensbach 2004:48)<sup>359</sup>. Die gesellschaftliche Akzeptanz einer nachhaltigen Familienpolitik ist folglich hoch, auch hinsichtlich demografischer Ziele. Voraussetzung dafür ist allerdings die Verknüpfung mit anderen familienpolitischen Zielen, was mit den weiteren Nachhaltigkeitsindikatoren der Bundesregierung „Vereinbarkeit, Armutsrisiko, Bildungsniveau und Erziehungskompetenz“ (Ristau 2005:18, vgl. 8.2) gewährleistet ist.

Der Begriff „nachhaltige Familienpolitik“ verdeutlicht gegenüber „Familienpolitik“, dass auch demografische Begründungen eine wichtige Rolle spielen. Von „Bevölkerungspolitik“ grenzt er sich dadurch ab, dass er demografische Ziele nicht über andere familienpolitische Zielsetzungen stellt. Dies impliziert, dass nachhaltige Familienpolitik auf Instrumente zurückgreift, von denen Verbesserungen der Rahmenbedingungen für Familien und ein Anstieg der Geburten gleichzeitig zu erwarten sind. Eine derartig definierte nachhaltige Familienpolitik schließt begrifflich diejenigen Maßnahmen aus, deren Verwendung den schlechten Beigeschmack des Begriffs Bevölkerungspolitik bewirkt hat. Er führt die Demografen in die Arena der Familienpolitik und gibt den Familienpolitikern weitere Argumente für eine Expansion dieses Politikfeldes in die Hand.

## 8.2 Die komplementäre Zielstruktur der Familienpolitik

Die Familienpolitik verfolgt implizit oder explizit mehrere unterschiedliche Ziele. Da Familienpolitik als Querschnittspolitik zu charakterisieren ist, die weit über die Ressortzuständigkeit eines Familienministeriums hinausgeht, gilt dies auch für die Ziele und Instrumente. Insbesondere arbeitsmarkt- und bildungspolitische Aspekte stehen in enger Wechselwirkung mit familienpolitischen Zielen, entsprechend werden sie im Folgenden (gemäß der Konzeption einer Familienpolitik im weiteren Sinne) mit berücksichtigt. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit werden hier (siehe Tab. 8-1) die Ziele Bildung, Lastenkompensation, Ge-

359 Die Frage, ob sich infolge familienpolitischer Maßnahmen mehr Menschen für Kinder entscheiden, beantworteten 55% der 18-44jährigen mit ja, 16% waren unentschieden und nur 29% erwarten keinen Einfluss.



sundheit, Zeit, Gleichstellung, Arbeitsmarktbeteiligung, Geburtensteigerung und Stärkung der Institution Familie gegenübergestellt (vgl. Bertram 2006b:61, Deutscher Bundestag 2006a, Gerlach 2003:113ff, Kaufmann 1990:140, 2002:426ff, Rürup & Schmidt 2003:6, Wingen 1997:50ff). Diese Ziele sind dem übergeordneten Ziel des Wohlbefindens von Kindern und Eltern, aber auch gesellschaftlichen Zielsetzungen zuzuordnen, wobei es auch Überschneidungen gibt, die in der Matrix angedeutet werden.

**Tabelle 8-1:** Nexus zwischen Instrumenten und Zielen der Familienpolitik

	Kindeswohl			Elterliches Wohl		Gesellschaftliche Ziele	
	Bildung	Gesundheit Sicherheit Zeit	Lastenkom- pensation, Armutsprä- vention	Gleich- stellung	Arbeits- marktpar- tizipation	Demo- grafische Ziele	Normieren (Institution Familie stärken)
Rentenansprüche Erziehungszeiten			✓				✓
Kindergeld und Steuerfreibeträge			✓			✓	
Mitversicherung in KV		✓	✓				
Erziehungs- bzw. Elterngeld	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓
Vätermonate		✓		✓	✓		✓
Kinderbetreuung und Kindergarten	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓
Schulsystem halb- bzw. ganztags	✓		✓	✓	✓	✓	✓
Kommunale Infrastruktur		✓					
Teilzeitarbeit, Gleitzeitarbeit		✓		✓	✓	✓	
Elternzeit mit Ar- beitsplatzgarantie				✓	✓		✓
Scheidungs- und Unterhaltsrecht		✓	✓	✓	✓		✓
Besteuerung Zweitverdiener				✓	✓		✓
Sonderregelungen Mehrkindfamilien			✓			✓	✓
Adressat	Kinder	Kinder	Eltern und Kinder	Eltern	Eltern und Wirtschaft	Gesell- schaft	Gesell- schaft

Anmerkungen: Die Häkchen zeigen eine Wirkung des Instruments auf das entsprechende Ziel an. Nach Stärke der Wirkung wird hier nicht differenziert. Erläuterungen siehe Text.

Das Ziel der Verbesserung des Kindeswohls („Child Well-being“) stellt die Bedürfnisse der Kinder in den Mittelpunkt. Die theoretische Konzeptualisierung des weitreichenden Begriffs Kindeswohl durch UNICEF umfasst sechs Dimensionen: neben materiellem Wohlbefinden und Bildung auch Gesundheit und Sicherheit, Risikoverhalten, Beziehungen zu Eltern (sowie Freunden) und persönliches Wohlbefinden (Bertram 2008b, Bradshaw et al. 2006, Santos Pais 2008,

UNICEF 2007).<sup>360</sup> Diese breite Zieldimension hat den Vorteil, von der klassischen ökonomischen und bildungspolitischen Perspektive wegzukommen,<sup>361</sup> was verdeutlicht, dass auch die „anderen Lebensumwelten von Kindern mitreflektiert“ (Bertram 2008b:41) werden sollten. Neben den in Tabelle 8-1 skizzierten Instrumenten, von denen überwiegend ein Effekt auf das Kindeswohl zu erwarten ist, sind folglich noch weitere politische Felder relevant.

Der Nexus zwischen Familien- und Bildungspolitik zeigt sich bei Zielen und Instrumenten gleichermaßen. Kinderbetreuung und Schulsystem haben (ebenso wie Höhe sowie Länge des Elterngeldes) eine Wirkung auf sieben Zieldimensionen der Familienpolitik. Umgekehrt wurden in Deutschland Maßnahmen zum Ausbau der Kinderbetreuung, die einen erheblichen Einfluss auf die Bildungschancen von Kindern implizieren, im Wesentlichen von der „Frauen-, Familien- und Arbeitsmarktpolitik“ (Bertram & Bertram 2009:14) zum politischen Thema gemacht. Das zentrale Motiv bzw. die Motivhierarchie für Kinderbetreuung kann sich von Land zu Land unterscheiden: Während in Island das Bildungsmotiv dominierte (Eydal & Olafsson 2008) und in Schweden das Gleichstellungsmotiv eine entscheidende Rolle spielte, waren in Deutschland daneben auch ökonomische und demografische Motive zentral (Deutscher Bundestag 2008).

Lastenkompensation und Armutsprävention sind eng miteinander verknüpft, beide gehen über die Instrumente des Familienlastenausgleichs hinaus. Das Ziel Lastenkompensation ist auf Ebene der horizontalen Gerechtigkeit zwischen Familien mit vielen Kindern, ein oder zwei Kindern und Kinderlosen anzusiedeln. Der Anstieg des Kinderlosenanteils vergrößert die Dimension dieser kompensatorischen Aufgabe, gelegentlich werden sogar Rentenkürzungen bzw. zusätzliche Rentenbeiträge für Kinderlose gefordert (Sinn 2003:84; Kirchhoff 2003:106). Die Größenordnung des Ziels Armutsvermeidung ist in den letzten Jahren in Deutschland gestiegen, da Kinder zunehmend zum Armutsrisiko geworden sind. Das ist u. a. auf die wachsende Zahl Alleinerziehender, eine trotz mehrfacher Anhebungen insgesamt unzureichende Ausstattung des Familienlastenausgleichs (vgl. Kaufmann 1990:159) und die Schwierigkeit von Berufstätigkeit für Mütter zurückzuführen. Da gerade der letzte Punkt häufig zur Armut beiträgt (Whiteford & Adema 2007), haben neben den pekuniären Instrumenten auch solche zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie eine Wirkung auf diese Zieldimension.

Die Ziele Gleichstellung und Arbeitsmarktpartizipation möglichst vieler der in den OECD-Ländern oft hochqualifizierten Frauen werden von den gleichen poli-

360 Einen historischen Überblick zur Entwicklung der Kinderrechte im internationalen Vergleich gibt Therborn (1993).

361 Dies verändert die Performanz im statistischen Vergleich grundlegend. Während beispielsweise Niederlande beim materiellen Indikator nur Platz 10 von 21 Ländern belegt, ist es bei Einbeziehung aller sechs Dimensionen Spitzenreiter (UNICEF 2007:2).

tischen Instrumenten beeinflusst: von Zeit- und Infrastrukturpolitik bis zum Steuer- und Unterhaltsrecht.<sup>362</sup> Dabei führen mit dem nordischen und dem angloamerikanischen zwei Wege zu einer egalitären Geschlechterordnung (Schmidt 1998:228). Bei den familienpolitischen Instrumenten treffen sich hier die Interessen der Wirtschaft (vgl. BMFSFJ 2007b, Gornick et al. 1997, OECD 2001c) mit denen der Frauen bzw. der Gleichstellungspolitik (vgl. Europäische Kommission 2007, Künzler 2002, Riedmüller 2009, Rüling & Kassner 2007). Diese Konstellation ist hinsichtlich entsprechender Politikmaßnahmen fruchtbar für den politischen Willensbildungsprozess, insbesondere auf Partienebene. Die beiden Ziele Gleichstellung und Arbeitsmarktpartizipation von Frauen stehen im Zusammenhang mit der Transformation vom Ernährermodell zum Zweiverdienermodell. Bei idealtypischen Modellen laufen Wissenschaft und Politik jedoch Gefahr, die Nivellierung der Unterschiede zu überschätzen. Selbst in den nordeuropäischen Ländern gibt es nicht selten auch Hausfrauen-Präferenzen (vgl. Hakim 2003, Ostner & Schmitt 2008:14), und berufstätige Frauen arbeiten insbesondere in der Vorschulphase von Kindern häufig in Teilzeitstellen.

Neben den genannten Zielen existiert nicht selten auch das explizite Ziel, ein Familienmodell zu normieren. Zumindest aber orientiert sich die Familienpolitik implizit an bestimmten Familienmodellvorstellungen. Das der Familienpolitik zugrunde liegende Familienmodell und das individuelle Verhalten stehen dabei in dynamischer Wechselwirkung (vgl. Fux 2002), wobei ersteres eher von Normen als vom individuellen Bedarf determiniert wird (Strohmeier 2002:346) und eine Zeitverzögerung zwischen Bedarf und institutionellen Antworten liegt (Inglehart & Norris 2003:163).<sup>363</sup> Ein Beispiel für die explizite Zielsetzung der Normierung ist die der Institution Familie in der BRD in den 1950er Jahren (Gerlach 2003:153). Inzwischen sind in den OECD-Ländern derartige normative Zielsetzungen zurückgegangen. Implizit wirken Normvorstellungen jedoch de facto über die unterschiedliche Unterstützung bestimmter Lebensentwürfe, auch wenn das Ziel formuliert wird, der Heterogenität der Familienformen gerecht zu werden.

Die hier skizzierten Instrumente der Familienpolitik umfassen monetäre Transfers wie Kinder- sowie Elterngeld und Steuerfreibeträge, sind aber auch in den Sozialversicherungssystemen verankert. Beispiele für letzteres sind die kos-

362 Dabei sind die Vätermomente differenziert zu sehen. Hier muss die Wirtschaft auf Arbeitsmarktpartizipation einiger Männer verzichten, um eine verbesserte Partizipation der Frauen, die aufgrund längerfristiger Verhaltensänderungen über diese Momente hinausgeht, zu erhalten. Für den Arbeitsmarkt sind Vätermomente kein Nullsummenspiel.

363 Der Timelag zwischen Veränderungen von Bedarf, Normen und Familienpolitik ist in Deutschland am Beispiel von Frauenerwerbstätigkeit, der inzwischen zurückgegangenen Rabenmütter-Debatte (Dorbritz 2007, Höhn et al. 2006:55) und dem Ausbau der Kinderbetreuung nachzuvollziehen.

tenlose Mitversicherung in der Krankenversicherung, die Beitragsbemessung zur Pflegeversicherung und die Rentenansprüche für Erziehungszeiten. Auch umfassen die Instrumente die Betreuungsinfrastruktur, die von der Kleinkindbetreuung, über Kindergärten bis zu Schulen und Horten reicht, sowie die weitere kommunale Infrastruktur für Familien wie Spielplätze, Beratungsstellen, aber auch Wohnraum. Auch die Ausgestaltung der Arbeitsmärkte – auf gesetzlicher Basis oder durch Verabredungen der Tarifparteien – birgt bedeutende Instrumente wie Erziehungs- bzw. Elternzeit mit Arbeitsplatzgarantie sowie Teilzeit- und Gleitzeitarbeit (vgl. Hildebrandt 2005). Entscheidend ist dabei der doppelte Charakter der Zeitpolitik, der nicht nur die Alltagszeit durch Abstimmung von Betreuungs- und Arbeitszeit, sondern auch die Zeit im Lebensverlauf umfasst, um die Rushhour des Lebens zwischen 25 und 35 Jahren zu entzerren (Bertram 2006b, 2007, 2008, Bertram et al. 2005, Deutscher Bundestag 2006a, vgl. Allmendinger & Dressel 2005:26). Hier gibt es neben der einkommensabhängigen Elternzeit inklusive Vätermomonaten auch im Bereich von Bildungssystem, Arbeitsmarkt und Sozialversicherungen wichtige Instrumente, um die individuelle Kombination von Arbeits-, Ausbildungs- und Familiengründungsbiografie zu erleichtern. Weitere familienpolitische Instrumente liegen im Bereich des Ehe-, Scheidungs- und Unterhaltsrechts, der Familienbesteuerung und in nach Kinderzahl differenzierten Regelungen.

Die Effekte der verschiedenen Instrumente verdeutlichen, dass einzelne Maßnahmen oft mehreren Zielen gleichzeitig dienen (siehe Tab. 8-1, vgl. Lohmann et al. 2009:65ff). Nicht überraschend ist insofern die hohe Popularität vieler Maßnahmen (Fokkema & Esveldt 2006:64f). Nur in wenigen Fällen gibt es konkurrierende Ziele. Frauenerwerbstätigkeit und elterliche Zeit mit Kindern ist durch flexible Zeitpolitiken und eine veränderte Rolle des Mannes vereinbar; die empirische Evidenz zeigt, dass die Zeit mit Kindern auch bei mütterlicher Erwerbstätigkeit relativ konstant geblieben ist (Bianchi 2000). Jedoch ist besonders dann ein Konflikt gegeben, wenn die Stärkung der Institution Familie mit Vorstellungen einer „patriarchalisch orientierten bürgerlichen Familie“ (Kaufmann 1990:140) verbunden ist. Diese steht nicht nur mit den Zielen Gleichstellung und Arbeitsmarktpartizipation in Konflikt, sondern neuen Forschungserkenntnissen nach auch mit Armutsvermeidung (Whiteford & Adema 2007), Bildungschancen benachteiligter Familien (d’Addio 2007) und – wie auch in dieser Untersuchung gezeigt – demografischen Zielen. Wenn man die Stärkung der Institution Familie gemäß eines historischen idealtypischen Modells durch die Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern ersetzt und gleichzeitig Familie statt über Ehe über die Existenz von Kindern sowie gegenseitiger Verantwortung definiert, löst sich dieser spannungsgeladene Zielkonflikt auf.

Dann ist man in der komfortablen Lage, dass die familienpolitischen Instrumente mehrere höchst unterschiedliche Ziele gleichzeitig Erfolg versprechend

verfolgen können. Zu betonen ist, dass Maßnahmen auch dann Effekte auf bestimmten Zielebenen verursachen, wenn diese nicht intendiert oder zumindest nicht das primäre Ziel sind. Wird beispielsweise aus sozialpolitischen Motiven das Kindergeld erhöht, ist bei entsprechender Größenordnung auch eine demografische Wirkung denkbar. Werden aus Gleichstellungsmotiven die Vätermomente ausgebaut, wirkt sich das auch positiv auf die Erziehungskompetenz des Vaters und das Kindeswohl aus. Tatsächlich liegen für die meisten Maßnahmen Mischmotive vor. Die gestiegene Bedeutung eines Ziels kann zu Maßnahmen führen, die auch andere Ziele unterstützen, für die alleine nicht genug politischer Willen aufbringbar war. Beispielsweise wäre der Ausbau der Kleinkindbetreuung ohne die Artikulation demografischer und arbeitsmarktpolitischer Ziele weniger ambitioniert, obwohl alleine die Interessen vieler Frauen an Vereinbarkeit von Beruf und Familie und Bildungsaspekte diese Maßnahme rechtfertigen würden. Interessant und günstig sind derartige Konstellationen für die Kompromissfindung von Koalitionsregierungen und in Parteien. Denkbar ist die Verabredung von Maßnahmen, die von einer Partei aus sozialpolitischen sowie emanzipatorischen Motiven und von der anderen aus demografischen sowie arbeitsmarktpolitischen Motiven getroffen werden.

Während diese komplementäre Zielstruktur für eine Expansion der Familienpolitik prinzipiell vorteilhaft ist, gibt es Begrenzungen auf der Kostenseite durch die Konkurrenz anderer haushaltspolitisch relevanter Aufgaben. Hier ist der Familienpolitik eine strukturelle Schwäche zu attestieren, da sie horizontal sowie in föderalen Staaten wie Deutschland auch vertikal fragmentiert ist und familienpolitisch relevante Entscheidungen „oftmals ohne nennenswerte Koordination mit der eigentlichen Familienpolitik in anderen Ministerien“ (Schmidt 2004a:222) getroffen werden.<sup>364</sup> Neben dieser Kompetenzzersplitterung tragen auch andere Faktoren zur strukturellen Schwäche bei: eine geringe Organisationsfähigkeit, die mit Schwierigkeiten der Mobilisierung und der organisierten Vertretung<sup>365</sup> von Familieninteressen verbunden ist, und eine geringe Konfliktfähigkeit<sup>366</sup> insbesondere im Vergleich zu den Sozialpartnern (vgl. Deutscher Bundestag 1994:30, Gerlach 2003:353ff, Wingen 1997:457ff). Darüber hinaus sind die Interessen von Kindern auch im Wahlsystem unterrepräsentiert. Auf der anderen Sei-

364 Interessant ist die Finanzierung des Ausbaus der Kinderbetreuung, wobei „kreative Verfassungsexegese“ (Mahner & Wolf 2010) angesichts eingeschränkter bundespolitischer Zuständigkeiten nach der Föderalismusreform gezeigt wird.

365 In Deutschland sind mehrere Familienverbände in der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen zusammengeschlossen. Zu dessen verhandlungstheoretischen Schwächen siehe: Gerlach 2003:359.

366 Ein Drohpotenzial in Form einer Verweigerung von Leistungen, die für die Gesellschaft wertvoll sind, also das Auf- und Erziehen von Kindern, ist undenkbar. Hier sind Familien gegenüber anderen Akteuren der pluralistischen Interessenartikulation unterlegen.

te entfaltet in Deutschland das Bundesverfassungsgericht Schubkraft auf die Familienpolitik, ein eindrucksvolles Beispiel ist das Pfllegeurteil (BVerfG 2001).

„Schlussendlich laboriert Deutschlands Sozialpolitik immer noch an einem Generationenungleichgewicht. (...) Allerdings gibt es auch Gegenbewegungen (...). Dafür sprechen die Aufwertung der Familienpolitik in den letzten drei Jahrzehnten und die stärkere Sensibilität der beiden großen Parteien in Deutschland für Fragen der Familienpolitik, der Kindererziehung und – nach jahrzehntelanger Tabuisierung – des Pronatalismus.“ (Schmidt 2007:309)

„Why did the family languish as an unexamined residual in welfare state research?“ (Esping-Andersen 1999:47)

„Demographic changes have acted over time as major catalysts in the development of family policies.“ (Gauthier 1996b:199)

In den letzten Jahrzehnten ist die Familienpolitik zunehmend in das politische, aber auch in das politikwissenschaftliche Blickfeld gelangt (vgl. Castles 1998, 2004, Esping-Andersen 1999, 2002, Gauthier 1996b, Lewis 2006, Schmidt 2005, 2007). Die Ursachen sind dabei im doppelten Sinne im demografischen Wandel zu verorten: Die Auflösung der traditionellen Ernährerfamilie, die zunehmende Frauenerwerbstätigkeit und der Anstieg Alleinerziehender hat neuen sozialstaatlichen Bedarf geschaffen und die Grenzen einer auf das traditionelle Ernährermodell ausgerichteten Sozialpolitik aufgezeigt. Gleichzeitig hat der Zweite Geburtenrückgang die Altersstruktur derartig verändert, dass die zukünftige Leistungsfähigkeit der wohlfahrtsstaatlichen Kernpfeiler Alterssicherung und Gesundheitssicherung massiv betroffen ist (siehe 1.1.2). Aufgrund dieser demografisch bedingten Nachfrage- und Ressourceneffekte hinsichtlich des Sozialstaats, unterstützt durch Aspekte von Gleichstellung und frühkindlicher Bildung, genießt die Familienpolitik, das „Stiefkind der deutschen Sozialpolitik“ (Deutscher Bundestag 1990:34), zunehmend einen höheren Stellenwert. Im Kontext der Sozialpolitik wird sie vermutlich in den zukünftigen Jahrzehnten aus diesen Gründen und der in diesem Abschnitt aufgezeigten komplementären Zielstruktur vieler Instrumente zunehmend eine Schlüsselrolle einnehmen. Dabei geht es nicht nur (aber auch) um eine quantitative Expansion der Familienpolitik hinsichtlich materieller Transfers und öffentlicher Dienstleistungen, sondern auch um die passgenaue Einbettung familienpolitischer Belange auf der kommunalen Ebene (vgl. Biedenkopf et al. 2009) sowie u. a. in Sozialversicherungen, Bildungssystem und Arbeitsmarkt.

### *8.3 Die Einflussstärke der Familienpolitik auf die Geburtenrate im internationalen Vergleich*

In der Analyse des vorigen Kapitels zu den Determinanten der Geburtenrate in den letzten beiden Jahrzehnten haben sich die familienpolitischen Variablen bei

Niveaudaten- und Veränderungsratenanalysen multivariat über viele Spezifikationen hinweg als hochsignifikant erwiesen. Um die Größenordnung zu verdeutlichen, werden im Folgenden multivariate Modelle für die Jahre 1996, 2001 und 2006 sowie die Veränderungsraten 1986-2006 dargestellt, die ausschließlich familienpolitische Variablen berücksichtigen (siehe Tab. 8-2 bis 8-7).<sup>367</sup>

Für Modelle mit einer Kombination aus Variablen der Makrofaktoren 12 bis 14, d. h. Transferleistungen, Kinderbetreuung und Arbeitsmarkt, lässt sich ein hochsignifikanter und zunehmender Effekt auf die Geburtenrate nachweisen. Derartige Dreierkombinationen sind nicht nur theoretisch, sondern auch empirisch bei der Generierung eines Best-fit-Modells hilfreich. Dabei sind für jeden Makrofaktor mehrere Variablen zur Auswahl verfügbar. Variablen des weiteren Makrofaktors „familiennormierendes Recht“ implizieren keine zusätzliche Erklärungskraft. Für Basismodelle, die Transferleistungen, Kinderbetreuung und Arbeitsmarkt berücksichtigen, beträgt der Determinationskoeffizient im Jahr 1996 0,485 (Fam-1996-1), er steigt für 2001 auf 0,596 (Fam-2001-1) und erreicht 2006 0,676 (Fam-2006-2). Zieht man für 2006 noch die Variable explizite pronatalistische Regierungspolitik<sup>368</sup> hinzu, erhöht er sich auf 0,714. Als krasser Ausreißer erweist sich der Fall USA. Klammert man diesen aus, liegen die Determinationskoeffizienten für die verbleibenden 27 Staaten wesentlich höher: 1996 bei 0,651 (Fam-1996-2), 2001 bei 0,797 (Fam-2001-3) und 2006 sogar bei 0,812 (Fam-2006-4). Zu Beginn des 21. Jahrhunderts kann demnach die Varianz der TFR von 28 Staaten allein durch familienpolitische Variablen bereits zu über siebenzig Prozent erklärt werden, ohne die USA sogar zu über achtzig Prozent.

Für den Vergleich der Jahre 1996 bis 2006 ist neben dem Anstieg des bereits Mitte der 1990er Jahre hochsignifikanten familienpolitischen Effekts auf die TFR eine Verschiebung zwischen dem Einfluss von Transferausgaben und Kinderbetreuung zu konstatieren (vgl. auch Abb. 5-31). Während der Generationenkoeffizient für 1996 jeweils die wirkungsstärkste Determinante ist, ist dies 2006 die Kinderbetreuungsquote. Im Jahr 1996 (siehe Tab. 8-2) erweist sich in beiden

367 Hier geht es darum, die Größenordnung des Effektes der Familienpolitik zu verdeutlichen. Aussagekräftiger hinsichtlich der Wirkung der einzelnen Determinanten sind die in den vorigen beiden Kapiteln dargestellten Regressionsanalysen, da diese sämtliche unabhängigen Variablen berücksichtigen und damit den Einfluss der gesellschaftlichen, ökonomischen und demografischen Variablen auf die familienpolitischen kontrollieren.

368 Die Variable explizite pronatalistische Regierungspolitik beruht auf gegenüber den Vereinten Nationen mitgeteilten Regierungseinschätzungen zum jeweiligen Fertilitätsniveau und der Policy-Ausrichtung. Die Klassifizierung der Policy hinsichtlich „Fertilität und Familienplanung“ mit „keine Intervention“ ist mit 0 und die mit „steigern“ mit 1 kodiert (United Nations 2002). Die Inklusion dieser Variablen reduziert die Fallzahl auf 27, da keine Daten für die Slowakei vorliegen. Dies hat keinen Effekt auf die Erklärungskraft des Modells, da die Ausklammerung der Slowakei in Modell Fam-2006-2 einen fast unveränderten Determinationskoeffizienten von 0,677 (statt 0,676) ergibt.



Modellen mit und ohne USA der Generationenkoeffizient als hochsignifikant, die Teilzeitquote als signifikant und die Familiendienstleistungsquote als insignifikant jeweils positiv mit der TFR assoziiert.

**Tabelle 8-2:** Regressionen zur TFR 1996 – nur familienpolitische Determinanten

Fam-1996	Fam-1996-1 Basismodell		Fam-1996-2 Basismodell ohne USA	
Generationen- koeffizient	0,705** (0,241)	0,505	0,853** (0,195)	0,636
Familiendienstleis- tungsquote	0,012 (0,076)	0,026	0,009 (0,060)	0,022
Teilzeitquote	0,012* (0,005)	0,333	0,011* (0,004)	0,322
Konstante	1,215 (0,092)**		1,164 (0,074)**	
N	28		27	
R <sup>2</sup>	0,485**		0,651**	
R <sup>2</sup> <sub>korr</sub>	0,420**		0,606**	

Quelle: Eigene Berechnungen, Datenbasis siehe Kapitel 5. Erläuterungen: siehe Text.

Die Ergebnisse für 2006 (siehe Tab. 8-3) sind nicht nur aufgrund der Gegenwartsnähe besonders interessant, sondern ermöglichen infolge der breiteren Datenbasis auch eine befriedigendere Vergleichsmöglichkeit der verschiedenen familienpolitischen Indikatoren. Die Deckungsquote der Kinderbetreuung für unter 3-jährige erweist sich jeweils über sämtliche Spezifikationen hinweg als hochsignifikant. Die Kindergeldhöhe im Verhältnis zum Durchschnittslohn ist signifikant oder hochsignifikant. Die partiellen Koeffizienten der Kinderbetreuungsvariablen sind immens hoch: Die Betawerte liegen oberhalb von 0,6 und die T-Werte zwischen 3,81 und 6,43. Beim Kindergeld liegen die Betawerte um 0,4 und die T-Werte zwischen 2,11 und 3,96. Die anderen beiden Variablen Teilzeitquote und pronatalistische Regierungspolitik sind wie erwartet positiv mit der TFR assoziiert, jedoch nur bei Ausklammerung der USA (Fam-2006-4) sind die Koeffizienten signifikant. Zu betonen ist, dass diesem Befund nach die Kombination aus Kindergeld und Kinderbetreuung von überragender Bedeutung ist; beide Variablen zusammen haben eine Trefferquote von 0,656. Der geringere Wert für den Arbeitsmarktindikator bedeutet nicht zwingend, dass die Dimensionen Geld und Infrastruktur bedeutender sind, vielmehr weisen Operationalisierung sowie Datenlage von Zeit- und Arbeitsmarktpolitik Defizite auf. Modelle mit den anderen familienpolitischen Variablen sind im Anhang ausführlich dargestellt (siehe Tab. A-33), sie bestätigen obigen Befund. Inkludiert man die beiden anderen Kinderbetreuungsindikatoren statt der Deckungsgrad-Variablen, ist



der Befund für diese ebenfalls hochsignifikant. Der Effekt des Elterngelds beruht auf der Reduzierung des Modells um den Ausreißerfall USA.<sup>369</sup> Die Effekte von EPL und der akademischen Ausbildungsdauer haben das erwartete Vorzeichen, sind jedoch insignifikant.

**Tabelle 8-3:** Regressionen zur TFR 2006 – nur familienpolitische Determinanten

Fam-2006	Fam-2006-1 Basismodell		Fam-2006-2 schlankes Basismodell		Fam-2006-3 sehr schlankes Basismodell		Fam-2006-4 Basismodell ohne USA	
Kindergeldhöhe	0,049** (0,016)	0,350	0,055** (0,017)	0,383	0,057** (0,017)	0,399	0,051** (0,013)	0,390
KB-Deckungsquote	0,012** (0,002)	0,656	0,011** (0,002)	0,601	0,012** (0,002)	0,639	0,011** (0,002)	0,649
Teilzeitquote	0,007 (0,005)	0,186	0,005 (0,004)	0,147			0,010* (0,004)	0,263
Regierungspolitik pronatalistisch	0,162 (0,095)	0,222					0,198* (0,075)	0,286
Konstante	0,866 (0,172)**		1,069 (0,096)**		0,132 (0,081)		0,770 (0,137)**	
N	27		28		28		26	
R <sup>2</sup>	0,714**		0,676**		0,656**		0,812**	
R <sup>2</sup> <sub>korr</sub>	0,663**		0,635**		0,628**		0,776**	

Quelle: Eigene Berechnungen, Datenbasis siehe Kapitel 5. Erläuterungen: siehe Text.

Die Jackknife-Analysen zum 2006er Basismodell zeigen für das Ausklammern der einzelnen Länder und Ländergruppen (siehe Tab. 8-4, 8-5), dass der Determinationskoeffizient mindestens bei 0,672 liegt und ohne die angelsächsischen Länder sogar bei 0,873. Differenziert sind die Befunde für die partiellen Koeffizienten: Die Kinderbetreuung erweist sich in allen 33 Jackknife-Modellen als hochsignifikant, während das Kindergeldniveau bei Ausklammerung einzelner Länder nur signifikant auf dem 5%-Niveau ist.

**Tabelle 8-4:** Zusammenfassung Jackknife-Analysen zum Basismodell Fam-2006

Fam-2006	Mini- mum	Land	Modell Fam-2006	Maxi- mum	Land	Spann- weite	Relation ½ Spann- w. / Modell
b Kindergeldhöhe	0,041*	Südkorea	0,049**	0,055**	Österreich	0,014	0,14
b KB-Deckungsquote	0,011**	USA	0,012**	0,014**	Dänemark	0,003	0,13
b Teilzeitquote	0,006	Südkorea	0,007	0,010*	USA	0,004	0,29
b Regierungspolitik pronat.	0,131	Finnland	0,162	0,205	Luxemb.	0,074	0,23
R <sup>2</sup>	0,688**	Island	0,714**	0,812**	USA	0,124	0,09
R <sup>2</sup> <sub>korr</sub>	0,628**	Island	0,663**	0,776**	USA	0,148	0,11

Anmerkungen: Die Tabelle fasst die 28 Jackknife-Modelle derart zusammen, dass die Minimum- und Maximum-Werte für die einzelnen partiellen Koeffizienten (b) und für das Gesamtmodell ersichtlich sind. In der 3. (und 6. Spalte) steht das Land, bei dessen Ausschluss das Minimum (bzw. Maximum) auftritt. Die beiden rechten Spalten beinhalten die Spannweite zwischen Minimum und Maximum.

369 Der T-Wert des Elterngelds beträgt nur 0,02. Bei Ausklammerung der USA bei Modell Fam-2006-6 entspricht der R<sup>2</sup> mit 0,707 exakt dem Wert von Fam-2006-7.

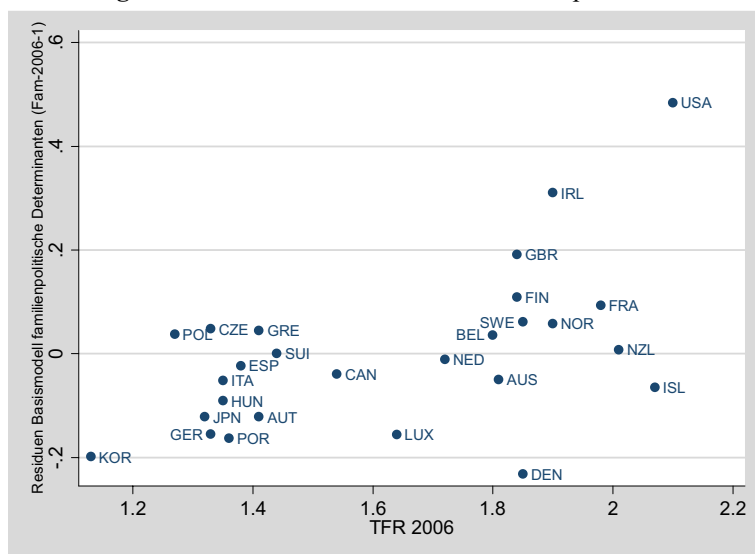
**Tabelle 8-5:** Robustheit des Modells Fam-2006 gegenüber Einfluss von Ländergruppen

Fam-2006	Modell Fam-2006	ohne angelsächsische Staaten	ohne Nord-europa	ohne Kon.-West-europa	ohne Osteuropa	ohne Süd-europa	ohne Ostasien
N	27	21	22	20	24	23	25
b Kindergeldhöhe	0,049**	0,044**	0,051**	0,063*	0,047*	0,049*	0,036
b KB-Deckungsquote	0,012**	0,012**	0,016**	0,010**	0,012**	0,012**	0,012**
b Teilzeitquote	0,007	0,008*	0,004	0,009	0,008	0,006	0,007
b Regierungspolitik pronat.	0,162	0,227**	0,119	0,172	0,195	0,123	0,148
R <sup>2</sup>	0,714**	0,873**	0,703**	0,722**	0,672**	0,689**	0,698**
R <sup>2</sup> <sub>korrt</sub>	0,663**	0,841**	0,633**	0,648**	0,602**	0,620**	0,637**

Anmerkungen: Die Tabelle zeigt die Werte der partiellen Koeffizienten (b) und des Gesamtmodells bei jeweiliger Exkludierung einer der sechs Ländergruppen. (N reduziert sich um zwischen 2 und 7 Fälle.)

Neben der Bestätigung der Homoskedastizitätsannahme ist das Residuenstreudiagramm des familienpolitischen Regressionsmodells sehr aufschlussreich (siehe Abb. 8-1). Zum einen verdeutlicht es die relativ gute Vorhersagekraft dieses Modells, da außer den USA, Irland und Dänemark für alle Länder die Differenz zwischen Modellvorhersage und TFR unterhalb von 0,2 liegt und bei 17 Ländern sogar unterhalb von 0,1. Andererseits verdeutlichen die Residuen auch die Grenzen des Modells und weisen auf die Notwendigkeit der Einbeziehung nichtfamilienpolitischer Variablen (siehe 7.3) und länderspezifischer Faktoren hin. Offensichtlich gilt dies für die USA, wobei die Inklusion föderaler familienpolitischer Instrumente und der Minderheitenfaktor einen Teil der Abweichung erklären können. Auch die beiden anderen angelsächsischen Staaten Irland und Großbritannien haben Geburtenraten oberhalb des Vorhersagewerts des familienpolitischen Modells, was darauf hinweist, dass in diesen liberalen Wohlfahrtsstaaten ein Stück weit privat organisierte funktionale Äquivalente statt staatlicher Familienpolitik wirken. Mindestens genauso interessant ist die Interpretation der Überschätzung der TFR durch das Modell (negative Residuen), da dies Grenzen der Wirkung von Familienpolitik auf die Geburtenrate andeutet. Der Hypothese H-16a entsprechend haben mit Deutschland, Österreich, Japan und Portugal vier Länder mit historischer pronatalistischer Missbrauchserfahrung Residuen unterhalb -0,1. Südkoreas Residuenwert von -0,2 deutet den kulturellen Kontext an, in den die Wirksamkeit familienpolitischer Maßnahmen wie die vergleichsweise hohe Kinderbetreuungsrate (vgl. Abb. 5-32) auf die Geburtenrate eingebettet ist. Mit Dänemark weist auch ein Land mit einer relativ hohen TFR einen hohen negativen Residuenwert auf, dies kann auf eine nachfrageseitige Sättigungsgrenze nach Kindern oder aber auf länderspezifische Faktoren zurückführbar sein. Resümierend verdeutlicht die Residuendiagnostik die Passgenauigkeit des familienpolitischen Modells und weist dabei gleichzeitig auf Effekte weiterer Faktoren hin.

**Abbildung 8-1:** Residuen des Basismodells familienpolitischer Variablen 2006



Quelle: Eigene Berechnungen der Residuen des Basismodells Fam-2006-1 (siehe Tab. 8-4) bezogen auf die TFR. Datenbasis siehe Kapitel 5. Erläuterungen: siehe Text.

Der Blick auf die Veränderungsraten zwischen 1986 und 2006 zeigt, dass die Kinderbetreuungsausgaben hochsignifikant sind und zusammen mit dem Elterngeld einen beachtlichen Determinationskoeffizienten von 0,626 aufweisen (siehe Tab. 8-6). Dies verdeutlicht die oben aufgestellte These, wonach die Transfers früher als die Dienstleistungen ausgebaut wurden, da viele Länder bereits Mitte der 1980er Jahre erhebliche Transfers an Familien zahlten und die Veränderungsraten seitdem die Generosität der Familienpolitik weniger anzeigen als die Niveaudaten. Grundsätzlich fußt diese Analyse nur auf einer begrenzten Datenbasis, da viele der bei den Querschnittsregressionen des Jahres 2006 verwendeten Indikatoren nicht für 1986 verfügbar sind, insofern ist auch die Aussagekraft hinsichtlich verschiedener familienpolitischer Instrumente für die Veränderungsratenanalyse begrenzt.

Wie sind die Befunde, insbesondere die hohe durch familienpolitische Variablen erklärte Varianz zu interpretieren? Zweifellos unterstützen die Befunde die These des familienpolitischen Einflusses auf die Geburtenrate: Der Effekt der Kleinkindbetreuung ist über verschiedene Indikatoren, über sämtliche Spezifikationen sowie für Niveaudaten 2006 und Veränderungsraten der letzten zwei Jahrzehnte robust hochsignifikant. Seit den 1990er Jahren bis heute in mehreren Querschnittsregressionen statistisch abgesichert sind die Effekte von Transfers wie Kindergeld oder Generationenkoeffizient auf die TFR. Die Erklärungskraft der Kombination beider Indikatoren ist mit 66 Prozent für 2006 enorm hoch. Da-

zu erweist sich die Teilzeitquote in einigen Modellen als (hoch-)signifikant. Dass besonders die Kombination von Geld, Zeit und Infrastruktur eine hohe Varianz erklärt, liegt auch daran, dass ersteres besonders bei Mehrkindfamilien und die anderen beiden beim Übergang zur Elternschaft wirken.

**Tabelle 8-6:** Regressionen zur TFR-Veränderung 1986-2006 – nur familienpolitische Determinanten

1986-2006	Fam-V-Akk-1 Basismodell		Fam-V-Akk-2 schlankes Basismodell	
Veränderung KB-Ausgaben	0,0018** (0,0005)	0,655	0,0019** (0,0004)	0,742
Veränderung Elterngeldhöhe	0,0005 (0,0005)	0,181	0,0002 (0,0005)	0,080
Veränderung Generationskoeffizient	-0,003 (0,002)	-0,221		
Konstante	-0,333 (0,079)**		-0,370 (0,073)**	
N	21		22	
R <sup>2</sup>	0,677**		0,626**	
R <sup>2</sup> <sub>korr</sub>	0,620**		0,587**	

Quelle: Eigene Berechnungen, Datenbasis siehe Kapitel 5. Erläuterungen: siehe Text.

In Hinblick auf die deutlichen Ergebnisse sind hier aber einige Einschränkungen zu diskutieren: Die erste liegt im Charakter dieser Untersuchung als Makrostudie (vgl. 4.2 und 7.4). Die Rückkopplung der Ergebnisse auf die generative Entscheidungskonstellation der Mikroebene ist theoretischer Natur und bedarf empirischer mikroanalytischer Überprüfung. Insofern ist erheblicher weiterer Forschungsbedarf für diese hochkomplexe Materie zu konstatieren. Auch bleibt die Einschränkung, dass der breite OECD-Länder-Vergleich die Heterogenität der einzelnen Länder nur unzureichend abbilden kann. Dies betrifft Stadt-Land-Differenzen, kommunale Unterschiede und Unterschiede zwischen Bundesländern in föderal organisierten Staaten.

Eine zweite Einschränkung der familienpolitischen Analyse ist der Datenlage geschuldet. Zum einen sind einige Indikatoren für die 1980er und 1990er Jahre nicht für alle 28 OECD-Staaten verfügbar. Zum anderen ist eine größere Differenzierung der familienpolitischen Instrumente wünschenswert, da diese neben Ausgabenquoten in vielen Details Unterschiede aufweisen, für die gewählte große Fallzahl ist dies jedoch nur eingeschränkt möglich. Beispielsweise ist der Vergleich der vier verschiedenen Kinderbetreuungsindikatoren Betreuungsquote, Gebühr, Ausgaben pro Kopf und relativ zum Sozialprodukt, der zumindest für die gegenwartsnahen Jahre möglich ist, für die quantitative Analyse enorm vorteilhaft. Hinsichtlich der familienpolitischen Indikatoren ist die Datenlage unterschiedlich einzuschätzen (vgl. Kap. 5). Für Transferausgaben ist sie relativ gut,

hinsichtlich der Kinderbetreuung ist sie zumindest für die letzten Jahre deutlich besser geworden. Großer Verbesserungsbedarf besteht hinsichtlich von Daten zur ganztägigen Schulbetreuung und der Passung der Urlaubszeiten für Berufstätige mit den Ferienzeiten der Betreuungseinrichtungen von Kleinkindbetreuung, Kindergarten und Schule. Für den Arbeitsmarkt sind zwar bereits wichtige Indikatoren vorhanden, allerdings fehlen Daten, die aus einer Lebenslaufperspektive die Kompatibilität von Berufs-, Ausbildungs- und Familienbiografien quantifizieren. Dazu gehören auch die unterschiedlichen Konsequenzen für die Karriere einzelner durch elternschaftsbedingte Arbeitsunterbrechungen sowie Wechselwirkungen von Arbeitsmarkt- und (Weiter-)Bildungssystem. Die hier relevanten Indikatoren EPL und öffentliche Beschäftigungsquote sind nicht für alle 28 OECD-Länder verfügbar, auch fehlen ausreichende Daten zur akademischen Ausbildungsdauer. In Kombination mit Statistiken zur Arbeitsplatzgarantie in der Elternzeit wären zudem solche Daten hilfreich, die abbilden, wie viele Frauen im Alter von 25, 30 oder 35 Jahren einen unbefristeten Arbeitsplatz haben. Die genannte Kompatibilität von Berufs-, Ausbildungs- und Familienbiografien ist allerdings methodisch weitaus schwieriger zu umfassen als andere Indikatoren, nicht zuletzt da es mit Flexibilisierungs- und Sicherheitsstrategie<sup>370</sup> zwei höchst verschiedene Strategien gibt, die Berufsbiografie mit Elternschaft besser zu vereinbaren. Die Datenlage für ex- oder implizite Instrumente, die hier als familiennormierendes Recht bezeichnet werden, ist weitestgehend gut. Für das nicht nur in Deutschland relativ neue Instrument der Vätermonate ist es eine Zeitfrage, bis man den Effekt im breiten OECD-Vergleich messen kann.

Eine dritte Einschränkung liegt darin, dass die Familienpolitik nicht isoliert vom historisch gewachsenen kulturellen Kontext gesehen werden darf. Auf die Doppelwirkung der historisch-kulturellen Determinanten sei hier nochmals hingewiesen: Diese machen nicht nur im Sinne „indirekter familienpolitischer Determinanten“ familienpolitische Maßnahmen wahrscheinlicher, sondern wirken auch auf die Akzeptanz familienpolitischer Instrumente und damit direkt auf das generative Verhalten. Beispielsweise hätte der Ausbau von Kinderbetreuung in einem katholisch geprägten Land eine andere Wirkung als in einem protestantischen Land, da die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für die Mutter eines Kleinkindes nicht nur von der Verfügbarkeit einer Kinderbetreuung, sondern auch der Akzeptanz des Umfelds und des Partners, aber auch vom eigenen Ver-

370 Die Sicherheitsstrategie baut auf einen möglichst früh erreichten Status eines sicheren Arbeitsplatzes, auf den nach der Elternzeit zurückgekehrt werden kann. Die Flexibilisierungsstrategie fußt auf flexible Arbeitsmarkt- und Bildungssysteme, bei denen nach einer Unterbrechung durch Elternschaft ein Wiedereinstieg ins Berufsleben oder Weiterbildung leicht ist. Im internationalen Vergleich ist die unterschiedliche Schwerpunktsetzung hinsichtlich beider Strategien im Kontrast zwischen Nordeuropa und den angelsächsischen Staaten deutlich (vgl. 5.13), wobei eine Kombination beider Strategien optimal ist.

ständnis der Mutterrolle abhängt. Moderiert wird die Wirksamkeit von Familienpolitik auf die Geburtenrate auch von den historischen pronatalistischen Erfahrungen, was am Kontrast der Debatten gegenüber besonderer staatlicher Anerkennung von Mehrkindfamilien zwischen Deutschland und Frankreich offensichtlich wird. Die pronatalistisch motivierte besondere politische Unterstützung der Drei-Kind-Familie in Frankreich (vgl. u. a. Höhn & Schubnell 1986) würde in Deutschland nicht die gleiche gesellschaftliche Akzeptanz erfahren und damit nicht die gleiche demografische Wirkung entfalten. Auf der anderen Seite trägt Familienpolitik auch zu einem Wandel von Gesellschaft und Kultur bei.

Ein Blick auf die Empirie zeigt, dass Modelle der drei Determinanten Protestantenquote, Frauenwahlrechtalter und Pronatalismuserbe in den letzten 15 Jahren für jedes Jahr hochsignifikant sind (siehe Tab. 8-7). Der Determinationskoeffizient ist 1996 mit 0,553 am höchsten, 2002 mit 0,427 am niedrigsten und ist bis 2006 wieder auf 0,518 angestiegen. Die partiellen T-Werte liegen bei allen drei Determinanten im Zeitverlauf etwa um zwei,<sup>371</sup> wobei die Koeffizienten von Pronatalismuserbe in diesem Zeitraum immer, die Protestantenquote öfters und das Frauenwahlrechtalter nur 2005 signifikant sind. Die Effekte der drei Variablen ergänzen sich. Bei der Analyse dieser drei Determinanten auf die Veränderungsraten der TFR zwischen 1986 und 2006 zeigt sich, dass die Modelle mit Determinationskoeffizienten von 0,246, 0,301 und 0,017 nicht bzw. bei der Veränderung von 1986 bis 1996 nur geringfügig signifikant sind. Der partielle Koeffizient ist nur bei der Protestantenquote signifikant, während die anderen beiden Variablen insignifikant sind und sehr geringe T- und Beta-Werten aufweisen.

**Tabelle 8-7:** Regressionen TFR 1996-2006 – kulturelle und institutionelle Determinanten

2006	Fam-Ind-1996 Basismodell		Fam-Ind-2001 Basismodell		Fam-Ind-2006 Basismodell	
Protestantenquote	0,003* (0,001)	0,343	0,002 (0,001)	0,264	0,003* (0,001)	0,337
Einführungsjahr Frauenwahlrecht	-0,005 (0,002)	-0,296	-0,005 (0,003)	-0,292	-0,005 (0,003)	-0,294
Pronatalismuserbe	0,221** (0,075)	0,413	0,219* (0,089)	0,386	0,239* (0,090)	0,389
Konstante	10,067 (4,393)*		10,423 (5,201)		11,258 (5,227)*	
N	28		28		28	
R <sup>2</sup>	0,553**		0,440**		0,518**	
R <sup>2</sup> <sub>korr</sub>	0,497**		0,370**		0,458**	

Quelle: Eigene Berechnungen, Datenbasis siehe Kapitel 5. Erläuterungen: siehe Text.

371 Der T-Wert der Protestantenquote liegt zwischen 1,49 (2002) und 2,26 (1996), der des Frauenwahlrechts zwischen -1,42 (1999) und -2,21 (2005), der des Pronatalismuserbes zwischen 2,22 (2002) und 2,93 (1996).

Diese Ergebnisse zeigen, dass der Gesamteffekt dieser drei Determinanten zwar groß ist, jedoch deutlich geringer als der der Familienpolitik. Dabei ist dieser Effekt sowohl auf den Ausbau der Familienpolitik als auch auf ihre gesellschaftliche Akzeptanz zurückzuführen. Beide Veränderungsratenanalysen weisen zudem nochmal auf den engen Zusammenhang zwischen Protestantenquote und Ausbau der Kinderbetreuung hin. Die Ergebnisse sind mit der These eines erheblichen Effekts von Familienpolitik auf die Geburtenraten vereinbar, unterstützen jedoch auch die These einer gewissen Relativierung der deutlichen Befunde der familienpolitischen Modelle durch den historisch gewachsenen kulturellen Kontext. Ein simpler Automatismus von familienpolitischer Expansion und TFR-Anstieg ist aus diesem Grund und aufgrund von Wechselwirkungen zwischen verschiedenen familienpolitischen Maßnahmen nicht zu vermuten. Dies ist – kombiniert mit der Residuendiagnostik – auch eine wichtige Erklärung für die aus Sicht mancher Beobachter enttäuschend geringe demografische Reaktion auf familienpolitische Bemühungen in einigen Ländern. Oftmals ist diese jedoch schlicht in der zu geringen Größenordnung der Familienpolitik begründet. Der hier vorgenommene internationale Vergleich, aber auch der Politikfeldvergleich mit der Alterssicherung durch den Generationenindikator, ermöglicht eine bessere Einordnung dieser Größenordnung.

Eine vierte Einschränkung liegt darin, dass der prinzipielle Kinderwunsch, der unter einer imaginären Konstellation der umfassenden Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie fern von finanziellen Restriktionen vorhanden ist, eine obere Grenze darstellt. Diese Grenze ist nicht identisch mit dem demoskopisch erfragten Kinderwunsch, in den implizit die Perzeption der familienpolitischen Rahmenbedingungen fließt (vgl. 2.1). Diese Grenze ist hypothetisch, kann sich im individuellen Lebensverlauf ändern und ist aus beiden Gründen kaum zu quantifizieren. Jedoch besteht diese Einschränkung des prinzipiellen Kinderwunschs, da die Politik keine Motive schaffen, sondern nur Nachteile abbauen kann.

Fragen wirft auch der Ausreißerfall USA auf, wo seit Jahren hohe Geburtenraten mit vergleichsweise gering ausgebauter Familienpolitik zusammen auftreten. Seine Analyse ist eine große Herausforderung für familienpolitische Variablen aufgreifende Erklärungsansätze. Eine Erklärung liegt in den hohen Geburtenraten der wachsenden ethnischen Minderheit der Hispanics (siehe 5.8 und 7.3.1). Eine weitere Erklärung könnte darin liegen, dass das marktorientierte, dem Prinzip der Selbstverantwortung folgenden liberale wohlfahrtsstaatliche Modell<sup>372</sup> (vgl. Esping-Andersen 1990, Schmidt 1998) zu einer Flexibilität beigetragen hat, die gleichzeitig die Erwerbstätigkeit von Müttern und den nicht selten zu Mehrkindfamilien führenden Vorstellungen eines großen religiös-konservativen Be-

372 Allerdings sei angemerkt, dass liberale Wohlfahrtsstaaten wie Australien und Neuseeland hohe Kindergeldtransfers und Generationenkoeffizienten bei hohen TFR aufweisen.



völkerungsanteils gerecht werden kann. Diese Kombination ist im Ländervergleich einzigartig, ebenso ist dies die die USA kennzeichnende Mischung aus protestantischer Prägung und bis heute auffindbarer hoher Religiosität.

Basierend auf der breiten empirischen Analyse des Abschnitts 7.3, der theoretischen Rückkopplung zur Mikroebene in 7.4 und der Diskussion dieses Abschnitts lässt sich konstatieren, dass ein Einfluss der Familienpolitik auf die Geburtenrate im internationalen Vergleich evident ist. Dieser Einfluss ist erheblich und hat in den letzten zwei Jahrzehnten eine steigende Tendenz. Zentrale Instrumente sind dabei Kinderbetreuung, Kindergeld und Teilzeitarbeit. Die heutige Variation der Länder kann als unterschiedlich gelungene Anpassung der Familienpolitik an die Bedürfnisse in postmodernen Gesellschaften interpretiert werden. Aus einer langfristigen makroskopischen Perspektive könnte die Anpassung der Familienpolitik an den Zweiten Geburtenrückgang als strukturerhaltende Funktion im Sinne der Gleichgewichtsthese der Transitionstheorie interpretiert werden. Die Interpretation der hohen Trefferquoten, beispielsweise von 71 Prozent nur für familienpolitische Variablen im Jahr 2006, unterliegt allerdings erheblichen Einschränkungen hinsichtlich von Grenzen makroanalytischer Studien, der Datenverfügbarkeit und der historisch-kulturellen Traditionen. Auch zeigt diese Makrostudie, dass der breite internationale und zeitliche Vergleich für die Einschätzung der Größenordnung der familienpolitischen Instrumente auch im Kontext gesellschaftlicher und ökonomischer Determinanten gewinnbringend ist. Der Bedarf an weitergehender Forschung sei hier nochmals betont. Diese ist notwendig, um der schwierigen, hochkomplexen Materie von generativer Entscheidung und Familienpolitik im gesellschaftlichen, ökonomischen, technologischen, demografischen und politisch-institutionellen Kontext und ihren Wechselwirkungen gerecht zu werden.

#### *8.4 Politikberatende Konklusionen*

„...the issue of the greatest urgency is to take steps to reduce a widespread and massive fertility decline, which threatens the continued viability of populations and societies as well as states.“ (Castles 1998:323)

“Ich sehe in dem allen nur eine Notwendigkeit: das bevölkerungspolitische Argument als Hebel zu ganz weitsichtigen und großangelegten sozialen Reformen zu benutzen. (...) Wenn diese fälligen Reformen nicht durchgeführt werden, werden sich die Menschen durch keine konservative Ethik davon abhalten lassen, in der bisherigen Richtung fortzufahren.“ (Mackenroth 1953:413)

Wissenschaftliche Forderungen nach familienpolitischen Reaktionen auf demografische Ungleichgewichte gibt es mehrfach, als besonders weitsichtig erweist sich aus heutiger Sicht Mackenroths These aus den 1950er Jahren. Tatsächlich hat der Stellenwert der Familienpolitik in der öffentlichen Wahrnehmung in den



letzten Jahren zugenommen, nichtsdestotrotz wird ihre immense Bedeutung für eine nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung und die öffentliche Zukunftsvorsorge noch häufig unterschätzt. Die folgenden politikberatenden Thesen bauen auf den Erkenntnissen dieser Untersuchung auf, sie beschränken sich auf zehn zentrale Punkte.

1) Da die negativen Auswirkungen von weit unter der Bestanderhaltung liegenden Geburtenraten für die sozialen Sicherungssysteme, aber auch für Wirtschaft und Staat langfristig von immenser Tragweite sind und der internationale Vergleich dieser Studie einen erheblichen Einfluss der Familienpolitik auf die Geburtenraten belegt, ist die Familienpolitik als ein für die Zukunftsfähigkeit des 21. Jahrhunderts zentrales Politikfeld einzustufen. Betrachtet man die Größenordnung der Folgen und den Aufwand für die hier als wirksam identifizierten Instrumente, verdeutlicht sich eine günstige Aufwands-Ertrags-Relation. Den als LFC oder gar LLFC bezeichneten Staaten Osteuropas, Südeuropas, Ostasiens und den drei deutschsprachigen Ländern ist dringend zu empfehlen, die Familienpolitik zügig und in erheblichem Ausmaß auszubauen.<sup>373</sup> Für die Einschätzung des gegenwärtigen familienpolitischen Status Quo ist dieser breite OECD-Länder-Vergleich hilfreich. Dieser ermöglicht auch wertvolle Rückschlüsse auf die Wirksamkeit bestimmter Instrumente, wobei Notwendigkeiten und Möglichkeiten der einzelnen Länder differenziert betrachtet werden müssen.

2) Angesichts des Zusammenhangs von Familienpolitik und Geburtenentwicklung lassen sich die niedrigen Geburtenraten einiger Länder auch als weitreichendes sozialpolitisches Defizit gegenüber Familien interpretieren, als mangelhafte Anpassung an den gesellschaftlichen Wandel von Familie sowie deren Rahmenbedingungen. Das demografische Symptom verdeutlicht die von Kaufmann (1990) diagnostizierte „strukturelle Rücksichtslosigkeit der Gesellschaft gegenüber der Familie“. Bei der Frage der Ausgestaltung der Familienpolitik sollten neben demografischen auch die anderen zentralen Ziele wie Armutsprävention, Lastenkompensation, Kindeswohl, Bildung, Gleichstellung, Arbeitsmarktpartizipation und Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern berücksichtigt werden. Ein erheblicher Vorteil ist, dass die Wirkung vieler familienpolitischer Instrumente sich auf mehrere Ziele zugleich positiv entfaltet. Viele dieser Ziele rechtfertigen für sich bereits entsprechende familienpolitische Maßnahmen, die demografischen Argumente sind dabei für ihre Durchsetzung hilfreich. Diese komplementäre Zielstruktur bietet vielfältige Chancen hinsichtlich einer Steige-

373 Da die anderen Länder Nordeuropas, Benelux, Frankreich und die angelsächsischen Staaten zwar keine LFC sind, jedoch mit Ausnahme der USA auch TFR unter der Bestandserhaltung haben (angepasste TFR teils stationär, vgl. 1.1), ist auch diesen eine Beibehaltung bzw. ein Ausbau der familienpolitischen Anstrengungen zu empfehlen.

rung der Akzeptanz familienpolitischer Maßnahmen i. w. S.<sup>374</sup> in Wirtschaft, Gesellschaft und Medien und hinsichtlich der Konsensbildung von Parteien und Akteuren mit unterschiedlichen Zielhierarchien. Beispielsweise steigert die demografische Zieldimension die Akzeptanz von Familienpolitik bei der älteren Generation, was angesichts des Altersanstiegs des Medianwählers nicht zu unterschätzen ist. Ein weiteres Beispiel ist die zunehmende Aufgeschlossenheit der Wirtschaft gegenüber Familienpolitik angesichts von Demografie- und Bildungseffekten sowie der Arbeitsmarktpartizipation von Müttern. Die Beispiele lassen sich leicht fortsetzen. Die Chancen dieser komplementären Zielstruktur sollten zielgerichtet für eine Verbesserung der familienpolitischen Rahmenbedingungen genutzt werden.

3) Hinsichtlich des Zusammenhangs zwischen demografischen Aspekten und der Familienpolitik sollten einerseits demografische Begründungen (neben anderen) für eine Expansion der Familienpolitik aufgenommen, gleichzeitig aber eine klare Abgrenzung vom Begriff der Bevölkerungspolitik vorgenommen werden. Bei Begrifflichkeit und Kommunikationsstrategie geht es nicht nur um Begriffsmarketing, sondern darum klarzustellen, dass demografische Ziele nicht über bzw. zulasten anderer familienpolitischer Zielsetzungen oder gar der individuellen Entscheidungsfreiheit gestellt werden. Dies ist insbesondere in Ländern mit pronatalistischen Missbrauchserfahrungen unumgänglich. Das in Deutschland entwickelte Konzept der „nachhaltigen Familienpolitik“ ist hierfür ein geeignetes Beispiel.

4) Die komplementäre Ziel- und Instrumentstruktur hängt auch mit dem Querschnittscharakter der Familienpolitik zusammen, der sich institutionell in einer horizontalen und in einer vertikalen Fragmentierung manifestiert. Eine Zusammenlegung sämtlicher für die Familienpolitik relevanten Kompetenzen in ein Ministerium ist dabei weder realistisch noch sinnvoll. Vielmehr ist eine umfassende Koordinierung der entsprechenden Politiken auf Ebene von Ausschüssen, Fraktionen und Ministerialbürokratie, aber auch auf Ebene wissenschaftlicher Politikberatung und politischer Kommunikation empfehlenswert. Dabei sollte neben der finanziellen Unterstützung für Familien insbesondere die Gewährleistung der Vereinbarkeit von Beruf, Bildung und Familie in Alltags- und Lebenszeit im Mittelpunkt stehen.

5) Die Familienpolitik muss aus der Perspektive der betroffenen Familien konzipiert werden. Sie sollte dabei der Heterogenität der Präferenzen von berufs- und hausorientierten Eltern sowie von unterschiedlichen Mischformen, aber auch den Veränderungen im Zeitverlauf Rechnung tragen. Die Wünsche der Familien

374 Hier sei nochmals betont, dass Familienpolitik in dieser Arbeit im weiteren Sinne interpretiert wird, so dass klassische bildungs-, arbeitsmarkt- und sozialpolitische Aspekte eingeschlossen sind, sofern sie die Familie betreffen.

an die Politik sind höchst unterschiedlich, es gilt sie umfassend zu berücksichtigen.<sup>375</sup> Die Instrumente sollten zielgruppenspezifisch abgestimmt sein, (noch) Kinderlose benötigen für die Erfüllung eines Kinderwunsches eher Infrastruktur, während für eine Familie mit mehreren Kindern die Entscheidung für ein weiteres Kind eher von Fragen der Finanzen und des Wohnraums abhängt. Insbesondere in der Betreuungsfrage besteht die Gefahr von Lebenslaufdiktaten. Hier gleicht das Ziel einem Spagat, einerseits Flexibilität gegenüber unterschiedlichen Lebensentwürfen zu gewährleisten und andererseits aufeinander abgestimmte Maßnahmen mit zeitlichen Normierungen wie das 14-monatige einkommensabhängige Elterngeld und Kinderbetreuung ab dem ersten Geburtstag zu ermöglichen. Beide Ziele bergen keinen Widerspruch, tatsächlich muss die Familienpolitik zeitliche Normen setzen – wie der Staat durch Bildungsstrukturen und Sozialversicherungen wesentliche Aspekte des Lebenslaufs prägt –, um eine Orientierung für die Kompatibilität von Berufs-, Ausbildungs- und Familienphasen zu geben.

6) Da der Lebensentwurf der meisten jungen Frauen in den OECD-Ländern zu Beginn des 21. Jahrhunderts auch berufliche Ziele vorsieht, ist der Weg zurück in das Ernährermodell verbaut. Da sich kulturell eine Pluralität der Lebensformen etabliert hat und sich die Verbindlichkeit der Institution Ehe reduziert hat – wobei ihr immer noch eine wichtige Bedeutung zukommt – ist den heutigen Verhältnissen Rechnung zu tragen. Das bedeutet, dass die Familienpolitik beispielsweise die Belange der Alleinerziehenden stärker berücksichtigen muss. Eine Restauration der Institution Familie und Ehe anhand historischer Modelle ist nicht nur aus Gründen der Frauenemanzipation und der kulturellen Liberalisierung kontraproduktiv für demografische und andere familienpolitische Ziele, sondern auch aufgrund der fatalen Auswirkungen eines Verständnisses der Familie als Privatsache und eines falschen Subsidiaritätsverständnisses. Tatsächlich ist die Familie zwar nach wie vor eine im Sinne von Intimität und Vertrautheit private Lebensform, allerdings ist Familie im Kontext von Staat und Markt nicht ausgeklammert. Im Gegenteil: Markt und Staat bauen auf der Funktionserfüllung der Familie. Die Reproduktions- und Erziehungsfunktion der Familie kommt im Sinne von Humankapital der Wirtschaft und zur Begleichung der Rechnung des Generationenvertrags der Sozialversicherungen und öffentlicher Schulden dem Staat zugute. Folglich sollte der Staat nicht Norm oder Institution von Familie stärken, sondern die Familienmitglieder selbst durch eine umfangreiche, Transfers und Dienstleistungen umfassende Sozialpolitik. Dieser Punkt ist wichtig, denn das häufig auf religiös-konservative Traditionen und Kräfte zurückzuführende Festhalten an derartigen Familienbildern als politischen Referenzrahmen

375 Vgl. u. a. BIB & Robert Bosch-Stiftung 2005, Bovenberg 2004, Deutscher Bundestag 2006a, Dorbritz 2005, Dorbritz et al. 2007, Höhn 1998, Höhn et al. 2006.

ist neben haushaltspolitischen Restriktionen der zentrale Hinderungsgrund für das Ausbleiben des hier geforderten Ausbaus des familienpolitischen Dienstleistungssektors in mehreren Ländern.

7) Hinsichtlich der Politikberatung ermöglicht der Ländervergleich ein „voneinander Lernen“ (von der Leyen & Spidla 2009), dabei sind jedoch die unterschiedlichen kulturellen, institutionellen und ökonomischen Kontexte zu beachten. Die in der Staatstätigkeitsforschung verwendeten Länderfamilien (Castles 1993, Schmidt 1993b) mit sprachlichen, institutionellen und kulturellen Gemeinsamkeiten sind auch hinsichtlich von Familienpolitik und Geburtenraten fruchtbar. Innerhalb der hier unterschiedenen sechs Länderfamilien gibt es erhebliche Ähnlichkeiten, teilweise jedoch auch große Unterschiede.<sup>376</sup> Besonders große Differenzen weist die kontinental-westeuropäische Ländergruppe auf: Auffällig ist die Sonderrolle Frankreichs, dessen Familienpolitik und TFR sich erheblich von denen der deutschsprachigen und südeuropäischen Nachbarländer unterscheidet und eher der der nordischen Länder ähnelt.<sup>377</sup> Auch sind die Unterschiede zwischen Kanada und den USA bzw. zwischen Japan und Südkorea erheblich, derartige Heterogenität innerhalb der Ländergruppen ist für die vergleichende Forschung sehr aufschlussreich. Andererseits haben die katholischen südeuropäischen und die konfuzianischen ostasiatischen Länder Ähnlichkeiten hinsichtlich ihrer patriarchalischen Familienordnung. Für beide Staatengruppen ist eine problematische Kombination gestiegener Berufs- und Bildungschancen für Frauen mit der Erwartung einer traditionellen Frauenrolle in der Ehe zu konstatieren (vgl. Atoh 2004, Chesnais 1996, Kohler et al. 2002, Tsuya & Mason 1995). Zusätzlich zu Kinderbetreuung sind dort politische Maßnahmen hilfreich, die auf eine Anpassung der Erwartungshaltung der Männer an die weiblichen Realitäten abzielen. In den südeuropäischen Ländern sind dazu hohe Jugendarbeitslosigkeit und ein Wohnungsproblem zu berücksichtigen, da der Mietwohnungsmarkt für junge Paare weniger ausgeprägt ist und nicht wenige bis zum 30. Geburtstag bei ihren Eltern wohnen (Grant et al. 2004, Sgritta 2006). Ganz anders sind die familienpolitischen Herausforderungen in den osteuropäischen Transformationsstaaten, hier sind ökonomische Unsicherheiten mit institutionellen Brüchen und dem Wegfall familienpolitischer Instrumente kombiniert, so dass hier eine Stabilisierung der Rahmenbedingungen wichtig ist. Auch sind fehlende Angebote an Teilzeitarbeit in Osteuropa auffällig. Im Folgenden werden mit dem Schwerpunkt

376 Ähnliche und abweichende Aufteilungen siehe: Castles 1998:317, 2003:212, Esping-Andersen 1999:61, Gauthier 1996b, Gerlach 2004:301ff, Inglehart & Welzel 2005:63, Kaufmann et al. 2002, Lewis 2006:388f, Lindecke 2007, Neyer 2003, Schaible et al. 2006:31, van de Kaa 1987.

377 Eine elaborierte Gegenüberstellung der Familienpolitik Frankreichs und Deutschlands siehe: Achcar et al. 2005. Salles (2005) identifiziert dabei einen Konvergenzprozess seit wenigen Jahren, der in beide Richtungen verläuft.

Deutschland Empfehlungen hinsichtlich einer Lebensverlaufsperspektive, der Vereinbarkeit und finanzieller Aspekte diskutiert.

8) Die Ausgestaltung der Familienpolitik sollte zur Entzerrung der Rushhour des Lebens 25- bis 35-jähriger Menschen (vgl. 3.8) beitragen. Diese beruht in Deutschland auf der in den betroffenen Generation häufig empfundenen Konstellation, dass die komplette Berufsausbildung sowie der oft Jahre dauernde Berufseinstieg hinsichtlich von Karriere und ökonomischer Sicherheit vor Beginn der Familienplanung abgeschlossen sein muss. Die Entscheidung für Kinder schränkt hier die erwarteten beruflichen Optionen unnötig stark ein. Dadurch wird die Familienplanung zunehmend in die dreißiger Jahre und nicht selten über das Fruchtbarkeitszeitfenster hinaus aufgeschoben, dessen Größe – ebenso wie Möglichkeiten der Reproduktivmedizin bei zunehmendem Alter (vgl. 5.7) – vielfach überschätzt wird. Problematisch ist die Komprimierung der Erwerbsarbeit auf die unter 60-jährigen, hier birgt die steigende Lebenserwartung erhebliche Chancen zur Entzerrung der Rushhour (vgl. Akademiengruppe Altern 2009). Der Geburtenaufschub trägt nicht nur zu einer Reduzierung der Geburtenrate bei, sondern birgt auch medizinische Risiken wie beispielsweise die Zunahme der Trisomien-Häufigkeit bei Schwangerschaften ab dem 35. Lebensjahr der Frauen (Knippers 2001:163).<sup>378</sup> Zur Entzerrung dieser Rushhour des Lebens ist eine lebenslaufbezogene Konzeption nötig, die hilft Erwerbs- und Bildungsbiografien mit der Familienbiografie in Einklang zu bringen. Hier ist das Erwerbslebenszyklusmodell wegweisend (Europäische Kommission 2005, vgl. Deutscher Bundestag 2006a). Ein zentrales Instrument ist das einkommensabhängige Elterngeld. Eine weitere Maßnahme ist die Verkürzung von Studien- und Ausbildungszeiten sowie der Ausbau der Weiterbildung zu einer mit der Arbeitswelt eng verzahnten Modulisierung des Bildungssystems. Die Arbeitsmarktsituation junger Beschäftigter hinsichtlich des Einstiegs und Wiedereinstiegs ist verbesserungswürdig. Im Zusammenspiel von Familienpolitik, Sozialversicherungen, Bildungssystem und Tarifparteien sollte das Ziel angestrebt werden, dass Mütter und Väter besonders von kleineren Kindern mehr Zeit haben, wobei gleichzeitig ihre Karrierechancen nicht reduziert werden. Hier sind mehrere Instrumente denkbar, die aufeinander abgestimmt hilfreich wären: Ausbau von Teilzeitarbeit, flexible Lebensarbeitszeitkonten, zusätzliche Elternurlaubstage – v. a. anschließend an die Elternzeit in Verbindung mit einer (Sozialversicherungs-) Kompensationen für Arbeitgeber – und für einzelne Berufsfelder besondere Förderprogramme. Voraussetzung für die lebenslaufbezogenen Instrumente ist die im nächsten Punkt beschriebene Vereinbarkeit.

378 Die Trisomien-Häufigkeit bei Frauen über 40 Jahren liegt über 1%, während sie zwischen 20 und 30 Jahren bei 1 zu 1400 liegt. Ab 35 Jahren wird zu Untersuchungen geraten.

9) Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in der Alltagszeit betrifft die im empirischen Teil als zentrale Variable identifizierte Kleinkindbetreuung, aber auch darüber hinaus die Erfordernis eines ganztägigen Bildungs- bzw. Betreuungsangebots von der Krippe über den Kindergarten bis zu den Schulen.<sup>379</sup> Brüche in der Betreuungsinfrastruktur, beispielsweise beim Wechsel in den Kindergarten oder später von der ganztägigen Kita zu einer Halbtagsgrundschule, haben höchst negative Konsequenzen für die Familien. Hier sind in Deutschland die Bundesländer-Unterschiede noch immens, die Ganztagsquote bei Kindergärten liegt in Thüringen bei 84,5% und in Baden-Württemberg bei 8% (Statistisches Bundesamt 2008b:27). Oft ist eine Abstimmung vertikal fragmentierter Entscheidungsträger notwendig. Unter bildungspolitischen Gesichtspunkten ist eine rhythmisierte Ganztagsschule einem Halbtagsschulmodell mit Kinderhort deutlich überlegen (vgl. BMFSFJ 2006a). Als wichtig erweist sich auch die Ferienbetreuung der Betreuungseinrichtungen, die häufig nicht mit den Urlaubszeiten der Eltern korrespondieren und oftmals auf kommunaler Ebene mit unterschiedlichem Instrumenten aufgefangen werden. Auf Seiten des Arbeitsmarkts sind ein weiterer Ausbau flexibler Instrumente wie Gleitzeit, Heimarbeit und Teilzeit hilfreich.

10) Der Familienlastenausgleich sollte neu justiert werden, wobei der Generationenkoeffizient im internationalen Vergleich ein wichtiges Vergleichsdatum darstellt. Ein deutlicher Ausbau des Kindergelds ist insbesondere für Mehrfamilien von Bedeutung, entsprechend sollte eine Erhöhung der Transfers für dritte und weitere Kinder Priorität haben. Da das Ehegattensplitting primär die Nichterwerbstätigkeit der Ehefrau subventioniert, ist es ein Fremdkörper einer modernen Familienpolitik. Ein Umbau zu einem Familiensplitting bzw. einem mit steigendem Kindergeld korrespondierendem Anstieg der Kinderfreibeträge wäre hier sinnvoll. Alternativ zur Inanspruchnahme von Betreuungseinrichtungen gezahlte Transfers wie das Betreuungsgeld können bildungs- und integrationspolitische Fehlanreize darstellen. Um trotzdem dem Anspruch auf Offenheit gegenüber Lebensmodellen gerecht zu werden, könnte der Ausgleich statt durch Transfers durch zusätzliche Rentenanwartschaften gewährleistet werden. Dies hätte den Vorteil, nicht nur keine Fehlanreize zu setzen, sondern auch die durch fehlende Einzahlungen geringeren Anwartschaften dieser Frauen zu kompensieren. Generell ist eine noch stärkere Berücksichtigung der Erziehungsleistungen in Rente- und Pflegeversicherung aus sozial- und gesellschaftspolitischen Erwägungen sinnvoll.

379 Ob dieses Ziel durch staatliche Dienstleistungen oder Gutscheinmodelle effizienter erreicht wird, ist nicht Thema dieser Arbeit. Vergleiche hierzu: Eichhorst & Thode 2002, Fenge & Ochel 2001, Spieß 2008, Spieß & Wrohlich 2005. Zur Heterogenität der Träger der Infrastruktur von Ländern, Kommunen und Verbänden vgl. Biedenkopf et al. 2009.

Der vor gut vier Jahrzehnten einsetzende Zweite Geburtenrückgang hat alle hier untersuchten 28 OECD-Länder erfasst – bei einer beachtlichen Variation im Querschnittsvergleich und im Zeitverlauf. Besonders problematisch ist die demografische Entwicklung in Osteuropa, Südeuropa, Ostasien und den deutschsprachigen Ländern, in diesen Staaten liegt die Nettofortpflanzungsziffer seit längerem unterhalb von 0,7.<sup>380</sup> Die Folgen dieser Entwicklung sind über die demografischen Phänomene Alterung und Bevölkerungsrückgang vermittelt und betreffen – wie gezeigt wurde in sehr unterschiedlicher Art und Vehemenz – soziale Sicherungssysteme, Wirtschaft und Gesellschaft, aber auch den politischen Wettbewerb und die internationalen Beziehungen. Die Folgen sind von erheblicher Tragweite für die mittel- und langfristige Zukunft der Industrieländer. Umso stärker, je länger die Geburtenraten auf dem heutigen Niveau bleiben.

Diese Untersuchung hatte das Ziel, die Ursachen des Zweiten Geburtenrückgangs zu analysieren. Um die bisherigen Kenntnisse substanziell weiterzuentwickeln, sollte die Erklärung die analytische Breite mehrerer Ebenen berücksichtigen und integrativ sein. Insbesondere sollte sie

- in der Zeitdimension vom Beginn des Zweiten Geburtenrückgangs bis heute reichen und sowohl die auslösenden Faktoren als auch die Entwicklung der internationalen Variation der Geburtenrate im Verlauf der letzten vier Jahrzehnten und ihre Dynamik aufzeigen,
- bei den Determinanten möglichst alle potenziell relevanten einbeziehen und auch deren Interaktionen berücksichtigen, um Wechselwirkungen, Scheinkorrelationen, mehrstufige Kausalketten und damit die zentralen Wirkmechanismen identifizieren zu können.

Ein solch – hinsichtlich der Zeitdimension und der Determinantenvariabilität – umfassender Erklärungsansatz bedarf vielfältiger theoretischer Differenzierungen und ein dem Rechnung tragendes Forschungsdesign. Der in dieser Untersuchung entworfene Erklärungsansatz wurde empirisch auf der Makroebene mit bi- und multivariaten Regressionen von Niveaudaten und Veränderungsraten überprüft. Mit 28 Staaten wurde ein möglichst breites Spektrum der betroffenen Länder analysiert, um einen gewissen Grad an Generalisierbarkeit zu ermöglichen. Während die Empirie aus guten Gründen auf der Aggregatebene stattfand, ist es

380 Auch die angepasste TFR (vgl. 1.1) und die zu erwartenden finalen Kohortenraten liegen in diesen Ländern deutlich unter der Stationaritätsschwelle.

jedoch für eine Erklärung des hochkomplexen Phänomens des Zweiten Geburtenrückgangs zwingend erforderlich, neben den makrofaktoriellen Rahmenbedingungen auch die individuelle Entscheidungskonstellation zu berücksichtigen und eine analytische Verknüpfung beider Ebenen herzustellen. Dem entsprechend wurde der Brückenschlag zur Mikroebene im heuristischen Rahmen des hier entworfenen generativen Mehrebenenmodells vollzogen. Dieses Mehrebenenmodell diene zugleich der Integration des enorm umfangreichen, jedoch auch heterogenen interdisziplinären Forschungsstandes.

In diesem Schlusskapitel wird zuerst dieses generative Mehrebenenmodell dargestellt; danach werden die empirischen Hauptbefunde skizziert, interpretiert und auf der Mikroebene plausibilisiert; anschließend wird die theoretische Weiterentwicklung und der Forschungsbedarf erörtert und ein politikberatender Ausblick unternommen.

### *9.1 Generatives Mehrebenenmodell und zweistufiger Erklärungsansatz*

Auf theoretischer Ebene fußt die Analyse auf der Generierung eines Mehrebenenmodells, das die Mikroanalyse der generativen Entscheidung mit Makrofaktoren verknüpft. Basis hierfür ist ein mehrdimensionales Mikromodell des generativen Verhaltens. Die erste Dimension stellt dabei die Genese des Kinderwunsches dar: einerseits anhand einer rationalen Abwägung ökonomischer, psychologischer und zeitlicher Kosten und Nutzen, der Ressourcenwahrnehmung und gesellschaftlichen Anerkennung und andererseits in einem von Normen und Rollen geprägten Entscheidungsmodus, wobei der Zusammenhang beider Entscheidungsmodi der Frame-Selection-Theorie (Esser 2000, 2004) folgt. Die zweite Dimension behandelt den Zusammenhang zwischen Sexualität und Fortpflanzung. Die dritte Mikrodimension beinhaltet die Einschätzung der aktuellen Situation, die Dynamik des Timings und der Entscheidungsentwicklung im Lebensverlauf sowie die Paarinteraktion. Die gesellschaftlichen, ökonomischen, technischen und politischen Makrofaktoren wurden nach 16 Untergruppen differenziert und hinsichtlich ihrer Interaktionen diskutiert. Bei der Zusammenführung von Makro- und Mikroebene wurden die vielfältigen potenziellen Einflussmechanismen der Makrofaktoren auf einzelne Mikrokomponenten ausführlich dargestellt. Die Anwendbarkeit dieses Mehrebenenmodells ist historisch breit, je nach Fragestellung lässt sich eine Verdichtung auf jeweils entscheidende Faktoren und Wirkmechanismen vornehmen. Allerdings wurden auch Schwachstellen und Weiterentwicklungsansätze diskutiert, wobei die Prämisse der Anschlussfähigkeit und Offenheit für Erweiterungen hilfreich ist.

Dieses Mehrebenenmodell hat eine systematisch vergleichende Darstellung eines breiten und auch aufgrund der Interdisziplinarität des Gegenstandes hete-



rogenen Theoriespektrums des Zweiten Geburtenrückgangs ermöglicht. Dabei wurden vielfältige Überschneidungen zwischen den Theorien verdeutlicht, insbesondere im Spannungsfeld der Faktoren Frauenemanzipation, Wertewandel, sozioökonomische Modernisierung, Verhütungstechnologie, Betreuungsinfrastruktur und Arbeitsmarkt sowie auf der Mikroebene (Opportunitäts-)Kosten und biografisches Timing. Zudem ermöglicht das Mehrebenenmodell, die empirischen Ergebnisse der Makroebene auf der Mikroebene zu plausibilisieren. Dies wird im Anschluss an die empirischen Hauptbefunde gemacht.

Auf Elementen dieser bestehenden Theorien aufbauend wurde unter dem Dach des Mehrebenenmodells ein Erklärungsansatz erarbeitet, welcher der Veränderungsdynamik des komplexen Faktorenzusammenhangs durch eine Aufteilung in zwei Phasen begegnet. Darin wird angenommen, dass Diffusions- und Akkomodationseffekte die Muster vieler zentraler Makrofaktoren prägen, wobei die Effekte parallel verlaufen mit unterschiedlicher Stärke im Zeitverlauf, so dass der Wechsel des dominierenden Effekts den Phasenübergang markiert. In der ersten Phase ist demnach die Diffusion der den Geburtenrückgang auslösenden Veränderungen hinsichtlich sozioökonomischer Modernisierung, Verhütung und Frauenerwerbstätigkeit prägend, während in der zweiten Phase die Unterschiede in der Akkomodation durch gesellschaftliche Flexibilität und Familienpolitik maßgeblich für die unterschiedlichen Geburtenraten im internationalen Vergleich verantwortlich sind.<sup>381</sup> In differenzierteren Erklärungen für beide Phasen wurden

381 Die Erklärung der Diffusionsphase greift partiell Argumente auf, die in Individualisierungstheorien (Beck 1986, Beck & Beck-Gernsheim 1994, Hoffmann-Nowotny 1978, 1988, 1991), Geschlechtsrollenansätzen (Scanzoni 1975, 1976, 1978, vgl. Davis 1984, Mason et al. 1976) und technologischen Erklärungen genannt werden (Bumpass et al. 1970, Murphy 1993, Ryder 1967, 1972, 1986, Westhoff & Ryder 1977, vgl. Bongaarts 1978), aber auch Multikomponentenansätze (Andorka 1978, Bolte et al. 1980, Höhn 1986, Schubnell 1973, Strohmeier 1988, Wingen 1977) und die SDT-Theorie (van de Kaa 1987, 1996, 1999, 2001, Lesthaeghe 1995, vgl. Lesthaeghe 1980, 1983, Lesthaeghe et al. 1986, 1988, 1999). Die Erklärung der zweiten Phase greift partiell Überlegungen solcher Ansätze auf, die Frauenemanzipation (Beck-Gernsheim 2006, Mason & Jensen 1995, Mason 2001), auch im Kontext unterschiedlicher Präferenzen (Hakim 2000, 2003, 2004) und Gender-Equity (McDonald 2000a, 2000b, 2002) in den Mittelpunkt stellen, aber auch familienpolitische Ansätze (Bertram 2006a, 2008a, Bonoli 2008, Castles 1998, 2003, Chesnais 1996, Esping-Andersen 1999, 2002, Gauthier 1996a, 1996b, 2007, Grant et al. 2004, Höhn 1984, 1986, 1992, Höhn et al. 1986, 2006, Kaufmann 1988, 1990, 1996, 2002, 2005, Kaufmann et al. 1992, Neyer 2003, Wingen 1988, 1997, 2001). Hinsichtlich der Mikrofundierung des Erklärungsansatzes wird die Opportunitätskostenthese aufgegriffen (Becker 1965, Mincer 1963, vgl. Althammer 2000, Becker 1981, 1991, 1996, Butz & Ward 1979, Cigno 1991, Mincer & Polachek 1974, Willis 1973, Zimmermann 1984b), aber auch sozialpsychologische Aspekte des Entscheidungsprozesses insbesondere hinsichtlich der Paarinteraktion (Beckman 1978, 1979, Fishbein 1972, Hass 1974, Hofmann et al. 1973, 1979, Miller 1992, 1994, 2004, Rosenstiel et al. 1986), die

darüber hinaus noch weitere Faktoren berücksichtigt, ebenso Veränderungen ihrer Wirkungsstärke innerhalb beider Phasen. Die analytische Verknüpfung beider Phasen liegt auf der Mikroebene, da hier in der generativen Entscheidungskonstellation in beiden Phasen ein ähnlicher Konflikt vorliegt, nur mit unterschiedlichen makrofaktoriellen Rahmenbedingungen. Dieser zweistufige Ansatz war zugleich Grundlage für die Hypothesengenerierung, im Anschluss an die empirischen Erkenntnisse wurde er – im gewissen Sinne induktiv – noch weiter ausdifferenziert.

## *9.2 Empirische Hauptbefunde*

Empirisch wurde diese Analyse für den Zeitraum 1970 bis 2006, für 28 OECD-Länder und mit 51 die einzelnen Makrofaktoren des Mehrebenenmodells abbildenden unabhängigen Variablen vorgenommen, wobei multivariate Regressionsanalysen von Niveaudaten und Veränderungsdaten berechnet wurden. Diese Analyse bestätigt die zentrale These des Erklärungsansatzes, wonach die Makrofaktoren zwei unterschiedliche Phasen bilden. Bivariat führt die Analyse der Korrelation im Zeitverlauf numerisch und grafisch einen charakteristischen Vorzeichenwechsel vor Augen für den Zusammenhang mehrerer Indikatoren von Frauenemanzipation und Modernisierung mit der TFR, wobei davor und danach hochsignifikante Zusammenhänge nachweisbar sind. Dieser Vorzeichenwechsel ist darüber hinaus auch für die Korrelation konfessioneller, kultureller, politisch-institutioneller und – soweit die Datenlage es zulässt – familienpolitischer Variablen mit der TFR zu konstatieren (vgl. dritte Spalte in Tab. 9-1). Der Zeitpunkt dieses Vorzeichenwechsels liegt überwiegend in der engen Zeitspanne von 1985 bis 1988, sämtliche Mittelwerte datieren den Scheitelpunkt der beiden Phasen auf 1986. Untermuert wird der Zwei-Phasen-Ansatz durch den vergleichsweise niedrigen Determinationskoeffizienten von 0,409 für das multivariate Best-fit-Modell für dieses Jahr.

Die empirischen Befunde hinsichtlich der Entwicklung des Zusammenhangs der Variablen im Zeitverlauf von knapp vier Jahrzehnten bestätigen die These, wonach die Effekte von Diffusion und Akkomodation sich im Zeitverlauf in unterschiedlicher Relation überlappen. Der negative Zusammenhang von Modernisierungs-, Frauenemanzipations- und Verhütungsvariablen mit der TFR in den 1970er Jahren kennzeichnet Diffusionseffekte des Geburtenrückgangs bzw. des geänderten generativen Verhaltens, während der in den 1990er Jahren sichtbare und bis heute zunehmende Zusammenhang von familienpolitischen Determinan-

von Birg et al. (1991, vgl. Birg 1992, 1996, 2003a) analysierte biografische Dynamik und Essers (2004) Frame-Selection-Ansatz.

ten mit der TFR charakteristisch für Akkomodationseffekte ist. Diese gesellschaftlich und politisch im Ländervergleich höchst unterschiedlich erfolgte Anpassung an die mit dem Zweiten Geburtenrückgang veränderten Biografiemuster und die Verschiebung von Diffusions- sowie Akkomodationseffekten im Zeitverlauf sind die Hidden Hand für die statistisch auffällige Drehung des Zusammenhangs vieler Variablen wie u. a. die in der Literatur häufig beschriebene zwischen Frauenerwerbstätigkeit und TFR in den 1980er Jahren (vgl. Ahn & Mira 1999, Castles 1998, 2003, Esping-Andersen 1999). Die beiden Phasen unterscheiden sich dadurch, dass im Durchschnitt dieses Länderpools<sup>382</sup> in der ersten Phase bis 1985 die Diffusionseffekte die Akkomodationseffekte überlagern, während ab 1986 das Gegenteil der Fall ist. Dem entsprechend wurden zur Terminologisierung beider Phasen die Begriffe Diffusions- und Akkomodationsphase verwendet. Die Aufteilung in zwei Phasen war darüber hinaus hilfreich zur Identifizierung von Zeitabschnitten für die empirische Analyse und fruchtbar (wenn nicht gar notwendig) für die Interpretation der multivariaten Regressionen von Niveaudaten und Veränderungsraten anhand des Mehrebenenmodells.

Die Tabelle 9-1 gibt einen umfassenden Überblick über die bivariaten Hypothesen und Wirkungszusammenhänge der einzelnen 51 hier untersuchten Determinanten mit der TFR. Dabei werden – nach den beiden Phasen differenziert – die in den Hypothesen vermutete Wirkung und das Ergebnis der Regressionsanalyse einander gegenübergestellt (zur Höhe der Koeffizienten siehe Tab. 5-2 bzw. Kap. 6 und 7). Zur Vermeidung von Redundanz werden diese umfangreichen Ergebnisse der Tabelle hier nicht im Detail wiederholt, jedoch komprimiert zusammengefasst: Die Hypothese des Vorzeichenwechsel gemäß der Zwei-Phasen-Theorie lässt sich außer bei der Variable Religiosität in 15 von 16 Fällen bestätigen. Die für die Diffusionsphase hypothetisierten Zusammenhänge finden bei 28 Variablen Bestätigung, bei drei weiteren zumindest teilweise. Keine Bestätigung gibt es für den negativen Effekt des Erstgeburtsalters und den erwarteten leicht negativen Zusammenhang mit Kinderbetreuungsausgaben in jener Phase. Die Hypothesen für die Akkomodationsphase finden bei 33 Variablen volle und bei sechs weiteren zumindest teilweise Bestätigung. Den Hypothesen für diese Phase widersprechen dagegen bei den Niveaudaten der neutrale Befund für die Variablen Religiosität und Besteuerung des Zweitverdieners, der positive Effekt der tertiären Bildung und der neutrale des Erstgeburtsalters sowie bei den Veränderungsraten der neutrale Befund für mehrere Modernisierungs- und familienpolitischen Indikatoren.

382 Je nach Land ist der Zeitpunkt, ab dem die Akkomodationseffekte gegenüber der Diffusion überwiegen, also auch für die Klassifikation der Phase, unterschiedlich. Z. B. ist er in Nordeuropa früher als 1986 und in Südeuropa später.

**Tabelle 9-1:** Überblick Wirkungszusammenhang einzelner Determinanten mit der TFR

Makrokomponente / Hypothese	Indikator	2 Phasen	Diffusionsphase		Akkomodationsphase	
			Wirkung	Ergebnis	Wirkung	Ergebnis
Frauenemanzipation	1a Tertiäre Bildung Frauen	H: ✓	negativ	✓	neut./ neg.	n. best./ best.
	1b Frauenerwerbsquote	H: ✓	negativ	✓	positiv	✓
	1c Gender-Empowerment		-	-	positiv	✓
Religiöser Einfluss	2a Katholikenquote	H: ✓	positiv	teils bestätigt	negativ	✓
	2b Protestantenquote	H: ✓	negativ	teils bestätigt	positiv	✓
	2c Religiosität	H: -	positiv	✓	negativ	nicht best.
Kultureller Wandel	3a Postmaterialismus		neutral	( ✓ )	neutral	✓
	3b Need-Kid-These	H: ✓	positiv	( ✓ )	negativ	✓
	3c Überbevölkerungsangst		negativ	( ✓ )	-	-
Sozioök. Modernisierung	4a BIPPC	H: ✓	negativ	✓	positiv	best./ n. best.
	4b Dienstleistungsquote	H: ✓	negativ	✓	positiv	best./ n. best.
	4c Landwirtschaftsquote		positiv	✓	neutral	✓
Ökonom. Performanz	5a Arbeitslosenquote		neutral (-)	✓	negativ	✓
	5b Jugendarbeitslosigkeit		-	-	negativ	✓
	5c Wachstum BIP		neut./ neg.	✓	neut./ neg.	✓
	5d Rezessionsdummy		negativ	✓	negativ	✓
Ökonom. Homogenität	6a Gini-Index		neutral	✓	neutral	✓
	6b Lohnabstand Frauen		-	-	negativ	teils bestätigt
Technische Faktoren	7a Zugang Verhütungsmittel		negativ	✓	-	-
	7b Mod. Verhütungsquote		-	-	neutral (+)	teils bestätigt
	7c Abtreibungsquote		-	-	neutral (+)	teils bestätigt
	7d Abtreibungsrecht		-	-	neutral (+)	✓
Demografische Faktoren	8a Erstgeburtalter		negativ	nicht best.	negativ	n. best./ best.
	8b Anteil Kinderlosigkeit		neutral	✓	neutral	✓
	8c TFR Vorjahr		positiv	✓	positiv	✓
	8d Easterlin-Hypothese		neutral	✓	neutral	✓
	8e Ethnische Minderheit		-	-	positiv	✓
Pol.-institut. Faktoren	9a Frauenwahlrecht	H: ✓	neutral	✓	positiv	✓
	9b Frauenquote Parlament		-	-	positiv	teils bestätigt
	9c Politische Rechte FH		positiv	✓	positiv (VR)	✓
	9d Systembruchdummy		-	-	negativ	✓
Parteiendifferenz	10a Schmidt-Index Jahrzehnt	H: ✓	neutral (-)	teils bestätigt	neutral (+)	✓
	10b Schmidt-Index langfristig		-	-	positiv	teils bestätigt
Alterssicherung	11a Generationenkoeffizient	H: ✓	neutral (-)	( ✓ )	positiv	best./ n. best.
	11b Rentenausgaben		neutral (-)	( ✓ )	neutral (-)	✓
Finanzielle Transfers	12a Familiengesamtausgaben	H: ✓	neutral (-)	( ✓ )	positiv	best./ n. best.
	12b Familientransferausgab.	H: ✓	neutral (-)	( ✓ )	positiv	best./ n. best.
	12c Elterngeld	H: ✓	neutral (-)	( ✓ )	positiv	✓
	12d Kindergeld		-	-	positiv	✓
Bildung + Betreuung	13a Familiendienstleistungs.	H: ✓	neutral (-)	( ✓ )	positiv	best./ n. best.
	13b KB-Ausgaben p. K.		neutral (-)	VR nicht best.	positiv	✓
	13c Kinderbetreuungsgebühr		-	-	neutral	✓
	13d Kinderbetreuungsquote		-	-	positiv	✓
	13e Außerschul. Betreuung		-	-	positiv	✓
Arbeitsmarkt	14a EPL		-	-	neutral (-)	✓
	14b Teilzeitarbeitsquote	H: ✓	neutral (-)	( ✓ )	positiv	✓
	14c Öff. Beschäftigung		neutral (-)	( ✓ )	positiv	✓
	14d Dauer akad. Bildung		-	-	negativ	teils bestätigt
Familiennorm. Recht	15a Bezahlte Väterzeit		-	-	positiv	( ✓ )
	15b Steuer Zweiteinkommen		-	-	positiv	nicht best.
Pronatalistische Ziele	16a Pronatalist. Politikerbe		neutral (+)	✓	positiv	✓

Anmerkungen: In der dritten Spalte ist notiert, wenn die Phasenwechselthese durch einen Vorzeichenwechsel Mitte der 1980er Jahre bei der Analyse der Korrelationen im Zeitverlauf unterstützt wird. H bedeutet hier Hypothese, das Häkchen dessen Bestätigung. Mit Wirkung (Spalte

4, 6) ist die theoretisch erwartete und in den Hypothesen formulierte Wirkungsrichtung gemeint. Bei unterschiedlichen Ergebnissen für Niveau- und Veränderungsraten erfolgen beide hintereinander in einer Spalte mit Schrägstrich getrennt. Bestätigung ist im Popper'schen Sinne als Nicht-Falsifikation zu verstehen. "Teils bestätigt" bedeutet, dass das Vorzeichen stimmt, das Ergebnis jedoch nicht signifikant ist. Ein Häkchen in Klammern bedeutet, dass die Datenlage für ein fundiertes Urteil nicht ausreicht, die vorhandenen Daten es aber bestätigen. „Neutral (+)“ bedeutet, dass der Zusammenhang insignifikant bei positivem Vorzeichen ist.

Diese bivariaten Befunde bieten einen breiten Überblick über die Variablen, auch im Zeitverlauf von 1970 bis 2006, zudem ermöglichen die Streudiagramme in Kapitel 5 einen Einblick in länderspezifische Konstellationen. Allerdings ist der Bedarf multivariater Analysemethoden offenkundig. Die multivariaten Regressionsanalysen geben Aufschluss über Interaktionen und Interdependenzen. Sie zeigen, welche Variablenkonstellationen für ein bestimmtes Jahr bzw. einen Zeitraum maßgeblich die Variation der Geburtenrate erklären können, und helfen zudem Scheinkorrelationen zu identifizieren. Aufgrund dieser Eigenschaften sind die multivariaten Befunde zentral für die Überprüfung des beide Phasen differenzierenden Erklärungsansatzes. In Tabelle 9-2 und 9-3 sind zentrale Basismodelle beider Phasen zusammengefasst. Zusätzlich dazu wurden in der Untersuchung mehrere hundert Modelle verglichen, um systematisch die Effekte der unterschiedlichen Variablen im Kontext anderer Variablen sowie im Zeitverlauf zu analysieren. Dies hat den Blick auf interessante Wechselwirkungen und Cluster ermöglicht und ein Verständnis weit über Best-fit-Modelle hinaus.

**Tabelle 9-2:** Best-fit-Modelle multivariate Regressionen Diffusionsphase

	1971-1 Basismodell		1976-1 Basismodell		1981-1 Basismodell		V-Dif-9 (1971-86) Basismodell	
Frauenenerwerbspotenzial	-0,020 (0,010)	-0,295	-0,019** (0,005)	-0,370				
Protestantenquote			0,005* (0,002)	0,379				
BIPPC	-0,0003* (0,0001)	-0,538			-0,00015** (0,00003)	-0,928	-0,475** (0,164)	-0,490
Agrarwertschöpfungsquote			0,049** (0,009)	0,612				
Zugang moderne Verhütungsmittel	-0,172 (0,166)	-0,203	-0,285** (0,090)	-0,442			0,272* (0,124)	0,369
Politische Rechte Freedom House					-0,146 (0,087)	-0,328		
Generationenkoeffizient					-0,979* (0,415)	-0,357		
Pronatalismuserbe	0,457* (0,188)	0,353			0,315** (0,104)	0,419		
Konstante	4,445 (0,477)**		2,748 (0,274)**		3,429 (0,379)**		0,519 (0,707)	
N	23		22		23		23	
R <sup>2</sup>	0,653**		0,866**		0,716**		0,530**	
R <sup>2</sup> <sub>korr</sub>	0,575**		0,834**		0,653**		0,483**	

Anmerkungen: Die drei linken Modelle sind die Best-fit-Modelle der Querschnittsregressionen der Jahre 1971, 1976 und 1981, während das rechte Modell die Veränderungsraten von 1971-1986 beinhaltet. Erläuterungen siehe 6.3 und 6.4.

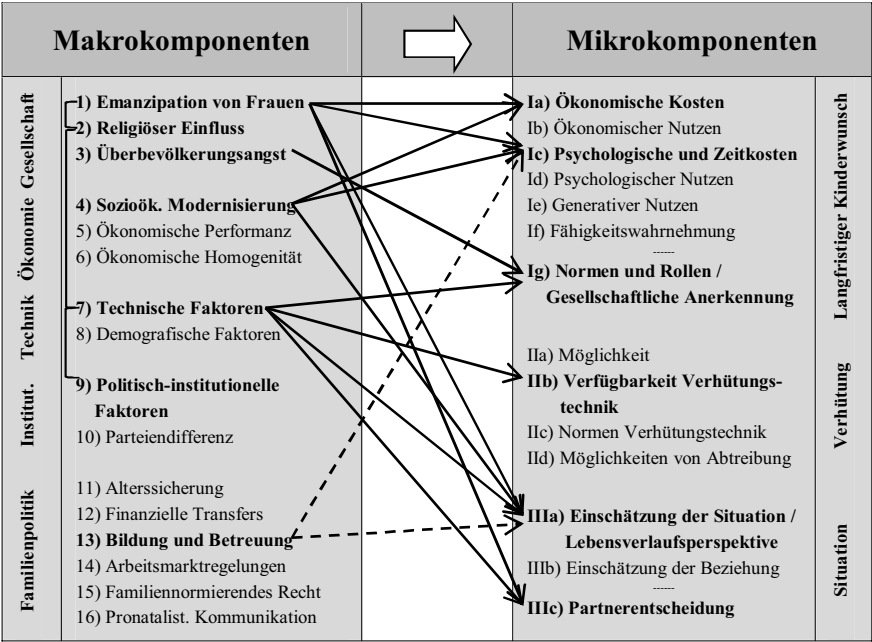
Als zentraler Erklärungsfaktor des Zweiten Geburtenrückgangs bis Mitte der 1980er Jahre (Diffusionsphase) erweisen sich über alle Modellspezifikationen in diesem Zeitraum hinweg die Modernisierungsindikatoren. Dies gilt über den gesamten Zeitraum sowohl für das Sozialprodukt pro Kopf als auch für die Agrarwertschöpfungsquote. Darüber hinaus ist der Einfluss der Verfügbarkeit ovulationshemmender Verhütungsmittel und der zunehmenden Erwerbstätigkeit der Frauen empirisch evident, wobei der Effekt zu Beginn des Geburtenrückgangs geringer ist und im Verlauf der 1970er Jahre erheblich zunimmt und nicht nur auf die Konfundierung mit der sozioökonomischen Modernisierung zurückzuführen ist. Mitte der 1970er Jahre kommt das Best-fit-Modell auf einen beachtlichen Determinationskoeffizienten von 0,866. Institutionelle Faktoren wie geringe politische Freiheiten (nach Freedom House) und späte Einführung des Frauenwahlrechts weisen in dieser Phase einen zunehmenden und im weiteren Verlauf dieser Phase wieder abnehmenden Effekt auf, der als Bremsfaktor des Geburtenrückgangs interpretiert wird. Ähnliches gilt für die Katholikenquote, wobei der Effekt durch Inklusion der Verhütungsvariablen wegfällt, wodurch deutlich wird, dass der Bremseffekt v. a. auf dem erschwerten Zugang zu Verhütungsmitteln basiert. Der Effekt der Freedom-House-Variable, der bivariat 1976 0,50 mit der TFR korreliert, erfolgt indirekt über Modernisierung und Verhütungsmittelzugang: Inkludiert man diese beiden Variablen, ist der Beta-Koeffizient nur 0,04. Die multivariate Analyse zeigt am Zusammenspiel von Regime und BIPPC für Südeuropa und Südkorea, dass in bzw. nach der Umbruchphase die demografischen Veränderungen weitaus schneller diffundieren als die ökonomische Entwicklung. Ein ähnlicher Mechanismus zeigt sich für die osteuropäischen Staaten nach 1990. Der negative Effekt der pronatalistischen Missbrauchserfahrungen auf die TFR ist evident und über beide Phasen hinweg sichtbar. Zur Untermauerung der Interpretation dieser Phase als Diffusionsphase kann neben den Brems- und Schubkräften auch die Entwicklung von Beta- und T-Werten der zentralen Determinanten sowie der Determinationskoeffizienten herangeführt werden: Sie sind zu Beginn mittelgroß, steigen dann bis Mitte-/ Ende der 1970er Jahre massiv an und gehen bis zur Phasenwende 1986 zurück. Erste Akkomodationseffekte zeigen die Veränderungsraten einiger familienpolitischer Variablen zwischen 1981 und 1986, insbesondere in Nordeuropa.

Die Quintessenz dieser Befunde führt zu einer Erklärung, die zwischen Voraussetzungen, initiierenden Faktoren und Schub- und Bremskräften differenziert: Fundamentale Voraussetzungen für den Beginn des Zweiten Geburtenrückgangs sind ein gewisser Modernisierungsgrad, der mit wachsendem Dienstleistungssektor, mit sich ändernder Berufsstruktur und mit Individualisierungsprozessen einhergeht, und die Bildungsexpansion der Frauen. Initiierende Faktoren sind das Auftreten moderner Verhütungstechnologien und die Wahrnehmung des Überbevölkerungsdilemmas. Gemeinsam haben diese Entwicklungen die zu-

nehmende Frauenerwerbstätigkeit, den Wertewandel und Geburtenrückgang bewirkt. Diese Prozesse sind durch religiöse und institutionelle Faktoren beschleunigt bzw. gebremst worden. Diese Faktorenmischung hat eine Veränderungsdynamik entwickelt, die die gesellschaftlichen Lebensbedingungen zwischen Beruf und Familie sowie auf der kulturellen Ebene im breiteren Kontext von Geschlechtsrollen, Partnerschaft und Sexualität fundamental erschüttert hat.

Die Rückkopplung dieser Makrofaktoren mit der Individualebene im Mehrebenenmodell zeigt, dass alle Säulen des individuellen generativen Entscheidungsprozesses davon essenziell betroffen sind: Die Opportunitätskosten für Frauen haben sich erhöht, zudem stehen ihre gestiegenen beruflichen Optionen zunehmend in Konflikt mit der Mutterschaft, was durch arbeitsmarktspezifische Faktoren noch verstärkt wird. Normen haben sich hinsichtlich Kinderzahl, Biografieentwürfe und Verhütung geändert, durch moderne Verhütungsmittel wurde der Zusammenhang von Sexualität und Fortpflanzung weitestgehend aufgehoben. Die situative Entscheidungskonstellation hat sich verkompliziert, da die Elternschaft nun mit der beruflichen Konstellation beider Partner in Einklang gebracht werden muss. Dies führt leicht zu einem Aufschub, der durch moderne Verhütungstechnologien und kulturelle Liberalisierung erleichtert wird. Auch hat sich die Paarinteraktion grundlegend geändert (siehe Abb. 9-1).

**Abbildung 9-1:** Erklärung der Diffusionsphase anhand des MEM



Anmerkung: Die gestrichelten Pfeile deuten die aufkommenden Akkomodationseffekte an.



In der zweiten, ab etwa Mitte/Ende der 1980er Jahre beginnenden Phase des Zweiten Geburtenrückgangs – der Akkomodationsphase – erweisen sich die familienpolitischen Indikatoren als besonders erklärungs- und prädiktiv (siehe Tab. 9-3).

**Tabelle 9-3:** Best-fit-Modelle multivariate Regressionen Akkomodationsphase

	2006-1 Basismodell		Fam-2006-1 Basismodell		V-Akk-1 1986-06 Basismodell A (N=23)		V-Akk-2 1986-06 Basismodell B (N=28)	
Dienstleistungsquote	0,011* (0,004)	0,273						
Ethn. Minderheit Herkunftsland IGR	0,424** (0,101)	0,380						
Generationen- koeffizient	0,579** (0,132)	0,430						
Kinderbetreuungsq. bzw. δ KB-Ausgaben	0,006** (0,002)	0,328	0,011** (0,002)	0,626	0,0018** (0,0003)	0,675		
Kindergeldhöhe			0,049** (0,016)	0,350				
Teilzeitquote			0,007 (0,005)	0,186				
Regierungspolitik pronatalistisch			0,162 (0,095)	0,222				
Tertiäre Bildungs- quote Frauen					-0,010** (0,003)	-0,412		
Veränderung politische Rechte FH							0,116** (0,013)	0,619
Einführung Frauenwahlrecht							-0,006** (0,001)	-0,284
TFR-Niveau 1986							-0,743** (0,104)	-0,547
Pronatalismuserbe							0,303** (0,050)	0,400
Konstante	0,476 (0,270)		0,866 (0,172)**		-0,171 (0,081)*		12,845 (2,714)**	
N	28		27		23		28	
R <sup>2</sup>	0,846**		0,714**		0,695**		0,917**	
R <sup>2</sup> <sub>korr</sub>	0,819**		0,663**		0,665**		0,902**	

Anmerkungen: Die beiden linken Modelle sind die Best-fit-Modelle der Querschnittsregressionen der Jahre 1996 und 2006, die rechten Modelle die der Veränderungs-raten von 1986-2006. Erläuterungen siehe 7.3.

Die erklärte Varianz des Basismodells 2006 liegt bei 0,846. Ein schlankes, nur auf den drei familienpolitischen Indikatoren Kindergeldhöhe, Kinderbetreuungsquote und Teilzeitquote beruhendes Modell kommt bereits auf 0,676: Mit diesem je einen Faktor der Trias Zeit, Infrastruktur und Geld (vgl. Bertram et al. 2005) berücksichtigenden Modell lässt sich gut zwei Drittel der Varianz erklären. Bei den Veränderungs-raten für die letzten beiden Jahrzehnte ist der Effekt der Kinderbetreuung dominant. Die deutlichen, hochsignifikanten Befunde der familienpolitischen Variablen sind jedoch vorsichtig zu interpretieren, da die partielle Zugehörigkeit zu Clustern, die sich teils überlappen, vorschnelle Kausalitäts-rückschlüsse verbietet. Die statistische Analyse hat zentrale kulturelle, institutionelle und historische Faktoren identifiziert: Protestantenquote, Frauenwahlrecht und Pronatalismuserbe. Wie im Pfadmodell von Abb. 7-7 anschaulich gemacht,

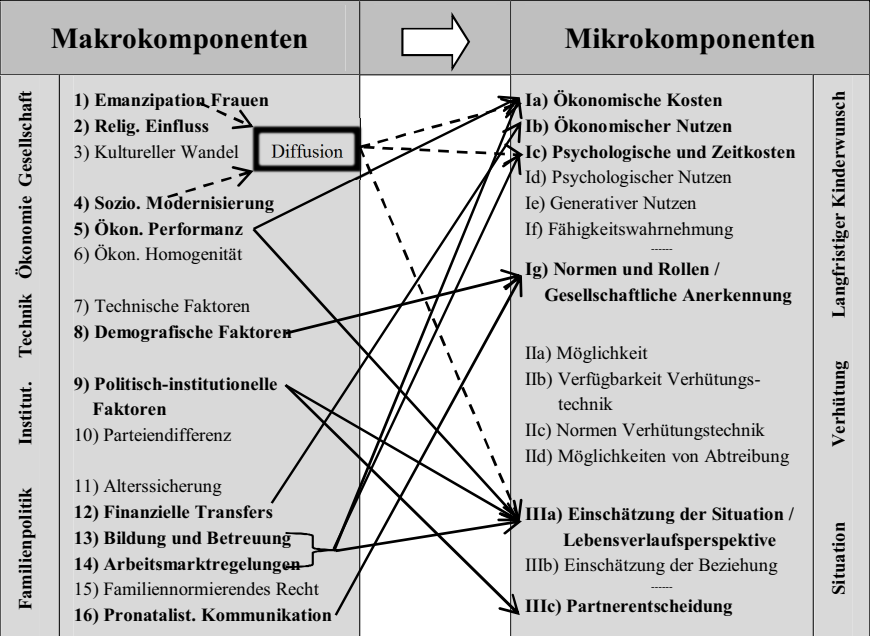


wirken diese teils direkt, besonders aber indirekt über die Frauenemanzipation und die Familienpolitik auf die TFR, gemeinsam erklären sie für 2006 bereits gut die Hälfte der Varianz. Die multivariate Analyse stellt folglich stichhaltige Argumente für den Einfluss der Familienpolitik auf die TFR zur Verfügung. Sie gibt ihr sogar eine Schlüsselrolle zum Verständnis der Variation der Geburtenraten in den Industrieländern, da der Effekt auch methodischen Absicherungen wie Residuendiagnostik und Jackknife-Analysen einzelner Länder bzw. Ländergruppen standhält. Gleichzeitig zeigt sie aber auch die Grenzen dieser Interpretation auf, insbesondere hinsichtlich des kulturell-historischen Erbes. Viel spricht dafür, dass der Effekt auf allen drei Komponenten basiert: kulturelle und institutionelle Determinanten, Familienpolitik und deren Interaktion.

Die Faktoren Kinderbetreuungsquote, Frauenerwerbsquote, Familiendienstleistungsausgaben, Protestantenquote und öffentliche Beschäftigungsquote bilden ein auffälliges Cluster. Ein weiteres besteht aus den Faktoren Dienstleistungsquote, BIPPC, Teilzeitquote, Systembruch und Jugendarbeitslosigkeit. Die Dienstleistungsquote hat eine Sonderstellung, da sie mit beiden Clustern Überschneidungen hat, daher auch der hohe Korrelationskoeffizient von 0,717 mit der TFR 2006. Länder mit ausgeprägtem Dienstleistungssektor haben tendenziell ausgebautere Kinderbetreuung, höheres BIPPC, geringere Arbeitslosigkeit sowie mehr Frauen- und Teilzeitarbeitsplätze. In diesem Geflecht ist neben genuinen Transformationseffekten auch die Wirkung des Systembruchs in den osteuropäischen Staaten zu verorten, der sich von 1990 bis Anfang des 21. Jahrhunderts sogar verstärkt hat. Auf die osteuropäischen Staaten und Südkorea ist der dominante Effekt der Freedom-House-Variable bei den Veränderungsraten 1986-2006 im OECD-28-Pool zurückzuführen, hier sind auch verspätete Diffusionseffekte wirksam. Die Befunde der Niveaudaten verdeutlichen zudem den Effekt ethnischer Minderheiten, insbesondere der Hispanics in den USA. Die Kinderbetreuung wurde anhand vier verschiedener Indikatoren überprüft, wobei Kinderbetreuungsausgaben pro Kopf, Kinderbetreuungsquote und Familiendienstleistungsquote sich als signifikant erweisen, während für die Variable Kinderbetreuungskosten kein Effekt auf die TFR feststellbar ist.

Die Befunde zur Akkomodationsphase verdeutlichen, dass die die vorige Phase prägenden Effekte der Diffusionsvariablen nachlassen und den familienpolitischen Variablen eine zunehmende Rolle zukommt, insbesondere Betreuungsinfrastruktur, aber auch finanzielle Transfers und Teilzeitarbeit. Diese sind in ihrer Ausgestaltung, aber auch in ihrer potenziellen Wirksamkeit von langfristigen kulturellen, historischen und politisch-institutionellen Wurzeln der einzelnen Länder geprägt. Dazu wirken Effekte von Rezessionen, Jugendarbeitslosigkeit und mit Systemtransformation verbundene Unsicherheiten negativ auf die Geburtenrate. Die individuelle Entscheidungskonstellation lässt sich im Mehrebenenmodell mit den skizzierten Makrofaktoren verbinden (siehe Abb. 9-2).

Abbildung 9-2: Erklärung der Akkomodationsphase anhand des MEM



Anmerkungen: Die gestrichelten Pfeile zeigen zentrale Wirkmechanismen der Diffusionseffekte. Die Makrofaktoren 13 und 14 wirken jeweils auf die gleichen drei Mikrokomponenten wie die Diffusionseffekte.

Ab Ende der 1980er Jahre ist von Nachzüglereffekten abgesehen die generative Entscheidung in den OECD-Ländern durch breit diffundierte Veränderungen seit Mitte der 1960er Jahre geprägt: Emanzipation von Frauen, zunehmende berufliche Optionen, aber auch Qualifikations- und Mobilitätsanforderungen des Arbeitsmarkts, Aufhebung des Nexus von Sexualität und Elternschaft durch Verhütungsmittel, kulturelle Toleranz alternativer Lebensformen. Die individuelle Entscheidung für Kinder ist in den 1990er Jahren und gegenwärtig in hohem Ausmaß davon geprägt, inwieweit diese gestiegenen monetären und biografischen Opportunitätskosten durch Kinderbetreuung, geeignete Arbeitsmarktkonstellationen und Transfers reduziert werden und die Berufstätigkeit beider Eltern erleichtert wird. Insbesondere bei potenziellen Mehrkindfamilien kann die finanzielle Kompensation gestiegener Kosten und Bedürfnisse durch staatliche Transfers bedeutsam sein. Normen sowie die gesellschaftliche Anerkennung von Kindern sind auch vom Pronatalismuserbe geprägt. Bei der Einschätzung der konkreten Situation ist entscheidend, inwieweit in einem Land die komplizierter gewordene Konstellation durch Arbeitslosigkeit und politisch-institutionelle Instabilität zusätzlich erschwert wird oder durch familienpolitische Rahmenbedingungen erleichtert wird. Neben Kinderbetreuung und Arbeitsmarkt kommt einer

lebenslaufbezogenen Zeitpolitik eine entscheidende Rolle zu. Die Entscheidung für Kinder wird demnach wahrscheinlicher, wenn keine Armut zu befürchten ist und eine Weiterführung der Berufstätigkeit durch entsprechende Infrastruktur und Arbeitsmarktregelungen zu erwarten ist.

Die Darstellung der Erklärungsansätze für beide Phasen im Mehrebenenmodell mit der Einzeichnung der zentralen Wirkungsmechanismen beinhaltet die zentrale Synthetisierung von Mehrebenenmodell, Zwei-Phasen-Ansatz und empirischem Befund.

### *9.3 Theoretische Weiterentwicklung und Forschungsbedarf*

Mit der Differenzierung der empirischen Analyse des Zweiten Geburtenrückgangs in zwei Phasen wird hier an die Identifizierung von Vorzeichenwechseln (vgl. u. a. Ahn & Mira 1999, Castles 2003) angeknüpft. Durch die Datierung des Phasenwechsels auf einer breiten Variablenbasis und die systematische Berücksichtigung dieser Datierung beim Forschungsdesign wird Neuland betreten. Die Technik der Analyse von Korrelationen im Zeitverlauf, die für alle in Zeitreihen verfügbaren Variablen angewendet wurde, hat sich dabei als sehr hilfreich erwiesen. Dadurch konnte erstmalig das Jahr des Phasenwechsels im Forschungsdesign berücksichtigt werden, so dass eine empirische Überprüfung beider Phasen durch Querschnittsregressionen für die entsprechenden Schlüsseljahre und -zeitabschnitte ermöglicht worden ist.

Theoretisch wird durch die Erklärung anhand der Gegenüberstellung von Diffusions- und Akkomodationseffekten sowie durch die Verknüpfung der Erklärungsmuster beider Phasen ebenfalls ein neuer Weg beschritten. Dieser Zwei-Phasen-Ansatz ermöglicht es, die unterschiedlichen Determinanten sowie Erklärungsmuster für die Anfangsphase des Zweiten Geburtenrückgangs und die gegenwärtige Variation der Fertilität miteinander zu verbinden. Hier eröffnet sich allerdings noch erheblicher Forschungsbedarf, insbesondere hinsichtlich der für die einzelnen Länder differenziellen Datierung der Phasen und der Distanz von Diffusions- und Akkomodationseffekten im Zeitverlauf. Besonders großer Forschungsbedarf besteht hinsichtlich einer empirischen Überprüfung dieses Erklärungsansatzes auf der Mikroebene – beispielsweise mit ereignisanalytischen Techniken. Möglicherweise lassen sich die Erklärungsmuster zusätzlich auf regionaler Ebene nachzeichnen.

Die hier entwickelten Erklärungen für die beiden einzelnen Phasen bauen jeweils auch auf Argumente des vielfältigen bestehenden Theoriespektrums auf. Daher lassen sie sich mit dem bisherigen Forschungsstand sehr gut kombinieren. Die Erklärung für die Diffusionsphase greift Modernisierungs- und Individualisierungstheorien auf, aber auch Theorien, die Emanzipation, Bildungsexpansion

und zunehmende Erwerbstätigkeit von Frauen in den Mittelpunkt stellen. Auch fließen die Verhütungsthese, die Opportunitätskostenthese und kulturelle Faktoren in die mehrfaktorielle Erklärung mit ein. Diese in den etablierten Theorien benannten Faktoren werden um politisch-institutionelle Faktoren ergänzt und neuartig kombiniert, wobei Interdependenzen, Prozessdynamik und mehrstufige Kausalketten berücksichtigt sind. Die Erklärung für die Akkomodationsphase greift Überlegungen mehrerer familienpolitischer Ansätze, die biografische Theorie, Frauenemanzipationsansätze und ökonomische Ansätze auf und wird mit historisch-kulturellen und politisch-institutionellen Faktoren ergänzt und ebenfalls neuartig kombiniert.

Die systematische Verbindung von Mikro- und Makroebene durch das Mehrebenenmodell hat sich als vorteilhaft erwiesen, insbesondere weil Makroanalysen – wie der empirische Teil dieser Untersuchung – ohne Mikrofundierung eine Black Box mit mangelhafter Rückkopplung zur individuellen Ebene hinterlassen können. Das hier entworfene Modell lässt sich an einigen Punkten noch weiterentwickeln, ist jedoch anschlussfähig und als heuristisches Dach sowohl für den Vergleich interdisziplinärer Theorien als auch für den Vergleich von unterschiedlichen Fertilitätsentwicklungen geeignet. Vielversprechend erscheint auch die Übertragung dieses Modells auf eine Lebensverlaufsperspektive.<sup>383</sup>

Erheblicher Forschungsbedarf ist hinsichtlich der nicht familienpolitischen Akkomodationseffekte zu attestieren; dieser Punkt wurde in dieser Untersuchung mit dem Begriff Ad-hoc-Elastizität und einer indirekten, teilweise lückenhaften Operationalisierung nur partiell beleuchtet. Auch existiert Forschungsbedarf hinsichtlich der aufgedeckten Variablencluster im gegenwartsnahen Abschnitt der Akkomodationsphase, bei dem der Wirkmechanismus nicht abschließend geklärt werden kann. Hier könnten Interaktionsterme, Strukturangleichungsmodelle und Pfadanalysen weiteren Aufschluss bringen, wobei längere Kausalketten zu berücksichtigen sind. Während der Effekt familienpolitischer Maßnahmen auf die TFR im Querschnitt eines breiten internationalen Vergleichs klar sichtbar wird, ist dies innerhalb eines Landes (neben gegenläufig wirkenden Diffusionseffekten) v. a. durch unterschiedliche Verzögerungsstufen erschwert, die mit gesellschaftlichen Voraussetzungen und Wechselwirkungen im breiten familienpolitischen Kontext zusammenhängen. Forschungsbedarf existiert hinsichtlich dieser differenzierten Verzögerungsstufen. Auch besteht Bedarf an einer tiefenschärferen Analyse der Zeit- und Arbeitsmarktpolitik, aber auch neuerer familienpolitischer Instrumente – hier könnte zukünftig eine verbreiterte Datenlage neue Kenntnisse ermöglichen. Zudem könnte die Analyse der Diffusionsphase noch auf die Zeit vor 1970 erweitert werden, so dass eine Gegenüberstellung von Ba-

383 Dies geht auf eine Anregung von Hans Bertram zurück.

byboom und Geburtenrückgang ermöglicht wird. Diese Kontrastierung birgt nicht zuletzt aufgrund der vom Babyboom-Phänomen nicht betroffenen osteuropäischen Länder und Japans Erkenntnispotenzial. Auch erscheint eine nach mehreren abhängigen Variablen wie Paritäten und Kohorte differenzierte Analyse vielversprechend. Nicht zuletzt die Residuendiagnostik hat interessante Abweichungen auch innerhalb von Länderfamilien aufgezeigt, hier könnten Fallstudien mit entsprechend tieferer Differenzierung eine sinnvolle Ergänzung bieten. Hiermit sind nur einige zentrale Aspekte des hier identifizierten Forschungsdesiderats skizziert.

Das von Schmidt (u. a. 1982, 1998, 2001a, 2001b) im Bereich der Staatstätigkeitsforschung geprägte Vorgehen, einzelne Komponenten eines breiten Theoriespektrums zusammenzuführen und deren Erklärungskraft anhand quantitativer Methoden gegeneinander abzuwägen, hat sich auch bei dieser Untersuchung als probates Vorgehen erwiesen. Auch die Verwendung der einjährigen Verzögerungsstufe hat sich bewährt. Darüber hinaus lässt sich der Zweite Geburtenrückgang in den Kontext einer sozialwissenschaftlichen Konzeptionalisierung von Postmoderne einbetten.

Durch die breite Variablenauswahl wurden viele bisher gar nicht oder nur selten analysierte Variablen systematisch untersucht. Manche erweisen sich dabei als insignifikant wie der Gini-Index oder die langfristige Parteienprägung, andere zeigen hochinteressante Zusammenhänge mit der Geburtenrate auf. Dies gilt insbesondere für die Überbevölkerungsthese, den Minderheitendummy, das pronatalistische Politikerbe und die beiden institutionellen Faktoren Frauenwahlrecht und Freedom-House-Index. Die letztgenannten drei sind klassische politikwissenschaftliche Variablen: Dies unterstreicht zusammen mit der Vielzahl familienpolitischer Determinanten die Notwendigkeit einer Einbeziehung dieses Blickwinkels. Neben technisch-medizinischen, demografischen und psychologischen Variablen hat sich die Kombination von politischen, soziologischen und ökonomischen Determinanten als wertvoll erwiesen. Jeder dieser fachdisziplinären Blickwinkel erscheint unentbehrlich für eine fundierte Analyse dieses hochkomplexen Gegenstands. Dies spricht für eine klare interdisziplinäre Ausrichtung in der Zukunft. Vor dem Hintergrund der nicht nur in Deutschland sichtbaren familienpolitischen Entwicklungen lässt sich für die Zukunft ein erheblicher und spannender Forschungsbedarf attestieren.

#### *9.4 Politikberatung und Ausblick*

Basierend auf breiter empirischer Evidenz und theoretischen Überlegungen ist die Frage der Wirksamkeit familienpolitischer Maßnahmen positiv beantwortet und sind zentrale Wirkmechanismen identifiziert worden. Jedoch sind auch

Grenzen der Wirksamkeit, Timelags zwischen Maßnahme und Effekt sowie der indirekte Charakter der Wirksamkeit (da die erwarteten Konsequenzen für Verhaltensänderungen entscheidend sind) aufgezeigt worden, zudem bedeutende intervenierende Variablen institutioneller und kultureller Art. Während hier die Familienpolitik primär hinsichtlich ihrer demografischen Effekte beleuchtet worden ist, weisen umgekehrt niedrige Geburtenraten auf familienpolitische Defizite und fundamentale Konfliktlagen in den jungen Generationen hin. Der anhand des Mikromodells gezeigte Vereinbarkeitskonflikt bedarf nicht nur einer familienpolitischen, sondern einer breiten sozialpolitischen und gesellschaftlichen Akkomodation, die die Grundstrukturen der Lebensläufe transformiert. Die Richtung hat der Siebte Familienbericht mit dem Begriffspaar „Flexibilität und Verlässlichkeit“ (Deutscher Bundestag 2006a) treffend formuliert. Insofern sei nochmals betont, dass der Geburtenrückgang nur eine zusätzliche Legitimation für Familienpolitik impliziert, schlussendlich sollte sich Familienpolitik am übergeordneten Ziel des Wohlbefindens für Eltern und Kinder orientieren.

Die Implikationen dieser Untersuchung für die Politikberatung beinhalten die Dringlichkeit einer familienpolitischen Expansion aus demografischen und aus sozialpolitischen Motiven, verdeutlichen die Chancen einer komplementären Zielstruktur und bestärken die Verwendung des Begriffs „nachhaltige Familienpolitik“. Empfohlen wird eine bessere Koordinierung der unterschiedlichen die Familienpolitik beeinflussenden Ebenen, die Vergegenwärtigung heterogener Präferenzen hinsichtlich Kinderzahl und Lebensentwurf, verstärkte Maßnahmen für Alleinerziehende und Mehrkindfamilien sowie die Berücksichtigung der jeweiligen unterschiedlichen ökonomischen und kulturellen Kontexte in den OECD-Staaten. Drei Empfehlungen sind für Deutschland besonders bedeutsam: (1) Eine umfassende Lebenslaufpolitik zur Entzerrung der Rushhour des Lebens, die die Idee des Elterngelds und des Siebten Familienberichts fortschreibt und Erwerbs- und Bildungsbiografien mit der Familienbiografie besser in Einklang bringt – dies beinhaltet erhebliche Implikationen für (Weiter-)Bildung, Arbeitsmarkt und Sozialversicherungen. (2) Die Kombination eines zügigen Ausbaus der Kleinkindbetreuung mit flächendeckenden Ganztagskindergärten und -schulen, wobei dieser Ausbau nicht zulasten der Qualität erfolgen und auch Ferienzeiten berücksichtigen sollte. (3) Eine Neujustierung der finanziellen Instrumente, bei der das Kindergeld insbesondere ab dem dritten Kind massiv ausgebaut wird, das Ehegattensplitting in zielgenauere Splittingsysteme zugunsten von Kindern überführt wird und hinsichtlich Betreuungsleistungen Gerechtigkeitsaspekte ohne bildungspolitische Fehlanreize – beispielsweise durch zusätzliche Rentenanwartschaften – verfolgt werden.

Die gegenwärtigen familienpolitischen Veränderungen in vielen OECD-Ländern bergen ein erhebliches Forschungsfeld für Politikwissenschaftler für die kommenden Jahre, was sowohl die Policy-Analyse, als auch die Auswirkungen

auf die Geburtenraten beinhaltet. Zukünftig könnten infolge der Expansion familienpolitischer Maßnahmen und Verbesserungen der Datenlage empirische Analysen möglich sein, die die Kenntnisse über den Effekt einzelner Instrumente und deren Interaktionen verfeinern sowie die Wirksamkeitsthese ausdifferenzieren und auf fundiertere Basis stellen als gegenwärtig.

Die Ergebnisse dieser Untersuchung sind auch hinsichtlich der Einschätzung zukünftiger Entwicklungen relevant. Da mehrere Schwellenländer die im Erklärungsansatz beschriebenen Voraussetzungen des Zweiten Geburtenrückgangs zunehmend erfüllen, ist hier ein TFR-Rückgang unter die Stationaritätsschwelle zu erwarten. Spannend ist dabei die Frage, inwieweit auch dort die hier identifizierten Schub- und Bremskräfte wirken oder ob der Erklärungsansatz um weitere Faktoren zu erweitern bzw. ausdifferenzieren ist.

Trotz des kontinuierlichen Altersanstiegs des Medianwählers, des begrenzten Haushaltsspielraums und der Diskrepanz zwischen demografischer Trägheit und dem durch Wahlperioden geprägten politischen Zeithorizont stehen die Chancen nicht schlecht, dass die Familienpolitik in Deutschland, aber auch in anderen OECD-Ländern in den nächsten Jahren expandieren wird. Dieser Optimismus ist in der komplementären Zielstruktur von sozial-, bildungs-, arbeitsmarkt- und gleichstellungspolitischen sowie demografischen Zielen begründet. Die Bedeutung dieses Politikfeldes für die Zukunftsfähigkeit eines Landes wird zunehmend wahrgenommen, allerdings gibt es erhebliche Ausgabenkonkurrenz in den durch die Folgen der Finanzkrise 2008 zusätzlich belasteten öffentlichen Haushalten.

Bei einigen LFC gibt es Anzeichen für eine mittel- bzw. langfristige Erholung der Geburtenraten, wenn man die Befunde dieser Studie extrapoliert. Für Deutschland ist auf dieser Basis angesichts des Ausbaus der Kinderbetreuung zu erwarten, dass, wenn dieser fortgesetzt und Brüche in der Betreuungsinfrastruktur beseitigt werden, die seit 1975 nunmehr über drei Jahrzehnte unter 1,5 liegende TFR im Laufe der nächsten zwei Jahrzehnte diesen Wert wieder deutlich übersteigen wird. Argumente für einen Anstieg der TFR in einigen LFC-Staaten sind der Ausbau der Familienpolitik, der nachlassende Tempoeffekt und eine in Richtung Homöostase weisende Normtendenz (vgl. Bongaarts 2002, Lutz 2006, van de Kaa 1999:33). Argumente für eine fallende TFR sind, dass trotz einer gewissen Bodenbildung der Abwärtstrend der TFR in vielen Ländern noch nicht abgeschlossen ist, Anpassungsdefizite der Familienpolitik, Divergenzen hinsichtlich des Kinderwunschs, ökonomische Probleme wie beispielsweise infolge der aktuellen Finanzkrise und damit verbundene Arbeitslosigkeit. Derartige Prognosen bergen immense Unsicherheit und insbesondere der letzte Punkt übersteigt das, was vor dem Hintergrund dieser Untersuchung plausibel gesagt werden kann.

Eine elementare Zukunftsfrage ist, inwieweit sich die familienpolitischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen in den LFC Südeuro-

pas, Osteuropas, Ostasiens und den deutschsprachigen Länder für Familien und potenzielle Eltern verbessern. Wenn dies nachhaltig geschieht, ist aufgrund der hier gezeigten Befunde langfristig ein substantieller Anstieg der Geburtenraten denkbar. Da der demografische Problemdruck in diesen Ländern enorm ist und der internationale Ländervergleich alternative Wege aufzeigt – hier zeigt sich die Relevanz dieser Untersuchung für die Politikberatung –, ist auch ein Konvergenzprozess von Familienpolitik und Fertilität innerhalb der nächsten Jahrzehnte denkbar (vgl. United Nations 2004, 2005, 2007b, 2007c). Allerdings ist die negative Wirkungskraft von Determinanten ökonomischer Art wie Jugendarbeitslosigkeit und gesellschaftlich-kultureller Art wie pronatalistisches Missbrauchserbe und institutionelle sowie religiöse Verankerung patriarchalischer Normen langfristig und immens. Insofern ist auch eine Verfestigung der gegenwärtigen Länderunterschiede mit dauerhaftem LFC-Status für die Hälfte der OECD-Staaten denkbar. Sollte sich über einen langen Zeithorizont hinweg das erste Szenario mit einer erreichten Konvergenz der Fertilitätsraten realisieren, könnte dann – vielleicht Mitte des 21. Jahrhunderts – der Zweite Geburtenrückgang als zeitweilige Geburtenbeschränkung interpretiert werden, deren Intensität und Länge durch den Timelag eines Landes zwischen Diffusion und Akkomodation modifiziert ist. Dann würde der Zweite wie der Erste Geburtenrückgang in einem demografischen Gleichgewicht münden, jedoch mit einer konträren Bevölkerungsentwicklung zwischen den Gleichgewichten: Der Erste Geburtenrückgang weist innerhalb der demografischen Transition hohe NRZ und Bevölkerungswachstum auf, während der Zweite mit niedrigen NRZ und Bevölkerungsrückgang verbunden ist. Ob eines dieser beiden Szenarien, oder eine Mischform, die zukünftige demografische Entwicklung prägen wird, bleibt abzuwarten; für empirische Forschung und Theorieentwicklung bleibt das Phänomen enorm spannend. Auf jeden Fall aber bietet die Analyse des Zweiten Geburtenrückgangs die Chance, Konfliktlagen und Bedürfnisse von Familien, aber auch der jüngeren Generation insgesamt, aufzudecken und dabei weitreichende sozial- bzw. familienpolitische Verbesserungspotenziale zu identifizieren.





## Literatur

- Achcar, Gilbert; Simon, Dagmar & Veil, Mechthild (Hrsg.), 2005: Arbeitsmarkt, Wohlfahrtsstaat, Familienpolitik und die Geschlechterfrage – deutsch-französische Konvergenzen und Divergenzen, in: Discussion Paper P 2005-007, Wissenschaftszentrum Berlin.
- Adserà, Alicia, 2004: Changing Fertility Rates in Developed Countries. The Impact of Labor Market Institutions, in: *Journal of Population Economics*, Vol. 17, 17-43.
- Ahn, Namkee & Mira, Pedro, 2001: Job Bust, Baby Bust?: Evidence from Spain, in: *Journal of Population Economics*, Vol. 14, 505-521.
- Ahn, Namkee & Mira, Pedro, 2002 [1999]: A Note on the Changing Relationship between Fertility and Female Employment Rates in Developed Countries, in: *Journal of Population Economics*, Vol. 15, 667-682.
- Ajzen, Icek, 1991: The Theory of Planned Behavior, in: *Organizational Behavior and Human Decision Processes*, Vol. 50, 179-211.
- Ajzen, Icek & Fishbein, Martin, 1980: *Understanding Attitudes and Predicting Social Behavior*, Englewood Cliffs, NJ: Prentice-Hall.
- Akademiennggruppe Altern in Deutschland, 2009: Gewonnene Jahre. Empfehlungen der Akademiennggruppe Altern in Deutschland, Nova Acta Leopoldina, Nr. 371, Bd. 107, Stuttgart: Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft mbH.
- Alber, Jens, 1982: Vom Armenhaus zum Wohlfahrtsstaat. Analysen zur Entwicklung der Sozialversicherung in Westeuropa, Frankfurt/Main: Campus.
- Alber, Jens, 1989: *Der Sozialstaat in der Bundesrepublik 1950-1983*, Frankfurt/Main: Campus.
- Allmendinger, Jutta & Dressel, Kathrin, 2005: Auf der Suche nach der gewonnenen Zeit, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 23-24/2005, 24-29.
- Althammer, Jörg, 2000: *Ökonomische Theorie der Familienpolitik*, Heidelberg: Physica.
- Andorka, Rudolf, 1978: *Determinants of Fertility in Advanced Societies*, London: Methuen & Co.
- Ariès, Philippe, 1980: Two Successive Motivations for the Declining Birth Rate in the West, in: *Population and Development Review*, Vol. 6, 645-650.
- Atoh, Makoto; Kandiah, Vasantha & Ivanov, Serguey, 2004: The Second Demographic Transition in Asia?, in: *Japanese Journal of Population*, Vol. 2, No. 1.
- Backhaus, Klaus; Erichson, Bernd; Plinke, Wulff & Weiber, Rolf, 2008: *Multivariate Analysemethoden. Eine anwendungsorientierte Einführung*. 12. Auflage, Heidelberg: Springer.
- Bagozzi, Richard P. & van Loo, Frances, 1978: Toward a General Theory of Fertility: A Causal Modelling Approach, in: *Demography*, Vol. 15, No. 3, 301-320.
- Bandura, Albert, 1982: Self-Efficacy Mechanism in Human Agency, in: *American Psychologist*, Vol. 37, No. 2, 122-147.
- Barlösius, Eva & Schiek, Daniela (Hrsg.), 2007: *Demographisierung des Gesellschaftlichen. Analysen und Debatten zur demographischen Zukunft Deutschlands*, Wiesbaden: VS.
- Barrett, David B. (Hrsg.), 1982: *World Christian Encyclopedia. A Comparative Study of Churches and Religions in the Modern World AD 1900-2000*, Nairobi: Oxford University Press.

- Barrett, David B.; Kurian, George T. & Johnson, Todd M., 2001: World Christian Encyclopedia. Volume 1: The World by Countries, Oxford: University Press.
- Beck, Nathaniel & Katz, Jonathan N., 1995: What to do (and not to do) with Time-Series Cross-Section Data, in: American Political Science Review, Vol. 89, No. 3, 634-647.
- Beck, Ulrich, 1986: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Beck, Ulrich, 1996: Demokratisierung der Familie, in: Buba, Hans et al.: Familie. Zwischen gesellschaftlicher Prägung und individuellem Design, Opladen: Westdeutscher Verlag, 37-54.
- Beck, Ulrich & Beck-Gernsheim, Elisabeth, 1994: Individualisierung in modernen Gesellschaften - Perspektiven und Kontroversen einer subjektorientierten Soziologie, in: Beck, Ulrich & Beck-Gernsheim, Elisabeth (Hrsg.), Riskante Freiheiten, Frankfurt/Main: Suhrkamp, 10-39.
- Beck, Ulrich; Giddens, Anthony & Lash, Scott, 2007 [1994]: Reflexive Modernization. Politics, Tradition and Aesthetics in the Modern Social Order, Cambridge: Polity Press.
- Beck-Gernsheim, Elisabeth, 1994: Auf dem Weg in die postfamiliäre Familie - Von der Notgemeinschaft zur Wahlverwandtschaft, in: Beck, Ulrich & Beck-Gernsheim, Elisabeth (Hrsg.): Riskante Freiheiten, Frankfurt/Main: Suhrkamp, 115-138.
- Beck-Gernsheim, Elisabeth, 2006: Die Kinderfrage heute. Über Frauenleben, Kinderwunsch und Geburtenrückgang, München: C.H.Beck.
- Becker, Gary S., 1960: An Economic Analysis of Fertility, in: National Bureau of Economic Research (Hrsg.): Demographic and Economic Change in Developed Countries, Princeton: University Press, 209-231.
- Becker, Gary S., 1965: A Theory of the Allocation of Time, in: The Economic Journal, Vol. 75, No. 299, 493-517.
- Becker, Gary S., 1974: A Theory of Social Interactions, in: Journal of Political Economy, Vol. 82, No. 6, 1063-1093.
- Becker, Gary S., 1981: A Treatise on the Family, Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- Becker, Gary S., 1991: A Treatise on the Family. Enlarged Edition, Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- Becker, Gary S., 1996: Familie, Gesellschaft und Politik – die ökonomische Perspektive, Tübingen: J.C.B.Mohr.
- Becker, Gary S., 2003: Die Bedeutung der Humanvermögensbildung in der Familie für die Zukunft von Wirtschaft und Gesellschaft, in: Leipert, Christian (Hrsg.), Demographie und Wohlstand, Opladen: Leske + Budrich, 89-102.
- Becker, Gary S. & Barro, Robert J., 1986: Altruism and the Economic Theory of Fertility, in: Davis, Kingsley et al.: Below-Replacement Fertility in Industrial Societies, Cambridge: University Press, 69-85.
- Becker, Gary S. & Barro, Robert J., 1988: A Reformulation of the Economic Theory of Fertility, in: Quarterly Journal of Economics, Vol. 103, No. 1, 1-25.
- Becker, Gary S. & Lewis, H. Gregg, 1973: On the Interaction between the Quantity and Quality of Children, in: Journal of Political Economy, Vol. 81, No. 2, Part 2, 279-288.
- Becker, Gary S.; Murphy, Kevin M. & Tamura, Robert F., 1990: Human Capital, Fertility and Economic Growth, Working Paper 3414, Cambridge: National Bureau of Economic Research.

- Beckman, Linda J., 1979a: Fertility Preferences and Social Exchange Theory, in: *Journal of Applied Social Psychology*, Vol. 9, No. 2, 147-169.
- Beckman, Linda J., 1979b: Couples' Decision-Making Processes Regarding Fertility, in: Taeuber, Karl E., Bumpass, Larry L. & Sweet, James A., *Social Demography*, New York: Academic Press.
- Behnke, Joachim, 2007: Kausalprozesse und Identität. Über den Sinn von Signifikanztests und Konfidenzintervallen bei Vollerhebungen, in: *Beiträge zu empirischen Methoden der Politikwissenschaft*, DVPW-Arbeitskreis, Jg. 2, Nr. 3.
- Behnke, Joachim; Gschwend, Thomas; Schindler, Delia & Schnapp, Kai-Uwe, 2006: *Methoden der Politikwissenschaft*, Baden-Baden: Nomos.
- Berg-Schlosser, Dirk, 1997: Makro-qualitative vergleichende Methoden, in: Berg-Schlosser, Dirk & Müller-Rommel, Ferdinand (Hrsg.): *Vergleichende Politikwissenschaft*. 3. Auflage, 67-87.
- Bernstam, Mikhail S., 1986: Competitive Human Markets, Interfamily Transfers, and Below-Replacement Fertility, in: Davis, Kingsley et al.: *Below-Replacement Fertility in Industrial Societies*, Cambridge: University Press, 111-136.
- Bertram, Hans, 1996: Familienwandel und Generationsbeziehungen, in: Buba, Hans et al.: *Familie. Zwischen gesellschaftlicher Prägung und individuellem Design*, Opladen: Westdeutscher Verlag, 61-80.
- Bertram, Hans, 2002: Die multilokale Mehrgenerationenfamilie. Von der neolokalen Gattenfamilie zur multilokalen Mehrgenerationenfamilie, in: *Berliner Journal für Soziologie*, Heft 4-2002, 517-529.
- Bertram, Hans, 2005: Familie und Familienentwicklung im sozialhistorischen Kontext. Von differenzierungstheoretischen Interpretationen der Familienentwicklung zu sozialhistorischen Mehrebenenmodellen, in: Steinbach, Anja (Hrsg.): *Generatives Verhalten und Generationenbeziehungen*, Wiesbaden: VS, 27-46.
- Bertram, Hans, 2006a: Nachhaltige Familienpolitik im internationalen Vergleich, in: Berger, Peter A. & Kahlert, Heike (Hrsg.): *Der demographische Wandel. Chancen für die Neuordnung der Geschlechterverhältnisse*, Frankfurt/Main: Campus, 203-236.
- Bertram, Hans, 2006b: Konzept und zentrale Ergebnisse des Siebten Familienberichts, in: *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft*, 9. Jg., 55-66.
- Bertram, Hans, 2007: Keine Zeit für Liebe: die Rushhour des Lebens, in: *Familiendynamik*, 32. Jg., 108-116.
- Bertram, Hans, 2008a: Zeit, Infrastruktur und Geld. Der demographische Wandel und neue Familienpolitik, unveröffentlichtes Manuskript (Text für Bertelsmann Stiftung).
- Bertram, Hans (Hrsg.), 2008b: *Mittelmaß für Kinder. Der UNICEF-Bericht zur Lage der Kinder in Deutschland*, München: Beck.
- Bertram, Hans & Bertram, Birgit, 2009: *Familie, Sozialisation und die Zukunft der Kinder*, Opladen: Barbara Budrich.
- Bertram, Hans; Krüger, Helga & Spieß, C. Katharina, 2006: Wem gehört die Familie der Zukunft? Expertisen zum Siebten Familienbericht der Bundesregierung, Opladen: Barbara Budrich.
- Bertram, Hans; Rösler, Wiebke & Ehlert, Nancy, 2005: Zeit, Infrastruktur und Geld: Familienpolitik als Zukunftspolitik, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 23-24/2005, 6-15.
- Besters, Hans (Hrsg.), 1980: *Bevölkerungsentwicklung und Generationenvertrag. Gespräche der List Gesellschaft*, Baden-Baden: Nomos.

- Bianchi, Suzanne M., 2000: Maternal Employment and Time with Children: Dramatic Change or Surprising Continuity?, in: *Demography*, Vol. 37, No. 4, 401-414.
- BIB, 2004: Bevölkerung. Fakten - Trends - Ursachen - Erwartungen. Die wichtigsten Fragen, Wiesbaden: BIB.
- BIB & Robert Bosch Stiftung, 2005: The Demographic Future of Europe – Facts, Figures, Policies. Ergebnisse der Population Policy Acceptance Study (PPAS), [www.bib-demographie.de/ppa/Main.htm](http://www.bib-demographie.de/ppa/Main.htm) [8.11.2007].
- Biedenkopf, Kurt; Bertram, Hans; Käßmann, Margot; Kirchhof, Paul; Niejahr, Elisabeth; Sinn, Hans-Werner & Willekens, Frans, 2005: Starke Familie. Bericht der Kommission „Familie und demographischer Wandel“, Stuttgart: Robert Bosch Stiftung.
- Biedenkopf, Kurt; Bertram, Hans & Niejahr, Elisabeth, 2009: Starke Familie – Solidarität, Subsidiarität und kleine Lebenskreise. Bericht der Kommission „Familie und demographischer Wandel“, Stuttgart: Robert Bosch Stiftung.
- Birg, Herwig, 1986: Demographie und Ethik. Das Werk von Johann Peter Süßmilch mit einem Blick auf David Hume und Thomas R. Malthus, in: Birg, Herwig (Hrsg.): *Ursprünge der Demographie in Deutschland. Leben und Werk Johann Peter Süßmilchs (1707-1767)*, Frankfurt/Main: Campus, 9-28.
- Birg, Herwig, 1992: Differentielle Reproduktion aus der Sicht der biographischen Theorie der Fertilität, in: Volland, Eckardt: *Fortpflanzung: Natur und Kultur im Wechselspiel*, Frankfurt/Main: Suhrkamp, 189-215.
- Birg, Herwig, 1996: *Die Weltbevölkerung. Dynamik und Gefahren*, München: Beck.
- Birg, Herwig, 2003a: *Die demographische Zeitenwende. Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa*, 3. Auflage, München: Beck.
- Birg, Herwig, 2003b: Strategische Optionen der Familien- und Migrationspolitik in Deutschland und Europa, in: Leipert, Christian (Hrsg.): *Demographie und Wohlstand*, Opladen: Leske + Budrich, 27-56.
- Birg, Herwig, 2004: An Intergenerational Rationale for Fertility Assumptions in Long-Range World Population Projections, in: United Nations, *World Population to 2300*, 99-111.
- Birg, Herwig, 2005: *Die ausgefallene Generation. Was die Demographie über unsere Zukunft sagt*, München: Beck.
- Birg, Herwig; Flöthmann, Ernst-Jürgen & Reiter, Iris, 1991: *Biographische Theorie der demographischen Reproduktion*, Frankfurt/Main: Campus.
- Birg, Herwig; Flöthmann, Ernst-Jürgen; Frein, Thomas & Ströker, Kerstin, 1998: Simulationsrechnungen zur Bevölkerungsentwicklung in den alten und neuen Bundesländern im 21. Jahrhundert, in: *Materialien des IBS der Universität Bielefeld*, Band 45.
- Blanchet, Dider & Ekert-Jaffé, O., 1994 : The Demographic Impact of Fertility Benefits: Evidence from a Micro-model and from Macro-data, in: Ermisch, J. & Ogawa, N.: *The Family, the Market and the State in Aging Societies*, Oxford: Clarendon Press, 79-104.
- Blossfeld, Hans-Peter, 1989: Kohortendifferenzierung und Karriereprozeß. Eine Längsschnittstudie über die Veränderung der Bildungs- und Berufschancen im Lebenslauf, Frankfurt/Main: Campus.
- Blossfeld, Hans-Peter (Hrsg.), 2007: *Event History Analysis with Stata*, New York: Erlbaum, Taylor & Francis Group.
- Blossfeld, Hans-Peter & Huinink, Johannes, 1989: Die Verbesserung der Bildungs- und Berufschancen von Frauen und ihr Einfluß auf den Prozeß der Familienbildung, in: *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft*, Jg. 15, 383-404.

- Blossfeld, Hans-Peter; de Rose, Alessandra; Hoem, Jan M. & Rohwer, Götz, 1995: Education, Modernization, and the Risk of Marriage Disruption in Sweden, West Germany, and Italy, in: Mason, Karen O. & Jensen, An-Magritt: *Gender and Family Change in Industrialized Countries*, Oxford: Clarendon Press, 200-222.
- Blume, Michael; Ramsel, Carsten & Graupner, Sven, 2006: Religiosität als demographischer Faktor – Ein unterschätzter Zusammenhang?, in: *Marburg Journal of Religion*, Vol. 11, No. 1, 1-21.
- Bolte, Karl M.; Kappe, Dieter & Schmid, Josef, 1980: *Bevölkerung. Statistik, Theorie, Geschichte und Politik des Bevölkerungsprozesses*, 4. Auflage, Opladen: Leske + Budrich.
- Bomdsdorf, Eckart, 1994: *Alternative Modellrechnungen der älteren Bevölkerung Deutschlands bis zum Jahr 2050*, Bergisch Gladbach: Josef Eul.
- Bongaarts, John, 1978: A Framework for Analyzing the Proximate Determinants of Fertility, in: *Population and Development Review*, Vol. 4, 105-132.
- Bongaarts, John, 2002: The End of the Fertility Transition in the Developed World, in: *Population and Development Review*, Vol. 28, 419-443.
- Bongaarts, John, 2004: Population Aging and the Rising Cost of Public Pension, in: *Population and Development Review*, Vol. 30, 1-23.
- Bongaarts, John & Feeney, Griffith, 1998: On the Quantum and Tempo of Fertility, in: *Population and Development Review*, Vol. 24, 271-291.
- Bonoli, Giuliano, 2008: The impact of social policy on fertility: evidence from Switzerland, in: *Journal of European Social Policy*, Vol. 18, 64-77.
- Borchardt, Anke & Stöbel-Richter, Eve, 2004: Die Genese des Kinderwunsches bei Paaren - eine qualitative Studie, in: *Materialien zur Bevölkerungswissenschaft 114*, Wiesbaden: BIB.
- Bortz, Jürgen, 2005: *Statistik für Human- und Sozialwissenschaftler*. 6. Auflage, Heidelberg: Springer.
- Bourgeois-Pichat, Jean, 1986: The Unprecedented Shortage of Births in Europe, in: Davis, Kingsley et al.: *Below-Replacement Fertility in Industrial Societies*, Cambridge: University Press, 3-25.
- Bovenberg, A. Lans, 2004: Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie: Lösungen für die gesamte Lebenszeit, in: *IFO-Schnelldienst*, 57 Jg., Nr. 21, 17-29.
- Bradshaw, Jonathan; Hoelscher, Petra & Richardson, Dominic, 2006: *Comparing Child Well-Being in OECD Countries: Concepts and Methods*, UNICEF Innocenti Working Paper, IWP 2006-03.
- Braun, Dietmar, 1999: *Theorien rationalen Handelns in der Politikwissenschaft. Eine kritische Einführung*, Opladen: Leske + Budrich, 17-52.
- Braun, Norman, 2000: Ökonomische Theorien in der Bevölkerungswissenschaft, in: Mueller, Ulrich et al.: *Handbuch der Demographie Band I*, Berlin: Springer, 298-338.
- Brentano, Lujo, 1909: *Die Malthussche Lehre und die Bevölkerungsbewegung der letzten Jahrzehnten*, München: Verlag der K. B. Akademie der Wissenschaften, 567-625.
- Bronfenbrenner, Urie, 1979: *The Ecology of Human Development. Experiments by Nature and Design*, Cambridge: Harvard University Press.
- Broscheid, Andreas & Gschwend, Thomas, 2003: Augäpfel, Murmeltiere und Bayes: Zur Auswertung stochastischer Daten aus Vollerhebungen, in: *MPIfG Working Paper 03/7*.
- Brose, Nicole, 2006: Gegen den Strom der Zeit? – Vom Einfluss der religiösen Zugehörigkeit und Religiosität auf die Geburt von Kindern und die Wahrnehmung des Kindernutzens, in: *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft*, Jg. 31, 257-282.

- Brüderl, Josef, 2000: Regressionsverfahren in der Bevölkerungswissenschaft, in: Mueller, Ulrich et al.: *Handbuch der Demographie Band I*, Berlin: Springer, 589-642.
- Buba, Hans P. & Schneider, Norbert F. (Hrsg.), 1996: *Familie. Zwischen gesellschaftlicher Prägung und individuellem Design*, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Büchner, Charlotte; Haan, Peter; Schmitt, Christian; Spieß, C. Katharina & Wrohlich, Katharina, 2006: Wirkungsstudie „Elterngeld“, in: DIW Berlin: *Politikberatung kompakt*, 18.
- Büttner, Thomas, 2000: Überblick über moderne Bevölkerungsgeschichte nach Weltregionen, in: Mueller, Ulrich et al.: *Handbuch der Demographie Band II*, Berlin: Springer, 1172-1249.
- Bumpass, Larry & Westoff, Charles F., 1970: The “Perfect Contraceptive” Population, in: *Science*, Vol. 169, No. 3951, 1177-1182.
- Bundesagentur für Arbeit, 2008: *Arbeitsmarkt in Deutschland. Zeitreihen bis 2007*, Nürnberg: BA.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2005: Wer betreut Deutschlands Kinder, in: *Monitor Familiendemographie*, Ausgabe 2, Berlin: BMFSFJ.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2006a: *Ganztagsschule – eine Chance für Familien. Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen*, Berlin: BMFSFJ.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2006b: *Kindertagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren. Bericht der Bundesregierung über den Stand des Ausbaus für ein bedarfsgerechtes Angebot*, Berlin: BMFSFJ.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2007a: *Familienatlas 2007. Standortbestimmung, Potenziale, Handlungsfelder*, Berlin: BMFSFJ.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2007b: *Wachstumseffekte einer bevölkerungsorientierten Familienpolitik*, Berlin: BMFSFJ.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2008: *Evaluation des Gesetzes zum Elterngeld und zur Elternzeit. Endbericht 2008*, Berlin: BMFSFJ.
- Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit, 1979: *Ursachen des Geburtenrückgangs – Aussagen, Theorien und Forschungsansätze zum generativen Verhalten*, Stuttgart: Kohlhammer.
- Bundesverfassungsgericht, 2001: Urteil des Ersten Senats vom 3. April 2001 (1 BvR 1629/94). *Pflegeversicherungsbeiträge für kinderbetreuende und -erziehende Mitglieder der sozialen Pflegeversicherung*, in: BverfGE 103, Tübingen: Mohr, 242-270.
- Burgdörfer, Friedrich, 1932: *Volk ohne Jugend. Geburtenschwund und Überalterung des Deutschen Volkskörpers*, Berlin: Kurt Vowinkel.
- Butz, William P. & Ward, Michael P., 1979: The Emergence of Countercyclical U.S. Fertility, in: *American Economic Review*, Vol. 69, No. 3, 318-328.
- Caldwell, John C., 1976: Toward a Restatement of Demographic Transition Theory, in: *Population and Development Review*, Vol. 2, 321-366.
- Caldwell, John C., 1982: *Theory of Fertility Decline*, London: Academic Press.
- Caldwell, John C., 2001: The Globalization of Fertility Behavior, in: *Population and Development Review*, Vol. 27, 93-115.
- Caldwell, John C., 2004: Demographic Theory: A Long View, in: *Population and Development Review*, Vol. 30, 297-316.
- Caldwell, John C. & Schindlmayr, Thomas, 2003: Explanation of the Fertility Crises in Modern Societies: A Search for Commonalities, in: *Population Studies*, Vol. 57, 241-263.

- Carlsson, Gosta, 1966: The Decline of Fertility: Innovation or Adjustment Process, in: *Population Studies*, Vol. 20, 149-174.
- Castles, Francis G. (Hrsg.), 1993: *Families of Nations. Patterns of Public Policy in Western Democracies*, Aldershot: Dartmouth.
- Castles, Francis G., 1998: *Comparative Public Policy. Patterns of Post-war Transformation*, Cheltenham: Edward Elgar.
- Castles, Francis G., 2003: The World turned upside down: Below Replacement Fertility, changing Preferences and Family-Friendly Public Policy in 21 OECD Countries, in: *Journal of European Social Policy*, Vol. 13, No. 3, 209-227.
- Castles, Francis G., 2004: *The Future of the Welfare State. Crisis Myths and Crisis Realities*, Oxford: University Press.
- Castles, Francis G. & Flood, Michael 1993: Why Divorce Rates Differ: Law, Religious Belief and Modernity, in: Castles, Francis G. (Hrsg.): *Families of Nations. Patterns of Public Policy in Western Democracies*, Aldershot: Dartmouth, 293-326.
- Chafetz, Janet S., 1995: Chicken or Egg? A Theory of the Relationship between Feminist Movements and Family Change, in: Mason, Karen O. & Jensen, An-Magritt: *Gender and Family Change in Industrialized Countries*, Oxford: Clarendon Press, 63-81.
- Chesnais, Jean-Claude, 1992: *The Demographic Transition. Stages, Patterns, and Economic Implications. A Longitudinal Study of 67 Countries Covering the Period 1720-1984*, Oxford: University Press.
- Chesnais, Jean-Claude, 1996: Fertility, family, and Social Policy in Contemporary Western Europe, in: *Population and Development Review*, Vol. 22, 729-739.
- Chesnais, Jean-Claude, 2001: Comment: A March toward Population Recession, in: *Population and Development Review*, Vol. 27, 255-259.
- Cigno, Alessandro, 1991: *Economics of the Family*, Oxford: Clarendon Press.
- Coale, Ansley J., 1973: The Demographic Transition, in: *International Population Conference*, 1/1973, 53-72.
- Coale, Ansley J., 1986: The Decline of Fertility in Europe since the Eighteenth Century as a Chapter in Demographic History, in: Coale, Ansley J. & Watkins, Susan C.: *The Decline of Fertility in Europe*, Princeton: University Press, 1-30.
- Coale, Ansley J. & Watkins, Susan C., 1986: *The Decline of Fertility in Europe. The Revised Proceedings of a Conference on the Princeton European Fertility Project*, Princeton: University Press.
- Coleman, David, 1996: *Europe's Population in the 1990s*, Oxford: University Press.
- Coleman, David, 2004: Facing the 21st Century: New Developments, Continuing Problems, in: *Oxford Centre for Population Studies Working Paper Nr. 17*, Oxford: OXPOP.
- Cornelius, Ivar, 1988: Von der Pyramide zum Pilz. Die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland: Bestandsaufnahme und Perspektiven, in: Cornelius, Ivar: *Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungspolitik in der Bundesrepublik*, Stuttgart: Kohlhammer, 11-37.
- Cornelius, Ivar, 2007: Wie viele Kinder haben Familien? Möglichkeiten und Grenzen der statistischen Erfassung, in: Barlösius, Eva et al.: *Demographisierung des Gesellschaftlichen*, Wiesbaden: VS, 59-82.
- d'Addio, Anna, 2007: Intergenerational Transmission of Disadvantage: Mobility or Immobility across Generations? A Review of the Evidence for OECD Countries, in: *OECD Social, Employment and Migration Working Papers*, Nr. 52, OECD, Paris.



- d'Addio, Anna & d'Ercole, Marco, 2005: Trends and Determinants of Fertility Rates in OECD Countries: The Role of Policies, in: OECD Social, Employment and Migration Working Papers, Nr. 27, OECD, Paris.
- Darwin, Charles, 1982 [e. A. 1887]: Ein Leben. Autobiographie, Briefe, Dokumente, München: DTV.
- Davis, Kingsley, 1945: The World Demographic Transition, in: The Annals of The American Academy of Political and Social Science, Vol. 237, 1-11.
- Davis, Kingsley, 1970 [e. A. 1949]: Human Society, New York: The Macmillan Company, 551-620.
- Davis, Kingsley, 1984: Wives and Work: The Sex Role Revolution and its Consequences, in: Population and Development Review, Vol. 10, No. 3, 397-417.
- Davis, Kingsley, 1986: Low Fertility in Evolutionary Perspective, in: Davis, Kingsley et al.: Below-Replacement Fertility in Industrial Societies, Cambridge: University Press, 48-65.
- Davis, Kingsley, Bernstam, Mikhail S. & Ricardo-Campbell, Rita, 1986: Below-Replacement Fertility in Industrial Societies. Causes, Consequences, Policies, Cambridge: University Press.
- Davis, Kingsley & Blake, Judith, 1956: Social Structure and Fertility: An Analytic Framework, in: Economic Development and Cultural Change, 4:3, 211-235.
- Demeny, Paul, 1986: Pronatalist Policies in Low-Fertility Countries: Patterns, Performance, and Prospects, in: Davis, Kingsley et al.: Below-Replacement Fertility in Industrial Societies, Cambridge: University Press, 335-358.
- Deutscher Bundestag, 1979: Dritter Familienbericht. Die Lage der Familien in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin: Drucksache 8 / 3121.
- Deutscher Bundestag, 1994: Fünfter Familienbericht. Familien und Familienpolitik in Deutschland – Zukunft des Humanvermögens, Berlin: Drucksache 12 / 7560.
- Deutscher Bundestag, 2002: Schlussbericht der Enquete-Kommission „Demografischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik“, Berlin: Drucksache 14 / 8800.
- Deutscher Bundestag, 2004: Gesetz zum qualitätsorientierten und bedarfsgerechten Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder (Tagesbetreuungsausbaugesetz – TAG), in: Bundesgesetzblatt 2004, I, 76, 3852-3854.
- Deutscher Bundestag, 2006a: Siebter Familienbericht. Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik, Berlin: Drucksache 16 / 1360.
- Deutscher Bundestag, 2006b: Entwurf eines Gesetzes zum Elterngeld und zur Elternzeit (Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz - BEEG), Berlin: Drucksache 16 / 1889.
- Deutscher Bundestag, 2007: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Mikrozensusgesetzes 2005 und des Bevölkerungsstatistikgesetzes, Berlin: Drucksache 16 / 5239.
- Deutscher Bundestag, 2008: Entwurf eines Gesetzes zur Förderung von Kindern unter drei Jahren in Tageseinrichtungen und in der Kindertagespflege (Kinderförderungsgesetz – KiföG), Berlin: Drucksache 16 / 10173.
- Deutsches Jugendinstitut, 2007: Auf dem richtigen Weg? Eine empirische Zwischenbilanz zur Entwicklung der Kindertagesbetreuung in Deutschland, in: [www.dji.de](http://www.dji.de).
- Dinkel, Rainer, 1984: Ökonomische versus soziologische und sozialpsychologische Ansätze zur Erklärung des generativen Verhaltens, in: Birg, Herwig et al.: Zusammenhänge zwischen Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung in der BRD, Wiesbaden: Selbstverlag, 159-190.

- Dorbritz, Jürgen, 2005: Kinderlosigkeit in Deutschland und Europa – Daten, Trends und Einstellungen, in: *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft*, Jg. 30, 359-408.
- Dorbritz, Jürgen & Fiedler, Christian, 2007: Familien im Spannungsfeld von Kinderbetreuung und Frauenerwerbstätigkeit - Ergebnisse aus Umfragen des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung im Kontext der aktuellen Diskussion, in: *BIB-Mitteilungen*, Jg. 28, Nr. 1, 21-26.
- Duesenberry, James S., 1960: Comment, in: *National Bureau of Economic Research* (Hrsg.): *Demographic and Economic Change in Developed Countries*, Princeton: University Press, 231-240.
- Dumont, Gérard-François, 2003: Anhaltend niedrige Geburtenraten und ihre Folgen, in: Leipert, Christian (Hrsg.): *Demographie und Wohlstand*, Opladen: Leske + Budrich, 143-152.
- Dusчек, Klaus-Jürgen & Wirth, Heike, 2005: Kinderlosigkeit von Frauen im Spiegel des Mikrozensus. Eine Kohortenanalyse der Mikrozensus 1987 bis 2003, in: *Wirtschaft und Statistik*, 8/2005, 800-820.
- Easterlin, Richard A., 1961: The American Baby Boom in Historical Perspective, in: *American Economic Review*, Vol. 51, No. 5, 869-911.
- Easterlin, Richard A., 1965: Long Swings in U.S. Demographic and Economic Growth: Some Findings on the Historical Pattern, in: *Demography*, Vol. 2, 490-507.
- Easterlin, Richard A., 1966: On the Relation of Economic Factors to Recent and Projected Fertility Changes, in: *Demography*, Vol. 3, No. 1, 131-153.
- Easterlin, Richard A., 1968: *Population, Labor Force and Long Swings in Economic Growth. The American Experience*, New York: NBER.
- Easterlin, Richard A., 1975: An Economic Framework for Fertility Analysis, in: *Studies in Family Planning*, Vol. 6, No. 3, 54-63.
- Easterlin, Richard A., 1978: What Will 1984 Be Like? Socioeconomic Implications of Recent Twists in Age Structure, in: *Demography*, Vol. 15, No. 4, 397-432.
- Easterlin, Richard A., 1980: *Birth and Fortune. The Impact of Numbers on Personal Welfare*, New York: Basic Books.
- Easterlin, Richard A. & Crimmins, Eileen M., 1982: An Exploratory Study of the 'Synthesis Framework' of Fertility Determination with World Fertility Survey Data, in: *Scientific Reports*, No. 40, 1-39.
- Easterlin, Richard A. & Crimmins, Eileen M., 1985: *The Fertility Revolution. A Supply-Demand Analysis*, University Press: Chicago.
- Easterlin, Richard A.; Wongboonsin, Kua & Ahmed, Mohamed Aly, 1988: The Demand for Family Planning: A New Approach, in: *Studies in Family Planning*, Vol. 19, No. 5, 257-269.
- Ebbinghaus, Bernhard, 2009: Mehr oder weniger? Quantitativer versus qualitativer Vergleich, in: Pickel, Susanne et al.: *Methoden der vergleichenden Politik- und Sozialwissenschaft. Neue Entwicklungen und Anwendungen*, Wiesbaden: VS, 197-212.
- Ehrlich, Paul R., 1971 [1968]: *Die Bevölkerungsbombe*, München: Hanser.
- Eichhorst, Werner & Thode, Eric, 2002: *Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Benchmarking Deutschland Aktuell*, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Engelbrech, Gerhard, 2001: Neun Paradoxien deutscher Familien- und Gleichstellungspolitik: Höhere staatliche Zahlungen an Familien können kontraproduktiv im demographischen Wandel wirken, in: *IFO-Schnelldienst* 12/2001, 7-8.

- Engelhardt, Henriette, 2000: Untersuchungsdesigns in der Bevölkerungswissenschaft, in: Mueller, Ulrich et al.: *Handbuch der Demographie Band I*, Berlin: Springer, 524-561.
- Erikson, Erik H., 2005 [e. A. 1963]: *Kindheit und Gesellschaft*, Stuttgart: Kotta.
- Esping-Andersen, Gøsta, 1990: *The Three Worlds of Welfare Capitalism*, Cambridge: University Press.
- Esping-Andersen, Gøsta, 1999: *Social foundations of postindustrial economies*, Oxford: University Press.
- Esping-Andersen, Gøsta, 2003: *Why we need a New Welfare State*, Oxford: University Press.
- Esping-Andersen, Gøsta & Sarasa, Sebastian, 2002: The generational conflict reconsidered, in: *Journal of European Social Policy*, Vol. 12, No. 1, 5-21.
- Esser, Hartmut, 1993: *Soziologie. Allgemeine Grundlagen*, Frankfurt/Main: Campus, 251-320.
- Esser, Hartmut, 2001: *Soziologie. Spezielle Grundlagen, Band 6: Sinn und Kultur*, Frankfurt/Main: Campus.
- Esser, Hartmut, 2004: In guten wie in schlechten Tagen? Das Framing der Ehe und das Risiko zur Scheidung. Eine Anwendung und ein Test des Modells der Frame-Selektion, in: Esser, Hartmut: *Soziologische Anstöße*, Frankfurt/Main: Campus, 255-300.
- Europäische Kommission, 1973: Eurobarometer, in: <http://zacat.gesis.org/webview/index.jsp>. [24.3.2009]
- Europäische Kommission, 2005: Grünbuch „Angesichts des demografischen Wandels – eine neue Solidarität zwischen den Generationen“, Brüssel: EU.
- Europäische Kommission, 2007: Bericht der Kommission zur Gleichstellung von Frauen und Männern – 2007, Brüssel: EU.
- Eydal, Guðný & Olafsson, Stefán, 2008: Family Policies in Iceland: An Overview, in: Ostner, Ilona & Schmitt, Christoph: *Family Policies in the Context of Family Change*, 109-128.
- Fenge, Robert & Ochel, Wolfgang, 2001: Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf: der Schlüssel für eine kinderreiche Gesellschaft, in: *IFO-Schnelldienst* 12/2001, 17-29.
- Fernández Cordon, Juan A., 2006: Low Fertility and the Scope for Social Policy: Understanding the Context, in: Lutz, Wolfgang et al.: *The New Generations of Europeans*, London: Earthscan, 29-58.
- Festinger, Leon, 1957: *A Theory of Cognitive Dissonance*, Evanston: Peterson Row.
- Fishbein, Martin, 1972: Toward an Understanding of Family Planning Behaviors, in: *Journal of Applied Social Psychology*, Vol. 2, No. 3, 214-227.
- Fokkema, Tineke & Esveldt, Ingrid, 2006: Child-friendly Policies, in: *Dialog, Population Policy Acceptance Study, Work Package 7*, Wiesbaden: BIB.
- Freedman, Ronald, 1979: Theories of Fertility Decline: a Reappraisal, in: *Social Forces*, Vol. 58, No. 1, 1-17.
- Freedom House 2009: *Freedom in the World Comparative and Historical Data*, in: <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=439>. [30.4.2009]
- Fricke, Thomas; Heckel, Margaret & Tutt, Cordula, 2001: Die Krise hat begonnen, in: *FTD* 28.5.2001:14.
- Friedman, Milton, 1968: The Role of Monetary Policy, in: *American Economic Review*, Vol. 58, No.1, 1-17.
- Fuchs, Anke, 1980: Bevölkerungsentwicklung und Generationenvertrag aus der Sicht der Bundesregierung, in: *Bevölkerungsentwicklung und Generationenvertrag. Gespräche der List Gesellschaft*, Baden-Baden: Nomos, 142-155 und 188-193.

- Fuhrmann, Arne, 2002: Die Demografie wird unser Schicksal, in: *Das Parlament*, 19-20/2002.
- Fux, Beat & Hoffmann-Nowotny, Hans-Joachim, 1992: Fertilitätsentwicklung und Familienpolitik: Ein langfristiges Spannungsmannagement, in: Hoffmann-Nowotny, Hans-Joachim et al.: *Kinderzahl und Familienpolitik im Drei-Länder-Vergleich*, Boppard/Rhein: Boldt, 1-15.
- Fux, Beat, 2002: Which Models of the Family are Encouraged or Discouraged by Different Family Policies?, in: Kaufmann, Franz-Xaver et al.: *Family Life and Family Policies in Europe*, Oxford: University Press, 363-418.
- Galler, Heinz P., 1989: Bevölkerungswissenschaft und Mikroökonomie, in: Mackensen, Rainer et al.: *Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungstheorie in Geschichte und Gegenwart*, Frankfurt/Main: Campus, 303-320.
- Galor, Oded & Weil, David N., 1996: The Gender Gap, Fertility and Growth, in: *American Economic Review*, Vol. 86, No. 3, 374-387.
- Galor, Oded & Weil, David N., 2000: Population, Technology, and Growth: From Malthusian Stagnation to the Demographic Transition and Beyond, in: *American Economic Review*, Vol. 90, No. 4, 806-828.
- Ganghof, Steffen, 2005: Kausale Perspektiven in der vergleichenden Politikwissenschaft: X-zentrierte und Y-zentrierte Forschungsdesigns, in: Kropp, Sabine & Minkenberg, Michael (Hrsg.): *Vergleichen in der Politikwissenschaft*, Wiesbaden: VS, 76-93.
- Garhammer, Manfred, 1996: Auf dem Weg zu egalitären Geschlechterrollen? Familiäre Arbeitsteilung im Wandel, in: Buba, Hans et al.: *Familie. Zwischen gesellschaftlicher Prägung und individuellem Design*, Opladen: Westdeutscher Verlag, 319-336.
- Gauthier, Anne H., 1996a: The Measured and Unmeasured Effects of Welfare Benefits on Families: Implications for Europe's Demographic Trends, in: Coleman, David: *Europe's Population in the 1990s*, Oxford: University Press, 297-331.
- Gauthier, Anne H., 1996b: *The State and the Family. A Comparative Analysis of Family Policies in Industrialized Countries*, Oxford: Clarendon Press.
- Gauthier, Anne H., 2007: The impact of Family Policies on Fertility in Industrialized Countries: A Review of the Literature, in: *Population Research and Policy Review*, Vol. 26, 323-346.
- Gauthier, Anne H. & Hatzius, Jan, 1997: Family Benefits and Fertility: An Econometric Analysis, in: *Population Studies*, Vol. 51, 295-306.
- Geissler, Birgit & Oechsle, Mechthild, 1994: Lebensplanung als Konstruktion: Biographische Dilemmata und Lebenslauf-Entwürfe junger Frauen, in: Beck, Ulrich & Beck-Gernsheim, Elisabeth (Hrsg.), *Risikante Freiheiten*, Frankfurt/Main: Suhrkamp, 139-167.
- Geissler, Heiner, 1980: Bevölkerungsentwicklung und Generationenvertrag aus der Sicht der Opposition, in: Besters, Hans (Hrsg.): *Bevölkerungsentwicklung und Generationenvertrag. Gespräche der List Gesellschaft*, Baden-Baden: Nomos, 156-168 und 193-199.
- Gerlach, Irene, 2004: *Familienpolitik*, Wiesbaden: VS.
- Gindulis, Edith, 2003: Der Konflikt um die Abtreibung. Die Bestimmungsfaktoren der Gesetzgebung zum Schwangerschaftsabbruch im OECD-Ländervergleich, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Gornick, Janet C., Meyers, Marcia K. & Ross, Katherin E., 1997: Supporting the Employment of Mothers: Policy Variation Across Fourteen Welfare States, in: *Journal of European Social Policy*, Vol. 7, No. 1, 45-70.
- Grant, Jonathan; Hoorens, Stijn; Sivadasan, Suja; van het Loo, Mirjam; DaVanzo, Julie; Hale, Lauren; Gibson, Shawna; Butz, William, 2004: *Low Fertility and Population Ageing. Causes, Consequences, and Policy Options*, RAND Corporation: Santa Monica, CA.

- Green, Donald P.; Kim, Soo Yeon & Yoon, David H., 2001: Dirty Pool, in: *International Organization*, Vol. 55, No. 2, 441-468.
- Greenhalgh, Susan, 1990: Toward a Political Economy of Fertility: Anthropological Contributions, in: *Population and Development Review*, Vol. 16, 85-106.
- Grotjahn, A., 1914: *Geburtenrückgang und Geburtenregelung. Im Lichte der individuellen und der sozialen Hygiene*, Berlin: Louis Marcus.
- Gruescu, Sandra & Rürup, Bert, 2005: Nachhaltige Familienpolitik, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 23-24/2005, 3-6.
- Gschwend, Thomas & Schimmelfennig, Frank, 2007: Lehren für den Dialog zwischen Theorie und Daten, in: Gschwend, Thomas et al.: *Forschungsdesign in der Politikwissenschaft*, Frankfurt/Main: Campus, 323-336.
- Gustafsson, Siv S.; Wetzels, Cécile M.; Vlasblom, Jan D. & Dex, Shirley, 1996: Women's Labor Force Transitions in Connection with Childbirth: A Panel Data Comparison between Germany, Sweden and Great Britain, in: *Journal of Population Economics*, Vol. 9, 223-246.
- Habermas, Jürgen, 1994: Individuierung durch Vergesellschaftung, in: Beck, Ulrich & Beck-Gernsheim, Elisabeth (Hrsg.): *Risikante Freiheiten*, Frankfurt/Main: Suhrkamp, 437-446.
- Hagewen, Kellie J. & Morgan, S. Philip, 2005: Intended and Ideal Family Size in the United States, 1970-2002, in: *Population and Development Review*, Vol. 31, 507-527.
- Hakim, Catherine, 2000: *Work-Lifestyle Choices in the 21st Century: Preference Theory*, Oxford: University Press.
- Hakim, Catherine, 2003: A New Approach to Explaining Fertility Patterns: Preference Theory, in: *Population and Development Review*, Vol. 29, 349-374.
- Hakim, Catherine, 2004: *Models of the Family in Modern Societies: Ideals and Realities*, Bodmin, Cornwall: MPG Books.
- Hammel, E. A., 1990: A Theory of Culture for Demography, in: *Population and Development Review*, Vol. 16, 455-485.
- Hank, Karsten; Kreyenfeld, Michaela & Spieß, C. Katharina, 2003: *Kinderbetreuung und Fertilität in Deutschland*, MPIDR Working Paper, Vol. 2003-002.
- Hass, Paula H., 1974: Wanted and Unwanted Pregnancies: A Fertility Decision-Making Modell, in: *Journal of Social Issues*, Vol. 30, No. 3, 125-165.
- Hassemer, Volker, 2009: Für eine familienorientierte Stadtpolitik, in: Biedenkopf, Kurt et al.: *Starke Familie*, Stuttgart: Robert Bosch Stiftung, 173-181.
- Haupt, Klaus, 2002: Der Jugendwahn muss ein Ende haben, in: *Das Parlament*, 19-20/2002.
- Helferich, Cornelia & Fichtner, Jörg, 2001: Männer und Familienplanung. Im Auftrag der BzgA, in: [www.soffik.de/expertisen](http://www.soffik.de/expertisen). [15.6.2009]
- Hemerijck, Anton, 2003: The Self-Transformation of the European Social Model(s), in: Esping-Andersen, Gøsta: *Why we need a New Welfare State*, Oxford: University Press, 173-214.
- Hernandez, Donald J., 1993: *America's Children: Resources from Family, Government, and the Economy*, New York: Russell Sage Foundation.
- Herter-Eschweiler, Robert, 1998: *Die langfristige Geburtenentwicklung in Deutschland. Der Versuch einer Integration bestehender Erklärungsansätze zum generativen Verhalten*, Opladen: Leske + Budrich.
- Hewitt, Paul S., 2004: Die Geopolitik des globalen Alterungsprozesses, in: *FAZ*, 23.3.2004, 39.
- Heye, Uwe-Karsten, 2008: *Gewonnene Jahre oder die revolutionäre Kraft der alternden Gesellschaft*. München: Blessing.

- Hildebrandt, Eckart, 2005: Alltägliche und biographische Lebensführung, in: Bsirske, Frank; Mönig-Raane, Margret; Sterkel, Gabriele & Wiedemuth, Jörg (Hrsg.): Perspektive neue Zeitverteilung. Logbuch 2 der ver.di-Arbeitszeitinitiative, Hamburg: VSA-Verlag, 85-97.
- Hill, Paul & Kopp, Johannes, 2000: Fertilitätsentwicklung: Trends, Erklärungen und empirische Ergebnisse, in: Mueller, Ulrich et al.: Handbuch der Demographie Band II, Berlin: Springer, 729-750.
- Höhn, Charlotte, 1984: Diskussionsbeitrag: Bevölkerungspolitik durch ökonomische Anreize?, in: Birg, Herwig et al.: Zusammenhänge zwischen Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung in der BRD, Wiesbaden: Selbstverlag, 217-220.
- Höhn, Charlotte, 1986: Einflussfaktoren des generativen Verhaltens – Zwischenbilanz zu den Gründen des Geburtenrückgangs, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Jg. 12, 309-323.
- Höhn, Charlotte, 1989: Zum Konzept bevölkerungsrelevanter Politiken auf dem Hintergrund eines Bevölkerungsrückgangs, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Jg. 15, 211-220.
- Höhn, Charlotte, 1992: Kenntnis und Bewertung familienpolitischer Maßnahmen, in: Hoffmann-Nowotny, Hans-Joachim et al.: Kinderzahl und Familienpolitik im Drei-Länder-Vergleich, Boppard/Rhein: Boldt, 150-173.
- Höhn, Charlotte (Hrsg.), 1998: Demographische Trends, Bevölkerungswissenschaft und Politikberatung. Aus der Arbeit des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB), 1973 bis 1998, Opladen: Leske + Budrich.
- Höhn, Charlotte; Avramov, Dragana & Kotowska, Irena (Hrsg.), 2008a: People, Population Change and Policies. Lessons from the Population Policy Acceptance Study Vol. 1: Family Change, Dordrecht: Springer.
- Höhn, Charlotte; Avramov, Dragana & Kotowska, Irena (Hrsg.), 2008b: People, Population Change and Policies. Lessons from the Population Policy Acceptance Study Vol. 2: Demographic Knowledge, Gender, Ageing, Dordrecht: Springer.
- Höhn, Charlotte; Ete, Andreas & Ruckdeschel, Kerstin, 2006: Kinderwünsche in Deutschland. Konsequenzen für eine nachhaltige Familienpolitik, Stuttgart: Robert Bosch Stiftung & BiB.
- Höhn, Charlotte & Schubnell, Hermann, 1986: Bevölkerungspolitische Maßnahmen und ihre Wirksamkeit in ausgewählten Industrieländern, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Jg. 12, 3-51, 185-213.
- Hoem, Jan M., 2008: The Impact of Public Policies on European Fertility, in: Demographic Research, Vol. 19, 249-260.
- Hoffman, Lois W. & Hoffman, Martin L., 1973: The Value of Children to Parents, in: Fawcett, J. T. (Hrsg.): Psychological Perspectives on Population, New York: Basic Books, 19-76.
- Hoffman, Lois W. & Manis, Jean D., 1979: The Value of Children in the United States: A New Approach to the Study of Fertility, in: Journal of Marriage and the Family, Vol. 41, No. 3, 583-396.
- Hoffmann-Nowotny, Hans-Joachim, 1978: Wirtschaftswachstum und soziokulturelle Destabilisierung, in: Beyme, Klaus von et al.: Wirtschaftliches Wachstum als gesellschaftliches Problem, Königstein: Athenäum, 80-91.
- Hoffmann-Nowotny, Hans-Joachim, 1984: Zusammenfassung der Diskussionsbeiträge zur Jahrestagung der „Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft“, in: Birg, Herwig et al.: Zusammenhänge zwischen Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung in der BRD, Wiesbaden: Selbstverlag, 529-533.

- Hoffmann-Nowotny, Hans-Joachim, 1988: Ehe und Familie in der modernen Gesellschaft, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 13/1988, 3-13.
- Hoffmann-Nowotny, Hans-Joachim, 1991: Lebensformen und Lebensstile unter den Bedingungen der (Post)-Moderne, in: *Familiendynamik*, 16. Jg, 299-321.
- Hoffmann-Nowotny, Hans-Joachim; Höhn, Charlotte & Fux, Beat (Hrsg.), 1992: *Kinderzahl und Familienpolitik im Drei-Länder-Vergleich*, Boppard/Rhein: Boldt.
- Homans, George C., 1961: *Social behavior. Its Elementary Forms*, New York: Harcourt, Brace & World.
- Hondrich, Karl O., 2007: *Weniger sind mehr. Warum der Geburtenrückgang ein Glücksfall für unsere Gesellschaft ist*, Frankfurt/Main: Campus.
- Hug-von Lieven, Christiane, 2007: *Kinderlosigkeit in Deutschland. Ein Problemaufriss aus ministerieller Perspektive*, in: Barlösius, Eva et al.: *Demographisierung des Gesellschaftlichen*, Wiesbaden: VS, 49-58.
- Huinink, Johannes, 2000a: *Soziologische Ansätze zur Bevölkerungsentwicklung*, in: Mueller, Ulrich et al.: *Handbuch der Demographie Band I*, Berlin: Springer, 339-386.
- Huinink, Johannes, 2000b: *Bildung und Familienentwicklung im Lebensverlauf*, in: *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft*, Jg. 3, Hf. 2, 209-227.
- Huntington, Samuel P., 1996: *Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert*, München: Siedler, 155-192 u. 422-433.
- Imhof, Arthur E., 1981: *Die gewonnenen Jahre. Von der Zunahme unserer Lebensspanne seit dreihundert Jahren oder von der Notwendigkeit einer neuen Einstellung zu Leben und Sterben. Ein historischer Essay*, München: Beck.
- Immervoll, Herwig & Barber, David, 2005: *Can Parents Afford to Work? Childcare Costs, Tax-Benefit Policies and Work Incentives*, in: *OECD Social, Employment and Migration Working Papers*, Nr. 31, OECD, Paris.
- Inglehart, Ronald, 1971: *The Silent Revolution in Europe: Intergenerational Change in Post-Industrial Societies*, in: *American Political Science Review*, Vol. 65, No. 4, 991-1017.
- Inglehart, Ronald, 1977: *The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics*, Princeton: University Press.
- Inglehart, Ronald, 1989: *Kultureller Umbruch. Wertewandel in der westlichen Welt*, Frankfurt/Main: Campus.
- Inglehart, Ronald, 1998 (e. A. 1997): *Modernisierung und Postmodernisierung. Kultureller, wirtschaftlicher und politischer Wandel in 43 Gesellschaften*, Frankfurt/Main: Campus.
- Inglehart, Ronald & Norris, Pippa, 2003: *Rising Tide. Gender Equality and Cultural Change Around the World*, Cambridge: University Press.
- Inglehart, Ronald & Welzel, Christian, 2005: *Modernization, Cultural Change, and Democracy. The Human Development Sequence*, Cambridge: University Press.
- Institut für Demoskopie Allensbach, 2004: *Einflussfaktoren auf die Geburtenrate. Ergebnisse einer Repräsentativbefragung der 18- bis 44jährigen Bevölkerung*, Umfrage IfD-Allensbach: Allensbach.
- Inter-Parliamentary Union, 2009: *A World Chronology of the Recognition of Women's Rights to Vote and to Stand for Election*, in: <http://www.ipu.org/wmn-e/suffrage.htm> [30.4.2009].
- Iwersen, Gabriele, 2002: *Die deutsche Gesellschaft altert*, in: *Das Parlament*, 19-20/2002.
- Jahn, Detlef, 2005: *Fälle, Fallstricke und die komparative Methode in der vergleichenden Politikwissenschaft*, in: Kropp, Sabine & Minkenberg, Michael (Hrsg.): *Vergleichen in der Politikwissenschaft*, Wiesbaden: VS, 55-75.



- Jahn, Detlef, 2009a: Globalisierung als Galtonproblem: Regionale und temporale Diffusions-schübe, in: Pickel, Susanne et al.: Methoden der vergleichenden Politik- und Sozialwissen-schaft. Neue Entwicklungen und Anwendungen, Wiesbaden: VS, 87-112.
- Jahn, Detlef, 2009b: Die Aggregatdatenanalyse in der vergleichenden Politikwissenschaft, in: Pickel, Susanne et al.: Methoden der vergleichenden Politik- und Sozialwissenschaft. Neue Entwicklungen und Anwendungen, Wiesbaden: VS, 173-196.
- Jaumotte, Florence, 2003: Labour Force Partizipation of Woman: Empirical Evidence on the Role of Policy and other Determinants in OECD Countries, in: OECD Economic Studies, Nr.37, OECD: Paris, 51-108.
- Jensen, An-Magritt, 1995: Gender Gaps in Relationships with Children: Closing or Widening?, in: Mason, Karen O. & Jensen, An-Magritt: Gender and Family Change in Industrialized Countries, Oxford: Clarendon Press, 223-244.
- Kaiser, Karl, 2008: Von Neinsagern und Zweiflern, in: Internationale Politik, 2-2008.
- Kamerman, Sheila B. & Kahn, Alfred J., 1997: Family Change and Family Policies in Great Britain, Canada, New Zealand, and the Unites States, Oxford: Clarendon Press.
- Kangas, Olli & Rostgaard, Tine, 2007: Preferences or Institutions? Work Family Life Opportu-nities in Seven European Countries, in: Journal of European Social Policy, Vol. 17, No. 3, 240-256.
- Kaufmann, Franz-Xaver, 1988: Sozialpolitik und Familie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 13/1988, 34-43.
- Kaufmann, Franz-Xaver, 1990: Zukunft der Familie. Stabilität, Stabilitätsrisiken und Wandel der familiären Lebensformen sowie ihre gesellschaftlichen und politischen Bedingungen. Schriftenreihe des Bundeskanzleramtes Band 10, München: Beck.
- Kaufmann, Franz-Xaver, 1995: Zukunft der Familie im vereinten Deutschland. Gesellschaftli-che und politische Bedingungen, München: Beck.
- Kaufmann, Franz-Xaver, 1996: Modernisierungsschübe, Familie und Sozialstaat, München: Oldenbourg.
- Kaufmann, Franz-Xaver, 2002: Politics and Policies towards the Family in Europe: A Frame-work and an Inquiry into their Differences and Convergences, in: Kaufmann, Franz-Xaver et al.: Family Life and Family Policies in Europe, Oxford: University Press, 419-490.
- Kaufmann, Franz-Xaver, 2005: Schrumpfende Gesellschaft. Vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen, Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Kaufmann, Franz-Xaver; Strohmeier, Klaus P. & Federkeil, Gero, 1992: Wirkungen politi-schen Handelns auf den Bevölkerungsprozess, Boppard/Rhein: Boldt.
- Kaufmann, Franz-Xaver; Kuijsten, Anton; Schulze, Hans-Joachim & Strohmeier, Klaus P., 2002: Family Life and Family Policies in Europe. Volume 2. Problems and Issues in Com-parative Perspective, Oxford: University Press.
- Keohane, Robert O. & Nye, Joseph S., 1977: Power and Interdependence. World Politics in Transition, Boston/Toronto: Little, Brown and Company.
- Kergoat, Danièle, 2005: Debatten zur geschlechtlichen Arbeitsteilung in Frankreich, in: Ach-car, Gilbert et al.: Arbeitsmarkt, Wohlfahrtsstaat, Familienpolitik und die Geschlechterfrage, 27-45.
- Kiefl, Walter & Schmid, Josef, 1985: Empirische Studien zum generativen Verhalten: Erklär-ungsbefunde und theoretische Relevanz, Boppard/Rhein: Boldt.
- Kielmansegg, Peter Graf, 1995: Läßt sich die Europäische Union demokratisch verfassen?, in: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Reform der Europäischen Union. Materialien zur Reform des Maastrichter Vertrages, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.



- Kirchhof, Paul, 2003: Der verfassungsrechtliche Auftrag zu einer familiengerechten Wirtschafts- und Steuerordnung, in: Leipert, Christian (Hrsg.): *Demographie und Wohlstand*, Opladen: Leske + Budrich, 103-110.
- Kittel, Bernhard, 2005: Pooled Analysis in der ländervergleichenden Forschung: Probleme und Potenziale, in: Kropp, Sabine & Minkenberg, Michael (Hrsg.): *Vergleichen in der Politikwissenschaft*, Wiesbaden: VS, 96-115.
- Kittel, Bernhard, 2006: A Crazy Methodology?: On the Limits of Macro-Quantitative Social Science Research, in: *International Sociology*, Vol. 21, 647-677.
- Kittel, Bernhard, 2009: Statistische Erfordernisse und Referenzschlüsse in makroquantitativ vergleichenden Forschungsdesigns, in: Pickel, Susanne et al.: *Methoden der vergleichenden Politik- und Sozialwissenschaft. Neue Entwicklungen und Anwendungen*, Wiesbaden: VS, 277-296.
- Klein, Thomas, 1989: Bildungsexpansion und Geburtenrückgang. Eine kohortenbezogene Analyse zum Einfluß veränderter Bildungsbeteiligung auf die Geburt von Kindern im Lebensverlauf, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Jg. 41, 465-482.
- Knippers, Rolf, 2001: *Molekulare Genetik*. 8. Auflage, Stuttgart: Thieme.
- Knodel, John & van de Walle, Etienne, 1986 [e. A. 1979]: Lessons from the Past: Policy Implications of Historical Fertility Studies, in: Coale, Ansley J. & Watkins, Susan C.: *The Decline of Fertility in Europe*, Princeton: University Press, 390-419.
- Knudsen, Lisbeth B., 2002: Induced Abortion and Family Formation in Europe, in: Kaufmann, Franz-Xaver et al.: *Family Life and Family Policies in Europe*, Oxford: University Press, 217-251.
- Kohler, Hans-Peter; Billari, Francesco & Ortega, Jose, 2002: The Emergence of Lowest-low Fertility in Europe during the 1990s, in: *Population and Development Review*, Vol. 28, 641-680.
- Kohler, Hans-Peter & Philipov, Dimitar, 2001: Variance Effects in the Bongaarts-Feeney Formula, in: *Demography* Vol. 38, 1-16.
- Kohli, Martin, 1985: Die Institutionalisierung des Lebenslaufs. Historische Befunde und theoretische Argumente, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 37, 1-29.
- Kohli, Martin, 2000: Altersgrenzen als gesellschaftliches Regulativ individueller Lebenslaufgestaltung: ein Anachronismus?, in: *Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie*, 33, Suppl. 1, 15-23.
- Kohli, Martin, 2003: Der institutionalisierte Lebenslauf: ein Blick zurück und nach vorn, in: Allmendinger, Jutta (Hrsg.): *Entstaatlichung und soziale Sicherheit. Verhandlungen des 31. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Leipzig 2002*, Opladen: Leske + Budrich, 525-545.
- Kopper, Beverly A. & Smith, M. Shelton, 2001: Knowledge and Attitudes Toward Infertility and Childless Couples, in: *Journal of Applied Social Psychology*, Vol. 31, No. 11, 2275-2291.
- Kramer, Melanie, 2005: Geld oder Liebe? – Wertorientierungen in Europa, in: *BIB-Mitteilungen*, Jg. 26, Nr. 2, 23-30.
- Kreyenfeld, Michaela, 2007: Bildungsspezifische Unterschiede im Geburtenverhalten in Ost- und Westdeutschland, in: Barlösius, Eva et al.: *Demographisierung des Gesellschaftlichen*, Wiesbaden: VS, 83-112.
- Kreyenfeld, Michaela; Schmidtke, Kerstin & Zühlke, Sylvia, 2009: Eignet sich das mikrozensus-Panel für familiensoziologische Fragestellungen? Untersuchung am Beispiel der Frage

- nach den ökonomischen Determinanten der Familiengründung, in: MPIDR Working Paper, WP 2009-024.
- Künzler, Jan, 2002: Paths Towards a Modernization of Gender Relations, Policies, and Family Building, in: Kaufmann, Franz-Xaver et al.: *Family Life and Family Policies in Europe*, Oxford: University Press, 252-298.
- Kuznets, Simon, 1958: Long Swings in the Growth of Population and in Related Economic Variables, in: *Proceedings of the American Philosophical Society*, Vol. 102, 25-52.
- Lampert, Heinz, 2001: Die Familienpolitik der Bundesrepublik und ihre Defizite, in: *IFO-Schnelldienst* 12/2001, 9-13.
- Landry, Adolphe, 1987 [e. A. 1933]: La révolution démographique (The Demographic Revolution), ins Englische übersetzt von Frank, Odile, in: *Population and Development Review*, Vol. 13, No. 4, 731-740.
- Lang, Susanne, 2007: Die Kinder der Akademikerinnen. Familienplanung als eine Frage des Stils, in: Barlösius, Eva et al.: *Demographisierung des Gesellschaftlichen*, Wiesbaden: VS, 37-42.
- Leibenstein, Harvey, 1957: Economic Backwardness and Economic Growth. *Studies in the Theory of Economic Development*, New York/London: Wiley, 147-175.
- Leibenstein, Harvey, 1975: The Economic Theory of Fertility Decline, in: *The Quarterly Journal of Economics*, Vol. 89, No. 1, 1-31.
- Leibenstein, Harvey, 1981: Economic Decision Theory and Human Fertility Behavior: A Speculative Essay, in: *Population and Development Review*, Vol. 7, No. 3, 381-400.
- Leipert, Christian & Stahmer, Carsten, 2003: Zeit für Kinder, in: Leipert, Christian (Hrsg.): *Demographie und Wohlstand*, Opladen: Leske + Budrich, 119-142.
- Leisinger, Klaus M., 1999: Die sechste Milliarde. *Weltbevölkerung und nachhaltige Entwicklung*, München: Beck.
- Leitner, Sigrid; Ostner, Ilona & Schmitt, Christoph, 2008: Family Policies in Germany, in: Ostner, Ilona & Schmitt, Christoph: *Family Policies in the Context of Family Change*, 175-202.
- Lepsius, M. Reiner, 1979: Soziale Ungleichheit und Klassenstrukturen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Wehler, Hans-Ulrich (Hrsg.): *Klassen in der europäischen Sozialgeschichte*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 166-209.
- Lesthaeghe, Ron, 1980: On the Social Control of Human Reproduction, in: *Population and Development Review*, Vol. 6, 527-548.
- Lesthaeghe, Ron, 1983: A Century of Demographic and Cultural Change in Western Europe: An Exploration of Underlying Dimensions, in: *Population and Development Review*, Vol. 9, 411-435.
- Lesthaeghe, Ron, 1995: The Second Demographic Transition in Western Countries: An Interpretation, in: Mason, Karen O. & Jensen, An-Magritt: *Gender and Family Change in Industrialized Countries*, Oxford: Clarendon Press, 17-62.
- Lesthaeghe, Ron, 2010: The Unfolding Story of the Second Demographic Transition, in: *PSC Research Report No. 10-696*, January 2010.
- Lesthaeghe, Ron & Meekers, Dominique, 1986: Value Changes and the Dimensions of Familialism in the European Community, in: *European Journal of Population*, Vol. 2, 225-268.
- Lesthaeghe, Ron & Surkyn, Johan, 1988: Cultural Dynamics and Economic Theories of Fertility Change, in: *Population and Development Review*, Vol. 14, 1-45.

- Lesthaeghe, Ron & Willems, Paul, 1999: Is Low Fertility a Temporary Phenomenon in the European Union?, in: *Population and Development Review*, Vol. 25, 211-228.
- Letablier, Marie-Thérèse, 2004: Fertility and Family Policies in France, in: *Journal of Population and Social Security*, Supplement to Volume 1.
- Lewin, Kurt, 1969 [e. A. 1936]: *Grundzüge der topologischen Psychologie*, Bern: Huber.
- Lewis, Jane, 2006: Men, Women, Work, Care and Policies, in: *Journal of European Social Policy*, Vol. 16, No. 4, 387-392.
- Lijphart, Arend, 1971: Comparative Politics and the Comparative Method, in: *American Political Science Review*, Vol. 65, No. 3, 682-693.
- Lijphart, Arend, 1975: The Comparable-Cases Strategy in Comparative Research, in: *Comparative Political Studies*, 8.2, 158-177.
- Linde, Hans, 1984: *Theorie der säkularen Nachwuchsbeschränkung 1800-2000*, Frankfurt/Main: Campus.
- Lindecke, Christiane, 2007: Erwerbsarbeit und Elternschaft. Das deutsche Modell im europäischen Vergleich, in: Barlösius, Eva et al.: *Demographisierung des Gesellschaftlichen*, Wiesbaden: VS, 115-133.
- Link, Walter, 2002: Zehn Jahre parlamentarische Arbeit, in: *Das Parlament* 19-20/2002.
- Lipset, Seymour M. & Rokkan, Stein (Hrsg.), 1967: *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives*, New York/London: Free Pr.
- Loken, Barbara & Fishbein, Martin, 1980: An Analyses of the Effects of Occupational Variables on Childbearing Intentions, in: *Journal of Applied Social Psychology*, Vol. 10, No. 3, 202-223.
- Lohmann, Henning; Peter, Frauke H.; Rostgaard, Tine & Spieß, C. Katharina, 2009: Towards a Framework for Assessing Family Policies in the EU, in: *OECD Social, Employment and Migration Working Papers*, Nr. 88, Paris: OECD.
- Lüscher, Kurt, 1995: Postmoderne Herausforderungen der Familie, in: *Familiendynamik*, 20. Jg, 233-251.
- Lüscher, Kurt & Lange, Andreas, 1996: Nach der „postmodernen“ Familie, in: Buba, Hans et al.: *Familie. Zwischen gesellschaftlicher Prägung und individuellem Design*, Opladen: Westdeutscher Verlag, 23-36.
- Lutz, Wolfgang, 2006: Alternative Paths for Future European Fertility: Will the Birth Rate Recover or Continue to Decline?, in: Lutz, Wolfgang et al.: *The New Generations of Europeans*, London: Earthscan, 83-100.
- Lutz, Wolfgang; Richter, Rudolf & Wilson, Chris, 2006: *The New Generations of Europeans. Demography and Families in the Enlarged European Union*, London: Earthscan.
- Luxembourg Income Study 2009: LIS Key Figures, in: <http://www.lisproject.org/keyfigures.htm> [6.3.2009]
- Mackenroth, Gerhard, 1953: *Bevölkerungslehre. Theorie, Soziologie und Statistik der Bevölkerung*, Berlin: Springer.
- Mackensen, Rainer, 1989: Geschichtliche Prägung und prognostisches Potential der Bevölkerungstheorie, in: Mackensen, Rainer et al.: *Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungstheorie in Geschichte und Gegenwart*, Frankfurt/Main: Campus, 10-25.
- Mackensen, Rainer (Hrsg.), 2002: *Bevölkerungslehre und Bevölkerungspolitik vor 1933*, Opladen: Leske + Budrich.

- Mackensen, Rainer, 2005: Régimes, Transitions, Mikroresearch. Ein Beitrag zur Diskussion des „Zweiten Demographischen Übergangs“, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Jg. 30, 483-500.
- Mackensen, Rainer; Thill-Thouet, Lydia & Stark, Ulrich (Hrsg.), 1989: Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungstheorie in Geschichte und Gegenwart, Frankfurt/Main: Campus.
- Macunovich, Diane J., 1997: A Conversation with Richard Easterlin, in: Journal of Population Economics, Vol. 10, 119-136.
- Macura, Milos, 1974: Population Policies in Socialist Countries of Europe, in: Population Studies, Vol. 28, 369-379.
- Mahner, Sebastian & Wolf, Frieder, 2010 i. E.: Die Bildungspolitik der großen Koalition, in: Egle, Christoph & Zohlnhöfer, Reimut (Hg.): Die große Koalition 2005-2009. Eine Bilanz der Regierung Merkel, Wiesbaden: VS.
- Malthus, Thomas R., 1989 [e. A. 1803, dazu Ergänzungen aus 1806, 1807, 1817 und 1826]: An Essay on the Principle of Population or A View of its past and present Effects on Human Happiness, Cambridge: University Press.
- Marschalck, Peter, 1984: Bevölkerungsgeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Marschalck, Peter, 1992: Die bevölkerungswissenschaftlichen Deutungen von Fruchtbarkeitsunterschieden und ihre bevölkerungspolitischen Konsequenzen seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts, in: Voland, Eckardt: Fortpflanzung: Natur und Kultur im Wechselspiel, Frankfurt/Main: Suhrkamp, 13-27.
- Maslow, Abraham H. 1970 [1954]: Motivation and Personality, 2. ed., New York: Harper and Row.
- Mason, Karen O., 2001: Gender and Family Systems in the Fertility Transition, in: Population and Development Review, Vol. 27, 160-176.
- Mason, Karen O.; Czajka, John L. & Arber, Sara, 1976: Change in U.S. Women's Sex-Role Attitudes, 1964-1974, in: American Sociological Review, Vol. 41, No. 4, 573-596.
- Mason, Karen O. & Jensen, An-Magritt, 1995: Gender and Family Change in Industrialized Countries, Oxford: Clarendon Press.
- Mayer, Karl U., 1989: Bevölkerungswissenschaft und Soziologie, in: Mackensen, Rainer et al.: Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungstheorie in Geschichte und Gegenwart, Frankfurt/Main: Campus, 255-280.
- Mayer, Karl U. & Hillmert, Steffen, 2004: Neue Flexibilitäten oder blockierte Gesellschaft? Sozialstruktur und Lebensverläufe in Deutschland 1960-2000, in: Kecskes, Robert; Wagner, Michael & Wolf, Christof (Hrsg.): Angewandte Soziologie, Wiesbaden: VS, 129-158.
- McDonald, Peter, 2000a: Gender Equity, Social Institutions and the Future of Fertility, in: Journal of Population Research, Vol. 17, No. 1, 1-16.
- McDonald, Peter, 2000b: Gender Equity in Theories of Fertility Transition, in: Population and Development Review, Vol. 26, 427-439.
- McDonald, Peter, 2002: Sustaining Fertility through Public Policy: The Range of Options, in: Population, Vol. 57, No. 3, 417-446.
- McIntosh, C. Alison, 1986: Recent Pronatalist Policies in Western Europe, in: Davis, Kingsley et al.: Below-Replacement Fertility in Industrial Societies, Cambridge: University Press, 318-334.
- McNicoll, Geoffrey, 1980: Institutional Determinants of Fertility Change, in: Population and Development Review, Vol. 6, 441-462.

- Meier, Volker, 2005: Auswirkungen familienpolitischer Instrumente auf die Fertilität: Internationaler Vergleich für ausgewählte Länder, IFO-Bericht im Auftrag der Robert Bosch Stiftung.
- Meister, Wolfgang & Ochel, Wolfgang, 2003: Die steuerliche Förderung von Familien im internationalen Vergleich, in: IFO-Schnelldienst, 56. Jg., Nr. 5, 65-67.
- Meuser, Michael, 2007: Vereinbarkeit von Beruf und Familie – ein Problem für Männer? Familie und Lebensverlaufplanung bei Männern, in: Barlösius, Eva et al.: Demographisierung des Gesellschaftlichen, Wiesbaden: VS, 135-150.
- Miegel, Meinhard & Wahl, Stefanie, 1993: Das Ende des Individualismus. Die Kultur des Westens zerstört sich selbst, München: Bonn Aktuell.
- Mill, John Stuart, 1965 (e. A. 1848): Principles of Political Economy with some of their Applications to social Philosophy, Book I, Chapter XIII, New York: Kelley, 189-198.
- Miller, Warren B., 1986: Proception: An Important Fertility Behavior, in: Demography, Vol. 23, No. 4, 579-594.
- Miller, Warren B., 1992: Personality Traits and Developmental Experiences as Antecedents of Childbearing Motivation, in: Demography, Vol. 29, No. 2, 265-285.
- Miller, Warren B., 1994: Childbearing Motivations, Desires, and Intentions: A Theoretical Framework, in: Genetic, Social & General Psychology Monographs, Vol. 120, No. 2, 223-258.
- Miller, Warren B.; Severy, Lawrence J. & Pasta, David J., 2004: A Framework for Modelling Fertility Motivation in Couples, in: Population Studies, Vol. 58, No. 2, 193-205.
- Mincer, Jacob, 1963: Market Prices, Opportunity Costs, and Income Effects, in: Christ, Carl F. et al.: Measurement in Economics, Stanford: University Press, 67-82.
- Mincer, Jacob & Polachek, Solomon, 1974: Family Investments in Human Capital: Earnings of Woman, in: Journal of Political Economy, Vol. 82, No. 2, 76-108.
- Mombert, Paul, 1907: Studien zur Bevölkerungsbewegung in Deutschland in den letzten Jahrzehnten mit besonderer Berücksichtigung der ehelichen Fruchtbarkeit, Karlsruhe: G. Braunsche Hofbuchdruckerei.
- Mombert, Paul, 1929: Bevölkerungslehre, Jena: Gustav Fischer.
- Montesquieu, Charles L. de, 1980 (e. A. 1734): Größe und Niedergang Roms. Mit Randbemerkungen Friedrichs des Großen. Übersetzt und überarbeitet von Lothar Schuckert, Frankfurt/Main: Fischer.
- Morel, Julius; Bauer, Eva; Meleghy, Tamás; Niedenzu, Heinz-Jürgen; Preglau, Max & Staubmann, Helmut, 2007: Soziologische Theorie. Abriss der Ansätze ihrer Hauptvertreter, München: Oldenbourg.
- Morgenthau, Hans J., 1963 [e. A. 1948]: Politics Among Nations. The Struggle for Power and Peace, 3. ed., New York: Knopf.
- Mühlfeld, Claus, 1996: Zur Normativität familialer Lebensformen, in: Buba, Hans et al.: Familie. Zwischen gesellschaftlicher Prägung und individuellem Design, Opladen: Westdeutscher Verlag, 95-104.
- Müller, Albrecht, 2004: Die Reformlüge. 40 Denkfehler, Mythen und Legenden, mit denen Politik und Wirtschaft Deutschland ruinieren. München: Droemer.
- Mueller, Ulrich; Nauck, Bernhard & Diekmann, Andreas, 2000: Handbuch der Demographie Band I. Modelle, Theorien und Methoden, Berlin: Springer.

- Murphy, Michael, 1993: The Contraceptive Pill and Women's Employment as Factors in Fertility Change in Britain 1963-1980: A Challenge to the Conventional View, in: *Population Studies*, Vol. 47, 221-243.
- Nahles, Andrea, 2002: Jugend Zukunftschancen nicht verbauen, in: *Das Parlament*, 19-20/2002.
- Nauck, Bernhard, 1992: Fruchtbarkeitsunterschiede in der Bundesrepublik und in der Türkei. Ein interkultureller und interkontextueller Vergleich, in: Voland, Eckardt: *Fortpflanzung: Natur und Kultur im Wechselspiel*, Frankfurt/Main: Suhrkamp, 239-269.
- Neyer, Gerda, 2003: Family Policies and Low Fertility in Western Europe, in: MPIDR Working Paper 2003-021.
- Neyer, Gerda & Andersson, Gunnar, 2008: Consequences of Family Policies on Childbearing Behavior: Effects or Artifacts?, in: *Population and Development Review*, Vol. 34, 699-724.
- Niejahr, Elisabeth, 2004: Mehr Wohlstand für alle, in: *Die Zeit*, 14.10.2004, 23-24.
- Niephaus, Yasemin, 2001: Der Geburteneinbruch in Ostdeutschland nach 1990. Staatliche Regulierung generativen Handelns, Opladen: Leske + Budrich.
- Norris, Pippa & Inglehart, Ronald, 2004: *Sacred and Secular: Religion and Politics Worldwide*, Cambridge: University Press.
- Notestein, Frank W.; Taeuber, Irene B.; Kirk, Dudley; Coale, Ansley J. & Kiser, Louise K., 1944: *The Future Population of Europe and the Soviet Union*, Genf: League of Nations.
- Obinger, Herbert, 2003: Die Politische Ökonomie des Wirtschaftswachstums, in: Obinger, Herbert; Wagschal, Uwe & Kittel, Bernhard: *Politische Ökonomie*, Opladen: Leske + Budrich, 113-149.
- OECD, 1998: *The Macroeconomic Implications of Ageing in a Global Context*, in: *Economic Department Working Papers No. 193*, Paris: OECD.
- OECD, 1999: *OECD Historical Statistics. 1960-1997*, Paris: OECD.
- OECD, 2001a: The OECD Indicator of Work/Families Reconciliation Policies, in: *CESifo DICE Report 4/2003*, 62-63.
- OECD, 2001b: *Fiscal Implications of Ageing: Projections of Age-related Spending*, Paris: OECD.
- OECD, 2001c: *Employment Outlook*, Paris: OECD.
- OECD, 2001d: *Public Management Service*, Paris: OECD.
- OECD, 2001e: *OECD Historical Statistics. 1970-2000*, Paris: OECD.
- OECD, 2003: *Employment Outlook*, Paris: OECD.
- OECD, 2005a: *Babies and Bosses: Balancing Work and Family Life*, in: *Policy Brief 3/2005*, Paris: OECD.
- OECD, 2005b: *Society at a Glance*, Paris: OECD.
- OECD, 2006a: *Factbook 2006. Economic, Environmental and Social Statistics*, Paris: OECD.
- OECD, 2006b: *Society at a Glance*, Paris: OECD.
- OECD, 2007a: *Factbook 2007. Economic, Environmental and Social Statistics*, Paris: OECD.
- OECD, 2007b: *Benefits and Wages*, in: [http://www.oecd.org/document/33/0,3343,en\\_2649\\_34637\\_39619553\\_1\\_1\\_1\\_1,00.html](http://www.oecd.org/document/33/0,3343,en_2649_34637_39619553_1_1_1_1,00.html) [10.9.2009].
- OECD, 2008a: *Factbook 2008. Economic, Environmental and Social Statistics*, Paris: OECD.
- OECD, 2008b: *Society at a Glance*, Paris: OECD.
- OECD, 2008c: *Education at a Glance*, Paris: OECD.
- OECD, 2009a: *Family Database*, in: [www.oecd.org/els/social/family/database](http://www.oecd.org/els/social/family/database) [10.3.2009].

- OECD, 2009b: Gender, Institutions and Development Database (GID), in: [http://www.oecd.org/document/16/0,3343,en\\_2649\\_33731\\_39323280\\_1\\_1\\_1\\_1,00.html](http://www.oecd.org/document/16/0,3343,en_2649_33731_39323280_1_1_1_1,00.html) [10.4.2009].
- OECD, 2009c: Social Expenditure Database, in: <http://www.oecd.org/els/social/expenditure> [18.4.2009].
- OECD, 2009d: Employment and Labour Markets Database, in: [http://titania.sourceoecd.org/vl=4642803/cl=39/nw=1/rpsv/statistic/s5\\_about.htm?jnlissn=16081161](http://titania.sourceoecd.org/vl=4642803/cl=39/nw=1/rpsv/statistic/s5_about.htm?jnlissn=16081161) [22.4.2009].
- OECD, 2010: Labour Force Statistics by Sex and Age, in: <http://stats.oecd.org/Index.aspx>.
- Ogawa, Naohiro & Retherford, Robert D., 1991: Prospects for Increased Contraceptive Pill Use in Japan, in: *Studies in Family Planning*, Vol. 22, 378-383.
- Opaschowski, Horst W., 1995: Einführung in die Freizeitwissenschaft, Obladen: Leske + Budrich.
- Oppenheimer, Franz, 1900: Das Bevölkerungsgesetz des T. R. Malthus und der neueren Nationalökonomie. Darstellung und Kritik, Berlin: Deutsches Verlagshaus.
- Oppitz, Günther, 1982: Kind und Konsum. Eine ökonomisch-psychologische Studie zur Verhaltensrelevanz von Werthaltungen junger Ehepaare, München: Inaugural-Diss.
- Ostner, Ilona, 2004: Kinder und Frauen zuerst!? Ein Review-Essay, in: *Zeitschrift für Sozialreform*, Jg. 50, Heft 1-2, 211-217.
- Ostner, Ilona & Schmitt, Christoph, 2008: Family Policies in the Context of Family Change. The Nordic Countries in Comparative Perspective. Wiesbaden: VS.
- Ott, Notburga, 2001: Verfehlte Familienpolitik: Können wir uns Kinder nicht mehr leisten?, in: *IFO-Schnelldienst* 12/2001, 3-16.
- Pampel, Fred C. & Peters, H. Elisabeth, 1995: The Easterlin Effect, in: *Annual Review of Sociology*, Vol. 21, 163-194.
- Pickel, Gert, 2009: Der Einbezug des Individuums in der Länderanalyse – Umfrageforschung und vergleichende Politikwissenschaft, in: Pickel, Susanne et al.: *Methoden der vergleichenden Politik- und Sozialwissenschaft. Neue Entwicklungen und Anwendungen*, Wiesbaden: VS, 297-316.
- Pickel, Susanne; Pickel, Gert; Lauth, Hans-Joachim & Jahn, Detlef, 2009: Differenzierung und Vielfalt in den vergleichenden Methoden der Sozialwissenschaften, in: Pickel, Susanne et al.: *Methoden der vergleichenden Politik- und Sozialwissenschaft. Neue Entwicklungen und Anwendungen*, Wiesbaden: VS, 9-26.
- Pierson, Paul (Hrsg.), 2001: *The New Politics of the Welfare State*, Oxford: University Press.
- Pilichowski, E. & Türkisch, E., 2008: Employment in Government in the Perspective of the Production Costs of Goods and Services in the Public Domain, *OECD Working Papers on Public Governance*, No. 8, Paris: OECD.
- Pinnelli, Antonella, 1995: Women's Condition, Low Fertility, and Emerging Union Patterns in Europe, in: Mason, Karen O. & Jensen, An-Magritt: *Gender and Family Change in Industrialized Countries*, Oxford: Clarendon Press, 82-101.
- Plümper, Thomas & Troeger, Vera, 2009: Fortschritte in der Paneldatenanalyse: Alternativen zum de facto Beck-Katz-Standard, in: Pickel, Susanne et al.: *Methoden der vergleichenden Politik- und Sozialwissenschaft. Neue Entwicklungen und Anwendungen*, Wiesbaden: VS, 263-276.
- Pressat, Roland, 1985: *The Dictionary of Demography*, Oxford: Blackwell.



- Preston, Samuel H., 1986a: The Decline of Fertility in Non-European Industrialized Countries, in: Davis, Kingsley et al.: *Below-Replacement Fertility in Industrial Societies*, Cambridge: University Press, 26-47.
- Preston, Samuel H., 1986b: Changing Values and Falling Birth Rates, in: Davis, Kingsley et al.: *Below-Replacement Fertility in Industrial Societies*, Cambridge: University Press, 176-200.
- Prskawetz, Alexia; Zagaglia, Barbara; Fent, Thomas & Skirbekk, Vegard, 2005: Decomposing the change in labour force indicators over time, in: *Demographic Research*, Vol. 13, No. 7, 163-188.
- Przeworski, Adam & Teune, Henry, 1970: *The Logic of Comparative Social Inquiry*. Comparative Studies in Behavioral Science, New York: Wiley-Interscience.
- Ragin, Charles C., 2000: *Fuzzy-Set Social Science*, Chicago: University of Chicago Press.
- Rein, Detlev B., 1979: Aussagen der Bundesregierung und der Parteien zur demographischen Lage. Eine Dokumentation, in: Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit: *Ursachen des Geburtenrückgangs*, Stuttgart: Kohlhammer, 189-205.
- Retherford, Robert D., 1985: A Theory of Marital Fertility Transition, in: *Population Studies*, Vol. 39, 249-268.
- Retherford, Robert D.; Ogawa, Naohiro & Sakamoto, Satomi, 1996: Values and Fertility Change in Japan, in: *Population Studies*, Vol. 50, 5-25.
- Riedmüller, Barbara, 2009: Ein neues Geschlechterverhältnis? Familienpolitik muss sich veränderten Realitäten anpassen, in: Biedenkopf, Kurt et al.: *Starke Familie*, Stuttgart: Robert Bosch Stiftung, 120-128.
- Rieger, Elmar & Leibfried, Stephan, 1999: Wohlfahrtsstaat und Sozialpolitik in Ostasien. Der Einfluss von Religion im Kulturvergleich, in: Schmidt, Gerd & Trinczek, Rainer (Hrsg.): *Globalisierung. Ökonomische und soziale Herausforderungen am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts*. Soziale Welt, Sonderband 13, Baden-Baden: Nomos, 413-499.
- Ristau, Malte, 2005: Der ökonomische Charme der Familie, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 23-24/2005, 16-23.
- Robinson, Warren C., 1997: The Economic Theory of Fertility over Three Decades, in: *Population Studies*, Vol. 51, 63-74.
- Rokkan, Stein, 1970: *Citizens Elections Parties. Approaches to the Comparative Study of the Processes of Development*, Oslo: Universitetsforlaget.
- Roppel, Ulrich, 1988: Die Auswirkungen auf das System sozialer Sicherung. Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung unter dem Druck der Bevölkerungsentwicklung, in: Cornelius, Ivar: *Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungspolitik in der BRD*, Stuttgart: Kohlhammer, 116-153.
- Rosenberg, Peter, 1989: Bevölkerungsentwicklung und Sozialpolitik – Thesen und offene Fragen, in: Mackensen, Rainer et al.: *Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungstheorie in Geschichte und Gegenwart*, Frankfurt/Main: Campus, 321-337.
- Rosenstiel, Lutz von; Nerdinger, Friedemann; Oppitz, Günther; Spiess, Erika & Stengel, Martin, 1986: *Einführung in die Bevölkerungspsychologie*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Rothbacher, Franz, 2002: *The Societies of Europe. The European Population 1850-1945*, New York: Palgrave Macmillan, 3-76 u. 265-302.
- Ruckdeschel, Kerstin, 2007: Nachdenken über den Kinderwunsch, in: *BIB-Mitteilungen*, Jg. 28, Nr. 1, 13-16.



- Rüling, Anneli & Kassner, Karsten, 2007: Familienpolitik aus der Gleichstellungsperspektive. Ein europäischer Vergleich, Berlin: Friedrich Ebert Stiftung.
- Rürup, Bert, 1980: Finanzpolitische Konsequenzen und Optionen, in: Bevölkerungsentwicklung und Generationenvertrag. Gespräche der List Gesellschaft, Baden-Baden: Nomos, 37-65 und 179-181.
- Rürup, Bert & Rantsch, Anja, 2009: Familienpolitik und soziale Sicherung, in: Biedenkopf, Kurt et al.: Starke Familie, Stuttgart: Robert Bosch Stiftung, 106-119.
- Rürup, Bert & Schmidt, Renate, 2003: Nachhaltige Familienpolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerungspolitik, in: [www.bmfsfj.de/Kategorien/aktuelles/did=12334.html](http://www.bmfsfj.de/Kategorien/aktuelles/did=12334.html), 1-64 [15.7.2007].
- Rupp, Marina, 1996: Zwischen Konkurrenz, Ambivalenz und Präferenz. Familie und Beruf im weiblichen Lebensentwurf, in: Buba, Hans et al.: Familie. Zwischen gesellschaftlicher Prägung und individuellem Design, Opladen: Westdeutscher Verlag, 273-286.
- Ryder, Norman B., 1964: The Process of Demographic Translation, in: *Demography*, Vol. 1, No. 1, 74-82.
- Ryder, Norman B., 1972: Time Series of Pill and IUD Use: United States, 1961-1970, in: *Studies in Family Planning*, Vol. 3, No. 10, 233-240.
- Ryder, Norman B., 1973: A New Approach to the Economic Theory of Fertility Behavior: Comment, in: *Journal of Political Economy*, Vol. 81, No. 2, Part 2, 65-69.
- Ryder, Norman B., 1986: Observations on the History of Cohort Fertility in the United States, in: *Population and Development Review*, Vol. 12, 617-643.
- Ryder, Norman B. & Westoff, Charles F., 1967: The United States: The Pill and the Birth Rate, 1960-1965, in: *Studies in Family Planning*, Vol. 1, No. 20, 1-3.
- Sachverständigenrat [zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung], 2009: Die Zukunft nicht aufs Spiel setzen. Jahresgutachten 2009/10, Paderborn: Bonifatius.
- Sala-I-Martin, Xavier X., 1997: I Just Ran Two Million Regressions, in: *American Economic Review*, Vol. 87, No. 2, 178-183.
- Salles, Anne, 2005: Familienpolitische Hilfen zur Arbeitsmarktintegration von Müttern – ein deutsch-französischer Vergleich, in: Achcar, Gilbert et al.: Arbeitsmarkt, Wohlfahrtsstaat, Familienpolitik und die Geschlechterfrage, 11-25.
- Santos Pais, Marta, 2008: Kinder als Zukunft: Warum die Lebenssituation von Kindern durch internationale Vergleiche zur Lebenslage verbessert werden kann, in: Bertram, Hans (Hrsg.): Mittelmaß für Kinder. Der UNICEF-Bericht zur Lage der Kinder in Deutschland, München: Beck, 220-227.
- Scanzoni, John H., 1975: Sex Roles, Life-Styles, and Childbearing: Changing Patterns in Marriage and Family, New York: Free Press.
- Scanzoni, John H., 1976: Sex Role Change and Influences on Birth Intentions, in: *Journal of Marriage and the Family*, Vol. 38, No. 1, 43-58.
- Scanzoni, John H., 1978: Sex Roles, Women's Work, and Marital Conflict, Lexington: D. C. Heath.
- Schaible, Stefan; Schweiger, Michael & Kaul, Ashok, 2006: Unternehmen Familie. Studie von Roland Berger Strategy Consultants im Auftrag der Robert Bosch Stiftung, Stuttgart: Robert Bosch Stiftung.
- Scharein, Manfred & Unger, Rainer, 2005: Kinderlosigkeit bei Akademikerinnen? Die Aussagekraft empirischer Daten zur Kinderlosigkeit bei Akademikerinnen, in: *BIB-Mitteilungen*, Jg. 26, Nr. 2, 6-13.

- Scharpf, Fritz W., 2001: The Viability of Advanced Welfare States in the International Economy. Vulnerabilities and Options, in: Leibfried, Stephan (Hrsg.): *Welfare State Futures*, Cambridge: University Press, 123-150.
- Schewe-Gerigh, Irmgard, 2002: Wir brauchen die Zuwanderung, in: *Das Parlament*, 19-20/2002.
- Schirmacher, Frank, 2004: *Das Methusalem-Komplott*, München: Blessing.
- Schirmacher, Frank, 2006: *Minimum. Vom Vergehen und Neuerstehen unserer Gemeinschaft*, München: Blessing.
- Schmähl, Winfried & Volker, Ulrich, 2001: *Soziale Sicherungssysteme und demographische Herausforderungen*, Tübingen: Mohr.
- Schmid, Josef; Heigl, Andreas & Mai, Ralf, 2000: *Sozialprognose. Die Belastung der nachwachsenden Generation*, München: Olzog.
- Schmid, Josef, 2003: Für eine Richtungsänderung in der Familienpolitik, in: Leipert, Christian (Hrsg.): *Demographie und Wohlstand*, Opladen: Leske + Budrich, 153-158.
- Schmidt, Manfred G., 1980: *CDU und SPD an der Regierung. Ein Vergleich ihrer Politik in den Ländern*, Frankfurt/Main: Campus.
- Schmidt, Manfred G., 1982: *Wohlfahrtsstaatliche Politik unter bürgerlichen und sozialdemokratischen Regierungen. Ein internationaler Vergleich*, Frankfurt/Main: Campus.
- Schmidt, Manfred G., 1993a: *Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern im Industrieländervergleich*, Opladen: Leske + Budrich.
- Schmidt, Manfred G., 1993b: *Gendered Labour Force Partizipation*, in: Castles, Francis G. (Hrsg.): *Families of Nations. Patterns of Public Policy in Western Democracies*, Aldershot: Dartmouth, 179-237.
- Schmidt, Manfred G., 1995: *Vergleichende Politikforschung mit Aggregatdaten: Inwieweit beeinflussen Parteien Regierungspolitik?*, in: Aleman, Ulrich von (Hrsg.): *Politikwissenschaftliche Methoden*, Opladen: Westdeutscher Verlag, 327-356.
- Schmidt, Manfred G., 1997: *Vergleichende Policy-Forschung*, in: Berg-Schlosser, Dirk & Müller-Rommel, Ferdinand (Hrsg.): *Vergleichende Politikwissenschaft*. 3. Auflage, 207-221.
- Schmidt, Manfred G., 1998: *Sozialpolitik in Deutschland. Historische Entwicklung und internationaler Vergleich*, Opladen: Leske + Budrich.
- Schmidt, Manfred G., 2001a: *Einleitung*, in: Schmidt, Manfred G. (Hrsg.): *Wohlfahrtsstaatliche Politik. Institutionen, politischer Prozess und Leistungsprofil*, Opladen: Leske + Budrich, 7-29.
- Schmidt, Manfred G., 2001b: *Ursachen und Folgen wohlfahrtsstaatlicher Politik: Ein internationaler Vergleich*, in: Schmidt, Manfred G. (Hrsg.): *Wohlfahrtsstaatliche Politik. Institutionen, politischer Prozess und Leistungsprofil*, Opladen: Leske + Budrich, 33-53.
- Schmidt, Manfred G., 2004a: *Wörterbuch zur Politik*, Stuttgart: Kröner.
- Schmidt, Manfred G., 2004b: *Sind Demokratien zukunftsfähig? Befunde des internationalen Vergleichs*, in: Kaiser, Andre & Zittel, Thomas (Hrsg.): *Demokratietheorie und Demokratieentwicklung. Festschrift für Peter Graf Kielmansegg*, Wiesbaden: VS, 377-390.
- Schmidt, Manfred G., 2005: *Sozialpolitik in Deutschland. Historische Entwicklung und internationaler Vergleich*. 3., vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage, Opladen: Leske + Budrich.
- Schmidt, Manfred G., 2007: *Die Sozialpolitik der zweiten rot-grünen Koalition (2002-2005)*, in: Egle, Christoph & Zohlnhöfer, Reimut (Hrsg.): *Ende des rot-grünen Projektes. Eine Bilanz der Regierung Schröder 2002-2005*, Wiesbaden: VS, 295-312.

- Schmidt, Manfred G., 2009: Die parteipolitische Zusammensetzung der OECD- und EU-Mitgliedstaaten (1945-2008), Heidelberg – SPSS-Datei, März 2009.
- Schmidt, Manfred G.; Busemeyer, Marius R.; Nikolai, Rita & Wolf, Frieder, 2006: Bildungsausgaben im inter- und intranationalen Vergleich. Bestimmungsfaktoren öffentlicher Bildungsausgaben in OECD-Staaten, Heidelberg: Institut für Politische Wissenschaft.
- Schmidt, Renate & Rürup, Bert, 2003: Die nützlichen Kinder. Familienpolitik lohnt sich, in: *Die Zeit*, 4.12.2003, 7.
- Schröer, Sebastian & Straubhaar, Thomas, 2007: Demographische Entwicklung: Problem oder Phantom, in: Barlösius, Eva et al.: *Demographisierung des Gesellschaftlichen*, Wiesbaden: VS, 165-183.
- Schubnell, Hermann, 1973: *Der Geburtenrückgang in der Bundesrepublik Deutschland. Die Entwicklung der Erwerbstätigkeit von Frauen und Müttern*, Troisdorf: Merkur.
- Schubnell, Hermann, 1975: *Gesetzgebung und Fruchtbarkeit*, Stuttgart: DVA.
- Schütze, Yvonne, 1992: Geburtenrückgang und Kinderwunsch, in: Volland, Eckardt: *Fortpflanzung: Natur und Kultur im Wechselspiel*, Frankfurt/Main: Suhrkamp, 170-188.
- Schultz, Theodore W., 1960: Capital Formation by Education, in: *The Journal of Political Economy*, Vol. 68, No. 6, 571-583.
- Schultz, Theodore W., 1971: *Investment in Human Capital. The Role of Education and of Research*, New York: The Free Press.
- Schultz, Theodore W., 1973: The Value of Children: An Economic Perspective, in: *Journal of Political Economy*, Vol. 81, No. 2, Part 2, 2-13.
- Schultz, Theodore W., 1974: Marriage, Family, Human Capital, and Fertility. Proceedings of a Conference June 4-5, 1973, in: *Journal of Political Economy*, Vol. 82, No. 2, Part 2.
- Schultz, T. Paul, 1986: The Value and Allocation of Time in High-Income Countries: Implications for Fertility, in: Davis, Kingsley et al.: *Below-Replacement Fertility in Industrial Societies*, Cambridge: University Press, 87-110.
- Schulze, Hans-Joachim & Tyrell, Hartmann, 2002: What Happened to the European Family in the 1980s? The Polarization Between the Family and other Forms of Privat Life, in: Kaufmann, Franz-Xaver et al.: *Family Life and Family Policies in Europe*, Oxford: University Press, 69-119.
- Schumpeter, Joseph A., 1987 (e. A. 1942): *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*. 6. Auflage, Tübingen: Francke.
- Schuster, Anke, 1997: *Frauenpolitik zwischen parteipolitischer Programmatik und Wirklichkeit. Ein Bundesländervergleich*, Pro Universitate.
- Schwarz, Karl, 2005: Sozio-ökonomische Bestimmungsgründe der Kinderzahl der Ehen, in: *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft*, Jg. 30, 337-349.
- Schwarz, Karl, 2006: Wirtschaftliche Bedeutung der demographischen Entwicklung in Deutschland im Zeitraum 1870-2050, in: *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft*, Jg. 31, 283-299.
- Sgritta, Giovanni B., 2006: Europe's Coming Generations: The Influence of the Past, in: Lutz, Wolfgang et al.: *The New Generations of Europeans*, London: Earthscan, 103-144.
- Shorter, Edward, 1989: Einige demographische Auswirkungen des postmodernen Familienlebens, in: *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft*, Jg. 15, 221-233.
- Siegel, Nico, 2001: Jenseits der Expansion? Sozialpolitik in westlichen Demokratien 1975-1995, in: Schmidt, Manfred G. (Hrsg.): *Wohlfahrtsstaatliche Politik. Institutionen, politischer Prozess und Leistungsprofil*, Opladen: Leske + Budrich, 54-89.

- Singer, Max, 2002: Uncertainties in the Composition of World Population in the Twenty-First Century, in: *Population and Development Review*, Vol. 28, 539-548.
- Singer, Max & Boesch, Joseph, 2002: *Neutral World and Regional Population Projections to 2100*, unpublished paper, Hudson Institute.
- Sinn, Hans-Werner, 2003: Das demografische Defizit. Die Fakten, die Folgen, die Ursachen und die Politikimplikationen, in: Leipert, Christian (Hrsg.): *Demographie und Wohlstand*, Opladen: Leske + Budrich, 57-88.
- Sinn, Hans-Werner, 2004: *Ist Deutschland noch zu retten?*, München: Econ.
- Skevik, Anne & Hatland, Aksel, 2008: Family Policies in Norway, in: Ostner, Ilona & Schmitt, Christoph: *Family Policies in the Context of Family Change*, 89-108.
- Sleebos, Joëlle E., 2003: Low Fertility Rates in OECD Countries: Facts and Policy Responses, in: *OECD Social, Employment and Migration Working Papers*, Nr. 15, Paris: OECD.
- Smith, Adam, 1776: *An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations*. In Three Volumes, Dublin: Printed for Messrs.
- Solow, Robert M., 1956: A Contribution to the Theory of Economic Growth, in: *The Quarterly Journal of Economics*, Vol. 70, No. 1, 65-94.
- Spéder, Zsolt, 2006: Childbearing Behavior in the New EU Member States: Basic Trends and Selected Attitudes, in: Lutz, Wolfgang et al.: *The New Generations of Europeans*, London: Earthscan, 59-82.
- Spieß, C. Katharina & Wrohlich, Katharina, 2005: Kindertageseinrichtungen: Bedarf und nachhaltige Finanzierung, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 23-24/2005, 30-37.
- Spieß, C. Katharina, 2008: Öffentlich finanzierte Betreuungs- und Bildungsinfrastruktur für Kinder: Was zu tun ist, in: Bertram, Hans: *Mittelmaß für Kinder*. Der UNICEF-Bericht zur Lage der Kinder in Deutschland, München: Beck, 193-219.
- Statistisches Bundesamt, 2003: *Bevölkerung Deutschlands bis 2050*. 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Statistisches Bundesamt, 2006a: *Kinderlosigkeit von Akademikerinnen im Spiegel des Mikrozensus*, Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Statistisches Bundesamt, 2006b: *Bevölkerung Deutschlands bis 2050*. 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Statistisches Bundesamt, 2008a: *Geburten und Kinderlosigkeit in Deutschland*. Bericht über die Sondererhebung 2006 „Geburten in Deutschland“, Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Statistisches Bundesamt, 2008b: *Familienland Deutschland*. Begleitmaterial zur Pressekonferenz am 22. Juli 2008 in Berlin, Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Statistisches Bundesamt, 2008c: *Daten, Fakten, Trends zum demographischen Wandel in Deutschland*, Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Statistisches Bundesamt, 2009: *Mikrozensus 2008*. Neue Daten zur Kinderlosigkeit in Deutschland, Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Steiner, Viktor & Wrohlich, Katharina, 2006: Die Wirkung ausgewählter familienpolitischer Instrumente auf das Arbeitsangebot von Eltern, in: *DIW Berlin: Politikberatung kompakt*, 16.
- Stern, Susanne, 2006: Methodik und Ergebnisse, in: Tassinari, Sergio: *Wie viele Krippen und Tagesfamilien braucht die Schweiz*, in: [http://www.fhnw.ch/ph/ife/download/tagungsulagen/tagung-b48/1\\_tassinari\\_20060316\\_final.pdf](http://www.fhnw.ch/ph/ife/download/tagungsulagen/tagung-b48/1_tassinari_20060316_final.pdf) [5.6.2009].

- Stigler, George J. & Becker, Gary S., 1977: *De Gustibus Non Est Disputandum*, in: *American Economic Review*, Vol. 67, No. 2, 76-90.
- Storm, Andreas, 2001: Neue Herausforderungen für die Familienpolitik in Deutschland, in: *IFO-Schnelldienst* 12/2001, 13-16.
- Strohmeier, Klaus P., 1988: Geburtenrückgang als Ausdruck von Gesellschaftswandel. Soziologische Erklärungsversuche der Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik, in: Corneliussen, Ivar: *Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungspolitik in der BRD*, Stuttgart: Kohlhammer, 55-83.
- Strohmeier, Klaus P., 2002: Family Policy – How Does it Work?, in: Kaufmann, Franz-Xaver et al.: *Family Life and Family Policies in Europe*, Oxford: University Press, 321-362.
- Strohmeier, Klaus P., 2009: Die Stadt im Wandel – Wiedergewinnung von Solidarpotenzial, in: Biedenkopf, Kurt et al.: *Starke Familie*, Stuttgart: Robert Bosch Stiftung, 156-172.
- Süßmilch, Johann Peter, 1988 [e. A. 1741 mit Ergänzungen von 1765]: *Die göttliche Ordnung in den Veränderungen des menschlichen Geschlechts, aus der Geburt, dem Tode und der Fortpflanzung desselben erwiesen*. Mit einer Vorrede von Christian Wolff, Göttingen: Jürgen Crome.
- Sütterlin, Sabine & Hoßmann, Iris, 2007: Ungewollt kinderlos. Was kann die moderne Medizin gegen den Kindermangel in Deutschland tun?, Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.
- Testa, Maria R., 2007: Childbearing preferences and family issues in Europe: evidence from the Eurobarometer 2006 survey, in: Wien: *Vienna Yearbook of Population Research* 2007, 357-379.
- Testa, Maria R., 2009: Gesellschaftliche Normen und soziale Netzwerke entscheidend. Erklärung des Kinderwunsches in Bulgarien, in: *Demografische Forschung Aus Erster Hand*, Jg. 6, Nr. 3, 1-2.
- Therborn, Göran, 1993: The Politics of Childhood: The Rights of Children in Modern Times, in: Castles, Francis G. (Hrsg.): *Families of Nations. Patterns of Public Policy in Western Democracies*, Aldershot: Dartmouth, 241-291.
- Thibaut, John W. & Kelley, Harold H., 1959: *The Social Psychology of Groups*, New York: Wiley.
- Thompson, Warren S., 1929: Population, in: *The American Journal of Sociology*, Vol. 34, No. 6, 959-975.
- Tönnies, Ferdinand, 1991 [1935]: *Gemeinschaft und Gesellschaft*, Grundbegriffe der reinen Soziologie, Neudruck der 8. Auflage von 1935, 3. Auflage, Darmstadt: Wiss. Buchgesellschaft.
- Tsuya, Noriko O. & Mason, Karen O., 1995: Changing Gender Roles and Below-Replacement Fertility in Japan, in: Mason, Karen O. & Jensen, An-Magritt: *Gender and Family Change in Industrialized Countries*, Oxford: Clarendon Press, 139-167.
- Tutt, Cordula, 2007: Das große Schrumpfen. Von Wohlstandsinseln und Verliererregionen, in: Barlösius, Eva et al.: *Demographisierung des Gesellschaftlichen*, Wiesbaden: VS, 43-47.
- UNICEF 2007: Child Poverty in Perspective: An Overview of Child Well-being in Rich Countries, in: [http://www.unicef-irc.org/publications/pdf/rc7\\_eng.pdf](http://www.unicef-irc.org/publications/pdf/rc7_eng.pdf) [9.9.2009].
- United Nations, 1998: *National Population Policies*, New York: United Nations.
- United Nations, 2000a: Long-range World Population Projections: Based on the 1998 Revision, in: <http://www.un.org/esa/population/publications/longrange/longrangeExecSum.pdf> [10.3.2008].

- United Nations, 2000b: Replacement Migration: Is it a Solution to Declining and Ageing Populations?, New York: United Nations.
- United Nations, 2002: National Population Policies 2001, New York: United Nations.
- United Nations, 2003a: World Population Prospects. The 2002 Revision, New York: United Nations.
- United Nations, 2003b: Fertility, Contraception and Population Policies, New York: United Nations.
- United Nations, 2004: World Population to 2300, New York: United Nations.
- United Nations, 2005: World Population Prospects. The 2004 Revision, New York: United Nations.
- United Nations, 2006: Levels and Trends of Contraceptive Use as Assessed in 2002, New York: United Nations.
- United Nations, 2007a: World Abortion Policies 2007, in: [http://www.un.org/esa/population/publications/2007\\_Abortion\\_Policies\\_Chart/2007AbortionPolicies\\_wallchart.htm](http://www.un.org/esa/population/publications/2007_Abortion_Policies_Chart/2007AbortionPolicies_wallchart.htm) [7.11.2007].
- United Nations, 2007b: World Population Prospects. The 2006 Revision: Executive Summary, New York: United Nations.
- United Nations, 2007c: World Population Prospects. The 2006 Revision: Population Database, in: <http://esa.un.org/unpp/> [10.3.2008].
- United Nations, 2009: Statistics and indicators on women and men, in: <http://unstats.un.org/unsd/Demographic/Products/indwm/tab6a.htm> [30.4.2009].
- Urban, Dieter & Mayerl, Jochen, 2006: Regressionsanalyse: Theorie, Technik und Anwendung. 2., überarbeitete Auflage, Wiesbaden: VS.
- Van de Kaa, Dirk J., 1979: Zum Bericht der Niederländischen Kommission für Bevölkerungsfragen, in: Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit: Ursachen des Geburtenrückgangs, Stuttgart: Kohlhammer, 169-187.
- Van de Kaa, Dirk J., 1987: Europe's Second Demographic Transition, in: Population Bulletin 42, Washington DC: Population Reference Bureau.
- Van de Kaa, Dirk J., 1996: Anchored Narratives: The Story and Findings of Half a Century of Research into the Determinants of Fertility, in: Population Studies, Vol. 50, 389-432.
- Van de Kaa, Dirk J., 1999: Europe and its Population: the Long View, in: van de Kaa, Dirk; Leridon, Henri; Gesano, Guiseppe & Okólski, Marek: European Populations. Unity in Diversity, Dordrecht: Kluwer Academic Publishers, 1-50.
- Van de Kaa, Dirk J., 2001: Postmodern Fertility Preferences: From Changing Value Orientation to New Behavior, in: Population and Development Review, Vol. 27, 290-331.
- Van de Kaa, Dirk J., 2009: People, Population Change and Policies, Vol 1, Lessons from the Population Policy Acceptance Study, in: European Journal of Population, Vol. 25, 117-119.
- Veil, Mechthild, 2005: Geschlechterbeziehungen im deutsch-französischen Vergleich – ein Blick auf Familien- und Arbeitsmarktpolitik, in: Achcar, Gilbert et al.: Arbeitsmarkt, Wohlfahrtsstaat, Familienpolitik und die Geschlechterfrage, 89-100.
- Vlaardingerbroek, Paul, 2002: Trends in the Development of Family Law in Europe – Comparative Perspectives, in: Kaufmann, Franz-Xaver et al.: Family Life and Family Policies in Europe, Oxford: University Press, 120-148.
- Voland, Eckardt, 1992: Fortpflanzung: Natur und Kultur im Wechselspiel, in: Voland, Eckardt: Fortpflanzung: Natur und Kultur im Wechselspiel, Frankfurt/Main: Suhrkamp, 347-366.

- Voland, Eckardt & Engel, Claudia, 2000: Menschliche Reproduktion aus verhaltensökologischer Perspektive, in: Mueller, Ulrich et al.: Handbuch der Demographie, Berlin: Springer, 387-438.
- Von der Leyen, Ursula & Spidla, Vladimir (Hrsg.), 2009: Voneinander lernen – miteinander handeln. Aufgaben und Perspektiven der Europäischen Allianz für Familien, Baden-Baden: Nomos.
- Wagner, Adolf, 1988: Die Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung auf Wirtschaftswachstum und Beschäftigung, in: Cornelius, Ivar: Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungspolitik in der Bundesrepublik, Stuttgart: Kohlhammer, 103-115.
- Wagschal, Uwe, 1999: Statistik für Politikwissenschaftler, München: Oldenbourg.
- Wagschal, Uwe & Wenzelburger, Georg, 2008: Haushaltskonsolidierung, Wiesbaden: VS.
- Waltz, Kenneth N., 2006 (e. A. 1979): Theory of International Politics, New York: McGraw-Hill.
- Watkins, Susan C., 1986: Conclusions, in: Coale, Ansley J. & Watkins, Susan C.: The Decline of Fertility in Europe, Princeton: University Press, 420-449.
- Weber, Andrea M., 2004: Wann kehren junge Mütter auf den Arbeitsmarkt zurück? Eine Verweildaueranalyse für Deutschland, in: ZEW Discussion Paper No. 04-08, <ftp://ftp.zew.de/pub/zew-docs/dp/dp0408.pdf> [28.10.2007].
- Weber, Max, [e. A. 1905]: Die protestantische Ethik und der „Geist“ des Kapitalismus. Hrsg. von Lichtblau, Klaus, Weinheim: Beltz Athenäum.
- Weber, Max, 2002 [e. A. 1922]: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie, 5. Auflage, bearb. von Winkelmann, Johannes, Tübingen: Mohr.
- Weber, Max, 1956: Soziologie, Weltgeschichtliche Analysen, Politik. Hrsg. von Johannes Winkelmann. 2. durchgesehene und ergänzte Auflage, Stuttgart: Kröner.
- Weidenfeld, Werner, 1995: Europa – Weltmacht im Werden, in: Internationale Politik, Mai 1995, 17-22.
- Westoff, Charles F. & Ryder, Norman B., 1967: United States: Methods of Fertility Control, 1955, 1960, & 1965, in: Studies in Family Planning, Vol. 1, No. 17, 1-5.
- Westoff, Charles F. & Ryder, Norman B., 1977: The Contraceptive Revolution, Princeton: University Press.
- Whiteford, Peter & Adema, Willem, 2007: What Works Best in Reducing Child Poverty: A Benefit or Work Strategy?, in: OECD Social, Employment and Migration Working Papers, Nr. 51, OECD, Paris.
- Widmaier, Ulrich, 1997: Vergleichende Aggregatanalyse, in: Berg-Schlosser, Dirk & Müller-Rommel, Ferdinand (Hrsg.): Vergleichende Politikwissenschaft. 3. Auflage, 103-118.
- Wilensky, Harold L., 1975: The Welfare State and Equality. Structural and Ideological Roots of Public Expenditures, Berkeley: University of California Press.
- Wilkoszewski, Harald & Münch, Ursula, 2007: Direkte Demografie. Bevölkerungsentwicklungen beeinflussen die Machtbalance in Europa, in: Demographische Forschung Aus Erster Hand, 3-2007.
- Willis, Robert J., 1973: A New Approach to the Economic Theory of Fertility Behavior, in: Journal of Political Economy, Vol. 81, No. 2, S14-S64.
- Wingen, Max, 1975: Grundfragen der Bevölkerungspolitik, Stuttgart: Urban.
- Wingen, Max, 1977: Rahmensteuerung der Bevölkerungsbewegung als gesellschaftspolitische Aufgabe, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 52/77, 3-19.



- Wingen, Max, 1988: Eine gesellschaftliche Herausforderung. Plädoyer für eine auch demographisch begründete Familienpolitik, in: Cornelius, Ivar: Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungspolitik in der Bundesrepublik, Stuttgart: Kohlhammer, 154-173.
- Wingen, Max, 1997: Familienpolitik: Grundlagen und aktuelle Probleme, Stuttgart: Lucius und Lucius.
- Wingen, Max, 2001: Familienpolitische Denkanstöße: sieben Abhandlungen, Graftschaft: Vektor.
- Wingen, Max & Schwartz, Wolfgang, 1988: Die Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung auf Familie und Bildungssystem, in: Cornelius, Ivar: Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungspolitik in der Bundesrepublik, Stuttgart: Kohlhammer, 84-115.
- Wöhlcke, Manfred; Höhn, Charlotte & Schmid, Susanne, 2004: Demografische Entwicklungen in und um Europa. Politische Konsequenzen, Baden-Baden: Nomos.
- Wolf, Frieder, 2006: Die Bildungsausgaben der Bundesländer im Vergleich. Welche Faktoren erklären ihre beträchtliche Variation? Münster: LIT Verlag.
- Wolf, Julius, 1901: Ein neuer Gegner des Malthus, in: Zeitschrift für Socialwissenschaft, IV 1901, 256-289.
- Wolf, Julius, 1912: Der Geburtenrückgang. Die Rationalisierung des Sexuallebens in unserer Zeit, Jena: Gustav Fischer.
- Wolf, Julius, 1916: Die Erklärung des Geburtenrückgangs durch die Wohlstandstheorie, in: Zeitschrift für Socialwissenschaft, VII 1916, 687-697.
- Wolf, Julius, 1928: Die neue Sexualmoral und das Geburtenproblem unserer Tage, Jena: Gustav Fischer.
- World Values Surveys, 2006: Four Wave Integrated Data File, 1981-2004, v.20060423. Surveys designed and executed by the European Values Study Group and World Values Survey Association. File Producers: ASEP/JDS, Madrid, Spain and Tilburg University, Tilburg, the Netherlands. File Distributors: ASEP/JDS and GESIS, Cologne, Germany. in: [www.worldvaluessurvey.org](http://www.worldvaluessurvey.org) [25.2.2009].
- Wright, Robert E., 1989: The Easterlin Hypothesis and European Fertility Rates, in: Population and Development Review, Vol. 15, No. 1, 107-122.
- Zimbardo, Philip G., 1995: Psychologie, Berlin: Springer.
- Zimmermann, Klaus F., 1984a: Fertilität, Ökonomie und Präferenzbildung: Eine Einführung, in: Birg, Herwig et al.: Zusammenhänge zwischen Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung in der BRD, Wiesbaden: Selbstverlag, 69-82.
- Zimmermann, Klaus F., 1984b: Bevölkerungspolitik in Industriegesellschaften. Bevölkerungspolitik durch ökonomische Anreize?, in: Birg, Herwig et al.: Zusammenhänge zwischen Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung in der BRD, Wiesbaden: Selbstverlag, 191-232.
- Zimmermann, Klaus F., 1988: Eine ökonomische Theorie von Familie und Bevölkerungsentwicklung, in: Cornelius, Ivar: Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungspolitik in der Bundesrepublik, Stuttgart: Kohlhammer, 38-54.
- Zöllner, Detlev, 1963: Öffentliche Sozialleistungen und wirtschaftliche Entwicklung. Ein zeitlicher und internationaler Vergleich, Berlin: Duncker & Humblot.
- Zürn, Michael, 2001: Politik in der postnationalen Konstellation. Über das Elend des methodologischen Nationalismus, in: Christine Landfried (Hrsg.), Politik in einer entgrenzten Welt, Köln: Wissenschaft und Politik, 181-203.